WESTGESCHICHTE DER NEUZEIT

Dietrich Schäfer

Weltgeschichte der Neuzeit

Von

Dietrich Schäfer

Dritte Auflage

Zweiter Band

Vom Ende des Siebenjährigen Krieges bis zur Gegenwart

Berlin 1908
Ernst Siegfried Mittler und Sohn, Königliche Hofbuchhandlung
Kochstraße 68–71

Inhaltsübersicht.

Drittes Buch.

Drittes Buch.

Vom Ende des Siebenjährigen Krieges bis zum Sturze Napoleons (1763—1815).

Erstes Kapitel.

Die französische Revolution und Europa.

Die anderthalb Jahrhunderte, die zwischen der Reformation und Cromwell liegen, scheiden sich in ihrem politischen Leben scharf von dem ziemlich ebenso langen Zeitraum, der Cromwell von der französischen Revolution trennt. Die inneren Fragen der Staaten haben in der früheren Periode ihre äußeren Geschicke ungleich stärker beeinflußt, je nachdem die auswärtige Politik gelähmt oder ihr Richtung und Kraft gegeben. Es war die religiöse Bewegung, die diesen Einfluß übte. Sie durchsetzte sich vielfach mit politischen Bestrebungen; aber nur in England nahm sie völlig deren Gepräge an. Sie bestimmte häufig die Politik der Staaten; völlig übersehen durfte man sie nirgends.

Die Zeit von Cromwell bis zur französischen Revolution kennt kaum ein Beispiel innerstaatlicher Ruhestörung mit regierungsfeindlicher Tendenz oder starker nationaler Impulse, die versucht hätten, einen Staat in eine neue Richtung zu drängen.

Wohl war die Konfessionsfrage für die Politik auch jetzt nicht gleichgültig. Besonders in den innerdeutschen Verhältnissen konnte sie nicht außer acht gelassen werden. Die Geschicke der Häuser Wettin und Hohenzollern sind durch den Übertritt Augusts des Starken mitbestimmt worden. Die gelegentlichen Ausschreitungen katholischen Glaubenseifers wie die Austreibung der Salzburger Protestanten und das Thorner Blutbad, die Dragonaden und die Kamisardenkriege haben die gesamte evangelische Welt erregt und sind nicht ohne Einfluß geblieben auf die politische Haltung evangelischer Staaten. Doch kann man sagen, daß Cromwell der letzte gewesen

1*

ist, der der Konfessionsfrage eine bedeutende Stellung in seinem politischen System einräumte.

Es ist auch an die Stelle der religiösen keine andere populäre Bewegung getreten. Man wird in der ganzen Geschichte des Abendlandes kaum ein Jahrhundert aufweisen können, in dem Volksströmungen oder innerstaatliche Sonderbestrebungen so geringen Einfluß auf den allgemeinen Gang der Dinge geübt hätten, wie in dem, das auf Cromwell folgte. Die absolute Monarchie war die herrschende Staatsform. Die Entwickelung von Adelsanarchien in Polen und Schweden kann die Richtigkeit dieses Satzes nicht beeinträchtigen, und noch weniger das Bestehen republikanischer Staats- oder Gemeinwesen in den Generalstaaten und der Eidgenossenschaft, in Venedig, Genua und den deutschen Reichsstädten. In ihnen allen trat nur eine mehr oder weniger würdige oder auch würdelose Aristokratie an die Stelle des Selbstherrschers. Allein England folgte mit seiner durch Cromwell begründeten Parlamentsherrschaft einer besonderen Bahn und verdankte dem vor allem seine überragende Stellung in der Weltpolitik.

Diesem Stand der Dinge hat die französische Revolution ein Ende gemacht. Das ist ihre geschichtliche Bedeutung und, wie heute zweifelsfrei behauptet werden kann, ihr bleibendes, ihr großes Verdienst. Die europäischen Völker haben auch außerhalb Englands wieder Anteil gewonnen an der Leitung ihrer Geschicke. Frankreich gab den Anstoß zu einer Bewegung, die ihren Umzug um die Erde halten sollte, und die ihre Kraft noch heute nicht erschöpft hat. Deutschland hatte im 16. Jahrhundert einer neuen Freiheit eine Gasse gemacht, jetzt war Frankreich zu einer ähnlichen Rolle berufen. Es ward noch einmal Vertreter der Zeitströmung, wie einst, als sein Geist zu den Kreuzzügen entflammte. Wie damals, so zeigte, was die Nation bewegte, auch jetzt eine überreiche Beimischung rein irdischer und materieller Begehren, eine sehr viel reichere als einst die deutsche Reformation. Das stimmte schlecht genug zu dem gewaltigen Pathos, mit dem die neuen Ideen in die Welt hinaus

traten; es hinderte sie auch, in dem Sinne und Umfange geisterbefreiend zu wirken wie die Reformation. Sie sind trotzdem der Beginn einer neuen Zeit, die das Werk des 16. Jahrhunderts vollendete und weiter führte, die religiöse Freiheit des Einzelmenschen zur Wahrheit machte und neben ihr die bürgerliche begründete.

Von einer wissenschaftlich feststehenden Erkenntnis der Ursachen der französischen Revolution kann in unseren Tagen nicht die Rede sein. Es muß auch fraglich erscheinen, ob eine absehbare Zukunft von einer solchen wird reden können. Zu sehr ist nicht nur die Auffassung, sondern auch die Forschung noch beherrscht von den Leidenschaften, denen die Kämpfe des Tages fortgesetzt Nahrung geben. Ist es doch auch mit der so weit zurückliegenden Reformationszeit nicht wesentlich anders. Das aber darf als allgemein anerkannt festgestellt werden, daß die Revolution schlechterdings unerklärlich bleibt, wenn man nicht zugibt, daß die tatsächlichen Mißstände, die Abhilfe forderten, nur deshalb Anlaß zu so schweren Erschütterungen wurden, weil die Geistesströmungen und Zeitanschauungen, auf Grund deren ihre Abstellung geboten schien, sich auch der herrschenden und bevorrechteten Kreise völlig bemächtigt hatten. Nur so kann man verstehen, wie Staat und Gesellschaft sich in Frankreich zeitweise so widerstandsunfähig erwiesen. Man könnte darauf hinweisen, daß die Revolution einen vollen Mann nicht hervorgebracht hat, keinen Luther und keinen Cromwell. Mirabeau, den man versucht sein könnte, so zu nennen, ward inmitten der Ereignisse aus dem Leben abgerufen und stand zu sehr im Banne niederer Leidenschaften, um einer solchen Bewegung Maß und Ziel zu setzen. Gleichwohl haben schon im zweiten Lustrum der Hergänge Staat und Gesellschaft ihre Haltung wiedergewonnen, sich gelöst aus dem Banne der Schreckensherrschaft, und zwar nicht allein durch Napoleon, den man zu Unrecht als den Retter aus der Revolution preist. Sein Eingreifen hatte andere Ziele wie auch andere Wirkungen. Auch ohne den Korsen hätte Frankreich sich wiedergefunden aus den Ausschreitungen der Revolution, sich wiedergefunden ohne die

schweren Krisen, die aus der Ersetzung der Schreckensherrschaft durch die Diktatur sich ergeben haben.

Das glänzende literarische Leben, das Ludwigs XIV. Frankreich schmückte, trug einen ausgeprägt höfischen Charakter. Zu all dem andern Glanz und Prunk, den der aufgeklärte Despotismus entfaltete, gesellte sich auch der des Wissens und der Bildung, der Kunst und des Geschmacks. Daß das von dauernder Bedeutung und von allgemeinem Werte war, kann nicht bezweifelt werden. Es ist die Zeit, in der die französische Sprache jene Vollendung und Reinheit erlangte, die sie lange vor allen andern auszeichnete, die Zeit, in der Frankreichs Zivilisation die Europas wurde. Es ist das auch politisch und — um modernsten Maßstab anzulegen — wirtschaftlich von nicht zu unterschätzender Bedeutung gewesen und wirkt in einzelnen und nicht so ganz unwesentlichen Zügen bis heute nach. Aber eine Geistesrichtung, mit der weitere und weiteste Kreise des Volkes feste Fühlung gewonnen hätten, die für ihr öffentliches Leben von Bedeutung geworden wäre, ist aus dieser Glanzzeit französischer Kultur nicht hervorgegangen. In dieser Beziehung war schon das Jahrhundert Rabelais' dem der Corneille, Racine und Molière überlegen. Der Antrieb, in eine neue Bahn einzutreten, kam von außen. England ist es, das ihn gegeben hat.

Es bleibt das ewige Verdienst der Reformation, in der christlichen Welt dem Wissen eine Stelle errungen zu haben neben dem Glauben. Dem Gange menschlicher Dinge aber entspricht es, daß die volle Bedeutung dieses Wandels sich erst offenbarte im Laufe der Jahrhunderte. Die Zeit hatte sich zunächst mit der vollen Glut neuer Hoffnungen auf das Gebiet theologischen Erkennens geworfen, philologisch, historisch, philosophisch mit diesem Ziel im Auge gearbeitet. Daneben war aber das Verständnis der Natur, nicht ohne Zusammenhang mit der sich erweiternden Erdkenntnis, über Kopernikus, Kepler und Galilei zu Newton fortgeschritten. Seine Wiege umtobten die ersten Zuckungen der englischen Revolution; der zehn Jahre ältere Locke hat sie mit Bewußtsein durchlebt. Er

ward der Begründer der Erfahrungsphilosophie, teilte Newtons Überzeugung: „Hüte dich vor Metaphysik.“ Erkennen, Verstehen, Wissen wurden Endziel und Inhalt des geistigen Lebens. Auch das Verhältnis zu Gott zu bestimmen, erschien die Erforschung der Natur der richtige Weg. Es erstanden der Deismus und die Ablehnung des Offenbarungsglaubens, die „Freidenker“ und der Glaube an die „Unfehlbarkeit der menschlichen Vernunft“. Die Kultur, die aus dem Zeitalter Cromwells und Miltons erwuchs, trug einen anderen Charakter als die, welche die Herrschaft Ludwigs XIV. zierte.

Und sie war es nun, die sich auf französischen Boden verpflanzte. Montesquieu, d'Argenson, Maupertuis, Voltaire standen unter ihrer unmittelbaren Einwirkung, fußten auf den Ideen Newtons und Lockes und befreundeten sich mit deistischem Denken.

Das bedeutete in Frankreich aber etwas ganz anderes als in England. Sollten diese Gedanken Bedeutung gewinnen über ein geistiges Spielen hinaus, so mußten sie sich mit Staat und Kirche beschäftigen, die beanspruchten, Offenbarungen Gottes im Zusammenleben der Menschheit zu sein, und darauf, soweit Doktrin in Frage kam, nicht zuletzt ihr Recht gründeten. In England war das in der Zeit der Umwälzung und nach ihr ebenfalls in umfassendstem Maße geschehen und hat im ganzen 18. Jahrhundert nie aufgehört. Aber es fand sein gegebenes Maß in der festen staatlichen Ordnung, die das Volk sich seit Cromwell und seit 1688 selbst geschaffen hatte, einer staatlichen Ordnung, die auch der Kirche ihren Platz sicher anwies. Es konnte sich nur noch um ihren Ausbau, ihre Vervollkommnung handeln. So sehr hat Locke seine Reformgedanken auf die englischen Verhältnisse zugeschnitten, daß er von der unbeschränkten Toleranz in Glaubenssachen, die er fordert, die Katholiken ausgeschlossen wissen will, die Katholiken und die Gottesleugner, „weil sie dem Wohle des Staates schaden“. Sein treatise on government ist eine Verteidigung Wilhelms III. und seiner konstitutionellen Regierung. So ist der Kampf der neuen Ideen gegen Einrichtungen in Staat und Kirche in Eng-

land zu einer Reformbewegung geworden, der das Reich die allmähliche Reinigung seiner parlamentarischen Vertretung von den skandalösen Mißbräuchen verdankt, die besonders die Zeit Walpoles in Verruf gebracht haben. Die Kritik ging fast durchweg aus von Persönlichkeiten, die im politischen Leben mitten innen oder ihm nahe standen; Opposition, die nicht von Sachkunde zeugte, fand keinen Boden.

Anders in Frankreich. Am Leben des Staates hatte nur noch Anteil, wer in die Beamtenlaufbahn eintrat. Gewisse, meist an den Grenzen gelegene Provinzen, die sogenannten pays d'état, hatten einen Rest von Vertretungsrechten bewahrt; aber auch diese waren besonders durch Ludwig XIV. stark gemindert worden. Er hatte auch hier die einträglicheren Posten zum Vorteil der Krone meist dem Stellenkauf unterworfen. Auch der Adlige hatte kaum einen Vorzug, wenn er nicht Beamter war. In der Gemeinde war er nichts als „ihr erster Einwohner". So konnte öffentliche Kritik von sach- und geschäftskundiger Seite kaum geübt werden. Sie wurde eine Aufgabe des Literatentums, eine Aufgabe und ein Vorrecht.

Naturgemäß ward ihr Charakter ein ausgeprägt doktrinärer. Man nahm die allgemeinen Anschauungen der englischen Lehrer an und suchte sie weiterzubilden, soweit bloßes Denken ohne Erfahrung das gestattete. Glücklich noch, wenn man, wie Montesquieu, in der englischen Verfassung ein Muster sah, dessen Nachahmung Frankreich fördern könne. Rousseau, in allem und jedem ein Gegensatz englischen Wesens, fand es richtiger, über England und die Engländer zu höhnen und zu spotten und den reinen Gedanken oder vielmehr, nach seiner Art, die Empfindungen schalten zu lassen. Es ist bezeichnend, daß ein namhafter Teil der bedeutendsten Vertreter der französischen Aufklärung nicht nur den bürgerlichen, sondern den unteren bürgerlichen Schichten entstammt. Rousseau und Beaumarchais waren Söhne von Uhrmachern, Diderot Sohn eines Waffenschmiedes, Marmontel eines Dorfschmiedes,

d'Alembert und Champfort Findelkinder. Die Richtung war und blieb eine literarische, die mit dem bestehenden Staatswesen Fühlung nicht hatte und nicht haben konnte. Einzelne Ausnahmen, wie die d'Argensons, können an diesem Gesamtcharakter nichts ändern. Reform von Staat, Kirche und Gesellschaft auf Grund rationellen Denkens, allgemeiner Prinzipien, der „Lehren der Philosophie", ward die Losung.

Zwei französische Eigentümlichkeiten haben dazu beigetragen, diesen Charakter noch schärfer herauszuarbeiten, die Neigung zur Rhetorik und der Brauch der Salons. Das argute loqui, das nach dem Urteil des älteren Cato schon in der Schätzung der Kelten so hoch stand, ist im Frankreich des 18. Jahrhunderts zu höchster Entwickelung gelangt im Wort und mit der Feder. Seine Schriftsteller und in den Tagen der Revolution seine Redner haben auf den Glanz der Diktion den höchsten Wert gelegt. Auch diesen Zug hat Rousseau, der an seinen Schriften unermüdlich und auf das behutsamste feilte, am schärfsten ausgeprägt. Es konnte nicht fehlen, daß Schärfe und Folgerichtigkeit der Gedanken gelegentlich der Glätte und Schönheit des Ausdrucks, dem Reiz blendender Antithesen zum Opfer fielen. Etwas „gut gesagt" zu haben, ward das höchste Lob.

Die „Salons" konnten die Entwickelung dieser Neigung nur begünstigen. Sie gestatteten ihrer Natur nach keine gründliche Besprechung, keine Erschöpfung eines Gegenstandes. Sie hatten ihren Reiz im Esprit und kulminierten im Bonmot. Sie waren gesellschaftlich stark genug, um ziemlich alles in ihren Bann zu ziehen. Es ward guter Ton, die ernstesten und schwierigsten Fragen in geistreichem Geplauder zu behandeln. Kaum hätte es einen günstigeren Boden für die Entwickelung der Phrase geben können als die französische Kultur des 18. Jahrhunderts. Dazu vollzog sich in den Salons ein Ausgleich der Gesellschaftskreise; auch die vornehmen öffneten sich dem Manne von Geist. Nicht nur seine Person, auch seine Denkweise wurde salonfähig. Wo in Frankreich überhaupt geistiges Leben pulsierte, regte es sich durch den gleichen Herzens-

schlag. Den Ton aber gaben Kreise an, die in Gegensatz standen zu Staat und Kirche. Ihre Ideen herrschten.

Die naturwissenschaftlich-philosophische Betrachtungsweise hat auf französischem Boden bald ihren selbständigen Weg genommen. An Voltaire schlossen sich d'Alembert und Diderot als Führer der Enzyklopädisten. Sie sind die Väter der „Aufklärung" und haben dadurch Anspruch auf ewige Dankbarkeit. Aber weiter ging es zu Lamettrie, Helvetius und Holbach, vom Deismus zum Materialismus und Atheismus. Die Steigerung vollzieht sich nicht so sehr von Person zu Person als in der Entwickelung der einzelnen Persönlichkeiten selbst. Extreme Anschauungen treten auch bei Maßvolleren auf; auch sind die Verkünder extremer, ja frivoler Lehren keineswegs gerade diejenigen, deren persönlicher Wandel geringere Achtung beanspruchen kann. Das allen Gemeinsame, von der englischen Aufklärung so merklich Scheidende ward bald die Loslösung des Urteils von der Beobachtung, des Lehrens von der Forschung, des souveränen Schaltens der Gedanken gerade in den Fragen, die sich ohne geschichtliche Betrachtung nicht beantworten lassen.

Damit verschloß man sich den Weg zum Verständnis von Staat und Kirche. Vernunft und Natur wurden die Losungsworte. Für den Glauben war kein Raum mehr und keiner mehr für geschichtlich gewordene Verhältnisse. Daß man im Grunde genommen den alten Glauben durch einen neuen ersetzte, störte nicht. Wie konnte zweifelhaft sein, daß Vernunft und Natur die Freiheit, die Gleichheit und Brüderlichkeit der Menschen forderten? Man berauschte sich in Worten. Indem man den neu begründeten Vereinigten Staaten die Menschenrechte entnahm, übersah man völlig, daß sie einem Staatswesen entstammten, das die Institution der Sklaverei beibehielt und die Vernichtung der Rothäute planmäßig betrieb. Es hat schwerlich je eine Zeit gegeben, die weniger befähigt gewesen wäre, den Tatsachen Rechnung zu tragen, wie die, in der die Vernunft die herrschende Göttin war und Erkennen als Inhalt alles Geisteslebens gepriesen wurde.

Keiner von den führenden Geistern der Zeit hat sich so folgenreich mit dem Staate beschäftigt wie Jean Jacques Rousseau; man kann hinzufügen, daß kaum einer so wenig vom Staate verstanden hat wie er. Seine geschichtliche Bildung war gleich null. Sie beschränkte sich auf eine unklare Schwärmerei für die Bürgertugenden der Alten, die typisch geworden ist für die Männer der Revolution. Kaum je ist Plutarch so viel gelesen worden wie in dieser Zeit. Die Richtung hebt sich wunderlich ab von der historischen Gelehrsamkeit der Benediktiner, die ihr unmittelbar vorausgeht.

Rousseaus hervorstechendster Charakterzug und zugleich das Rätsel seiner wunderbaren Anziehungskraft ist die vollendete Subjektivität, deren Zauber selbst seine maßlose Eitelkeit kaum beeinträchtigen konnte. Er war alles durch sich selbst geworden. Er stand im Gegensatz zur Aufklärung durch die Verneinung der Wissenschaften, des gelehrten Studiums und der Schulerziehung. Rückkehr zur Natur schien ihm alles, zu einer erträumten Ursprünglichkeit. Auch für den Staat kannte er kein anderes Heilmittel. Schon Locke hatte vom Staatsvertrag als vom Ausgangspunkt verfassungsmäßigen Lebens und von der Volkssouveränität gesprochen. Aber das englische Parlament und die Monarchie waren ihm gegebene Größen. Soweit Rousseau an vorhandene Staatseinrichtungen dachte, waren es höchstens die der Genfer Republik, der er entstammte. Seine Lehren waren an nichts Bestehendes gebunden. Für Burkes Wort: „Die Umstände bestimmen den Wert politischer Prinzipien; sie machen dieselben nützlich oder schädlich für den Menschen“, hätte sich bei Rousseau kein Verständnis gefunden. Er konnte getrost die bestellte Verfassung für Polen schreiben und sich vorstellen, daß sie den Nöten des Landes abhelfen werde. In seinem Staate war der geschlossene Vertrag jederzeit kündbar; das Volk konnte zurücknehmen, was es aus der Allmacht seines Rechtes dem oder den Regierenden überlassen hatte. Es war die Einsetzung der Revolution als einzigen Ventils für Übelstände und Mißbehagen. Fast anderthalb Jahrhunderte sind verflossen seit dem Erscheinen

des contrat social; man kann nicht sagen, daß seine Ideen überwunden wären und seine Wirkung nur noch geschichtlicher Betrachtung unterliege.

Aber nicht nur in den bestehenden Regierungen, auch im Eigentum sah Rousseau eine Anmaßung. „Der erste, der ein Stück Land einzäunte und sagte: ‚Das ist mein', und Leute fand, die einfältig genug waren, es zu glauben, war der Begründer der bürgerlichen Gesellschaft." Und für das alles kein anderer Beweis, auch nicht der Versuch eines Beweises, als das Dogma von der unübertrefflichen Reinheit und Vollkommenheit ursprünglicher Naturzustände, die erst der Gang der Geschichte verderbt, unheilvoll und unerträglich gemacht habe! Es wird schwer, sich hineinzudenken in diese Anschauungen, sich von ihrer Ehrlichkeit zu überzeugen, so sehr haben seitdem nicht nur geschichtliche, sondern auch naturwissenschaftliche Betrachtungsweise die Erkenntnis festgelegt, daß die organische Welt keine andere Entwickelung kennt als die von niederen zu höheren Formen.

Und doch waren es nun diese Anschauungen, die der Revolution ihre Grundlinien vorzeichneten; der contrat social wurde ihr Evangelium. Auch die dem Wesen religiöser Überzeugungen durchaus widerstreitende, zu den Toleranzgedanken der Aufklärung in schroffem Widerspruche stehende Auffassung Rousseaus, daß die höchste Kirchengewalt in den Händen des Staates sein müsse, der Dissentierende als unbürgerlich auszuschließen sei, hat die Revolution sich angeeignet. Sie hat in der Vernunftreligion des Jahres II ihre Verwirklichung versucht. Es bedarf keiner Kritik dieser Ideen; die Zeit selbst hat sie gerichtet. In der französischen Revolution wiederholt sich die Erscheinung der englischen, ja aller Revolutionen, daß das Panier verschwindet, wenn man es zum Siege geführt hat. Wie unendlich viel konservativer ist die Republik von heute als die von 1789 oder gar die von 1793!

Und doch, wer möchte die Frage, ob die schweren Erschütterungen, die durchlitten worden sind, vermeidlich gewesen wären, mit

einem sicheren Nein beantworten? Daß Reformen, einschneidende Reformen in Staat, Kirche und Gesellschaft unumgänglich waren, kann niemand bestreiten. Waren sie durchführbar mittels Weiterbildung des Bestehenden, ohne gewaltsamen Umsturz? Frankreich hat unsäglich darunter gelitten, daß es diesen Weg nicht durchmessen hat. Kein anderes europäisches Land hat sich die modernen Errungenschaften unter gleichen Zuckungen zu eigen gemacht. Dem Volkscharakter, seiner leichten Erregbarkeit, seiner Neigung zu blutigen Ausschreitungen hat man nicht selten die Schuld beigemessen. Ganz freigesprochen werden kann er nicht. Aber die Verhältnisse waren doch so verfahren, die öffentlichen Zustände so haltlos, auch die Besten des Volkes so wenig gewöhnt und geschult in den Erfordernissen des öffentlichen Lebens, daß schwer zu sagen ist, wie eine organische Entwickelung hätte Platz greifen können.

Das Frankreich von 1789 hatte in der europäischen Welt nicht mehr eine Stellung inne wie jenes, das Ludwig XIV. hundert Jahre früher in den dritten Eroberungskrieg führte. Gegenüber England befand es sich in erklärter Inferiorität. Es hatte helfen können, die Vereinigten Staaten loszulösen, als Lohn seiner Anstrengungen aber nur Tobago davongetragen. Soweit militärisches Prestige in Frage kam, stand man noch unter dem Eindruck der Erlebnisse des Siebenjährigen Krieges. Soeben hatten die Preußen zugunsten des Erbstatthalters den „Spaziergang“ nach Amsterdam ungehindert vollziehen können. Die Türkei, Polen, Schweden waren Interessensphären russischer statt wie früher französischer Politik geworden. Zu Österreich hatte Marie Antoinette gute Beziehungen sichern sollen; einen gesteigerten Einfluß in Europa hat die Verbindung Frankreich nicht gebracht. So gab es nach außen nichts, was innere Mängel hätte ausgleichen, durch Befriedigung des nationalen Ehrgeizes die Aufmerksamkeit von den inneren Schwierigkeiten hätte ablenken können.

Unter ihnen waren die finanziellen weitaus die gefährlichsten. Hätte man ihrer Herr werden können, die Krone möchte die Zügel in der Hand behalten haben. Aber das erwies sich als unmöglich. Aus der Regierung Ludwigs XIV. waren die Staatsfinanzen in kläglichem Zustande hervorgegangen. Die Zeit der Regentschaft und Ludwigs XV. Mißwirtschaft, dann die zwei großen Kriege hatten ihn nicht gebessert. Als Ludwig XVI. 1774 an die Regierung kam, betrug das Jahresdefizit schon mehr als 70 Millionen. Es ist dann fortdauernd gestiegen, bis es sich 1786 auf 85 Millionen belief. Die Fehlbeträge mußte man durch Anleihen decken, ebenso die Kosten des amerikanischen Krieges. So wuchs in den zehn Jahren von 1777—1787, von Neckers Beginn bis zu Calonnes Sturz, die Staatsschuld um 1630 Millionen; sie betrug, als die Revolution begann, rund vier Milliarden. Die jährliche Zinsenlast war seit dem Regierungsantritt des Königs auf das Doppelte gestiegen, auf 206 Millionen. Da die Notabeln, die man 1787 einberief, keinen Ausweg fanden, war ein Appell an die Stände nicht mehr zu umgehen. Ihr Zusammentritt am 5. Mai 1789, seit 1614 das erstemal, entsprach einem allgemeinen Verlangen der Nation.

Er gab aber auch das Signal zu ungestümer Verlautbarung aller Klagen und Beschwerden. Die Verwertbarkeit der cahiers für die Erkenntnis der Zustände des Landes ist nicht ohne Grund angezweifelt worden. Doch auch ohne sie gewinnt man ein in den Hauptzügen feststehendes Bild der Lage. Die Mißstimmung war allgemein, eine Mißstimmung, die nicht in einer Reihe von einzelnen Anlässen, sondern in der Entwickelung von Menschenaltern ihren Grund hatte.

Kein Stand war ganz frei von ihr. Der Adel war hoffähig, steuerfrei und im ausschließlichen Besitz der Offizierstellen; aber für die Verwaltung und Regierung des Landes bedeutete er kaum noch etwas. Die Gouverneurposten in den Provinzen, die noch bestanden, waren matt gesetzt durch die Tätigkeit der königlichen Intendanten. Die Hoffähigkeit begünstigte das Fortkommen der

Angehörigen des Standes, erforderte aber auch einen Aufwand, den nur ganz vereinzelte Familien ertragen konnten. „Der Hof! In diesem Worte liegt alles Übel." — „Der Hof ist das Grab der Nation," sagt d'Argenson. Es war noch unter Ludwig XV.; aber das neue Regiment hat daran nichts ändern können. Eine unerbittliche Etikette schloß jede Reform aus. Der Adel hatte, wie mit Recht gesagt worden ist, keine andere Wahl, als sich am Hofe zu ruinieren oder in der Provinz zu verbauern. Er war nicht arm an fähigen und vorwärts drängenden Köpfen; sie haben diese Lage auf das schmerzlichste empfunden.

Gleichberechtigt stand neben dem Adel die Geistlichkeit. Aber eine tiefe Kluft schied die Würdenträger von der Masse der Pfarrverweser. Die Menge der Kuraten teilte das Los der Bauern und stand an Bildung kaum über ihnen. Hier konnte das Bestehende eine Stütze nicht finden. Gelegentlich tauchte unter den Leitern der Kirche auch noch der Gedanke auf, das Werk Ludwigs XIV. wieder aufzunehmen, Frankreich völlig von der Ketzerei zu reinigen. Ganz aufgehört haben die religiösen Nachstellungen nie. Es ist selbstverständlich, daß alles, was protestantisch war (und die Konfession zählte immer noch Hunderttausende von Bekennern), den neuen Ideen huldigte. Auch was vom Adel und den Prälaten am geistigen Leben teilnahm, war in ihrem Banne gefangen, oft ja nur der Mode folgend, nicht so selten aber auch aus Überzeugung.

Sicherlich war die Lage des bürgerlichen und bäuerlichen Standes in Frankreich im 18. Jahrhundert im allgemeinen nicht schlechter als in anderen kontinentalen Ländern Europas. Den bürgerlichen Klassen bot sich jedenfalls eine größere Erwerbsmöglichkeit. Es wird angegeben, daß Frankreichs Export von 1720 bis 1788 von 106 auf 354 Millionen Livres gestiegen sei. Ganz überwiegend beruhte das auf einer Hebung der französischen Industrie, die mit dem hohen Ansehen französischer Kultur im engsten Zusammenhange stand. Bürgerliche waren es auch, die den Beamtenstand ausmachten. Das System des Stellenkaufs, durch

Ludwig XIV. zur Herrschaft gebracht, und das Pachtwesen in der Steuerverwaltung hatten ihrer Geldkraft einen gar nicht auszugleichenden Vorsprung gegeben. Dazu kam das Lieferungs- und Schuldenwesen. So flossen ihnen ergiebige Quellen steigenden Wohlstandes.

Aber der Besserung ihrer wirtschaftlichen Lage entsprach nicht die gesellschaftliche und staatliche. Sie fühlten sich als die lebens- und tatkräftigste Klasse der Nation, erfreuten sich aber, abgesehen vom Richterstande, der „robe", weder eines entsprechenden Ansehens, noch irgendwelchen maßgebenden politischen Einflusses. Der Wunsch, dem ein Ende zu machen, beherrschte den Stand. Er ward der Hauptträger des Reformgedankens, selbstverständlich im Sinne der Zeitideen, der berufene Führer der Neuerung. Er hat auch weitaus den größten Vorteil aus der Revolution gezogen.

Wenn die bäuerliche Welt seiner Fahne folgte, so findet das noch am meisten seine Erklärung aus einer wirklichen Notlage. Nicht als ob die Feudallasten in Frankreich drückender gewesen wären als sonst auf dem Kontinent. Auch hat neuere Forschung über die Schwere dieser Lasten im allgemeinen ja milder geurteilt als die Zeit, die selbst noch gegen unleugbare Mißbräuche und Ungerechtigkeiten zu kämpfen hatte. Aber die Lage des französischen Bauernstandes war wirklich eine schlechte; besonders ist sie im Lichte englischer Beobachtung so erschienen.

Es ist allgemein anerkannt, daß nicht erst die Revolution die Zersplitterung des französischen Grundbesitzes herbeigeführt hat. Sie hat diesen Zustand im wesentlichen übernommen und weitergegeben; soweit eine Änderung erfolgt ist, besteht sie in der Hauptsache in einer Verstärkung des mittleren Besitzes auf Kosten des größeren. Aber diese kleinbäuerliche Bevölkerung trug den Hauptteil der Steuerlast und stellte die Rekruten. Die Form der Erhebung war drückend und provozierend, nicht frei von groben Mißbräuchen. Die bekannte Erzählung Rousseaus von dem Bäuerlein, das ihn fälschlich für einen Steuerkommissar hielt, behauptet sicher eine allgemeine Gültigkeit.

Und dabei erfuhr der Stand gar wenig von staatlicher Fürsorge, die für Handel und Gewerbe doch nicht selten und auch mit Nachdruck eintrat. Frankreich ist durch Quesnays Tableau économique (1758) Ursprungsland der Physiokraten geworden, die zuerst Bresche legten in die einseitigen Anschauungen des Merkantilismus. Aber die zweijährige Amtszeit Turgots als Generalkontrolleur (1774—76) war zu kurz, um die von den Physiokraten so hoch eingeschätzte Bodenkultur und den sie vertretenden Stand wesentlich zu fördern. Sie hatte das Schicksal der meisten plötzlichen und einschneidenden Reformversuche; sie erregte erbitterte Gegenwehr und getäuschte Hoffnungen. Die traurige Mißernte von 1788 hat die Lage noch besonders erschwert. Schon in früheren Jahren hatten ländliche Notstände zu gewaltsamen Ausschreitungen geführt; sie mehrten sich jetzt in bedenklichster Weise, besonders im Süden. Von 25 Millionen Bewohnern Frankreichs lebten 21 Millionen vom Ackerbau. In der ländlichen Bevölkerung lag in keiner Weise ein Moment der Ruhe und des Beharrens, als die Stände zusammentraten.

Es hat immer wieder Verwunderung erregt, daß die allmächtige Monarchie, die doch grundsätzlich die Staatsform Frankreichs war, sich gegenüber den aufsteigenden Schwierigkeiten so hilflos erwies. Selbstverständlich ist die Gefahr, die in den sich verbreitenden Ideen lag, nicht etwa übersehen worden. Ein Erlaß von 1757 verhängte die Todesstrafe über Verfasser, Verleger und Verkäufer von Büchern gegen die Religion und die Staatsordnung. Aber wie hätte selbst die starke Polizei des alten Regime so drakonische Bestimmungen zur Durchführung bringen sollen, wo alle Kreise, bis zu den höchsten hinauf, von diesen Ideen angesteckt waren! Als Beaumarchais' Hochzeit des Figaro nach siebenjährigem Widerstand der Behörden 1784 endlich aufgeführt werden durfte, fand das Stück frenetischen Beifall bei den vornehmsten Zuschauern, und es war, wie Napoleon sagt, la révolution déjà en action. Strenge hätte nur auf Erfolg hoffen können, wenn planmäßige, mit fester

Hand durchgeführte Reformen sie begleitet hätten. Dazu hatte aber Ludwig XVI. weder selbst die Kraft, noch vermochte er Männern, die sie vielleicht besessen hätten, sein dauerndes Vertrauen zu schenken.

So gewannen andere Kreise Macht über den Staat. Denn darüber war alles einig, daß nur der Staat alles heilen und ordnen könne, daß Glück und Wohlfahrt der Einzelnen wie der Gesamtheit gesichert seien, wenn man ihn in die rechte Form gegossen habe. Die Kehrseite der Zentralisation, die seit Richelieu angestrebt, seit Ludwig XIV. erreicht worden war, trat nun voll zutage. Sie hatte alles Recht und alle Macht auf den König gehäuft; sie hatte ihm auch alle Verantwortung aufgeladen. Zu der Entwöhnung von allem politischen Handeln war beim Volke auch die von jedem Verantwortlichkeitsgefühl getreten. Es erwartete und forderte alles vom Staat und machte ihn für alles haftbar. In dem Glauben an die allein seligmachende Staatsgewalt waren alle einig, die Enzyklopädisten und die Ökonomisten, Voltaire und Rousseau. „Man richte den Staat gut ein, so ist alles gut." „Der Staat macht aus dem Menschen, was er will. Er hat ihnen nicht nur zu befehlen, sondern sie zu bilden nach einem bestimmten Muster, ihren Geist zu formen, sie mit den Anschauungen und Empfindungen zu erfüllen, die ihnen notwendig sind." Man kann nicht sagen, daß das politische Leben der Gegenwart, auch außerhalb Frankreichs, diese Auffassung überwunden hätte. Sie schloß selbstverständlich das Recht zum Zwange in sich. So vollzog sich die Entwickelung, die unter dem Feldgeschrei der Freiheit den Schrecken zum Vollzieher des Staatswillens machte. Auch bei den geistvollsten Neuerern hat die Ansicht Ausdruck gefunden, daß Religion nur Priestertrug, der bestehende Staat nichts als ein Tyrannengebilde sei. Wie mußte sich die Welt in den Köpfen der Menge malen! Widerstand zu leisten, der Bewegung Maß und Richtung zu geben, wären andere Kräfte erforderlich gewesen, als sie in Hof und Gesellschaft lebendig waren.

Der Beginn der ständischen Verhandlungen bewies das bald, im Grunde genommen schon die Berufung der Versammlung. Im Gegensatz zu der Meinung der Notabeln, bei denen doch die Wahrung der eigenen Interessen andere Rücksichten überwog, war dem dritten Stande die gleiche Zahl von Vertretern zugestanden worden wie den beiden oberen zusammen. Schon ihre Wahl hatte sich nicht vollzogen ohne den Druck tumultuarischer Auftritte. Die Fragen und Antworten der Sieyèsschen Flugschrift vom Dezember 1788 drückten die herrschende Stimmung aus: „Was ist der dritte Stand? Alles. Was bedeutet er: Nichts. Was will er: Daß er etwas bedeute." Die Durchführung von Reformen, die allein der Finanznot steuern konnten, erwies sich ohne seine Mitwirkung bald als unmöglich. Die Fiktion, als ob man die Stände eigentlich nicht brauche, konnte Necker nicht lange aufrecht erhalten. So widersetzte man sich denn auch vergeblich, als der dritte Stand am 17. Juni auf Sieyès' Antrag beschloß, daß er allein die Nationalversammlung darstelle.

Zehn Tage später wurde angeordnet, daß die drei Stände vereinigt tagen sollten, was gleichbedeutend war mit der Auslieferung von Adel und Geistlichkeit an ihre bisher nicht für voll angesehenen Kollegen. Denn abgesehen davon, daß nicht wenige Adlige und Geistliche die vom dritten Stande vertretenen politischen Anschauungen teilten, stand schon damals die Versammlung, obgleich sie in Versailles tagte, unter dem Einfluß einer Tribüne (der Sitzung vom 17. Juni sollen 4000 Zuhörer angewohnt haben), deren Meinung und Stimmung in Paris auf der Straße, im Getümmel des Palais Royal und in den Klubs geformt und gestaltet wurden. Die Brissot, Marat, Danton sind damals populär geworden; Leute vom Schlage des Camille Desmoulins wurden ausschlaggebende Politiker. Die lauteste Stimme, die tönendsten Phrasen, die plumpsten Schmeicheleien trugen es beim souveränen Volke davon. Die Unsicherheit der Zustände störte den Erwerb in Stadt und Land. An Arbeitslosen fehlte es nicht in der Großstadt, die mit ihren 600000 Bewohnern schon damals

die volkreichste des Kontinents war, natürlich auch nicht an Pöbel. Systematische Verführung zersetzte die Disziplin der Truppen. Tausende von Deserteuren mischten sich unter die Volkshaufen, die jedes Auftauchen einer Differenz in Versailles alsbald in Bewegung setzte. Der Versuch des Königs, Necker zu entlassen, ward Anlaß zum Bastillesturm. Er hat der französischen Republik ihren Gedenktag gegeben. Es ist eine der wunderlichsten Wunderlichkeiten der an grotesken Hergängen so überreichen Geschichte der französischen Revolution, daß sie sich noch heute sonnt am Glanze einer Tat, deren hervorstechendster Zug feige Niedertracht war.

Von freien, wohl überlegten Entschließungen der Versailler Nationalversammlung konnte unter solchen Umständen nicht die Rede sein. Schon die Zahl von 1200 Mitgliedern machte ja ruhige, allein durch das Gewicht der Sache entschiedene Verhandlungen unmöglich. Dazu der Zwang, den die überwachende Volksmenge übte! Wer ihren Unwillen erregte, mußte sich auf Laterne und Pike gefaßt machen. Eine Geschäftsordnung existierte nicht; ein Antrag, die des englischen Parlaments einzuführen, ward abgelehnt. Fühlung mit der Regierung ward geflissentlich vermieden. Die Nationalversammlung hat ihren Mitgliedern die Annahme eines Ministerpostens untersagt, Minister in ihrer Mitte nicht zu Wort kommen lassen.

So sind nicht wenige der wichtigsten Beschlüsse unvorbereitet, nur von einer Minorität gewollt, in plötzlicher Gefühlsaufwallung, der am tiefsten eingreifende buchstäblich „über Nacht" gefaßt worden. Mit Recht hat man die berühmte Nacht zum 5. August als eine Revolution bezeichnet „so tiefgreifend und so plötzlich, wie die Geschichte keine zweite kennt." Die Feudallasten fielen mit einem Schlage, jedes Vorrecht eines Standes, die Rechte von Korporationen, tausendjährige Einkünfte der Geistlichkeit, die Sonderstellung der Parlamente, alles, was drückend oder als Ungleichheit erschien. Dem Staate wurden viele Millionen seiner Einkünfte entzogen, neue nicht zugeführt, seine Pflichten aber vermehrt. Es

geschah in einer Art Opferwilligkeitstaumel, den man nicht mit Unrecht mit einer mittelalterlichen Bußepidemie verglichen hat.

Es hat Monate gedauert, bis alle die gefaßten Beschlüsse einigermaßen redigiert waren. Inzwischen hatten sie schon zu den blutigsten Gewalttaten im Lande geführt. Die Adligen waren zu Tausenden ins Ausland entwichen, ihr Leben zu retten. Zum zweitenmal in einem Jahrhundert vertrieb Frankreich seine Aristokratie, erst seine ethische und intellektuelle, jetzt seine politische und soziale. Diesmal tat es das Volk; der König vermochte nicht zu wehren. Er war machtlos. Die Pariser zwangen ihn am 6. Oktober in ihre Stadt. Die Nationalversammlung folgte. Die Freiheit des Königs war dahin.

Rasch ist es dann abwärts gegangen. Nach dem mißlungenen Fluchtversuch im Juni 1791 war die persönliche Sicherheit des Königs und der Seinigen in Frage gestellt. Die Gemäßigteren, die die Monarchie noch hätten erhalten mögen, schwankten unsicher hin und her zwischen Furcht vor der Reaktion und Angst vor dem Terrorismus der Jakobiner. Die gesetzgebende Versammlung, die am 1. Oktober 1791 an die Stelle der konstituierenden getreten war, suspendierte den König, als der Feind in der zweiten Hälfte des August 1792 die Grenze überschritt, und machte dann dem Nationalkonvent Platz. Am 21. Januar 1793 teilte Ludwig XVI. das Schicksal Karls I. Das Land wurde das Opfer eines Schreckenregiments sondergleichen.

Viel rascher und entscheidender als einst in England war der Sieg, den die Revolution in Frankreich erfocht, und viel geringer hatte sich die Widerstandsfähigkeit des absoluten als die des parlamentarisch beschränkten Königtums erwiesen. Verlauf und Ergebnis der Hergänge, die ja zum Vergleich herausfordern, sind grundverschieden. England hat die wichtigsten seiner altüberlieferten Institutionen über seine Revolution hinübergerettet, die Monarchie trotz des Schafottes, die parlamentarische Vertretung und seine starke, leistungsfähige Lokalverwaltung. Frankreich hat mit

der Tradition völlig gebrochen. Seine Institutionen sind sämtlich neu; denn die Staatsallmacht und die demokratische Verteilung des Grundbesitzes, die ihm aus alter Überlieferung geblieben sind, kann man nicht zu den Institutionen zählen. Die Monarchie hat auf seinem Boden nie wieder Wurzel gefaßt. Seine Volksvertretung wurde keine Wiederbelebung der alten, sondern ein völlig neues Werk. So verdankt Frankreich, was es ist, der Revolution.

Wie abstoßend und widerwärtig auch die Begleiterscheinungen sich darstellen, wie groß die Unreife auf Schritt und Tritt und wie empörend die Fülle gemeiner Triebe und niedriger Leidenschaften, die den im tiefsten Grunde wirksamen Idealismus kaum noch erkennen lassen, daß, was in Frankreich besteht, aus der Revolution hervorgegangen ist, kann niemand in Zweifel ziehen. Sie war es, die dem französischen Volke wieder Anteil verschaffte an der Leitung seiner Geschicke, sie ihm in der weiteren Entwickelung zuletzt völlig in die Hand gab. Sie schuf eine vereinfachte und verbesserte Verwaltung, reformierte das Gerichtsverfahren, sicherte Gleichheit vor dem Gesetz, veranlaßte eine gerechtere Verteilung der Steuerlasten, gab dem Lande eine starke und volkstümliche Armee und entfesselte bürgerliche und bäuerliche Betriebsamkeit in bisher unbekannter Weise.

Daß das alles sich aber durchsetzte gegen und ohne das Königtum, im schroffsten Gegensatz zu den bisher bevorrechteten Klassen und unter blutigster Verfolgung derselben, daß an die Stelle der absoluten Monarchie unvermittelt die absolute Demokratie trat, das sollte der französischen Revolution erst ihre europäische, ihre Weltbedeutung geben. Nirgends hat die englische Revolution zur Nachahmung gereizt; sie war etwas spezifisch englisches, nur dort möglich. Die französische beruhte auf Ideen, die weit über ihr Ursprungsland hinaus Verbreitung gefunden hatten und so eine ungleich größere Kraft der Propaganda besaßen.

Trotzdem möchte auch sie in ihren Wirkungen auf ihren Herd beschränkt geblieben sein, wenn sie, wie in England, mit einer freiwilligen Zurückberufung der Königsfamilie unter veränderten Verfassungsformen geendet hätte. Es ist müßig, zu erwägen, ob es zu

diesem Endergebnis nicht auch in Frankreich gekommen wäre, wenn das Ausland nicht eingegriffen hätte. Mirabeau hat nie etwas anderes gewollt als eine konstitutionelle Monarchie. Indem die Fremden sich einmischten, erhielt der Haß gegen die königlichen und adligen Emigranten neue Nahrung. Die Männer der Revolution konnten zugleich die nationalen und die demokratischen Leidenschaften aufrufen und beide ins Feld führen zum Kampf für ihre Prinzipien.

Die Verhältnisse des Erdteils hätten kaum günstiger liegen können. Unter den großen Mächten war keine, die beim Ausbruch der Revolution auf den Gedanken kommen konnte, die Gelegenheit zu benutzen, um eigenen Besitz und Einfluß auf Kosten Frankreichs zu erweitern.

Maria Theresia hat von Hubertusburg an ehrlich den Frieden gewollt. Die Hoffnung, Schlesien wiederzugewinnen, so lange und so leidenschaftlich genährt, hatte sie aufgegeben. Doch war es selbstverständlich, daß die deutschen Verhältnisse beherrscht blieben von dem Gegensatz zwischen Preußen und Österreich, der neu emporgekommenen und der altbegründeten Macht.

Mit Josef II. kam in ihre Beziehungen wieder ein Element der Unruhe. Seit den Tagen der Staufer hatten Baiern und Österreich, das Herzogtum und seine Mark, unendlich oft in Rivalität gestanden, Wittelsbacher, Babenberger und Habsburger, weit schärfer als im Norden die Welfen gegenüber Askaniern und Hohenzollern. Hier wie dort erwiesen sich die Marken als die überlegenen. Österreich konnte, besonders seitdem die niederländischen und die italienischen Erwerbungen dazu einzuladen schienen, auf den Gedanken kommen, den unbequemen Nachbarn von seinen Grenzen wegzuverpflanzen. So hatte sich Frankreich der Lothringer entledigt. Als mit dem haltlosen Karl Theodor 1777 die Heidelberger (Sulzbacher) Linie in die Stammlande einzog, trat der Plan seiner Ausführung nahe.

Es war Friedrich der Große, der Kaiser Josef in den Arm fiel und die Wittelsbacher vor der Versetzung nach Belgien und an den Niederrhein bewahrte. Er gewann die Stellung eines Schutzherrn der „deutschen Libertät". Das war die Tendenz, in der er den Fürstenbund begründete und seine Glieder zum Anschluß an Preußen bereit fand. Er dachte nicht daran, das Reich zu organisieren, um es nach außen zu stärken; er wollte nur Österreichs Macht nicht erweitert sehen. Er suchte in diesem seinem Streben für seine deutsche Politik sogar Anlehnung an Frankreich und Rußland; Kaiserin Katharina wurde 1779 Garant des Teschener Friedens. Als einen vorbereitenden Schritt zur Aufrichtung eines deutschen Reiches wird man den Fürstenbund nur ansehen können, soweit er Preußen, das dereinst die Einigung durchführen sollte, in seiner Großmachtsstellung neben Österreich befestigte.

Indem die beiden deutschen Mächte sich so in der europäischen Politik gleichsam aufhoben, wurde die ältere von ihnen noch obendrein von inneren Schwierigkeiten heimgesucht, die ihre Aktionsfähigkeit nicht wenig beeinträchtigten.

Mit Recht wird Josef II. als der reinste Vertreter des aufgeklärten Despotismus angesehen. Man möchte unter den mächtigeren Monarchen der Zeit keinen finden, in dem die beiden Begriffe, durch deren Verbindung man die Richtung zu kennzeichnen pflegt, einzeln so rein ausgeprägt und zugleich so fest miteinander verbunden gewesen wären wie in ihm. Österreich aber war gewiß das am wenigsten geeignete Staatswesen, die Grundsätze der Aufklärung zu rascher Durchführung zu bringen. So bunt zusammengewürfelt, so verschiedenartig in Bedürfnissen, Volkstum und Kulturstand war keines wie das Völkergemisch, das vom Kanal bis an den Po und an die Enden der Karpaten unter dem kaiserlich-königlichen Szepter vereinigt war. Die josefinischen Reformen — der erste Lichtstrahl, der nach zwei Jahrhunderten in Länder fiel, die zu den dunkelsten Europas gehörten — verfehlten um so mehr ihren Zweck, als sie mit starken Zentralisationstendenzen verquickt waren. Sie brachten nicht nur die an Rechten und Einkünften Ge-

schädigten, sondern auch die gegen sich auf, denen sie helfen sollten. Sie riefen die Nationalitäten und die in den habsburgischen Landen so mächtige Kirche gegen die Regierung auf den Plan. So ging der französischen Erhebung für Natur und Vernunft eine belgische vorauf und zur Seite, welche die überlieferten ständischen Rechte und Einfluß und Stellung der Geistlichkeit verteidigte. Sie wurde der österreichischen Truppen Meister und verkündete im Januar 1790 die Unabhängigkeit des Landes. Der gleichzeitige Widerstand Ungarns gegen die Beeinträchtigung seiner Sonderstellung war um so bedenklicher, als Josef sich hatte bewegen lassen, an Rußlands Seite in einen Türkenkrieg einzutreten, der mit nicht allzuviel Glück geführt wurde. Inmitten dieser Schwierigkeiten ist der Kaiser im Februar 1790 gebrochenen Mutes gestorben.

Zu diesen Verwickelungen, die Mitteleuropa lähmten, traten nun die polnische Frage und die drohend anwachsende Macht Rußlands. Peter der Große hatte die Zarengewalt in die europäische Politik eingeführt. Katharina hat es durchgesetzt, „Stimme zu haben im Kapitel“ Europas und zwar eine der lautesten. Auch hier war es der Gegensatz Preußens und Österreichs, das Gleichgewicht ihrer Macht, was Rußland die Bahn öffnete.

Unmittelbar nachdem Katharina über die Leiche ihres Gemahls hinweg zum Thron gelangt war, hat sie die Wahl ihres Günstlings Stanislaus Poniatowski zum König von Polen durchgesetzt. Sie war entschlossen, das Land in Abhängigkeit zu erhalten. Sie wußte ihrer Einmischung hier wie in der Türkei eine christlich-humane Färbung zu geben, eine Kunst, in der Rußland seitdem Meister geblieben ist. Im intoleranten Polen trat sie als Beschützerin der Dissidenten auf, was zunächst sagen wollte, der griechischen Katholiken, die in den Provinzen des Ostens und Südostens die große Mehrzahl der Bewohner bildeten, in der Türkei als Vertreter der unterdrückten Christen. Nichts hätte beim gläubigen russischen Volke populärer sein können. Als Poniatowski versuchte, seinen eigenen Weg zu gehen, entfesselte sie den Bürgerkrieg und

zwang ihn unter ihren Willen. 1768 ward sie Garant der polnischen Verfassung.

Es konnte ihr nur gelegen kommen, wenn jetzt die alten Gegner der Polen, die Türken, sich zur Unterstützung der Konföderierten von Bar und ihres Widerstandes gegen Rußland erhoben. Sie rief die kriegerischen Bergstämme des südlichen Morea und des westlichen Hellas, die stets den Türken unbotmäßig gewesen waren, zum Aufstand. Die Rajah lernten ihre Blicke auf Rußland richten und von dorther Befreiung von der Herrschaft des Halbmonds erwarten. Zum ersten Male erschien eine russische Flotte im Mittelmeer; sie erfocht 1770 den Seesieg von Tschesme. England begünstigte das Unternehmen im Interesse seines baltischen Handels und weil Rußland der Feind der Freunde Frankreichs war, der Polen, Schweden und Türken.

1773 überschritt, ebenfalls zum ersten Male, ein russisches Heer die Donau und drang in Bulgarien vor. Im nächsten Jahre mußte die Pforte den Frieden von Kütschük-Kainardschi schließen. Sie gab ihre Hoheitsrechte über die Tataren auf. Rußland erhielt die festen Plätze an der Dnjeprmündung und an der Straße von Kertsch, rückte an den Kaukasus vor und erlangte Verkehrsrechte im türkischen Reiche und in den türkischen Gewässern, wie sie keine andere Macht in gleicher Ausdehnung besaß. Die festgesetzte Religionsfreiheit für die Moldau und die Walachei und die Religionsrechte, die russischen Untertanen im türkischen Reiche und für die Wallfahrt nach Jerusalem zugestanden wurden, boten bequeme Handhaben für fortgesetzte Einmischung und machten Rußland zur Schutzmacht der griechischen Christen des Orients. Seitdem war das Geschick der Pforte von keiner Macht so abhängig wie von Rußland.

Noch während des türkischen Krieges war es zur ersten Teilung Polens gekommen. Der Gedanke war dem Jahrhundert nicht neu. Er war wiederholt und von verschiedenen Seiten her erwogen worden. Den Anstoß zu seiner Ausführung gab Kaiser Josef durch

Besetzung der im 15. Jahrhundert von Ungarn an Polen verpfändeten Zips (1769). Sie ward Katharina Anlaß, bei Preußen die Aufteilung größerer polnischer Gebiete in Anregung zu bringen. Gegenüber dem Gedanken, das Ganze zu beherrschen, schien das angesichts des türkischen Krieges der richtigere Weg. Für Preußen war damit eine Lebensfrage aufgerollt

Man pflegt in der Beurteilung dieses „größten Unrechts der Geschichte" die Länderbegehrlichkeit der drei beteiligten Mächte mit der gleichen Verdammnis abzutun. Und doch besteht ein Unterschied, der gar nicht scharf genug betont werden kann. Rußland und Österreich gliederten ihren weiten Staaten Grenzstreifen an, die ihre allgemeine Machtstellung nicht entscheidend heben konnten; ob man sie besaß oder nicht, man blieb, was man war. Preußens Stammland aber, die Rechtsgrundlage seiner Königskrone, war eine Enklave Polens, durch meilenweiten fremden Besitz vom Kern der Monarchie getrennt. Was die abgetrennte Lage für Ostpreußen bedeutete, hatte die Russennot des Siebenjährigen Krieges fühlbar gemacht. Schon damals hatte Rußland sich mit dem Gedanken getragen, die Häfen des Landes nicht mehr zu räumen. Die Umwandlung Polens in einen russischen Vasallenstaat wäre Preußens Tod gewesen; sie auf die Dauer zu verhindern aber fehlte ihm die Macht, sofern es an Polen selbst im Kampfe gegen Rußland nicht eine verläßliche Stütze finden konnte. Daß das aber jemals möglich sein werde, daran mußten alle Erfahrungen verzweifeln lassen. Die Verlotterung und Verwilderung der polnischen Zustände, die Zuchtlosigkeit, Bestechlichkeit und Unduldsamkeit, die rohe Gewinn- und Genußsucht des weitaus größten Teiles des polnischen Adels schlossen das aus. So gab es keinen anderen Weg als den Versuch, bei einer Teilung Polens die Gebiete an sich zu bringen, ohne die eine Gewähr für den Bestand des Staates nicht gegeben war.

Es waren Gebiete, auf die man ein wohlbegründetes historisches Recht geltend machen konnte. Pommerellen, das Kulmer- und das Ermeland waren alter Ordensbesitz; was in ihnen an Kultur bestand, war deutschen Ursprungs. Der Netzedistrikt, der

in die Abtretungen einbezogen werden mußte, ist erst unter preußischer Herrschaft aus kaum bewohntem Bruchland in eine blühende Landschaft verwandelt worden. Man kann sagen, kaum je hat ein Staat zu einer gewaltsam durchgeführten Erwerbung ein größeres natürliches und geschichtliches Recht besessen als Friedrich der Große zu seinen polnischen Landen. Die zweite Hälfte seiner Regierung, zeitlich genau so lang wie die vor Hubertusburg liegende kriegdurchtobte erste, hat ausschließlich dem Frieden gedient. Außerordentlich rasch hat sich das schwer heimgesuchte Land erholt, und die Jahre 1763—86 gehören unbestritten zu den glücklichsten und entwicklungsreichsten des preußischen Staates. Einer ihrer schönsten Ruhmestitel aber ist und bleibt die Erwerbung Westpreußens und des Netzedistrikts.

Sie ist das noch mehr in deutschem als in preußischem Sinne. 1744 war Ostfriesland durch das Aussterben seiner Grafen an Preußen gefallen. Es ist durch diesen Übergang, der es dem niederländischen Wesen, von dem es schon völlig beherrscht war, entzog, für die deutsche Kultur gerettet worden. Es war doch für das gesamte Deutschland von unermeßlicher Bedeutung, daß am Dollart und an der littauischen Grenze, an der obersten Weichsel und an der Maas, in den äußersten Marken deutschen Wesens, wo sich unser Norden mit dem Fremden mischte und mit ihm rang, wieder ein starker Staat herrschte, der nicht anders sein konnte als deutsch, und dem durch drei große Regenten eine Eigenart eingeprägt und eine Wesensselbständigkeit gegeben worden war, die ihre Urheber überdauern mußten. Daß die Küsten der Nord- und Ostsee von Emden bis Memel heute deutsch sind, verdanken wir Friedrich dem Großen.

Wie bescheiden war zudem Preußens Anteil an der polnischen Beute. Österreich nahm mehr als doppelt, Rußland mehr als dreimal so viel, nach Bewohnern berechnet jenes das sechs-, dieses fast das vierfache. Rußland konnte für seine Erwerbungen noch anführen, daß Polozk und Witebsk einst russische Fürstensitze, die Lande an der oberen Düna und am oberen Dnjepr altrussischer Boden

waren; Österreich entbehrte für Galizien und Lodomerien jedes ähnlichen Rechtstitels, ebenso für die Bukowina, die Josef 1774 als Äquivalent für Rußlands Gewinn aus dem Türkenkriege besetzte. Eine Würdigung Kaiser Josefs darf nicht übersehen, daß Österreich seinen Besitz außerhalb des Karpathenringes ihm verdankt.

Es zeigte sich bald, daß Preußen auf dem betretenen Wege nicht stehen bleiben konnte an der Stelle, wo Friedrich der Große Halt gemacht hatte.

Ungestört von den Westmächten hatte Katharina die Türken bekämpfen können. Die Zeit des amerikanischen Krieges benutzte sie dann, die von der Pforte aufgegebenen Tataren Südrußlands zu unterwerfen und so am Schwarzen Meer noch fester Fuß zu fassen. Sie befolgte die so oft, nicht nur in fremdem, sondern auch in eigenem Herrschaftsgebiet geübte Taktik, Unruhen zu erregen und dadurch Gelegenheit zu schaffen, unbequemer Selbständigkeit ein Ende und weiterhin die kriegerische Kraft wilder Stämme dem Reiche dienstbar zu machen. Sie glaubte schon mit Kaiser Josef über eine Teilung der Türkei verhandeln und die Errichtung einer russischen Sekundogenitur in Konstantinopel in Gestalt eines griechischen Kaisertums in Aussicht nehmen zu können. Sie fand den Kaiser nicht bereit, auf so weit ausschauende Pläne einzugehen, aber sie vermochte doch, ihn von der Politik Maria Theresias abzubringen und ihn in den Krieg hineinzuziehen, der 1787 neuerdings ausbrach, weil die Pforte der russischen Minierarbeit nicht länger ruhig zusehen wollte

Für Gustaf III. von Schweden, der nach seiner Thronbesteigung (1771) die polnische Teilung und den Türkenkrieg hatte benutzen können, um unbehelligt von Rußland die Adelsgewalt zu stürzen und ein absolutes Regiment aufzurichten, schien die Gelegenheit gekommen, im Osten verlorenes Land wiederzugewinnen. Er griff 1788 zu den Waffen. Er rief damit die Dänen noch einmal nach Schonen, die Bundesgenossen Rußlands waren, seitdem Katharina und ihr Sohn Paul 1767 und 1773 die Rechte des Hauses

Gottorp auf Schleswig und Holstein für die Überlassung Oldenburgs aufgegeben hatten. So stand der Osten Europas in Waffen von den Kjölen bis zum Balkan.

Unmöglich konnte Preußen teilnahmlos zusehen. Unausgesetzt war Katharina beflissen gewesen, in Polen allein zu gebieten, jeden andern Einfluß auszuschließen. Eine völlige Niederwerfung der Türkei hätte auch Polens Selbständigkeit ein Ende gemacht. Noch aber gehörten Danzig und Thorn zu diesem Reiche, Städte, die von Haus aus deutsch gewesen und immer deutsch geblieben waren. Die untere Weichsel floß durch Preußens Lande und war doch kein preußischer Strom. Dazu fehlte es an einer Verbindung zwischen Westpreußen und Schlesien. Berlin, nur sechs Meilen von der sächsischen Grenze entfernt, lag auch wenig mehr als doppelt so weit von der polnischen. Der schmale Streifen, der Schlesien mit Brandenburg verband, war an seiner engsten Stelle sieben Meilen breit. Die Kernlande des Staates standen in denkbar losester geographischer Verbindung. So entstand Hertzbergs Plan, Entschädigung in Polen zu suchen für die Eroberungen, die Rußland und Österreich in der Türkei machen würden, Polen aber durch Rückgabe eines Teiles von Galizien schadlos zu halten. Der Minister suchte und fand eine Anlehnung an England, das schon Preußens Eingreifen in den Niederlanden begünstigt hatte, und das, wenn es sich auch für einen Übergang Danzigs an Preußen nicht erwärmte, doch Rußland von der Türkei abzubringen wünschte. In Polen gab es Schwärmer für den Krieg gegen die Moskowiter. So standen die Dinge, als die Nationalversammlung sich konstituierte. Der Weg der Zusammengehenden konnte nicht lange der gleiche bleiben. Die Lage Europas hätte nicht günstiger sein können für die ungestörte Durchführung der inneren Umgestaltung Frankreichs.

Es war natürlich, daß die Mächte die französische Revolution zunächst ausschließlich unter den Gesichtspunkten ihrer schwebenden Interessen beurteilten. Sie schien Frankreich einstweilen aus der europäischen Politik auszuschalten, und darin mußte man — be-

sonders in Preußen — einen Nachteil für Österreich sehen, dessen Beziehungen zu Frankreich durch die Verbindung Ludwigs XVI. mit Marie Antoinette neu und fester geknüpft schienen. Ihr Bruder Leopold II., der Josef folgte, teilte dessen liberale Anschauungen und hatte sie in Toskana betätigt. Ihm ist nie der Gedanke gekommen, in Frankreich das absolute Regiment wieder aufrichten zu wollen. Er war besonnen genug, des Bruders ungestüme Reformtätigkeit in ruhigere Bahnen zu lenken. Die Hergänge in Frankreich erleichterten ihm die Wiedergewinnung und Beruhigung Belgiens, dessen Revolution doch in ganz anderem Sinne unternommen war als die des Nachbarlandes. Er fand dabei Förderung bei England und Preußen, die ursprünglich die belgische Bewegung nicht ungern gesehen hatten, jetzt aber französische Einmischung zu fürchten anfingen.

Unter englischer Mitwirkung kam auch im Juli 1790 die Reichenbacher Verständigung zwischen Preußen und Österreich zustande. Friedrich Wilhelm II. stellte Hertzbergs Plan zurück. Auf seinen legitimistischen Sinn machten, besonders unter Bischoffswerders Einfluß, die Hergänge in Frankreich doch einen tieferen Eindruck als auf Leopold II. Die steigende Bedrängnis der Königsfamilie und die Klagen der Emigranten, besonders der flüchtigen Brüder des Königs, steigerten auch sonst die Besorgnis und den Unwillen an deutschen und anderen Höfen. Kaum leichter wogen die Klagen der im Elsaß und in Lothringen begüterten Reichsstände, die durch die französischen Neuerungen schwer geschädigt waren und Gefahr liefen, mit ihrem Besitz ganz oder teilweise unter die volle Souveränität Frankreichs zu geraten. Sie waren Opfer zweifelloser völkerrechtlicher Übergriffe, und es konnte ihnen wenig Trost gewähren, daß dem Papst in Avignon ein Gleiches widerfuhr.

Trotzdem hat Leopold den Entschluß zu einem Angriff auf Frankreich nicht fassen mögen. Allzu bedenklich entwickelten sich die Dinge im Osten. Die preußischen Pläne hatten bei den Polen Hoffnungen auf eine Wiederbelebung des hinsiechenden Staates geweckt. Sollte es nicht möglich sein, im Bunde mit Preußen sich

der russischen Bevormundung zu erwehren? Im Mai 1791 kam es zu Beschlüssen, die zugleich ein solches Bündnis und eine neue Verfassung proklamierten, die Polen zu einer konstitutionellen Erbmonarchie unter sächsischer Dynastie umgestalteten. Das war eine Art Kriegserklärung an Rußland.

Kaiser Leopold hat Anfang August 1791 mit der Pforte den Frieden von Sistova geschlossen und sich, obgleich es Laudon gelungen war, Belgrad zu erobern, mit der Abtretung von Alt-Orsova zufrieden gegeben. Wenige Tage später wurde zu Värälä in Finland dem Kriege zwischen Katharina und Gustaf III. ein Ende gemacht. Der romantisch ritterliche Schwedenkönig, der noch während dieses Krieges wieder mit seinem Adel um die Herrscherrechte hatte kämpfen müssen, träumte von einer Landung in der Normandie, um mit seinen Schweden das französische Königtum wieder aufzurichten. Nichts konnte Katharina erfreulicher sein als solche Gesinnung. Sie wurde nicht müde, an den europäischen Höfen ihren Einfluß in dieser Richtung einzusetzen.

Den deutschen Mächten konnte doch auch die Lage nicht unklar bleiben. Die Pillnitzer Zusammenkunft des Kaisers und des preußischen Königs im August 1791 führte zu einem näheren Zusammenschluß. Es kam zu einer vorläufigen Verständigung über Polen; ein Entschluß zu einem Angriff auf Frankreich wurde aber trotz des Drängens der Emigranten nicht gefaßt. Alsbald nach dem mißglückten Fluchtversuch Ludwigs XVI. hatte Leopold außer Preußen auch England, Spanien, Sardinien und Neapel zu Beratungen eingeladen, wie man die Person des Königs vor Ausschreitungen bewahren und ihn vor dem Aufzwingen der von der Nationalversammlung beschlossenen Verfassung schützen könne. Über dieses Ziel sind auch die Vereinbarungen von Pillnitz nicht hinausgegangen. Da Ludwig im September die Verfassung annahm und beschwor, wurden sie, soweit sie diesen Punkt betrafen, gegenstandslos. Es konnte die entgegenstehenden Bedenken nur mehren, daß auch Katharina Friedensunterhandlungen mit den Türken begann. Die Revolution selbst hat dann die Schritte getan, die den Krieg unvermeidlich

machten. Sie hätte ihn in keinem gelegeneren Augenblicke beginnen können.

Der französischen Revolution haben keineswegs von allem Anfang an kriegerische und Eroberungstendenzen inne gewohnt. Gerade die Extremen sind zunächst für den Frieden gewesen. Ein Krieg, glücklich geführt, hätte leicht der Monarchie neues Ansehen verschaffen können, hätte unter allen Umständen der Armee wieder ein festeres Gefüge gegeben. Das konnten sie nicht wünschen, so lange sie dieses Machtmittel nicht völlig in der Hand hatten.

Ähnliche Erwägungen waren es, die den Freunden eines konstitutionellen Königtums, Lafayette, Mirabeau u. a., den Gedanken an Krieg nahe legten. Die Aussichten auf Erfolg waren lange nicht so günstig gewesen. Die belgischen Zustände schienen zur Einmischung geradezu aufzufordern, und der Hader der Ostmächte um Polen, der türkische und schwedische Krieg luden ein zu einem Versuche, den alten französischen Einfluß in jenen Ländern wieder herzustellen. Mit gutem Grunde konnte man auch den Gedanken hegen, daß es möglich sein werde, mit Preußen zusammen zu gehen.

Die Gunst der Lage aber mußte, je mehr die Zügel der Regierung den Händen des Königs entsanken, auch den grundsätzlichen Republikanern zum Bewußtsein kommen. So wurden, besonders seit dem Fluchtversuch des Königs, die Girondisten die Führer der Kriegspartei zu einer Zeit, wo die Jakobiner noch für Frieden waren. Ihr späteres Schicksal findet schon in dieser Schuld seine genügende Rechtfertigung.

Leicht waren die Massen für den Gedanken gewonnen. Das fortwährende Gerede von der Gefahr, die von außen drohe, ließ, zumal es in dem Treiben der Emigranten eine tatsächliche Unterlage zu haben schien, allmählich den Hieb als die beste Parade erscheinen. Die kriegerischen und chauvinistischen Neigungen des französischen Volkes zu entflammen, ist ja zu allen Zeiten leichte Arbeit gewesen. Nicht minder hat es sich in der Rolle des Vorkämpfers für allgemeine Ideen gefallen. Die Erfolge, die französische Sprache

und französischer Brauch in der Welt errungen hatten, konnten den Glauben an diese Bestimmung nur befestigen. Mehrfach schon war es ausgesprochen, und wie oft ist es seitdem wiederholt worden, daß die erlösenden, völkerbefreienden Ideen nur von Frankreich ausgehen könnten, daß Frankreich ihnen das Gepräge geben müsse, mit dem allein sie in der Welt kursieren könnten. So ward es den girondistischen Kreisen nicht schwer, dem Gedanken der Völkerbeglückung durch Propaganda der Revolution im französischen Volke Boden zu verschaffen. Im Grunde genommen gab er dem im ganzen Volke lebendigen Verlangen nach Eroberung, nach den „natürlichen Grenzen", nur eine ansprechendere Gewandung. Zudem konnte ja ein Krieg vielleicht helfen, die sich mehrenden inneren Schwierigkeiten zu überwinden, ganz besonders, die steigende Finanznot auf Kosten der Nachbarlande einigermaßen zu lindern. So hat man sich leicht entschlossen, ihn eher zu suchen als zu vermeiden.

Schon gegen Ende November 1791 hat die französische Regierung an die rheinischen Höfe die Aufforderung gerichtet, die Emigranten aus ihren Gebieten zu entfernen, und sie am 14. Dezember an Kurtrier allein in verschärfter Form wiederholt. Die Aufgeforderten gaben sofort nach, obgleich von einer Gefährdung Frankreichs durch die rheinischen Scheinstaaten nicht die Rede sein konnte. Nicht einmal Unruhen hätten von dort aus erregt werden können, da die Bevölkerung der französischen Ostprovinzen in ihrer großen Mehrzahl auf dem Boden der neuen Ordnung stand. So war das französische Verlangen für den Bruder Marie Antoinettens, den Regenten Belgiens und Vorderösterreichs und kaiserlichen Schutzherrn der geschädigten Reichsstände eine Mahnung, daß er mit einem Angriff zu rechnen habe. Gegen diese Gefahr Deckung zu suchen, ist das preußisch-österreichische Bündnis vom 7. Februar 1792 geschlossen worden. Es enthielt einen Verzicht Österreichs auf Schlesien in aller Form, verpflichtete beide Teile, nichts gegen die Integrität Polens und die reformierte polnische Verfassung zu unternehmen, und ist der erste vertragsmäßige Ausdruck der Tat-

sache, daß die deutschen Mächte in Polen und gegen Frankreich in der Hauptsache die gleichen Interessen zu vertreten haben.

Das Bündnis war in keiner Weise als Grundlage eines gemeinsamen Angriffskrieges gegen Frankreich gedacht. Trotzdem folgte ihm am 20. April der Beschluß der Nationalversammlung, Österreich den Krieg zu erklären, da Franz II., der dem am 1. März gestorbenen Vater gefolgt war, das Verlangen Frankreichs, von dem Vertrage zurückzutreten, abgelehnt und die Aufforderung, begonnene Rüstungen einzustellen, mit dem gleichen Verlangen und der Erinnerung an die Entschädigung der vergewaltigten Reichsstände beantwortet hatte. Am 15. Mai ward auch Sardinien der Krieg erklärt. Mit Preußen glaubte man noch in Frieden bleiben zu können. Wie eng die Dinge im Osten und Westen zusammenhingen, trat deutlich zutage, als am 14. Mai die russische Partei des polnischen Adels sich zur Konföderation von Targowicz zusammenschloß, die Waffen gegen die Reform erhob und die Heere Katharinas ins Land rief. Die Kaiserin hatte im Januar mit den Türken den Frieden von Jassy geschlossen, der den Dnjestr zum Grenzfluß und Rußland zum Herrn des Schwarzen Meeres machte. In dem Augenblicke, wo Preußen und Österreich gegen Frankreich marschierten, hatte sie ihre gesamten Kräfte frei für Polen.

Dem neuen Kaiser lagen die liberalen Anschauungen seiner Vorgänger völlig fern. Friedrich Wilhelm II. hatte von jeher die Gedanken der Legitimität vertreten; machtpolitische Interessen, die Preußen hätten bewegen können, an Österreichs Seite zu fechten, waren nicht vorhanden. So war es erklärlich, daß der Krieg, als er einmal entschieden war, den Charakter eines Kampfes gegen die Revolution annahm, man sich als Ziel die Befreiung des Königs vom Zwange, die Aufrichtung einer Regierungsform setzte, die er selbst bestimmen würde. Indem man daran weitgehende Hoffnungen auf Wiedereroberung alter Reichslande knüpfte, verkannte man vollständig die Situation und das feste nationale Gefüge Frankreichs.

Unter den Ursachen, die den Gang der folgenden Ereignisse bestimmten, wird man zunächst auf die laue und schwerfällige Kriegführung und die völlig unzureichenden Mittel, mit denen der Angriff angesetzt wurde, hinweisen müssen. Im Sommer 1792 war das französische Heer an Zahl noch so schwach und in seiner Organisation so zerrüttet, daß ein mit starken Streitkräften rasch, entschlossen und umsichtig geführter Stoß vielleicht zu einem Erfolge geführt hätte. Eine besonnene Stellungnahme zu den inneren Wirren, unter Hintansetzung jedes Gedankens an Landerwerb und an Rache und Vergeltung für die gegen Emigranten geübte Unbill, hätte möglicherweise die Anhänger der konstitutionellen Monarchie um das Königtum sammeln und auf sie gestützt eine neue Ordnung ermöglichen können. Aber das Heer, mit dem man Frankreich zu bezwingen dachte, war schwächer als jenes, mit dem Friedrich einst zur Eroberung Schlesiens ausgezogen war, und seinem Führer lag eine verständige Rücksichtnahme auf die Verhältnisse völlig fern. So ward die Invasion nur Anlaß zu neuen Wutausbrüchen und gab der Sache des Königs den letzten Stoß. Es erfolgte die Wendung, von der Goethe bemerkt hat: „Von hier und heute geht eine neue Epoche der Weltgeschichte aus, und ihr könnt sagen, ihr seid dabei gewesen.“ Mit raschem Gegenstoß nahmen die Franzosen Belgien, den südlichen Teil des linken Rheinufers, an der italienischen Grenze Savoyen und Nizza. Daß einige Brigaden Sansculotten im Oktober 1792 Mainz, die wichtigste Festung des Reiches, den Sitz seines vornehmsten Kurfürsten, besetzen konnten, zeigte deutlich, wie vollständig die Kleinstaaten, und zumal die geistlichen, militärisch verlottert waren.

Die Eindringenden sind vielfach mit freudiger Zustimmung empfangen worden. Darin ein für den Gang des Krieges entscheidendes Moment zu sehen, würde doch nicht richtig sein. Die Sache der Franzosen ist nirgends durch freiwillige oder angezettelte Volkserhebungen wesentlich gefördert worden. Die Sympathien, die man den Fremden entgegenbrachte, haben sie durch Ausschreitungen

jeder Art und durch ein staatlich organisiertes Erpressungs- und Beutesystem bald verscherzt. Doch aber wird man sich vergegenwärtigen müssen, daß es sich um zwei verschiedene Welten handelte, die aufeinander stießen, und daß die vordringende sich auf Ideen berief, denen auch der Gegner schon Raum gegeben und denen er feste politische und nationale Überzeugungen nicht entgegenzusetzen hatte.

Die Lehren der Aufklärung hatten gerade in den letzten Jahrzehnten ihren Siegeszug durch Europa vollendet. Es gab kaum noch eine Regierung, die sich ihnen nicht mehr oder weniger erschlossen hätte; in den Köpfen der Gebildeten jedes Standes waren sie heimisch geworden. Sie haben den autokratischen Staat nirgends bewogen, den Untertanen Anteil an der Gesetzgebung einzuräumen. Aber von Maßnahmen, wie sie Josef II. in seinen Reichen traf, weiß die Geschichte jedes europäischen Landes von Dänemark bis Portugal und Neapel, und meistens schon aus der Zeit vor ihm, zu berichten. Besserung der Rechtspflege, Entwickelung aller Erwerbsquellen, besonders aber Hebung des bäuerlichen Standes, Einschränkung der bevorrechteten Klassen, gerechtere Lastenverteilung, Förderung des Volksunterrichts und der religiösen Toleranz sind die Mittel, die den bestgesinnten und tüchtigsten Regenten der Zeit als die geeignetsten erschienen, zugleich die öffentliche Wohlfahrt und die Staatsmacht zu fördern. In den meisten katholischen Ländern traten dazu scharfe Maßregeln gegen Privilegien und Besitzstand der Geistlichkeit, besonders gegen die Klöster. Indem Papst Clemens XIV. 1773 den Jesuiten-Orden, dessen Mitglieder aus Portugal, Frankreich, Spanien und Neapel schon vertrieben waren, aufhob, machte er selbst die Kurie den Zeitideen dienstbar. Es waren, abgesehen von dem Gedanken des Konstitutionalismus, die gleichen Bestrebungen, die auch die Revolution zum Siege zu führen suchte, nur daß sie von genau entgegengesetzter Stelle her ins Werk gesetzt wurden. So konnten die Völker der französischen Propaganda unmöglich in schroffer Ablehnung gegenüberstehen. Nur ein scharfer nationaler Gegensatz hätte das bewirken können oder

aber, wie später bei Tirolern und Spaniern, die Kirche, als die Revolution anfing, sich nicht nur an ihren Besitz, sondern auch an die Religion selbst zu wagen.

Beide Voraussetzungen aber waren in Deutschland, das die eigentliche Last des Kampfes gegen Frankreich zu tragen hatte, nicht gegeben, vor allem nicht die nationale. Die Erinnerung an das frühere Auftreten der Nachbarn auf dem Reichsboden war nicht ganz verblaßt; aber deutsches Vaterlandsgefühl hat wohl kaum je einen tieferen Stand erlebt, als da es auf die Probe der Revolutionskriege gestellt wurde. Die Zeit der Aufklärung fällt zusammen mit der Begründung des deutschen Klassizismus. Lessing hat die deutsche Bühne selbständig gemacht, feste Schranken gezogen gegen Voltaire und das französische Drama. Winckelmann und Herder haben dem deutschen Geiste Richtungen gewiesen, die der Aufklärung fremd waren. Völlig selbständig ihr gegenüber ist Goethe. Es war für die Entwickelung nicht allein deutschen Geistes, sondern deutschen Lebens überhaupt und vor allem für die des deutschen Staates von der allergrößten Bedeutung, daß unser Volk, anders und reicher als das französische, es vermochte, zwei Strömungen nebeneinander Raum zu geben, sie beide befruchtend wirken zu lassen und doch eine Kultur aus dem Eigenen von festem nationalen Gepräge zu schaffen.

Aber noch war der Weg nicht durchmessen, der zu diesem Ziele führen sollte. Noch führte er dahin inmitten einer Geisteswelt, die staatlichem Leben fremd, wenn nicht feindlich gegenüberstand, die zu leidenschaftlich um ewige Güter rang, um sich der zeitlichen noch zu erinnern. Wohl war ihr der Gedanke, daß es volle Kultur nicht geben könne ohne nationale Gesinnung, nicht fremd, aber die Erkenntnis, daß Leben und Wesen eines Volkes nur im Staate sich fest verankern lassen, war ihr noch nicht geworden. Derselbe Lessing, der deutsches Denken und Dichten so überlegen gegen die Franzosen verteidigte, erklärte doch, daß er keinen Begriff habe, was Vaterlandsliebe sei. Für den geistes-, lieder- und tatenfrohen schwäbischen Stamm hat eingehendste Untersuchung im einzelnen dargelegt, wie

seltsam sich gerade in den besten Köpfen Weltbürgertum und Vaterlandsliebe mischten, und wie allgemein die Unklarheit war, der Lessing Ausdruck gibt. Was Schiller, der von Rousseauschem Geiste ganz durchtränkt war, in dem erst im reiferen Alter die klassischen Ideale zu vollem Siege gelangten, 1784 von sich sagt, ist in aller Gedächtnis: „Ich schreibe als Weltbürger. Ich habe zu rechter Zeit mein Vaterland verloren, es einzutauschen gegen die weite Welt. Deutsche, bemüht euch nicht, eine Nation zu sein; seid zufrieden, Menschen zu sein." Es fehlt der Zeit nicht völlig an Äußerungen, die als des Deutschen Vaterland das Reich ansehen — am klarsten hat das wohl wiederum ein Schwabe, Friedrich Karl von Moser, ausgesprochen —, aber diese Gesinnung war viel zu vereinzelt, als daß sie Bedeutung hätte gewinnen können. Wenn Goethe, der die Schwächen der Revolution so unübertrefflich zu zeichnen wußte, seinen Hermann sagen läßt:

> Dies ist unser! So laß uns sagen und so es behaupten.
> Denn es werden noch stets die entschlossenen Völker gepriesen,
> Die für Gott und Gesetz, für Eltern, Weiber und Kinder
> Stritten und gegen den Feind zusammenstehend erlagen,

so steckte er ein Ziel, hinter dem die Gesinnung der Zeit weit zurückbleibt.

In den späteren Feldzügen, 1796—1800, ist es gelegentlich, besonders im Schwarzwald und Odenwald, zu spontanen Erhebungen des Landvolks gekommen, das der französischen Bedränger müde wurde. Vereinzelt, wie in Württemberg, hat man auch, alten Brauch belebend, eine allgemeine Landesbewaffnung zu organisieren versucht. Der Krieg blieb doch ein Krieg der Kabinette. Die Teilnahme des Volkes ging über die unmittelbare Not, die man am eigenen Leibe empfand, nicht hinaus. Und wenn nur die gesamten Reichsstände ihre Kraft aufgeboten hätten! Aber nie ist das auch nur in dem Umfange geschehen wie einst gegen Ludwig XIV. Zu den ersten Feldzügen hat von den Mittel- und Kleinstaaten allein das immer kriegsbereite Hessen-Kassel ein namhaftes Kontingent ge-

stellt. Ein allgemeines Reichsaufgebot hat gegen die französische Revolution nie zu Felde gelegen.

Dazu kam nun fortdauernd die polnische Frage. Vor dem Beginn der Operationen war sie im Anschluß an die Kaiserkrönung zwischen Franz und Friedrich Wilhelm in Mainz noch einmal persönlich verhandelt worden. Unter dem Druck der Verhältnisse hatte Österreich die für Preußen so notwendige Gebietserweiterung zugestanden, war dafür aber seinerseits auf den bairischen Plan zurückgekommen und hatte, vorbehältlich der Zustimmung Karl Theodors, Preußens Billigung erlangt. Es war ein vollständiges Abweichen, hier von der Politik Friedrichs, dort von der Maria Theresias. Die Stellung der beiden Großmächte in Deutschland konnte auf diese Weise nicht gestärkt werden. Die Heere der Verbündeten hatten die französische Grenze noch nicht überschritten, als König Stanislaus seine Reform verriet und sich den Targowiczern anschloß. Die Verteidiger der polnischen Unabhängigkeit erlagen der russischen Übermacht; das Land lag zu Katharinas Füßen. Unmöglich konnte Preußen ruhig zusehen, daß Danzig und Thorn, Posen und Gnesen russische Besatzungen erhielten. Auch Österreich konnte diese Notlage nicht verkennen, obgleich die Erfolge der Franzosen in Belgien den bairischen Tausch fragwürdig genug machten. So erfolgte im Januar 1793 unter Österreichs Zustimmung der preußische Einmarsch und weiter, da Katharina von ihrer Beute nicht lassen wollte, die zweite Teilung Polens, die vom Dnjestr bis zur Düna, ausschließlich in altrussischen Landen, Rußland einen Gebietszuwachs brachte, der mehr als 1000 Quadratmeilen größer war als der ganze damalige preußische Staat. Preußens Erwerbungen reichten über seine gegenwärtige Grenze hinaus, machten aber kaum ein Fünftel der russischen aus. Den Krieg gegen Frankreich konnten Österreich und Preußen in dieser Lage nur mit geteilter Kraft führen.

Die Franzosen haben ihre Erfolge in den Revolutionskriegen

stets der levée en masse zugeschrieben. So weit damit der Glaube an die Überlegenheit einer Volksbewaffnung über geschulte Heere verbunden war, hat das Urteil durch die Erfahrungen von 1870/71 seine Richtigstellung gefunden. Aber es bleibt darum nicht weniger wahr, daß vor allem die Überlegenheit der Zahl den Ausgang entschieden hat. Truppenmassen sind aufgestellt worden, wie die frühere Geschichte sie nicht gekannt hat. Auch in dieser Beziehung macht die französische Revolution Epoche. Es hat das aber nur erreicht werden können durch die Kraft der nationalen Energie, die Frankreich entfaltete, und als deren Verkörperung doch auch die Schreckensherrschaft des Konvents ihre Größe hat.

Durch einen brutalen Doktrinarismus, wie ihn die Weltgeschichte nicht wieder sah, hatte die Revolution sich schier unsägliche Schwierigkeiten im eigenen Lande geschaffen. Sie hatte allen Kirchenbesitz als Staatseigentum erklärt, hatte angefangen, ihn zu veräußern, hatte die Geistlichen zu Staatsbeamten gemacht und sie als solche eidlich verpflichten wollen, hatte ihre Beziehungen zu Rom unterbrochen, endlich den Vernunftkult zu erzwingen versucht, alles in einem Volke, das sich so oft als das auserwählte Gottes und der Jungfrau gepriesen hatte. Durch eine Willkürherrschaft sondergleichen hatte das Pariser Regiment zahlreiche, so ziemlich alle angesehenen Städte der Provinz zu offener Empörung getrieben. Nur durch Ströme von Blut, unter entsetzlichen Greueln, im gläubigen Westen erst nach mehrjähriger Gegenwehr, hat der Widerstand gebrochen werden können. Es hat an Versuchen, die Fremden zur Hilfe heranzuziehen, nicht gefehlt; auch offener Verrat ist geübt worden. Im ganzen war die Nation doch von einer wunderbaren Einheit beseelt. Sie hat die schwersten Opfer gebracht in dem Gedanken, daß es die Sache des Vaterlandes galt: „Vaterland in Gefahr!“ „Allons, enfants!“ Es war der Gedanke, der selbst dem ruchlosen Regiment des Wohlfahrtausschusses einen Gehalt gab; auch er repräsentierte die Einheit Frankreichs. So hat der äußere Krieg weit mehr stärkend als schwächend gewirkt. Das Land genoß die Früchte einer langen Geschichte, in der die Unver-

letzlichkeit des nationalen Bodens zum obersten politischen Glaubenssatz geworden war. Die Revolution ist ihr Schlußstein.

In diesem Glauben lag eine ungeheure Überlegenheit, besonders gegenüber den deutschen Verhältnissen. Die Erfolge, die der Spätherbst 1792 den Franzosen gebracht hatte, gingen zunächst wieder verloren. England, dem die Hannoveraner folgten, und Holland traten in den Krieg ein. Frankreich hatte im Dezember 1792 Belgien einverleibt und sofort die Schelde geöffnet.

In den Niederlanden und am Oberrhein wogte dann der Kampf wieder in das französische Gebiet hinüber. Aber von Monat zu Monat gewannen die Heere der Republik an innerer Festigkeit. In Carnot fanden sie einen Organisator; Führer wuchsen in der kriegerisch so außerordentlich veranlagten Nation wie Pilze aus dem Boden. Am Schlusse des Feldzuges von 1793 hatte man sich nicht nur mit Ehren behauptet, sondern auch Vorteile errungen. Der Herbst 1794 sah die Heere der Verbündeten über den Rhein zurückweichen; im folgenden Winter ward Holland überschwemmt. Von dem Geist, der die Freiheit gegen Spanien erkämpft und Ludwig XIV. widerstanden hatte, war bei den Niederländern kaum noch eine Spur zu entdecken. An die Stelle der Generalstaaten trat die batavische Republik als Genossin der französischen, deren leeren Kassen wieder Barmittel zuflossen. Schon das alte Regiment Frankreichs hatte es 1787 mit den „Patrioten“ gegen den Statthalter gehalten. Jetzt trat kein Preuße mehr für den Oranier ein.

In eben den Tagen, da Pichegru in Amsterdam einzog, kam es zur dritten und letzten Teilung Polens. Unter Kosciuszkos Führung hatten sich die Patrioten erhoben, den Rest des Reiches von den Russen zu säubern und die verlorenen Lande wiederzugewinnen. Erst Preußen, dann Russen kämpften die Erhebung nieder. Es war selbstverständlich, daß Katharina bei der Teilung der Beute wiederum die Rolle des Löwen spielte. Nur was direkt zwischen Ostpreußen und Galizien, ziemlich innerhalb einer Linie Memel—Czernowitz, lag, ward den Mitbewerbern zugestanden. So wurde, was die Gegenwart allein noch unter dem Namen Polen versteht, das General-

Gouvernement Warschau (seine Grenzen haben nur sehr teilweise eine ältere historische Begründung), soweit es nicht schon 1793 an Preußen gefallen war, unter diesem Staate und Österreich aufgeteilt. Warschau ward eine preußische Stadt. Die neuen Erwerbungen gingen weit hinaus über das, was dem Bestande und der Zukunft des preußischen Staates dienlich sein konnte; aber sie waren, wie die Dinge lagen, unvermeidlich.

Die Art und Weise, wie Österreichs Diplomatie in diese Hergänge eingegriffen hatte, machte ein weiteres Ausharren Preußens an seiner Seite unmöglich. Sie stellte diesen Staat vor die Frage, ob in Österreich und Rußland oder in Frankreich der gefährlichere Feind zu sehen sei. Das Bündnis, das in beiden Kabinetten in keinem Augenblicke ohne Gegner gewesen war und schon mehrere harte Proben hatte bestehen müssen, ertrug diese nicht mehr. An die Stelle der „Königsmörder" waren in Frankreich die Direktoren getreten. Preußen schloß den Baseler Frieden, der eine Demarkationslinie zur Sicherung der neutralen Reichsstände in Aussicht nahm und die Vermittelung der Neutralität Preußen zuwies. Es war das erstemal, daß dieser Staat gegenüber dem Auslande für zahlreiche und nicht nur für norddeutsche Reichsstände eine Art Vormundschaft übte. Der Friede, Hardenbergs erste diplomatische Tat, schloß auch das Einverständnis Preußens mit einer Erweiterung der französischen Grenze bis an den Mittel- und Niederrhein in sich. Er ist oft als ein Verrat an der deutschen Sache gebrandmarkt worden; er war doch die unvermeidliche Konsequenz der europäischen Lage, die in erster Linie von Rußland geschaffen war. Preußen konnte nicht anders handeln, wenn auch das Ergebnis, daß Warschau erworben, Kleve und Geldern aber preisgegeben wurden, nicht weniger bedenklich als unnatürlich war.

Spanien hat sich dem Frieden angeschlossen. Katharina ist nicht müde geworden, zu weiterem Kampfe aufzumuntern; zu irgend welcher Unterstützung hat sie sich nie bewegen lassen. Was hätte ihr gelegener kommen können als die Umwälzung in Frankreich? So

stand Österreich so gut wie allein im Felde. Soweit Absichten bestanden hatten, auf die inneren Verhältnisse Frankreichs einzuwirken, waren sie unausführbar geworden; von einer Beseitigung der Republik konnte nicht mehr die Rede sein. Dagegen war der Grundstimmung, in der man französischerseits den Krieg eröffnet hatte, die Bahn geebnet. Die Aufpflanzung des Freiheitsbaumes bedeutete Eroberung. Man hat auch weiterhin noch von Freiheit geredet; in Wirklichkeit hat man unterjocht.

Zweites Kapitel.

England, Amerika und Frankreich.

Eine ganz andere Stellung als die festländischen Nachbarn Frankreichs nahm England zur Revolution ein. Sie war der Rußlands nicht unähnlich. Die Revolution ist England eine Handhabe geworden, erlittenen Schaden wieder gut zu machen und seine Weltstellung zu nie gekannter Geltung zu entwickeln.

Der Siebenjährige Krieg hatte England weit hinausgehoben über Frankreich. Aber gerade an der Stelle, wo die Beseitigung des Mitbewerbers den weitaus glänzendsten Erfolg zu bedeuten schien, in Nordamerika, sollte England ein empfindlicher Schlag treffen. Es hat die von Frankreich gewonnenen Kolonien bis heute behauptet; die alteigenen hat es verloren ein Jahrzehnt, nachdem es sie von verhaßter Nachbarschaft befreit hatte.

Wiederholt hat darauf hingewiesen werden müssen, daß das politische Leben Englands im 17. und 18. Jahrhundert sich scharf scheidet von dem der kontinentalen Staaten. Wenn man die Entwickelung der Dinge über See verstehen will, so wird man sich vor allem vergegenwärtigen müssen, daß dieser Gegensatz in den Kolonien wiederkehrt. Sie waren stets und sind noch heute ein Spiegelbild der heimischen Verhältnisse und damit ein Beleg für die Überlegenheit der menschlichen Natur über Klima und Boden in bezug auf die Ausprägung staatlicher und gesellschaftlicher Eigenart. Die Vorzüge englischen Staatslebens übertrugen sich auf Englands Kolonien. Im ersten für englische Siedler ausgestellten Privileg heißt es: „Die Kolonisten sollen alle Rechte freier Bürger und Einwohner

Englands haben, als wenn sie im englischen Reiche geboren wären und dort wohnten. Sie sollen nach den Gesetzen regiert werden, die sie sich selbst geben, die so viel als möglich denen von England entsprechen, dem christlichen Glauben nicht widerstreiten und die Bewohner jener Länder unserer Herrschaft nicht entziehen sollen." Dementsprechend hat sich in allen englischen Kolonien, die nicht bloße Handelsfaktoreien oder rein unterworfene Gebiete waren, eine Selbstverwaltung und Teilnahme an der Gesetzgebung entwickelt. In Nordamerika ist daraus die Loslösung vom Mutterlande und die volle Unabhängigkeit erwachsen und damit der Grund gelegt worden zu einem der gewaltigsten und blühendsten Staatswesen der Gegenwart und aller Zeiten.

Die englischen Besitzungen an der atlantischen Küste Nordamerikas verschwanden ihrem Umfange nach völlig neben den ungeheuren Gebieten, die Spanien sein nannte. Sie konnten sich mit ihnen auch nicht messen an Reichtum des Bodens und Gunst des Klimas. Edelmetalle besaßen sie nicht. Sie genossen aber den Vorteil der geschlossenen Lage — vom äußersten Süden bis zum äußersten Norden, mit dem Golfstrom, konnte ein guter Segler in drei Tagen laufen —, und ihre Natur zwang die Siedler und gestattete ihnen auch, ihr Brot durch eigene Arbeit zu gewinnen. Damit war für Leute, die gewohnt waren, ihre Sache selbst in die Hand zu nehmen, die Gewähr für die Zukunft gegeben.

Die Entwickelung der einzelnen nordamerikanischen Kolonien Englands ist eine sehr verschiedenartige gewesen. Es würde ein vergebliches Bemühen sein, wollte man durchgreifende Unterschiede in bezug auf politische Rechte und deren Übung zwischen den Eigentümer- und den Freibriefkolonien, zwischen Virginien, Maryland, Neu-York, Neu-Jersey, Pennsylvanien einerseits und den Neu-Englandstaaten andererseits aufstellen. Der Wechsel der Ereignisse und die örtlichen und persönlichen Einflüsse sind so mannigfaltig, daß eine gerade und ununterbrochene Linie zu dem erreichten Ziele nirgends festgestellt werden kann. Das aber ist allen gemeinsam,

daß sich überall Organe entwickeln, die für die einzelne Kolonie die Funktionen eines Parlaments üben, und auf die für die Kolonien maßgebende Gesetzgebung einen mehr oder weniger großen Einfluß gewinnen oder erstreben. Ihre Stellung und ihre Rechte sind unter den beiden letzten Stuarts besonders oft und nachdrücklich bestritten und eingeengt worden, so daß der Sturz dieser Dynastie auch auf die amerikanischen Engländer als Erlösung wirkte. Sie sind auch später nicht zu klar und scharf umgrenzten Kompetenzen gelangt; aber der Grundsatz, daß Angelegenheiten, die ausschließlich die Kolonien angingen, nur unter entscheidender Mitwirkung des betreffenden Lokalparlaments geregelt werden konnten, ist ernstlich nicht mehr angefochten worden. Streit war nur über die Frage (und sie taucht schon in den ersten Jahrzehnten englisch-amerikanischen Koloniallebens auf), ob englische Parlamentsbeschlüsse in Reichssachen, die auch Amerika angehen, dessen Bewohner ungehört binden können. Die Neu-Engländer haben es besonders scharf bestritten: English laws do not reach America.

Es war eine Frage, die ihren schärfsten Ausdruck naturgemäß auf dem Boden des Erwerbslebens fand. Kolonialgründung ist in England mit denselben Augen angesehen worden wie überall sonst. Sie sollte zunächst und vor allen Dingen den Wohlstand des Mutterlandes heben, und da eine Volksvertretung die Landesinteressen nicht weniger scharf, in der Regel sogar schärfer wahrzunehmen pflegt als ein absolutes Regiment, so sind die vom englischen Parlament gebilligten oder durchgesetzten Maßnahmen im allgemeinen nicht milder ausgefallen als die anderer Regierungen. Die Navigationsakte ließ den Kolonien noch eine gewisse Ausnahmestellung; die Ausfuhr ihrer Erzeugnisse und die Einfuhr englischer Waren blieb fremden Schiffen gestattet. Die Zusätze von 1660 und 1663 aber, die recht eigentlich dem Parlament entstammten, beschränkten den Verkehr in den Kolonien ausschließlich auf englische Schiffe und gestatteten die Versendung gewisser Waren nur nach, den Empfang anderer nur von England, natürlich im einzelnen durchaus entsprechend den Interessen des Mutterlandes. In der Folge-

zeit blieb der Grundsatz maßgebend, daß das gesamte Wirtschaftsleben der Kolonien zu regeln sei nach den Bedürfnissen Englands. Das schloß vor allen Dingen auch in sich, daß man in Amerika keine Industrie aufkommen lassen dürfe. Der Eisenreichtum Nordamerikas sollte an Ort und Stelle keine Verwertung finden. Wäre es strenge nach dem Gesetz gegangen, so hätte man drüben kaum einen Nagel schmieden dürfen. Der westindische Zucker mußte in England gebrauchsfähig gemacht werden, ehe er nach Amerika überführt werden durfte.

Derartige Maßnahmen wurden um so peinlicher empfunden, als die Engländer die Rührigkeit und Betriebsamkeit der Heimat, die Freude am Schaffen und am Erwerb auf die andere Seite des Ozeans mit hinübergenommen, ja sie drüben noch gesteigert hatten. Besonders in den Neu-Englandstaaten waren Schiffbau und Schiffahrt, Hochseefischerei und mancherlei gewerbliche Betriebe emporgeblüht und drängten nach weiterer Entfaltung. Und dazu entwickelte sich unaufhaltsam eine amerikanische Territorialpolitik. Es war anfangs die Meinung der Siedler, und besonders der Puritaner des Nordens, nicht gewesen, die Indianer ihres Landes zu berauben. Aber das Zurückdrängen der Eingeborenen erwies sich als unvermeidlich. Es ist oft getadelt worden, daß die Engländer sich gegenüber den Farbigen schroffer verhalten haben als die lateinischen Völker, besonders als die Spanier, daß sie ihnen nur die Wahl gelassen haben zwischen Weichen und Vernichtung. Man darf sagen, daß ohne dieses Verfahren die Überlegenheit der englischen Kolonialkultur kaum denkbar ist. Die Engländer haben die weiße Rasse rein erhalten. Eine Vermischung hätte sie zu den Farbigen hinab, nicht diese zu ihnen heraufgezogen. Die spanischen Erfahrungen belegen das, obgleich es sich dort teilweise um Kulturen handelt, die in ihren äußeren Formen nicht so viel tiefer standen als die europäischen. Es war vor allem der gesunde Rassenstolz des Angelsachsen, der ihn bewahrte. Daß die einheimische Bevölkerung so dünn gesät war, erleichterte den Erfolg.

Wollte man aber keine Vermischung, so war auch kein Zusammenleben möglich. Neigung und Lebensweise der wilden Stämme waren unvereinbar mit den unabweisbaren Bedürfnissen des weißen Mannes. Der Boden wurde zu kostbar, als daß er die Wirtschaftsweise des Indianers länger hätte tragen können. Auch die Puritaner sahen sich gezwungen, den Streit mit den Waffen auszufechten, und haben es dann nach ihrer Weise gründlich getan. Je weiter aber europäische Wirtschaftsformen ins Innere drangen, desto mehr mußten sie Gewicht legen auf Territorialerwerb, nicht nur gegen die Indianer, denen sie selbst gewachsen waren, sondern auch gegen Frankreich. Schon zum Utrechter Frieden verlangten die Kolonisten dringend Erweiterung ihrer Grenzen nach Westen. Als im Aachener Frieden Louisburg, das „amerikanische Dünkirchen", das 1745 von einem neuenglischen Aufgebot genommen worden war, wieder herausgegeben wurde, war die Unzufriedenheit groß. Es ist bezeichnend, wie auch diesem bürgerlichsten aller großen Gemeinwesen der neueren Geschichte der Erweiterungstrieb unwiderstehlich innewohnt. Auch nach dem Pariser Frieden blieb die Empfindung, daß volle Selbständigkeit eine kräftigere Vertretung amerikanischer Interessen nach außen gestatte, obgleich den Reibungen mit Frankreich ein Ende gemacht war.

Es hat nicht an englischen Stimmen gefehlt, die von der Annektion Kanadas abrieten; sie werde die Kolonien zu mächtig und England ihnen entbehrlich machen. Benjamin Franklin, der wohl am planmäßigsten der Losreißung vorgearbeitet hat, ist einer der eifrigsten Befürworter der Erwerbung Kanadas gewesen. Jedenfalls hat diese Erwerbung den Anlaß gegeben zum Aufstand.

Im Siebenjährigen Kriege hatten sich die Kolonien nach ihrer Weise nicht übermäßig angestrengt; das Mutterland hatte, wie früher in gleichen Lagen, die Hauptlast tragen und dabei zusehen müssen, wie die Kolonisten Geldgewinn zogen aus der Verproviantierung der französischen Streitkräfte. Daß man versuchte, einen Teil der aus dem Kriege erwachsenen schweren Schuldenlast auf

ihre Schultern abzuwälzen, war so gerechtfertigt wie erklärlich. Es fehlte in Amerika nicht an Dankesstimmung; aus dem Grenzfort der Wildnis wurde damals Pittsburg. Aber Umsetzung von Empfindungen der Erkenntlichkeit in reale Zugeständnisse ist bei Völkern oft ein weiter Schritt und um so weiter, je kräftiger eigene Lebenskeime zur Entwickelung drängen. Die Stempelakte von 1765, gewiß keine drückende Auflage, stieß auf allgemeinen Widerstand und wurde im nächsten Jahre zurückgenommen. Das gleiche Schicksal erfuhren drei Jahre später die 1767 dekretierten Zölle mit der einzigen Ausnahme der Auflage auf Tee. Ihre Durchführung war nicht zu erzwingen. Schmuggel und Schleichhandel, infolge der Beschränkungen stets lebhaft betrieben, entwickelten sich ins Ungeheure; den Versuchen, mit Gewalt zu steuern, wurde mit Gewalt begegnet.

Es war weniger die Höhe der geforderten Opfer, die man bekämpfte; es handelte sich vor allem um die Frage, die auch anderer Orten schon von englischen Siedlern aufgeworfen worden war, ob die Kolonien besteuert werden könnten ohne Mitwirkung und Zustimmung ihrer gesetzgebenden Körperschaften. Daß das aber auch nicht der letzte Grund war, ergibt sich deutlich aus der völligen Erfolglosigkeit des englischen Anerbietens, daß Amerika die zu übernehmenden Leistungen selbst bestimmen möge. Es ward mit völliger Untätigkeit beantwortet. Der Sinn der Führer, hinter denen die große Mehrzahl der Bevölkerung stand, war auf volle Unabhängigkeit gerichtet. So war es selbstverständlich, daß man nichts von der Unterhaltung königlicher Truppen wissen wollte. Der bekannte Exzeß im Hafen zu Boston im Dezember 1773 war nur der Ausdruck einer Stimmung, die der englischen Regierung schlechterdings kein Gesetzgebungsrecht mehr zugestehen wollte. Da der amerikanische Teezoll nur ein Viertel des englischen betrug, war sachlich auch nicht die Spur einer Berechtigung vorhanden.

Es war nicht bloßer Zufall, daß gerade Boston der Schauplatz der Ausschreitungen war. Zu allen Zeiten war der puritanische Geist in scharfem Gegensatz zur Entwickelung der Heimat geblieben.

Man wollte kein anderes Recht auf das Land anerkennen, als was unter Gottes Führung durch eigene Kraft, mit Bibel und Flinte, zur Geltung gebracht worden war. Mit mehr oder weniger Erfolg hatte man wiederholt den Grundsatz verfochten, daß die Anerkennung englischer Regierungsrechte allein auf Selbstbestimmung beruhe. Benjamin Franklin war ganz von ihm erfüllt, wußte ihn aber unter gewandter Zweideutigkeit zu verbergen und konnte so erworbenes Vertrauen mißbrauchen, um die Stimmung seiner Landsleute unversöhnlich zu machen. Als die Regierung am 1. Juni 1774 den Hafen von Boston schloß, war der Krieg unvermeidlich. Die Amerikaner selbst haben ihn im nächsten Winter eröffnet. Am 5. September war in Philadelphia ein Kongreß der Kolonien zusammengetreten und damit der erste Schritt zur Aufrichtung der von Franklin lange erstrebten Bundesverfassung getan. Der 4. Juli 1776 brachte die Unabhängigkeitserklärung.

Es kennzeichnet die Schärfe und die Beständigkeit nationaler Gegensätze auch nach vollzogener Verpflanzung über den Ozean, daß keine der früheren französischen Kolonien, auch nicht die erst neuerdings erworbenen, einen ernstlichen Versuch machte, sich der Erhebung der englischen Siedler anzuschließen. Auch das Eingreifen der Franzosen zugunsten der Amerikaner hat eine solche Wirkung nicht zu äußern vermocht. Daß es gebunden war durch die Zusage, Kolonien in Nordamerika nicht wieder erwerben zu wollen, wäre kein Hindernis gewesen für die Erhebung Kanadas und seiner Schwesterländer gegen ihre neuen Herren. Aber Kanadier und Neu-Engländer gingen nicht zusammen. Im Gegenteil, die Erwerbungen von Utrecht und Versailles wurden den Engländern sichere und wertvolle Stützpunkte für ihre Operationen gegen die Aufständischen. In Boston und Philadelphia hätte man, wenigstens während des Krieges, wünschen können, sie wären noch französisch gewesen.

Trotzdem kann man nicht sagen, daß der Freiheitskampf unter besonders schwierigen Umständen durchgefochten worden ist. Man

kann ihn weder mit dem der Niederländer, noch mit jenem der Griechen vergleichen; er hat weder so lange gedauert, noch so schwere Krisen aufzuweisen. Auch reicht das Maß kriegerischer Leistungen, das die neue Republik sich auferlegte, nicht hinan an das, was festgeordnete europäische Staatswesen gelegentlich aufgebracht haben. Schweden unter Gustaf Adolf, Preußen im Siebenjährigen und im Befreiungskriege, auch noch 1866 und 1870/71, Frankreich unter der Republik und dem Kaiserreich und wiederum im letzten großen Kriege haben wesentlich höhere Prozentsätze ihrer Bevölkerung ins Heer eingereiht, als sie George Washington von seinen Landsleuten zur Verfügung gestellt worden sind. Die wechselnden Mannschaften in eine festere Organisation zu bringen, hat ihm ungeheuere Mühe gemacht; Mangel an Opferwilligkeit und Disziplin sind zwei Charakterzüge, die scharf hervortreten im Unabhängigkeitskriege der Amerikaner.

Wenn trotzdem der Erfolg auf ihrer Seite blieb, so hat das zunächst seinen Grund doch darin, daß die Kräfte nicht so gar ungleich verteilt waren. Die geeinten Kolonien zählten weit über zwei Millionen weiße Bewohner, ein Viertel der gesamten Bevölkerungszahl des Mutterlandes, da Irland nicht wohl mitgerechnet werden kann. Wenn auch nur sehr lose verbunden, so waren sie doch geschlossen in ihrem Gegensatz zu England; royalistische Gegenströmungen haben nur im dünn bevölkerten äußersten Süden eine gewisse Bedeutung erlangt. Das Land war imstande, alle unentbehrlichen Bedürfnisse der Kriegführung in der Hauptsache selbst zu liefern. Der trennende Ozean machte es den Engländern unmöglich, ihr Übergewicht an Menschen zur vollen Geltung zu bringen. Die Streitkräfte, mit denen sie ihre Kolonisten wieder zu unterwerfen suchten, sind an Zahl weit zurückgeblieben hinter jenen, mit denen sie im spanischen und österreichischen Erbfolge- und wieder im Siebenjährigen Kriege auf dem europäischen Festlande aufgetreten waren, später sich am Halbinselkriege und an der Niederwerfung Napoleons beteiligt haben. Hätte Amerika an der Stelle Irlands gelegen, der Ausgang würde ein anderer gewesen sein.

Der Nachteil ward in etwas ausgeglichen durch die erdrückende maritime Übermacht, deren sich England gegenüber den Kolonien erfreute. Aber da hat sich das neue Land der Freiheit mit Erfolg auf europäische Mächte stützen können. Die entscheidende Wendung des Krieges, Cornwallis' Kapitulation im virginischen Yorktown am 19. Oktober 1781, ward herbeigeführt durch das Zusammenwirken einer französischen Flotte mit dem Landheer, von dem wiederum Rochambeaus französische Division einen ganz erheblichen Teil ausmachte. Auch für die Beschaffung von Geld und Kriegserfordernissen bot Frankreich einen festen Rückhalt. Nur im ersten Jahre des Krieges hat Englands volle Macht auf den Kolonien lasten können. Daß die Kapitulation von Saratoga in diese Zeit fiel, hat der jungen Republik mit Recht diesseit des Ozeans Vertrauen erworben.

Um den Gang der Dinge richtig einzuschätzen, muß man sich auch vergegenwärtigen, daß es eine ungewöhnliche Lage war, in der England vor die neue Aufgabe gestellt wurde. Die Jahre nach dem Sturze Pitts und seinem siegreichen Kriege gehören zu den zerfahrensten der parlamentarischen Geschichte Englands. Alle Schattenseiten einer in den Händen berufsmäßiger Staatsinteressenten liegenden Regierung traten noch einmal grell zutage. Die großen nationalen Gedanken, die den Puls englischen politischen Lebens bilden, ohne die es stockt, wurden eingeengt und verdunkelt durch Gruppenbestrebungen und Einzelanliegen. Ein deutliches Gefühl dieser Lage ging durch die Nation. Es ist die Zeit der Juniusbriefe und des ersten Emporkommens der oppositionell-fortschrittlichen Ideen eines Burke und Fox. Daß mit Georg III. 1760 ein Mann an die Krone gelangt war, der mit Tatkraft und Begabung ein persönliches Regiment erstrebte und das Seine tat, die parlamentarischen Gewalten zu diskreditieren, mehrte die Verwirrung. In den nächsten Jahrzehnten nach dem Siebenjährigen Kriege hat kein Ministerium mehr eine durchgreifende Autorität zu gewinnen vermocht, auch Pitts eigenes nicht, an dessen Spitze er 1766 trat,

und aus dem er zwei Jahre später schied, weil er seine Politik der Versöhnung gegenüber Amerika nicht durchzusetzen vermochte.

Schon Walpole hatte die Meinung vertreten, daß England seinen Vorteil nicht in Besteuerung der Kolonien, sondern in ihrer gesteigerten Aufnahmefähigkeit für englische Waren zu suchen habe. Daß in der englischen Geschäftswelt diese und ähnliche Anschauungen Anhänger fanden, ist selbstverständlich. Aber die selbstherrlichen Neigungen Georgs III. und der englische Stolz bäumten sich gegen sie auf. Auch für Pitt war eine Anerkennung amerikanischer Unabhängigkeit, wie Fox und die Whigs sie vertraten, ausgeschlossen. Noch weniger aber wollte der Sieger des Siebenjährigen Krieges der Einmischung Frankreichs weichen. Mit Recht sah er damit die Frage der britischen Weltstellung aufgeworfen. Sein letztes Auftreten im Parlament (am 7. April 1778), das mit einer Ohnmacht endete, der fünf Wochen später der Tod folgte, bezweckte allein, Gegenwehr zu leisten jedem Versuch, unter Berücksichtigung Frankreichs zu einem Ausgleich mit den Kolonien zu gelangen. Trotz schwerer Kränklichkeit war der Siebzigjährige bereit gewesen, die Leitung eines neuen Ministeriums zu übernehmen. Der Plan scheiterte an der Abneigung des Königs gegen den überragenden Minister. Ein Versuch, eine Verständigung mit Amerika in Pitts Sinne zu erreichen, blieb ergebnislos; die Anerkennung der Unabhängigkeit ward als unerläßliche Vorbedingung jeder Verhandlung gefordert. Einen zweiten Mann von Pitts Autorität besaß England nicht. So blieb die Stimmung der Nation geteilt, und der Krieg wurde schwächlicher geführt als je einer seit dem Sturze der Stuarts. Die ungewöhnlich starke Heranziehung deutscher Mietstruppen, auf deren Verwendung im amerikanischen Freiheitskriege wir besonders hinzuweisen pflegen, diesen Jahrhunderte alten Brauch in völligen und gerechten Verruf zu bringen, ist eins der Symptome des Mangels an nationaler Energie, dem England um diese Zeit verfiel.

Im Februar 1778 hat Frankreich die Vereinigten Staaten von

Amerika anerkannt und ein Bündnis mit ihnen geschlossen. Man erklärte offen, daß es sich darum handele, erlittenes Unrecht zu rächen und Englands tyrannischer Herrschaft auf dem Ozean ein Ende zu machen. Allerdings der nächstliegende Gedanke, Vergeltung zu üben durch Wiedergewinnung der so wertvollen und eben erst verlorenen nordamerikanischen Kolonien, ward von vornherein ausgeschlossen. Im Vertrage mit den Vereinigten Staaten mußte man in aller Form auf sie verzichten. Unter keinen Umständen wollte der Amerikaner die französische Nachbarschaft, die ihm so lange ein Dorn im Auge gewesen war, wieder erstehen sehen. Frankreich mußte also versuchen, sich in anderen Weltgegenden an englischem Besitz schadlos zu halten.

Man kann seine Aussichten in dieser Richtung nicht als gänzlich hoffnungslos bezeichnen. Während Englands Flotte sich in den Friedensjahren infolge mangelnder Fürsorge nicht verbessert hatte, war in Frankreich besonders durch Choiseuls Einsicht und Tatkraft eine neue Seewehr erstanden. Man hatte 1768 die Erhebung Korsikas gegen die Genuesen benutzen können, die Insel zu erwerben, und hatte damit gegenüber Menorca einen wichtigen Stützpunkt im Mittelmeer gewonnen, ohne daß England einzuschreiten wagte. Seit seinem Regierungsantritt (1774) hatte Ludwig XVI. diesen Bestrebungen volles Verständnis entgegengebracht. Er war es besonders gewesen, der zum Kriege mit England gedrängt hatte; Turgot hatte, weil er ihn nicht wollte, Vergennes Platz machen müssen. England war auch keineswegs in der Lage, auf allen Kampfplätzen mit erdrückender Übermacht aufzutreten. Als Spanien sich im Sommer 1779 der Koalition anschloß, um dem Erbfeinde Florida und womöglich noch weiteren Besitz wieder abzunehmen, konnte vollends von einer ausgesprochenen maritimen Überlegenheit Großbritanniens nicht mehr die Rede sein. Bei den Operationen und Zusammenstößen in europäischen und fremden Gewässern ist die Überzahl ebensooft auf Seite der Verbündeten wie auf der ihres „meerbeherrschenden“ Gegners gewesen.

Es fiel weiter ins Gewicht, daß Frankreich, abweichend von

allen früheren Kriegen, keinen Festlandsgegner hatte. Wäre es nicht ganz und gar gegen sein Interesse gewesen, die Republik schnell vor ihrem Bedränger zu befreien, es hätte dem amerikanischen Kriege durch Verwendung seiner Landmacht ein rasches Ende bereiten können. Es konnte den Gedanken einer Landung in Großbritannien selbst ernstlich wieder aufnehmen. Beim ersten Zusammentreffen der beiden Flotten, draußen vor Quessant im Juli 1778, haben die Franzosen sich behauptet. Im nächsten Jahre und wieder 1781 beherrschten die Verbündeten durch Wochen den Kanal und drängten zeitweise die englische Streitmacht unter ihre Küste. Den Entschluß, den schwächeren Gegner anzugreifen, um ihn zu vernichten und so den Weg nach England für das überlegene Landheer freizumachen, haben sie aber nicht gefunden, zum Teil nicht, weil auf die Leistungsfähigkeit spanischer Schiffe und Mannschaften kein allzu großer Verlaß war, zum nicht geringeren Teil aber auch, weil es der französischen Oberleitung des Krieges an Kühnheit und Einsicht gebrach, große Entscheidungen anzustreben und zu wagen. Man vergeudete einen unverhältnismäßig großen Teil seiner Kraft in Versuchen, englischen Kolonialbesitz in West- und Ostindien zu gewinnen, ein Erfolg, der von selbst eingetreten wäre, wenn man England daheim bezwungen hätte.

Der Geist der Oberleitung, die damit im Grunde genommen nur überlieferten und eingewurzelten Tendenzen folgte, konnte nicht ohne Wirkung bleiben auf Führer und Unterführer. Mit Ausnahme des zugleich wagemutigen und umsichtigen Suffren haben die französischen Admirale den Kampf mehr vermieden als gesucht, mehr auf Manövrieren als auf Fechten vertraut. Es fehlte ihnen an Zuversicht gegenüber der überlegenen seemännischen Gewöhnung der englischen Schiffskommandanten und Mannschaften und ihrer stolzen, verbissenen Tapferkeit, die jeden Streit bis zur Vernichtung durchfocht. So konnte es kommen, daß Englands Stellung zur See und in den Kolonien trotz mancher Nachteile und Verluste, und obgleich auch seine Flottenführer nicht immer auf der Höhe ihrer Aufgaben waren, in ihren Grundfesten unerschüttert blieb.

Die bewaffnete Neutralität, zu der 1780 auf Katharinas Antrieb Rußland, Schweden und Dänemark zusammentraten, hat England Rücksichten auferlegt in der Handhabung der Rechte des Kriegführenden gegen neutrale Flaggen; sie hat ihm aber auch erwünschten Anlaß gegeben, den Niederländern, als sie den Beitritt beschlossen hatten, den Krieg zu erklären. In dem unentschiedenen Kampfe auf der Doggerbank, der letzten Rolle, die der Gang der Geschichte den Niederländern auf der Schaubühne des Seekrieges zugewiesen hat, fanden diese noch einmal Gelegenheit, ihre seemännische Tüchtigkeit zu erweisen. Aber dieser Krieg, zusammen mit einer nicht lange vorher überstandenen schweren Handelskrisis, besiegelte doch endgültig ihr Zurücktreten vor der Überlegenheit englischer Seegeltung. Die neugeknüpften Handelsbeziehungen zu den Vereinigten Staaten wurden jäh unterbrochen, in Ostindien Ceylon und der niederländische Festlandsbesitz von den Engländern okkupiert, deren Kaperei in der Jagd auf die der englischen damals an Zahl noch kaum nachstehende niederländische Handelsmarine ein neues und überaus ergiebiges Feld der Tätigkeit fand. In den letzten Jahrzehnten des Jahrhunderts sind dann die Niederländer auch auf ihrem ureigensten Handelsgebiet, der Ostsee, von den Engländern überflügelt worden. Zu einem allgemeinen Zusammenwirken der Gegner, das für England verhängnisvoll hätte werden können, ist es auch in den letzten Jahren des Krieges nicht gekommen. Mit dem Entschlusse, die Unabhängigkeit der Vereinigten Staaten anzuerkennen, war es auch entschieden, daß England gegenüber seinen europäischen Rivalen eine wesentliche Schmälerung seiner Machtstellung nicht erdulden werde.

Am 30. November 1782 ist zwischen dem Mutterlande und der Kolonie, die sich ihm entzog, der Friede geschlossen worden. Das Jahr hatte den Engländern im Kolonialkriege Erfolge gebracht. Bei Les Saintes, zwischen Guadeloupe und Dominika, hatten Rodney und Hood über de Grasse gesiegt und Jamaika vor drohendem Angriffe bewahrt. In Ostindien, wo Warren Hastings vorher schon die Mahratten niedergezwungen hatte, war jetzt auch

Haider Ali von Mysore von ihm überwältigt worden. Mit Mühe entsetzte Suffren Cuddalore, den einzigen Platz, den er auf dem Festlande hatte gewinnen können. Port Mahon war zwar im Februar des Jahres an die Verbündeten verloren gegangen; aber Gibraltars heldenmütige Verteidiger hatten auch den heftigsten Angriffen der Spanier und Franzosen Stand gehalten, vor drohender Aushungerung dreimal, 1779, 1780 und 1782, durch glückliche Flottenunternehmungen gerettet. Als die Amerikaner mit England ihren Sonderfrieden machten, um sich den Mississippi als Westgrenze zu sichern, schwand den Verbündeten jede Hoffnung auf größere Erfolge.

Es hat keine Wirkung mehr äußern können, daß in Ostindien die Dinge, trotz Haider Alis Tod im Dezember 1782, noch einmal eine für die Franzosen günstigere Wendung nahmen. Der Gegensatz der französischen und amerikanischen Interessen trat mit voller Schärfe hervor. In Frankreich hatte man gehofft, das Mississippigebiet für Spanien erwerben und den Vereinigten Staaten an den Alleghanies eine Grenze setzen zu können. Im Frieden von Versailles konnte Spanien nur noch Florida zurückgewinnen. Dazu behielt es Menorca. An Frankreich überließen die Engländer in Westindien Tobago, in Westafrika Gorée und den Senegal; sie behielten die vorderindischen Festlandsposten der Niederländer. Sonst wurden alle beiderseits gemachten Eroberungen herausgegeben. Außerordentlich geringfügig waren doch nach siebenjährigem Kampfe die territorialen Verschiebungen. Aber ein neuer Staat war eingeführt in die Weltgeschichte, eingeführt auf Kosten Englands. Das bedeutete eine folgenreiche Wendung für die allgemeine Entwickelung, eine Krisis für die englische.

Wir sind noch heute nicht in der Lage, die Begründung der Union in ihrer ganzen Tragweite historisch würdigen zu können. Zweifellos würde das Land auch als englische Kolonie eine glänzende Entwickelung erlebt haben. Indem es selbständig wurde, er-

wuchs ihm doch eine höhere Bedeutung. Der Freiheitskampf der Amerikaner hat einen zweiten Erdteil neben Europa gestellt, einen Erdteil mit Bewohnern europäischer Abkunft und europäischer Kultur, gleichsam ein zweites Europa. Es ist neben dem alten mächtig emporgeblüht, hat wechselwirkend dessen Entwickelung gefördert und scheint heute bestimmt, neben, ja vielleicht sogar vor ihm die Geschicke der Welt zu leiten.

Solche Folgen konnten die Zeitgenossen des Kampfes höchstens ahnen. Aber die unmittelbare Wirkung haben sie stark empfunden. Zwar ist nur Westeuropa in direkte Mitleidenschaft gezogen worden. Aber wie hätte im Zeitalter der Aufklärung der Ruf nach Freiheit nicht Widerhall finden sollen, so weit der Flügelschlag europäischen Geisteslebens reichte? Washington und Franklin wurden die Helden des Tages. Bürgerstolz und Bürgertugend waren in aller Munde; wo überall politischer oder nationaler Druck gefühlt wurde, sah man jenseit des Ozeans die Morgenröte einer neuen Zeit aufsteigen. Durch ein Jahrhundert und länger hat das Land der Menschenrechte als Musterbild des Freiheits-, Friedens- und Rechtsstaates gegolten trotz Sklaverei, Indianerhetze und Lynchjustiz.

Der Zusammenhang des amerikanischen Krieges mit der französischen Revolution ist oft und stark betont worden. Schwerlich hätte sich die Revolution wesentlich anders abgespielt, wenn der Freiheitskrieg nicht vorausgegangen wäre. Aber beide Ereignisse haben doch zusammengewirkt, das öffentliche Leben Europas umzugestalten. Noch weit mehr als durch eindringende Ideen ist das von Amerika her durch die vielseitigen Handelsbeziehungen geschehen, die sich rasch entwickelt haben. Zum erstenmal ward eine überseeische Kolonie eines europäischen Volkes allgemein zugänglich. Ganz neue Beziehungen knüpften sich. Der riesenhafte Verkehr, den Deutschland jetzt mit den Vereinigten Staaten unterhält, hat nach Beendigung des Unabhängigkeitskrieges angefangen, aus dem Nichts emporzuwachsen. Bei allen Völkern, die den Gedanken selbständiger Seegeltung neben England noch nicht ganz aufgegeben hatten — und

zu ihnen zählten neben Frankreich alle Anwohner der Nordsee —, regten sich glänzende Hoffnungen, und ziemlich ein Jahrzehnt ist in der Tat der amerikanische Verkehr besonders mit niederländischen und deutschen Häfen ein außerordentlich lebhafter gewesen. Aber dann zeigte sich, ein wie starkes Band gleiche Sprache und Kultur doch auch für Handelsbeziehungen bilden. Trotz der politischen Antipathie, welche Engländer und Amerikaner noch durch Generationen getrennt hat, ist ihr gegenseitiger Verkehr zu einer ungeahnten Entwickelung gekommen, weit hinaus über den Anteil jeder anderen Nation. Man lernte auch in freier Gestaltung der Verhältnisse im Mutterlande sowohl den besten Kunden als auch den besten Lieferanten schätzen, und es ist mehr als fraglich, ob Großbritannien größere Handelsvorteile hätte ziehen können, wenn es Herr der Kolonie geblieben wäre.

Aber diese Wendung brauchte Zeit, sich zu vollziehen. Der nächste Eindruck, den der Krieg in England selbst und auswärts hinterließ, war der einer Niederlage und empfindlichen Schwächung. Die Unerschütterlichkeit der englischen Seeherrschaft war wieder in Frage gestellt, und wenn die Völker den Freiheitskämpfern zugejubelt hatten, so waren mit diesem Ergebnis die Kabinette zufrieden. Die „bewaffnete Neutralität" hat über den Frieden hinaus keinen Bestand gehabt, aber sie hatte England doch Zugeständnisse abgerungen. In England selbst hatte man das Gefühl, daß es richtiger sei, sich auf anderem Fuße einzurichten. Die weitaus wichtigste aller Kolonien hatte man verloren. Die Siedler, die das vereinigte Königreich über Meer gesandt hatte, waren bis auf einen geringen Bruchteil — noch nicht fünf Prozent — seiner Obhut entzogen. Man hat nach Beendigung des Krieges das Kolonialamt eingehen lassen und die Leitung der überseeischen Angelegenheiten einem Zweige des Home Office und dann einem Komitee des Privy Council übertragen. Die koloniale Politik erlebte ihren tiefsten Stand seit Cromwells Tagen.

Die Nation hat aber nicht lange gebraucht, sich wiederzufinden.

Denn sie war es doch, ohne deren Vertrauen des älteren William Pitt gleichnamiger und gleichwertiger Sohn die Leitung der Geschäfte, die er 24jährig am Schlusse des Krieges übernahm, nicht zwei Jahrzehnte hätte behaupten können. Sie folgte ihm, als er sie auf die Bahn großer Reformen führte und ihrem politischen Leben wieder leitende Gedanken gab. Daß er besser als der Vater sich zum Könige zu stellen vermochte, war die andere Voraussetzung, deren Erfüllung ihm gestattete, die Gewalt in Händen zu behalten, so lange, wie es außer ihm nur noch Walpole vergönnt gewesen ist.

Im Anfangsjahr des amerikanischen Krieges hatte der Schotte Adam Smith seine „Untersuchung über Art und Ursachen des Wohlstandes der Nationen" veröffentlicht. Den neuen Lehren über den Segen wirtschaftlicher Bewegungsfreiheit hat der jüngere Pitt zuerst die Tore britischer Handelspolitik geöffnet, Bresche gelegt in das System des Merkantilismus, vor allem 1786 durch den Edenvertrag, der unter Benutzung der physiokratischen Strömung in Frankreich den Verkehr mit diesem Lande durch Vereinbarung freihändlerischer Zollsätze gewinnbringend zu gestalten suchte. Es ist bezeichnend, daß der eifrige Verfechter der amerikanischen Unabhängigkeit, der Ultra-Whiggist James Fox, den Schritt, den die Revolution bald ungeschehen machte, mit Gründen des nationalen Gegensatzes leidenschaftlich bekämpfte.

Wie diesen, so hat auch andere Reformgedanken des 19. Jahrhunderts Pitt in diesen Jahren zuerst seinem Volke nahe gebracht und ihre Durchführung angebahnt: die Verbesserung des Parlamentswahlrechts, die Hebung und nähere Angliederung Irlands, die Aufhebung der Sklaverei. Durch Begründung eines Tilgungsfonds (sinking fund) hat er dem staatlichen Schuldenwesen eine festere Basis gegeben. Der Prozeß gegen Warren Hastings wegen der Willkür seiner ostindischen Verwaltung ward ihm Anlaß, die Kompanie unter die Aufsicht der Krone zu stellen. Kanada hat er 1796 eine freiere Verfassung zugestanden und es dadurch fester an die Monarchie gekettet. Vier Jahre nach dem Frieden von Versailles ward die Deportationskolonie an der Botanybai gegründet

und damit das Samenkorn gelegt, aus dem sich ein neuer britischer Weltteil, eine Art Ersatz für Amerika, entwickeln sollte. Auch in der europäischen Politik begann England sich wieder entschiedener zu betätigen als in der Zeit nach dem Siebenjährigen Kriege. Es war eine aufsteigende Entwickelung, aufsteigend unter Pitts Leitung und vor allem durch sein Verdienst, in welche die französische Revolution störend eingriff, und Pitt hat, obgleich er Frankreichs entschlossenster und beharrlichster Gegner geworden ist, dieses Eingreifen als ein Hemmnis seiner heimischen Bestrebungen peinlich empfunden.

Es konnte nicht fehlen, daß in den aggressiven Tendenzen, die sich dem durch die Revolution gesteigerten National-, Freiheits- und Machtgefühl der Franzosen bald beimischten, auch antienglische Strömungen hervortraten. Weit mehr noch als irgend eine deutsche Gewalt war doch der Brite der Erbfeind. Besonders in Lafayette, dem amerikanischen Kämpfer, hat der girondistische Gedanke der Propaganda diese Richtung genommen. Auch im freien England, dessen staatliches Leben einzelnen Führern der Revolution als Leitstern ihrer Bestrebungen unklar vorschwebte, gab es der politischen und kirchlichen, der sozialen und wirtschaftlichen Mißstände übergenug, um den gleichmachenden Ideen von jenseit des Kanals einen fruchtbaren Boden zu bereiten. Den Spaten in Irland anzusetzen, hatte man in Frankreich alsbald gelernt, als es in Schottland nicht mehr möglich war. Es hat auch im britischen Reiche an Kreisen nicht gefehlt, die mit dem Gedanken spielten, durch eine einmalige gründliche Revolution nach französischem Muster allen Übelständen ein Ende zu machen.

Der leitende Minister konnte die Gefahr nicht übersehen, die in diesen Strömungen lag. Aber er wußte, daß es ein Gegengewicht gab, das schwerer in die Wagschale fallen würde. Der Kern des englischen Volkes, die Masse seines politisch handelnden Teiles war durchdrungen von der Überzeugung, daß die in den Kämpfen der

Jahrhunderte errungene, unter den Stürmen der Geschichte erwachsene und gefestigte, nicht auf geschriebenen Buchstaben beruhende Verfassung ihren Wert habe und behauptet werden müsse gegen jeden Versuch einer gewaltsamen Umwälzung zugunsten einer kodifizierenden Charte. Der Unterschied zwischen englischen und französischen Anschauungen von der Freiheit, den Rechten und Pflichten des Staatsbürgers, der Gegensatz zwischen Leben und Theorie, Geschichte und Doktrin treten zum ersten Male klar zutage und werden historisch wirksam.

Niemand hat ihnen klarer und leidenschaftlicher Ausdruck gegeben als Burke in seinen Betrachtungen über die französische Revolution, schon ein Jahr nach ihrem Ausbruch. Pitt lag es doch fern, die Bewegung in Burkes Sinne zu bekämpfen, die Waffen zu ergreifen zur Wiederherstellung der monarchischen Autorität in Frankreich. Er sah gleich den Festlandsmächten in den Hergängen zunächst vor allem eine Schwächung des alten Rivalen, des bösen Feindes, der sich so verderblich eingemischt hatte in Englands Zwist mit seinen Söhnen über See. Aber die Sache gewann eine ganz andere Gestalt, als die Franzosen Vorteile errangen über ihre kontinentalen Gegner, nach dem Treffen von Jemappes Belgien einnahmen, es durch Dekret ihrer Republik einverleibten und zugleich durch Proklamationen in allen Sprachen der Welt verkündeten, daß sie jedes Volk, jede Regierung als Feind betrachten würden, welche die Durchführung von Freiheit und Gleichheit ablehnen, Fürsten- und Adelsstand beibehalten möchten. Der erobernde Charakter der französischen Revolution trat unverhüllt hervor. Am 12. Januar 1793 forderte England die Räumung Belgiens. Dem französischen Gesandten hatte man schon die Anerkennung entzogen, den eigenen abberufen, als Ludwig XVI. am 10. August 1792 der königlichen Gewalt entkleidet wurde; nach der Hinrichtung stellte man dem Vertreter Frankreichs die Pässe zu. Er hatte sich nicht entblödet, verräterische Verbindungen mit englischen revolutionären Klubs zu knüpfen. Die Republik hat aber auch hier zuletzt noch den Vorstreich geführt. Am 1. Februar erklärte sie Großbritannien und zu-

gleich den Niederlanden den Krieg. Pitt hatte keine Wahl mehr. Drohender denn je stieg das Gespenst einer französischen Herrschaft an den Schelde-, Maas- und Rheinmündungen empor. Er mußte versuchen, es zu beschwören, wie alle seine Vorgänger getan hatten, so oft es sich zeigte.

England ist zuletzt in den Kampf gegen Frankreich eingetreten, aber sein beharrlichster und gefährlichster Gegner geworden. Es genießt den Ruhm, nicht gewankt zu haben und nicht gewichen zu sein, durch seine Anstrengungen und seine zähe Ausdauer die Revolution und ihren Sohn gebändigt zu haben. Der Aufwand an Kraft entsprach doch nur dem Einsatz. Für kein großes Staatswesen Europas war ein übermächtiges Frankreich so unerträglich wie für England. Es hätte ihm sofort wieder die See und die Fremde streitig gemacht und aus bedrohlichster Nähe, von den leistungsfähigsten Gestaden Europas aus, täglich seine Existenz in Frage gestellt. Was bedeuteten innere Reformen gegenüber diesem Daseinskampfe? Pitt hat das richtig erkannt, und es bleibt sein ewiges Verdienst, daß er die Nation mit sich zu ziehen vermochte auf der Bahn, die allein zum Ziele führen konnte, sie mit sich zog trotz starker Gegenströmungen, und obgleich weder seine Politik noch seine Kriegführung unausgesetzt auf Erfolge hinweisen konnte. Mehr noch als des Vaters Name ist der seine mit Englands Entscheidungskämpfen um See- und Weltstellung verknüpft, für alle Zeiten ein glänzendes Zeugnis, was ein klarer Kopf und ein fester Wille an der Spitze eines freiheitsstolzen, ehrliebenden, an Selbstregiment gewöhnten Volkes zu erreichen vermag.

Der Ausgang des amerikanischen Krieges hatte Frankreich in seinen maritimen Bestrebungen eher ermuntert als entmutigt, die steigende Finanznot aber der weiteren Entwickelung der Flotte enge Grenzen gesetzt. Andererseits hat in England im Jahrzehnt zwischen dem Frieden von Versailles und dem neuen Zusammenstoß eine bessere Fürsorge Platz gegriffen als einst in der Zeit nach

dem Siebenjährigen Kriege. So war das Übergewicht der englischen Flotte 1793 wohl größer als 1778; es ist, je nachdem man die Zahl der Schiffe oder ihre Geschoßleistung als Maßstab nahm, auf ein Fünftel bis zur Hälfte berechnet worden. Dazu war die Revolution dem inneren Halt der Marine Frankreichs noch verderblicher geworden als dem der Armee. Im Seedienst ist strengste Disziplin weit weniger entbehrlich und mangelnde technische Schulung verhängnisvoller. So haben englische Schiffe in diesem Kriege einzeln und in Geschwadern häufiger als je zuvor gegen ansehnliche Übermacht siegreich kämpfen können.

Wie im letzten Kriege England, so fand sich jetzt Frankreich allein. So zahlreich wie kaum je standen alle seine alten kontinentalen Gegner auf Seite der zur See stärkeren Macht. Dazu haben die Engländer die inneren Zwistigkeiten Frankreichs zu ihrem Vorteil ausnutzen können, viel ergiebiger, als das ähnlichen Versuchen der Verbündeten von der Landseite her gelungen ist. Toulon ließ sie ein, und die französische Mittelmeerflotte fiel in ihre Hände. Den Träumen Paolis von Selbständigkeit seiner Insel konnte England eine kurze Erfüllung bringen, einen englischen Vizekönig an die Spitze Korsikas stellen. Die Verpflanzung der Revolution nach den französischen Kolonien kam Großbritannien besonders in Westindien zugute. Nirgends hat die Erhebung, die dem modernen Frankreich, wenn man will dem modernen Europa, das Leben gab, so verwüstend gewirkt wie in der blühendsten aller tropischen Kolonien des 18. Jahrhunderts, im französischen San Domingo, der heutigen Negerrepublik Haïti. Die Engländer haben dieses Besitztum nicht gewinnen können, aber für Frankreich ging es auf immer verloren. Seine übrigen Siedlungen waren ihm bald sämtlich genommen; nur Guadeloupe hat es 1794 wieder erlangt und dann bis 1810 behauptet.

Aber mit diesen Erfolgen war der Sieg noch nicht entschieden. Den Gegner, auf den England in Toulon gestoßen war, sollte es bald auf größerem Felde zu bestehen haben. Kaum hatte Napoleon die Alpenarmee zum Siege geführt, sich zum Herrn von Oberitalien

gemacht und die Mittel- und Kleinstaaten der Apenninen-Halbinsel zum Austritt aus dem antifranzösischen Bündnis gezwungen, so richtete er seine Blicke auch auf das Mittelmeer, über seine Heimat hinaus auf Sardinien, Malta, die Jonischen Inseln. Im August 1796, als seine Heere Mantua umlagerten, schloß Spanien, erst zu Basel mit der bourbonenmordenden Republik ausgesöhnt, unter der traurigen Leitung des „Friedensfürsten" ein Bündnis mit der bisherigen Gegnerin. Es verfügte über zahlreiche und gute Schiffe, deren Wert allerdings durch ihre schlechte Bemannung gemindert wurde. Jetzt war, da die Niederlande schon seit mehr als Jahresfrist in eine batavische Republik verwandelt waren, das numerische Übergewicht entschieden auf seiten der Gegner Englands.

Seine Flotte räumte im Oktober Korsika und dann das ganze Mittelmeer, um sich nach Gibraltar zurückzuziehen. Um Neujahr erreichte eine starke französische Flotte von Brest her die Südwestküste Irlands, ohne von den Briten bemerkt zu werden. Nur ungünstige Witterung und ungeschickte Führung verhinderten ihre Landung und damit einen schwer zu löschenden Brand auf der Nachbarinsel, deren England damals weniger als je hätte entraten können. Die glorreiche Schlacht von St. Vincent, wo Jervis (Lord St. Vincent) am Valentinstage 1797 mit 15 englischen 27 spanische Schiffe vernichtete, Nelson seinen Ruhm begründete, indem er mit seinem zerschossenen 74er ein 80- und ein 120-Kanonen-Schiff enterte und nahm, besserte zwar Englands Lage und festigte das Selbstgefühl seiner Flottenführer; aber gerade in diesem Jahre erreichte der Geist der Aufsässigkeit und Unbotmäßigkeit, in seinem Ursprungslande schon eingedämmt durch die gefestigte Kriegszucht siegreicher Feldzüge, in England den Höhepunkt. Nur eiserne Charaktere vermochten der Meutereien, die besonders den wichtigsten Teil der englischen Seewehr, die Kanalflotte, heimsuchten, völlig Herr zu werden. Und mit dem Frieden von Campo Formio kehrte sich das bisherige Verhältnis um. England stand allein. Frankreich aber war Meister bis zum Rhein, Gebieter der batavischen, der cisalpinischen und ligurischen, bald auch der römischen und der hel-

vetischen Republik, fortgesetzt im Bunde mit Spanien. Napoleon hatte es verstanden, das Odium der Vernichtung der Republik Venedig auf Österreich zu wälzen, während er selbst nach den Spolien ihrer Meeresstellung griff. Als letzte der Mächte war England in den Kampf gegen Frankreich eingetreten. Es hatte nicht beabsichtigt, sich in die inneren Angelegenheiten des Nachbarlandes, auch nicht in die der Republik einzumischen; seinen Eroberungstendenzen wollte es entgegentreten. Jetzt stand es diesen allein gegenüber, dem erobernden Frankreich, in dem der Geist Ludwigs XIV. wieder lebendig geworden war und unter den Impulsen der Zeit und der Führung eines der gewaltigsten Erdgeborenen weltbewegende Kraft gewonnen hatte. In den Versuchen, am Festlandskampfe teilzunehmen, war England hinter seinen Leistungen in früheren Koalitionskriegen zurückgeblieben. Jetzt konnte es nur noch auf seine Seemacht vertrauen. Die Gefahr war drohender als in den Tagen der Armada.

Drittes Kapitel.

Napoleon und Europa.

Die Geschichte kennt kein Beispiel, daß ein Emporkömmling so rasch und so völlig Herr über ein Volk geworden wäre wie Napoleon über die Franzosen. Sein Erfolg ist nicht denkbar ohne die Zeit, in die er fiel; trotzdem bleibt er der größte aller Usurpatoren und einer der Gewaltigsten von allen, die je Staaten gelenkt und Kriege geführt haben. Er steht keinem nach an Gaben des Verstandes und des Willens; er überragt wohl alle an Ehrgeiz und Herrschbegier. Zu zügelloser Leidenschaft sind diese Triebe in ihm entfesselt. Wenn es irgend eine Formel gibt, in die sich die Rätsel seines Wesens zusammenfassen lassen, so wird sie in dieser Richtung zu suchen sein.

Man muß glauben, daß Napoleon in seinen Jünglingsjahren einmal korsischer Patriot gewesen ist; französischer ist er aber nie geworden. Wenn in jenen früheren Tagen Befreiung und Lenkung der Heimat seinen Ehrgeiz vielleicht hätten befriedigen können, konnte die Gewalt über Frankreich es in den späteren nicht mehr. Er hat das neue, größere Vaterland nie anders angesehen als ein Werkzeug, brauchbar im Dienste seiner grenzenlosen Eroberer- und Herrscherwünsche.

Man kann, den Gegenbeweis zu führen, nicht hinweisen auf seine Verdienste um Frankreich. Sie umfassen kein allzu weites Gebiet. Sicher wäre die Revolution auch ohne ihn in ihre Schranken zurückgewiesen worden, vielleicht nicht ganz so rasch, gewiß aber ohne die schweren Krisen, die er über Frankreich heraufbeschwor, indem er den kriegerischen Geist der Nation zur Gluthitze entfachte

und Ruhm- und Beutegier an die Stelle der Freiheitsschwärmerei setzte. Zur Verbesserung der Verwaltung hat schon die Revolution den Grund gelegt; wenn er die Maschine mit geschickter Hand vervollkommnete, so leitete ihn kein anderes Ziel als die höchste Steigerung der Machtmittel im Dienste seiner Weltpolitik. Die neue Rechtsordnung, die Frankreich seiner Regierung verdankt, ist sein beständigster Ruhmestitel geblieben. Das Erfordernis drängte sich der Revolution und ihren Söhnen auf; es lag im Zeitgeiste. Daß es für Frankreich eine so glückliche Befriedigung fand, daran hat gewiß Napoleons geniale Befähigung, nationale Eigenart zu erfassen und sich auch ihren feineren Regungen anzuempfinden, ihren Anteil.

Diese Befähigung aber und zugleich die, sie skrupellos zu benutzen, haben ihm nicht nur in seinem Verhältnis zu Frankreich gedient; sie haben auch in den Beziehungen zu fremden Völkern und in der Begründung französischer und eigener Herrschaft über diese volle Verwendung gefunden. Er übte die Kunst, jede Tonart anzuschlagen, die geeignet erschien, Gutgläubige zu gewinnen und seiner und Frankreichs Sache den Schein höheren Rechtes zu geben. Ins Gegenteil hinüberzuspringen und mit zynischer Brutalität das Recht der Macht zu verkünden, wenn sittliches oder nationales Pathos und schmeichelnde Lockungen ihren Zweck verfehlten, hat ihm, daheim wie draußen, nie irgend welche Mühe gekostet. Gewiß ist ihm Unrecht geschehen, wenn er geschildert worden ist als aller sittlichen Empfindungen bar, als fühlloser Tyrann, als gewohnheitsmäßiger Lügner und Ränkeschmied, als grundsätzlicher Verächter menschlicher Liebe und Dankbarkeit. Aber er ist, wenn es seine Machtstellung galt, nie zurückgeschreckt vor Handlungen, die solche Urteile herausfordern mußten; er hat das in unendlich größerem Umfange getan, als es wohl gelegentlich für untrennbar erklärt wird von den Aufgaben der Politik. Er hat die sittlichen und geistigen Kräfte in seine Berechnungen eingestellt. Aber er war seiner ganzen Art nach nicht nur geneigt, sie zu unterschätzen, sie zu tönenden Phrasen herabzuwürdigen, er bewertete sie auch

allein und ausschließlich nach dem unmittelbaren materiellen Ergebnis, das sie für seine Wünsche versprachen. Er vermochte Völker und Staaten kaum unter anderen Gesichtspunkten zu sehen als unter dem der Millionen, die sie steuern, der Regimenter, die sie marschieren lassen konnten.

Das Europa, das er vorfand, war übersät mit Staatenbildungen, die eine innere Berechtigung nicht mehr besaßen; auch hatte die dynastische Politik, die bis dahin in fast unbeschränkter Geltung gewesen war, bei ihren Landerwerbungen und Landverteilungen wenig gefragt nach inneren Zusammenhängen. Indem aber Napoleon noch ganz in dieser alten Auffassung lebte und Politik trieb, indem er die Ideen der Revolution nur als Köder für seine Machtpläne gebrauchte, geriet er zu dem, was die Zeit im tiefsten bewegte, zu der Neugestaltung staatlichen Lebens, wie sie aus dem Schoß der Revolution unaufhaltsam emporDrängte, in einen unlösbaren, einen ihn vernichtenden Widerspruch. Seine zerstörende Arbeit konnte den Boden bereiten für den Neubau, seine aufbauende mußte mit ihm zugrunde gehen.

Dieser ihm selbst nie zu vollem Bewußtsein kommende Gegensatz hat auch Einfluß gewonnen auf die Gestaltung seiner sich unaufhaltsam drängenden Pläne und Entwürfe. Beschränkung und Ausbau in festen Grenzen hätten ein Eingehen auf die Ideen vorausgesetzt, denen das neuere Frankreich sein Entstehen verdankte. Sie hätten unwiderstehlich Napoleons Stellung gelockert, ihn hineingezwungen in die Republik als einen ihrer Bürger. Ein solcher wollte er und konnte er nicht sein. So gab es für ihn nur ein nimmer endendes: „Vorwärts". Dieser Zwang, der in den Dingen und in seiner Natur lag, hat an wichtigen Wendepunkten seine Entschließungen mehrfach in eine Richtung gelenkt, die ihm sein unbeeinflußter klarer Verstand nicht gewiesen haben würde. Zum erstenmal ist das geschehen, als der Friede von Campo Formio England allein von Frankreichs Gegnern übrig gelassen hatte.

Napoleons Größe gipfelt in seinem militärischen Genie. Toulon

hat ihm zuerst Gelegenheit gegeben, es vor seinen Mitbürgern zu zeigen. Er trat in die vorderen Reihen der Strebenden, die den Marschallsstab im Tornister fühlten. Besser als sie alle aber wußte er dafür zu sorgen, daß er in der Strömung blieb, die nach oben führte. Indem er sich für den 13. Vendémiaire des Jahres IV (5. Oktober 1795) zur Verfügung hielt, konnte er den Konvent retten und sich eine Stellung im Heere sichern, die alles weit überragte, was ihm nach dem Alter oder den kriegerischen Verdiensten, die er aufzuweisen hatte, zugekommen wäre

In Italien genoß er den Vorteil, den Gegner an seinem schwächsten Punkte fassen zu können. Der 26jährige offenbarte seine militärischen und politischen Gaben in voller Entfaltung, den nimmer versagenden Scharfblick und die rastlose Energie, die erbarmungslose Ausnutzung der militärischen Erfolge und die vollendete Ergänzung der Strategie durch die Diplomatie, die Kunst, einzuschüchtern und zu schmeicheln, und die, mitten im Getümmel des Krieges die Wirkungen seines Tuns und seines Lassens auf die Nation abzuwägen, zu beobachten und bestimmend zu beeinflussen, mit den Hergängen in den entscheidenden Kreisen daheim in fast ununterbrochener Fühlung zu bleiben. Die Macht des Geldes war ihm völlig klar, und er wußte sie in seinen Dienst zu stellen. Er führte den Krieg, wie er seit der Römer Zeiten nicht geführt worden war, wie denn die Erinnerungen aus der Geschichte dieses Volkes die einzigen gewesen sind, die in seinem historischen Gesichtskreis Leben gewonnen haben. Es ward kaum etwas übersehen, auf das nicht der glückliche Sieger zum Besten seiner erfolgstrunkenen Landsleute — und nach Bedarf auch zum eigenen — durch einfaches Gebot oder in vertragsmäßiger Form die Hand gelegt hätte. Den Kassen der Republik flossen die Gelder, ihren Museen die Kunstschätze Italiens zu. Sein Name war in aller Munde, der jüngste der Bürgergeneräle der populärste von allen.

So konnte er dem Direktorium den Frieden von Campo Formio aufzwingen in feinster Fühlung mit den Friedenswünschen der Nation. Es war ihm klar, daß weitere Revolutionierung und Re-

publikanisierung Europas ihm nicht allzuviel Aussicht gewährten, an die Spitze des Landes und zu unumschränkter Macht zu gelangen. Die Erfolge der letzten Jahre, die Frankreichs mittelbares und unmittelbares Herrschaftsgebiet um mehr als die Hälfte seines bisherigen Bestandes erweitert hatten, genügten einstweilen selbst dem Volke Ludwigs XIV. Wie ließ sich in dieser Lage der Krieg gegen den allein noch aufrecht stehenden Gegner, gegen England, führen?

Es gab und gibt nur einen Weg, England unter fremden Willen zu beugen. Es ist derselbe, der bei jedem Streit unter festländischen Mächten als selbstverständlich angesehen wird, die Invasion. Sie hat nacheinander England unter römische, angelsächsische, dänisch-normannische Botmäßigkeit gebracht. Sie ist auch nach Wilhelm dem Eroberer wiederholt, und mehrfach mit Erfolg, versucht worden, wenn es sich darum gehandelt hat, in den inneren Zwistigkeiten des Landes eine bestehende Autorität durch eine gegnerische zu ersetzen. Niemand wird behaupten dürfen, daß eine Wiederholung des Armadaunternehmens notwendig den gleichen Ausgang haben müsse. Seit dem ersten englisch-französischen Kriege unter Ludwig XIV. ist die französische Marine stets schwächer geblieben als die englische. Aber die Möglichkeit, ihr wieder die gleiche, ja eine größere numerische Stärke zu geben, hat stets bestanden. Wenn sie nicht zur Wirklichkeit geworden ist, so hat das an Verhältnissen gelegen, die ihrer Natur nach nicht unwandelbar sind, an der kontinentalen Richtung der französischen Politik, an herkömmlichen Anschauungen des französischen Volkes, an der Mißverwaltung, unter der es während eines großen Teils des 18. Jahrhunderts litt.

Bis zum Revolutionskriege hin hat es sich für die Engländer außerordentlich schwierig, fast unmöglich erwiesen, namhafte Erfolge davonzutragen über überlegene französische Streitkräfte zur See; es ist von ihm in größeren Geschwaderverbänden auch kaum je ernstlich versucht worden. Trotz der im allgemeinen geringeren

„Seemannschaft" der Franzosen waren bei gleichen Streitkräften ihre Zusammenstöße mit den Engländern keineswegs von vornherein aussichtslos. Dafür fehlt es nicht an Belegen. Dem Frankreich von 1798 mit seinen Häfen von Rochefort bis zum Helder, im Besitz der Scheldemündung, konnte die Herstellung einer der englischen numerisch gewachsenen, ja überlegenen Flotte keine Aufgabe von unüberwindlicher Schwierigkeit sein. Der kriegerische Geist, dessen Inkarnation gleichsam Napoleon war, hätte die äußersten Anstrengungen verbürgt, und mehr noch als heute war damals der Erfolg auf dem Meere abhängig von Gunst und Ungunst unberechenbarer Verhältnisse. Dazu kam, daß die Erfahrung ein völliges Abschließen der französischen Häfen als unmöglich erwiesen hatte. Das unerwartete Erscheinen einer starken französischen Flotte an Irlands Küste hatte das noch soeben wieder belegt. Im Jahre zuvor waren Englands nordamerikanische Kolonien von einem französischen Geschwader bedrängt worden. So gut wie, unerspäht von den Engländern, 40000 Mann in Ägypten gelandet werden konnten, hätte man wohl auch die gleiche oder eine größere Streitmacht an irgend einen Punkt der englischen Küste werfen können. Auf seinem eigenen Boden hätte England dann um seine Existenz kämpfen müssen. Den nötigen Unterhalt hätte der Feind ihm abpressen können. Auch wäre es ja ein vergebliches Beginnen gewesen, die Verbindung des Angreifers mit der Heimat völlig abschneiden zu wollen. Das alles konnte einem Napoleon nicht verborgen sein. Trotzdem sind Maßnahmen, die als Angriffsplan gegen England gedeutet werden konnten, nur zum Schein getroffen worden. Am 19. Mai 1798 ging Napoleon mit einem Heere, wie in gleicher Stärke noch nie eins übers Meer geführt worden war, nach Ägypten in See.

Seit den Tagen Colberts und durch das ganze 18. Jahrhundert ist die Levante und mit ihr das Pharaonenland als französische Interessensphäre angesehen worden. Im Handel mit diesen Gegenden behauptete Frankreich das Übergewicht; der von ihm

geübte Christenschutz und die Verbreitung der lingua franca noch von jenen Zeiten her, wo Franzosen die Vorkämpfer der Kreuzfahrten gewesen waren, stützten diese Stellung. In den Erwägungen über eine Teilung der Türkei, die zwischen Kaiser Josef und Katharina gepflogen wurden, konnte der Gedanke auftauchen, Ägypten an Frankreich zu überlassen. Im unmittelbaren Zusammenhang mit seinen ersten Mittelmeerplänen diskutiert Napoleon den unausbleiblichen Zerfall des türkischen Reiches, den zu bedauern er vorgibt, den zu fördern er aber, abweichend von Frankreichs bisheriger Politik, nichts unterläßt. Er bezeichnet Ägypten als notwendig, um Englands Herrschaft in Indien zu brechen. Er wußte, daß er mit solchen Worten Widerhall wecken werde im französischen Volke, daß es mit einem Angriff auf Ägypten sympathisieren, eine Besitzergreifung dieses Landes als einen glänzenden Erfolg ansehen werde. Sicher war es ein solcher und bedeutete auch einen Schlag gegen England. Von Abukir hat Nelson sofort über Land Nachricht nach Indien gelangen lassen, und der Sieg hat dort auch alsbald seine Wirkung geäußert. Aber über den Besitz Indiens entschied die Herrschaft über Ägypten damals doch noch lange nicht. Erst seitdem es Dampfschiffahrt und einen Suezkanal gibt, ist es für Englands indische Stellung eine Frage von entscheidender Bedeutung geworden, ob eine fremde Macht über Ägypten verfügt.

Man überzeugt sich schwer, daß Napoleon die Tragweite seines Unternehmens nicht richtig eingeschätzt habe. Aber es mußte etwas gegen England geschehen, und was allein zum letzten Ziele hätte führen können, erforderte zu umfassende Vorbereitungen, als daß Napoleon in seiner derzeitigen Stellung mit ihrer vollen Durchführung hätte rechnen dürfen. Obgleich er am 18. Fructidor des Jahres V (4. September 1797) durch Augereau die Republik zum zweiten Male hatte retten können, war seine Autorität entfernt noch nicht groß genug, um eine längere Gefügigkeit des französischen Staatswesens gegenüber seinen Entschließungen zu sichern. Hätte dieses Bedenken für Napoleon nicht bestanden, die Lage wäre nach Campo Formio günstig genug gewesen. Österreich hätte sich,

in Rastatt in der Ordnung der Reichsangelegenheiten mit einigem Entgegenkommen behandelt, schwerlich für England ins Feuer begeben. Für Preußen war beim Abschluß des Baseler Friedens doch nicht ohne Einfluß geblieben, daß es neben England eigentlich nur die Rolle eines soldatenstellenden Subsidienstaates gespielt hatte, der sein Heer nur verwenden sollte, wo die Seemächte wollten, der Eroberungen diesen zur Verfügung zu stellen hatte, und dem zuletzt wegen Zuwiderhandlung gegen die Vereinbarungen die Subsidien entzogen wurden. Eine Aussicht auf Hannover hätte diesen Staat leicht in das Fahrwasser der französischen Politik hinüberziehen können. Dazu war das Verhältnis zwischen Preußen und Österreich gerade in diesen Jahren das denkbar schlechteste. Die kaiserliche Politik hintertrieb mit leidenschaftlichem Eifer jeden Landerwerb, den Preußen etwa aus der durch Abtretung des linken Rheinufers notwendig gewordenen Neuordnung der deutschen Besitzverhältnisse hätte davontragen können, und Preußen war von diesen Bemühungen völlig unterrichtet. In den Verhältnissen lag also kein Hindernis, schon jetzt den Hauptschlag gegen England ins Auge zu fassen, wohl aber in den Bedürfnissen des Mannes, der Frankreichs Herr werden wollte und sollte, dessen Stunde aber noch nicht gekommen war. Ein erobertes Ägypten mußte seinen Ruhm und seine Stellung erhöhen, einen englisch-französischen Frieden aber außerordentlich erschweren.

Es ist bekannt, welche Irrfahrten es Nelson kostete, die französische Flotte zu finden. Es gelang ihm erst, als ein voller Monat seit der Landung der Armee vergangen war. Und es war auch jetzt noch der reine Zufall, daß er sie vernichten konnte. Hätte Brueys sich nicht, gegen Napoleons ausdrücklichen Befehl, auf der Reede von Abukir törichterweise in Sicherheit gewiegt, so hätte Nelson seinen weltgeschichtlichen Sieg schwerlich erfochten. Mit der Vernichtung der Flotte war allerdings das Geschick der ägyptischen Expedition entschieden. Die Türkei, durch alte Tradition auf freundschaftliche Beziehungen zu Frankreich hingewiesen und auch jetzt angelegentlich genug umworben, warf sich nach Abukir doch Eng-

land in die Arme. Ihre Mitwirkung ermöglichte es den Briten, Ägypten 1801 wieder von den Franzosen zu säubern. Aber bei diesem Ausgange des Unternehmens wird man sich gegenwärtig halten müssen, daß die Vernichtung der französischen Flotte keineswegs etwas Selbstverständliches war, ein gegenüber Englands Überlegenheit zur See unabänderliches Geschick.

Die zweite Koalition zeigt die Verhältnisse Europas in wesentlich veränderter Lage; Rußland beteiligt sich an ihr. Es war das Aufrollen der türkischen Frage, was diese Macht aus ihrer bisherigen Zurückhaltung heraustrieb, der türkischen und der Mittelmeerfrage. Denn auch der französischen Okkupation von Malta und Korfu wollte Rußland nicht gleichgültig zusehen. Zum zweiten Male erschien eine russische Flotte in den Gewässern der Levante, diesmal vom Schwarzen Meer her. Die Pforte öffnete ihr Bosporus und Dardanellen. Gemeinsam nahm man den Franzosen die Jonischen Inseln wieder ab.

In England waren die Meinungen geteilt gewesen, als Katharina ihre starke Hand auf das Schwarze Meer legte. Ungern hatte man die Russen in Polen gesehen, seinen Widerspruch aber aufgegeben, als die Zarin einen günstigen Handelsvertrag gewährte und auf die bewaffnete Neutralität verzichtete. Jetzt ertönten laute Stimmen, die Nelsons voran, die auf die von der neuen Mittelmeermacht drohenden Gefahren hinwiesen. Aber in diesem Augenblicke war England am wenigsten in der Lage, einen solchen Bundesgenossen abzuweisen. Nächst der englischen Flotte war es das russische Auftreten, das Karoline von Neapel, die Schwester Maria Antoinettens, zu jenem Vorstoße hinriß, der nach wenigen Wochen im Januar 1799 mit der zeitweiligen Errichtung einer parthenopäischen Republik endete. Vor allem aber konnte nur Rußlands Mitwirkung Österreich zu neuem Kampfe fortreißen, da Preußen beharrlich ablehnte.

Französischerseits war das Mögliche geschehen, den Kaiserstaat zu reizen. Bonaparte selbst hatte in seiner kurzen Rastatter

Tätigkeit den hochfahrenden, herrischen, richtiger rohen Ton angeschlagen, der das Eigengut der französischen Diplomatie unter seiner Herrschaft bleiben sollte. Von irgend welchem Bemühen, freundliche Beziehungen zu den kontinentalen Mächten zu erhalten, um alle Kraft gegen England wenden zu können, war in Rastatt schlechterdings nichts zu bemerken, ganz besonders auch da nicht, wo der in Campo Formio so friedensfreundliche Unterhändler selbst eingriff. Wäre das Ziel gewesen, die Republik in neue Schwierigkeiten zu verwickeln, es hätte kaum zweckmäßiger verfolgt werden können. Von der Etsch bis an den Niederrhein wurden die Grenzstreitigkeiten geradezu gesucht und von den Franzosen mit brutaler Willkür behandelt; ihre Gesandten bemühten sich mit Erfolg, durch Nichtachtung anerkannten Brauchs zu provozieren. So hat Frankreich die Krisis selbst heraufbeschworen, in der Napoleon sich die Rolle des Retters zu sichern wußte.

Die zweite Koalition hatte einigen Erfolg in der Schweiz, reichen in Italien. Aber auch hier hat sie Genua und die Riviera in den Händen der Franzosen lassen müssen. Den Boden der Republik haben die Fremden auch in der erweiterten Ausdehnung, die in Campo Formio anerkannt worden war, nirgends betreten können. Die gemeinsame englisch-russische Unternehmung, die Holland zum Aufstand bringen sollte, scheiterte kläglich. Zwischen Russen und Österreichern herrschten Mißtrauen und Eifersucht, und in Wien hatten die italienischen Erfolge auch weniger den Gedanken einer Wiederherstellung des früheren Zustandes als den namhafter Gebietserwerbungen ausgelöst. Auch die auf Baiern gerichteten Wünsche tauchten wieder auf, als Karl Theodor im Februar 1799 starb. Kurz vor Napoleons Rückkehr ward jene zweckwidrige militärische Verschiebung nach Norden vollzogen, aus der Suwarows verwegener Alpenmarsch weltberühmt geworden ist, und die Zürich wieder in die Hand Massenas brachte. Sechs Tage nach Napoleons Eintreffen in Paris kündigte Zar Paul das Bündnis mit Österreich. Als noch nicht drei Wochen später, am 18. und 19. Brumaire des Jahres VIII (9. und 10. November 1799) Napoleon die

Zügel selbst in die Hand nahm, war die russische Armee auf dem Rückmarsch in ihre Heimat begriffen. Auf dem Festlande hatte Frankreich nur noch einen Gegner, dem es in jeder Hinsicht überlegen war. Seine inneren Parteiungen, in den früheren Jahren ungleich schärfer und gefährlicher als jetzt, hatten es damals nicht gehindert zu siegen; sie würden auch jetzt solche Wirkung nicht gehabt haben. Einen „Retter" brauchte Frankreich in seiner damaligen Lage wirklich nicht; unendlich viel Leid wäre ihm erspart geblieben, hätte es keinen gefunden. Aber die Geschichte liebt nicht die geraden Wege. Frankreichs „Retter" ward Frankreichs Herr und riß das Land mit sich fort auf der Bahn, in der sein eigenes Leben dahinstürmte.

Napoleon hat sich mit der Rettung, soweit dabei die äußeren Gegner in Frage kamen, Zeit gelassen. Mit voller Energie wandte er sich zunächst den inneren Aufgaben und, was wechselwirkend dafür Vorbedingung und Folge war, der Befestigung der eigenen Herrschaft zu. Der Dreißigjährige konnte sich dabei in einem Umfange auf die Nation stützen, der sich jedem rationellen Erklärungsversuche entzieht. Von drei Millionen Stimmberechtigten wurde er fast ohne Gegenvotum zum ersten Konsul gewählt. Damit war er Frankreichs Diktator. Es folgt die Zeit nachdrücklichster und erfolgreichster Neuordnungen, die Napoleons Regime zu verzeichnen hat. Vor allem heilte er durch eine Verständigung mit der Kirche eine der gefährlichsten Wunden, welche die Revolution dem Lande geschlagen hatte. Als ihm 1802 die Lebenslänglichkeit zuerkannt wurde und das Recht, seinen Nachfolger zu bestimmen, geschah es mit einer noch größeren Einmütigkeit als 1799. Frankreich lebte des Glaubens, daß seine und Bonapartes Macht und Glück identisch seien. Die Geschichte kennt wohl kein weiteres Beispiel, daß sich ein ganzes, großes Volk so einem Manne und einem Emporkömmling in die Arme geworfen hätte.

In dem Feldzuge, der spät im Frühling 1800 gegen Frankreichs letzten Festlandsgegner begonnen wurde, hat sich Moreau

als Heerführer neben Napoleon behauptet. Der Sieg von Marengo hing an einem Faden, der von Hohenlinden war ein voller Erfolg. Schon vor, aber auch nach Marengo zeigte sich Napoleon zum Frieden bereit; Österreich hätte auf der Basis von Campo Formio abschließen können. Auch als nach Hohenlinden im Februar 1801 der Friede zu Luneville zustande kam, sind der Kaisermacht neue direkte Opfer nicht auferlegt worden. Franzens Bruder Ferdinand von Toskana mußte sein Land räumen. Es ward dem spanischen Bourbon von Parma als Königreich Etrurien übergeben, für alle Welt ein offenkundiger Beleg, daß es mit der republikanischen Propaganda zu Ende war. Unmittelbar darauf konnte Pius VII. an Stelle der römischen Republik wieder den Kirchenstaat einrichten. Soweit monarchische Auffassung in Frage kam, trieb Frankreich unter seinem ersten Konsul nicht mehr eine Umsturz-, sondern eine konservative Politik.

Der vornehmste Erfolg, den Napoleon in Luneville davontrug, war die abermalige Isolierung Englands. Gern wäre er durch Österreich auch mit dieser Macht zum Frieden gelangt. Als er in diesem Sinne zu verhandeln begann, hielten seine Truppen sich noch auf Malta, als in Luneville abgeschlossen wurde, behauptete Menou immer noch Ägypten. Er hatte also noch zu bieten. Irgend welche Aussicht, dem Gegner etwas abzugewinnen, war zunächst nicht vorhanden.

Seiner Friedensbereitschaft begegnete die gleiche Stimmung in England. Man konnte auf glänzende Erfolge zurückblicken. Nach zweijähriger Blockade hatte sich Malta im September 1800 ergeben müssen. Aber nach Luneville sah man sich nun zum zweiten Male in diesem schweren Kampfe allein gelassen und ohne jede Aussicht, den Gegner in seine alten Grenzen zurückzudrängen. Ja, man mußte sich trotz der erstrittenen Seeherrschaft sagen, daß man im eigenen Lande nicht unbedingt sicher sei. Im Sommer 1799 hatte ein starkes französisches Geschwader unter Admiral Bruix

von Brest aus Toulon erreichen und, durch spanische Hilfe auf 40 Linienschiffe verstärkt, wieder in Brest ankommen können, ohne daß es den verfolgenden Engländern gelungen wäre, der Gegner habhaft zu werden. Die Anwesenheit einer so beträchtlichen Seemacht in dem bretonischen Hafen fühlte man in England als eine stete Bedrohung. Dabei wäre es für die Engländer kaum ohne Schaden abgegangen, wenn Bruix seine zeitweise numerische Überlegenheit zur Geltung gebracht hätte.

Im Jahre 1800 brachte Zar Paul, den Napoleons Geschick aus einem Bundesgenossen Österreichs in einen Freund Frankreichs verwandelt hatte, Dänemark, Schweden und das von Osten und Westen zugleich bedrängte Preußen, das dann Weser- und Elbmündungen besetzte, zu einer zweiten bewaffneten Neutralität zusammen. England rächte sich durch Nelsons erfolgreichen Angriff auf Flotte und Hauptstadt Dänemarks am 2. April 1801, auch änderte Pauls Ermordung (23./24. März 1801) die Lage. Zur freudigen Fortsetzung des Krieges konnte man sich dadurch doch nicht ermuntert fühlen. Selbst Pitt, der im Februar, zwiespältig geworden mit dem Könige wegen der durch Vereinigung des irländischen Parlaments mit dem britischen in Fluß geratenen Iren- und Katholikenfrage, das Ministerium an Addington übergeben hatte, war für den Frieden. So kamen am 1. Oktober 1801 die Londoner Präliminarien zustande.

Sie enthielten ein überraschend weitgehendes Entgegenkommen Englands. Es versprach, seine sämtlichen Eroberungen wieder herauszugeben, nicht nur die außereuropäischen, sondern auch die im Mittelmeer: Menorca, Elba, Malta. Nur je eine der niederländischen und der spanischen Kolonien, die in seinen Händen waren, wollte es behaupten: Ceylon und Trinidad. Die Früchte neunjähriger Anstrengungen wurden mit einem Federstrich geopfert. Frankreich ward nicht zugemutet, irgend etwas von den Errungenschaften von Basel, Campo Formio und Luneville preiszugeben. Die Räumung des festländischen Teils des Königreichs beider Sizilien kann man nicht als eine solche Bedingung bezeichnen. Seine

unmittelbare Herrschaft in Belgien, seine mittelbare in den Niederlanden blieben in vollem Umfange bestehen. England schien als etwas Unabänderliches hinnehmen zu wollen, was ihm zu Beginn des Krieges, neun Jahre früher, unerträglich erschienen war. Am 25. März 1802 sind die Präliminarien zu Amiens in einen definitiven Frieden verwandelt worden, nicht ohne daß Napoleon durch allerlei Verschleppungsversuche die Geduld der Engländer aufs äußerste gereizt hätte. Er hatte einen unbestreitbaren Erfolg errungen.

Der Friede hat nur rund ein Jahr gedauert, und auch das nur formell betrachtet. Den Engländern war es in dem Augenblicke, wo sie ihn abschlossen, schon klar, daß sie ihn nicht würden ertragen können, daß Kampf bis zur Vernichtung besser sei als ein solcher Friede mit diesem Gegner. Am Tage nach der Vereinbarung der Präliminarien hatten sie die den Franzosen schon bekannte Nachricht erhalten, daß in Ägypten ein Räumungsvertrag vereinbart worden war, daß also der Verzicht auf dies Land kein Zugeständnis mehr darstellte. Weiter kam Kunde, daß Spanien am 1. Oktober 1800 für die in Aussicht gestellte Überlassung des zu gründenden Königreichs Etrurien an Ludwig von Parma Louisiana an Napoleon abgetreten habe, Frankreich also wieder wie vor dem Pariser Frieden Herr der Mississippimündungen und alles Landes rechts von diesem Flusse sei. Seine Hälfte von San Domingo hatte Spanien ebenfalls an Napoleon überlassen; noch vor Schluß des Jahres 1801 ging eine starke Expedition unter Segel, die französische Herrschaft dort wieder bzw. neu aufzurichten. Unter spanischem Druck war zwei Tage vor dem Abschluß der Präliminarien Portugal bewogen worden, das französische Guyana durch Landabtretungen bis zur Mündung des Amazonenstroms zu erweitern. Die beiden größten Ströme Amerikas und der Welt unter Frankreichs und Frankreich unter Napoleons Herrschaft, dessen Hand und Geist sich in diesen Maßnahmen deutlich genug verriet! Verschärfte Schutzzölle verschlossen die Republik und ihre Vasallenstaaten dem

englischen Handel fester, als es früher je der Fall gewesen war. Von der Türkei hatte Napoleon einen Handelsvertrag erlangt, der Frankreich dieselben Rechte gewährte wie dem Verbündeten, der soeben dem Sultan seine Lande zurückerobert hatte. Es mußte jedem Engländer klar werden, daß es sich um die Weltstellung seines Volkes handelte.

Es ist selbstverständlich, daß in dieser Lage jede Steigerung der festländischen Macht Frankreichs die Gefahr für England vermehrte. Es war eine bewährte Tradition in der Politik des Landes, den an sich überlegenen Rivalen nicht nur zur See, sondern stets auch mit Hilfe festländischer Bundesgenossen zu bekämpfen. In dem einzigen Falle, wo das nicht geschehen war, war der Ausgang entsprechend gewesen. Hätte Napoleon das Feuer, das in ihm loderte, meistern, Maß und Besonnenheit zu Herren erheben können über seine Leidenschaften, er würde alles vermieden haben, was auch nur den Anschein hätte erwecken können, als erstrebe er noch weitere Mehrung seines Besitzes. War sein wichtigstes Ziel die Niederwerfung Englands (und es kann schlechterdings nicht bezweifelt werden, daß das der Fall war), so gab es keine verfehltere Politik als die, der Napoleon zu folgen für gut fand. Er verstand es vortrefflich, von Eigenart und Freiheit der Völker zu reden, von der historischen Bedingtheit ihres Seins — gerade in dieser Zeit haben es besonders die Eidgenossen erfahren —, es waren doch alles nur Worte, rhetorische Wendungen, diplomatische Mittel, denen eine tiefere Erkenntnis nicht zugrunde lag. Ihm war fremd und verschlossen, was in einem starken und freien Volke das Wesen seines Daseins ausmacht. Sonst hätte er ahnen müssen, daß alles, was in England gesund war, sich aufbäumen würde gegen die nicht endenden Versuche, Frankreichs Macht zu steigern auf Kosten seiner Nachbarn, gegen sein Verfahren, den Frieden, den er fortgesetzt im Munde führte, zu schützen, indem er zum Kriege provozierte. Er hätte ahnen müssen, daß er das englische Volk, das Volk selbst, nicht nur diese oder jene Regierung, vor die Entscheidung stellte, zu kämpfen oder sich der immer gewaltiger aufsteigenden franzö-

sischen Übermacht zu beugen; er hätte wissen müssen, was das englische Volk wählen werde.

Die einzelnen Maßnahmen sind bekannt. Die cisalpinische Republik ward in eine italienische verwandelt, ihre Verfassung nach der französischen umgemodelt; die Präsidentenstellung übernahm Napoleon selbst. Piemont und Parma wurden Frankreich einverleibt. Das gleiche Los teilte Elba, das die Engländer nicht zu diesem Zwecke geräumt hatten. Die ligurische Republik wurde als französische Militär-Division organisiert; Livorno beherrschte Napoleon durch den etrurischen König von seinen Gnaden. Die batavische Republik erhielt eine festere Organisation und ward enger an Frankreich angeschlossen. Das alles im Laufe des Jahres 1802. Zu Anfang des nächsten Jahres erhielt die Schweiz die Mediations-Akte, die ihr Dasein unter französische Aufsicht stellte. Wallis wurde, des großen St. Bernhards und des Simplons wegen, als besondere Republik unter Frankreichs militärische Obhut genommen. Wie einst die römisch-deutschen Kaiser die Großen Italiens wohl auf deutschen Boden geladen hatten, so forderte Napoleon die Volksvertreter der Tochterrepubliken nach Frankreich, dort ihre Angelegenheiten zu ordnen. Ohne einen Schuß abzufeuern, hatte er innerhalb eines Jahres die durch den Frieden von Luneville unter seine unmittelbare Herrschaft gebrachte Bevölkerung um nicht viel weniger Seelen vermehrt, als England ohne Wales überhaupt Einwohner zählte.

Es war dem gegenüber das Geringste, was pflichtschuldige Notwehr zu leisten hatte, wenn die englische Regierung in den französischen Vasallenstaaten Agenten hielt, Napoleons Schritte zu überwachen und nach Kräften zu hintertreiben, wenn sie die schon angeordnete Herausgabe der Kolonien in mehreren Fällen durch Gegenbefehle rückgängig zu machen suchte, sich sträubte, Malta zu räumen und ihre Weigerung durch gewagte Auslegungen der nicht allzu klaren Friedensklauseln zu decken suchte. Die vertragsmäßige Räumung Neapels und des herrlichen Hafens von Tarent seitens der Franzosen kann man damit nicht in Parallele stellen. Die Feindseligkeiten begannen auch diesmal, ehe der Krieg noch erklärt war. Ihn

unvermeidlich gemacht zu haben, war allein und ausschließlich Napoleons Schuld. Man kann sagen, er sei getrieben worden durch die Gewalt der Taten und Ereignisse, denen er seine Größe verdankte, seine Macht habe wachsen oder zerfallen müssen. Für Frankreich würde ihr Zerfall menschlichem Ermessen nach immer noch einen wesentlichen Gewinn an europäischer Machtstellung übrig gelassen haben, einen Gewinn, wie ihn Napoleons weitere Herrschaft nicht hat sichern können. Ein Sieg über England wäre aber das Begräbnis der europäischen Freiheit für lange Zeit gewesen. Es war doch so, daß England jetzt, indem es um die eigene Stellung als Weltmacht kämpfte, zugleich für die Sache der europäischen Freiheit focht.

Napoleon hat die umfassendsten Vorbereitungen getroffen, den entscheidenden Stoß zu führen; sie ziehen sich durch alle die Jahre seines Konsulats hin. Starke Vermehrung der Schlachtschiffe, eine ungeheure Transportboot-Flotte, zahlreiche Küstenbatterien und die Anhäufung gewaltiger Truppenmassen am Kanal, besonders im Lager von Boulogne, sollten den Erfolg sichern. Es ist bezweifelt worden, daß das alles ernstlich gemeint gewesen sei. Diese Zweifel scheinen mir einer Widerlegung nicht zu bedürfen. Aber es ist bezeichnend, daß sie überhaupt laut werden konnten. Denn Napoleon hat wirklich das Erdenkliche getan, das Gelingen seines groß angelegten und mit brennendem Eifer betriebenen Planes in Frage zu stellen.

Eine der obersten, ja eine unerläßliche Vorbedingung des Erfolges war die Erhaltung des Friedens auf dem Festlande. Napoleon hat kaum etwas unterlassen, was geeignet war, ihn zu stören. Er begann den Krieg mit der Besetzung Hannovers. Für den Ausgang des Hauptunternehmens war dieser Schritt nebensächlich, ja gleichgültig, wohl aber war er eine Herausforderung der deutschen Mächte, zunächst Preußens, dessen damaliger Leitung er allerdings etwas bieten konnte, dann aber auch Österreichs, dessen Politik vor der preußischen in jenen Tagen sicher den Vorzug des Mutes

besaß. Österreich aber war ohnehin durch Frankreichs Einmischung in die Reichsangelegenheiten, erst auf dem Rastatter Kongreß, dann nach Luneville auf dem Regensburger Reichstage, schwer gekränkt und geschädigt.

Unter Zuziehung des Zaren hatte vor allem Napoleon darüber entschieden, wie die in Campo Formio vorgesehene Säkularisation des Kirchengutes und die Mediatisierung der Reichsstädte der Entschädigung der weltlichen Fürsten für Landverlust links vom Rhein dienstbar gemacht werden sollte. Das Verschwinden der geistlichen Fürsten mußte schon an sich die Kaiserstellung im Reiche schwer erschüttern. Die Art, wie ihr Besitz verteilt wurde, schuf auf dem bisher doch immer noch einigermaßen beherrschten Boden geradezu eine Österreich feindliche Macht. Napoleon hat der alten französischen Politik des Schutzes der „deutschen Libertät" eine neue Wendung gegeben. Er gab dem Triasgedanken Gestalt. Er verfolgte planmäßig das Ziel, in Deutschland unter Berücksichtigung der angesehensten Fürstenhäuser eine Anzahl Mittel- und Kleinstaaten zu schaffen, die lebensfähig genug waren, brauchbare Bundesgenossen abzugeben, dagegen zu schwach, sich ohne Anlehnung an eine fremde Macht, die zunächst natürlich nur Frankreich sein konnte, von österreichischer oder preußischer Leitung unabhängig zu erhalten. So schweißte er das Ländergewirr des deutschen Südwestens, dessen bisherige Buntheit jedes Versuchs kolorierter Kartographierung spottet, um die württembergischen, badischen und darmstädtischen Anteile zu diesen drei gleichsam neu begründeten Staatswesen zusammen, begünstigt in diesem Verfahren durch die verwandtschaftlichen Beziehungen, die zwischen den Regenten der beiden letztgenannten Häuser und der Zarenfamilie bestanden. Baierns Verluste am Niederrhein wurden durch überreichliche Erwerbungen an den Grenzen des Stammlandes ersetzt; mit den habsburgischen Plänen einer Verpflanzung des Hauses Wittelsbach nach dem Nordwesten war es endgültig vorbei. Österreich sah sich vom Rhein an den Inn zurückgeschoben. Die französischen Annektionen in Italien waren ebensoviele Verletzungen des Friedens von Luneville.

Wollte Österreich nicht zu einer Macht zweiten Ranges herabsinken, so konnte es diesen Willkürakten des ohnehin übermächtigen Gegners nicht ruhig zusehen.

Der Besetzung Hannovers folgte noch das erneute Einrücken französischer Truppen in neapolitanisches Gebiet. Das berührte auch Rußland, da noch jeder kräftige Beherrscher Apuliens versucht hat, auch auf der Balkanhalbinsel Fuß zu fassen. Dazu kam die blutige Gewalttat am Herzog von Enghien. Als Schutzmacht und Garant des Reichsdeputations-Hauptrezesses protestierte Alexander I. am Regensburger Reichstag. Die Erhebung zum Kaiser der Franzosen und weiterhin die Annahme der italienischen Königswürde, mit der die Einverleibung Genuas in Frankreich verbunden wurde, mußten den Eindruck verstärken, daß der Kampf unvermeidlich sei, wollte man nicht der Willkür des Gewaltigen völlig das Feld räumen. Napoleons Handlungsweise nach der Wiedereröffnung der Feindseligkeiten gegen England ist die eines Mannes, der einen einzelnen Gegner zu bestehen hat, dabei es aber für nötig hält, nach allen Seiten wie rasend um sich zu schlagen, ohne irgendwie zu bedenken, welchen der Umstehenden er treffe. In Österreich wußte man gut, daß man von einem Gegner wie Napoleon vernichtet sein könne, ehe es russischer Hilfe möglich sei, heranzukommen. Schwerlich wäre es England gelungen, die dritte Koalition zustande zu bringen, hätte Napoleon nicht die Interessen des Kaiserstaats mit Füßen getreten. Zweifellos bedeuteten alle seine Schritte in ihrer unmittelbaren Wirkung Gewinne für Frankreich, Nachteile für England. Aber indem er sie tat, gefährdete er das Gelingen des einen großen Hauptplans, von dessen Ausgang doch allein und ausschließlich der endgültige Erfolg abhing. Napoleon war unfähig, niedere, blinde Leidenschaft zu zügeln, und damit unfähig zu dauernden Erfolgen.

Die letzten Ereignisse vor dem Abmarsch der Armee von Boulogne nach dem Oberrhein zeigten, wie wenig die Sicherheit Englands eine unbedingte war. Mit einer starken Flotte vermochte

Villeneuve von Toulon durch die Straße von Gibraltar Westindien zu erreichen und wieder in die europäischen Gewässer zurückzukehren, ohne daß es dem verfolgenden Nelson gelungen wäre, ihn zu ereilen und zu stellen. Hier mußte er allerdings in Ferrol Zuflucht suchen. Aber auch diesen Hafen konnte er am 15. August 1805 wieder verlassen, und nur zaghafte Unentschlossenheit hinderte ihn, Brest und den Kanal zu erreichen, wie es Napoleons Befehlen entsprochen hätte, und die Engländer zum Kampf unter Bedingungen zu zwingen, die den Ausgang mindestens zweifelhaft gemacht hätten. Schon ziemlich auf der Höhe des Kanals wandte er sich zurück nach Cadiz. Als er, dem Befehle des Kaisers gehorchend, diesen Hafen wieder verließ, um das Mittelmeer zu erreichen, traf ihn am 21. Oktober die Katastrophe von Trafalgar. Vier Tage früher hatte Mack in Ulm kapituliert.

Der Feldzug von 1805 bedeutet wohl den Höhepunkt der militärischen Erfolge Napoleons. Er konnte zum erstenmal auch deutsche Truppen gegen den Kaiser führen. Die österreichische Armee ist in keinem ihrer zahlreichen Feldzüge gegen Frankreich so schlecht geleitet worden wie 1805. Die Russen kamen nur staffelweise heran, und zuletzt setzte ihr Kaiser in einem Augenblicke, wo man durch Warten nur gewinnen konnte, leichtsinnig und hochfahrend alles auf einen Wurf. Wien, das, solange es habsburgisch war, noch keinen Feind in seinen Mauern gesehen hatte, war schon drei Wochen vor Austerlitz fast ohne Gegenwehr preisgegeben worden. Zwischen Ulm und Austerlitz verflossen nicht ganz sieben Wochen. Das Jahr hatte noch nicht sein Ende erreicht, als sich Österreich zum Preßburger Frieden genötigt sah. Es mußte zum ersten Male Erblande preisgeben: Tirol, Vorderösterreich, Vorarlberg. Venetien mit seinen alten Dependenzen, dem istrischen Küstenlande und Dalmatien, ward mit dem Königreich Italien vereinigt, Baiern im unmittelbarsten Anschluß an seine Kernlande abermals vergrößert, hinunter bis zum Gardasee. Von Eger bis zum Pustertal und zum Höllensteiner Paß war es jetzt Österreichs Grenznachbar, ein fester Riegel gegen alle kaiserlichen Machtansprüche in Deutschland. Auch

Württemberg und Baden gewannen neuen Besitz. Baiern und Württemberg wurden Königreiche.

Die unausbleibliche Folge ließ nicht lange auf sich warten. Am 12. Juli 1806 ward in Paris die Rheinbundsakte unterzeichnet; am 1. August sagten sich sechzehn jetzt mit Frankreich verbündete süd- und westdeutsche Mittel- und Kleinstaaten vom Reiche los. Aus der „deutschen Libertät" ward eine französische Untertanenschaft. Von Wesel bis Passau standen jetzt auch die rechtsrheinischen Deutschen bereit, die Schlachten ihres „Protektors" zu schlagen; die linksrheinischen füllten schon längst französische Divisionen. Ein gutes Drittel der Streitmacht, die Napoleons Reich ins Feld zu stellen vermochte, setzte sich aus Deutschen zusammen, und die Ereignisse der nächsten Jahre haben ihre Zahl noch bedeutend vermehrt. Gleichzeitig mit der Begründung des neuen Bundes hatte man den Stand der reichsfreien Grafen und Ritter durch „Mediatisierung" vernichtet und der Selbständigkeit der wenigen oberdeutschen Reichsstädte, die den Deputations-Hauptrezeß überdauert hatten, ein Ende gemacht. Es war natürlich, daß Franz II. einer Würde entsagte, die keinen Inhalt mehr besaß, und sich zurückzog auf das österreichische Kaisertum, das er zwei Jahre früher als Antwort auf Napoleons Kaisererklärung begründet hatte. Seit dem 6. August 1806 gab es kein Deutsches Reich mehr. Nach fast tausendjährigem Bestande verschwand das Staatswesen, das mittelalterliches Leben am reichsten und beharrlichsten zur Ausgestaltung gebracht hatte.

Nicht ganz vier Wochen nach dem Preßburger Frieden, am 24. Januar 1806, ist Pitt aus dem Leben geschieden. Sein Gegner Fox trat an die Spitze der Regierung; Georg III. mußte ihn nun doch zulassen. Auf Trafalgar war Austerlitz gefolgt. Zum dritten Male im Laufe von fünf Jahren stand England allein als Gegner Napoleons auf dem Plan; denn daß Kaiser Alexander keinen Frieden schloß, war für die Kriegführung bedeutungslos, da Rußland nach seinem Rückzuge aus Österreich kein Gewicht in die Wag-

schale werfen konnte. Die Lage schien aussichtslos, und abermals gewann die Friedensstimmung Boden im englischen Volke. Sie machte aber im Laufe der eröffneten Verhandlungen bald der Erkenntnis Platz, daß Friedensstand gegenüber einer kontinentalen Macht, wie sie Napoleon in Händen hielt, gleichbedeutend sei mit Englands Todesurteil. Aus der batavischen Republik war ein Königtum für Ludwig, aus dem neapolitanischen Festland ein solches für Josef Bonaparte geworden. Die Wiederbelebung der monarchischen Traditionen schien den Neuschöpfungen das Prinzip der Dauer zu geben unter einer Dynastie, deren Haupt ein Napoleon und die mächtiger war, als je ein Bourbone geträumt hatte. In dieser Lage konnten die angebotene Rückgabe von Hannover und das Zugeständnis, Malta behalten zu dürfen, den Briten das Gefühl der Sicherheit nicht zurückgeben. Aus der gewonnenen kontinentalen Stellung auch nur einen Schritt zurückzuweichen, war aber für Napoleon ausgeschlossen.

Der Sieg über die dritte Koalition gab Napoleon die Möglichkeit, zu den Plänen von Boulogne zurückzukehren. Die Bemühungen, eine neue Flotte zu schaffen, haben in den nächsten Jahren an den weitgestreckten Küsten des gewaltigen Reiches fast ununterbrochen fortgedauert. Dem Drängen seiner Marine nachzugeben, England noch einmal auf dem Meere entgegentreten zu dürfen, hat Napoleon sich aber nicht entschließen können. Er verfolgte den gewohnten Weg, Frankreichs Macht auf dem Festlande zu steigern, und verzichtete damit auf den sicheren Sieg. Indem er Preußen, die einzige Großmacht, mit der er die Waffen noch nicht gekreuzt hatte, zum Kampfe zwang, konnte er seinen Krieger- und Erobererruhm durch neue Triumphe mehren; die Entscheidung gegen England hat er damit aber nur weiter hinausgeschoben, ja in unabsehbare Ferne gerückt.

Die Geschichte der preußischen Politik vom Baseler Frieden bis zum Kriege von 1806 stellt eine der widerspruch-, wechsel- und

rätselreichsten Episoden dar, welche die bunt bewegte Entwickelung dieses Staatswesens überhaupt aufzuweisen hat. Weder Personen noch Institutionen zeigten sich den gewaltigen Aufgaben gewachsen, welche die neue Zeit in immer neuen Formen stellte. Napoleon hatte Wesen und Lage des Staates bald durchschaut; er fand Preußen brauchbar, aber nicht furchtbar. Brauchbar wegen seines überlieferten Gegensatzes zu Österreich und dem Hause Hannover, auch wegen des innewohnenden Bedürfnisses, die schmale Basis zu erweitern, auf der seine Geltung und vor allem seine deutsche Stellung noch ruhte; nicht furchtbar, weil einem Napoleon nicht entgehen konnte, daß die Dürftigkeit der Hilfsmittel nicht in Verhältnis stand zu den Aspirationen des Staates, und daß sein Verhältnis zu dem gewaltigen östlichen Nachbar eine überaus gefährliche Blöße in seinen internationalen Beziehungen darstellte. Weit mehr noch, als das sonst in seiner Art lag, hat Napoleon daher bei Preußen versucht, je nachdem durch Schmeicheleien und Anerbietungen zu locken und zu ködern oder durch Drohungen einzuschüchtern. Auch die russische Politik hat unter Alexander I. ein ähnliches Verfahren als zweckentsprechend und gestattet angesehen.

Das Ziel, das der Leitung Preußens in dieser Zeit vorschwebte, war Bewahrung der Neutralität. Erweiterung des Besitzes und Einflusses in Norddeutschland wurden dabei aber unausgesetzt im Auge behalten. Wer es unternimmt, die Haltung des Königs und seiner Räte zu beurteilen, wird nie vergessen dürfen, daß die Lage in der Tat eine ganz ungewöhnlich schwierige war. Es galt, weder ein Spielball Napoleons noch Alexanders zu werden und doch neben diesen Beherrschern des Festlandes vor allem in Deutschland seine Geltung zu behaupten. Nur ein Staatslenker von besonderer Einsicht und Entschlußfähigkeit und stark entwickeltem Kraftgefühl hätte hier die erforderliche Sicherheit des Auftretens bewahren können. Mit der Bildung der dritten Koalition erreichte die Bedrängnis ihren Höhepunkt. Russische Truppen marschierten durch Südpreußen und Schlesien, französische durch Ansbach-Baireuth; in Berlin kam man nicht weiter als bis zum Entschluß einer bewaffneten Vermittelung. Er

führte dreizehn Tage nach Austerlitz zum Schönbrunner Vertrag, mit dem Haugwitz' Name in der preußischen Geschichte gebrandmarkt ist. Man nahm Hannover, mit dem man so oft geködert worden war, wirklich an und verzichtete dafür auf die alten zollernschen Burggrafenlande, auf Neuenburg und den Rest von Kleve mit Wesel. Ein Schutz- und Trutzbündnis mit Napoleon machte dann Preußen zu einem Glied des französischen Systems und sicherte dem Kaiser von dieser Seite her langen Frieden, wenn er ihn hätte haben wollen.

Aber so stand sein Sinn nicht. Erbitterung und Verachtung mischten sich in ihm. Der Staat, der sich so demütigen ließ, hatte gewagt zu drohen. Der Rheinbund wurde geschaffen, ohne daß Preußen auch nur einer Mitteilung gewürdigt wurde. Die berechtigten Wünsche nach einer entsprechenden Organisation Norddeutschlands unter preußischer Führung waren für Napoleon nicht vorhanden. Am Niederrhein ließ er preußischen Besitz okkupieren, verhandelte mit England über Hannover, als ob dieses Land Preußen nichts angehe, bot dem Zaren preußischen Besitz an. Es blieb der Großmacht des zweiten Friedrich nur die Wahl, kämpfend zu fallen oder ihre Politik nach kaiserlichen Dekreten zu regeln.

Denn das war das traurige Ergebnis einer elfjährigen Politik mangelnder Entschlossenheit, daß jetzt gekämpft werden mußte ohne jede Hoffnung auf Sieg. Nur Wagemut preußischen Soldatengeistes konnte sich darüber täuschen. Was bedeuteten die ärmlichen Lande von der Memel bis zur Elbe und die zerstreuten Anhängsel weiter westwärts gegenüber dem französischen Herrschaftsgebiet vom Dollart bis zur Straße von Messina und vom Ozean bis zur Adria, das die reichsten und blühendsten Länder Europas in sich schloß? Wenn Napoleon dem preußischen Könige, als Saalfeld schon geschlagen war, zu bedenken gab, daß Frankreich dreimal soviel Volkes zähle als die Staaten Friedrich Wilhelms III., so hätte er die Verhältniszahl verdoppeln können, ohne zu übertreiben, 10 gegen 60 bis 70 Millionen. Und Preußens Besitz setzte sich dem Umfange

nach zu mehr als zwei Fünftel aus früher polnischen Gebieten zusammen, und von dem Reste war wiederum fast ein Viertel allerneueste Erwerbung, Hannover und der Gewinn aus dem Reichsdeputations-Hauptrezeß, in keiner Weise der Monarchie fester angegliedert oder mit ihr verschmolzen. So war in der mit Ausländern stark durchsetzten Armee die überlieferte Mannszucht das einzige innere Band; ihre veralteten Formen aber waren in hohem Grade besserungsbedürftig.

Einige norddeutsche Mittel- und Kleinstaaten: Sachsen und Hessen-Kassel, Braunschweig und Weimar schlossen sich Preußen an. Von den beiden leistungsfähigsten aber folgte Sachsen nur mit halbem Herzen, Hessen ward durch seine Lage die militärische Mitwirkung unmöglich gemacht. Als dann die Entscheidungsschlacht mit verkehrter Front geschlagen werden mußte, weil man gegenüber Napoleons schnellem Vorrücken aus eben den markgräflichen Landen, aus denen Preußen sich in Schönbrunn hatte hinausdiplomatisieren lassen, zu lange westlich der Saale stehen blieb, als der oberste Führer auf dem Schlachtfelde die Todeswunde empfing und der Sieger nun näher an Preußens Hauptstadt stand als die eigenen Truppen, da konnte das Ergebnis kein anderes sein als die Zertrümmerung des kriegesstolzen Heeres und die Niederwerfung des ruhmgekrönten und doch so lose aufgebauten Staates.

Sieht man von der schmählichen Übergabe der meisten und gerade der stärksten und wichtigsten Festungen ab, die für alle Zeiten die dunkelste Partie preußischer und deutscher Kriegsgeschichte bleiben wird, so kann man nicht sagen, daß Preußens Waffenehre befleckt aus den Kämpfen von Jena und Auerstedt und den traurigen Katastrophen der nächsten Wochen hervorgegangen wäre. Es vereinigte sich alles gegen das Gebilde Friedrichs des Großen: erdrückende Übermacht und überlegene Führung, Kriegesgewöhnung und neue, in siegreichen Schlachten erprobte Taktik. Daß dann aber dem seiner Armee beraubten Staate so völlig jede Kraft des Widerstandes abging, das enthüllte einen Mangel, ohne dessen Beseitigung die Zukunft Hoffnungen nicht bieten konnte.

Es ward klar, daß dieser Staat nur der Staat seiner Herrscher war, daß das Volk, und zwar nicht allein das niedere, mit ihm nur verknüpft war, soweit das Band der Soldatenehre es kettete, daß die Maschine auch ihren Dienst tat, wenn ein Fremder sich ihre Triebkraft zunutze machte. Auch auf preußischem Boden war die kosmopolitische Vaterlandslosigkeit, der die deutsche Aufklärung sich so zugänglich erwies, und der die zündenden Thesen der französischen Revolution und die blendende Gestalt eines Napoleon nur zu wirkungsvoll die Wege ebneten, heimisch geworden, ja sie hatte in dem buntschillernden Geistesleben der Hauptstadt eine ihrer betriebsamsten Opferstätten gefunden. Wie sollte man sich einsetzen für einen Staat, den kein Vernunftgebot zu fordern schien, und an dessen Leben man keinen anderen Anteil nahm, als daß man seinen Ordnungen gehorchte? Kaum weniger als an den Mängeln seines Heeres und dem Mindermaß seiner Kräfte ist das Preußen von 1806 an den Gebrechen seines inneren Staatslebens zugrunde gegangen.

Und doch sollte Napoleon erfahren, daß in diesem Gegner zähere Lebenskraft steckte, als ihm bis jetzt irgendwo an seinen Herrschaftsgrenzen entgegengetreten war. Es hat nach Jena und Auerstedt länger gedauert, bis der Friede erzwungen war, als früher gegen Österreich nach Marengo, Hohenlinden und Austerlitz und später nach Aspern und Wagram. Und es ist das nicht allein dem Eingreifen der Russen zuzuschreiben. In der Verteidigung von Kolberg und Graudenz, von Glatz, Kosel, Neiße und Danzig strahlten auch in dieser trüben Zeit die alten preußischen Soldatentugenden in hellstem Glanze, und die tapfere Haltung der Bevölkerung in der alten, seegewohnten Hansestadt, die Gestalt eines Nettelbeck zeigten, was das Deutschtum des Kolonialbodens zu leisten vermochte, wenn sein Gemeinsinn lebendig war. Dank der Tapferkeit der preußischen Heeresreste sahen die Schneefelder von Preußisch-Eylau die erste Schlacht, die Napoleon abschließen mußte, ohne einen entscheidenden Erfolg errungen zu haben. Unwirtlichkeit des Landes und Unbill der Witterung taten

das Ihre, die völlige Niederwerfung des Gegners zu erschweren. Es ward dem Schlachtengewaltigen doch fühlbar, daß die Kriegführung in diesen Grenzgegenden des zivilisierten Europa anderen Bedingungen unterlag.

Das Königspaar aber harrte aus trotz der Friedenslockungen Napoleons mit Bündnisvorschlägen gegen Rußland, bis es sich zurückgedrängt sah in die entlegensten Winkel des eigenen Bodens. Die Geschichte kennt wenige Beispiele, daß Staaten so vollständig haben erobert werden müssen, um ihnen einen Frieden aufzunötigen. Es war ein verhängnisvoller Fehler Napoleons, daß er nun nicht darauf bestand, diesen so völlig geschlagenen Staat auch völlig zu vernichten. Er ließ ihm von den polnischen Erwerbungen als Verbindungsglied ein geschmälertes Westpreußen; was hier verloren ging, hatte bislang noch keine wesentliche Quelle preußischer Kraft werden können. Auch indem der Staat hinter die Elbe zurückgedrängt wurde, büßte er überwiegend neue Erwerbungen ein. Die Lande, die seit einem halben, seit einem ganzen, seit mehreren Jahrhunderten Leid und Freude mit der Dynastie geteilt hatten, blieben ihr in der Hauptsache erhalten. Das Bewußtsein, Preußen zu sein, daß Glück und Wohlfahrt des Einzelnen doch unzertrennlich verbunden sei mit der Ehre und Selbständigkeit des Staates, hatten die Leiden des Krieges, die der Sieger das heimgesuchte Land mit systematischer Härte auskosten ließ, bald neu geweckt. Gelang es, Volk und Regierung in engere Verbindung zu bringen, die lebendigen Kräfte, die in der Untertanenschaft schlummerten, zum Staatsbewußtsein zu wecken, sie in des Staates Dienst zu ziehen, so konnte auch das verstümmelte Preußen, dessen Machtmittel auf den Stand eines Mittelstaates herabgedrückt waren, der Felsen werden, an dem die Vergewaltigung des kontinentalen Europas zerschellte. Die französischen Besatzungen im Lande, die aufgezwungene Beschränkung der Heeresrüstung und die fortgesetzten Erpressungen haben das nicht zu hindern vermocht.

Wie Austerlitz der Gipfel der militärischen Erfolge, so ist Til-

ſit der Höhepunkt der politiſchen Macht Napoleons. In Deutſchland war er jetzt Herr. Auch die Mitte und der Norden wurden dem Rheinbund angegliedert, Kurheſſen und Braunſchweig mit preußiſchen Beuteſtücken zum Königreich Weſtfalen zuſammengeſchlagen, der nördliche Teil Hannovers mit ſeinen Küſten wieder in franzöſiſche Verwaltung genommen. Aus dem preußiſchen Polen ward ein Großherzogtum Warſchau, das mit dem zum Königreich erhobenen und auf Preußens Koſten auch durch den Kottbuſer Kreis vergrößerten Sachſen in Perſonalunion trat. Der Geſamtbeſitz des Hauſes Wettin übertraf jetzt den der Hohenzollern. Den Zaren machte Napoleon in Tilſit aus einem Feinde zu einem Freunde. Denn das war doch in dieſem Augenblicke der einzig gangbare Weg, den Herrſcher des Oſtens ſeinen Plänen dienſtbar zu machen. Es gelang ihm leicht, in dem machtlüſternen Alexander, den tönende Phraſen faſt noch leichter täuſchten, als er ſelbſt durch ſie zu täuſchen verſtand, den Glauben zu erwecken, als wolle der Korſe ihn ehrlich neben ſich in der Herrſchaft Europas ertragen. Napoleon gewann ihn, indem er auf den alten Bahnen, in denen die ruſſiſche Politik ihre Ziele verfolgte, weit entgegenkam. Alexander verlor kein Dorf ſeiner polniſchen Beſitzungen. Er verſchmähte es nicht, ſie zu vermehren durch das ſeinem Bundesgenoſſen abgerungene Bialyſtok, hätte ſich nicht ungern auch noch mit oſtpreußiſchem Gebiete bereichert. Schweden, deſſen König Guſtaf IV. Adolf hartnäckig im Kriegsſtande mit Frankreich verharrte, ward dem übermächtigen Nachbarn geopfert und büßte den Starrſinn ſeines Königs mit dem Verluſte Finnlands. So kamen beide Ufer des Finniſchen Meerbuſens in ruſſiſche Gewalt, und die durch ein Jahrhundert erſtrebte Verlegung der Grenze aus der unmittelbaren Nähe der Hauptſtadt des Reiches ward zur Tatſache. Seitdem hat Schweden aufgehört, Rußland gefährlich zu ſein.

Die Türkei, die ſeit Jahresfriſt die Donaufürſtentümer gegen die Ruſſen zu verteidigen hatte, war Napoleon ein erwünſchter Bundesgenoſſe geweſen; noch von Berlin aus hatte er ſich zu ihrem Retter erklärt. Jetzt gab er ſie preis; ihre Teilung ward in Aus-

sicht genommen. Alexander wiegte sich in Hoffnungen, die Meerengen in die Hand zu bekommen, auf der Sophienkirche wieder das Kreuz aufrichten zu können. Als weitere Folge ergab sich die Aussicht auf ein gemeinsames indisches Unternehmen. Allerdings sollte England zuvor zum Frieden aufgefordert werden. Aber weder Alexander noch Napoleon konnte sich verhehlen, daß England einen Frieden nicht eingehen könne noch eingehen werde, der es, mit der einzigen Ausnahme von Malta, auf den Stand vor dem Kriege zurückdrängen wollte, während der Kontinent unter zwei Herrscher geteilt blieb und Napoleon mit Danzig auch noch den wichtigsten Hafen der Ostsee beherrschte. Keinen anderen Sinn hat dieser Friedensvorbehalt, als Alexander gegen England zu verpflichten. Der Zar aber hat diese Verpflichtung auf sich genommen, weil ihn die glänzenden Aussichten lockten, eine Erfüllung der Träume Peters des Großen.

Am 21. November 1806 hat Napoleon von Berlin aus die Kontinentalsperre dekretiert. Es ist neuerdings unter Gesichtspunkten, die sich in den letzten Jahrzehnten aufgedrängt haben, stärker betont worden, daß sie der Entwickelung der festländischen Industrie, auch der deutschen, förderlich gewesen sei. Es war natürlich, daß die Zwangslage Betriebe weckte, an die man bis dahin wenig oder gar nicht gedacht hatte; einzelne unter ihnen, wie vor allem die Rübenzuckerindustrie, haben auch eine Zukunft gehabt. Aber den Widersinn und die Gemeinschädlichkeit der Maßregel hat das vernichtende Urteil der Zeitgenossen, das Älteren unter den Lebenden, besonders soweit sie unseren Nordseeküsten entstammen, noch von Jugenderzählungen her in den Ohren tönt, auch für die Geschichte festgelegt. Es hat selbst bei den unmittelbar französischen Untertanen, die Napoleon auf jede Weise begünstigte, nicht anders gelautet, und zwar immer schärfer, je länger das System in Kraft war. Die Kontinentalsperre hat der Volkswohlfahrt schwere Wunden geschlagen.

Vor allem aber war sie wirkungslos und mußte wirkungslos

bleiben, ja sogar Englands Überlegenheit steigern. Die Gegenmaßregeln, die das Inselreich traf, und die dann durch neue, verschärfte Dekrete beantwortet wurden, vernichteten bald auch den neutralen Handel (von französischem konnte schon seit Jahren kaum noch die Rede sein) und machten den englischen Kauffahrer zum ausschließlichen Vermittler des gesamten Verkehrs. Denn die tatsächliche Schließung sämtlicher kontinentaler Häfen, die Napoleon allen Ernstes anstrebte, erwies sich natürlich als undurchführbar. Statt der Verarmung und Aushungerung Englands erreichte er die des Kontinents, Frankreich selbst nicht ausgeschlossen. Selbstverständlich hat Napoleon nie etwas anderes im Auge gehabt, als Frankreich an die Stelle Englands zu setzen; außerfranzösischen Landen wäre sein Bestreben niemals zugute gekommen. Wunderbar, wie dieser Mann sich in diesen Gedanken verrennen konnte, während er in den einzigen Weg, auf dem Englands Niederwerfung zu erreichen war, Mäßigung in kontinentalen Machtbestrebungen und gleichzeitige Vorbereitung des direkten Angriffs, nicht mehr einzulenken versuchte. Gerade die Kontinentalsperre hat ihn auf der Bahn der maßlosen Ländergier, die ihn ohnehin fast unwiderstehlich beherrschte, weiter und weiter getrieben und so seiner eisernen Konsequenz, die kein „unmöglich" gelten lassen wollte, die Hindernisse entgegengeworfen, über die er stürzte.

Kaum waren die Vereinbarungen von Tilsit getroffen, so suchte Napoleon das mit England so fest, fast unauflöslich verknüpfte Portugal in sein System zu zwingen. Spanien, völlig im Gefolge Frankreichs, war schon im Dezember 1804 wieder in den Krieg gegen England eingetreten. Seinem Prinzen sollte im eroberten Portugal eine Entschädigung werden für das unlängst geschaffene Königreich Etrurien, das Napoleon besonders im Interesse seiner Sperre einzuziehen wünschte. Das Unternehmen gegen Portugal ermöglichte auch, Spanien mit französischen Truppen zu überschwemmen. Die portugiesische Königsfamilie hat sich im November 1807 durch Flucht nach Brasilien der Unterwerfung entzogen. Es folgte das unerhörte Intriguenspiel, das den unwürdigen Karl IV. und

seinen nicht weniger verächtlichen Sohn Ferdinand VII. in Napoleons Gewalt, zur Abdankung und zur Haft auf französischem Boden brachte. Man wird an die Zeit der Karolinger und an Frankreichs italienische Kämpfe in der Zeit der Renaissance erinnert. Josef von Neapel ward nach Spanien verpflanzt. An seine Stelle trat der Schwager Murat, dessen Großherzogtum Berg unter französische Vormundschaft kam. Im Frühling 1808 erfolgte die Besetzung des Kirchenstaates.

Aber da regten sich im spanischen Volke, das längst aufgehört hatte, auf die Geschicke Europas einen Einfluß zu üben, und das kaum noch gewohnt war, am öffentlichen Leben seines Landes Anteil zu nehmen, Kräfte, für die Napoleon das Verständnis zwar nicht völlig fehlte, die er oft angerufen und mit schönen Worten zu lenken versucht hat, wenn es galt, feindliche Macht zu untergraben, deren Recht, Gegner zu sein, er aber niemals hat anerkennen wollen, deren Bedeutung als Widersacher seine auf organisiertes Kriegswesen eingeschworene Einsicht stets unterschätzte. Fremdenhaß und Glaubenseifer entflammten die von ihren Herrschern im Stich gelassenen Untertanen zu leidenschaftlicher Auflehnung gegen das ihnen zugedachte Joch. Die Schwärmer, die auf Napoleons Reformverheißungen glaubten eingehen zu dürfen, blieben einflußlos oder beugten sich bald dem nationalen Willen. Es ward ein Brand, den zu löschen napoleonischer Macht nicht gelungen ist. Es geschah das Unerhörte, daß französische Heere in freiem Felde vor dem Feinde kapitulierten. Nach der Erfurter Zusammenkunft mit Kaiser Alexander im Herbst 1808 hat Napoleons persönliches Eingreifen, dem die Sicherung des Erfolges durch Aufbieten genügender Heeresmassen nie fehlte, die Halbinsel bis auf einige feste Zufluchtstätten auf kurze Zeit unter sein Machtgebot zu beugen vermocht. Aber Österreich, ermutigt durch eben diese Hergänge, zwang ihn hinaus aus der Halbinsel, und seinen zurückgelassenen Streitkräften ward der eroberte Boden dann schrittweise wieder abgerungen.

Indem aber Napoleon den Kampf auf diesen Schauplatz über-

trug, Länder in sein System zwingen wollte, deren Neutralität ihm niemals hätte verhängnisvoll werden können, gab er dem Gegner, den es niederzuringen galt, verwundbare Blößen. England hatte auf die Tilsiter Friedensanträge eine Antwort gegeben, die an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig ließ. In den Tagen vom 2.—5. September 1807 hatten, da Dänemark ein Bündnis verweigerte, seine vereinigten Land- und Seestreitkräfte Kopenhagen bezwungen, die ansehnliche dänische Flotte mit allem Zubehör genommen und hinweggeführt. Es war eine Tat, die oft genug als brutaler Bruch des Völkerrechts gebrandmarkt worden ist und das auch verdient. Aber sie war doch eine richtige Antwort auf die Tilsiter Friedensheuchelei. Dänemark hatte sich, nicht unähnlich den preußischen Hoffnungen, in Neutralitätsträume gewiegt. Es war, wenn es Partei nahm, je nachdem, zu Lande oder zur See, Gefahren ausgesetzt, und in der neutralen Stellung blühte die dänisch-norwegische Schiffahrt erfreulich empor. Es hatte nicht erkannt, daß diese Stellung unhaltbar geworden war, seitdem Napoleon Danzig, Stettin und Stralsund beherrschte und den Zaren seinen Freund nannte. Konnte England ruhig zusehen, daß auch der Sund mit Dänemarks wertvoller Flotte in Frankreichs Hände falle und ihm die Ostsee, der Weg zu den Vorratskammern seines Schiffsbau- und Getreidebedarfs, geschlossen werde? Das eingeschlagene Verfahren lag in den Grenzen der Gepflogenheiten, zu denen England mehr als einmal seine Zuflucht genommen hat, wenn es glaubte, Lebensinteressen verteidigen zu müssen; am wenigsten hatte aber ein Napoleon, der geniale Meister der Gewalttätigkeit, Recht, Klage zu erheben. Seine Scharen standen bereit, auszuführen, worin England ihm zuvorkam.

Der Erfolg belebte Englands Tatkraft. Wenn es irgend einen Boden gab, der günstig war, dem Gewaltigen auch auf dem Festlande die Spitze zu bieten, so war es die Iberische Halbinsel. Das hatten die Engländer vor einem Jahrhundert erprobt. In Portugal hatten sie ein altes Vasallenland zu ver-

teidigen. Sie griffen ein auf die ersten Anzeichen, daß von Frankreich her Gefahr drohe. Der Kampf der Spanier führte sie dann hinüber ins Nachbarreich. Sie wurden, soweit Organisation möglich war, die Ordner des Widerstandes bei beiden Völkern. Sie führten das spanische Heer, das der Kaiser nach echter Despotenmanier zur Verteidigung der dänischen Inseln verwendete, zurück in die Heimat. Ihr Truppenzuzug, ihr Geld und Kriegsmaterial waren bestimmend für den glücklichen Ausgang. Wellington erwarb sich dort den Kriegsruhm, der ihn neben die ersten Heerführer der Zeit stellte. Es ist doch eine historische Tatsache, daß auch zu Lande die ersten größeren Waffenerfolge über napoleonische Streitkräfte unter entscheidender Mitwirkung Englands errungen wurden. Für uns Deutsche bleibt es immer eins der empfindlichsten Merkzeichen des tiefen Jammers, der auf unserm Volke lastete, daß deutsche Legion und Rheinbundstruppen einander gegenübertreten mußten, um in selbstmörderischem Kampfe das Schicksal des fremden Landes zu entscheiden.

Die spanische Erhebung war es vor allem, die in Österreich den Entschluß reifen ließ, 1809 noch einmal das Glück der Waffen zu versuchen. In dem alten Kaiserstaate war die Macht der Tradition doch zu lebendig, als daß man ohne die äußerste Not auf die überlieferte Geltung in der europäischen Politik hätte verzichten sollen. Auch die Bevölkerung, besonders soweit sie deutsch war, ward von dieser Gesinnung ergriffen. Es ist der erste der Kriege gegen das neue Frankreich, an dem sie in weiteren Kreisen starken inneren Anteil nahm, und Stadions Regiment war entschlossen, sich von dieser patriotischen Strömung tragen zu lassen.

Die Erfurter Tage hatten erkennen lassen, daß die zur Schau gestellte Freundschaft der beiden Selbstherrscher Europas inneren Halt nicht mehr besaß. Schon in Tilsit hatte Napoleon von

der Zuziehung Österreichs zu den türkischen Teilungsplänen gesprochen. Für Alexander lag in diesen Plänen der Hauptwert der neuen Freundschaft. Als er mit ihrer Ausführung Ernst machte, fand Napoleon den Versuch angezeigt, ihm Österreich mit seinen Donau- und Balkaninteressen als Hemmschuh anzuhängen. Das falsche Spiel konnte nicht lange verborgen bleiben. Alexander sah keinen Anlaß, Napoleon offen entgegenzutreten — das hätte seine türkischen Hoffnungen völlig vereiteln können —, aber Österreich fühlte sich doch sicher vor einem ernsthaften russischen Rückenangriff.

So wagte es den ungleichen Kampf, den es diesmal auch nach Norden gegen den Herrn von Sachsen und Warschau zu führen hatte. Er konnte nur mit einer Niederlage enden; aber sie war doch eine andere als die von 1805. Zum erstenmal schlug Napoleon bei Aspern eine nicht nur erfolglose, sondern geradezu verlorene Schlacht, und in der heldenhaften Erhebung der Tiroler trat ihm auch auf deutschem Boden der Feind entgegen, mit dem er in Spanien ringen mußte, auf engerem Raume zwar, aber noch elementarer, geschlossener und wuchtiger. Daß sich die Bewegung nicht zuletzt gegen Montgelas' Reformen richtete, hat ihr im Lichte liberaler Beurteilung einen Mangel angeheftet; sie bleibt aber trotzdem das, was der zeitgenössische Patriotismus in ihr gesehen, ein glänzendes Beispiel männlichen Einstehens für Volkstum, Freiheit und Herrscherhaus. Unverkennbar durchzuckte ein ähnlicher Geist besonders die norddeutschen Lande. Hätte England anstatt des mißglückten Versuches gegen die französischen Seerüstungen in der Schelde, den es noch nach Wagram machte, die aufgewandten starken Streitkräfte nach Hannover geworfen, die im Norden verbreitete Gesinnung hätte vielleicht zu anderen Äußerungen geführt als zu den vereinzelten tollkühnen Versuchen, die notwendig scheitern mußten. Doch auch so werden Schill und Friedrich Wilhelm von Braunschweig gleich Andreas Hofer, Haspinger und Speckbacher als deutsche Helden gefeiert werden, solange unser Volk sich seiner selbst bewußt bleibt.

Der Friede, länger hinausgezögert als der von 1805, war fast noch verlustreicher. Österreich wurde völlig abgedrängt vom Adriatischen Meere; Baiern rückte über den Inn vor. Die polnischen Erwerbungen von 1795 gingen völlig verloren, und wiederum hielt Kaiser Alexander es für angemessen, einen Teil der Beute aus den Händen Napoleons entgegenzunehmen. Die Grenzen, die Rußland noch heute von Polen, dem General-Gouvernement Warschau, trennen, sind damals festgesetzt worden. Aus dem adriatischen Gebiet schuf Napoleon die neue französische Dependenz der „illyrischen Provinzen". Der Gedanke, die Volkskräfte zu wecken, hatte mit diesem Kriege in Österreich sein Ende erreicht; Metternich trat an Stadions Stelle. Er zögerte nicht, es mit einer Annäherung an Frankreich zu versuchen.

Es folgen die Jahre zügellosester Willkür und verächtlichster Geringschätzung des gedemütigten Europas. Pius VII. mußte über Savona nach Fontainebleau wandern. Die blinde Leidenschaft, mit der Napoleon den Gedanken der Kontinentalsperre verfolgte, führte zur Einverleibung der Niederlande, Oldenburgs und der Hansestädte; erst durch den Moniteur ward Jérome bekannt, daß auch ein Teil seines Königreichs jetzt kaiserlich geworden war. Die Sperre allein hätte schon dauernde Beziehungen zu Rußland unmöglich gemacht. Unterbindung des Verkehrs mit England war für dieses Reich in seinen damaligen Verhältnissen wirtschaftlicher Selbstmord. Und Alexander mußte immer klarer erkennen, daß den glänzenden Hoffnungen, die ihm in Tilsit aufgestiegen waren, niemand mehr im Wege stand als ihr Urheber. In der Türkei arbeitete ihm Napoleon entgegen. Es war keineswegs seine Meinung, den Bosporus und die Dardanellen russisch zu sehen. Die Verbindung mit Maria Luise, auf die Kaiser Franz und Metternich sich nicht nur eingelassen, die sie wohl eingefädelt hatten, gewährte Österreich, das nun einmal den Zaren in Konstantinopel nicht dulden konnte, eine für Rußland bedenkliche Rückendeckung. Für die Lösung der

polnischen Frage in russischem Sinne war das vergrößerte Großherzogtum Warschau keine Förderung gegenüber der preußischen und österreichischen Teilhaberschaft. Es fehlte nicht an Polen, die mehr wollten, und Alexander hatte guten Grund, anzunehmen, daß Napoleon ihren Wünschen nicht unzugänglich sei. Er konnte sich im Osten, vielleicht besser als auf Rußland, ja auch auf ein wiederhergestelltes Polen stützen. Wie die Stimmung der Völker war, wie allgemein der Unwille gegen Napoleon, bis in die ihm nächststehenden Kreise hinein, so daß selbst Bruder und Schwager, so völlig ihre Stellung auch auf der seinen beruhte, durch die Verschmelzung mit ihren Ländern zum Kaiser in Gegensatz gerieten, konnte auch der russischen Politik nicht unbekannt bleiben. Bernadotte, der im August 1810 von den Schweden zum Thronfolger erkoren wurde, wandte sich bald England und dann auch Rußland zu. Er verzichtete auf Rückeroberung des abgetretenen Finland gegen die Aussicht, Norwegen zu gewinnen, dessen seebeflissene Bevölkerung von dem feindlichen Dänemark getrennt zu sehen England nur erwünscht sein konnte. So reifte in Alexander der Entschluß zu einem völligen Wechsel seiner Politik. Er öffnete seine Häfen englischen Waren, erschwerte die Einfuhr französischer und schloß Frieden mit der Türkei unter Verzicht auf seine Eroberungen, soweit sie jenseit des Pruth und der Donau lagen. Wenn Napoleon nicht das Schwert zog, so war das System der Kontinentalsperre vernichtet. Er mußte den Versuch wagen, auch das letzte Bollwerk festländischer Selbständigkeit niederzuwerfen. Es war die unvermeidliche Konsequenz der Politik, die er in Berlin und Tilsit begonnen hatte.

Der Versuch ist mißlungen. Er führte die größere Hälfte Europas gegen den militärisch weitaus schwächeren Osten, ein Heer, wie es die Welt nie gesehen hatte, denn die Vergleiche mit Attila, den Kreuzzügen und den Mongolenscharen sind völlig verfehlt, beruhen auf ganz irrigen Vorstellungen. Aber die 600 000 verkrümelten sich auf den weiten Flächen, die sie jen-

seit der Weichsel und Memel aufnahmen. Die bloße Tatsache der Entfernungen erwies sich als eine der wertvollsten Bundesgenossen der Russen. Nur mit geringen Teilkräften und nicht allzu großer Überzahl erfocht Napoleon die Siege von Smolensk und Borodino. Als dann Moskau in Flammen aufging, sah er sich, da Friedensvorschläge natürlich fruchtlos blieben, in dem anbau- und vorratsarmen Lande der Unbill des russischen Winters schutzlos preisgegeben. Die Dauer des unvermeidlichen Rückzuges vollendete die Katastrophe. Auch das befreundete Warschauer Gebiet konnte nicht genügend Halt gewähren, um wieder Fuß zu fassen. Als die kläglichen Trümmer des stolzen Heeres die preußischen Grenzen überschritten, war die Stunde gekommen, wo für die Monarchie Friedrichs des Großen die Frage des Kampfes um Sein oder Nichtsein eine bejahende Antwort finden konnte.

Die Geschichte Preußens vom Tilsiter Frieden bis zum „Aufruf an mein Volk" wird stets ausgezeichnet bleiben durch ihren Reichtum an ringendem Leben. Nicht in vollem Einklang regten sich die Kräfte. Die Vertreter des Alten, die nur im strengen Beharren das Ziel der Zukunft sahen, stießen hart zusammen mit den Verfechtern unabweisbarer Neuerungen, die selbst wieder nicht immer die gleichen Wege gingen. Aber was nicht von roher Selbstsucht oder gemeinem Knechtssinn ergriffen war, das war doch einig in dem einen Glauben, daß nichts anderes als die Wiederaufrichtung des Staates Lebensziel und Daseinszweck sein könne. Das war die große Lehre, die der Druck der Fremdherrschaft auch den Schwärmern für die Revolutionsgedanken und den Bewunderern Napoleons zum lebendigsten Bewußtsein gebracht hatte. Ihr Idol tat selbst das Seine, sie fest einzuprägen.

Wie immer das Urteil über Friedrich Wilhelms III. Sinn und Geist lauten mag, den Ruhm darf man ihm nicht streitig machen, daß er in dem Schwall der Meinungen, die ihn umwogten, in den Hauptfragen und an den entscheidenden Wendepunkten das Rechte traf und den Staatswagen in eine fahrbare

Bahn lenkte. So konnten zunächst unter Steins, dann unter Hardenbergs Leitung die Reformen ins Werk gesetzt werden, die für Preußen der Ausgangspunkt bürgerlicher und bäuerlicher Selbständigkeit geworden sind. Das Heerwesen konnte auf eine neue, streng nationale Grundlage gestellt werden. Vor allem aber fand der König in diesen schweren Jahren in dem Labyrinth der auswärtigen Politik in persönlichem Entschlusse den rechten Weg. Es war richtig, wenn er sich den Patrioten widersetzte, die 1809 mit dem Auftreten Österreichs die Zeit gekommen wähnten zum Abwerfen des französischen Joches. Er traf wiederum das Richtige, als er sich weigerte, im Frühling 1812 als Vorhut Rußlands in den Kampf zu ziehen, und die Allianz mit Napoleon schloß, so demütigend sie für Preußen war. Es war richtig trotz der bitteren Verstimmung und Enttäuschung, die die Besten befiel; die Schwere der Kämpfe, die noch nach dem russischen „Gottesurteil" notwendig wurden, hat es bewiesen. Wir wissen jetzt aus der Weisung, die York als dem Führer des preußischen Hilfskorps gegeben wurde, daß Friedrich Wilhelm III. den Fall vorsah, der am Ende des Jahres mit der Konvention von Tauroggen eintrat.

Es sind diese Jahre auch die ersten gewesen, in denen der preußische Staat als solcher Fühlung gewann mit dem Besten, was deutschen Geist in dieser drangvollen Zeit bewegte. Fichte und Schleiermacher und der Kreis, der mit ihnen empfand, waren auch 1806 im Glauben an diesen Staat und an deutsches Wesen nicht wankend geworden. Aus den Gesinnungen, die hier lebten, sind in den Tagen ärmlichsten Notstandes die Universitäten von Berlin und Breslau geboren. Preußentum und Deutschtum verschmolzen miteinander. Noch 1807 hatten die ostpreußischen Stände nach der überlieferten Art Bedenken vorgebracht gegen die geplante allgemeine Landesverteidigung. Jetzt eilte die Provinz unter die Waffen, ehe noch der König sie rief, bereit, „wieder nach Hause zu gehen", wenn er es nicht billige. So vollzog sich die Erhebung von 1813, die nie besser

geschildert worden ist und nie besser geschildert werden kann als mit den Worten des russischen Soldatenvaters Kutusow: „Gott belohnt mich für die Einfalt meines Herzens, daß ich diese preußische Erhebung habe sehen können.“ Es war das Volk des kategorischen Imperativs, das zu den Waffen eilte, zu siegen oder zu sterben, der furchtbarste Gegner, der Napoleon bis jetzt gegenübergetreten war.

Bange Monate sollten vergehen, ehe man überzeugt sein konnte, daß man bestehen werde. Stark geschwächt war auch die russische Armee auf preußischen Boden übergetreten; ihre lichten Reihen füllten sich nur langsam durch Nachschub aus dem weiten Reiche. So fiel die Hauptlast auf Preußen. Es hat an Menschenaufgebot geleistet, was nie in Frankreich auch nur entfernt aufgebracht worden ist, über 5 Prozent der Bevölkerung allein an Feldtruppen. Aber Napoleons Macht war nicht gebrochen. Die eigentlichen Franzosen hatten von dem in Rußland verlorenen Heere nur einen geringen Bruchteil ausgemacht; so konnte der Kaiser auch jetzt noch mit vollem Erfolge auf das heimische Rekrutenmaterial zurückgreifen. Von den Vasallen wagte keiner die Heeresfolge zu verweigern; zu sehr waren die meisten an ihn geknüpft. Österreich blieb neutral und das deutsche Volk bis auf einige Friesen des Nordseestrandes ruhig. Nur wo man in erlesenen Kreisen vaterländischer Bildung nichts sein wollte als deutsch, griff man zu Schwert, Feder und Leier. So folgte auf Lützen und Bautzen der Rückzug nach Schlesien; man mußte der Übermacht weichen. Breslau war bedroht, und abermals konnte man zurückgedrängt werden über die Grenzen des Reiches. Napoleon hat nicht versucht, das zu erreichen. Nicht mehr als das bloße Schlachtfeld hatten ihm die beiden „Schlächtereien“ eingetragen. Taktisch und strategisch hatten die Gegner gelernt, und ihre verbissene, durch nichts zu erschütternde Tapferkeit war der seiner eigenen Krieger mindestens gewachsen. Einzelkämpfe nach Bautzen zeigten, daß ihr Mut ungebrochen war. So entschloß Napoleon sich zum Poischwitzer

Waffenstillstand, trotzdem er sich sagen mußte, daß die Ruhe den Gegnern unter allen Umständen mehr zugute kommen werde.

Diese Ruhe gab Raum für eine ausgiebige Verstärkung der Rüstungen, für Besserung der Organisation und Hebung der Kriegstüchtigkeit; sie führte Österreich an die Seite der Verbündeten. Metternich hatte sich nun doch überzeugt, daß nur hier Österreichs Platz sein könne, da Napoleon von einem Entgegenkommen, das diesen Namen verdiente, nichts wissen wollte. Man war jetzt dem Gegner an Zahl nicht nur gewachsen, sondern sogar um etwas überlegen. Durch die Einheit der Führung wurde das wohl mehr als ausgeglichen; trotzdem blieb der Sieg den Verbündeten. Von den Generalen Napoleons vermochten auch die bewährtesten, die er mehr als je zuvor mit den wichtigsten Entscheidungen betraute, keine Erfolge mehr zu erringen. Nach Großbeeren und der Katzbach, Dennewitz und Wartenburg vertauschte Napoleon seine Dresdener Stellung mit der Leipziger. Die Verbündeten schlossen sich eng um ihn zusammen.

Ehe noch die Entscheidung fiel, verließ ihn der mächtigste Rheinbundsfürst. Baiern traf zu Ried sein Sonderabkommen mit Österreich, sicherte sich durch Rückgabe der habsburgischen Erwerbungen den Rest seines Besitzes und ausgiebige Entschädigung. Schon vorher hatte Jérome aus Kassel weichen müssen. Die Leipziger Völkerschlacht entschied dann über Napoleons Weltmacht; sie ward in weniger Wochen in Trümmer gelegt, als es Jahre gekostet hatte, sie aufzurichten. Kein Rheinbundsfürst erhob auch nur noch einen Finger, seinen Protektor zu verteidigen. Ehe das Jahr zu Ende ging, waren seine entthronten Brüder mit ihm auf französischem Boden. Murat hatte sich in einem Sonderabkommen mit Österreich zum Kampfe gegen den Schwager verpflichtet. Die Niederlande hatten mit preußischer Hilfe ihre französischen Bedränger verjagt.

Trotzdem hätte Napoleon nicht nur den Thron, sondern auch ein erweitertes, ja ein immer noch übermächtiges Frank-

reich behaupten können. Er hätte Frieden haben können auf der Grundlage der Rheingrenze. Die Scheu, ihn im Sitze seiner Macht aufzusuchen, war nicht gering, und je näher man dieser letzten, entscheidenden Aufgabe trat, desto mehr zeigte sich unter den Verbündeten die Verschiedenheit der Ziele, denen die Einzelnen nachstrebten. Napoleon schmiedete sie durch hochfahrenden Starrsinn immer wieder zusammen. Seine Feldherrngabe feierte auch auf Frankreichs Boden, auf dem er nach Toulon nie mehr gekämpft hatte, noch Triumphe; aber sein Geschick konnte er nicht aufhalten. Der Kaiser der Franzosen ward Kaiser von Elba, und als er, der Verbannung entkommend, noch einmal die kriegerischen Instinkte des französischen Volkes gegen Europa entflammte, der Gefangene von St. Helena. Indem Wellington und Blücher ihm die endgültige Niederlage bereiteten, ward in der letzten Szene des gewaltigen Dramas noch einmal betont, an welchen Kräften die Knechtung Europas gescheitert war.

Das Urteil über Napoleon bewegt sich in den äußersten Widersprüchen; es wird nie ein einstimmiges sein, nicht einmal in der Gesamtauffassung. Die titanenhafte Größe des Mannes wird nie ihre Wirkung verlieren. Darüber aber kann ein Zweifel nicht bestehen, daß der Mensch in ihm völlig zurücktritt hinter dem Staatsmann und Krieger, daß er als solcher erfaßt und bewertet werden muß. Und da drängt sich nichts so sehr auf als die Geringfügigkeit des Dauernden, das er schuf, gegenüber den gigantischen Taten, die er vollbrachte, Taten, wie sie die kühnste Phantasie kaum gewaltiger auszudenken vermag, wie sie in zwei Jahrzehnte der Geschichte nie wieder zusammengedrängt wurden. Sein Versuch, das Reich Karls des Großen in erweitertem Umfange wieder aufzurichten, scheiterte vollständig. Es war ein Versuch gegen die Geschichte eines Jahrtausends. Nicht ein Dorf ist Frankreich von seinen Eroberungen übrig geblieben. Die zahlreichen neuen staatlichen Gebilde, die sein erfinderischer Geist in buntestem Wechsel schuf, haben nur

Dauer gehabt, soweit ihr Bestand schon vor ihm gesichert war. Seine Dynastie ist verschwunden bis auf einige Tropfen Bluts, die sie in regierenden Häusern zurückgelassen hat. Die europäischen Großmächte aber sind aus dem langen Ringen sämtlich gestärkt hervorgegangen: England und Rußland, Österreich und Preußen. Frankreich allein war geschwächt.

Und doch ist sein Auftreten von weltbewegender Bedeutung gewesen. Er hat den Boden geebnet für die Neugestaltung Europas, vor allem Mitteleuropas, Deutschlands und Italiens. Die deutsche Geschichte des 19. Jahrhunderts, die so mächtig eingewirkt hat auf die Entwickelung des Erdteils, ist nicht denkbar ohne Napoleon. Niemand vermag zu sagen, wie lange das heilige römische Reich mit seinem halbgeistlichen Charakter noch „als nützliches Staatensystem durch Eintracht zusammengehalten" hätte ohne sein Auftreten. Er war es, der durch seine Mißachtung und Mißhandlung der Nationalitäten das Volkstum wieder zum Bewußtsein brachte, es, auch wo es schon erloschen schien, antrieb, für seine Rechte einzutreten. Die Gedanken der Nationalität und des Konstitutionalismus, die das europäische Staatsleben des 19. Jahrhunderts beherrscht und den Siegeszug um die Erde angetreten haben, sind zu der Kraft, die sie bewiesen haben, erstarkt in dem Kampf, den er ihnen aufzwang. Er war unfähig zum Aufbauen, aber gewaltig, wie das Schicksal selbst, im Einreißen. Wenn je im Erdenleben, so paßt auf ihn das Wort von der Kraft, die stets das Böse will und stets das Gute schafft. Seine Erscheinung spottet jeder Systematisierung; jede Zweckfrage verstummt ihr gegenüber. Das unlösbare Rätsel der geschichtlichen Einzelerscheinung drängt sich überwältigend auf. Aber wenn auch nichts blieb von den Gebilden, die er schuf und an denen sein Herz hing, sein Wirken ist unauslöschlich eingegraben in die Tafeln der Geschichte. Ohne Napoleon ist die Gegenwart nicht denkbar. Eine höhere Macht wählt die Werkzeuge, deren sie sich bedienen will, die Geschicke der Menschheit zu lenken.

Viertes Buch.

Vom Sturze Napoleons bis zur Thronbesteigung Wilhelms I. (1815—1861).

Erstes Kapitel.

Das neue Europa bis zur Juli-Revolution.

Der Sturz Napoleons machte einen völligen Neubau der mitteleuropäischen Staatenwelt, die ja vor allem seine Hand gefühlt hatte, notwendig. Darüber waren alle, die gegen ihn im Felde gestanden hatten, einig. Auch darüber konnte in den irgendwie maßgebenden Kreisen keine Meinungsverschiedenheit herrschen, daß eine Rückkehr zu den früheren, durch die Revolution und Napoleon umgestoßenen Verhältnissen unmöglich sei. Sie hätte erfordert, daß bestehende und von den Siegern schon anerkannte Rechte mit Gewalt zurückgenommen worden wären. Niemand hätte einen derartigen Schritt für den verschwundenen geistlichen Besitz tun mögen; nur dem Papst konnte man den Kirchenstaat, der durch Napoleons Sturz herrenlos geworden war, leicht zurückgeben. Noch weniger vermochte eine Zeit, in der das monarchische Gefühl sich so siegesbewußt wieder aufrichtete, zu gewaltsamen Mitteln greifen, um die italienischen und deutschen Freistaaten wieder herzustellen. Sie blieben, mit Ausnahme Frankfurts und der drei Hansestädte, die unter der Gunst der Verhältnisse und durch geschickte Vertretung ihrer Sache die Selbständigkeit wiedererlangten, von der Landkarte verschwunden. Den republikanischen Charakter der Schweiz hatte auch Napoleon nicht angetastet. So gestaltete sich die Länderverteilung in Deutschland und Italien rein monarchisch, in ersterem auch rein weltlich. In Deutschland kehrten die vertriebenen Fürsten von Kassel, Braunschweig und Oldenburg in ihre zum Teil erweiterten Länder zurück; in Italien nahmen

die Bourbonen zu der Insel auch das festländische Sizilien wieder in Besitz, das Haus Savoyen von Sardinien her sein altes Gut, das durch Genua und das österreichische Land rechts vom Tessin vergrößert wurde. Aus der Reihe der Rheinbundfürsten verschwanden die Leyen und Isenburg, die Salm und Aremberg, im übrigen gingen sie, mit alleiniger Ausnahme des sächsischen Königreiches, wohl unter Besitzwechsel, doch so gut wie ungeschmälert in die neuen Verhältnisse hinüber. Die Klagen der Mediatisierten verhallten ungehört. In all dem handelte es sich für den Wiener Kongreß nicht um prinzipielle Fragen. Die Schwierigkeiten der Einigung lagen in der Einzelordnung und hier wesentlich in dem Widerstreit mit den Ansprüchen, welche die Großmächte stellten. Die Abgrenzung, mit der diese aus dem Kongreß hervorgegangen sind, ist bestimmend geworden für Europas Geschichte im 19. Jahrhundert und wirkt noch heute lebendig nach.

Schon die Frage der neuen französischen Grenze, die durch den zweiten Pariser Frieden endgültig entschieden wurde, hatte die Großmächte in verschiedenen Lagern gefunden. Was deutsch-patriotisch dachte — und keiner Regierung standen diese Tendenzen so nahe wie der preußischen —, forderte die Rückgabe des Elsasses und Lothringens, besonders soweit es Deutsch sprach. Sicher hätte sich die Loslösung damals leichter vollzogen als ein halbes Jahrhundert später. Aber weder England noch Rußland wünschten, Frankreichs Bestand von 1792 angetastet zu sehen; gegenüber dem empfindlichen französischen Volksbewußtsein wäre eine Schmälerung der alten Grenzen für die wiedereingesetzten Bourbonen, deren Regierung man aus mehr als einem Grunde festigen wollte, eine gefährliche Mitgift gewesen. Zu England und Rußland gesellte sich Österreich, das selbst nicht an den Oberrhein zurückkehren, doch aber auch Preußen nicht als Deckung Ober-Deutschlands gegen Frankreich vorgeschoben sehen wollte. Metternich fand es richtiger, die habs-

burgischen Stammlande völlig preiszugeben und die Monarchie um ihren östlichen Kern abzurunden. So erwarb Österreich mehr italienisches Besitztum, als es je zuvor besessen hatte, alles Land bis zum Po und Tessin, Venetien und die Lombardei. Habsburgische Sekundogenituren in Parma, Modena und Toskana schienen diese Stellung noch zu verstärken. Ziemlich ein Drittel aller Italiener und darunter die geistig und wirtschaftlich höchststehenden standen jetzt direkt oder indirekt unter Österreichs Scepter. Der Kaiserstaat richtete auch seine Wünsche auf die Donaufürstentümer. Ihre Erwerbung hätte die Donaumonarchie vollendet und Österreich zum Vormund des Balkans gemacht. Aber da stand Rußland im Wege. Der Gewinn war auch so, obgleich es in Polen bei den Grenzen von 1809 blieb, ein bedeutender. Dazu erfreute sich die habsburgische Monarchie jetzt einer Geschlossenheit der Lage, die frühere Jahrhunderte nicht gekannt hatten. Aber beide Vorteile vermochten die Tatsache nicht auszugleichen, daß Österreich seine alte Stellung als Vor- und Schutzmacht Ober-Deutschlands gegen Eroberungsgelüste des westlichen Nachbarn aufgab. Diese Wendung ist für seine späteren Geschicke entscheidend geworden. Metternich war es, der sie herbeiführte.

Indem Österreich so — man kann wohl sagen, ohne sich der Tragweite seiner Entschließungen bewußt zu werden — sich von Deutschland abwandte, wollte es doch nicht zugestehen, daß Preußen an seine Stelle trat. Die durchschlagenden Kriegsleistungen dieses Staates berechtigten seine Leiter zu gesteigerten Erwartungen beim Friedensschlusse. Auch konnte man in vaterländischen Kreisen nur von einer Verstärkung Preußens eine festere Sicherung gegen Frankreich erwarten. Sie mußte auf deutschem Boden erfolgen und war, wie die Dinge lagen, nur hier zu erlangen. Denn seinen früheren polnischen Besitz hatte Preußen schon in den Kalischer Verhandlungen im Februar 1813 Rußland überlassen, nur so viel sich vorbehalten, als unentbehrlich sei für die Verbindung zwischen Ostpreußen und Schlesien. Es gab damit

zwei Drittel seiner polnischen Erwerbungen preis und dazu die reicheren Lande. Als Entschädigung hatte man in Preußen besonders die Einverleibung Sachsens ins Auge gefaßt, dessen König mit sträflicher Hartnäckigkeit am französischen Kaiser festgehalten hatte. Man stieß aber auf so allgemeinen deutschen und europäischen Widerstand, daß man sich mit der Teilung des Landes zufrieden geben mußte, ein Ausgang, welcher der Entwickelung Deutschlands in einheitlichem Sinne Schwierigkeiten bereitet hat, auf den man heute aber doch nur befriedigt zurücksehen kann.

Gegenüber den Ansprüchen der Rheinbundsstaaten, die zum Teil schon vor dem Kongreß vertragsmäßig festgelegt waren, dem Verlangen Englands nach Vergrößerung Hannovers und den Forderungen des neu errichteten und besonders von England begünstigten Gesamt-Königreichs der Niederlande blieb für weitere Entschädigungen Preußens nicht allzuviel Raum. Es erhielt in der Hauptsache, allerdings mit der schmerzlichen Einbuße Ostfrieslands, zurück, was es 1807 verloren hatte, erwarb dazu Schwedisch-Vorpommern und umfassenden neuen Besitz am Rhein und in Westfalen. Sein altes geldernsches Eigentum und damit die Maas vermochte es aber gegenüber dem Einspruche des neubegründeten und von England eifrig unterstützten Königreichs der Niederlande nicht wiederzugewinnen, und Ansbach und Baireuth blieben bairisch. Preußen nach Wien war um fast 70 000 Quadratkilometer kleiner als Preußen vor Tilsit, und größer noch als früher war der Abstand zwischen den äußersten Enden seines Besitztums. Die Aufrechterhaltung seiner Großmachtstellung war nicht erleichtert, und nicht mit Unrecht konnte gesagt werden, daß diese Gestaltung den Ehrgeiz zur Lebensluft des Staates mache. Aber er war noch mehr als bisher mit den deutschen Dingen unauflöslich verknüpft, nach König Ludwigs barockem und doch wahrem Wort, „der Blitz, der durch Deutschland fährt". Die Gedanken an ein Abrunden und Abschließen im Osten mußten nun für immer dahinten bleiben.

Mit seiner zukunftsreichsten Provinz lag es unmittelbar vor dem Erbfeinde; es verteidigte sich selbst, wenn es Deutschland verteidigte. Bislang war Deutschlands Macht des Kaisers d. h. Österreichs Macht gewesen, nach den Vorstellungen daheim und in der Fremde. Jetzt trat Preußen an seine Stelle; dorthin richtete sich zunächst der Blick, wenn Gefahr zu drohen schien.

Für Rußland war das Ergebnis des Kampfes gegen Napoleon die Erwerbung Polens. Es trat hier an die Stelle der preußischen und österreichischen Macht. Abgesehen von der südlichen größeren Hälfte der jetzigen Provinz Posen und den alten deutschen Städten Danzig und Thorn blieb beiden Staaten nur, was sie schon 1772 erworben hatten. Aus dem Großherzogtum Warschau ward ein Königreich Polen, dessen Krone sich der Zar aufs Haupt setzte. Er hegte Hoffnungen — und polnische Freunde nährten sie eifrig —, so die Sympathie der Polen zu gewinnen. Ein Königreich Polen, in dem seine Untertanen sich zufrieden fühlten, konnte nicht verfehlen, auch auf die Außenstehenden Anziehungskraft zu üben. Hatte diese Form der Verbindung Bestand, so konnte die Wiederaufrichtung eines polnischen Staates von den Karpathen bis zur Ostsee mit russischer Hilfe nur eine Frage der Zeit sein.

Es waren glänzende Aussichten für Alexander. Nicht leicht hat ein Zar sich so im Vollbesitz von Ruhm und Macht fühlen können, wie er nach den zwei siegreichen Einzügen in Paris und nach den kaum weniger erfolgreichen Tagen des Wiener Kongresses. Seine glänzende Persönlichkeit stand im Mittelpunkt des europäischen öffentlichen Interesses. Nur er konnte versuchen, den Erdteil zusammenzuschnüren mit dem wunderlichen Band, das sich unter dem Namen der heiligen Allianz in die Geschichte eingeführt hat. Daß der Ernst der Ereignisse, die über die Völker dahingebraust waren und kaum irgend einen Teil Europas unerschüttert gelassen hatten, bei Hoch und Nieder das Bedürfnis weckte, aus der vielfach seichten und

oberflächlichen Betrachtungsweise der Aufklärung und des Rationalismus wieder zu einer tieferen Lebensauffassung zu gelangen, war mehr als verständlich, verständlich auch, daß das nur geschehen konnte in der Form einer gesteigerten Religiosität. Wie sollte Gottes Hand erkennbar werden, wenn nicht in solchen Geschehnissen! Aber nun zeitigten verantwortungslose Einflüsse im Zaren den wunderlichen Gedanken, Gott selbst gleichsam zum unmittelbaren Leiter des Völkerlebens einzusetzen und allem politischen Tun und Lassen den Stempel der Vorsehung und christlicher Frömmigkeit aufzudrücken. Die Pariser Erklärung der verbündeten festländischen Großmächte vom 26. September 1815 verkündete es der Welt.

Die formellen Beitrittserklärungen der Fürsten (nur Englands Prinzregent fehlte unter ihnen) haben weitergreifende Bedeutung nicht gewonnen; aber der Geist, dem das Ganze entsprungen war, blieb doch in ihrer Politik lebendig. Es war der der unbedingten Wahrung des Bestehenden, und zwar nicht nur der äußeren Gestaltung des europäischen Staatensystems, wie sie soeben vereinbart worden war, sondern auch der inneren Verhältnisse der einzelnen Staaten. Auch hier wollte man in dem Bestehenden die von Gott aufgerichtete Ordnung anerkannt und im christlichen Glauben die Pflicht untertänigen Gehorsams gegen die gegebene Obrigkeit beschlossen sehen. Es war eine nicht nur konservative, sondern reaktionäre Richtung, die in den Kabinetten zur Herrschaft kam, und die ihre festeste Stütze zu finden glaubte im Bunde von Thron und Altar! Metternich aber ward bald der Führer dieser Richtung, soweit sie in der großen Politik in Aktion trat, zugleich durch die Gewandtheit seiner Persönlichkeit und auf Grund der Lage seines Staates. Am allerwenigsten konnte Österreich den nationalen wie den konstitutionellen Gedanken ertragen. So ward das Haus Habsburg der „Hort der konservativen Interessen" und sein leitender Minister der Vorkämpfer der Reaktion.

Das ging alle Länder Europas an, die durch die napo-

leonischen Kämpfe mit den Gedanken der Revolution nähere Fühlung gewonnen hatten, am meisten doch Deutschland und Italien.

Der monarchische Sinn der Deutschen, das geschichtliche Ergebnis einer langen Reihe von Jahrhunderten, hatte sie bei Napoleon festgehalten, solange es ihren Fürsten gefiel, ihm zu folgen. Als diese sich abwandten, war dann doch aus dem preußischen Befreiungskriege ein deutscher geworden. Das letzte halbe Jahrhundert hatte dem deutschen Volke einen überreichen Schatz unvergleichlicher Geisteswerke geschenkt, hatte es befreit von französischer Bevormundung seines literarischen Lebens. Die Leidensjahre hatten gelehrt, daß die neue Bildung nicht gesichert sei unter fremdstaatlichem Drucke, daß sie nicht dauern, sich nicht entfalten könne in einem Volke, das nicht Herr sei über seinen angestammten Boden. Niemand, der deutsches Geistesleben bewahren wollte, konnte es noch leicht nehmen mit seinem Volkstum. Nicht nur die Sänger und Propheten des kämpfenden Deutschtums, die Körner und Arndt, die Rückert und Schenkendorf, sondern auch die Jünger der Romantik mit ihrer Einkehr in die Vorzeit, die Schlegel und Tieck, die Novalis, Arnim und Brentano, wurzelten in vaterländischer Gesinnung und nährten vaterländisches Empfinden. Von den verschiedensten Seiten her suchte man einzudringen in Ruhm und Glanz der Vorzeit, in den unendlichen Reichtum deutscher Vergangenheit, von dem uns in Schrift und Bild, in Bauten und Kunstwerken und in lebendiger Sage so zahlreiche und so herrliche Zeugnisse erhalten sind. Es ist die Werdezeit der deutschen Altertumswissenschaft im weitesten Sinne, der Grimm, Eichhorn, Boisserée, der Bopp, Diez, Savigny.

Und diesem sich wieder belebenden deutschen Denken und Fühlen hatten Schmach und Not der Fremdherrschaft auch die Bedeutung nationalen staatlichen Lebens wieder näher gebracht. Sollte das untergegangene Reich auf ewig verschwunden sein? Kaum irgendwo hat man gewagt, die Frage offen mit Nein zu beantworten. Und doch hat die allgemeine Bejahung kein anderes Ergebnis gezei-

tigt als den Deutschen Bund. Wie wenig die Nation reif war, selbst die Form ihrer künftigen staatlichen Einheit zu bestimmen, zeigt wohl am deutlichsten der Wandel der Anschauungen, den ihr deutschester und alles in allem auch ihr begabtester Staatsmann, der Freiherr vom Stein, in den zwei Jahren, in denen die Frage ernstlich zur Diskussion stand, in sich durchlebte. So war sie in der Hand der Kabinette. Der Gegensatz zwischen den beiden Großmächten, die Abneigung der meisten Mittel- und Kleinstaaten, Opfer zu bringen an ihrer Souveränität, das entgegenstehende Interesse Österreichs, wie Metternich und Kaiser Franz es erfaßten, konnten ihre hemmende Kraft zur vollen Entfaltung bringen. Eine Wiederherstellung des alten Reiches war unmöglich; die staatlichen Bildungen, auf denen des Reiches Einfluß beruht hatte, waren verschwunden. Jetzt mochte der Bund ein möglichst loser sein, ohne eigene Kraft; dann konnte Österreich immer noch hoffen, ihn zu leiten durch die Mittel der Diplomatie. So mußte sich das Verlangen des deutschen Volkes nach einem deutschen Staate zufrieden geben mit dem Deutschen Bunde. Das zahlreichste und gebildetste Volk Europas erhielt keinen Staat.

Es blieb aber nicht bei der Enttäuschung in der nationalen Frage. Es ist nicht richtig, so oft es auch wiederholt worden ist, daß die Preußen sich im Befreiungskriege für eine Verfassung schlugen. Was Bismarck darüber 1847 in seiner Jungfernrede im Vereinigten Landtage bemerkte, entspricht völlig den Hergängen. Aber als durch den freudigen Kampfeseifer des gesamten Volkes die Fremdherrschaft gebrochen war, mußte auch in weiteren und besonders in den gebildeten Kreisen der Wunsch nach einer Verfassung an Kraft gewinnen. Trotz seiner Konstitution hatte Frankreich einen Napoleon ertragen müssen. Sie hatte nie etwas neben ihm bedeutet, aber er hatte doch nicht gewagt, sie völlig zu beseitigen. Die Restauration suchte man durch die Gewährung einer neuen Charte, die bald eine gesteigerte Bedeutung gewann, zu befestigen. Sollten die Sieger schlechter sein als die Besiegten? In den Jahren der Reform

hatte die preußische Regierung selbst sich mit der Vorbereitung einer Verfassung angelegentlich beschäftigt; der König hatte am 22. Mai 1815, als man zum zweitenmal gegen Napoleon zu Felde zog, die Berufung einer aus den Provinzialständen zu wählenden Gesamtvertretung in bestimmte Aussicht gestellt.

In anderen deutschen Staaten bestanden ähnliche Strömungen und Hoffnungen, am stärksten im Süden und Westen, wo in den größeren Rheinbundstaaten Willkürherrschaft nach napoleonischem Muster in den Jahren der Neubildung breiten Raum gewonnen hatte. In Württemberg, wo die alten ständischen Einrichtungen auf breiterem Volksgrunde ruhten als anderwärts, versteifte man sich nach König Friedrichs Tode, in scharfem Widerstande gegen den Sohn und Nachfolger Wilhelm, auf ihre Beibehaltung und Wiederbelebung. Dazu kam, daß die Errungenschaften der Revolution: die bürgerliche Gleichstellung vor dem Gesetz, die Aufhebung der Adelsvorrechte, die Beseitigung aller Feudallasten und volle Religionsfreiheit, die Frankreich auch unter Napoleons Regiment ungeschmälert bewahrt hatte, kaum in irgend einem deutschen Staate zu voller Geltung gelangt waren, daß die wirtschaftliche und die Verkehrsgesetzgebung zugleich durch die Vielstaaterei und durch ungenügende Berücksichtigung der nächstbeteiligten Kreise litt. Es war ein berechtigter und erklärlicher Wunsch, in all dem nicht zurückzustehen hinter dem Nachbarlande, und soweit man überhaupt politisch dachte, war man überwiegend der Meinung, daß das nur zu erreichen sei durch konstitutionelles Staatsleben. Die Zeit des aufgeklärten Despotismus war vorüber trotz der Verdienste, die er sich in einigen Rheinbundsstaaten noch hatte erwerben können. Dazu legte Artikel 13 der Bundesverfassung ja ausdrücklich fest, daß „in allen Bundesstaaten eine landständische Verfassung stattfinden werde".

Es ist für Deutschlands weitere Entwickelung von einschneidender Bedeutung geworden, daß nach dem vereinzelten Vortritt Waldecks und Weimars die drei süddeutschen Staaten in den Jahren 1818 und 1819 in rascher Folge auf dem neuen Wege vorangingen.

Mochten dabei Motive mitspielen, die mit Liberalismus wenig genug zu tun hatten, so hinderte das nicht, daß diese Staaten durch die Anziehungskraft, die selbst ihr bescheidenes Verfassungsleben übte, mehr und mehr zu dem Ansehen gelangten, Vertreter deutschenwürdiger Freiheit zu sein. In Preußen ward durch mehrere Jahre die Verfassungsfrage das Streitobjekt der Parteien, die um den Einfluß auf den König rangen. Als Metternichs Richtung unter gewandter Ausnutzung der kaum weniger bedeutungslosen als unbesonnenen Ausschreitungen der Universitätsjugend den Sieg davontrug, war es um Preußens Führung in Deutschland auf der Bahn volkstümlicher und freiheitlicher Entwickelung geschehen. Es begann die Zeit, in der Preußen in den Ruf des Staates der Reaktion kam, bald mehr gehaßt und gefürchtet als Österreich, weil man anderes von ihm erwartet hatte, und weil seine engere Verknüpfung mit Deutschland und seine straffere Verwaltung seine Gegnerschaft zugleich beklagenswerter und fühlbarer machten. Metternich aber konnte unter Preußens Gefolgschaft den Bund zu einem Werkzeug seiner Auffassung machen, ihm die Kraft, die er zur Förderung deutschen Lebens nicht fand, zu dessen gewaltsamer Hemmung einflößen. Im Polizeigeist der Karlsbader Beschlüsse versuchte man zu ersticken, was bemüht war, Deutschlands öffentliches Leben in der Richtung zu entwickeln, wie sie der Zeitgeist unweigerlich forderte. So folgte auf Deutschlands „Völkerfrühling" der „Nachtfrost gestrenger Maiherren".

Wenn Metternich so in der deutschen Politik das „jakobinische" Preußen an seinen Wagen zu fesseln vermochte, so konnte ihm auch in anderen Ländern der Erfolg nicht fehlen. Tief zerrüttet war, trotz des Sieges, Spanien aus seinem Verzweiflungskampfe mit Napoleon hervorgegangen. Die Nichtswürdigkeit Ferdinands VII., dessen Rückkehr das Land als Preis aus seinem Ringen davontrug, machte ruhige Heilung der empfangenen Wunden unmöglich. Den Grundton hatte beim Kampf um die Freiheit neben nationaler klerikale Gesinnung gegeben. Aber im Lande Arandas hatten auch Auf-

klärungsideen eine Stätte gefunden. Die Oberleitung der Erhebung, soweit eine solche in Wirksamkeit treten konnte, war zunächst in den Händen einer Zentraljunta, dann der von ihr zusammenberufenen Cortes gewesen. Im März 1812 hatten diese Cortes Spanien eine liberale Verfassung gegeben. Sie zu vernichten, war eine der ersten Regierungshandlungen des neuen Königs. Er sollte die nationale Aufgabe der Behauptung der Kolonien lösen; er kam aus widerwärtigster Mißwirtschaft nicht heraus. So fand der Militäraufstand, der Anfang 1820 ausbrach, bald in weiten bürgerlichen Kreisen Unterstützung; der König sah sich zur Anerkennung der Verfassung gezwungen. In Portugal, dem Lande Pombals, ward die Erhebung nachgeahmt und zeitigte ähnliche Ergebnisse, aber naturgemäß in beiden Ländern nicht ohne Gegenströmung, da die Kirche sich bald veranlaßt fand, den Neuerungen ihre ganze Macht entgegenzustemmen. Diese inneren Zwistigkeiten boten dem Auslande eine bequeme Handhabe für Einmischung.

Auch auf der Apenninen-Halbinsel äußerte der spanische Aufstand seine Wirkung. Im Heimatlande des Weltbezwingers hatte schon der Name seiner Schöpfung „Königreich Italien" belebend auf den im Geiste des 18. Jahrhunderts erwachten nationalen Gedanken gewirkt. Es ist die Zeit, wo auf Alfieri Manzoni und Leopardi folgten. Die Persönlichkeit des Vizekönigs Eugen Beauharnais hatte dazu beigetragen, daß zwischen Alpen und Apenninen, so weit sein Regiment reichte, so starke Sympathien für die neuen Verhältnisse sich entwickelten, wie sie sonst in dem weiten Eroberungsgebiete Napoleons nicht nachzuweisen sind. Hier allein harrte man 1814 bis zum Sturze mit ihm aus. Die Neuordnung knickte außer den nationalen auch die konstitutionellen Keime und Hoffnungen. In Sardinien und Neapel ergingen sich die heimgekehrten Herrscher in wunderlichen Bemühungen, alles wieder auf den alten Fuß und das ausgeprägteste Selbstregiment zur Geltung zu bringen. Soweit Österreich direkt oder indirekt herrschte, konnte selbstverständlich von einer Teilnahme der Untertanen am öffentlichen Leben nicht die Rede sein.

So fand das spanische Beispiel zunächst in Neapel Nachahmung, später auch in Piemont; Mittel-Italien harrte nur des Anstoßes von außen her. Überall waren, was für deutsche Verhältnisse undenkbar gewesen wäre und geblieben ist, Offiziere Urheber und Leiter der Erhebungen. Ihre Stütze suchten und fanden sie, wie auch vielfach die Gegner, in den in Italien weit verbreiteten Geheimbünden. Die Apenninen-Halbinsel, und besonders ihre südliche Hälfte, ist in Europa das Land gewohnheits- und berufsmäßiger Verschwörung geblieben. Nationale und liberale Begehren vereinigten sich in den Bestrebungen der Aufständischen.

Metternich hat es verstanden, die vereinigten Festlandsmächte gegen sie ins Feld zu führen. Wie er 1818 schon in Aachen gegen die deutsche Bewegung geschürt hatte, so beherrschte sein Einfluß die Kongresse von Troppau, Laibach und Verona 1820—22. Österreichische Truppen stellten 1821 in Italien die alten Ordnungen wieder her; es ist der Höhepunkt des kaiserstaatlichen Einflusses auf die Halbinsel. In Verona ließ sich Frankreich herbei, das gleiche Mandat für Spanien zu übernehmen. Auf einem bewaffneten Spaziergang gelang 1823 Ludwig XVIII., woran Napoleon gescheitert war, weil man jetzt die Kirche für sich hatte. Volle vier Jahre duldete die Nation die Fremden auf ihrem Boden, ihre volle Unterwerfung unter ihren König zu vollenden. Als Ferdinand VII. sich 1829 zum vierten Male verheiratete und im Jahre darauf Isabella geboren wurde, war die Lage gegeben, die über das unglückliche Land die schweren Wirren der Karlistenkriege bringen sollte.

Während so in den alten Kulturländern Mittel- und Südeuropas die Ideen der heiligen Allianz ihre metternichsche Vollziehung fanden, loderte im halborientalischen Südosten ein Brand empor, der sich durch solche Schutzwehren nicht eindämmen ließ. Unter der Rajah des türkischen Reiches hatten die Griechen seit Jahrhunderten durch Intelligenz und Betriebsamkeit an der Spitze gestanden. Sie waren die Träger des Verkehrs in den Städten und zählten reiche Vertreter ihres Volkes nicht nur in den Mittelmeerhäfen und

den russischen Handelsplätzen, sondern selbst in London und Liverpool. Die Sprache der orientalischen Kirche war die ihre. Stets war die Bevölkerung der hellenischen Inselwelt seetüchtig geblieben. In den letzten Jahrzehnten hatte die Gunst der neutralen Stellung ihre Schiffahrt — ähnlich wie am entgegengesetzten Ende Europas die norwegische — mächtig gefördert, und damit auch ihren Wohlstand und ihren Unabhängigkeitssinn. Auf dem Festlande war dieser nicht nur im Peleponnes, sondern auch im westlichen Hellas und in Epirus bei mehreren Stämmen nie völlig erloschen. Die jüngste Vergangenheit hatte die Fanarioten-Familie der Hypsilanti durch zwei Generationen in der Hospodarenwürde der Walachei gesehen; ihre beiden ältesten lebenden Vertreter Alexander und Demetrius gehörten dem russischen Heere an. Der Korfiote Kapodistrias war russischer Staatssekretär und der einflußreichste Ratgeber Alexanders.

Zugleich in den Donaufürstentümern und in Morea, wo die Russen schon fünfzig Jahre früher tapfere Parteigänger gefunden hatten, begannen im März 1821 die Versuche, die türkische Herrschaft abzuschütteln. Sie wurden im Norden in den ersten Anfängen erstickt; das Griechentum hatte hier keine tieferen Wurzeln. In seinem alten Stammlande aber behauptete es sich trotz der erdrückenden Übermacht des Herrenvolkes. Es ist später mit großem Aufwande von Gelehrsamkeit der Nachweis versucht worden, daß es sich gar nicht um Nachkommen der Hellenen handele. Wer möchte behaupten, die ethnographischen Wurzeln der Bevölkerung der Balkan-Halbinsel sicher bloßlegen zu können! Im Gebiet des Aufstandes war und ist neben der griechischen die albanesische Sprache heimisch. Aber jene war es doch, die der Bewohnerschaft das Gepräge gab, und sie allein konnte zu höherer Gesittung hinaufführen. So hatte der Philhellenismus, der die Kulturvölker ohne Unterschied der Nationalität ergriff, seine Berechtigung, mochte auch mancher neugriechische Zug dauernde Sympathien erschweren. An heldenhafter Tapferkeit taten es mehrere der Kämpfenden den Besten gleich, die man unter den Alten rühmt.

Europa entschloß sich einzugreifen, als Griechenland trotz allem der Macht des von der Pforte herbeigerufenen Ibrahim Pascha von Ägypten zu erliegen drohte. Bei Navarino, dem alten Pylos, ward 1827 die türkisch-ägyptische Flotte vernichtet; im nächsten Jahre sandte Kaiser Nikolaus ein russisches Heer über den Pruth. Es war eine weite Bresche in Metternichs Politik. Er war auch hier der eifrige Verfechter des Bestehenden gewesen; nicht ohne Grund scheute Österreich das Aufrollen der Balkanfrage. Nun entstand doch ein selbständiger neuer Staat auf Kosten der Türkei, und Rußland, das im Frieden von Adrianopel noch eine Erweiterung seiner transkaukasischen Besitzungen durch das wichtige Kars erlangte, stand Pate bei seiner Geburt. Es war ein Wendepunkt in der politischen Lage der alten Welt.

Nicht ohne heftige Zuckungen hatte Frankreich den aus der Verbannung heimkehrenden Ludwig XVIII. Besitz ergreifen lassen von dem Throne, den sein Bruder mit dem Schafott hatte vertauschen müssen. Es fehlte unter den adligen und kirchlichen Vertretern des Alten nicht an Männern — und in höchsten Kreisen waren sie besonders zahlreich —, die der blindesten Reaktion das Wort redeten. Die „hundert Tage" schienen ihrer Auffassung recht zu geben. Als ihnen die zweite Invasion folgte, fand die ruhebedürftige Stimmung des Landes ihren Ausdruck in der nun gewählten „unfindbaren Kammer". Sie war bereit zum entschiedensten Kriege gegen die Gedanken und die Ergebnisse der Revolution. Es kam zu umfassenden Verfolgungen, zu Verhaftungen nach Tausenden. Im „weißen Schrecken" des Südens erging sich noch einmal der alte Hugenottenhaß in greuelvollen Bluttaten. Man verstieg sich zu dem Gedanken der Rückforderung aller unter der Revolution eingezogenen adligen und kirchlichen Güter.

Der König und sein leitender Minister Richelieu mußten sich vergegenwärtigen, daß hinter dem engen Kreise der in der Kammer zu Wort Kommenden in der breiten Masse des Volkes noch andere Tendenzen lebendig waren; sie entschlossen sich im September 1816

zur Auflösung der Kammer. Es geschah im Einverständnis mit Wellington, dem Befehlshaber der Okkupationsarmee, und mit Kaiser Alexander und ward mit Zurückziehung von 30000 Mann der verbündeten Besatzungstruppen beantwortet. Aber die Regierung hatte damit die Bahn geöffnet für den parlamentarischen Kampf der Parteien. Die Neuwahl brachte 12 Independenten in die Kammer, drei Jahre später wurden es 55, darunter einer der meist kompromittierten „Königsmörder", Grégoire. Der Aachener Kongreß vom Oktober 1818 hatte die Aufhebung der Okkupation zugestanden unter der Bedingung einer konservativen Politik. Eine solche schien unvermeidlich, als der Herzog von Berry, der jüngere Sohn des Thronfolgers, des Grafen von Artois, im Februar 1820 das Opfer eines Meuchelmörders wurde. Frankreich ward der Gefolgsgenosse der Festlandsmächte, in Spanien ihr Mandatar.

Als 1824 mit Karl X. das Haupt der Reaktion selbst ans Ruder kam, verschärften sich die Gegensätze noch mehr. Die klerikalen, adligen und legitimistischen Ansprüche wurden immer entschiedener betont; die Opposition ward heftiger und umfassender. Die Kammerauflösung vom November 1827 brachte ihr eine erdrückende Majorität; das gleiche Ergebnis hatten die Wahlen vom Juni 1830. Ein Ministerium folgte dem andern. Polignacs plumper Versuch, den inneren Verlegenheiten durch Einmischung in die orientalische Politik abzuhelfen, war schon durch seine Form gerichtet. Als er am 25. Juli den König bewog, seine Zustimmung zu geben zur Auflösung der neu gewählten Kammer und zur Dekretierung eines neuen Wahlgesetzes, war das Schicksal der Bourbonen besiegelt. Sieben Tage später mußte Karl X. abdanken und in England Zuflucht suchen. Die Revolution war stärker als das angestammte Königtum. Mit legitimistischen Machtgeboten ließ Frankreich sich nicht mehr regieren.

Kaum je hat ein europäisches Land so sehr im Vordergrunde des allgemeinen Interesses gestanden wie Frankreich seit seiner großen Umwälzung. Es war die Wetterecke geworden, die Europas

Klima zu bestimmen schien. Die Ereignisse von 1814 und 1815 hatten das nicht geändert. Mit Spannung verfolgte man das Ringen der Parteien, deren Sieg oder Niederlage jedermann als bedeutungsvoll für die Geschicke Europas ansah. Frankreich war das einzige Land des Kontinents, in dem ein starkes konstitutionelles Leben pulsierte. In den Kreisen, die liberal dachten, wich die Erinnerung an die napoleonische Vergewaltigung langsam zurück vor den Sympathien mit dem Lande der Freiheit und Gleichheit. Für manchen ward Frankreich das Land der Hoffnung. Es konnte nicht fehlen, daß die Juli-Revolution Kabinette und Völker in Bewegung setzte weit mehr als einst der Bastillesturm und die Augustnacht. Doch hat sie die Ordnungen von 1815 nur in beschränktem Umfange zu erschüttern vermocht.

Es fehlte in Frankreich nicht an Vertretern der revolutionären Propaganda nach außen; ihre Ideen verschmolzen mit den Hoffnungen auf Wiederherstellung der „verstümmelten" Grenzen. Was in Europa absolutistisch dachte, mußte auf die Kunde von der erneuten Vergewaltigung des legitimen Königtums zur Intervention geneigt sein. Metternich hätte sie gern gesehen und noch lieber Kaiser Nikolaus; seine autokratische Gesinnung und Rußlands europäische Interessen ließen sie in gleicher Weise wünschenswert erscheinen. Andere Mächte hätten ja unter allen Umständen die Hauptlast zu tragen gehabt. Aber diese Wünsche und Pläne scheiterten an der ebenso festen wie besonnenen Haltung Preußens und an dem in England wieder ans Ruder gekommenen liberalen Regiment, das in einem konstitutionell regierten Frankreich eine erwünschte Stütze gegen das Übergewicht der absolutistischen Ostmächte sah. Diese Gruppierung hat dann während der Regierungszeit Louis Philipps auch große Bedeutung gewonnen.

Dem Gedanken der Propaganda hat der neue König der Franzosen seinen Arm nicht geliehen. Es fehlte ihm der Mut, seine wankende Krone großem Wagnis auszusetzen; es fehlte aber auch an Gelegenheiten, die verlockend zu solchem Beginnen eingeladen hätten. Weder in Deutschland noch in Italien war der Boden genügend

vorbereitet, als daß der Umsturz des Bestehenden aus eigenem Antriebe und eigener Kraft hätte ernstlich versucht oder gar durchgeführt werden können. Süddeutschland hatte seine Verfassungen. Im Norden ließ in den meisten Staaten, vor allem in Preußen selbst, gute Verwaltung peinliche Mißstände nicht aufkommen. Nur wo sich solche fühlbar machten, kam es in einigen Mittel- und Kleinstaaten zu offenen Erhebungen von unbedeutender, lokaler Art. Allein in Braunschweig und Kurhessen, wo unwürdige Regenten die Geduld ihrer Untertanen auf die härteste Probe gestellt hatten, endeten sie mit völligen Neuerungen. Herzog Karl mußte sein Land dem Bruder Wilhelm überlassen; dem Kurfürsten ward die freisinnigste Verfassung abgezwungen, die je ein deutscher Staat erlebt hat. Die Ruhe kehrte zurück, als der Willkür ein Ende gemacht war. Metternich mußte in diesen Fällen die Mißachtung seiner Grundsätze hinnehmen. In Italien konnte er mit leichter Mühe die zeitweise gestörte Ordnung wiederherstellen.

Tiefer griffen allerdings die Umwälzungen, die in Belgien und Polen der Juli-Revolution folgten.

Das Königreich der Niederlande war begründet worden vor allem in der Absicht, Frankreich an seiner Nordostgrenze einen widerstandsfähigen Staat entgegenzusetzen. Metternich hat das Land, in dessen Verwaltung er seine Laufbahn begonnen hatte, dem Kaiserstaate noch weniger zurückgewinnen mögen als die vorderösterreichischen Lande. So hatte England in der Verfolgung seiner Wünsche völlig freie Hand bekommen. Indem es den niederländischen Gesamtstaat durchsetzte, ward übersehen, daß diese Gebiete nie ein einheitliches Staatswesen gebildet hatten, daß ein solches noch nicht entsteht durch den gleichen Herren, den man über sich erträgt, und daß bei dem Versuche, sich gemeinsam fremder Bedrückung zu entziehen, die Provinzen alsbald in eine nördliche und südliche Hälfte zerfallen waren.

Ein Teil des Südens, der Bevölkerungszahl nach auch seine größere Hälfte, hatte mit dem Norden die gleiche niederdeutsche

Volkssprache bewahrt; aber eine Geschichte von drittehalb Jahrhunderten hatte Denkart und Interessen gerade dieses Teils der Bevölkerung vom Norden völlig gesondert. Er war der katholischen Lehre nicht nur treu geblieben, er hatte sich unter der Leitung der Geistlichkeit und ihrer Jesuiten-Hochburg Löwen an den strengsten Klerikalismus gewöhnt. Er war wirtschaftlich der natürliche Konkurrent des Nordens. Vor dem Aufstand gegen Spanien war er Träger der entwickeltsten Industrie und des blühendsten Handels in Europa gewesen, dann verödet und zu dürftigem Dasein hinabgesunken. Besonders als Erbe dieser Tätigkeit hatte der Norden wirtschaftlich den ganzen Erdteil überflügelt; mit gutem Grunde hatten die Niederlande die Scheldemündung fast zwei Jahrhunderte gesperrt und Antwerpen als toten Platz niedergehalten. Jetzt ward es wieder lebendig auf diesem Strome, und flandrische und brabantische Betriebsamkeit arbeitete sich wieder empor neben der niederländischen. Der Vorteil, den ein gesondertes Staatswesen bot, konnte ihr nicht entgehen, die Eröffnung der niederländischen Kolonien ihr höchstens im Laufe der Zeit einen Ersatz bieten. Dazu bäumte die wallonische Bevölkerung Belgiens sich auf gegen ein Regiment, das sie holländischem Wesen und holländischer Sprache, die damals auch noch die Vlamen als Amts- und Schriftsprache ablehnten, dienstbar zu machen suchte. Seele des Widerstandes aber ward und blieb die Geistlichkeit.

Sie war es, die sogleich 1815 die Annahme der holländischen Verfassung hinderte, der freisinnigsten, die der Kontinent damals aufzuweisen hatte. König Wilhelm entschloß sich, sie durch einen Willkürakt einzuführen. Fragen der geistlichen Gerichtsbarkeit, der Schule, des Klosterwesens brachten ihn bald in den heftigsten Konflikt mit der Kirche, in den auch der Papst so entschieden wie nur möglich gegen die Regierung eingriff. Es wiederholten sich die Erfahrungen, die Josef II. dreißig Jahre früher hatte machen müssen. Jetzt gab es unter dem Einfluß der von jeher so tief auf das Land einwirkenden französischen Kultur außer Klerikalen auch Gegner mit radikalsten, republikanischen Überzeugungen. Gegen-

über der hartnäckigen Beharrlichkeit des von seiner Sache überzeugten Königs flossen die beiden Ströme des Widerstandes in einen zusammen. Die Juli-Revolution entzündete den offenen Aufruhr; Brüssel begann, und das übrige Land folgte. Ein Versuch der Holländer, die Hauptstadt zurückzuerobern, schlug fehl. Zu spät willigten jetzt König und Generalstaaten in die vorgeschlagene Personal-Union. Die Trennung Belgiens und der „Niederlande“ blieb entschieden.

Es hat einige Jahre gedauert, bis sich Europa und der bisher führende Staat mit der neuen Lage abfanden. Frankreich konnte durch den Wandel nur gewinnen; England vergegenwärtigte sich, daß die Verbindung belgischer Industrie mit holländischer Schifffahrt auf die Dauer unbequem werden könne. Metternichs und besonders des Zaren Interventionswünsche aber fanden ein schwer zu übersteigendes Hindernis an Preußens Beharren bei dem Entschlusse der Nichteinmischung. Daß der neue Staat an der monarchischen Ordnung festhalten wollte, milderte die Stimmung. Ungern aber hatte Louis Philipp die Gelegenheit verpaßt, für seine junge Dynastie und sein Land einen Vorteil zu erlangen. Er versuchte, seinen zweiten Sohn, den Herzog von Nemours, auf den neuen Thron zu bringen und für Frankreich eine Gebietserweiterung herauszuschlagen. Marienburg und Philippeville waren schon vor der Revolution französisch gewesen und erst 1815 abgetrennt worden. Aber er mußte erleben, daß der Koburger Leopold seinem Hause den Rang ablief, und Palmerston, der als Leiter der englischen auswärtigen Politik hier seine Sporen verdiente, sich jeder „Abknabberei“ widersetzte. Doch war es wieder Frankreich, das im Einverständnis mit den Mächten gegen Ende 1832 den Holländern Antwerpen abzwang, das sie zu behaupten dachten.

Erst 1839 ist es zu einer festen, der gegenwärtigen Abgrenzung des neuen Staates gekommen. Der Deutsche Bund mußte dabei auf die Hälfte des ihm angehörenden Großherzogtums Luxemburg (die jetzige belgische Provinz Luxemburg) verzichten und sich durch ein besonders aus alten geldern-

schen Gebietsteilen gebildetes neues Herzogtum Limburg (jetzige niederländische Provinz dieses Namens) entschädigen lassen. Die Folgezeit, die im Gegensatz zum Wallonentum ein starkes vlamisches Volksbewußtsein erstehen sah, hat die Trennung der beiden Länder unter anderem Gesichtswinkel betrachten gelernt als ihre Urheber. Die katholische Kirche machte im „Musterlande" konstitutioneller Verfassungseinrichtungen die befriedigende Erfahrung, daß sie auch unter dieser Form staatlichen Lebens aufs beste gedeihen könne. Beide Länder aber haben sich auch getrennt wirtschaftlich glänzend entwickelt, nicht zuletzt im Zusammenhange mit dem überraschenden Aufblühen, das die hinter ihnen liegenden deutschen Lande erlebten. Überhaupt sind ja die Gebiete des alten lothringischen Zwischenreiches, die rheinischen Lande von Basel bis zum Meere, wieder wie in den Zeiten des mittelalterlichen deutschen Kaisertums die reichsten und belebtesten des europäischen Festlandes geworden.

Wenn Zar Nikolaus seinen Interventionswünschen zugunsten der Bestimmungen des Wiener Kongresses nichts folgen ließ, was einer Tat glich, so war dafür doch ganz besonders bestimmend die Aufgabe, die ihm im eigenen Herrschaftsgebiete gestellt wurde. Sein Königreich Polen versuchte die Wiederaufrichtung des polnischen Reiches.

Der Historiker, der den Blick auf das jetzige Galizien richtet, auf seine Stellung im österreichischen Staatswesen und auf seine Bedeutung für die Zukunft des Polentums, kann kaum umgehen, die Frage aufzuwerfen: Wie könnte das polnische Volk heute dastehen, wenn es seinerzeit in Kongreßpolen mit den Einrichtungen hätte zufrieden sein wollen, die Kaiser Alexanders Politik für gut befunden hatte, ihm zu gewähren? Sie waren darauf berechnet, Anziehungskraft auf die außerrussischen Volksgenossen zu üben, und hätten auf die Dauer nicht verfehlen können, diesen Zweck zu erfüllen, auch nicht, bei entsprechender Gebarung, sich weiter zu entwickeln. Denn gegenüber österreichischem und preußischem Widerstande konnte man auf den Wiener Kongreß verweisen, der für

jeden der drei Teile nationale Vertretung und nationale Einrichtungen versprach, und dessen Bestimmungen nun allein in Rußland durchgeführt waren.

Mit dem Erwerb des Großherzogtums Warschau war der Zar zum erstenmal Herr einer geschlossenen polnischen Bevölkerung geworden. So hatte es auch historisch einen guten Grund, wenn er es unternahm, sie nach Art der baltischen Provinzen oder des neu errichteten Großfürstentums Finland anders zu regieren, als die große Masse seiner angestammten oder durch ihr ursprüngliches Volkstum dem Reiche nahestehenden Untertanen. Er war in ungleich besserer Lage als der preußische Nachbar, der den Kongreßbestimmungen nicht nachkommen konnte, ohne die in seine polnischen Gebiete fast in gleicher Zahl eingestreuten Deutschen ernstlich zu gefährden. So sprach alles für Wert und Dauer der Einrichtungen, der das neue Königreich Polen sich unter dem Scepter des Zaren erfreute. Es war Schuld des Hochadels und der polnischen Intelligenz, daß sie ihren Zweck völlig verfehlten.

Eine Vertretung in zwei getrennten Häusern, ein polnisches Heer, polnische Finanzen und polnisches Zoll- und Steuerwesen, Organisation des gesamten Staatsdienstes unter ausschließlicher Verwendung von polnischen Beamten waren ebenso viele Bürgschaften der Erhaltung polnischen Volkstums, polnischen Rechts und polnischer Sprache. Die Leitung des Landes übertrug der Zar seinem Bruder Konstantin, der 1820 durch Vermählung mit der Gräfin Grudzynska seinen Anbefohlenen noch näher trat, und dessen Charakter weitere Bürgschaft bot. Wohl bewegten sich die parlamentarischen Kompetenzen in engen Grenzen, aber indem man sie besaß, genoß man doch einen Vorzug vor fast allen Bewohnern des weiten Ostens, und die Verwaltung war ernstlich bemüht, das Land wirtschaftlich zu heben. Trotzdem blieb die Stimmung, daß Polen in diesen Grenzen nicht bestehen könne, die herrschende in den maßgebenden Kreisen, und fand ihren Widerhall in einer weniger sachlichen als grundsätzlichen parlamentarischen Opposition. Man wollte in den östlichen, altrussischen und litauischen, Herr-

schaftsgebieten des alten Reiches außer dem Grundbesitz, den man ungestört behauptete, auch wieder das politische Regiment in den Händen haben. Die Opposition führte zu Machtgeboten des Zaren, beginnende Geheimbündelei zu russischer Spionage.

Als 1825 nach Alexanders Tode der jüngere Bruder Nikolaus an seine Stelle trat, verschärften sich die Gegensätze bald. Der neue Zar hatte beim Thronwechsel Militärrevolten erleben müssen, deren Ursprung aus den Ideen des westeuropäischen Liberalismus, dessen abgesagter Feind er war und geblieben ist, nicht zu verkennen war, und deren Verzweigungen auch nach Polen deuteten. Mit altrussischer Strenge griff Nikolaus durch, ohne Rücksicht auf Polens verbriefte Rechte. Man sah die Tätigkeit der Kammern gehindert, russische Militärgerichte und Polizei in Tätigkeit, russische Sprache in die Verwaltung eindringen. Nur bedingungslose Fügsamkeit hätte begütigen können; statt dessen reizten Verschwörungen und Demonstrationen. Die Juli-Revolution und der belgische Aufstand stellten vor die Entscheidung. Ließ man die russischen Truppen, die sich bereit machten in Westeuropa einzugreifen, Polen überschwemmen, so hatte eine Erhebung nicht allzuviel Aussicht auf Erfolg, ja das polnische Heer konnte leicht selbst in die Lage kommen, außer Landes als Vorhut der Reaktion kämpfen zu müssen. So entschloß man sich Ende November 1830 zum Losschlagen, säuberte Warschau leicht vom russischen Teil seiner Besatzung und dann auch das ganze Königreich von den Fremden.

In dem nun folgenden Kampfe hat das Land eine größere Widerstandskraft bewiesen als in den Tagen des Nationalhelden Kosziusko. Man konnte sich auf das organisierte Heer stützen, das 50 000 Mann zählte, also stärker war als Preußens Kriegsmacht in den Jahren seiner Erniedrigung. Ein erster Versuch der Russen im Februar und März 1831, Warschau wieder zu nehmen, endete mit einer verlustreichen Niederlage und dem Rückzug über den Bug. Man versuchte nicht ohne Erfolg, den Aufstand ostwärts in die altpolnischen Herrschaftsgebiete zu tragen. Sie wieder zu gewinnen, war doch das Hauptziel, und ihre Vereinigung mit dem Königreich

wurde auch offiziell vom Zaren gefordert. Aber da gab es keinen anderen Bescheid als das Verlangen bedingungsloser Unterwerfung.

Es zeigte sich bald, daß der Zar die Macht habe, sie zu erzwingen. Die erhoffte Hilfe vom Auslande blieb völlig aus. Im Oktober 1831 lag das Land trotz tapferer Gegenwehr zu den Füßen seines Herrschers. Uneinigkeit und Verrat, so oft den Polen verderblich, hatten auch diesmal ihre Sache schwer geschädigt. Die Ahndung war russisch. Deutschland, die Schweiz und Frankreich füllten sich mit polnischen Flüchtlingen. Sie haben sich fast überall als ein Element der Unruhe erwiesen; aber ihr Elend weckte Mitleid, und der Nimbus des Befreiungskampfes umstrahlte sie. Man vergaß, daß vor allem gekämpft worden war für die Rechte des Adels, daß die breite Masse des polnischen Bauernstandes überall außerhalb des preußischen Gebietes noch in demselben stumpfen Elend dahinlebte wie in den Tagen, da sie den Untergang des Reiches teilnahmlos über sich hatte ergehen lassen, daß die polnischen Freiheitskämpfer am wenigsten ein Recht hatten, sich als Streiter für Menschenwürde und Menschenrecht feiern zu lassen. Für Frankreich war es erklärlich, daß die Phrase, Polen werde nicht untergehen, durch Jahre aus der Thronrede nicht verschwand, und die Kammern entsprechend darauf erwiderten; aus alter Tradition sah Frankreich in Polen seinen natürlichen Bundesgenossen, und Zar Nikolaus weigerte sich beharrlich, Louis Philipp anzuerkennen. Aber für Deutschland bedeutete die Polenschwärmerei eine Unreife des politischen Urteils, die nur in der langen Entfremdung vom öffentlichen Leben ihre Erklärung finden kann.

Für Russisch-Polen hatte jetzt jede Sonder- und Vorrechtsstellung ein Ende; aus dem „Königreiche" ward ein General-Gouvernement, das unter besondere militärische Aufsicht gestellt wurde. Die umfassenden Güter-Konfiskationen haben besonders dem polnischen Grundbesitz in den litauischen und rotrussischen Gebieten einen schweren Schlag versetzt. Seitdem hat polnisches Wesen in diesen Gegenden kaum noch einen anderen Halt, als den es durch die römisch-katholische Kirche findet.

Zweites Kapitel.

England und Übersee.

Es war der von Napoleon selbst ins Feld geforderte Widerstand des Kontinents, dem er erlag. Unmöglich wäre es für England gewesen, ihn allein niederzuringen; es hätte erliegen müssen, wäre es Napoleons Wille gewesen, auf dem Festlande den Frieden zu wahren. Aber es hatte ausdauernder gekämpft als alle anderen Mächte. Es war nie auch nur einen Augenblick auf Frankreichs und Napoleons Seite gewesen; es hatte sich jedem Gegner, der auftrat, alsbald zugesellt, hatte hier mit Truppen, dort mit Geld helfend eingegriffen. Gewiß war das geschehen in unentwegter Vertretung der englischen Interessen. In dem unendlichen Wechsel der Hergänge hatte man sie nie auch nur einen Augenblick aus den Augen verloren; mehr als einmal hatte man sie auch engherzig oder unverständig geltend gemacht, Freunde und Bundesgenossen ohne Not gekränkt oder gar geschädigt. Das alles konnte doch nichts ändern an dem Gesamteindruck, den die drangvollen beiden Jahrzehnte bei den Zeitgenossen hinterließen, und den die Geschichte als richtig anzuerkennen hat, daß England der Vorkämpfer Europas und der eigentliche Sieger über Napoleon gewesen ist. Sein Ansehen unter den Völkern ist dadurch gewaltig gestiegen, und nicht geringer sind die Vorteile gewesen, die es seiner Entschlossenheit und seiner Tatkraft verdankte.

Allerdings war die Lage Englands, als der schwere Kampf beendet war, so wenig eine erfreuliche wie die des Kontinents. Alle Kräfte waren angestrengt für die Behauptung der Existenz. Die

Staatsschuld hatte die für die damalige Zeit ungeheuerliche Summe von 18 Milliarden Mark erreicht; sie war um zwei Milliarden Mark größer, als sie heute ist. Die Einkommensteuer war auf 10 Prozent gestiegen. Handels- und Schiffsverkehr sind selbst in den schwersten Zeiten der Kontinentalsperre nur wenig zurückgegangen; aber naturgemäß hatte die Ausfuhr gelitten. Überproduktion drückte die Löhne der Arbeiter, während die geltenden Bestimmungen über die Einfuhr von Getreide die Brotpreise in bestimmter Höhe hielten.

Das haben die Friedensjahre auch keineswegs bald bessern können. Die Kaufkraft des Kontinents kehrte nur langsam zurück; man hatte 1816 und 17 auf dem Festlande böse Mißernten zu überwinden. Das Angebot war nach wie vor groß, der Preis der Waren niedrig. 1820 blieb der Wert des englischen Gesamthandels zurück hinter dem von 1810. Auch die Handelsflotte nahm ab, anstatt sich zu mehren; erst 1835 hat sie wieder die Höhe von 1816 erreicht. Die durch den Krieg und die Kontinentalsperre vom Meere verscheuchten festländischen Seefahrer begannen sich wieder zu regen. So hat Großbritannien in seinen Industriebezirken im ersten Lustrum nach dem großen Kriege Notstände erlebt, wie sie die Folgezeit nicht mehr gesehen hat. Trotz des gesetzlichen Sinnes, der in England auch dem gemeinen Mann nicht fremd ist, ist es zu schweren Ausschreitungen gekommen. Die Habeas-Corpus-Akte hat zeitweise suspendiert werden müssen; nach der „Schlacht von Peterloo" ist man zu „Knebel-Bills" geschritten, die Ordnung aufrechtzuerhalten und Leben und Besitz der Bürger zu sichern.

Die Lage wurde erschwert durch die Unfähigkeit der Tory-Regierung. Lord Liverpool und Lord Castlereagh hatten ihren Staat in den Stürmen der großen Politik mit sicherer Hand geleitet; den inneren Fragen standen sie in der starr konservativen Gesinnung gegenüber, die sich auf den ganzen Erdteil gesenkt hatte. Hartnäckig wahrten sie die Interessen des adligen Großgrundbesitzes, der die Führung der Nation übernommen hatte und sich in seinen Verdiensten fühlte. Dazu kamen die geistige Umnachtung des Königs

und die Unfähigkeit und Würdelosigkeit des Prinzregenten, der 1820 als Georg IV. dem Vater folgte. Die widerwärtigen Hergänge seines Familienlebens sind weitere Flecken, die das Bild der englischen Geschichte dieser Jahre entstellen. Die Nation hat aber die Kraft gefunden, die Hemmnisse, die ihrer Entwickelung entgegenstanden, aus dem Wege zu räumen; sie hat sich den Aufgaben des Friedens wie denen des Krieges gewachsen gezeigt. Als Lord Castlereagh im August 1822 seinem Leben, wie der Dichter sagt, „um Britannien zu retten", ein Ende machte, trat Georg Canning an seine Stelle. Er löste, wie die Nation es längst wollte, die auswärtige Politik aus der Gefolgschaft der Festlandsmächte. Inneren Reformen widersetzte er sich. Aber sie waren nicht mehr hintanzuhalten. Man stand vor der Frage, zeitgemäßen Wandlungen Raum zu geben, oder aber Gewaltversuche heraufzubeschwören, wie sie das Festland erschüttert hatten und weiter erschüttern sollten.

Die erste Frage, die zur Lösung drängte, war die der Stellung der Katholiken. Sie war mit der irischen eng verknüpft und wurde brennend, als der Ire O'Connell sich 1828 ins Parlament wählen ließ. Wellington selbst, der bald nach Cannings Tode die Leitung des Tory-Ministeriums übernommen hatte, brachte die Emanzipations-Bill ein, die im April 1829 Gesetz wurde und den Katholiken das Parlament und die meisten Staatsämter öffnete. Den Irländern ist dadurch erst die Bahn frei geworden für den Kampf um die Besserung ihrer Lage. Die Frage der anglikanisch-irischen Staatskirche, der Verteilung des Landes, die Home-Rule-Frage und zahlreiche weniger wesentliche sind aufgeworfen und mit leidenschaftlicher Heftigkeit umstritten worden. Die Stimmung auf der grünen Insel hat sich mehr als einmal bis nahe zur offenen Auflehnung erhitzt. Noch heute kann man in Irland eine offene Wunde des Britischen Reiches sehen. Der Gesamtinhalt und Gesamteindruck der Entwickelung ist doch der, daß die wechselnden englischen Regierungen immer noch imstande gewesen sind, den richtigen Zeitpunkt zu finden, wo durch teilweises Entgegenkommen das

Äußerste abgewendet werden konnte, und daß Irland heute mit dem Britischen Reiche fester verknüpft ist als vor hundert oder zweihundert Jahren. Auch die Entfesselung der katholischen Kirche und die Aufrichtung einer neuen Episkopal-Verfassung, die diese Entfesselung zur Folge gehabt hat, sowie die sich regende Neigung hochkirchlicher Kreise, dem Katholizismus wieder näher zu treten, ja ganz zu ihm zurückzukehren, haben für das Reich nicht die verderblichen Folgen gehabt, die der altpopuläre No popery-Ruf als selbstverständlich voraussetzte.

Der Parlamentsreform haben die Tories zunächst den schärfsten Widerstand entgegengesetzt. Die mächtigste politische Körperschaft der Welt trat zusammen auf Grund eines Wahlrechts, das im Laufe der Jahrhunderte seine innere Berechtigung völlig eingebüßt hatte. Städte, in denen das Leben der Neuzeit voll pulsierte, waren unvertreten, während rotten boroughs mit gekauften Wählern über Parlamentssitze verfügten. In den berechtigten Städten selbst stand die Wahlbefugnis engen und engsten Kreisen zu, je nach der Zusammensetzung der altüberlieferten Korporationen, und ähnlich in den Grafschaften. Einzelne reiche Landbesitzer konnten über eine ganze Reihe von Parlamentssitzen verfügen.

Schon der ältere Pitt hatte die zwingende Notwendigkeit einer Reform erkannt. Die Frage war seitdem nie mehr zur Ruhe gekommen, nur durch die einfallenden Kriege zurückgedrängt worden. Nach Wiederherstellung des Friedens erreichte die Agitation bald eine ungewohnte Heftigkeit. Unter den mancherlei Reformforderungen, in denen die Gedanken der französischen Revolution englischem Wesen angepaßt erneut zur Geltung kamen, und die zum Teil die radikalsten Formen annahmen, stand die Parlamentsfrage im Mittelpunkt. Nicht ohne Einwirkung der Juli-Revolution trat im November 1830 das whiggistische Ministerium Grey an die Stelle von Wellingtons Tory-Regierung. John Russell brachte die erste Reformbill ein. Aber nur nach heftigstem Widerstande des Oberhauses, ~~das sein nolumus leges Angliae mutari entgegen-~~

hielt, und auch des selbst zum Whiggismus neigenden Wilhelms IV., der im Juni 1830 an die Stelle seines Bruders getreten war, konnte die Bill im Juni 1832 Gesetz werden.

Sie brachte eine gerechtere Verteilung des Wahlrechtes auf Städte und Grafschaften, erhöhte aber die Zahl der Wähler kaum aufs Doppelte, von 430 000 auf 800 000. An dem Maßstabe des allgemeinen Wahlrechts gemessen, blieben immer noch mehr als $^4/_5$ der Berechtigten ausgeschlossen. Aber die Neuordnung hat ein volles Menschenalter weiterem Drängen standgehalten. Erst als die Arbeiter-Organisationen eine Macht geworden waren und auf dem Kontinent das allgemeine Wahlrecht an Boden gewonnen hatte, wurde ein weiterer Schritt in der eingeschlagenen Richtung unabweisbar. Wieder nahm ein Whig-Kabinett — John Russell stand jetzt an der Spitze, neben ihm Gladstone — die Sache in die Hand; aber die Durchführung fiel diesmal dem nachfolgenden Tory-Ministerium Derby-Disraeli zu. Es vollendete sie durch das Gesetz vom 15. Juli 1867 in noch liberalerem Sinne als geplant war. Es war einer der Hauptschritte, die zur Umwandlung der alten „Tories" und „Whigs" in „Konservative" und „Liberale" führten. Das Wahlrecht der kleineren Städte ward durch diese neue Reform abermals beschränkt, vor allem aber der Census herabgesetzt. Die Zahl der Wahlberechtigten stieg von einer auf 2½ Millionen. In den Jahren 1884/85 hat dann Gladstone, um für seine irische Politik eine bessere Stütze zu gewinnen, eine noch weitere Ausdehnung des Wahlrechts durchgesetzt, die Zahl der Wähler abermals verdoppelt. Es ist nicht bis zur Einführung des allgemeinen Wahlrechts gekommen — sie würde die heutige Zahl der Wähler wohl noch um ein Drittel vermehren —, aber man ist ihm, zumal der englische Wähler schon mit dem vollendeten 21. Lebensjahre in sein Recht eintritt, doch ziemlich nahe gekommen.

Trotzdem haben Parteien, welche die Grundlage des Staates in Frage stellen möchten, Parteien, die sich verständnislos gezeigt hätten für die bedingungslose Notwendigkeit seiner äußeren Machtstellung, in das Parlament keinen Eingang gefunden. Die Reform von 1867

war für links wie rechts ein Sprung ins Dunkle. Obgleich sie vor allem ins Werk gesetzt worden war in Verfechtung der Ansprüche der Arbeiter, ist aus der ersten, auf der neuen Grundlage vollzogenen Wahl doch nicht ein einziger Angehöriger dieses Standes hervorgegangen. Erst die Wahl von 1906, die durch die Chamberlainsche Verquickung der Imperial- mit der Handels- und Zollpolitik ihr besonderes Gepräge erhielt, hat ihm eine stärkere Vertretung im Parlament verschafft, eine Vertretung, der doch die negierende Haltung der festländischen Sozialdemokratie gegenüber dem bestehenden Staatsleben durchaus fern liegt, und die deshalb nicht mit ihr zusammengeworfen werden darf.

So hat das englische Staatswesen sich fähig erwiesen, der immer weiter um sich greifenden Tendenz nach breitester Beteiligung aller Volkskreise am staatlichen Leben Raum zu gewähren, ohne doch in seinen Grundlagen wankend zu werden. Englands Weltinteressen sind naturgemäß nicht immer mit dem gleichen Nachdruck und der gleichen Geschicklichkeit vertreten worden; ein Parlament, dessen Majorität sich ihnen gegenüber verständnislos gezeigt hätte, hat Großbritannien aber nicht erlebt. Das Reich hat den Gedanken, die durch 1789 Weltfragen geworden waren, Heimatsrecht gewähren können ohne schwere Krisen und Erschütterungen, gleichsam die alten Formen mit neuem Geiste füllend.

Ein noch größerer und nicht weniger tief greifender Wandel vollzog sich im 19. Jahrhundert im englischen Wirtschaftsleben. Das England, das Napoleon widerstand, war trotz seiner überragenden Stellung in Handel, Schiffahrt und Industrie, in seiner Wirtschaftspolitik noch ein Staat von agrarischem Gepräge. Es lag schon in dem System der Schutzpolitik, unter dem Kaufmanns-, Seemanns- und Fabrikantenstand emporgekommen waren, daß auch der ländlichen Produktion ausgiebige Deckung gegen den Mitbewerb des Auslandes gewährt wurde. Die Notwendigkeit einer Änderung mußte sich aufdrängen, als die Industrie seit Watts Verwertung der Dampfkraft und Arkwrights Erfindung der Spinnmaschine einen

immer größeren Umfang gewann und Hand in Hand damit die Bevölkerung der Städte mit ungewohnter Raschheit zu steigen begann. Die Not der letzten Kriegs- und der folgenden Friedensjahre verstärkte die Überzeugung. Die Industrie war stark genug geworden, die Konkurrenz des Auslandes auch ohne Zollschutz siegreich zu bestehen; aber sie bedurfte freier Einfuhr der Rohprodukte und Lebensmittel. Auch konnte es dem fest begründeten Handelsstande nur erwünscht sein, wenn ausländische Schiffahrt als Konkurrent der einheimischen Reederei herangezogen wurde. So kam es schon 1825, als Huskisson an die Spitze des board of trade trat, zu einer Minderung der Zollsätze und Schiffahrtsabgaben.

Die folgenden Erfahrungen gaben der Agitation neue Kraft; sie konzentrierte sich bald auf die Aufhebung der Kornzölle. Nur bei einem einheimischen Preise von 80 Schilling für den Quarter Weizen, der landesüblichen Brotfrucht (er kommt einem Preise von 18 Mark für den Zentner gleich), konnte nach dem Gesetz von 1670 frei eingeführt werden; niedrigere Preise wurden durch bewegliche Zollsätze erhöht. Es war ein besonders niedriger Stand, als durch dieses Verfahren 1809 der Preis auf 74½ Schilling (16¾ Mark für den Zentner) reguliert wurde. Die Notstandsjahre 1837 und 38 haben im Zentrum der Industrie, in Manchester, der Anti-Corn-Law-League unter Cobdens Führung die Entstehung gegeben. Es war der Tory Robert Peel, der dem Freihandelsgedanken in der Regierung Bahn brach. Er war einer der entschiedensten Gegner der Parlamentsreform gewesen; bei dieser Neuerung ward er Führer. Seine Gesetzentwürfe nahmen ein allmähliches Schwinden der Kornzölle in Aussicht; vom 1. Februar 1849 ab sollte nur noch eine statistische Gebühr von einem Schilling bleiben. Auch andere Sätze des Zolltarifs sollten eine bedeutende Herabsetzung erfahren, Rohprodukte frei eingehen. Das allgemeine Notjahr 1845 beschleunigte Peels Erfolg; seine Vorschläge wurden am 16. Mai 1846 Gesetz. Da der Notstand anhielt (Irland erlebte seine entsetzlichsten Hungerjahre und verlor von 1846—51 fast 700 000 Ein-

wohner), verschwanden die Kornzölle schon vor dem festgesetzten Termin, „nach der Schlacht bei Waterloo die folgenreichste Tat des Jahrhunderts“. Mit dem Ende des Jahres 1849 fielen auch die Reste der Navigations-Akte, die durch die Gesetzgebung der letzten 25 Jahre schon stark durchlöchert war. Die Freihandelsidee hatte gesiegt.

Ihre leidenschaftlichen Wortführer haben sie wiederholt verquickt mit phantastischen internationalen Friedens- und Abrüstungsplänen; sie hat auch mehrfach die Form grob utilitaristischer Betrachtungsweise angenommen. Der common sense des englischen Volkes hat sie von diesen Irrungen und Übertreibungen zu säubern vermocht, ihren gesunden Kern auf seinen Leib zugeschnitten. Denn daß der Freihandel dem englischen Erwerbsleben einen mächtigen Aufschwung gegeben hat, kann heute nicht mehr bezweifelt werden. Es hatte vor den Mitbewerbern den Vorteil großer Kapitalkraft voraus, die Jahrhunderte emsigen und glücklichen Schaffens gesammelt hatten, dazu den Vorteil eines in den Betrieben fast erblich gewordenen größeren Geschicks und festerer Disziplin seiner Arbeiter. Es genoß die Gunst der reichen Naturschätze und der Lage des Landes und fügte dem allen nun noch den billigen Bezug der Rohprodukte und Lebensmittel hinzu. Von allen Industrieländern Europas kann England heute seinen Arbeitern das billigste Brot und das billigste Fleisch bieten. So hat denn die Frage der Rückkehr zur Schutzzollpolitik, wie sie in den letzten Jahrzehnten infolge der veränderten Verhältnisse in den konkurrierenden Ländern dem englischen Volke nahe und näher gelegt wurde, bis jetzt immer nur eine verneinende Antwort gefunden.

Allerdings hat der neuen Herrlichkeit auch die Kehrseite nicht gefehlt. Der Freihandel hat der englischen Landwirtschaft, besonders soweit sie dem Körnerbau oblag, den Lebensnerv durchschnitten; die landwirtschaftliche Bevölkerung und den ländlichen Arbeiterstand hat er auf einen dürftigen Bruchteil der Einwohnerschaft herabgedrückt. Zweifellos hat das bedenkliche Folgen für die Wehrkraft des Reiches, und Großbritannien würde das fühlen,

wenn es seine Existenz auf Landmacht gründen müßte. Es hätte aber für seine Ernährung auch dann vom Auslande nicht unabhängig bleiben können, wenn die Landwirtschaft fortgesetzt in ihrem alten Umfange betrieben worden wäre. England ist so durch seine neuere Entwickelung noch stärker hinausgetrieben worden auf die See als früher. Es muß sie beherrschen, um sich jederzeit die unentbehrlichen Zufuhren an Lebensmitteln und Rohmaterial und den Export der Fabrikate zu sichern; es muß ihrer, wie früher, mächtig sein, der Invasion zu wehren, die unter den heutigen Verhältnissen noch größere Gefahren bergen würde als vor 100 oder 200 Jahren. Demgemäß ist der „zwei Mächte-Standard" der Angelpunkt englischer Flottenpolitik geworden, während Ähnliches in früheren Zeiten nie angestrebt oder erreicht wurde. Ja, es erheben sich Stimmen, die es für geboten erklären, auch zum Widerstand gegen eine noch stärkere Koalition sich ständig gewappnet zu halten. Die Nation aber hat auch in den demokratischen Formen, die ihr Verfassungsleben immer mehr angenommen hat, sich in ihrer erdrückenden Mehrheit jederzeit das Verständnis dafür bewahrt, daß es sich um unvermeidliche Lasten handelt, unverkennbar ein weiterer Beleg, wie fest die Grundlehren über Englands Lebensbedingungen in Gesinnung und Urteil seines Volkes verankert sind.

Wenn es so — allerdings, wiederum englischem Wesen entsprechend, nicht ohne leidenschaftliche Ausbrüche und derbste Äußerungen der einander gegenüberstehenden Überzeugungen — doch auf gesetzlichem Wege, ohne plötzlichen und gewaltsamen Bruch mit der Vergangenheit, gelungen ist, das politische und wirtschaftliche Leben den Forderungen und Aufgaben der Neuzeit anzupassen, so kann England sich kaum weniger rühmen, dieses Ziel auf dem Gebiet der sozialen Frage bis jetzt wenigstens mit Glück verfolgt zu haben.

Erst die Entwickelung der Großindustrie hat ja dieser Frage ihren gefährlichen Charakter gegeben. England aber hat, trotzdem es in dieser Entwickelung die Bahn wies und noch heute die Füh-

180 .words.

139 -(a)
176 (b).

mit ihren
imatsland
Fleisch und
er Gesetz-
eg gezeigt.
tschen Ge-
n, hat es
nach einer
Muster mit
bevölkerten
vertretung,
Anhänger
lische Ver-
00 Unter-
die Char-
10. April
170 000
te, die den
gland der
s und die
ben. Auch
ngen, noch
r Strikes,
t, ist dort
Möglichkeit
die Dinge
tische An-
schauungen in Englands politischem Leben jemals eine ähnliche Rolle spielen werden wie in dem Deutschlands oder Frankreichs, ist wenig wahrscheinlich. Im schroffsten Gegensatz, besonders zu den derzeitigen deutschen Verhältnissen, steht, daß weitaus die meisten großen Städte, allen voran London selbst, soweit sich das aus dem Ergebnis der Wahlen schließen läßt, Träger antisozialistischer Gesinnungen sind.

rung behauptet, bis jetzt doch am besten vermocht, sich mit ihren unvermeidlichen Folgen abzufinden. England ist das Heimatsland der Gewerkschaften und der Genossenschaften. Die in Fleisch und Blut übergegangene Gewohnheit der Selbsthilfe und der Gesetzlichkeit hat seinen Bewohnern auch hier den richtigen Weg gezeigt. An festländischen, französischen und neuerdings auch deutschen Gedanken, die Eingang und Anhänger suchten und fanden, hat es auch in dieser Bewegung nicht gefehlt. Das Verlangen nach einer „Charte", einer radikalen Verfassung nach Revolutions-Muster mit allgemeinem, gleichem und geheimem Stimmrecht, gleich bevölkerten Wahldistrikten, alljährlich erneuerter, einheitlicher Volksvertretung, das in den 40er Jahren seinen Höhepunkt erreichte, fand Anhänger besonders unter den Arbeitern. Charakteristisch für englische Verhältnisse ist, daß die Riesenpetition mit angeblich 5700000 Unterschriften (es waren wirklich gegen zwei Millionen!), welche die Chartisten, ermutigt durch die festländischen Revolutionen, am 10. April 1848 ins Parlament wälzten, den Weg dorthin durch 170000 freiwillig eingeschworene Bürger-Konstabler nehmen mußte, die den Polizeistab führten. Für solches Vorgehen fehlte in England der Boden. Die Chartisten verschwanden; die Trade Unions und die Pioniere von Rochdale und ihre Pflänzlinge aber blieben. Auch die internationale Sozialdemokratie hat sie weder verdrängen, noch die Herrschaft über sie gewinnen können. Die Waffe der Strikes, auf englischem Boden geschmiedet und zunächst erprobt, ist dort auch zuerst in ihrer Zweischneidigkeit erkannt und nach Möglichkeit außer Brauch gesetzt worden. Niemand kann sagen, wie die Dinge sich weiter entwickeln werden. Aber daß sozialdemokratische Anschauungen in Englands politischem Leben jemals eine ähnliche Rolle spielen werden wie in dem Deutschlands oder Frankreichs, ist wenig wahrscheinlich. Im schroffsten Gegensatz, besonders zu den derzeitigen deutschen Verhältnissen, steht, daß weitaus die meisten großen Städte, allen voran London selbst, soweit sich das aus dem Ergebnis der Wahlen schließen läßt, Träger antisozialistischer Gesinnungen sind.

Indem England so der Neuzeit sich öffnete, ohne doch mit seiner Vergangenheit zu brechen, indem es zwar Formen wandelte, den alten Geist aber lebendig erhielt, bewahrte es in hohem Grade die Fähigkeit, seinen Bedürfnissen nach außen gerecht zu werden, sich den Raum in der Welt zu schaffen, den es für seine Entwickelung brauchte. Wenn es an gegnerischen Meinungen auch in den Fragen der auswärtigen Politik nicht gefehlt hat, so hat sich die Nation doch an allen entscheidenden Wendepunkten zu entschlossenem, tatbereitem Wollen zusammengefunden.

Man kann England die Anerkennung einer gewissen Mäßigung, richtiger wohl vorsichtigen Zurückhaltung, bei den Abmachungen, die dem großen Kriege folgten, nicht versagen. Es behielt Malta, das erst durch Napoleon in die Mittelmeerfrage hineingezogen worden war, kam aber auf Menorca nicht zurück. Es ließ sich ein Protektorat über die neu errichtete Republik der Jonischen Inseln übertragen und sicherte sich durch die Besetzung von Korfu den Eingang zur Adria. Es behielt Helgoland, das ihm als Schmuggelplatz Dienste geleistet hatte, und von den niederländischen Kolonien das nach der ersten Eroberung wieder herausgegebene Kapland, den besseren Teil von Guayana und die wenigen ostindischen Festlandsplätze. Aber es tastete die Stellung der Niederlande auf den Sundainseln, d. h. ihren Hauptbesitz, um den es vor zweihundert Jahren Mitbewerber gewesen war, nicht an und gab Frankreich nicht nur Martinique und Guadeloupe, sondern auch Réunion, seine Posten in Ostindien und Westafrika und seine neufundländischen Rechte zurück. Das gleiche geschah mit den kleinen dänischen Besitzungen, von denen das wichtige S. Thomas noch heute übrig ist.

So war der Territorialgewinn nach so langen Kriegsjahren ein mäßiger, verschwindend gegen den von 1763. Aber er genügte der Zeit, den Möglichkeiten und Aufgaben, die sich zu bieten schienen. Die Niederwerfung und der Tod Tippo Saibs bei der Erstürmung von Seringapatam am 4. Mai 1799 hatte den Einmischungsversuchen Frankreichs in Vorder-Indien ein Ende gemacht. Eine See-

oder Kolonialmacht, die England hätte in den Weg treten können, bestand nicht mehr, als der Wiener Kongreß tagte. England hat seitdem in den Gewässern, die seine Küsten umspülten, seine Flotte zu kriegerischen Zwecken nicht mehr zu zeigen brauchen. Es hatte freie Hand auf dem Meere; seine Herrschaftsstellung dort ward um so bereitwilliger anerkannt, als sie Europa vor napoleonischer Knechtung bewahrt hatte. Die Zeit war gekommen, wo Englands Seeherrschaft als etwas von der Natur Gebotenes, Gottgewolltes angesehen werden konnte. Die Leitung des britischen Staatswesens hat es verstanden, diese Lage auszunutzen.

Bis über die napoleonische Zeit hinaus ist Amerika der einzige Erdteil gewesen, der Raum geboten hat nicht nur für Eroberungs-, sondern auch für Siedlungskolonien. England und Frankreich, Spanien und Portugal hatten zahlreiche Angehörige dorthin abgegeben; in den englischen Kolonien hatten auch nicht wenige Fremde Aufnahme gefunden. Frankreich schied durch den Pariser Frieden fast vollständig aus. Mit seiner und Spaniens Unterstützung rissen sich dann Englands alte Siedler vom Mutterlande los. In engstem Zusammenhange mit den Ereignissen in der alten Welt sind Spaniens und Portugals Kolonien den gleichen Weg gegangen. Der Wiederherstellung der alten Ordnung in Europa folgte der Umsturz in Amerika auf dem Fuße. Von den europäischen Siedlungsländern blieb nur Kanada in selbstgewollter Abhängigkeit.

Die Ideen der Aufklärung, die mit Aranda ihren Einzug in Spanien hielten, sind auch in der Verwaltung der Kolonien wirksam geworden, gefördert von den Lehren des nordamerikanischen Freiheitskampfes. Von 1765 an ist nach und nach der Handel mit den Kolonien allen Spaniern freigegeben worden und dann rasch gewachsen. Drei Jahre später folgte der Aufhebung des Jesuitenordens in Spanien und Portugal die Vernichtung des Jesuitenstaates Paraguay. Wohlstand und Selbstgefühl der Kolonisten hoben sich; daß das Mutterland bei der Begründung der Vereinig-

ten Staaten mitwirkte, konnte die Wünsche nach größerer Selbständigkeit nur beleben. Die traurige Rolle, die Spanien unter Karl IV. und dem Friedensfürsten Godoy im Schlepptau Frankreichs spielte, hat zuerst zu Taten geführt. 1806 kam es in Buenos Aires und Venezuela, Gebieten, die nicht ohne Grund als zu Unbotmäßigkeiten geneigt galten, zu Unruhen.

Sie wurden unterdrückt. Aber Josefs aufgezwungenes Königtum entfachte sie von neuem. Es ward in den Kolonien noch weniger als im Mutterlande anerkannt, und auch die Zentraljunta, die sich ja in Spanien selbst nicht völlig durchzusetzen vermochte, konnte drüben die Autorität nicht gewinnen, die man dem Geschöpf Napoleons versagte. Nationale und Klerikale fanden sich in den Kolonien in den Unabhängigkeitsbestrebungen zusammen. Die Gefangenschaft Ferdinands ermöglichte es, seinen Namen auf die Fahne zu schreiben, ohne dadurch an Bewegungsfreiheit irgendwie einzubüßen. Als er in sein Königreich zurückkehrte, war man drüben nur sehr teilweise bereit, dem Schein die Wahrheit folgen zu lassen und ihn anzuerkennen. Spanische Truppen zwangen dann die Widerstrebenden noch einmal nieder. Aber 1817 nahmen die Dinge eine neue Wendung. Der Argentinier San Martin trug die Empörung über die Kordilleren nach Chile, und Bolivar, Venezuelas Führer in den bisherigen Versuchen, konnte mit einer Ausrüstung, die er dem Holländer Brion verdankte, in die Heimat zurückkehren. Der Aufruhr hat dann in den nächsten Jahren nach allen spanischen Kolonien hinübergegriffen und nach siebenjährigen Kämpfen gegen das im Innern zerwühlte und unter kläglichster Leitung dahinsiechende Mutterland die Unabhängigkeit des gesamten Festlandsbesitzes der Spanier durchgesetzt.

Unter Anlehnung an die bisherige Verwaltungseinteilung entstanden die Staaten, die, abgesehen von einigen Verschiebungen, noch heute in Süd-, Mittel- und Nordamerika bestehen und die spanische Sprache und auch manches vom spanischen Wesen bewahrt haben. Sie folgten sämtlich der republikanischen Staatsform; der monarchische Versuch im Beginn der mexikanischen

Selbständigkeit hat nur die Bedeutung eines rein persönlichen Zwischenfalles. Die Führer sind von den Zeitgenossen viel gefeiert und die Taten der Kämpfenden gepriesen worden nicht nur jenseit, sondern auch diesseit des Ozeans. Besonders das festländische Europa hat, soweit es liberal dachte, sie gesehen im Lichte eines idealen Freiheitskampfes, dessen Glanz noch erhöht wurde durch die wilde Romantik, die sich mit der fernen Fremde fast unwillkürlich verknüpfte. Die Folgezeit hat doch gelehrt, nüchterner zu urteilen, und hat dunkele Schatten auf das Bild geworfen.

An natürlichem Reichtum waren die spanischen Gebiete den ehemals englischen weit überlegen; auch fehlte es ihnen nicht an Land, das für den Anbau durch Europäer gleich günstige Bedingungen bot wie die Vereinigten Staaten. Und doch sind diese Vorzüge bis jetzt entweder gar nicht oder nur in mäßigem Umfange zur Geltung gebracht worden. Den Gebrechen, die drei Jahrhunderte der Bevormundung eingeimpft hatten, hat ein Jahrhundert der Freiheit nicht abhelfen können. So wenig wie die Spanier selbst haben ihre Abkömmlinge jenseit des Ozeans gelernt, ihre Angelegenheiten mit sicherer und stetiger Hand zu leiten. Cliquen- und Faktionswesen vergifteten das politische Leben, und der Segen der Arbeit ist dem freien Kreolen so wenig zum Bewußtsein gekommen, wie im Mutterlande einst dem Hidalgo und Caballero und jetzt ihren Nachfahren. Die Teilnahme am Staatsleben ward ein Kampf um einen Platz an der Staatskrippe bis zu den höchsten Stellungen hinauf. Schon Bolivar war etwas ganz anderes als Washington. Einen Teil der Schuld trägt zweifellos die starke Vermischung mit farbigen Elementen, die in allen Staaten von Peru bis Mexiko nur einen geringen, mehrfach bis zu einem Zehntel der Bevölkerung herabsinkenden Bruchteil reinen europäischen Blutes übrig gelassen hat. Aber auch sie hat ja im spanischen oder, wenn man will, romanischen Wesen ihren Grund.

Brasilien hat sich der Bewegung angeschlossen, als Johann VI., der dort 1808 vor den Franzosen Zuflucht gesucht hatte, 1821

das Land verließ, das heimatliche Königreich wieder zu übernehmen. Die Brasilianer erklärten sich unter seinem Sohne Dom Pedro für selbständig. Der stolze Titel eines Kaiserreichs wich auch hier 1890 der Republik der „Vereinigten Staaten von Brasilien“.

Wenn diese Länder — in ihrer Gesamtheit an Größe Europa mehr als doppelt, den Vereinigten Staaten fast dreifach überlegen — aber auch weit davon entfernt geblieben sind, sich in jeder Richtung befriedigend zu entwickeln und ihre reichen Hilfsquellen zur vollen Entfaltung zu bringen, so bedeutet ihre Öffnung für den Verkehr und für fremden Unternehmungsgeist doch die folgenreichste Erweiterung, die das 19. Jahrhundert dem Welthandel gebracht hat. Es ist kein zweiter Markt von gleicher Bedeutung für den Absatz europäischer Erzeugnisse und den Bezug von Kolonialwaren und Rohmaterialien neu erschlossen worden. Ihre Handelsbewegung übertrifft zurzeit die Ostindiens um eine Milliarde, die vereinigte von China und Japan und die Australiens um wesentlich mehr als zwei Milliarden.

Der Löwenanteil an dem sich ergebenden neuen Gewinne aber ist den Engländern zugefallen, im Anfange noch weit mehr als jetzt. Es bedurfte kaum des Gefühls der Vergeltung für die Gegnerschaft Spaniens im amerikanischen Freiheitskriege, sie zur Unterstützung der Aufständischen zu bewegen; ihr ausgesprochener Handelsvorteil wies auf diesen Weg. Von seinem ersten Beginn an haben sie den Aufstand geschürt. Es war nicht nötig, den Staat einzusetzen; nach bewährtem Brauch konnten sie privatem Unternehmungsgeist das Nötige überlassen. Für genügenden Kriegsbedarf ward gesorgt, und im Dienst der Kolonien wehrten Engländer die lästige spanische Flotte ab. Die englische Politik hat hier auch Anlaß und Handhabe gefunden, sich wieder zu lösen aus der Gefolgschaft der Festlandsmächte, in deren Kreisen der Gedanke des Einschreitens allen Ernstes erwogen wurde. Die Intervention in Spanien schien ein erster Schritt

dazu. Canning hatte das Land hinter sich, als er mit Castlereaghs Politik brach.

Der Stoß ward nicht direkt geführt, sondern durch die Vereinigten Staaten. Der Billigung des englischen Kabinetts sicher, proklamierte im Dezember 1823 ihr Präsident James Monroe als Jahresbotschaft an den Kongreß die nach ihm benannte Doktrin. Sie erklärte, daß die Union das Eingreifen europäischer Mächte in Amerika und die Übertragung europäischer, was natürlich sagen sollte monarchischer, Regierungsformen dorthin nicht dulden werde, daß Amerika überhaupt aufgehört habe, ein Kolonisationsgebiet für europäische Mächte zu sein. Zu Beginn des Jahres 1825, als die Niederlage von Ayacucho in Peru (9. Dezember 1824) die letzten Hoffnungen der Spanier auf Waffenerfolg vernichtet hatte, erfolgte dann die Anerkennung der neuen Staaten durch Großbritannien. Canning „rief die neue Welt ins Leben, um die alte wiederherzustellen". Seine Haltung in der griechischen Frage vollendete den Bruch. Im Handel mit Süd- und Mittelamerika aber haben erst allmählich auch andere Völker neben England emporkommen können, am frühesten und erfolgreichsten Deutsche.

Dieses Jahrzehnt und die folgenden sind es auch gewesen, in denen England die Grundpfeiler gesetzt hat für sein Kolonialreich, wie es das 19. Jahrhundert dann ausbaute.

Kurz vor der französischen Revolution hatte man, wie erwähnt, den ersten Schritt in Australien getan. Neu-Südwales und Van Diemensland, das 1803 folgte, waren zunächst als Verbrecher-Kolonien gedacht. Es sind mehr als 100000 Sträflinge hinübergeführt worden. Aber bald folgten auch unbescholtene Siedler. Goldfunde mehrten den Zuzug. 1835 begann die Kolonisation von Victoria, 1836 die Südaustraliens, 1840 die Neu-Seelands. In Nord- und Westaustralien waren schon früher Versuche gemacht worden, die aber zunächst scheiterten. Der Kontinent von Australien, Neu-Seeland und Van Diemensland wurden anerkannter britischer Besitz, der, abgesehen von Neu-Seeland, bald

kaum noch andere als weiße Bewohner hatte. In einem Menschenalter ward dem englischen Volke, englischer Sprache, englischer Kultur ein Erdteil gewonnen. Die Deportation von Verbrechern hat gegenüber dem Widerspruch der freiwilligen Kolonisten in Neu-Südwales schon 1843, in Van Diemensland 1852 aufgegeben werden müssen.

Nicht ganz so durchschlagend waren die Erfolge in Süd-Afrika. Die Niederländer hatten in dieser Kolonie stets nur eine Erfrischungsstation für die Fahrt nach Ostindien gesehen; Siedler waren in bescheidener Zahl gekommen. Sie mehrten sich unter der englischen Herrschaft, und da deren Anordnungen den „Boeren" die gewohnte freie Verfügung über das Steppen- und Weideland beschränkten, haben sie sich ihr durch „Trekken" zu entziehen gesucht und so die Herrschaft des weißen Mannes weiter hineingetragen in den dunkeln Erdteil. 1843 sind ihnen die Engländer nach Natal gefolgt; 1847 haben sie ihre Grenzen nördlich an den Oranje-, östlich an den Kei-Fluß vorgeschoben. Die zwischen Natal und der Kapkolonie liegenden Gebiete wurden dann auch angeschlossen. Die Buren aber wichen über die Drakenberge in das innere Steppenland zurück, das wir als Transvaal und Oranje-Freistaat kennen. Natal ward 1856 zur englischen Kolonie erklärt. Das zähe niederländische Element und die starke Eingeborenen-Bevölkerung setzten hier britischem Wesen doch engere Schranken als in Neu-Holland und zwangen es zu schweren Kämpfen, von denen der australische Boden, abgesehen von Neu-Seeland, nichts zu berichten hat. Doch ward auch hier britischem Volkstum ein weites und ergiebiges Feld neuer Tätigkeit gewonnen, auf dem, wie in Australien, neue Tochterstaaten haben emporwachsen können.

Anderer Art — soweit augenblicklicher Erfolg in Frage kam, noch bedeutungsvoller — war der gewaltige Aufschwung, den die britische Macht in Asien nahm. Auch für die Umwandlung Vorder-Indiens in ein britisches Reich sind diese Jahrzehnte entscheidend geworden. Provinz um Provinz ward unterworfen. Zu dem Sultanat von Mysore fügte man das Reich des Nisam von Haiderabad; 1818 verschwanden die letzen Reste des Mahrattenstaates. Das

ganze Dekkan und der größere Teil von Hindostan waren jetzt direkt oder indirekt in britischer Gewalt. Schon 1816 hatte man Nepal am Abhange des Himalaja angegriffen, um Bengalen besser zu decken. Dem Herrscher von Birma nahm man 1826 seine Küstenprovinzen: Arakan, Pegu, Tenasserim, das Land der Reishäfen. In den 40er Jahren folgte das Indus-Gebiet, 1843 Sindh, das Land am Unterlaufe des Stromes, 1845—48 der Staat der kriegerischen Sikhs im Pendschab, 1854 dann noch Nagpur im Innern der Halbinsel und im nächsten Jahre Oudh am mittleren Ganges. Es erwies sich als schwer, ja undurchführbar, innerhalb der Halbinsel Halt zu machen, wollte man zu gesicherten Verhältnissen gelangen und die Handelsbeziehungen, die naturgemäß ihr Netz immer weiter spannten, vor Störungen bewahren.

Die Ausdehnung des Verkehrs war es auch, die zu weiteren Erwerbungen west- und ostwärts auf den alten portugiesischen Bahnen führte.

Seit jenen Zeiten waren die Beziehungen zu diesen Gegenden nie völlig unterbrochen worden, hatten sich aber auch nicht wesentlich weiter entwickelt. Ägyptens veränderte Lage richtete Englands Blick wieder ernstlich westwärts. Seit Napoleons Expedition waren die Franzosen ununterbrochen in Beziehungen zu diesem Lande geblieben. Die Fortschritte des Arnauten Mehemet Ali, eines Altersgenossen Napoleons, vollzogen sich unter steter Anlehnung an Frankreich. Nicht lange nach dem Abzuge der Fremden zur Leitung des Landes gelangt, hatte er 1811 die Unterwerfung und Vernichtung der Mameluden vollendet, in ihrer Verfolgung und im Kampf gegen die Wechabiten seine Herrschaft dann einerseits zu einem Nilreiche erweitert, andererseits an der arabischen Seite des Roten Meeres begründet, endlich 1833 der Pforte Syrien abgenommen. Französische Kultur ward ihm Muster für die erstrebte Europäisierung des Landes. Die Engländer fanden sich veranlaßt, 1838 das sonnendurchglühte Aden zu besetzen, das sie dann allmählich zu dem schier unbezwinglichen Felsenneste ausgebaut haben, das es heute ist. Als das Projekt des Suezkanals unter französischer Leitung seiner

Verwirklichung entgegenging, fügten sie 1857 Perim in der Straße von Babelmandeb hinzu. Zugleich hielten sie die Augen fest auf den Persischen Golf gerichtet und überwachten aufmerksam die Fortschritte, die Rußland direkt oder mittelbar durch Vorschiebung Persiens in den Ländern zwischen dem Kaspischen Meere und dem Soliman Dagh anstrebte. Gleichzeitig mit der Besetzung Adens schritten sie zu einer Okkupation Afghanistans, die trotz einer schweren Niederlage im Dezember 1841 und anschließender vorübergehender Räumung des Landes aufrecht erhalten wurde, bis man sich des neu eingesetzten Herrschers Dost Mohamed sicher fühlte.

Wie nach Indien, so hat sich auch nach Ostasien der Verkehr bedeutend gehoben, als in der Periode 1813—33 das Monopol der Kompanie allmählich beseitigt wurde. Doch mehrten sich auch die Reibereien mit den Chinesen. Sie führten zum Kriege, als man sich im Reich der Mitte entschloß, der Opium-Einfuhr englischer Kaufleute ein Ende zu machen. Preis des Friedens war die Abtretung von Hongkong, das dann stark befestigt und einer der besuchtesten Häfen der Welt geworden ist. Malakka und Singapore, die man aus dem niederländischen Besitz zurückbehalten hatte, wurden zu der Kolonie der Strait-Settlements erweitert und sicherten die Verbindung. Auch für den ostasiatischen Handel erfreute sich Großbritannien besserer Stützpunkte als irgend ein Land der Welt.

Der Seapoy-Aufstand der Jahre 1855—57 hat die Grundfesten des asiatischen Gebäudes ins Wanken gebracht. Als er niedergekämpft war, verfügte England unbestritten über ein Weltreich, das jenes, mit dem es aus dem Kampfe mit Napoleon hervorgegangen war, um ein Vielfaches übertraf, an Ausdehnung wie an Bevölkerung. Die Konkurrenz anderer europäischer Mächte hatte so gut wie aufgehört. Spanien und Portugal bewahrten nur noch Trümmer ihres alten Kolonialbesitzes. Die Welt stand britischem Handel und britischem Unternehmungsgeist ungleich mehr offen als den Bemühungen aller anderen Völker. Keines besaß gleich den

Briten Länder über See, in die man den Überschuß der heimischen Bevölkerung abgeben konnte, ohne seine Sprache und Nationalität, seine Kultur und seine Selbständigkeit in Frage zu stellen.

Daß England diesen Vorsprung gewann auf Grund seiner Erfolge gegen Napoleon, ist klar. Unwillkürlich wirft man die Frage auf: Wäre es anders und besser geworden, wäre den Völkern Europas mehr Spielraum geblieben, wenn Napoleon gesiegt hätte?

Die Antwort erfordert Zwischenfragen. Hätte Frankreich, an Englands Stelle gesetzt, größeren Spielraum gewährt? Wäre es, im Besitz von Englands Seemacht, leichter aus seiner bevorzugten Stellung zu verdrängen gewesen? Hätten Niederländer, Spanier und Portugiesen Frankreich gegenüber in absehbarer Zeit ihre Selbständigkeit wiedererlangt? Hätte Deutschland, wie es von Napoleon organisiert war, Aussicht gehabt, auch nur über sein Wirtschaftsleben selbständig verfügen zu können, geschweige denn in irgend welcher Form nationale Politik zu treiben? Hätte Frankreichs Bevölkerung Auswandererscharen stellen können, wie sie von den britischen Inseln aus blühenden Kulturstaaten über See das Leben gegeben haben? Hätte Frankreich so rasch und so gründlich den Grundsätzen des Freihandels Raum geben können, die unleugbar doch auch dem nichtenglischen Wirtschaftsleben in hohem Grade zugute gekommen sind? Nur wer auf alle diese Fragen Ja zu sagen wagt, kann auch die erstgestellte so beantworten. Sicher ist die Verschiebung des Gleichgewichts in der Weltstellung, die sich infolge des englischen Sieges über Napoleon vollzogen hat, bedauernswert. Aber sie wäre noch viel drückender in die Erscheinung getreten durch den gegenteiligen Ausgang. Eben das ist die traurige welthistorische Folge von Napoleons unseligem Emporkommen gewesen, daß es ganz Europa gegen Frankreich, das bis dahin doch immer noch ein nützliches Gegengewicht gegen Englands Weltmachtstellung gewesen war, ins Feld zwang und es nötigte, diesen in der europäischen Staatengesellschaft nicht nur förderlichen, sondern unentbehrlichen Faktor auf Jahrzehnte zur Unfähigkeit in welt-

politischen Bestrebungen herabzudrücken, während doch kein anderer festländischer Staat an seine Stelle treten konnte. Auch von diesem Gesichtspunkte aus vermag man kein anderes napoleonisches Verdienst zu entdecken, als das der Zertrümmerung des alten Mitteleuropa, der Vorbereitung seines Bodens für haltbare Neubauten.

Indem es nun aber schien, als sollte Europa draußen in der Welt allein durch England vertreten werden, wuchs jenseit des Ozeans aus Englands eigenem Samen eine Macht heran, die sich immer mehr zur Ebenbürtigkeit emporarbeitete.

Von ihrer Begründung an lag in den Vereinigten Staaten die Tendenz räumlicher Ausdehnung. Es ist eins der krassesten Beispiele vollständigen Fehlgreifens landläufigen politischen Urteils, wenn es durch ein Jahrhundert und länger die Union allgemein angesehen hat als den Friedensstaat par excellence, der Konflikte meide und sich in fremde Streitigkeiten nicht einmische. Die übliche Schwärmerei für die republikanische als die ideell richtige Staatsform, das geringe stehende Heer, mit dem die Union wegen der unvergleichlichen Gunst ihrer Lage sich begnügen konnte, dann die herrschende Unkenntnis über Natur und Verhältnisse des entlegenen und tatsächlich zunächst noch dürftig erforschten Landes vereinigten sich, diese Vorstellung zu wecken und lebendig zu erhalten.

In Wirklichkeit regte sich schon in den Kämpfern des Unabhängigkeitskrieges die Überzeugung, daß „die Geographie Amerika zur Weltmacht bestimmt habe“. Schon vor dem Kriege (1765) schrieb die London Gazette: „Zweifellos wird Amerika das größte und blühendste Reich werden, das die Welt je gesehen hat.“ Wenn John Adams 1782 für die amerikanische Politik den Grundsatz aufstellte, sich nicht in die Streitigkeiten europäischer Mächte hineinziehen zu lassen, und Washington das in die Formel kleidete: No entangling alliances, so sollte damit nicht gesagt sein, daß man die amerikanischen Interessen nicht vertreten werde, wo und wann sie irgendwie im

Spiele seien. Tatsächlich hat die Union schon in den ersten Jahrzehnten ihres Bestehens zu diesem Zwecke auch diesseit des Ozeans ihre Waffen gezeigt. Sie ging (1801—4) gegen die Barbaresken vor zu einer Zeit, wo diese von den europäischen Seemächten noch unbehelligt blieben.

Es war aber natürlich, daß die Interessen der Vereinigten Staaten sich noch lange mit fast verschwindender Ausnahme auf Amerika beschränkten und hier wieder mit erdrückendem Übergewicht auf die nördliche Hälfte des Erdteils. Im „weiten Westen" hatte die Union einen Spielraum für ihre Betätigung, wie kein anderes Volk der Welt ihn gleich reich und in gleich bequemer Nachbarschaft aufweisen konnte. Die Ordonnanz von 1787, welche die Staatenbildung auf diesem Neulande regelte, sicherte sein Eintreten in den Bund zu voller politischer Gleichberechtigung. Die Union hat dann im Westen ihre Angelegenheiten mit einer Energie wahrgenommen, die gar nicht übertroffen werden konnte.

Der Pariser Friede hatte die Mississippi-Mündung in die Hände Spaniens gebracht; den Busen von Mexiko erreichte Unions-Gebiet nirgends. Man ertrug die Lage, solange Spanien der Benutzung der Strom-Mündungen Hindernisse nicht in den Weg legte. Als aber durch den schon erwähnten Vertrag vom 1. Oktober 1800 das alte Louisiana wieder an Frankreich überging und die Spanier in Vorbereitung der Übergabe anfingen, dem Handel Schwierigkeiten zu bereiten, bäumten die damals noch spärlichen Anwohner des Mississippi und seiner Zuflüsse sich sofort auf: „Der Mississippi ist unser nach dem Gesetz der Natur; wenn der Kongreß uns nicht schützt, werden wir tun, was unsere Sicherheit erfordert, wenn auch der Friede der Union und unsere Verbindung mit den anderen Staaten dadurch gestört werden". Der Kongreß schützte sie. Die Verhandlungen mit Napoleon, denen Kriegsvorbereitungen der Union zur Seite gingen, führten unter dem Druck des bevorstehenden neuen Bruches mit England zum Verkauf des ganzen ungeheuren Gebietes, eines Gebietes doppelt so groß wie Deutschland und Frankreich zusammen, um 80 Mil-

lionen Franken. Es wird heute von mehr als 15 Millionen Menschen bewohnt.

Das Land bis zum Felsengebirge, soweit dem Mississippi von Westen her Wasser zufloß, stand jetzt den Amerikanern offen. Noch aber war der Zugang zum Busen von Mexiko schmal. 1795 hatte man sich mit Spanien über eine Grenze vom Mississippi bis zum Atlantischen Ozean geeinigt. Jetzt ward die Frage aufgeworfen, wie das neu erworbene Louisiana im Gebiete der Flußmündungen vom spanischen Florida zu scheiden sei. In dem strittigen Gebiete fehlte es bald nicht an amerikanischen Ansiedlern. Sie erklärten sich im September 1810 von Spanien unabhängig; im nächsten Monat folgte die Annexion des Landstriches durch die Vereinigten Staaten. Irgend welchen Widerstand zu leisten, war Spanien in seiner damaligen Lage unfähig. Ja, es mußte bald weiteren Zumutungen nachgeben. Während seine Kolonien in hellem Aufstande waren, sah es sich (1819) durch Kriegsdrohungen der Union gezwungen, ganz Florida, Ost und West, für 6½ Millionen Dollars abzutreten, ein Gebiet so groß wie England und halb Schottland mit vorzüglichen Häfen am Mexikanischen Golf. Zugleich verzichtete Spanien auf alle seine Rechte an pazifischem Küstenland nördlich vom 42. Breitengrad, der als Grenze Mexikos festgehalten wurde.

Die Union hatte sich hier jetzt nur noch mit England und Rußland auseinanderzusetzen.

Durch den gewinnbringenden Pelzhandel mit China und den reichen Walfang in den nördlichen Gewässern des Stillen Ozeans, Betriebe, an denen Amerikaner schon lange beteiligt waren, hatten diese entlegenen Gegenden Wert gewonnen. Die Russen erhoben Ansprüche seit den Entdeckungsreisen des Dänen Bering unter Peter II. und Kaiserin Anna und dehnten sie 1821 südwärts bis zum 51. Grade aus. Doch ließen sie sich drei Jahre später zu einem Vertrage mit den Vereinigten Staaten herbei, der die Südgrenze des gegenwärtigen Alaska, 54° 40′, als Grenze der beiderseitigen Rechte festsetzte. So hatte man es nur noch mit England zu tun, dessen Ansprüche sich auf die Forschungen Cooks und Van-

couvers im letzten Viertel des 18. Jahrhunderts und auf die Nachbarschaft der Gebiete der Hudsonsbay-Kompagnie stützten. Es entstand die Oregonfrage.

Die Union hatte schon einmal, in den Jahren 1812—15, mit dem Mutterlande die Waffen gekreuzt. Sie wollte das Pressen amerikanischer Matrosen nicht dulden, auch ihre Schiffahrt, die während des englisch-französischen Krieges einen gewaltigen Aufschwung genommen hatte, nicht den englischen Maßnahmen gegen die Neutralen unterwerfen lassen und hatte ihren Widerstand bis zur Kriegserklärung gesteigert. Man hatte trotz rühmlicher Tapferkeit der jungen Flotte weder zur See noch zu Lande bestehen können. Washington selbst sah im August 1814 die Engländer in seinen Mauern, und man entging einem demütigenden Frieden nur, weil das Ende des napoleonischen Krieges den Streit in seinem Hauptanlaß gegenstandslos machte. Doch wallte, als die Oregonfrage in jahrelangen Verhandlungen ihrer Lösung nicht näher kam, die Kriegslust von neuem auf. Man warf auch diesmal Haufen von Ansiedlern in die umstrittenen Gebiete. In der Platform, auf die der Präsident von 1844, James K. Polk, gewählt wurde, war die Forderung: 54,40 or fight ein Hauptpunkt. Man wollte englischen Besitz am Stillen Ozean nicht dulden. Im Juli 1846 ist man im Oregonvertrage dann doch von diesem Anspruch zurückgetreten. Die irrige Vorstellung, daß schon in den Ausführungsbestimmungen zum Utrechter Frieden der 49. Breitengrad als Grenze zwischen den englischen Hudsonsbay- und den französischen Mississippirechten festgesetzt sei, bewog die Union, nachzugeben. Auch so gewann man das ganze Land vom genannten bis hinab zum 42. Grad zwischen dem Felsengebirge und dem Ozean, einen Erwerb, noch beträchtlich größer als Deutschland, die Schweiz und die Niederlande zusammen.

Im Jahre zuvor hatte man Texas annektiert, auf das man 1819 im Vertrage mit Spanien ausdrücklich verzichtet hatte. Auch hier hatten zunächst amerikanische Einwanderer das Land gefüllt, 1836 ihre Unabhängigkeit von Mexiko proklamiert, sie mit Hilfe

heimatlichen Zuzugs behauptet und dann ihren Anschluß an die Union begehrt, der 1845, wenn auch mit knapper Mehrheit in Kongreß wie Senat, beschlossen wurde. Dies Verfahren und das inzwischen in Kalifornien entdeckte Gold führten zum Kriege mit Mexiko, in dem der Sieg nicht zweifelhaft sein konnte. Winfield Scott führte die Amerikaner auf Cortez' Spuren von Vera Cruz bis in die Hauptstadt. Durch den Frieden von Guadeloupe-Hidalgo am 2. Februar 1848 und den 1853 folgenden Grenzberichtigungs-Vertrag ward der Union abermals ein Gebiet angeschlossen so groß wie Deutschland, Frankreich und Italien mit den Zwischenländern. Im Laufe eines halben Jahrhunderts hatten die Vereinigten Staaten gegen sechs Millionen Quadratkilometer Landes ihrem Gebiete einverleibt, fast dreimal so viel als die Ausstattung, mit der sie in die Reihe selbständiger Staaten eingetreten waren, ein Besitztum, das 1900 gut 21 Millionen Bewohner nährte von reichlich 76 Millionen, welche die Union überhaupt zählte. Keine andere Macht der Welt kann in dieser Zeit einen gleich wertvollen Zuwachs aufweisen.

Die Barmittel, die für diesen ungeheueren Landerwerb in Gestalt von Kaufzahlungen und Schuldenübernahme aufgewandt worden sind, belaufen sich insgesamt auf 52 200 000 Dollars. Es wirft ein Licht auf die unendliche Verschiedenheit europäischer und amerikanischer Verhältnisse, wenn man als Vergleich heranzieht, daß Baiern 1810 bei der Erwerbung Baireuths, dessen Flächeninhalt ein gutes halbes Promille des amerikanischen Landgewinnes ausmacht, allein für die Domänen 35 Millionen Franken an Napoleon zu zahlen und außerdem noch für 1 700 000 Gulden Schulden zu übernehmen hatte, zusammen ein Siebentel der amerikanischen Gesamtsumme.

Es hat bei dieser gewaltigen Erweiterung des Staatengebietes nicht an widersprechenden und erst recht nicht an warnenden Stimmen in der Union selbst gefehlt, die ihrer abweichenden Auffassung

mit amerikanischer Lebhaftigkeit Ausdruck gaben. Man hat auf internationale Schwierigkeiten hingewiesen, die entstehen, auf die Gefahren, die aus der Steigerung der Militärmacht den republikanischen Einrichtungen erwachsen könnten, auf die unvermeidliche Vergewaltigung der Indianer, vor allem aber, wo irgend ein Anhalt gegeben war, auf die angebliche Wertlosigkeit der in Frage stehenden Gebiete. Senator Mac Duffin wollte 1843 für das Oregongebiet „nicht eine Prise" geben, „700 Meilen regenlosen, trockenen, sandigen Bodens mit unpassierbaren Bergen"; nicht die Schätze Indiens, meinte er, würden ausreichen, dorthin eine Bahn zu bauen. Als 1867 Alaska und die Aleuten von Rußland erworben werden sollten, bekam man im Kongreß zu hören, daß das unwirtliche, elende, gottverlassene Land nur eine Schädigung und Last für die Vereinigten Staaten werden, daß niemand einen Pfennig dafür geben werde, es möchten denn Leute sein, die verrückt genug seien, die Erdbeben von St. Thomas und Grönlands Eisfelder zu kaufen. Dasselbe Alaska, das, abgesehen von seinem Goldreichtum, seinen Kaufpreis (7 200 000 Dollars) heute alljährlich durch Pelz- und wesentlich mehr noch durch Fischhandel aufbringt! Mit einer Art Naturnotwendigkeit ging die Entwickelung über diese Hindernisse hinweg. „Die Geographie bestimmte Amerika zur Weltmacht," setzte seine Grenzen an die drei Meere. Westward ho war und blieb die Losung, die im Volke verstanden wurde, bis der Ozean — zunächst — Halt gebot.

In dieser geographischen Selbstverständlichkeit, die allerdings diesen Charakter nur gewinnen konnte unter der Voraussetzung moderner Verkehrsmittel, lag nun aber auch der überwältigende Wert, der die Erwerbungen der Vereinigten Staaten auszeichnete. Die Welt besaß kein zweites im 19. Jahrhundert noch zu vergebendes Gebiet von gleicher Ausdehnung und gleicher innerer Geschlossenheit, das in gleich hohem Grade kulturfähig gewesen wäre, und zwar kulturfähig für den weißen Mann. Die Anpassungsfähigkeit und Dehnbarkeit angelsächsischen Staatslebens aber zeigte sich im glänzendsten Lichte. Obgleich der Unternehmungs- und

selbst der Abenteuerlust der Einzelnen freiester Spielraum gewährt wurde, behauptete doch die Oberleitung ihre Rechte, vor allem in der Besitzergreifung und Verwaltung der gewaltigen Flächen herrenlosen Bodens. Sie hat durch weise und energisch festgehaltene Maßregeln die Bildung erdrückenden Großgrundbesitzes verhütet. Selbst die Bahnkonzessionen, die große Landbewilligungen notwendig machten, haben dieses Ergebnis nicht wesentlich beeinträchtigen können. Diese Politik hat sofort mit der Entstehung der Union eingesetzt. Zum Teil noch während des Krieges, sämtlich aber bis 1802 haben die einzelnen Staaten alles noch nicht im Privatbesitz befindliche Land der Union überlassen. Die Verwaltung ward dem 1790 begründeten Landamt (land-office) übertragen.

Schon in der englischen Zeit hatten die Staaten zahlreiche Fremde aufgenommen; jetzt haben sie ihnen die Tore weit geöffnet. Fünf Sechstel der Europamüden haben im 19. Jahrhundert in der Union eine neue Heimat gefunden. In ihren klimatischen und Bodenverhältnissen besaß sie schwer wiegende Vorzüge vor Kanada, Südafrika und Australien, die leichtere Reise noch besonders vor den letztgenannten Ländern. Die Irländer, welche nach 1845, dem schrecklichen Jahre der ersten Kartoffelfäule, ihre Insel zu Hunderttausenden verlassen mußten, gaben den Vereinigten Staaten schon den Vorzug, um sich englischem Regiment zu entziehen. Anders als jetzt überwog in jenen Jahrzehnten die Einwanderung, die ihren Erwerb im Landbau suchte, die gelockt wurde von der Möglichkeit eigenen, freien Grunderwerbs. Indem man daran festhielt, daß niemand mehr als 320 Acres (129,5 Hektar) Unionsland besitzen dürfe, jeder sein Besitztum auch bebauen müsse, und im Mindestmaß des zu verkaufenden Landes auf 40 Acres herabging, überzog man die Staaten mit einem dichter und dichter sich knüpfenden Netz von kleinen und mittleren Grundbesitzern, schuf einen lebensfähigen, selbständigen Farmerstand. Das Heimstättengesetz von 1862 überließ sogar Land unentgeltlich. Noch heute hat Amerika in der gesunden Mischung seiner Bevölkerung einen weiten Vorsprung vor den Ländern Euro-

pas. Während um 1890 Deutschland in Orten unter 2000 Einwohnern 53 (1900 nur noch 46), Frankreich 63, England in Orten unter 3000 Einwohnern gar nur 29 Prozent der Bevölkerung zählte, hatten die Vereinigten Staaten in Orten unter 8000 Bewohnern nahezu 71 Prozent ihrer Einwohnerschaft. Die Statistik bedient sich leider nicht der gleichen Grundzahl für die Ortsbevölkerung; aber auch so sind ihre Angaben ein beweiskräftiges Zeugnis.

Unter den Zugewanderten haben sich auch minderwertige Elemente befunden, auch solche, denen der Boden Europas zu heiß geworden war unter den Füßen; in den neuen Siedlungsgebieten, besonders da, wo der Fund von Edelmetallen rasches Reichwerden in Aussicht stellte, haben die Anfänge sich oft tumultuarisch, ja gelegentlich rechtlos gestaltet. Die Masse der Arbeitstüchtigen und Arbeitslustigen aber, der ehrlich nach Erwerb und Fortkommen Strebenden überwog doch, und es wird stets als eins der Zeugnisse für den inneren Wert menschlicher und insonderheit germanischer Natur angeführt werden können, daß fast ausnahmslos aus den unfertigen, scheinbar in nacktester und brutalster Selbstsucht aufgehenden Zuständen, wie sie auf dem Boden der Vereinigten Staaten an so mancher Stelle den Beginn der Dinge bildeten, das Bessere, zu dauernder Existenz Berechtigte sich durchrang und durch Kampf zum Siege gelangte. So ist das Ergebnis dieser in Besitzergreifung und Siedlung ausmündenden Völkerwanderung, die bis in die fernsten Gegenden der alten Welt und nicht einmal ausschließlich innerhalb der kaukasischen Rasse ihre Kreise gezogen hat, eine Neulandskultur von beispielloser Blüte gewesen, eine Kolonisation, wie sie größer und erfolgreicher die Welt nicht gesehen hat. Für die Union aber bedeutete diese Wanderung einen ungeheueren Kräftezuwachs. Das neue Leben des Westens wirkte auf die alten Gebiete zurück. In den dreizehn Ursprungsstaaten wohnen heute neunmal so viel Menschen, als da sie ihre Freiheit erkämpften, und ihrer Bevölkerungszahl kommt heute diejenige gleich, die in den damals fast noch menschenleeren Gegenden zwischen den Alleghanies und dem Mississippi ihre Heimat gefunden hat.

Diesen Kräftezuwachs begleitete aber wie sein Schatten eine Verschiebung des politischen Verhältnisses zu England.

Daß die Union nicht nur in Verkehrs-, sondern auch in Machtfragen zu einem Rivalen heranwachsen könne, ist schon den Männern klar gewesen, die sich zur Anerkennung ihrer Unabhängigkeit bereit finden ließen. Man hat dementsprechend ihre territorialen Fortschritte in England nicht ohne Argwohn verfolgt. Die Erwerbung Louisianas fiel in eine Zeit, in der England allen Anlaß hatte, sich nicht noch einen neuen und seetüchtigen Gegner zu schaffen. Gegen die Annexion des strittigen Teils von Florida (1810) hat es alsbald protestiert, ohne doch nach dem folgenden, günstig verlaufenden Waffengange auf seiner Räumung zu bestehen. Auch weiterhin ist die Macht der Union dem sieggekrönten Albion noch nicht bedrohlich erschienen. Canning trug kein Bedenken, mit ihr gemeinsame Sache zu machen gegen die europäische Reaktion. War die Monroe-Doktrin doch in keiner Weise gegen den bestehenden Kolonialbesitz europäischer Staaten gerichtet, wie ihr ja auch später diese Bedeutung niemals beigelegt worden ist. Den Ansprüchen der Vereinigten Staaten auf den Stillen Ozean trat man aber schon mit Zweifeln entgegen, ob man in einem kriegerischen Konflikte der überlegene Teil sein werde. 1837 hatten sich im französischen Unterkanada die „Söhne der Freiheit" gegen Englands Herrschaft erhoben! Der Vorschlag, sich auf den 49. Breitengrad als Grenze zu einigen, wurde daher mit einer gewissen Erleichterung aufgenommen und alsbald festgehalten; er sicherte den kanadischen Ländern eine Westküste.

In der Texasfrage hat England das Mögliche getan, das Land mit Mexiko auszusöhnen und seinen Anschluß an die Vereinigten Staaten zu hintertreiben. Als er trotzdem erfolgte, fügte es sich, ließ weiterhin auch die Verkleinerung Mexikos geschehen.

Eine neue Kraftprobe, die aber auch eine diplomatische blieb, ergab sich aus den interozeanischen Kanalplänen.

England hat ihnen früh seine Aufmerksamkeit zugewandt und schon gegen Ende des 18. Jahrhunderts an eine Okkupation des

Nicaraguasees gedacht. In den vierziger Jahren suchte es unter Berufung auf ältere Rechte und Beziehungen die Mosquitoküste zu gewinnen und besetzte 1848 Greytown an der Mündung des San Juan-Flusses, suchte auch Fuß zu fassen an der anderen Seite der Landenge auf der Insel Tigre in der Fonseca-Bucht, also die beiden Endpunkte des in Aussicht genommenen Nicaraguakanals in die Hand zu bekommen. Der sofortige Einspruch der Vereinigten Staaten nötigte zum Rückzug. Am 4. Juli 1850 schlossen die zwei Länder den Clayton-Bulwer Vertrag. Er verpflichtete beide, keine politischen Rechte, keinen Landbesitz und kein Protektorat zu erwerben in Nicaragua, Costarica oder an der Mosquitoküste, keine Truppen zu landen und keine Festungen zu errichten und keine ausschließliche Kontrolle zu beanspruchen über einen etwa erbauten Kanal. Damit war festgelegt, daß England darauf verzichtete, auf amerikanischem Boden den Vereinigten Staaten seinen Willen aufzuzwingen. Es hatte die ehemalige Kolonie als gleichwertigen Machtfaktor anerkannt. Ein außereuropäisches Europa stand selbständig neben dem alten.

Drittes Kapitel.

Von der Juli- bis zur Februar-Revolution.

Während England und Amerika Weltreiche gründeten und Rußland in Vorderasien ähnlichen Zielen zustrebte, waren die Völker, die 1812 Napoleons Gebot hatten folgen müssen, beschäftigt, ihre ins Wanken geratenen inneren Verhältnisse auf neue und festere Grundlagen zu stellen und die bestehende Besitzverteilung nationalen Bedürfnissen entsprechend umzugestalten. So völlig hat diese Aufgabe sie in Anspruch genommen, daß ihre Kraft für überseeische Fragen so gut wie vollständig ausgeschaltet und erst gegen Ende dieses Zeitraums, und auch dann nur von Frankreich, langsam wieder eingesetzt worden ist.

Im Mittelpunkt der festländisch-europäischen Politik stand auch nach der Julirevolution fortgesetzt Frankreich, gleichsam das Barometer für Europas politische Witterung. Louis Philipp war Karl X. gefolgt. Dieses Ergebnis des Aufstandes war aber nicht das, was der Masse der Kämpfer als Ziel vorgeschwebt hatte. Sie waren in der großen Mehrzahl Republikaner und fühlten sich übervorteilt und überlistet, betrogen um ihre Hoffnungen. Während der ganzen Regierung Louis Philipps ist diese Verstimmung nicht geschwunden. Sie hat sich Luft gemacht in Putschen und Attentaten, die selbst für französische Verhältnisse ungewöhnlich zahlreich einander folgten, und sich im Laufe der Jahre nur immer mehr gesteigert.

Sie durchsetzte sich auch je länger, je mehr mit sozialistisch-kommunistischen Anschauungen, für die ja gerade Franzosen, zu Napoleons Zeiten Saint Simon, jetzt besonders Louis Blanc, eine

theoretische Unterlage geschaffen hatten oder zu schaffen suchten. So wendete sich die Opposition nicht nur gegen den König, sondern auch gegen die „Bourgeoisie“, die zu dem, was ihr Name besagen soll, sich doch nur im Ursprungslande dieses Namens voll herausgebildet hat, und zwar nicht zuletzt infolge der günstigen Bedingungen, die ihr die Julimonarchie schuf. Getreu den frondierenden Neigungen seiner Vorfahren hatte der Bürgerkönig seinen Liberalismus betont, so lange es galt, den Bourbonen gegenüber an Popularität zu gewinnen. Die Maske abzuwerfen, als er zur Macht gelangte, war er zugleich zu klug und zu feige. Aber sein Innerstes hing an der tatsächlichen Handhabung dieser Macht, und mit gutem Grunde lernte die öffentliche Meinung in ihm von Jahr zu Jahr mehr einen Fälscher als einen Förderer des französischen Verfassungslebens erkennen und hassen.

Er ging in diesem Streben eine Strecke Weges mit der Bourgeoisie zusammen. Die neue Verfassung gewährte ein etwas erweitertes, immer aber noch sehr beschränktes Wahlrecht. Frankreich erhielt 200 000 Wähler, trotz stärkerer Bevölkerung noch nicht halb so viel wie Großbritannien vor der Parlamentsreform. So herrschte die Plutokratie weiter. Sie gewann aber einen anderen Charakter, da Louis nicht, wie die Restauration, mit dem Feudalismus gehen konnte. Fabrik- und Handelsherren haben unter dem „Bürgerkönigtum“ ihre besten Tage gehabt. Aber auch dieses Bündnis konnte auf die Dauer nicht bestehen. Es gab bald auch in den Bourgeoisiekammern Vertreter, die sich der Notwendigkeit einer Reform nicht verschlossen, die erkannten, daß nur so der allgemeinen Unzufriedenheit der mittleren und unteren Klassen der Boden abgegraben werden könne.

Für Reformen aber war der König, je älter er wurde, um so weniger zu gewinnen. Er hat es vortrefflich verstanden, trotz der Verfassung ein ausgeprägt persönliches Regiment zu führen. Die Minister sind von Jahr zu Jahr mehr seine Werkzeuge geworden. Es ist der Dynastie nicht zugute gekommen, daß ihr Haupt in den letzten sieben Jahren seiner Regierung an dem hochgebildeten, ab-

solutistisch gesinnten Guizot, der ihn zu lenken glaubte, in Wirklichkeit aber von Louis Philipp geleitet wurde, „seinen Minister“ fand. Der König war verschlagen und ränkevoll und verdankt dem Erfolge; aber diese seine Art, sein Hochmut und sein Eigensinn machten den Dienst bei ihm auch allen selbständigen Naturen unerträglich. Auch in der Volksvertretung, wie sie bestand, hatte Louis Philipp zuletzt keinen Boden mehr. So entwickelte sich die Lage, die der preußische Gesandte von Arnim am 13. Februar 1848 mit den Worten zu zeichnen versucht hat: „Die Regierung gleicht einer Wanduhr, die aufgezogen ist und seitdem ziemlich regelmäßig geht; aber niemand kann sie wieder aufziehen. Der Schlüssel ist verloren. Niemand weiß, wie lange sie gehen wird. Alles, was man wissen kann, ist, daß die Maschine, die im Juli 1830 hergestellt wurde, kein Lebensprinzip in sich selber hat.“

Mehr als in anderen Ländern Europas hat sich in Frankreich in neuerer Zeit die innere Lage widergespiegelt in der auswärtigen Politik. Unter dem Julikönigtum konnte das nicht anders sein. Die revolutionäre, republikanische Strömung hatte auch ihre propagandistische Seite. Sie war nicht zu ihrem Rechte gekommen; Erfolge nach außen hätten das ausgleichen können. Zu tief hatten die Eroberungstendenzen Wurzel gefaßt in der Nation, als daß selbst der traurige Ausgang, den die glorreichen Kämpfe der Revolution und des Kaiserreichs zum Schlusse genommen hatten, den Ruf nach den natürlichen Grenzen hätte zum Verstummen bringen können. Obgleich von wirklichen Verlusten gegenüber dem Stande von 1790 nicht die Rede sein konnte, war die Nation doch durchdrungen von der Überzeugung, daß Frankreichs heiliger Boden geschmälert, zerstückelt sei. Die Verdrängung des französischen Einflusses aus Italien, die beherrschende Stellung, die Österreich dort einnahm, war ein weiterer Stachel, der fortdauernd empfunden wurde.

Der „König der Franzosen“ erkannte das in voller Klarheit. Er war beseelt von sehnlichsten Wünschen, den nationalen Aspi-

rationen seines Volkes nachzugeben. Aber er wußte, daß es bei einem Versuch seine Krone gelte, daß sein Königtum eine Niederlage nicht überleben werde. Und er war nicht so vom Siege überzeugt wie der Kriegsstolz seiner Untertanen, die zwar dem vereinigten Europa unterlegen waren, sich aber den Nachbarn mehr als gewachsen fühlten. Während seiner ganzen Regierung ist Louis Philipp zwischen diesen Antrieben hin und her geschwankt. Wollen zum Kriege hatte er, aber das Vollbringen fand er nicht.

Noch von Karl X. waren Frankreichs Waffen nach Algier getragen worden. Am 4. Juli 1830 hatte Bourmont, in den Augen der bonapartistisch Gesinnten wegen seines Verhaltens 1815 nur der Verräter am Kaiser, die Stadt des Dei eingenommen. Louis Philipp hat die gestellte Aufgabe weiter verfolgt. Sie fand auch noch unter seiner Regierung eine Lösung, die abschließend schien. Zwei Monate vor der Februarrevolution hat sich Abdel-Kader, der durch anderthalb Jahrzehnte die Seele des Widerstandes gewesen war, den Franzosen ergeben, und zwar, was des Königs Herz besonders erfreuen konnte, seinem eigenen Sohne, dem Herzog von Aumale. Frankreich konnte sich wenigstens als Herr des Küstenlandes fühlen und hatte sich um Europa das zweifellose Verdienst erworben, den Seeräubereien des Hauptsitzes der Barbaresken ein Ende gemacht zu haben.

Aber wenn das Land auch mit Genugtuung seinen kriegerischen Ruhm gemehrt sah, so waren es doch andere Erfolge, die seinem Ehrgeize vorschwebten. Hier aber hat Louis Philipps Regierung vollständig versagt. Von 1832—38 haben Franzosen Ancona besetzt gehalten, als die Österreicher den im Anschluß an die Julirevolution in Mittelitalien ausgebrochenen Unruhen trotz französischen Einspruchs ein Ende gemacht hatten und eine dauernde Besetzung des Kirchenstaats zu planen schienen. Sie blieben den Franzosen gegenüber in den Legationen. Zugunsten Maria Christinas gegen die Karlisten in Spanien einzugreifen, hat Louis Philipp nicht gewagt, obwohl ihm die 1834 zustande gekommene Quadrupelallianz der Westmächte eine kaum weniger bequeme Handhabe ge-

boten hätte als 1823 Ludwig XVIII. die heilige Allianz, und obgleich das Interesse seines Hauses an einer Intervention größer war als seiner Zeit das Ludwigs XVIII.

In eine wirklich schwierige Lage brachte ihn die Entwickelung der orientalischen Angelegenheiten, als Mehemet Alis steigende Macht, der gegenüber schon gegen Schluß des griechischen Krieges die durch Reformversuche und die Vernichtung der Janitscharen geschwächte Türkei an die zweite Stelle getreten war, auf direkte Kosten des Sultans noch weiter Boden zu gewinnen suchte und 1833 dem Oberherrn Syrien und die Provinz Adana mit den Tauruspässen abzwang. Die Pforte fand Rückhalt nicht nur an Rußland, sondern auch an England, das ein starkes und dazu unter leitendem französischen Einfluß stehendes Ägypten nicht dulden wollte, und die beiden deutschen Großmächte stellten sich auf die gleiche Seite. Als Mahmud II., dieser Rückendeckung vertrauend, 1839 den Krieg erneuerte und abermals geschlagen ward, griffen die Mächte tatsächlich zu seinen Gunsten ein und wiesen den Vizekönig in seine Grenzen zurück. Louis Philipp sah sich vor die Wahl gestellt, seinen Schützling fallen zu lassen oder gegen alle vier Großmächte die Waffen zu erheben. Die Wogen der Kriegslust gingen hoch in Frankreich, und Volk und Ministerium, an dessen Spitze Thiers als entschiedener Vertreter einer aggressiven Politik stand, drängten, die orientalischen Differenzen am Rheine auszufechten. In dieser Absicht ward damals Thiers der Urheber der Befestigung von Paris. Der König wählte doch den Weg des Friedens und der Demütigung und ersetzte im Oktober 1840 Thiers durch Guizot. Er konnte sich nicht entschließen, „die Jakobinermütze aufzusetzen", wie er der europäischen Diplomatie gedroht hatte.

Die Überführung der Leiche Napoleons nach Paris, die Thiers zur Anfeuerung des kriegerischen Sinnes betrieb und 1841 durchsetzte, vergegenwärtigte der Nation den Unterschied zwischen einst und jetzt. Die französische Politik blieb auf der Pyrenäischen Halbinsel der englischen, in Italien der österreichischen gegenüber im Nachteil, obgleich die französisch-englische entente cordiale, die man

als Gegengewicht gegen das Zusammengehen der Ostmächte so sehr betonte, noch für einige Jahre wieder auflebte. Als Guizot im August 1846 den spanischen Heiratsvertrag zugunsten des Herzogs von Montpensier erschlich, war es auch damit zu Ende. Frankreich stand wiederum allein; in der auswärtigen Politik fehlte es durchaus an Erfolgen, welche die innere Lage hätten ausgleichen können. Die Besetzung der Marquesas- und die Übernahme eines Protektorats über die Gesellschaftsinseln, Erwerbungen, zu denen 1842 nach dem ägyptischen Mißerfolg die Erinnerung an Bougainvilles Fahrten führte, und die man englischen Umtrieben gegenüber behauptete, mochten als Belege gelten, daß auch dieser Regierung der Kolonisationsgedanke nicht ganz entschwunden war, konnten aber für die Stimmung der Nation nicht ins Gewicht fallen. Leichter noch als das Königtum der Bourbonen ward das der Orleans überwältigt, als es am 22. Februar 1848 wagte, eins der üblich gewordenen Reformbankette zu untersagen und sein Verbot aufrecht zu erhalten. Und diesmal folgte, wie es schon 1830 die Meinung der Kämpfenden gewesen war, die Republik.

Indem Frankreich so aus jeder Mitbewerbung um überseeische Macht ausschied, weil Herrscher und Volk ganz erfüllt blieben von den überlieferten Eroberungstendenzen und leitenden Einfluß in Deutschland und Italien als ein unveräußerliches Recht beanspruchten, sahen sich diese Länder selbst schon allein durch ihre inneren Verhältnisse zur vollen Teilnahmlosigkeit verdammt. Die Fragen der Zeit, staatliche Begründung des nationalen Bestandes und seine konstitutionelle Gestaltung, stießen bei ihnen auf Schwierigkeiten wie sonst nirgends in den alten Kulturstaaten Europas und waren doch für die weitere Entwickelung des Erdteils von größerer Bedeutung als irgendwo sonst.

Die Julirevolution hat, wie bemerkt, in Deutschland nur eng begrenzte Nachahmung gefunden. Doch aber hat sie der öffentlichen Meinung einen starken Anstoß gegeben und zur Ausgestaltung und Klärung der Ansichten über das, was not tue, nicht wenig bei-

getragen. Der staatsrechtlich gegebene Weg zu festerer nationaler Einigung und dadurch gesteigerter Geltung in Politik und Wirtschaft war der durch den Bundestag. Er hatte sich schon in den kurzen Jahren bis zu den Karlsbader Beschlüssen als ungangbar erwiesen. Der Bundestag hatte völlig versagt, als es sich darum handelte, den schweren Notständen der Jahre 1816/17 durch Erleichterung des Binnenhandels einigermaßen abzuhelfen, ebenso völlig, als versucht wurde, durch ihn Deckung deutscher Schiffahrt gegen die Räubereien der Barbaresken zu erlangen. Er hatte in dem einen Falle auf heilbringende Besserungen der Zukunft, im anderen auf gütige Fürbitten der beiden Großmächte bei den Seemächten verwiesen. Dagegen fanden ihn die Karlsbader Beschlüsse als brauchbares Werkzeug einer zugleich kleinlichen und verbissenen Reaktion. Es konnte dann auch nicht mehr wundernehmen, daß er sich den Nöten der Untertanen in einzelnen Bundesstaaten versagte. Weder die Kurhessen noch die Holsteiner konnten hier Schutz finden gegen zweifellose Rechtsbrüche ihrer Landesherren. So schied der Bundestag schon im ersten Jahrzehnt seines Bestehens aus dem öffentlichen Leben der Nation aus; er ward „der Indifferenzpunkt der deutschen Politik".

Daran hat die Julirevolution nichts ändern können. Aber sie hat doch vermocht, dem öffentlichen Leben in den Einzelstaaten, wo es allein noch pulsierte, einen rascheren Gang zu geben.

Natürlich zunächst nur in den Staaten, die sich einer Verfassung erfreuten, und hier wieder vor allem im deutschen Süden und Südwesten. Man fühlte sich dort als Träger und Bahnbrecher konstitutionellen Lebens. Die Gedanken der französischen Revolution hatten hier am meisten Verbreitung gefunden und am tiefsten Wurzel geschlagen. Dabei bedeuteten aber die Rheinbundserinnerungen einen gewissen Bruch mit der deutschen Tradition und wiesen zugleich auf den Ursprung der eigenen Größe hin. So geriet man in einen doppelten Gegensatz zu Preußen, den des Verfassungsstaates gegenüber dem Absolutismus und den der Eifersucht auf die größere Macht und der Furcht vor dem nationalen Ehrgeiz, den

man in dem norddeutschen Großstaate mehr voraussetzte, als er tatsächlich vorhanden war. Schärfer als Österreichs ward Preußens reaktionäre Haltung empfunden und verurteilt, weil jene nur verletzte, diese aber auch enttäuschte.

An höchsten Stellen des Südens ist man mehr bemüht gewesen, den Spalt zu erweitern als zu schließen. König Wilhelms von Württemberg „Manuskript aus Süddeutschland" ist ein starkes Zeugnis für redlichstes Bemühen in dieser Richtung. Wie die Volksstimmung entgegenkam, lehrt in ansprechendster Form Hauffs „Bild des Kaisers". Es ist die Geburtszeit jener abfälligen, geringschätzigen und gelegentlich gehässigen Beurteilung Norddeutschlands und norddeutschen, zumal preußischen und gar erst Berliner Wesens, die in manchen Härten und Unarten ihren verständlichen Anlaß finden mochte, die aber doch weit über das Ziel hinausschoß, bis heute aber im Süden noch nicht unpopulär geworden ist, wenn auch bessere Kreise sich längst von ihr losmachten. Man gefiel sich als „reines Deutschland" und verrannte sich in diese Vorstellung. Aus den Erinnerungen und aus den Verhältnissen heraus spannen sich zahlreiche Fäden, die zu Frankreich und französischen Anschauungen hinüberführten bis zur äußeren Lebensgewöhnung und zu dem Brauche, besseres Los als daheim und Fortkommen, wenn die Heimat es nicht zu bieten schien, im reicheren westlichen Nachbarlande oder in der republikanischen Schweiz zu suchen. In den süddeutschen Kammern, vor allem in Frankreichs nächstem Nachbarlande, in Baden, weckte die Julirevolution wieder lebhafte Töne, lautes Verlangen nach erweiterten Rechten. Ihr Ideal, die Republik, fand auch hier Anhänger. Gab es in den Staaten des Südens doch auch weit größere Bruchteile der Bevölkerung, die durch kein überliefertes Band an ihre Dynastien gebunden waren. Es wurde populärer Auffassung vielfach selbstverständlich, daß es die Aufgabe des Jahrhunderts sei, „die Throne wegzuräumen". Ausführbar erschien das aber nur durch Anlehnung an Frankreich, wenn dort die Republik zum Siege gelangt sei. So gewöhnte man sich, im revolutionären Frankreich eine befreundete Macht zu sehen,

deren Geschick das eigene mitbestimme. Es blieb unbeachtet oder ward gering angeschlagen, daß dieser Weg zur Freiheit leicht in Abhängigkeit von den Fremden auslaufen konnte.

Gerade im Süden fand aber auch eine andere Auffassung Boden und starke, tönende Worte. Der Gedanke, Preußen zu Deutschland zu erweitern, ist nicht preußischen Ursprungs. Friedrich dem Großen ist er fremd geblieben, und die Bestrebungen Preußens, gegenüber der um sich greifenden französischen Macht zu einer Führerschaft über Norddeutschland zu gelangen, sind anderer Art. Auch die Neuordnung der deutschen Verhältnisse auf dem Wiener Kongreß hat sich mit derartigen preußischen Wünschen oder Ansprüchen nicht zu befassen gehabt. Wohl aber ist in diesen Tagen in der Umgebung Karl Augusts von Weimar der Gedanke vertreten worden, daß allein die Einigung Deutschlands unter Preußens Führung mit Ausschluß von Österreich Deutschlands Zukunft sichern könne. Er hat Nachklang nicht geweckt. Des Schwaben Paul Pfizers „Briefwechsel zweier Deutscher" fand 1831 den Boden doch besser vorbereitet, die Saat aufzunehmen. Er vertrat die preußische Führung mit einer Entschiedenheit und Klarheit, die sein Buch zu einem Programm machten. Es war die württembergische protestantische Bildung — man möchte nicht übersehen, daß sie auf rein lutherischer Grundlage ruhte —, die hier mit schwäbischer Warmherzigkeit zu Worte kam und denkend und dichtend zugleich belehrte und begeisterte. Es war auch nicht reiner Zufall, daß die Stimme sich erhob auf dem klassischen Boden des alten Reiches.

Unmöglich konnte sie rasch durchdringen. Im Norden, wo die napoleonische Zeit außerhalb Preußens nur geringfügige Gebietsverschiebungen veranlaßt hatte, war zwar monarchische Gesinnung unerschütterlich begründet; auch lebte dort vom Siebenjährigen, vom Revolutions-Kriege und vom Feldzuge von 1815 her noch in weiten Kreisen das Gefühl der Waffenbrüderschaft mit Preußen. Aber der Gegensatz gegen den Staat der Disziplin war doch auch dem Norden nicht fremd. Der Friese Uwe Jens Lornsen, ein deutscher Feuerkopf wie kaum ein zweiter, fand, daß es keinen reineren und

schärferen Gegensatz zu echt germanischem Wesen gebe als das Preußentum, Preußen darum auch der Brennpunkt des Hasses aller Deutschen sei. Dazu sah die bald einsetzende verschärfte Reaktion Preußen abermals in Österreichs Schlepptau. Als die festfrohen Pfälzer, die so gern auf Bergeshöhen, in den Burghöfen ihrer Ruinen oder auf Waldeslichtungen zu Scherz und Ernst zusammentreten, im Mai 1832 auf dem Hambacher Fest ihrer Vaterlands- und Freiheitsliebe in Reden Luft gemacht hatten, die besser ungehalten geblieben wären, führte der sonst so träge Bund den Gegenschlag unter vollem Einverständnis Österreichs und Preußens. Man begnügte sich nicht, die alten Polizeimaßregeln einzuschärfen und neue hinzuzufügen, man wollte jetzt allen Ernstes das Verfassungsleben der Einzelstaaten von Bundes wegen überwachen, es jedem Fürsten zur Pflicht machen, sich in seinen Regentenrechten nicht weiter beschränken zu lassen, und nötigenfalls zur Exekution von Bundes wegen schreiten. Der wahnwitzige Frankfurter Putsch vom 3. April 1833 gab der Reaktion neue Handhaben und fand Österreich und Preußen in gleichem Einvernehmen.

So konnte es nicht fehlen, daß die Meinungen weit auseinandergingen, was wichtiger und zunächst zu erstreben sei, die Einheit oder die Freiheit, der nationale Staat, der ohne Preußen nicht denkbar war, oder die Ausgestaltung der Einzelstaaten in freiestem Konstitutionalismus oder gar in republikanischer Regierungsform. Indem die Ansichten sich gegenüber traten, klärten und formten sie sich. Die Stille der zwanziger Jahre war und blieb überwunden. Kein Zweifel, daß der Radikalismus, dem das Wort deutsch allmählich zum Agitationsmittel herabsank, zunächst die lauteren und glücklicheren Wortführer fand. Das inhaltleere Gezeter eines Börne, der zersetzende Witz eines Heine, das ganze ebenso seichte wie formlose Treiben des jungen Deutschland wirkten — uns kaum noch verständlich — auf ein Publikum, das erst langsam anfing, den Wert von Kenntnissen und Erfahrungen im staatlichen Leben schätzen zu lernen, dem auch wenig Gelegenheit geworden war, sich in dieser Schule zu bilden, und das den Mangel einstweilen durch Glauben

und Stimmung ersetzte. Wie hätte es anders sein sollen in einem Lande, dessen geistiges Leben so lange seinen Schwerpunkt in der schönen Literatur gefunden hatte! Wie Heine im „Schwabenspiegel" gegen Pfizer die Lacher auf seiner Seite behielt, so blieb die Realpolitik des „Briefwechsels" im Nachteil gegenüber den Schwärmereien, die für „die europäische Freiheit" begeisterten und mit dem Gedanken allgemeinen Umsturzes spielten. Doch gehörte ihr die Zukunft. Trotz allem kam ihr der preußische Staat selbst zu Hilfe, indem er jedem, der Augen hatte zu sehen, doch auch die starken Seiten seines Wesens zeigte.

Als wundester Punkt in Deutschlands Gesamtleben ward weithin seine wirtschaftliche Zerrissenheit empfunden. England hatte Ähnliches nie gekannt; für Frankreich war die Beseitigung der inneren Verkehrsschranken eine der wertvollsten Segnungen der Revolution gewesen. Ganz abgesehen von ihrer politischen Machtstellung standen diese Länder schon durch diesen Vorzug ungleich günstiger einer Zeit gegenüber, in der die Welt sich öffnete durch die Entfesselung des romanischen Amerika, die fortschreitende Verkehrstechnik und den allmählichen Sieg des Freihandels im weiten englischen Reiche. Preußen war, wie es aus dem Wiener Kongreß hervorging, in seiner wirtschaftlichen Lage ein Spiegelbild Deutschlands. Sein Beamtenregiment schenkte ihm, was Frankreich der Revolution verdankte. Das Zollgesetz von 1818 machte die Monarchie zu einem Wirtschaftsgebiet. Es folgten im engsten Anschluß die Steuergesetze von 1819 und 1820, die mit ihrer Ordnung der indirekten und der direkten Auflagen der preußischen Wirtschafts- und Finanzpolitik eine einheitliche Gestaltung gaben. Sie waren die Krönung des Reformwerkes, das 1807 begonnen hatte, wenn man von einer Krönung reden darf, so lange es an einer allgemeinen Landesvertretung (das Jahr 1821 hat ihr Nichtzustandekommen entschieden) fehlte. Indem man sich aber den Grundsätzen eines gemäßigten Freihandels zuwandte, ward der Beamtenstaat Preußen der Wegweiser auf einer Bahn, die in

England nicht ohne Hinweis auf diesen Vorgang betreten worden ist.

In den wirtschaftlichen Fragen wurde nun bald auch der nicht auszugleichende Vorzug wirksam, den Preußen in den deutschen Dingen vor Österreich genoß, indem seine Grenzen ihm eine tätige, vorwärts drängende Politik aufzwangen. Die Jahre nach den Freiheitskriegen sind schwere Notjahre für Deutschland gewesen, zugleich infolge Mißwachses und wegen Überschwemmung mit unter Preis verkauften englischen Waren, die dem Verschwinden der Kontinentalsperre folgte. Der Mangel einheitlicher Verkehrsordnungen ward schmerzlichst empfunden, nicht nur im Volke, sondern auch in manchem Kabinett. Aber weder der Handelsverein, der sich 1819 unter Lists Führung von Schwaben her bildete, noch die amtliche Auffassung von der Notwendigkeit eines gesamtdeutschen Zollsystems, die der badische Finanzrat Nebenius so klar wie entschieden vertrat, vermochten Handhaben zu gewinnen zur Umsetzung in die Tat. Die Bundesakte hat in allen ihren Entwürfen Bestimmungen über eine einheitliche Regelung der Handels-, Verkehrs- und Schiffahrtsangelegenheiten, ein Beleg, wie allgemein deren Dringlichkeit anerkannt wurde; ihr endgültiger Artikel 19, der die Regelung dieser Fragen in Aussicht nimmt, hat trotzdem Nachachtung nicht gefunden.

Aus dieser Not konnte nur Preußen helfen, das nach seiner Lage Leid und Freud mit Deutschland teilen mußte. Österreichs Abgelegenheit, seine Rückständigkeit in der Entwickelung des Erwerbslebens gestatteten ihm, die deutschen Interessen von den eigenen völlig zu trennen. Es ist bezeichnend, daß Preußen nie ernstlich in Gefahr gekommen ist, in seiner Zollpolitik von Österreich abhängig zu werden, so oft und so energisch Metternich auch versucht hat, es auch in diesen Fragen ins eigene Fahrwasser hinüberzulenken. Zu tief hätte das eingegriffen in die unveräußerlichen Lebensbedingungen des preußischen Staates. Als die eigene wirtschaftliche Einheit festgelegt war, forderte schon die gegenüber dem Flächeninhalt und der Bevölkerungszahl durch die räumliche Zwei-

teilung des Staatsgebietes und die große Zahl der Enklaven und Exklaven unerträglich ausgedehnte Zollgrenze die Erweiterung des preußischen zu einem deutschen Zoll- und Steuergebiet.

Es ist oft erzählt und doch kaum mehr im Bewußtsein der Gegenwart lebendig, wie großen und wie ermüdenden Schwierigkeiten Preußen auf diesem Wege begegnete. Es konnte zunächst nur schrittweise vorgehen und stieß nach den ersten spärlichen Erfolgen auf den hartnäckigsten Widerstand vermeintlich oder wirklich entgegenstehender Interessen und auch gehässigsten Übelwollens. Der mitteldeutsche Handelsverein vom 14. September 1828 wird stets eins der beredtesten Zeugnisse für die Wunderlichkeiten bleiben, denen die Verzwicktheit deutscher Verhältnisse noch im 19. Jahrhunderte Leben geben konnte.

Seine Entstehung bot den süddeutschen Rheinbundsstaaten Gelegenheit, der früheren Entwickelung ihres Verfassungslebens ein weiteres Verdienst um Deutschlands Neugestaltung hinzuzufügen, und König Ludwig von Baiern hat sie nicht unbenutzt vorübergehen lassen. Er leitete die bairisch-württembergische Verbindung, die gedacht war als Gegenwehr gegen Preußen, hinüber zur schon geschlossenen preußisch-hessischen. Die zwischen beiden getroffene Vereinbarung vom 27. Mai 1829 war gleichbedeutend mit dem Todesurteil für die Mißgeburt des mitteldeutschen Handelsvereins. Es hat dann noch Mühe genug gekostet und ist durch das Eintreten der Julirevolution nicht erleichtert worden, die Mehrzahl seiner Glieder für die Gesamtheit zu gewinnen; aber die Neujahrsnacht von 1833 auf 1834 sah doch die Mautschranken der wichtigsten Binnengrenzen fallen.

Man kann, um die unglaubliche, anderen Nationen schwer verständliche Langsamkeit deutschen Fortschritts zu kennzeichnen, nicht oft genug daran erinnern, daß es noch weiterer zwanzig Jahre bedurfte, bis der deutsche Zollverein die Nordsee erreichte, daß die Ereignisse von 1866 eintreten mußten, um ihm die Küstengebiete von der Elbe bis zur pommerschen Grenze zuzuführen, und daß das geeinigte Deutsche Reich fast achtzehn Jahre bestanden hat,

ehe seine beiden größten Seehandelsplätze in Handels- und zollpolitischen Fragen den Charakter des Auslandes einbüßten. Auch vereinzelte Binnenstaaten haben schier unglaubliche Sprünge gemacht, sich der Einigung zu entziehen, sich auch nicht entblödet, es mit Anschluß ans Ausland zu versuchen, das zu dem Einheitswerke scheel genug gesehen hat.

Es darf als mindestens zweifelhaft bezeichnet werden, ob das Werk gelungen wäre, wenn Preußen ein verfassungsmäßiges Regiment und die Landtage der Mittel- und Kleinstaaten eine größere Macht besessen hätten, als sie tatsächlich auszuüben vermochten. Preußen, wie es 1815 zusammengekommen war, barg so grundverschiedene Elemente in sich, war so wenig von einem einheitlichen Staatsgedanken, der doch die unerläßliche Vorbedingung gedeihlichen Verfassungslebens ist, durchdrungen, daß man sich schwer vorstellen kann, wie das alles, zusammenberufen auf Grund eines gleichmäßig verteilten Wahlrechts, einheitlich hätte zusammenwirken und die so unendlich verschiedenen Sonderinteressen hätte hintansetzen sollen. Die öffentliche Meinung hat sich in den zollpolitischen Fragen in den meisten Fällen so völlig urteilslos erwiesen (Friedrich List stand den preußischen Bestrebungen diametral entgegen und Gustaf Pfizer war gegen den Anschluß Württembergs!), sie hat dem werdenden Werke vielfach so törichte Bedenken und so unnützen Widerstand entgegengesetzt, daß man kaum sieht, wie die überlegene Sachkenntnis der Beamten diesen Strömungen gegenüber hätte zur Geltung kommen können. Besonders haben die in bunter Wiederholung in den Mittel- und Kleinstaaten auftauchenden übertriebenen Vorstellungen von eigener überlegener Konsumtion und höherem Kulturstande erst durch die Berechnungen der Beamten und die spätere Beobachtung ihre Richtigstellung erfahren müssen.

Die preußische Regierung hat in den Verhandlungen Gelegenheit gefunden, das Mißtrauen der Kabinette, in der späteren loyalen Handhabung der Verträge auch das der Untertanen, gegen ihre Absichten zu zerstreuen. Im alten Rheinbunde machte man doch

die Erfahrung, daß man nicht mit dem napoleonischen Frankreich verhandele. Der gleiche Genuß aller Einkünfte, die völlig gleiche Berechtigung in der Verwaltung, die Preußen, ohne das Übergewicht des Besitzes geltend zu machen, nicht nur allen Mittel-, sondern auch den größeren Kleinstaaten gewährte und ehrlich genießen ließ, haben den anfänglich so weit verbreiteten Argwohn völlig entwaffnet. Nur die unerschütterliche Zuversicht, daß das Band, einmal geknüpft, halten werde, konnte ein so weit gehendes Entgegenkommen des mächtigeren Staates rechtfertigen.

Diese Zuversicht hat nicht getäuscht. Obgleich die Verträge immer nur auf kurze Fristen geschlossen worden sind, erst durch den Übergang aufs Reich eine dauernde Bedeutung gewonnen haben, und obgleich die handelspolitischen Interessen der Glieder des Vereins nicht immer die gleichen waren und mannigfache politische Einflüsse, auch von außen her, seinen Bestand zu untergraben suchten, ist die Erneuerung doch immer wieder erfolgt. Nie hat ein Staat, der Glied des Zollvereins geworden war, den Austritt gewagt. Österreich aber hat seine Aufnahme, die es anzustreben anfing, als das Zustandekommen nicht mehr gehindert werden konnte, niemals durchzusetzen vermocht. Der Unterschied der wirtschaftlichen Lage war zu groß, als daß die politischen Erwägungen, die besonders in den ersten fünfziger Jahren vor allem den süddeutschen Staaten das Heranziehen Österreichs erwünscht erscheinen ließen, über sie hätten hinwegsehen können. Die wirtschaftliche Scheidewand gegenüber Österreich war errichtet und blieb bestehen; die politische mußte ihr folgen. Das hätte nicht geschehen können, hätte es noch ein Vorderösterreich gegeben.

Der glänzende Erfolg auf diesem Gebiete konnte nicht völlig das Odium beseitigen, das in der herrschenden öffentlichen Meinung auf dem verfassungslosen Preußen lastete. Er überzeugte aber alle Einsichtigen und Besonnenen, daß dieser Staat wegen dieses Mangels doch noch lange nicht ungeeignet sei zur Führung in nationalen Fragen. Die unleugbare Tatsache, daß die preußische Verwaltung auch auf den meisten anderen Gebieten des Staats-

lebens hinter keiner anderen deutschen zurückstand, sowie die größere Vertrautheit mit preußischen Staatseinrichtungen, die aus der neuen Verkehrsgemeinschaft und den Verhandlungen, die zu ihr führten, dem übrigen Deutschland erwuchs, konnten dieser Überzeugung nur neue Kraft zuführen. So setzte sich in langsamer, mühevoller Arbeit durch, was publizistisch im Nachteil gewesen war und auch noch durch Jahre blieb.

Der Thronwechsel des Jahres 1840 hat Preußen weiter in den Vordergrund der deutschen Dinge gerückt. Man hatte aufgehört, von Friedrich Wilhelm III. noch ein Einlenken in konstitutionelle Bahnen zu erwarten. Vom Sohne wußte man, daß er regsten, tätigsten Sinnes, deutscher Denkart und voll Teilnahme und Verständnis war für die höchsten geistigen Anliegen der Nation. Einem solchen Herrscher mußten im Volke der Denker und Dichter die Herzen entgegenschlagen. Es gehört zu den peinlichsten Wendungen der deutschen Geschichte, daß diese Empfindungen sich in weiten Kreisen und in kurzer Zeit in ihr Gegenteil verkehrten.

Niemand kann Friedrich Wilhelm IV. die Anerkennung gewissenhaftester Erfüllung seiner Regentenpflichten versagen. Aber die mystischen Anschauungen vom Königtum als Auftrag Gottes, die einst die Lehren der Restauration in sein Herz gesenkt, und die romantisch unklare Vorstellungen vom Mittelalter befestigt hatten, machten es ihm unmöglich, Fühlung zu gewinnen mit dem, was die Zeit bewegte. Ihre Wünsche und Hoffnungen drängten sich in das Wort „Verfassung“ zusammen; er sah in solchem Streben und Trachten ein fürwitziges Einmischen in den gottgewollten Gang der Dinge, für deren segensreiche Gestaltung er sich allein dem Höchsten verantwortlich fühlte. Er wollte nicht, daß „ein Blatt Papier sich eindränge zwischen ihn und sein Volk“. Er fand es nicht mit seinen Pflichten unvereinbar, seinen Untertanen einen erweiterten Anteil am Staatsleben zu gewähren; aber er dachte sich diesen Ausbau des Bestehenden, wie auch die Hebung des kirchlichen Lebens, an der seine innersten Wünsche hingen, in einer Richtung,

die seinen Vorstellungen von mittelalterlichem Leben entsprach: Herr und Knecht im gleichen Geist an Gottes Werke. Nur die nächsten Vertrauten konnten auf diesen Bahnen folgen. Die Zeit wollte nichts wissen von einer Auffassung, die in der Welt der Wirklichkeiten nie zu Recht bestanden hatte und auch jetzt nicht zu Recht bestehen konnte. Sie wollte staatsrechtliche Fragen staatsrechtlich und nicht mystisch-theokratisch erledigt sehen.

So stieß man bald aufeinander, nachdem die ersten Regierungshandlungen des Königs, vor allem seine Huldbeweise gegen nicht wenige führende Geister der Nation, freudigen Beifall geweckt hatten. Man fand, daß er seiner Zeit, der er das Banner habe vorantragen können, nur die Schleppe nachtrage. Nicht immer trat ihm in der gebührenden Form entgegen, was man von ihm erwartete und forderte; um so schwerer wurden ihm entgegenkommende Schritte. Die Neuerung der Eisenbahnen drängte mit zwingender Notwendigkeit zu großen staatlichen Aufwendungen, da Friedrich Wilhelms III. Ordnung vom Januar 1820 Anleihen ohne Einwilligung der Reichsstände untersagte. So ließ sich eine Gesamtstaatsverfassung nicht länger hinausschieben. Als der König sie in der Form des „Vereinigten Landtags" gewährte, zeigte sich sofort, daß damit die Zufriedenheit nicht wiederherzustellen war. Mit Mühe ward das nötige Geld erlangt. König und Stände schieden nach der ersten und einzigen Tagung im Juni 1847 in hellem Streit über den Rechtsboden, auf dem man stehe; das Patent vom 3. Februar, das den Landtag zusammenberufen hatte, wollte seine Mehrheit nicht als einen solchen anerkennen. Mit diesem Landtage und den Rechten, die ihm zugestanden wurden, war die Verfassung nicht gegeben, auf die man Anspruch erhob.

Mächtig aber haben die Hoffnungen, die so erregt wurden, und die Enttäuschungen, mit denen sie endeten, auf die gesamtdeutsche Reformbewegung eingewirkt. Sie lenkten doch wieder aller Blicke auf Preußen; man lernte fühlen, daß man diesem Staate zu Freude und Schmerz, auf Tod und Leben verbunden sei. Was

er für Deutschland bedeutete, das hatten die französischen Kriegsdrohungen von 1840 wieder zum Bewußtsein gebracht. Sie hatten auch bewiesen, daß die große Mehrheit des deutschen Volkes mehr national als radikal empfand, daß die Volksmeinung traf, was der Dichter vom Deutschen sang:

Gibt keinen Schritt vom Vaterland
Selbst für die Freiheit her.

Man ward sich klar darüber, daß es von zweien nur eins geben könne: Vernichtung Preußens oder Anerkennung seiner Führerrolle.

Die Antwort konnte besonnener Erwägung nicht zweifelhaft sein. Das war doch vom neuen Kurse, den eingeschlagen zu haben man Friedrich Wilhelm IV. trotz allem nicht absprechen konnte, geblieben, daß der Polizeiwillkür ein Ende gemacht worden war. Preußen war nicht mehr der tätigste Exekutor freiheitsfeindlicher Bundesbeschlüsse. Auf das konstitutionelle Wesen der Mittel- und Kleinstaaten konnten die preußischen Verfassungshoffnungen nur belebend wirken. Es fehlte doch auch hier nicht an Männern, denen Arbeit höher galt als tönende Reden, die wußten, daß man nicht bessern kann, was man nicht kennt und woran man nicht mitarbeitet, die daher zu schätzen vermochten, was der preußische Staat auch ohne Verfassung für Deutschlands innere Entwickelung bedeutete. Im Pfälzer Karl Mathy hat Gustav Freytags Meisterschaft das Bild eines solchen Mannes der Nachwelt bewahrt. Unerschüttert blieb ihnen das Ideal der Freiheit; aber nicht durch Umsturz sollte es erreicht werden, sondern durch organische Fortbildung des Bestehenden. Reform, nicht Revolution ward diesen Geistern die Losung. Der nationale, nicht der radikale Gedanke war der Pulsschlag, der ihre Herzen belebte.

Daß hier die Besten und Urteilsfähigsten der Nation Stellung nahmen, ward klar, als 1846 und 47 in Frankfurt a. M. und Lübeck Germanistentage zusammentraten. Ein Menschenalter geschichtlicher Arbeit zur Erforschung der Vorzeit hatte vor allem der Vertiefung nationalen Sinnes gedient. Daß man verfassungsmäßiges Staatsleben erstrebte, verstand sich von selbst. Aber aus

dem Munde der Erlauchtesten im Reiche des Geistes ertönte doch das Lob von Größe und Einheit noch heller als das der Freiheit. In den Mittelpunkt der Reformgedanken trat die Errichtung einer deutschen Volksvertretung, und zwar unter Aufrechthaltung der bestehenden, der monarchischen Ordnung, unter Anschluß an den Bund als Vertreter der Regierungen, oder wie andere, unter ihnen Mathy, es schon verfochten, unter Anlehnung an den Zollverein und seine preußische Spitze. Die Bewegung, die diesem Ziele entgegenstreben sollte, hatte eingesetzt, als die Februarrevolution Frankreich in eine demokratische Republik verwandelte.

Noch ehe das Ereignis eintrat, hatte Friedrich Wilhelm IV. selbst Schritte getan zur Herbeiführung gesamtdeutscher Reformen, bald nacheinander am Bunde und bei Österreich. Einheitliche Organisation und Ausbildung des Bundesheeres, Erleichterung der Preßbestimmungen, ein deutsches Bürgerrecht und Einheitlichkeit des Handels- und Strafrechts, des Münz-, Maß- und Gewichts- und des ganzen Verkehrswesens waren in Aussicht genommen, alles durchgeführt unter beratender Mitwirkung von Sachverständigen aller deutschen Länder. Es waren nicht nur Vorschläge von höchstem sachlichem Wert, worauf ja die preußische Regierung bisher stets das Gewicht gelegt hatte, sondern auch Vorschläge, die einen nicht unwesentlichen Teil der Volksforderungen in sich schlossen. Daß sie auch ohne die Februarrevolution zu baldiger Durchführung gekommen wären, ist nach der Aufnahme, die sie in Frankfurt und Wien gefunden haben, nicht anzunehmen. Aber sicher ist, daß sie die Festigkeit des Widerstandes, den die Regierungen Neuerungen entgegenzusetzen pflegten, lockerten. Die Überzeugung vom eigenen Rechte, von der Vortrefflichkeit der eigenen Sache haben nur noch wenige Kabinette behauptet. Sie wichen überall dem Andrängen der Volksströmung.

Unendlich viel weiter und tiefer aber griff die Februarrevolution von 1848 als die vom Juli 1830. Die Zeit des Julikönigtums ist es gewesen, die den politischen Liberalismus zur Herr-

schaft über die Geister Europas hat heranwachsen sehen. Es fand sich jetzt keine deutsche Regierung, die der sogenannten freien Städte nicht ausgeschlossen, die nicht zu mehr oder weniger einschneidenden Reformen sich hätte bereit erklären müssen. Mit den Resten der Feudaleinrichtungen suchte man überall aufzuräumen; soweit es gleich anfangs zu tumultuarischen Auftritten kam, haben sie sich mehr in ländlichen als städtischen Bezirken abgespielt. Gründliche Besserung des Gerichtswesens, Trennung von Justiz und Verwaltung, Vereins-, Versammlungs- und Petitionsrecht, Preß-, Gewissens- und Lehrfreiheit, Volksbewaffnung, auch Vereidigung des Militärs auf die Verfassung oder gar Abschaffung des stehenden Heeres, Lösung der Domänenfrage und vor allem Verfassungen oder, wo man schon eine solche besaß, Erweiterung des Wahlrechts waren die Forderungen, die insgesamt oder mit einzelnen Auslassungen den Regierungen unterbreitet und deren Befriedigung fast überall zugesagt wurde.

Noch bezeichnender aber war, daß fast jeder Widerstand in der Frage der Neuordnung Gesamtdeutschlands schwand. Ein Vorparlament, dessen Zusammensetzung zufällig, dessen Berechtigung fragwürdig war, entschied, soweit die Regierungen in Frage kamen widerspruchslos, die Berufung einer konstituierenden Nationalversammlung. Die deutsche „Revolution" hat sich leichter durchgesetzt, als es in Frankreich üblich war. Metternichs Herrlichkeit erblaßte vor einigen Straßenaufläufen. Nirgends war ernstlich Blut geflossen, als in der Hauptstadt Preußens in einem Augenblicke, wo die begehrte Einberufung des Landtags schon zugesagt war, ein unerklärter Zwischenfall, jedenfalls nicht ohne starke Mitwirkung undeutscher, besonders polnischer Elemente, zu einem 24stündigen Straßenkampfe führte. Es war ein Ereignis, das den Gang der Dinge in doppeltem Sinne ungünstig beeinflußte: Es erschütterte das Vertrauen der Kabinette auf die Widerstandskraft des preußischen Königtums und erleichterte den grundsätzlichen Gegnern Preußens das Schüren des Hasses gegen diesen Staat. Es ist zudem ein häßlicher Fleck auf Preußens Geschichte geblieben.

Die Elemente, die hier an die Oberfläche kamen, haben aber auch sonst in der Bewegung nicht gefehlt. Sie waren bereit, monarchischer Ordnung ganz allgemein den Krieg zu erklären, oder machten Revolution um der Revolution willen. Im oberen Baden, wo französische und schweizerische Denkart wohl am stärksten hereingeflutet war, tauchte sogar eine republikanische „Statthalterschaft" auf, die allerdings schon nach wenigen Tagen mit leichter Mühe beseitigt wurde. Die aufgebotenen Truppen zeigten sich überall zuverlässig. Die Richtung war damit aber nicht überwunden. Sie erschien in nicht unbedeutender Stärke im zusammentretenden deutschen Parlament und knüpfte hier bald nahe Verbindungen mit den Mächten der Straße, die in der mittelrheinischen Metropole und ihrer dicht bevölkerten Umgegend auch nicht ganz unvertreten waren. Doch hat das Parlament sich fähig erwiesen, sie im Zaum zu halten, und hätte es keine anderen Schwierigkeiten zu überwinden gehabt als diese, so möchte es fähig gewesen sein, den geplanten Neubau aufzuführen und unter Dach zu bringen.

Man ist einig darüber, daß die deutsche Welt keine politische Körperschaft gesehen hat, in der Geist und Wissen der Nation in solchem Umfange vereinigt gewesen wären wie im Parlamente von 1848. In dem politisch so wenig, schulmäßig so gut gebildeten Volke hatten die Wähler vor allem nach Namen von Klang gesucht. In der ganzen Denkweise der Zeit überwog noch die Richtung auf das Allgemeine, Grundsätzliche, dem sich der Erscheinungen Flucht unterzuordnen habe. So war die Versammlung überreich an geistvollen, glänzenden Rednern; aber Mangel an staats- und fachmännischer Sachkenntnis und Erfahrung machte sich empfindlich fühlbar. Dazu kam die Neuheit des parlamentarischen Wesens in so großem Stil. Die Schwierigkeit, in einer so zahlreichen und zunächst noch unsicher gegliederten Körperschaft die Dinge ruhig und überwiegend sachlich zu erörtern, trat nicht in gleichem Umfange zutage wie vor einem halben Jahrhundert in Versailles, erwies sich aber störend genug.

Diese Mängel wurden nirgends schmerzlicher empfunden als

in den Fragen, die auf das Gebiet der auswärtigen Politik hinüberführten. Mit Mut und Geschick wehrten die Führer der gemäßigten Richtung die Angriffe ab, die das Zustandekommen einer besonnenen, lebensfähigen Neugestaltung bedrohten; an den Klippen im Meere der großen Politik scheiterten sie. Es gelang ihnen nicht, den richtigen Standpunkt zu gewinnen für die Einschätzung der realen Gewalten. Es war eine völlige Verkennung der völkerrechtlichen Lage, wenn man aus nationalen Gründen nicht nur Ost- und Westpreußen und die deutschen Teile Posens, sondern auch Schleswig einverleibte. Indem man den Erzherzog Johann zum Reichsverweser machte, erlag man einer Art romantischer Anwandlung, einer Trübung des Blickes durch den Schimmer der Vorzeit. Die Wahl legt Zeugnis ab, wie wenig man an einen schroffen Bruch mit Österreich dachte, aber zugleich auch, in wie falschem Lichte man die Beziehungen zu der Kaisermacht sah. Konnte es doch keinen entschiedeneren Feind der geplanten Ordnung geben als das Haus Habsburg, und wie hätte Franz' I. Bruder sich von den Seinen lösen können?

Fast noch seltsamer spiegelte sich in nicht wenigen Köpfen das Verhältnis zu Preußen. Vor und nach 1848 ist in liberalen Kreisen ernstlich erwogen worden, ob man diesen das Durchschnittsmaß so weit überragenden und so unkonstitutionell angelegten Staat in das allgemein deutsche Wesen nicht eingliedern könne durch Zerstückelung in konstitutionell organisierte Provinzen! Darüber war man sich klar, daß das neue Deutsche Reich nur bestehen könne, wenn ihm eine feste Stellung gesichert werde unter den Mächten. Aber daß diese Stellung vor allem bestimmt werde durch die Geschicke Preußens und Österreichs, ward von den meisten übersehen, und damit übersah man auch, daß für die Zukunft entscheidend werden müsse, nicht, was in Frankfurt, sondern was in Wien und Berlin geschah.

Der unausgleichbare Gegensatz offenbarte sich mit denkbarster Deutlichkeit in der schleswig-holsteinischen Frage.

Der englische Angriff auf Kopenhagen im Jahre 1807 hat

weit über die unmittelbare Wirkung hinaus Dänemarks Geschick auf das verderblichste beeinflußt. Er drängte das Land in eine Bundesgenossenschaft, die seinen Interessen nicht entsprach, und die durch irgendwelche Sympathien nicht gefordert wurde; er hat die Verbindung mit Norwegen gelöst und weiterhin auch die mit Schleswig-Holstein. Denn indem Dänemark, durch Schwedens Anspruch auf Norwegen gezwungen, 1813 bei Napoleon ausharrte, geriet es wieder, wie in früheren Jahrhunderten, in Gegensatz zu den Herzogtümern, die sich eben daran gewöhnt hatten, mit dem dänischen Volke unter einem Herrscher zu stehen. Der Gegensatz mußte sich verschärfen im Verfolg der auch hier auflebenden Verfassungsfragen.

Das Königreich ward seit 1660 absolut regiert; die Herzogtümer hatten ihre alten Stände bewahrt. Wie überall so ging auch in Dänemark mit dem konstitutionellen Geiste der nationale Hand in Hand. Das Zeitalter der Aufklärung hatte in den letzten Jahrzehnten des 18. Jahrhunderts das Land noch einmal wie einst in den Tagen der Reformation zu einer Art Dependenz deutscher Bildung gemacht. Das Nationalgefühl des kleinen, aber geistig so regsamen Volkes bäumte sich dagegen auf. Es gewann eine festere Grundlage eigener Kultur in einer Blüte seiner Literatur, wie die Vorzeit sie nicht gesehen hatte. Es war natürlich, daß es sich lebhafter als bisher der Landsleute im Norden der Herzogtümer, der „Südjüten", erinnerte und der Tatsache, daß Schleswig zu allen Zeiten völkerrechtlich ein Teil der dänischen Monarchie gewesen war. Die konstitutionellen Wünsche mußten die Einbeziehung Schleswigs in eine dänische Verfassung als selbstverständlich ansehen und richteten sich naturgemäß weiter auf eine Gesamtstaatsverfassung.

Damit stießen sie auf das Deutschtum der Herzogtümer, das an allem, was seit den Freiheitskriegen das große Vaterland bewegte, vollen Anteil genommen hatte, und das auch seine führende Rolle im dänischen Norden Schleswigs nicht aufgeben wollte. Das bevorstehende Aussterben des regierenden dänischen Hauses machte den offenen Zwist unvermeidlich. Als 1844 in Dänemark eine königliche Erklärung gefordert wurde, daß die Nachfolge der weiblichen

Linie des Königshauses (der Nachkommen der Schwester Christians VIII., Luise Charlottens) für alle Teile der Monarchie in Anwendung komme, setzten die Herzogtümer den Protest entgegen, daß sie ein unabhängiger, durch den Wahlvertrag von 1460 untrennbar vereinigter Staat seien, in dem die männliche Erbfolge gelte. Der Tod Christians VIII. am 20. Januar 1848 und die Verkündigung einer Gesamtstaatsverfassung acht Tage später führten, als die Kunde von der Februarrevolution kam, zur offenen Erhebung der Schleswig-Holsteiner gegen den neuen König Friedrich VII.

In Deutschland war man den Hergängen mit der gespanntesten Aufmerksamkeit gefolgt. Vom Freiheits- bis zum 70er Kriege hat keine Frage das deutsche Nationalgefühl so erregt wie die schleswig-holsteinische, keine so viel dazu beigetragen, es zu kräftigen und aufzuklären über sich selbst. Schon der Bund hatte sich wiederholt mit den Herzogtümern befassen müssen. Deutschlands neue Volksvertretung konnte gar nicht anders, als deren Sache zu der ihren machen. Hätte sie zum Siege geführt werden können durch ihre Autorität, so wären Macht und Bestand der neuen Ordnung gesichert gewesen.

Nach dem unglücklichen Gefecht bei Bau und der Besetzung der Stadt Schleswig durch die Dänen hatte Preußen im Namen des Bundes eingegriffen. Wrangel hatte die Gegner nach Jütland zurückgeworfen, und da er Alsen mangels einer Flotte nicht erreichen konnte, einen Teil dieser Provinz besetzt. Aber im unmittelbaren Anschluß an diese ersten Erfolge machte sich der europäische Charakter der Frage fühlbar. Rußland und England erhoben Einspruch gegen eine „Vergewaltigung" Dänemarks, Zar Nikolaus geleitet von seinen legitimistischen Prinzipien, die in der Sache der Herzogtümer die der Revolution sahen, Lord Palmerston aus englischer Abneigung gegen die Festsetzung preußisch-deutscher Macht in den Verbindungslanden zwischen Nord- und Ostsee und gegen die Anfänge einer deutschen Flotte, die sich aus der Hilflosigkeit der langen deutschen Küsten gegenüber dem kleinen Dänemark ergaben.

Preußens Diplomatie fand sich nicht bewogen, dem Einspruch der Mächte das Recht der Waffen schroff entgegenzustellen. Das hätte zu Verwickelungen führen können, in denen Last und Gefahr vor allem auf den eigenen Staat gefallen, der Ausgang aber gleich unsicher für Preußen wie für Deutschland gewesen wäre. Da Dänemark sich hartnäckig weigerte, zur Reichsverweserschaft in Beziehungen zu treten, konnte allein Preußen Verhandlungen führen. Sie endeten mit dem Malmöer Waffenstillstande vom 26. August 1848, nach welchem die Herzogtümer fast ganz von den beiderseitigen Truppen geräumt, die schleswig-holsteinische Armee in eine schleswigsche und eine holsteinische geteilt und das Land während eines siebenmonatlichen Waffenstillstandes von einer preußisch-dänischen Kommission verwaltet werden sollte. Das Frankfurter Parlament verwarf den Vertrag am 5. September. Wie hätte es ihn sofort genehmigen mögen! Als man sich nun aber vor der völligen Unmöglichkeit sah, dem gefaßten Beschlusse entsprechend zu handeln, und dann am 17. September doch seine Zustimmung geben mußte, war es jedermann klar, daß über Deutschlands Beziehungen zum Auslande nicht in Frankfurt entschieden werde. Und damit war das Schicksal der 48er Bewegung, so weit sie das gesamte Vaterland neu gestalten wollte, besiegelt.

Wie man sich hier Preußens Willen hatte beugen müssen, so sollte der folgende Monat nicht zu Ende gehen, ohne daß man Österreich gegenüber in eine noch viel peinlichere Lage kam. Der Kaiserstaat hat nicht einmal überall, wo seine deutsche Bevölkerung dominierte, an den 48er Versuchen einer deutschen Neugestaltung vollen Anteil genommen. Die italienischen und slavischen und zumal die tschechischen Teile des Bundesgebiets haben die Aufforderung zur Vertreterwahl für Frankfurt nur ganz vereinzelt befolgt, sie zum Teil mit Hohn zurückgewiesen. Nachdrücklicher als es von irgend einer anderen Seite her geschehen ist, haben dann gerade die deutsch-österreichischen Abgeordneten in Frankfurt das Ansehen und die Stellung ihres Heimatsstaates zu wahren gesucht, und die Reichs-

verweserschaft ihres Erzherzogs hat sie darin unterstützt. Österreich selbst aber hat sich um Deutschlands Rechte und Wünsche in diesen Tagen schlechterdings nicht bekümmert. Es hat für Schleswig-Holstein nicht einen Mann marschieren lassen und zur deutschen Flotte nicht einen Pfennig beigetragen. Es war vollauf beschäftigt mit seinen eigenen Angelegenheiten.

Der Musterstaat Metternichs krachte in allen Fugen. Auch in diesen von der Außenwelt so sorgfältig abgeschlossenen Ländern hatten die Gedanken des Jahrhunderts, Nationalität und Konstitutionalismus, in stillem Wachstum Kraft gewonnen. Völker erhoben ihre Stimme, deren Vorhandensein man kaum noch beachtet hatte, und verlangten nach kultureller und politischer Selbständigkeit. Ihre Intelligenz hatte sich mit diesen Gedanken erfüllt und riß die Menge mit sich. In Galizien rüttelte die ausgesogene Bauernschaft an den Ketten, mit denen sie der polnische Adel gefesselt hielt. In Italien richtete sich die Erhebung von vorn herein auf völlige Lösung von der Monarchie; sie fand einen Halt im Königreich Sardinien und in Karl Albert einen Führer. In Ungarn faßten die konstitutionellen Bestrebungen bald auch die Errichtung des magyarischen Nationalstaats ins Auge. Die Tschechen erinnerten sich der Wenzelskrone und verlangten, einen Staat im Staate zu bilden, während die Kaiserstadt, das „einzige" Wien, aus unpolitischem Schlendrian in jähem Umschlag zu seichtester, lärmender Demokratie hinübersprang, so daß der Hof in Innsbruck Zuflucht suchte. Die habsburgische Monarchie schien aufgelöst. Es war der Zustand, den Grillparzer in den Versen an Radetzky mit den Worten festgehalten hat: „In deinem Lager ist Österreich; wir andern sind einzelne Trümmer."

Die Armee hat Rettung gebracht. Prag erlag Mitte Juni dem Fürsten Windischgrätz, und Radetzky konnte in den ersten Augusttagen den Sardenkönig über den Tessin zurückzwingen. Gegen den Magyarenstaat rief man Kroaten und Serben ins Feld, und als Wien sich im Oktober anschickte, mit den heranrückenden Ungarn gemeinsame Sache zu machen, ward die Revolution von Windisch-

grätz auch in der Reichshauptstadt niedergeworfen. Robert Blum, der mit Gesinnungsgenossen von der Frankfurter Linken herbeigeeilt war, sie zu stützen, ward standrechtlich erschossen. In den diesseitigen Landen konnte die Autorität des Kaiserhauses als hergestellt gelten.

Gerade in diesen Tagen aber war in Frankfurt dekretiert worden, daß kein Teil des Deutschen Reiches mit nichtdeutschen Ländern vereinigt sein dürfe. Es war ein Beschluß, der politisch wie staatsrechtlich gleich anfechtbar war. Denn er verfügte die Vernichtung des einheitlichen Kaiserstaates und übersah, daß unter allen zum Bunde gehörigen österreichischen Kronländern nur zwei der kleinsten rein deutscher Nationalität waren. In Österreich fühlte man sich stark genug, den Handschuh aufzunehmen. An dem Tage, da Felix Schwarzenberg, dessen unbeugsame Entschlossenheit bekannt war, die Leitung des Ministeriums übernahm (27. November), setzte man dem Frankfurter Beschluß die Erklärung entgegen: „Erst wenn das verjüngte Österreich und das verjüngte Deutschland zu neuen und festen Formen gelangt sind, wird es möglich sein, ihre gegenseitigen Beziehungen staatlich zu bestimmen." Der Thronwechsel, der am 2. Dezember den 18jährigen Franz Josef an die Stelle seines unfähigen Onkels brachte, befestigte in der wiedergewonnenen Haltung.

Dem Umschwunge in Österreich folgte der in Preußen auf dem Fuße. Viel fester war doch hier die Macht der Monarchie begründet. Sicherer als in Österreich, wo die Nationalitäten Lücken rissen, hatte sie die Armee in der Hand, und der 18. März konnte nicht irre machen in der Überzeugung, daß die weit überwiegende Mehrheit des preußischen Volkes nicht revolutionieren wolle. So war es ein schwankender Boden, auf dem die konstituierende Nationalversammlung bauen mußte, und besonnene Überlegung hätte sie abhalten müssen, Kraftproben anzustellen.

Aber man fand es angezeigt, sich auf Prinzipienfragen zu versteifen, die sachlich von geringem oder keinem Belang waren, und

von denen man wußte, daß Nachgeben dem Könige schwer werde. Denn wie er in der auswärtigen Politik die Zügel in der Hand hielt, so wollte er sich auch die Auffassung von seiner kriegsherrlichen Stellung und seinen angestammten Königspflichten nicht vorschreiben lassen. Daß auch in Berlin der Versuch gemacht wurde, die Beratungen der Versammlung von der Tribüne und der Straße her zu beeinflussen, konnte ihnen nur zum Nachteil geraten. Der König ist in der Wahl seiner Minister den parlamentarischen Strömungen weit entgegengekommen, hat aber damit den offenen Bruch nur hinausschieben können. Durch Ernennung Wrangels zum Oberbefehlshaber in den Marken hatte er seinen festen Willen bekundet, die äußere Ordnung unter allen Umständen aufrecht zu halten. Trotzdem kam es anläßlich der Verfassungsberatungen im Oktober zu neuen Straßenaufläufen in Berlin. Als dann am 31. Oktober ein Antrag, die preußische Regierung zum Schutze „der in Wien bedrohten Freiheit“ aufzufordern, zwar abgelehnt, ein milderer, die Frankfurter Reichsgewalt um solchen Schutz anzugehen, aber mit großer Mehrheit angenommen wurde und der leitende Minister selbst dafür stimmte, war die Antwort des Königs, daß er am 2. November den Grafen Brandenburg zur Leitung der Regierung befahl, am 9. die Versammlung bis zum 27. vertagte, ihren Wiederzusammentritt aber nach Brandenburg verlegte. Als sie dort nicht beschlußfähig wurde, ward am 5. Dezember eine Verfassung oktroyiert. Das Land dachte nicht daran, sich irgendwie und irgendwo aufzulehnen. Der König war seiner Preußen sicher; er konnte auch in deutschen Dingen *seine* Politik treiben.

Es wird stets der größte Ruhmestitel des Frankfurter Parlaments bleiben und der triftigste Beweis für den gediegenen Kern von Besonnenheit und Arbeitskraft, den diese Körperschaft doch barg, daß sie ungeachtet der Absonderung beider Großmächte ihre Hauptaufgabe, die Herstellung einer deutschen Verfassung, unverwandt im Auge behielt und trotz der Hindernisse, die im Schoße der Versammlung selbst von rechts und links entgegengeworfen wurden, zur

Lösung brachte. Wenn auch nur mit vier Stimmen Majorität, so ward doch am 27. März 1849 die aus den Beratungen hervorgegangene Reichsverfassung angenommen. Sie führte die erbliche Kaiserwürde ein. Darin lag eine Erinnerung an das untergegangene Reich, die geschichtlich allerdings anfechtbar genug war, und zugleich eine von gesundem staatlichen Sinn zeugende Huldigung für die Monarchie, da man das Wahlkaisertum, das seine Verfechter gefunden hatte, nicht wiederherstellen wollte.

Am 28. März ward Friedrich Wilhelm IV. zum erblichen deutschen Kaiser gewählt. Die Entscheidung, die er getroffen hat, ist stets, und mit Recht, als einer der wichtigsten Wendepunkte der neueren deutschen Geschichte angesehen worden.

An Friedrich Wilhelms IV. starkem Gefühl für Deutschlands Ehre, Macht und Größe kann kein Zweifel aufkommen. Er war ehrlich gewillt, sie zu fördern nach allem Vermögen. Aber es war selbstverständlich, daß er dabei nicht hinaus konnte aus dem Bann seiner Anschauungen. Seine geschichtlichen wie seine politischen Vorstellungen wiesen ihn auf Österreich. Seinem Gedankenkreise ist die Möglichkeit nahe getreten, Deutschland ohne Habsburg zu einigen, besonders in den ersten Märzwochen des Jahres 1848, wo alles wankte und nur Preußen festzustehen schien. Aber dann sah er das Blut seiner Soldaten im Kampfe mit den eigenen Untertanen fließen. Wie sollte er nicht wieder einlenken in die Bahn engsten Anschlusses an Österreich, dessen Kaiserhaus so lange Deutschlands Schirmherr gewesen, und das ein sicherer Genosse war im Kampfe gegen die Revolution? Die Annahme der Kaiserkrone hätte ihn gegen dieses Haus ins Feld geführt.

Es war bald klar geworden, was man in Wien unter dem „verjüngten Österreich“ der Erklärung vom 27. November verstand. Als der von Wien nach Kremsier verlegte Reichsrat in seinen Verfassungsberatungen die Volkssouveränität als „Quelle“ aller Staatsmacht festlegen wollte, ward ihm bedeutet, daß nicht sie, sondern das erbliche monarchische Recht in Österreich die unveräußerliche Quelle der obersten Gewalt sei, daß es in einer konstitutionellen

Monarchie überhaupt unzulässig erscheine, den Ursprung der Regierungsgewalt neu festzustellen. Und als dann auch weiterhin im Reichsrat nicht nur die radikalen, sondern auch die nationalistischen und föderalistischen Strömungen die Oberhand behielten, und man allen Ernstes die Zerstückelung in sieben mehr oder weniger nationale Staaten forderte, erfolgte am 4. März 1849 die Auflösung, weil „es Pflicht der Regierung sei, der Revolution ein Ende zu machen". Zugleich aber ward erklärt, daß „die zukünftige Konstitution das ganze unteilbare Österreich umfassen werde".

Damit war nicht nur den nationalistischen Wünschen, sondern auch der Einverleibung von Bundesösterreich in das Deutsche Reich ein entschiedenes Nein entgegengesetzt. Am 9. März schrieb Schwarzenberg an Schmerling in Frankfurt, daß „Österreich nicht einzelne Provinzen aus dem Verbande der Monarchie reißen lassen könne". Die Kaiserwahl beantwortete er mit der Abberufung der österreichischen Vertreter aus dem Parlamente und mit der Erklärung, daß „Österreich sich nimmer die Unterordnung unter einen deutschen Fürsten gefallen lassen und der österreichische Kaiser nie einwilligen werde, daß ein fremder gesetzgebender Körper auf den österreichischen Staat Einfluß ausübe". Dieses dem deutschen Reichstage so scharf entgegentretende Österreich aber hatte sich soeben stark genug gezeigt, den Sardenkönig (23. März 1849) bei Novara so zu schlagen, daß er noch in der folgenden Nacht zugunsten seines Sohnes Viktor Emanuel abdankte, und dann diesen zu einem demütigenden Frieden zu zwingen. Es stand in den besten Beziehungen zum Zaren, dessen Truppen in Ungarn einrückten, als dort nach Ankündigung der Gesamtstaatsverfassung der Aufruhr neu aufloderte und sich bis zur Absetzung des Hauses Habsburg verstieg. Griff Preußen nach der Kaiserkrone, so konnte es sie nur festhalten durch Besiegung Österreichs in offenem Kampfe, und es war sicher, daß Rußland das Mögliche tun werde, einen solchen Sieg zu hindern, und daß ein solcher Kampf gerade die mächtigeren deutschen Fürsten, jedenfalls alle vier Könige, auf Österreichs Seite finden werde. König Wil-

helm von Württemberg machte kein Hehl daraus, daß er freiwillig sich dem Hause Hohenzollern nie unterwerfen werde.

Als einige Wochen nach der Abweisung der Kaiserdeputation der Rheinländer Bederath Friedrich Wilhelm IV. zu bewegen suchte, die 28 Regierungen, die sich mit Reichsverfassung und Kaiserwahl einverstanden erklärt hatten, zu Sonderverhandlungen einzuladen und an ihrer Spitze wenigstens einen Teil Deutschlands zu einigen, verabschiedete ihn der König mit der Bemerkung: „Wenn Sie Ihre beredten Worte an Friedrich den Großen hätten richten können! Der wäre Ihr Mann gewesen! Ich bin kein großer Regent." Er hat so selbst den Vergleich angestellt, der später außerordentlich oft, und zwar in seinem Sinne, wiederholt worden ist. Und doch mag billig gezweifelt werden, ob selbst ein Friedrich der Große sich entschlossen haben würde, den Bestand des Staates einzusetzen, um die Vorteile zu gewinnen, die hier im glücklichsten Falle in Aussicht standen.

Preußens eigene Kräfte reichten gegen die Koalition der Gegner höchstens zur Notwehr aus, wie sie Friedrich im Siebenjährigen Kriege geleistet hatte. Die militärische Aktionsfähigkeit der Mittel- und Kleinstaaten aber war eine so beschränkte, daß sie kaum hätte ins Gewicht fallen können; sie war wesentlich geringer als die jener Verbündeten, die einst Friedrich den Rücken gedeckt hatten. Ein allgemeiner Ruf zu den Waffen für Kaiser und Reich hätte sie schwerlich steigern, aus den gegnerischen Staaten höchstens vereinzelte Freischärler herbeilocken können. Auch die Kaiserwahl war nur mit geringer Majorität, mit 290 gegen 248 Stimmen, erfolgt! Mit England, dem Bundesgenossen des Siebenjährigen Krieges, standen Preußen und das neue Deutschland gespannt wegen Schleswig-Holsteins und wegen der Ansätze zu einer deutschen Flotte. Und war es nicht so gut wie sicher, daß die neue französische Republik versuchen werde, die Lage auszunutzen, und mußte man nicht in Rechnung ziehen, daß ein solcher Versuch erleichtert werden konnte durch die republikanische Gesinnung, die in

weiten Kreisen der rheinischen und südwestdeutschen Bevölkerung verbreitet war? Und wenn es nun wirklich gelang, die der Reichsverfassung günstige, unter allen Umständen kleinere Hälfte von Deutschland durch alle diese Gefahren und Gegnerschaften hindurch zu einer kaiserlichen Einheit mit preußischer Spitze zusammenzufassen, wem anders würde der Erfolg, den doch der Militärstaat Preußen unter allen Umständen hätte erkämpfen müssen, gutgeschrieben worden sein als den Gedanken der Revolution? Kann man sich wirklich einen preußischen König denken, der ein solches Bündnis hätte eingehen, ein solches Geschenk hätte entgegennehmen mögen? Wer die Frage für Friedrich II. bejahen will, der muß sich die Frankfurter Versammlung vorstellen als etwas, was sie nicht war, als eine reale Macht. Friedrich Wilhelm IV. konnte nicht einen Augenblick im Zweifel sein über die Antwort, die er zu geben habe. Er gab sie nicht sofort mit der Klarheit, die allen Erwartungen hätte ein Ende machen können; aber für ihn stand es fest, daß er die deutsche Kaiserkrone nicht entgegennehmen könne „aus Händen, die sie nicht zu vergeben hätten", daß die deutsche Einheit nur aufgerichtet werden könne durch Vereinbarung der beteiligten Regierungen. Das hat sich dann ebenso unmöglich erwiesen wie ihr Erstehen auf Grund der Volksautorität. Aber wer tadelt, daß Bismarck sie später mit „Blut und Eisen" aufrichtete, dem kann man mit gutem Grunde entgegenhalten, daß die Durchführung des Reichsgedankens im Jahre 1849 mehr Blut gekostet haben würde, als später unter monarchischer, nicht parlamentarischer Führung nötig ward.

Mit dem Bescheid, den die Kaiserdeputation von 1849 heimbrachte, war das Schicksal der 48er Bewegung für Deutschland entschieden. Nur in eng begrenzten Gebieten ist die Verteidigung der Reichsverfassung die Losung geworden für eine Volkserhebung, die dann auch Teile der bewaffneten Macht in ihre Kreise gezogen hat. Aber nicht nur in Preußen, sondern auch in den meisten anderen Staaten war man des Militärs vollständig sicher, und der

badisch-pfälzische sowohl wie der Dresdener Aufstand wurden unschwer überwältigt.

Preußens fortgesetzte Versuche, durch Vereinbarungen von Regierung zu Regierung zu einem festeren deutschen Zusammenschluß zu gelangen, die im Dreikönigsbündnis und im Erfurter Unionsparlament ihren Höhepunkt erreichten, waren ehrlich gemeint, scheiterten aber an der inneren Abneigung der beiden norddeutschen, an dem offenen Widerstand der beiden süddeutschen Königreiche. Österreich, das mit russischer Hilfe noch im Laufe des Sommers 1849 Ungarn seinem Willen wieder unterwarf, widersetzte sich hartnäckig jedem Versuch einer deutschen Einigung ohne seine Teilnahme und vor allem jeder Neugestaltung, die Preußen eine erhöhte Bedeutung in Deutschland gegeben hätte. Es gelang Schwarzenberg völlig, den Zaren, der schon in Ungarn vor allem seine polnische Herrschaft verteidigt hatte, für diese Politik zu gewinnen, sie ihm im Lichte des notwendigen Kampfes gegen die Revolution erscheinen zu lassen; daß sie Rußlands Vorteil entsprach, erleichterte ihm diesen Erfolg. So sah sich Preußen 1850 vor die Frage gestellt, ob es seine Unionspolitik aufgeben oder gegen die vereinigten Großmächte und deutschen Königreiche und unter wesentlich ungünstigeren Verhältnissen als selbst im April 1849 um sie kämpfen wolle. Die Antwort war gegen Ende des Jahres Olmütz; schon der militärische Stand des Staates diktierte sie. Es war der Tiefpunkt der Regierung Friedrich Wilhelms IV. und Preußens überhaupt seit den Tagen seiner napoleonischen Gefolgschaft.

Für die Sache, an der deutsches Volks- und Rechtsgefühl hing wie an keiner andern, für Schleswig-Holstein, bedeutete diese ganze Wendung der Dinge das völlige Verderben. Nach Beendigung des Waffenstillstandes hatten Reichstruppen unter preußischer Führung im April 1849 noch einmal die Dänen aus Schleswig hinausgedrängt. Schleswig-Holsteiner waren nach Jütland vorgerückt, hatten dort aber infolge mangelnder Einheitlichkeit der deutschen Kriegführung in der Frühe des 6. Juli vor Fridericia eine schwere Niederlage erlitten. Vier Tage später vereinbarte Preußen mit

Dänemark abermals einen Waffenstillstand, der Schleswigs nördliche Hälfte schwedisch-norwegischer Besatzung überwies. Nach Jahresfrist folgte ein dänisch-preußischer Friede, der dem dänischen Könige freie Hand gab gegen die Herzogtümer. Ihr tapferer Widerstand erlag in der Schlacht bei Idstedt der Übermacht. Nach Olmütz machten österreichische Truppen auch in Holstein der Landesregierung ein Ende und lieferten auch dieses dem Deutschen Bunde angehörige Land den Dänen aus. Sicher wich Preußens Leitung weit mehr dem Druck Europas, als daß sie der Abneigung gegen die Revolution nachgab. In den Herzogtümern aber hat eine Generation dahinschwinden müssen, ehe die Überzeugung erschüttert werden konnte, daß man verraten und zwar von Preußen verraten worden sei. Je stärker die Hoffnung, um so bitterer war die Enttäuschung. Von allen Ereignissen der ausgehenden 40er Jahre hat keines, auch nicht die Niederwerfung der Verteidiger der Reichsverfassung, das Ansehen der beiden Großmächte und besonders Preußens so schwer und so andauernd geschädigt wie dieses völlige Versagen in einer Angelegenheit, deren Entscheidung in deutschem Sinne eine Ehrensache der Nation geworden war. Es ist und bleibt nun einmal der Grundzug politischen Lebens, daß Völker, die sich noch nicht selbst aufgegeben haben, Schmälerung ihrer Macht tiefer und schmerzlicher empfinden als jede andere Kränkung.

Die 48er Bewegung und ihr Ausgang werden noch heute in den verschiedenen politischen Lagern sehr verschieden beurteilt. Man spricht vom Völkerfrühling, dessen hoffnungsvolle Blüten der Reif vernichtete, und andererseits von verwegener Auflehnung gegen Gesetz und Sitte, die das verdiente Ende gefunden habe.

Viel heftiger war der Vorstoß gegen das Bestehende gewesen als einst in den Tagen der Wartburgfeier und der Attentate Sands und Lönings oder zur Zeit des Hambacher Festes und des Frankfurter Putsches. Trotzdem hat die Reaktion entfernt nicht so scharf eingesetzt wie damals. Der neu erstehende Bundestag hat nie mehr in dem Maße zur Knebelung jeder freien Meinungsäußerung ge-

braucht werden können wie der alte, und auch in den Einzelstaaten sind Vereins-, Versammlungs- und Preßrecht nicht wieder in ihrer früheren Härte in Kraft getreten. Die gegebenen Verfassungen sind mehrfach — nicht immer ganz ohne Grund, wie zum Beispiel in betreff der Vereidigung des Militärs auf die Verfassung — rückwärts revidiert worden, gelegentlich wieder unter dem Druck des Bundestags. In Mecklenburg ward die alte ständische Verfassung wiederhergestellt. Trotzdem war man sich doch näher gekommen. Die Regierungen hatten gelernt, daß es mit der bloßen Abwehr nicht mehr getan sei, die Verfechter des Fortschritts aber, daß die bestehenden Gewalten doch fester wurzelten, als man nach den Vorgängen in romanischen Ländern, die so vielfach Muster und Beispiel gewesen waren, angenommen hatte. In politisch reiferen Köpfen gelangte die Erkenntnis zum vollen Durchbruch, daß die Revolution nach west- und südeuropäischem Muster nicht das Allheilmittel des Jahrhunderts sei. Ohne Verfassung hatte der preußische Staat bis zum Revolutionsjahre sich Reformen von allergrößtem Werte zu eigen gemacht. Er war 1848 ein Verfassungsstaat geworden; niemand aber hätte ernstlich behaupten können, daß die Berliner Märztage für die Weiterentwickelung wertvoll gewesen wären. Sie hatten im Gegenteil dem jungen Verfassungsleben ein Gift eingeflößt, an dem es lange gekrankt hat, von dem es auch heute noch nicht völlig wieder gesundet ist. Die deutsche Geschichte kennt keinen schroffen Bruch mit der Vergangenheit. Sie kennt auch nicht die Greuel, an denen die Geschichte West- und Nordeuropas so reich ist, die Verwandtenmorde in den Dynastien, die Hinschlachtung Einzelner und ganzer Gruppen in den Machtkämpfen regierender Häuser und rivalisierender Faktionen. Deutsche haben nie ein Schafott für einen Fürsten gebaut, und ihre Geschichte hat wenige politische Morde zu verzeichnen, weiß weder von einem Stockholmer Blutbad noch von einer Pariser Bluthochzeit. Langsam aber sicher hat sich seit 1848 die Erkenntnis Bahn gebrochen, daß es nicht unerläßlich, ja daß es für Deutschland höchst bedenklich sei, eine gesunde politische Machtverteilung im Staate auf dem gleichen Wege zu suchen,

auf dem England einst zum Ziele gelangt war, Frankreich aber noch unsicher umhertastete. Dann aber hatte „das tolle Jahr“ jeden, der sehen wollte, darüber belehrt, daß es doch in der deutschen Sprache kein Wort gebe, was so lauten Widerhall in den Herzen wecke wie das noch so junge Wort „Vaterland“. Es war klar geworden, daß das Gefühl für Einheit und Macht der Nation und für die Behauptung ihres Bodens tiefer wurzele als das für Verfassungsformen, deren Bedeutung und Wert erst längere Erfahrung dem Verständnis näher bringen kann. Der Gang der Ereignisse in Frankreich hat wesentlich dazu beigetragen, diesem natürlichen Volksempfinden noch festeren Halt zu geben.

Viertes Kapitel.

Napoleon III. und die Zeit seines Aufsteigens.

Die Fortdauer der Monarchie nach der Februarrevolution war schon dadurch unmöglich gemacht, daß man jetzt beide Zweige der Königsfamilie vertrieben hatte. Die Staatsform der Republik war, zunächst wenigstens, unumgänglich. Es war aber auch nicht zu verkennen, daß sie in der Bevölkerung viel tiefer Wurzel gefaßt hatte als 18 Jahre früher. In den größeren Städten, wo die Zahl der Arbeiter durch das Aufblühen der Industrie beträchtlich gestiegen war, beherrschte sie die Massen, vor allem in Paris selbst, das von jeher für die öffentliche Meinung des Landes den Ton angegeben hat. Erst seit der Februarrevolution hat der vierte Stand für Frankreichs staatliches Leben die Bedeutung gewonnen, die ihn seitdem mehrfach in den Mittelpunkt der Ereignisse gerückt hat.

Die Anschauungen aber, die dieser Stand vertrat, waren durchweg kommunistisch-sozialistisch. Sie erstrebten nicht nur die Republik, sondern die rote Republik; der Staat sollte nicht nur in allem öffentlichen, sondern auch in jedem privaten Recht allmächtig werden, Privateigentum und Privatbetriebe nicht mehr kennen. Das allgemeine Stimmrecht, das noch am Abend des ersten Revolutionstages proklamiert worden war, gab dieser Partei eine gefährliche Waffe; der Zusammentritt der Nationalversammlung in Paris schuf ihr einen günstigen Kampfplatz. Sie mußte im Juni in dreitägiger Straßenschlacht, die 10000 Menschen das Leben gekostet haben soll, von den Anhängern der Ordnung und der ge-

mäßigten Republik, die im Besitz der Regierungsgewalt waren, niedergerungen werden.

Es zeigte sich aber bald, daß noch andere Strömungen im französischen Leben wieder zu Macht gelangt waren. In den langen Friedensjahren, in denen es ja auch an Demütigungen des französischen Stolzes von außen her nicht fehlte, hatte die Napoleonlegende, deren Emporwachsen der Imperator, der Virtuos der Lüge, so meisterhaft vorbereitet hatte, Zeit gehabt, die Gemüter ihrem Zauber zu unterwerfen. In der Überführung der Leiche hatte Thiers diesen Erinnerungen die Huldigung des Landes dargebracht; er hatte dann selbst begonnen, die Geschichte des Kaiserreiches in gleichem Sinne zu schreiben. Jetzt konzentrierten sich in weitesten Kreisen alle Vorstellungen von französischem Ruhm und Glanz im Namen Bonaparte. Als am 10. Dezember das allgemeine Stimmrecht über die Besetzung der Präsidentschaft zu entscheiden hatte, ward nicht, wie in Regierungskreisen erwartet worden war, der Ministerpräsident und Sieger in der Junischlacht, General Cavaignac, sondern mit nahezu drei Viertel aller Stimmen Louis Napoleon gewählt, der mit einem seines großen Onkels würdigen Geschick verstanden hatte, seine Persönlichkeit seinen Landsleuten zu empfehlen. Er lieferte bald den Beweis, daß er den richtigen Blick besaß für die Kräfte, die im Volke lebendig waren.

Die bourbonische Restauration hatte ihr politisches Ziel verfehlt, aber ihr kirchliches hatte Geltung behalten über ihre Dauer hinaus. Nach den Nöten der republikanischen und napoleonischen Kirchenpolitik hatten die Lehren Bonalds und de Maistres in Frankreich fruchtbaren Boden gefunden. Einer der eifrigsten Wortführer des strengen Klerikalismus, Lamennais, war zugleich einer der heftigsten Kämpfer gegen den Pseudoliberalismus der Julimonarchie gewesen. Wie in den Tagen der Kreuzzüge und der heiligen Liga war die Kirche wieder eine Macht in Frankreich. So befand sich der Präsident der französischen Republik in Fühlung mit der Stimmung des Landes und seiner Vertreter, wenn er der römischen Republik, die sich an die Stelle des Kirchenstaats ge-

setzt hatte, in den ersten Julitagen 1849 durch französische Truppen ein Ende machen und Pius IX. wieder in seine Herrschaft einsetzen ließ.

Als dann aber in der Nationalversammlung, die an die Stelle der konstituierenden getreten war, neben der klerikalen bald auch eine stark legitimistische Strömung hervortrat, und die Kammer, um ihre Auffassung zu dauernder Geltung zu bringen, sich zu einer starken Beschränkung des Wahlrechts entschloß, ersah Napoleon mit richtigem Blick seinen Vorteil. Er war der Armee durch die napoleonischen Traditionen sicher; sie führten ihm auch zahlreiche Bürger zu; die Kirche war gewiß, auch unter seinem Regiment auf ihre Rechnung zu kommen; die Massen aber kettete er jetzt dauernd an seinen Wagen, indem er die Wiederherstellung des allgemeinen Stimmrechts beantragte. Als die Nationalversammlung sich widersetzte, folgte 1851 am Jahrestage der Schlacht von Austerlitz der Staatsstreich, dem unmittelbar darauf ein durchaus vermeidliches, durch keinen ernstlichen Widerstand gerechtfertigtes Gemetzel in Paris und weiter eine grausame, viele Tausende treffende Verfolgung in ganz Frankreich — Tod, Verbannung, Gefängnis — Nachdruck gaben. Cayenne und Lambessa gewannen ihre traurige Berühmtheit. Aller Mißbrauch der Gewalt, den deutsche Reaktion sich im Laufe der Jahrzehnte hat zuschulden kommen lassen, verschwindet gegenüber dem, was hier ein einzelner Usurpator verübte, sich in den Besitz der Macht zu setzen.

Nachdem ein Plebiszit mit erdrückender Mehrheit das Geschehene gutgeheißen hatte, konnte ein Jahr nach dem Staatsstreich wiederum auf Grund eines Plebiszits und diesmal mit noch größerer Mehrheit Napoleons zehnjährige Präsidentschaft in die Kaiserwürde verwandelt werden. Das Plebiszit blieb seitdem die Instanz, die in schwierigen Lagen vom Herrscher angerufen wurde; es hat weder vorher noch nachher in Frankreich die Bedeutung gehabt wie in der Regierungszeit Napoleons III. Meisterhaft wußte der neue Herr den Beamtenapparat, mit dem die erste Revolution und Napoleon das Land beschenkt hatten, bei den Wahlen in Bewegung

zu setzen, und zu den drei gegebenen Stützen seiner Stellung: Armee, Klerus und Arbeiterstand hat er während des größten Teils seiner Regierungszeit die besten Beziehungen zu unterhalten verstanden. Allerdings konnte das, wie einmal die Grundstimmung im französischen Volke war, nur geschehen unter der Voraussetzung einer starken und glücklichen auswärtigen Politik. Aber auch diese Bedingung hat Napoleon III. mit ungleich mehr Mut und Geschick, als sein Vorgänger bewiesen hatte, lange zu erfüllen verstanden. Er hat Frankreich wieder eine Stellung in Europa verschafft, wie es sie seit den Tagen des Onkels nicht mehr eingenommen hatte, und er hat es zuerst mit entschiedenen Schritten wieder hinübergeführt über das Meer.

Für die Lage Europas haben alle französischen Revolutionen gleichmäßig eine Folge nach sich gezogen: Steigerung russischer Macht und russischen Ansehens. An prinzipieller Feindschaft gegen den Umsturz tat es niemand den Selbstherrschern aller Reußen zuvor oder auch nur gleich; niemand übertraf sie aber auch in glücklicher Ausnutzung der Vorteile, und niemand konnte sie darin übertreffen, weil sie sich keinem in gleicher Weise darboten.

Der Grund lag, kann man sagen, in der Geographie. Die Verlegenheiten und Schwierigkeiten, die französische Umwälzungen für die Mitte Europas unfehlbar zur Folge hatten, gaben dem Zarenreiche die Hände frei und seiner Gunst oder Ungunst ein erhöhtes Gewicht. Nach der Februarrevolution war den deutschen Dingen durch das Gebot des Zaren ihr Ziel gesetzt worden; vor allem ihm verdankte die dänische Gesamtmonarchie ihre Aufrichtung. Weil Görgey sich mit seinem zusammengeschmolzenen Heere aus Haß gegen die Österreicher dem russischen General ergeben hatte, galt der Zar als Besieger der Ungarn, obgleich die kaiserliche Macht dieser Aufgabe völlig gewachsen gewesen wäre. Vor allem aber fühlte man sich nun gegenüber der Pforte frei. Man konnte in Petersburg glauben, daß man unbekümmert um Österreich die

orientalischen Verhältnisse werde ordnen können; man erklärte dort die Türkei für tot oder doch als im Sterben liegend.

Eine der herkömmlichen Raufereien zwischen griechischen und lateinischen Mönchen am heiligen Grabe, in die Frankreich sich eingemischt und den Lateinern Vorteile verschafft hatte, bot Rußland den Anlaß, ein Schutzrecht über alle griechischen Christen in der Türkei zu fordern, was sagen wollte über die gute Hälfte aller Untertanen des Sultans. Es war auf die Vernichtung des türkischen Reiches abgesehen. England hoffte Nikolaus, der jeden Wunsch nach eigenen Erwerbungen ableugnete, durch die Aussicht auf Ägypten und Kreta zu gewinnen.

In England bäumte sich aber die öffentliche Meinung gegen diese Pläne auf. Hier waren in orientalischen Dingen die Anschauungen populär, die David Urquhart seit einem Vierteljahrhundert zu verbreiten sich bemühte, und die in Rußlands steigender Macht eine ernste Gefahr für Englands indische Stellung sahen. Man erinnerte sich, daß Ostindien vor der Aufrichtung der englischen Herrschaft stets von Nordwesten her erobert worden war. Die Unterwerfung der freien Stämme des Kaukasus in den letzten Jahrzehnten, die Befestigung russischen Einflusses in Persien, die Benutzung dieses Reiches, um durch Eroberung Herats in Afghanistan Fuß zu fassen, die Versuche Rußlands, jenseit des Kaspischen Meeres Boden zu gewinnen, waren schon damals triftige Belege für eine Ansicht, die im weiteren Verlauf der Ereignisse noch weit größere Geltung erlangen sollte. Schon 1838 hatte England kriegerische Maßregeln gegen Persien ergriffen, um es der russischen Bevormundung zu entziehen. Im englischen Kabinett verfocht Palmerston, welcher über Politik mit niemandem reden wollte, der nicht die Notwendigkeit der Erhaltung der Türkei zugestehe, mit Entschiedenheit die antirussische Auffassung. Seine Meinung fiel ins Gewicht, obgleich er zurzeit nicht Leiter des Auswärtigen war. Der englische Gesandte in Konstantinopel, Lord Stratford, war ebenfalls ein entschiedener Russenfeind. Er stärkte dem Sultan den Rücken zum Widerstande. Napoleon kam die Gelegenheit nur zu erwünscht,

der neuen Kaiserwürde durch kriegerische Erfolge erhöhten Glanz zu geben. Ihn störte nicht, daß er noch unmittelbar vor seiner Krönung verkündet hatte: „Das Kaiserreich ist der Friede.“ So entschloß sich Abdul Medschid, das erneute Einrücken der Russen in die Donaufürstentümer, die sie erst kurz zuvor, nach vollzogener Pazifikation innerer Wirren, verlassen hatten, mit der Aufforderung zur Räumung und, als dieser keine Folge gegeben wurde, im Oktober 1853 mit der Kriegserklärung zu beantworten. Im März des nächsten Jahres traten England und Frankreich der Türkei zur Seite. Napoleon III. konnte in Gemeinschaft mit dem gefährlichsten der Gegner des Onkels den mächtigsten derselben bekriegen.

Der Verlauf des folgenden Kampfes gestaltete sich eigentümlich genug. Das Gegebene war zweifellos, ihn von den Donaufürstentümern aus zu führen, vereint mit den Türken über Donau und Pruth in Rußland einzudringen in die Gebiete, um die so oft zwischen Zar und Sultan gekämpft worden war. Aber Walachei und Moldau schieden als Kriegsschauplatz bald vollständig aus. Die Russen räumten sie freiwillig, und Österreicher besetzten die Lande, aus denen 1849 russische Hilfe zugezogen war. Es war der Preis, um den Rußland Österreichs Neutralität erkaufte. Aber es gewann damit doch auch den großen Vorteil einer Deckung von dieser Seite. Jetzt war kaum noch ein anderer Angriff möglich als über See. Zum erstenmal seit den Tagen des lateinischen Kaisertums erschienen wieder abendländische Krieger am Schwarzen Meer. Sie wandten sich gegen Sewastopols herrlichen Kriegshafen, der unter Nikolaus der vornehmste Stützpunkt der russischen Flotte im Mittelmeer geworden war.

Man hätte denken sollen, daß Rußland hier auf dem eigenen Boden den Feinden, die Truppen und Kriegsbedarf aus weiter Ferne herbeischaffen mußten, mehr als gewachsen gewesen wäre. Der Ausgang bewies das Gegenteil. Trotz zähester Hartnäckigkeit der Verteidigung und dem Geschick ihres Leiters, des Balten Totleben, erlag Sewastopol nach elfmonatlicher Belagerung im Sep-

tember 1855. Die Verbündeten hatten Truppenmassen hinübergebracht, wie sie nie vorher zur See befördert worden waren, und das Zarenreich war nicht imstande gewesen, ihnen eine ebenbürtige Macht entgegenzustellen. Vor allem die Namen der französischen Führer strahlten im hellsten Siegesglanze; Europa hallte wider vom Waffenruhm der Franzosen. In der Ostsee hatte die Flotte der Verbündeten sich darauf beschränken müssen, die Ålandsinseln zu besetzen. Auf dem armenischen Kriegsschauplatz waren die Russen sogar gegenüber den Türken im Vorteil geblieben und hatten Kars erobert. Trotzdem wünschte Alexander II., der im März 1855 dem Vater gefolgt war, den Frieden, den die Gegner, die sich weitere wichtige Erfolge nicht versprechen konnten, kaum weniger herbeisehnten.

Am 30. März 1856 ist er in Paris abgeschlossen worden. Es wurde vereinbart, daß Rußland die Donaumündungen, die es 1829 erworben hatte, aufgeben und außerdem noch links von Donau und Pruth einen bessarabischen Landstrich von etwa 13000 Quadratkilometern zugunsten der Moldau abtreten sollte. Damit sah sich Rußland hinter den Frieden von Bukarest zurückgeworfen und von der Donau völlig abgedrängt. Die Schiffahrt auf diesem Strome sollte eine europäische Kommission regeln und überwachen, Rußland seine Protektoratsrechte in den Fürstentümern verlieren. Das Schwarze Meer ward für neutral erklärt, den Uferstaaten der Bau von Kriegsschiffen über den Bedarf an Wacht- und Küstenschiffen hinaus untersagt. In Asien mußte Rußland seine Eroberungen herausgeben; aber die Tscherkessen, Tschetschenzen und andere Stämme des westlichen Kaukasus, die sich während des Krimkrieges noch einmal erhoben und unter Schamyls Führung nicht ohne Glück gekämpft hatten, wurden preisgegeben. Ihre Unterwerfung hat erst 1859 ganz vollendet werden können. Rußland schied als Mittelmeermacht aus. Die europäische Stellung, die ihm die Jahre 1812—15 eingetragen hatten, war gebrochen, und es war natürlich, daß nicht England, sondern Frankreich in die Lücke trat. Napoleon hatte einen Erfolg zu verzeichnen, der

einlud, auf dem betretenen Wege weiterzugehen, und da konnte die zweite Etappe nur Italien sein.

Wie in Deutschland, so waren auch auf der Apenninenhalbinsel die unitarischen und konstitutionellen Tendenzen schon vor der Februarrevolution wieder stark an die Oberfläche getreten. Pius IX. hatte alsbald nach Beginn seines Pontifikats (1846) Italien und der Welt das Schauspiel eines nationalen und liberalen Papstes gegeben. Er erwärmte sich für Freiheit und Einheit seines Vaterlandes und begann den Kirchenstaat zu reformieren. Er sanktionierte damit Bestrebungen, denen nun auch die anderen Regierungen Rechnung tragen mußten. Schon im Januar 1848 zwangen die Sizilianer ihrem Könige eine Verfassung ab. Karl Albert von Sardinien folgte auf der Bahn, um seinem Staate und seiner Dynastie die Führerrolle zu sichern; der Großherzog von Toskana entschloß sich zu dem gleichen Schritt. So fand die Februarrevolution den Boden vorbereitet, besser noch als in Deutschland.

Aber mehr noch als nördlich der Alpen gingen die Meinungen auseinander über die Staatsform, die die Halbinsel einigen sollte. Mit Ausnahme des piemontesischen Hauses waren die italienischen Fürstenfamilien entfernt nicht so mit ihren Ländern verwachsen wie die deutschen. Die mittelitalienischen Regenten, der Papst nicht ausgeschlossen, sahen sich im Verfolg der Ereignisse veranlaßt, ihren Staaten den Rücken zu kehren und auswärts Zuflucht zu suchen. In Rom und Florenz entstanden republikanische Regierungen; auch Venedig kehrte zu seinen alten Erinnerungen zurück. In Neapel behaupteten sich die Bourbonen, vermochten auch Sizilien, das sich Karl Albert zugewandt hatte, wieder zu unterwerfen. Nur Modena und Parma folgten Sardinien. So war es kaum mehr als das piemontesische Heer, nicht die Kraft des vereinten Italiens, die der Sardenkönig gegen Österreich führen konnte. Der Zuzug von Freischärlern hielt sich in engen Grenzen.

Die Revolution hat geringe Befähigung gezeigt zur Verteidigung des Vaterlandes. Als Karl Albert, „das Schwert Italiens",

überwältigt war, erlag sie bald überall. Nur dem Einspruch Frankreichs verdankte es Viktor Emanuel II., daß er das Vorgehen des Vaters nicht mit Landverlust zu büßen hatte. Die Reaktion setzte mit einer in Deutschland unmöglichen Härte ein, besonders in Neapel. Wenn Napoleon selbst der römischen Republik ein Ende machte, so geschah das doch auch, um Österreich auf der Halbinsel nicht allmächtig werden zu lassen. Früher als nach Deutschland hin hat westfränkische Macht geglaubt, sich in Italien Geltung verschaffen zu müssen. Eine tausendjährige Geschichte ließ es unerträglich erscheinen, dieses Land fast ganz unter fremdem Einfluß zu sehen. Wollte Napoleon Frankreichs Prestige wieder heben — und das war eine Daseinsfrage für sein Kaisertum —, so mußte er es in Italien an die Stelle Österreichs setzen. Die Art, wie Napoleon eingegriffen hatte, machte ihn weder in Italien noch überall in Frankreich populär; aber zu sehr war Italien auf den westlichen Nachbar angewiesen, wollte es sich den erdrückenden Umarmungen des östlichen entziehen.

Das galt vor allem von Sardinien, das doch die Hoffnung Italiens blieb und sein einziger bündnis- und aktionsfähiger Staat war. Schon im Jahre nach Novara ist Cavour ins Ministerium Viktor Emanuels eingetreten, das der Einiger und Befreier Italiens dann mit der geringen Unterbrechung von einigen Monaten bis zu seinem Tode, über zehn Jahre, geleitet hat. Er war ein Landedelmann wie Bismarck, aber er war nicht wie dieser an seinem Königtum emporgewachsen. Er bedurfte auch keines Wandels seiner Anschauungen. Er war fertig, als er noch nicht zwanzigjährig ins Leben hinaustrat, und wandte seinem Staate den Rücken, als dieser nach der Julirevolution der Reaktion verfiel. Erst die parlamentarische Tätigkeit, die 1848 einsetzte, führte ihn in die Regierung. Er war erfüllt von den nationalen und konstitutionellen Anschauungen der Zeit und überzeugt von ihrer Kraft. Aber allem revolutionären Radikalismus war er abhold und erkannte mit klarem Blick die entscheidende Bedeutung realer Macht. Für ihn stand es fest, daß nur die Monarchie, und zwar seine angestammte, Italiens

Einheit herstellen könne, und daß es nur geschehen könne mit Hilfe Frankreichs. Er wußte diese Überzeugung auch in Sardiniens Landesvertretung zum Siege zu bringen. So setzte er durch, daß 1855 ein piemontesisches Heer von 15000 Mann den Verbündeten in die Krim folgte.

Der Schritt ist mit Recht als ein Meisterstück der Politik gepriesen worden. Er gewann Frankreich und noch mehr England, das ungern Napoleons militärisches Übergewicht sah, und er lief Österreich, um dessen Beitritt die Westmächte warben, den Rang ab. Er setzte Piemont in Politik und Krieg an die Seite der Großmächte; es durfte nicht nur vor Sebastopol mit taten, es durfte auch in Paris mit raten. Auf dem Friedenskongreß setzte Cavour es durch, daß auch die italienische Frage verhandelt wurde. Österreichs Widerspruch blieb wirkungslos. Cavour konnte den Staat, dem alles Unglück Italiens zugeschrieben wurde, mit Englands und Frankreichs Billigung und Beifall vor Europa anklagen. Die italienische Agitation lebte mächtig auf und ward von Piemont her offen unterstützt und ermuntert.

Im Juli 1858 erschien Viktor Emanuel, von Cavour begleitet, in Frankreich, und es kam in Plombières zu festen Verabredungen mit Napoleon III. Österreich sollte von der Halbinsel vertrieben werden, sein Besitztum, vielleicht auch Parma und Modena, Sardinien zufallen, dafür aber Savoyen und eventuell auch Nizza Frankreich überlassen werden. Die Verbindung einer Tochter Viktor Emanuels mit Jérome Napoleon, dem jüngsten Sohne des Westfalenkönigs und der württembergischen Katharina, sollte die Beziehungen noch inniger gestalten. Der Prinz war in Frankreich populär als Prinz Plon-Plon und ein eifriger Verfechter der italienischen Wünsche; sein Eintritt in das Haus Savoyen war auch für Napoleon III., dem selbst die Dynastien Europas sich verschlossen hatten, eine Genugtuung. Die Worte, die Napoleon am Neujahrstage an den österreichischen Botschafter richtete, und die Thronrede, in der Viktor Emanuel am 10. Januar 1859 bei Eröffnung der sardinischen Kammerverhandlungen von dem Schmer-

zensschrei sprach, der aus Italien zu seinen Ohren dringe, und den er nicht ungehört verhallen lassen könne, zerstörten für Österreich jeden Zweifel, daß es auf die Vernichtung seiner italienischen Herrschaft abgesehen sei. Es faßte den Entschluß, selbst die Rolle des Angreifers zu spielen; was unter Franz Josefs Regierung bisher an kriegerischen Unternehmungen ins Werk gesetzt worden war, war ja geglückt.

Der Krimkrieg hatte Österreich in eine schwierige Lage gebracht. Es konnte nicht wünschen, daß Kaiser Nikolaus sein Ziel erreichte; es konnte das weit weniger ertragen als Frankreich oder England. Es war für Österreich eine Lebensfrage, daß der Zar nicht Schutzherr der griechischen Christen in der Türkei und so der Sultan sein Vasall werde. Es hatte sich daher an allen diplomatischen Versuchen der Westmächte, Nikolaus von dieser Forderung abzubringen, lebhaft beteiligt. Es war in der Verfolgung seiner Interessen noch weiter gegangen. Es hatte die Beseitigung des russischen Einflusses in den Donaufürstentümern erstrebt und erreicht und hatte sich zeitweise ernstlich mit dem Gedanken getragen, an der Seite der Westmächte in den Kampf einzutreten. Es hätte so vielleicht Rußland für lange Zeit von Donau und Balkan abdrängen und sich selbst an seine Stelle setzen können. Eine französische, allerdings nicht allzu wertvolle Garantie für seinen italienischen Besitz war der Köder, mit dem Napoleon lockte. Es begnügte sich mit der Okkupation der Donaufürstentümer, die seine Truppen erst 1857 wieder räumten.

Seine Beziehungen zu Rußland waren trotzdem durch sein Verhalten völlig gestört worden. Nach russischer Auffassung hatte allein der Zar Österreich wieder zum Herrn Ungarns gemacht und dafür „Dank vom Hause Österreich" geerntet. Piemont dagegen hatte es verstanden, seine Teilnahme am Krimkriege vergessen zu machen. Es hatte sich nach dem Pariser Frieden in allen Balkanfragen im Gefolge der russischen Politik gehalten und hatte 1857 auf die Gefahr hin, England zu verstimmen, Ruß-

land in Villafranca bei Spezzia eine Kohlenstation gewährt. Eine Schwächung Österreichs in Italien widerstritt ja auch keineswegs den russischen Interessen, wenn sie ohne eine allzugroße Stärkung Frankreichs durchführbar war. So entbehrte Franz Josef völlig der Rückendeckung, deren sein Großvater 1820/21 und 1830—33 sich erfreut hatte; im Gegenteil, er hatte von Osten her eher Feindseligkeit als Förderung zu erwarten. Der Bund der Ostmächte war durch den Krimkrieg zersprengt.

Indem Österreich sich zum Ultimatum vom 23. April entschloß und Sardinien aufforderte, binnen drei Tagen zu entwaffnen oder des Krieges gewärtig zu sein, tat es einen Schritt, der richtig gewesen wäre, wenn der Wille und die Macht bestanden hätten, die piemontesische Armee über den Haufen zu werfen und das Land bis zu den Alpen zu besetzen, ehe noch ein Franzose die Pässe überschritt. Als Gyulay nach Überschreitung des Tessin in der Lomellina stehen blieb, sah er sich bald überlegenen feindlichen Streitkräften gegenüber. Bei Magenta am 4. Juni geschlagen, mußte er die ganze Lombardei räumen und sich über den Mincio ins Festungsviereck zurückziehen.

Noch ehe ein Schuß gefallen war, hatte den Großherzog von Toskana schon sein eigenes Militär aus dem Lande getrieben, und die Herzöge von Parma und Modena sahen sich nach Magenta ebenfalls zur Flucht genötigt. Kaiser Franz Josef eilte selbst auf den Kriegsschauplatz. Aber in der Schlacht bei Solferino, der größten, die seit Leipzig geschlagen worden war, erlag sein Heer am 24. Juni nach hartem Ringen dem Gegner. Am 11. Juli folgte, zwischen den beiden Kaisern persönlich vereinbart, der Präliminarfriede von Villafranca, der im November in Zürich bestätigt wurde. Die Lombardei ward Napoleon überlassen, um durch ihn Viktor Emanuel übergeben zu werden, Venetien mit dem ganzen Festungsviereck von Österreich behauptet. Der Großherzog von Toskana und der Herzog von Modena sollten wieder in ihre Länder zurückkehren, die italienischen Staaten einen Bund bilden.

Die Vereinbarung überraschte doppelt, durch ihren Inhalt

und durch ihr schnelles Zustandekommen. Mit der Losung „Frei bis zur Adria", wie Napoleon sie selbst ausgegeben hatte, war man in den Kampf gezogen. Jetzt behielt Österreich die größere und wichtigere Hälfte seines Besitztums und durfte seine beiden ansehnlichsten Gefolgsstaaten wieder herstellen. Der Gebietszuwachs Sardiniens war, auch wenn man das im Vertrage nicht erwähnte Parma hineinrechnete, ein recht mäßiger verglichen mit dem, der in Aussicht gestellt worden war, und mußte erkauft werden mit dem Verlust altangestammten Besitzes. An die Stelle der geträumten Einheit der Halbinsel unter dem Hause Savoyen sollte ein italienischer Staatenbund treten. Und das alles war zugestanden worden wenige Tage nach einem großen Siege, und Franz Josef hatte andererseits den Verlust der Lombardei hingenommen, obgleich Preußen und der deutsche Bund sich anschickten, die Waffen für ihn zu ergreifen und die Franzosen durch Gefährdung ihrer Ostgrenze zur Räumung Italiens zu nötigen.

Aber eben hier lag die Erklärung dieser plötzlichen Wendung.

Den Tagen von Olmütz waren die Dresdener Konferenzen gefolgt und diesen der Wiederzusammentritt des Bundestags. Österreich fühlte sich als Herr der Situation. In Europa wie in Deutschland war Preußens Stellung der seinen nicht vergleichbar. Es konnte dem Gedanken Raum geben, mit seinen gesamten Staaten in den Bund einzutreten, das Siebzigmillionenreich zu begründen, für das es auch in Deutschland Schwärmer gab. Jedenfalls glaubte es der Leitung des Bundes völlig sicher zu sein, sah in diesem, wie in früheren Tagen, nur ein Organ für seinen Einfluß. Auf diesem Felde begegnete ihm Otto von Bismarck und erwarb sich hier sein erstes bleibendes Verdienst um Preußen und Deutschland.

Aus den Verhandlungen des vereinigten Landtags wird Bismarcks Stellung zu den Aufgaben, welche die Zeit seinem Lande stellte, zuerst klarer erkennbar. Er glaubte hier mit besonderer Schärfe feststellen zu sollen, daß preußische Volksrechte anderen Ursprungs seien als englische, und daß 1813 für die Preußen ihr

Preußentum genügt habe, sie ins Feld zu rufen. Es sind Äußerungen von klassischer Klarheit und Wahrheit, die zugleich dem historischen und dem politischen Denken des „Landjunkers“ und „Auskultators“ das glänzendste Zeugnis ausstellen. Die Gesinnungen, die hier zum Ausdruck kommen, haben noch durch Jahre vorgeklungen: Königstreue und Preußenstolz.

Aber schon aus dieser Zeit und aus noch früheren Jahren wird gelegentlich ein Grundton hörbar, der deutlich erkennen läßt, daß diesem preußischen Edelmann auch deutsche Empfindungen nicht fremd waren, daß der Gedanke der deutschen Einheit, der nun einmal die Besten der Zeit erfüllte, auch seinem Herzen teuer geworden war. Es war aber selbstverständlich, daß er den Weg der Frankfurter zu diesem Ziele nicht mitgehen konnte. Er war gegen die Annahme der Kaiserkrone durch seinen König. Er wollte auch weiter von der Union und von einer Einsetzung der Kräfte Preußens für sie nichts wissen. Sein Sinn war viel zu sehr auf die unentbehrliche Grundlage aller Politik, auf reale Macht, gerichtet, als daß er ernstlich hätte versuchen können, durch Zusammenlegung von Nullen eine Eins zu schaffen. Was so oft als „preußischer Partikularismus“ und als „der gefährlichste von allen“ bezeichnet worden ist, das war recht eigentlich die Grundlage seiner politischen Auffassung, und ihm ist es beschieden gewesen, seine Berechtigung glänzend zu erweisen. Es erschien ihm eines großen Staates unwürdig, für etwas anderes zu kämpfen als für seine eigenen Interessen. Preußens Interessen aber waren nicht die eines Bundes, in dem es nur primus inter pares, nicht Herr gewesen wäre, in dem es die eigene Wehrverfassung, Quelle und unveräußerliche Stütze seiner Kraft, gegenüber den Machtansprüchen eines Unionsparlaments und den herrschenden Anschauungen über den Wert stehender Heere schwerlich hätte unversehrt erhalten, geschweige denn ausgestalten können.

Die Politik, die nach Olmütz führte, lag in Bismarcks Richtung. Es war auch nicht seine Meinung, daß die Demütigung, die sein Staat erfahren hatte, mit einer fortgesetzt feindseligen Politik

gegen Österreich vergolten werden müsse. „Ich war gewiß kein prinzipieller Gegner Österreichs, als ich nach Frankfurt kam; aber ich hätte jeden Tropfen preußischen Blutes verleugnen müssen, wenn ich auch nur eine mäßige Vorliebe für das Österreich, wie seine gegenwärtigen Machthaber es verstehen, hätte bewahren wollen." Nach österreichischer Auffassung hatte Preußen in Frankfurt keine andere Aufgabe, als Gefolgsdienste zu leisten in der Leitung des Bundes. Preußen war der Emporkömmling unter den Mächten, der „einmal in die Lotterie gesetzt und das große Los gewonnen habe und sich darauf nun dauernd einrichte". Solcher Ansicht gegenüber konnte Bismarck, wie er meinte, seinem Könige nur raten, noch einmal in die bewußte Lotterie zu setzen.

Österreich verlangte Preußens Gefolgschaft aber nicht nur am Bunde, sondern auch in der europäischen Politik. Es waren Jahre, in denen ein günstiger Wind die Segel der österreichischen Diplomatie schwellte wie nur je in der Metternichschen Zeit. Nach den Erfolgen von 1848—50 schufen die orientalischen Wirren eine Lage, in der Österreich das entscheidende Wort zu sprechen hatte. Es hätte gar zu gern teilgenommen am Kriege gegen Rußland und die Donaufürstentümer als Beute davongetragen. Es wurde nicht müde, das als ein gesamtdeutsches Interesse hinzustellen und, von den Westmächten eifrig unterstützt, Preußen und den Bund zur Mitwirkung zu drängen. Da der Zar den preußischen Schwager an die alte Freundschaft und Waffenbrüderschaft gemahnen konnte und nicht weniger lebhaft ein preußisch-russisches Bündnis begehrte, wurde der Berliner Hof vor schwere Entscheidungen gestellt. Bismarck widerriet jeden Entschluß, der Preußen einer der beiden Parteien hätte dienstbar machen, der es hätte in die Gefahr bringen können, das Opfer einer Verständigung zwischen Paris und Petersburg zu werden.

Doch ist es auf diesem Wege weit geführt worden. Am 20. April 1854 hat es einen Allianzvertrag mit Österreich geschlossen, dem der Bund am 24. Juli beigetreten ist, und der beiden Staaten den Besitz ihres außerdeutschen, nicht zum Bunde gehörenden Besitzes

gewährleistete; am 26. November desselben Jahres hat es sogar die Verpflichtung übernommen, auch die österreichischen Truppen in den Donaufürstentümern zu schützen, wenn sie dort angegriffen würden. Bismarcks Befürchtung war groß, daß Preußen in einen Krieg mit Rußland hineingetrieben werde, und das für Österreich, „für dessen Sünden unser König so viel Nachsicht hat, wie ich mir von unserem Herrn im Himmel für die meinigen wünsche“. Doch bewahrte Preußen seine Neutralität. Es lehnte ab, auf Österreichs Geheiß mobil zu machen, bestand darauf, den Zeitpunkt selbst bestimmen zu wollen, wann dieser Schritt geboten sei, und setzte beim Bunde die gleiche Haltung durch. Es lehnte auch ab, nachträglich dem Schutz- und Trutzbündnisse beizutreten, das Österreich am 2. Dezember 1854, ermutigt durch die preußische Zusage vom 26. November, doch ohne Preußen Mitteilung zu machen, mit den Westmächten vereinbart hatte. Es hat sich aufgebäumt gegen die starken Zumutungen des Kaiserstaates, obgleich sie von Paris und London her mehr als ungestüm unterstützt wurden, und hat so verhütet, daß der Krieg ein europäischer und Deutschland sein Schauplatz wurde. „Diese Politik wird Sie nach Jena führen,“ hatte der französische Gesandte am Bundestage Bismarck gewarnt, allerdings nur die kühle Antwort erhalten: „Warum nicht nach Leipzig und Waterloo?“ Am Bunde lernte man doch wieder empfinden, daß Preußen eine deutsche Macht war, und daß seine Entschließungen wertvoll sein konnten für alle.

Allerdings führten sie Preußen zunächst in eine völlige Isolierung. Nur mit Mühe und nur durch das Entgegenkommen, das Napoleon zu erweisen für gut fand, gelang es Preußen, seine Zulassung zum Pariser Kongreß gegen Englands offenen und Österreichs geheimen Widerstand durchzusetzen. Man glaubte ihm mit Recht zürnen zu dürfen, weil es sich nicht als Werkzeug hatte brauchen lassen wollen, und fand mit diesem Urteil fast allgemeine Zustimmung beim deutschen Liberalismus, in dessen Phantasie der Kampf des „gesitteten Europas“ gegen „russisches Barbaren- und Despotentum“ einen bevorzugten Platz einnahm.

Der italienische Krieg zog Deutschland noch mehr in seine Kreise. Er fand aber auch Preußen in veränderter Lage. Nach wiederholter Vertretung des kranken Bruders hatte Prinz Wilhelm am 26. Oktober 1858 die Regentschaft übernommen.

Der neue Lenker des Staates teilte die monarchischen Überzeugungen des Bruders. Als seinerzeit der Staatsrat über die Einberufung des Vereinigten Landtages zu entscheiden hatte, war ihm die Zustimmung nicht leicht geworden. Im Lande galt er als der Vertreter der Reaktion; in seinem englischen Aufenthalt vom März bis Mai 1848 sah man auf beiden Seiten ein Zugeständnis des Königs an die liberalen Wünsche im Volke. Daß unter seiner Führung dann die oberrheinische Erhebung für die Reichsverfassung niedergeschlagen wurde, kam wohl seinem militärischen Ansehen, seiner Popularität aber nur sehr teilweise zugute.

Doch aber war er völlig entschlossen und konnte durch den Besuch in England nur darin bestärkt werden, ehrlich den neuen Weg zu betreten. Die lebendige Teilnahme, die er dem Zustandekommen einer deutschen Reichsverfassung entgegenbrachte und in Verhandlungen mit Dahlmann, dem Vornehmsten ihrer geistigen Urheber, betätigte, konnte darüber keinen Zweifel lassen. Er war gewillt, auch in Preußen auf der einmal betretenen Bahn der Verfassung zu bleiben. Es war die Auffassung, die auch Bismarck vertrat und gegenüber Kreisen, denen er sonst nahe stand, unerschütterlich festhielt. Sie gründete sich vor allem auf die Überzeugung, daß die Verfassung ein neues Band um Preußens Einheit schlingen und sein Volk fester verknüpfen werde mit dem Staate, zu dessen Leitung es mitberufen sei. Prinz Wilhelm war aber auch durchdrungen von Preußens deutscher Aufgabe. Es stand ihm fest, daß kein anderer Staat so wie Preußen zum Schutze und zur Vertretung Deutschlands bestimmt und befähigt sei, und daß ihm auch dementsprechend Einfluß in Deutschland gesichert werden müsse.

Die Wege, die zu diesem Ziele führen sollten, waren aber auch für ihn nicht die der Frankfurter Reichsversammlung. Der neue Leiter Preußens war vor allem Soldat. Nicht nur gehörten

diesem Berufe seine Neigungen, auch die ganze Stärke seines Könnens entfaltete sich in ihm. Das preußische Heer, wie es sich seit seinem Regierungsantritt entwickelt hat, ist recht eigentlich sein eigenstes Werk. Er war aber doch ein anderer als einst Friedrich Wilhelm I. Er war nicht nur überzeugt von der Unentbehrlichkeit eines starken, schlagfertigen Heeres für jede feste Politik; er vermochte auch den Entschluß zu finden, es zu gebrauchen. Im Empfinden für seine eigene und seines Staates Ehre war er feinfühlig und kühn wie nur Friedrich der Große selbst. Seine Entschließungen sind nicht so leicht und rasch gefaßt wie die des großen Königs, aber nicht minder beharrlich durchgeführt. Als er selbständig die Zügel der Regierung ergriff, war er entschlossen, seine preußische Aufgabe in liberalem, seine deutsche in nationalem Sinne zu erfassen. Darüber ließen seine ersten Regierungshandlungen nicht im Zweifel; mit der Einsetzung des Ministeriums Hohenzollern begann „die neue Ära". Jedem, der sehen wollte, konnte klar sein, daß dieser Mann das Schwert nur ziehen werde für Deutschlands und Preußens Interesse, daß für ihn beide unzertrennlich verbunden waren, daß dieses Schwert aber auch aus der Scheide fahren werde, wenn sein Träger das ihm anvertraute Gut gefährdet sehe.

Das geschichtliche Urteil wird Sardinien zugestehen müssen, daß es 1859 eine gerechte Sache verfocht, und wird auch seinem Verbündeten diese Anerkennung nicht versagen können. Auch war Österreich formell der Angreifer. Trotzdem stellte sich die öffentliche Meinung in Deutschland so gut wie einhellig auf Habsburgs Seite. Und sie hatte ja nicht nur sachlich recht, wenn sie Frankreich und Piemont als die Friedensstörer ansah, sie konnte auch nicht anders empfinden nach den jahrhundertelangen Beziehungen, die zwischen Deutschland und seinem Kaiserhause bestanden hatten. Trotz allem wollte Österreich doch zuvörderst eine deutsche Macht sein und war das auch. In dem Verlust seiner italienischen Stellung sah man in Deutschland eine Schwächung der eigenen, und nicht ohne Grund, da sie eine Stärkung Frankreichs mit sich führen

mußte. Gegen Frankreich, das seit Ludwig XIV. so unendlich viel Leid über Deutschland gebracht hatte, regte sich im deutschen Herzen aber alles, was irgend einer nationalen Empfindung ähnlich sah. So war ziemlich ganz Deutschland bereit, Tessin und Po am Rheine zu verteidigen. Bismarck, der die Sache anders auffaßte und geneigt gewesen wäre, aus Österreichs Bedrängnis energisch Vorteil für Preußen zu ziehen, fand sich abseits von der allgemeinen Strömung.

Noch ehe der Ausbruch des Krieges feststand, ordnete der Prinzregent die Mobilisierung von drei Armeekorps, Preußens Kontingent zum Bundesheere, an und beantragte am Bunde die Bereitstellung der Bundestruppen. Nach Magenta ward die ganze preußische Armee mobil gemacht; man verhehlte nicht die Absicht, Österreich seinen Länderbesitz zu erhalten, zunächst durch bewaffnete Vermittelung. Aber wenn so der Prinzregent bereit war, Österreichs Sache zu verfechten, so wollte er das doch nicht, ohne Preußen eine völlig selbständige Stellung neben Österreich zu sichern, es als eine europäische Macht ins Feld zu führen und nicht als bloßes Glied des Deutschen Bundes. Er forderte die Führung der gesamten preußisch-deutschen Armee. Er wollte sich nicht damit begnügen, wie man ihm zugestand, Bundesfeldherr zu werden und von den Weisungen des von Österreich inspirierten Bundes abhängig zu sein. Ehe Franz Josef aber in diese Forderung einwilligte, ging er lieber nach Villafranca. Napoleon war froh, aus der bedrohlichen Lage befreit zu werden. Die Folgen von Metternichs Wiener Kongreßpolitik traten wiederum zutage. Hätte Österreich in Elsaß-Lothringen gestanden, es hätte die Lombardei an den Vogesen verteidigen, und Deutschland hätte dem Kampfe nicht fern bleiben können. Jetzt wollte es fortgesetzt ein Land beherrschen, von dem es sich losgesagt hatte, und stellte sich damit eine Aufgabe, deren Lösung gegenüber dem neuen Preußen unmöglich war.

Die Geschichte kennt wenig Friedensschlüsse, die so rasch wieder umgestoßen worden sind wie der von Villafranca. Als er in Zürich

bestätigt wurde, lag er schon zerrissen am Boden. Sowohl Napoleon wie Franz Josef hatten sich getäuscht, wenn sie glaubten, ihre Verabredungen würden genügen, die italienische Einheitsbewegung aufzuhalten. In Parma und Modena, in Toskana und in den Legationen weigerte man sich, die alten Herren wieder aufzunehmen beziehungsweise ihre Regierung anzuerkennen. Man rüstete sich, der Gewalt mit Gewalt zu begegnen, und beschloß in Volksabstimmungen, wie Napoleon III. sie selbst ins politische Leben eingeführt hatte, die Vereinigung mit Piemont.

Als im nächsten Frühling Sizilien sich neuerdings gegen seinen Herrn erhob, trat Garibaldi, das Ideal der Freischärler Europas, für den auch mancher deutsche Schwärmer sich begeisterte, seinen Ruhmes- und Siegeszug an. Es erwies sich als eine leichte Mühe, die bourbonische Herrschaft, die einzige, die auch jetzt noch nicht zum Zugeständnis einer Konstitution hatte bewogen werden können, auf der Insel und auf dem Festlande zu brechen, und den jungen König Franz II., der erst während des lombardischen Krieges auf den Thron gelangt war, zu vertreiben. Die letzte, schwierigere Arbeit, die Belagerung und Einnahme von Gaeta, leistete die piemontesische Armee. Sie hatte ihren Marsch durch den Kirchenstaat nehmen müssen und, als Widerstand geleistet worden war, ihre Übermacht gegen die päpstlichen Truppen zur Geltung gebracht. Die Folge war, daß auch Umbrien und die Marken der Annexion an den italienischen Einheitsstaat anheimfielen. Volksabstimmungen bestätigten überall das Geschehene.

Durch sein entschlossenes Eingreifen, das den Garibaldianern nicht das Feld allein überließ, rettete Cavour auch Unteritalien für die Monarchie und die Einheit. Sie konnte als hergestellt gelten von den Alpen bis Lilybaeum, wo Garibaldi zuerst gelandet war. Aus dem Königreich Sardinien war ein Königreich Italien geworden. Jetzt endlich war der Bau des Wiener Kongresses in seinen Grundfesten erschüttert.

Napoleon III. hatte den Anstoß gegeben zu dieser Umwälzung. Er hatte Anspruch auf Gewinn und hielt seine Ernte. Hatte er im

Krimkriege die Allianz der Ostmächte brechen und Österreich und Rußland gegeneinander kehren können, so war jetzt das Werk weiter geführt und der Gegensatz zwischen Österreich und Preußen hell ans Tageslicht getreten. Dazu durfte er erwarten, das zu Dank verpflichtete Italien weiter in seiner Gefolgschaft zu sehen, und konnte diesmal auch seinem Volke einen ansehnlichen Landerwerb heimbringen. Das von ihm mit vollendeter Meisterschaft gehandhabte Gaukelspiel der Volksabstimmung ergab sowohl im Stammlande der neuen italienischen Königsdynastie wie im italienisch sprechenden Nizza eine fast widerspruchslose Erklärung für Frankreich. Der neue Besitz war strategisch von höchstem Werte, denn er rückte die französische Grenze hinauf auf den Kamm der Alpen. Auch hat sich Savoyen, von jeher ein französisch sprechendes Land, trotz seiner alten Beziehungen zur Dynastie dem neuen Staatswesen fast reibungslos eingefügt.

Aber in Napoleons Absicht hatte nicht ein geeinigtes Italien, sondern ein vergrößertes Sardinien gelegen. Er hatte französische, nicht italienische Politik zu treiben, und für Frankreich konnte ein starker italienischer Gesamtstaat unter Umständen kaum weniger unbequem werden als ein österreichisches Italien. Die Umwälzungen im Süden und in der Mitte der Halbinsel hatte er nur mit äußerstem Widerstreben zugelassen. Aber wie hätte er, dem verkündeten Programm schon in Villafranca untreu geworden, sie hindern können, ohne ganz Italien gegen sich aufzubringen und jede Aussicht auf Dank zu verlieren? Besonders empfindlich war ihm die Schmälerung des Kirchenstaats um drei Viertel seines bisherigen Umfangs. Sie zugelassen zu haben, brachte ihn gegenüber den Klerikalen Frankreichs in eine schiefe Stellung. In mühsamem Doppelspiel mußte er sich jetzt zwischen den Ansprüchen und Wünschen seiner italienischen und seiner klerikalen Schützlinge hindurchwinden. Dazu war die volle italienische Einigung in England mit hellem Jubel begrüßt worden. Schwärmerei für die Freiheit der Völker, das Steckenpferd nicht nur des englischen Liberalismus, und nationaler Vorteil, wie ihn Grillparzer im Auge hatte, wenn er spottete:

Ihr schwärmet entzückt, mit begeisterten Blicken
Für die Freiheit der Länder, die ohne Fabriken,

trafen hier auf das glücklichste zusammen. Im letzten Kabinett Palmerston war vor allem Gladstone einflußreich. Im Wettbewerb um Popularität lief England dem Frankreich Napoleons III. in Italien bald den Rang ab.

Es war selbstverständlich, daß der zweite Erfolg gegen eine Großmacht Napoleons und Frankreichs Ansehen mächtig steigerte, aber nicht minder erklärlich, daß er wachsende Befürchtungen erregte. In Deutschland legte man die Waffen mit einer gewissen Enttäuschung aus der Hand, weil man Österreich nicht gegen den Neffen des Onkels hatte verteidigen dürfen. Die franzosenfeindliche Stimmung, die beim ersten Anzeichen einer Gefahr von Westen her das deutsche Volk zu durchzittern pflegte, hatte sich auch diesmal wieder in vollster Lebendigkeit offenbart; man mußte sich darauf gefaßt machen, daß Napoleon den nächsten Krieg gegen Deutschland und Preußen führen werde. Daß ihm die Erweiterung der Grenzen an den Alpen nicht genüge, stand für jedermann fest, und die öffentliche Meinung Frankreichs konnte auch nicht darüber im Zweifel lassen, daß sie den Kaiser zu einem solchen Versuche dränge, ja zwinge.

Diese Auffassung der Lage blieb nicht auf Deutschland beschränkt. Sie verbreitete sich in Belgien, der Schweiz, den Niederlanden und selbst in England, wo man sich der Bundesgenossenschaft von Waterloo erinnerte. Überall wurden Volksbewaffnung und Waffenübungen eine populäre Sache, in Wehrvereinen und Jugendwehren, Schützenkorps und Bürgergarden, als Schutterij, Riflemen und Volunteers, und wie sonst die freiwilligen Bildungen zum Zweck der Landesverteidigung sich benannten. Mit gespanntester Erwartung lauschte man den Äußerungen von Frankreichs Throne, die seit dem Neujahrstage 1859 angefangen hatten, Barometer zu sein für die politische Witterung des Erdteils.

Speziell in England konnte nicht unbeachtet bleiben, daß Frank-

reich unter Napoleons Führung auch den überseeischen Dingen nicht nur eine gesteigerte, sondern auch eine zielbewußte Aufmerksamkeit zuwandte. In Algier wurden die Gebirgsstämme Kabyliens völlig unterworfen, noch vor Ablauf der 50er Jahre die Grenzen bis an die Sahara vorgeschoben. Man hat sich die größte Mühe gegeben, das Land zu entwickeln; 1865 hat Napoleon es selbst besucht. Man dachte auch schon über die Sahara hinaus. Nach dem märchenhaften Timbuktu richteten sich zugleich von Norden und von Westen her die Blicke. Die senegambische Kolonie ist unter Napoleon III. am Senegal aufwärts bedeutend erweitert worden; er hat 1857 das festländische Dakar an die Stelle der Insel Gorée gesetzt. In den 50er Jahren erforschten besonders Franzosen die mächtigen Mündungssysteme und den Lauf des Ogowe und Gabun; du Chaillu war der Erste, der im Anfang der 60er Jahre nähere Kunde vom Kongo brachte. Die Frucht war die neue Kolonie France Équatoriale. Die Grundlagen des heutigen französischen Kolonialbesitzes in Afrika sind damals gelegt worden.

Der gesteigerte Bedarf an Deportationsgebieten für politische Sträflinge hat 1853 zur Okkupation von Neu-Kaledonien geführt, dessen Besetzung von dem gegenüberliegenden Neu-Südwales als eine Kränkung englischer Rechte angesehen wurde. Neben das englische Perim setzte Frankreich 1857 das naheliegende Obokh am Eingange zur Tadjurabai. Der Suezkanal verdankt sein Entstehen vor allem dem Eifer, mit dem Napoleon seine Herstellung betrieb, nicht ohne dabei größte Hoffnungen zu setzen auf die Vorzugsstellung, die Frankreich sich in den Zeiten Mehemed Alis im Nillande erworben hatte. Er wagte nicht, den Kampf um Indien zu erneuern, so sehr der Seapoyaufstand zu einem Versuche einzuladen schien; aber er begann, ein hinterindisch-französisches Kolonialreich dem vorderindisch-englischen an die Seite zu setzen. 1859 ließ er Besitz ergreifen vom untern Mekhong (Cochinchina); 1864 ist das angrenzende Kambodja gefolgt.

Noch entschiedener stellte sich Frankreich im äußersten Ostasien neben England. Es drängte in gleicher Weise auf Öffnung der

Häfen von China und Japan und nahm, ohne selbst eine direkte Veranlassung zu haben, an dem Kriege teil, den England 1857 gegen China eröffnete, um angebliche Beleidigungen zu rächen. Der Sieg von Palikao im September 1860, der Chinas Hauptstadt den „Barbaren“ auslieferte, ward besonders den französischen Truppen verdankt, deren Führer er den chinesischen Grafennamen eintrug. In die Friedensvorteile trat Frankreich zu gleichem Rechte mit England ein. Frankreichs Verkehrsinteressen in jenen Ländern konnten sich nicht vergleichen mit den englischen; aber nicht ohne Grund legte Napoleon Gewicht darauf, für die französische Kultur und die französischen Waffen überall das gleiche Ansehen zu erstreben, wie es England beanspruchte und genoß. England hatte wieder einen Rivalen über See und nahm seine Stellung entsprechend. Wenn auch die guten Beziehungen der beiden Länder in den 60er Jahren wiederholt geflissentlich betont worden sind und mehrfacher Austausch von Artigkeiten zwischen Kaiser und Königin sie als vertraulich und herzlich erscheinen ließ, so war doch für Frankreich die Zeit vorüber, wo es im Bunde mit England oder mit dessen voller Sympathie eine europäische Großmacht bekämpfen konnte. Napoleon war gestiegen und strebte nach Höherem. Um so mehr drohte ihm die Gefahr, sich allein zu finden.

Fünftes Buch.

Von der Thronbesteigung Wilhelms I. und dem amerikanischen Kriege bis zur Gegenwart (1861—1907).

Erstes Kapitel.

Europa und Amerika 1860—1866.

Die 60er Jahre sind die bedeutungsvollsten des Jahrhunderts seit Napoleons Sturz geworden. Wer Freude hat an Zahlenspielereien, könnte über das wunderliche Zusammentreffen mit den früheren Jahrhunderten der Neuzeit grübeln. Im 19. Jahrhundert hat dieses Jahrzehnt die amerikanische Union neu begründen und die deutsche Einheit erwachsen, zwei Mächte werden beziehungsweise sich festigen sehen, denen ein Anteil an den Weltereignissen nicht versagt bleiben konnte.

Preußens „neue Ära“ hat auf Deutschlands Einheits- und Freiheitsbestrebungen in gleicher Weise belebend gewirkt wie 18 Jahre früher der Regierungsantritt Friedrich Wilhelms IV. Es ward doch wieder sichtbar, daß Deutschlands Hoffnungen sich nach Preußen richteten „fest, wie nach Norden steht die Nadel“. Und wie damals folgte fast unmittelbar, durch Gefahr von außen geweckt, eine starke patriotische Aufwallung und vertiefte das Verlangen nach Macht und Einheit. Es hat diesmal durch die Begründung des Nationalvereins ein dauerndes Organ gefunden. Und bald zeigte es sich, daß das Jahr 1848 trotz allem nicht vergebens gewesen war. In der Reichsverfassung hatte man ein Losungswort, das durchschlug. Monarchische Ordnung war festgelegt gegenüber der republikanischen, der kleindeutsche Gedanke gegenüber dem großdeutschen. Man brauchte nicht mehr ratend zu hadern; man konnte die Arbeit wieder aufnehmen, wo sie hatte niedergelegt werden müssen. Man konnte werben und wirken für die Form der Einigung, die damals gefunden worden war, und man stand anders da als die, welche

einst für diese Verfassung zum Schwerte gegriffen hatten. Man vertrat nicht mehr eine Gewalt, die zu herrschen beanspruchte und bestehende Mächte zu beugen suchte; man kämpfte für Gedanken und Ideen, deren Verwirklichung sich vollziehen konnte im Anschluß an vorhandene Macht.

Allerdings sollte sich bald zeigen, daß die alten Schwierigkeiten auch im neuen Preußen nicht ganz aus dem Wege geräumt waren. Die „neue Ära" enttäuschte kaum weniger als einst Friedrich Wilhelm IV., anders zwar, aber fast noch empfindlicher. Klar hatte der Prinzregent sein Ziel im Auge, ein starkes Preußen und durch ein starkes Preußen auch ein starkes Deutschland. Stark aber konnte Preußen nur sein durch sein Heer. Das war nun einmal das Los dieser kleinsten und ärmsten Großmacht, daß sie alle ihre Kräfte anspannen mußte, wollte sie auch nur die eigene Stellung behaupten, geschweige denn Deutschlands Führung übernehmen. Wenn man 1850 vor kühneren Entschlüssen zurückgeschreckt war, so hatte dazu die Überzeugung der militärischen Kreise, daß die Armee den zu lösenden Aufgaben nicht gewachsen sein werde, nicht unwesentlich mitgewirkt. Vor allem der Prinz von Preußen hatte die Frage zunächst aus diesem Gesichtspunkt beurteilt. Weder die Zahl gedienter Mannschaften, die man aufbieten konnte, noch die Kriegstüchtigkeit, die in den Feldzügen und Mobilmachungen der Jahre 1848—50 hatte erprobt werden können, war genügend erschienen.

Seitdem hatte man sich bemüht, diese Mängel zu bessern, aber Durchgreifendes war nicht geschehen. Bis 1858 bestand die zweijährige Dienstzeit, die 1833 an die Stelle der dreijährigen getreten war. Auf die Streitkräfte von deutschen Verbündeten war wenig zu zählen. Fast unausgesetzt, vor und nach 1848, hatte Preußen sich um die Verbesserung des Bundeskriegswesens bemüht; der Erfolg war ein geringer gewesen. Zu einer einheitlichen Organisation über die Einteilung in Bundes-Korps hinaus fehlte so gut wie alles. Was das bedeutete, hatte man in Schleswig-Holstein genugsam fühlen gelernt. Erst die Militärkonventionen, die Preußen mit

einigen der Kleinsten schloß, und die Erfahrungen von 1859 haben hier eine gewisse Besserung geschaffen, indem die Bewaffnung eine etwas einheitlichere ward, eine Zusammenlegung in Divisions- und Brigadeverbände versucht und gemeinsame Übungen eingeführt wurden. Vor allem fehlte es an der erforderlichen Anspannung der Kräfte. Nur die größeren Staaten brachten ohne besondere Schwierigkeiten die kriegsmäßige Sollstärke ihres Bundeskontingents, ein Prozent der Bevölkerung, auf; die meisten Mittel- und Kleinstaaten blieben wesentlich dahinter zurück. Brauchbare Reserven waren entweder gar nicht oder nur in ungenügender Zahl vorhanden, da die gesamte Dienstpflicht selten sechs Jahre überstieg. Abgesehen von Frankfurt und Bremen, wo man bis zum Anwerben von Mietssoldaten herabgesunken war, galt dem Namen nach überall die allgemeine Wehrpflicht, aber sie war durch Stellvertretung und Ausnahmen aller Art illusorisch gemacht. Ein volles halbes Jahrhundert hat Preußen ganz überwiegend die Last getragen, die auf alle deutschen Staaten gleichmäßig hätte verteilt werden sollen. Deutschlands Sicherheit und Kriegsbereitschaft ruhten auf Preußens Wehrkraft, auf ihr die Hoffnungen der Zukunft.

Diese Sachlage klar erkannt und aus ihr mit unerschütterlicher Willenskraft und eingehendster Sachkenntnis die vollen Konsequenzen gezogen zu haben, bleibt das persönlichste und ein weltgeschichtliches Verdienst Wilhelms I.

Die Mobilmachung von 1859 hatte die Schwächen, die auch der preußischen Wehrverfassung anhafteten, neuerdings fühlbar gemacht. Sie lagen vor allem in der Zusammenkoppelung von Linien- und Landwehrformationen, die, aus der Not der Befreiungskriege erwachsen, seit jenen Tagen ihre Popularität behauptet hatte, und in dem aus Sparsamkeitsgründen stark herabgeminderten Präsenzstand. Jede mobile Division setzte sich aus einer Linien- und Landwehrbrigade zusammen. So brachte gleich der erste Aufruf zahlreiche ältere Männer, meistens Familienväter, nicht nur ins Feld, sondern in vorderster Stelle unmittelbar an den Feind, während

die große Zahl als überschüssig zurückgestellter junger Leute im Kriegsfalle nur als ersatzpflichtig herangezogen wurde.

Die Heeresreform sollte zugleich die Armee verjüngen und verstärken. Linie und Landwehr sollten voneinander gesondert, jene in Armeekorps, diese in Divisionen formiert, jene zuerst an den Feind gebracht, diese zunächst nur als Ersatz- und Besatzungs-Truppe verwendet werden. Das Jahreskontingent wollte man von 40 auf 63000 Mann erhöhen. Indem man die Dienstzeit in Linie und Reserve von fünf auf sieben Jahre hinauf-, die in der Landwehr von sieben auf fünf Jahre herabsetzte, erhielt man für den Kriegsfall ein Linienheer in der Stärke von über 400000 Mann zur Verfügung, ausschließlich zusammengesetzt aus Leuten von 20—26 Jahren, während man bei der bisherigen Verschmelzung von Linie und Landwehr die gleiche Zahl nur aus zwölf vollen Jahrgängen zusammengebracht und dann gediente Reserven, abgesehen vom Landsturm, überhaupt nicht mehr gehabt hatte. Die neue Ordnung hielt hinter der Linie noch eine aus gedienten Mannschaften bestehende Landwehr von mehr als einer Viertelmillion bereit.

Es waren Änderungen, die, vom militärischen Gesichtspunkt gesehen, für sich selber sprachen. Aber die Landesvertretung sah sie auch mit politischem Auge. Sie hatte sich noch nicht gewöhnt, in der bewaffneten Macht nichts weiter zu erblicken als das vornehmste und das unentbehrliche Machtmittel des Staates zur Aufrechterhaltung seiner internationalen Stellung, eine Auffassung, die sich in Deutschland mühsam hat durchringen müssen, und die heute noch nicht Gemeingut aller Klassen geworden ist. Die Schwierigkeit ihrer Einbürgerung ist eins der Erbstücke, das wir der langen Zeit der Zersplitterung und des Mangels an nationalem und konstitutionellem Leben verdanken.

Mehr als irgend eine andere Landesvertretung Deutschlands fühlte die seines größten Staates die Verpflichtung, der Machtstellung des Landes Opfer zu bringen. Keine wäre so weit wie sie entgegengekommen in der Bereitschaft, die großen finanziellen

Aufwendungen, welche die Reform erforderte, möglich zu machen. Aber auch sie konnte der Versuchung nicht widerstehen, die Machtfrage zu stellen. Die oktroyierte Verfassung vom 5. Dezember 1848 bestimmte selbst, daß die Armee auf die Verfassung vereidigt werden solle; so vorherrschend war der Gedanke, daß dem Regenten eine bedingungslose Verfügung über die bewaffnete Macht des Staates nicht zugestanden werden könne. Erst die Revision hat diese Bestimmung beseitigt. So waren es in letzter Linie mehr formelle als sachliche, mehr politische als finanzielle Fragen, die zum offenen Konflikt zwischen König und Landesvertretung führten.

Die Reform sollte an die Mobilmachung angeknüpft, durch Einstellung von Rekruten in die Landwehrformationen an Stelle der entlassenen Landwehrleute die Umwandlung in Linienformationen bewirkt werden. Tatsächlich sind so die Infanterie-Regimenter 33—72 der preußischen Armee und vier neue Garde-Regimenter ins Leben getreten. Aber indem der König aus eigener Machtvollkommenheit, als oberster Kriegsherr, diesen Neubildungen dauernden Bestand dekretierte, stieß er zuerst auf grundsätzlichen Widerstand des Landtages. Man fühlte das Bewilligungsrecht geschmälert und begann um das Anrecht an der Armee zu kämpfen. Zur Geltung bringen konnte man es nicht anders als durch Verweigerung der gestellten Forderungen. So ward aus der sachlichen Opposition eine grundsätzliche. Die Wendung war schon entschieden, als der Prinzregent am 2. Januar 1861 König wurde. Entgegenkommen auf diesem Boden war und blieb für ihn ausgeschlossen. So ging es zu Ende mit der neuen Ära. Der König konnte nur noch eine Regierung brauchen, die unter allen Umständen bereit war, die Heeresreform festzuhalten und durchzuführen, die auch Verfassungswidrigkeiten für diesen Zweck nicht scheute. Ihr Führer ward im September 1862 Bismarck.

Es war natürlich, daß in diesem Kampfe zwischen Regierung und Volksvertretung die öffentliche Meinung in Deutschland auf seiten der Vertretung stand, mochte es aus allgemeiner Abneigung

gegen Preußen oder aus liberalen Sympathien sein. Wie hätte man sich in irgend einem Mittel- oder Kleinstaate erwärmen können für eine Heeresverstärkung in einer Zeit, in der die volkstümliche Auffassung ihren richtigen Ausdruck fand in dem spießbürgerlichen Vergleich: „Soldaten im Frieden sind Öfen im Sommer.“ Preußen war bald wieder der verschrieene Staat der Reaktion. Es konnte dieses Urteil auch wenig mildern durch sein entschiedenes Eintreten für die Verfassungsansprüche der Kurhessen. Die Art, wie Bismarck wenige Wochen nach Beginn seines Regiments dem Kurfürsten begegnete, wäre sonst wohl geeignet gewesen, ihn populär zu machen, verfehlte aber jetzt ihre Wirkung.

Dazu verschlechterte sich die Stellung zu den Kabinetten trotz der persönlichen Beziehungen, die Wilhelm I. als Prinzregent wie als König pflegte, und trotz des Vertrauens, dessen er sich unter seinen fürstlichen Brüdern allgemein erfreute.

Die neue Ära und die Begründung des Nationalvereins hatten auch in den mittel- und kleinstaatlichen Landtagen neues politisches Leben geweckt; man drängte wieder kräftiger vorwärts zu dem erstrebten Ziele. So weit dabei innere Reformen in Frage kamen, wichen die Regierungen vielfach der Strömung, gewährten dem öffentlichen Leben größere Bewegungsfreiheit und zeigten sich willfähriger gegen Wünsche der Bevölkerung als im verflossenen Jahrzehnt. Der Gedanke der Gewerbefreiheit hat in diesen Jahren in Deutschland seine entscheidenden Erfolge errungen. Aber indem die Beziehungen zwischen Regierungen und Regierten sich im allgemeinen freundlicher gestalteten, als es seit langem der Fall gewesen war, ward dem, was Preußens Regierung anstrebte, der Erfolg nicht erleichtert. Sie hatte gleichzeitig mit der eigenen Heeresreform die alten Bemühungen um eine Verbesserung der Bundes-Kriegsverfassung, die unmöglich durchgeführt werden konnte ohne eine gewisse Angliederung an Preußen, nachdrücklich wieder aufgenommen, war aber sofort wieder auf den offenen oder geheimen Widerstand zahlreicher Fürsten gestoßen, die von einer Einschränkung ihrer Militärhoheit nichts wissen wollten. Von den mächtigeren Höfen

zeigte sich nur der durch die nächsten verwandtschaftlichen Beziehungen verbundene badische bereit, auf die preußischen Wünsche einzugehen. Der hannoversche Minister von Borries, dessen Landsmann von Bennigsen an der Spitze des Nationalvereins stand, fand das Treiben dieses Vereins, soweit er die preußischen Bestrebungen unterstützte, „geeignet, die deutschen Mittel- und Kleinstaaten dem Auslande in die Arme zu treiben". Für die Gegner Preußens konnte es kein erfreulicheres Schauspiel geben, als diesen Staat in erneutem Kampfe mit dem Liberalismus zu sehen. Es winkte die Hoffnung, ihn abermals von seiner deutschen Aufgabe abdrängen zu können.

Der gegebene Führer eines solchen Versuches war Österreich. Das erprobte Mittel, Preußen auf die Bahn der Reaktion zu leiten oder zu drängen, war nicht anwendbar. Nach der herrschenden Meinung war Preußen schon da, wohin man es hätte führen wollen. Aber der umgekehrte Weg schien gangbar, zu versuchen, ob man Preußen in Reformen den Rang ablaufen könne.

Die österreichische Gesamtstaatsverfassung, die unterm 4. März 1849 feierlich verkündigt worden war, ist nie in Kraft getreten. Am letzten Tage des Jahres 1851 ward sie ausdrücklich aufgehoben. „Sie bildete nur das Terrain, auf welchem man die Autorität des Thrones wieder aufbauen wollte. Man ermangelte aber der Zeit, um die Grundsätze der Verfassung vollständig zu prüfen, entlehnte dieselben vielmehr Konstitutionen anderer Länder. Das konnte keinen Erfolg haben, hat ihn auch nicht gehabt," sagt, lehrreich genug, der betreffende Erlaß selbst.

Man hatte sich entschlossen, Österreich streng zentralistisch zu regieren. Es konnte das nur mit Hilfe der deutschen Sprache geschehen, und es ist darauf mehrfach anerkennend hingewiesen worden. Aber diese Verwertung des Deutschtums hat ihm in den österreichischen Landen mehr geschadet als genützt; es hat den Haß mit tragen müssen, den das zentralistische und absolute Regierungssystem auf sich lud. Die mancherlei wirtschaftlichen Fortschritte, die besonders durch Brucks Tätigkeit erreicht wurden, haben diese Emp-

findungen nicht zu mildern vermocht. In der inneren und äußeren Staatsleitung tragen diese Jahre mit besonderer Deutlichkeit die Zeichen der Eigenart, die sich oft in der österreichischen Politik ausgeprägt findet, daß Kraft und Geschick dem Maß des vorhandenen Wagemutes nicht entsprechen.

Die Niederlage von 1859 machte eine Änderung unabwendbar. Doch wurde sie nur zögernd und tastend vollzogen. Erst im Februar 1861 kam eine Gesamtstaatsverfassung zustande, die einen gewählten, aber aus den Einzellandtagen hervorgehenden Reichsrat vorsah. Sie zu handhaben, war Schmerling, der Wortführer der Österreicher im Frankfurter Parlament, berufen. Sein Name hatte bei den Liberalen in Deutschland und Österreich einen guten Klang, und wenn die neue Verfassung auch weit davon entfernt war, der gemeinsame Boden zu werden für die weitere Entwickelung der Kronländer und Nationalitäten Österreichs, so ward sie von den Deutschen des Kaiserstaates doch im allgemeinen mit freundlichen Erwartungen aufgenommen. Endlich war auch Österreich eingerückt in die Reihe der konstitutionellen Staaten, und das schien seine Stellung in deutschen Angelegenheiten nur verbessern zu können. Gerade diese Stellung aber ward durch die Hergänge von 1859 wieder in den Vordergrund gedrängt.

Die preußischen Ansprüche an eine militärische Führerschaft in Deutschland hatte der Entschluß von Villafranca nicht beseitigt. Österreich aber dachte nicht daran, ihnen nachzugeben. Auch auf eine Teilung der Führerstellung, die ihm selbst den Süden, Preußen den Norden überwiesen hätte, wollte es sich nicht einlassen; es war nicht gesonnen, irgendwelche Steigerung preußischen Ansehens und preußischer Macht zuzugestehen. Als Preußen 1862 den freihändlerischen französischen Handelsvertrag abgeschlossen hatte und sich gewillt zeigte, ihn trotz allen Widerspruchs zur Durchführung zu bringen, versuchte Österreich sogar noch einmal, den Zollverein zu sprengen, mußte aber die Erfahrung machen, daß an der wirtschaftlichen Einheit Deutschlands nicht mehr zu rütteln sei. Um so entschiedener arbeitete es der politischen entgegen.

Einst hatte Metternich Friedrich Wilhelm III. die österreichischen Postulatenlandtage als Muster verfassungsmäßiger Einrichtungen empfohlen. Warum sollte nicht der Delegiertenvertretung im österreichischen Reichsrate die gleiche Rolle für eine Reform des Deutschen Bundes zugewiesen werden? Der Nationalverein, obgleich mit der preußischen Regierung schon zerfallen, erklärte sich auf das entschiedenste gegen das Projekt. Aber Österreich brachte es, unterstützt von den vier Königreichen und anderen Mittelstaaten, doch an den Bund, und der neue, dem Nationalverein entgegengestellte Reformverein, der im Süden eine ziemliche Anhängerschaft besaß, stellte sich auf seine Seite. Es war um die Zeit, als Bismarck ans Ruder kam.

Nach gewohnter Art ließ er über die Grundzüge seiner Auffassung nicht im unklaren. Er erklärte dem österreichischen Botschafter, daß es zwischen den beiden Staaten entweder besser oder schlechter werden müsse, daß Deutschland für beide nicht Raum habe, daß Preußen bereit sei, in internationalen Fragen Österreich ein treuer Bundesgenosse zu sein, daß es ihm aber in deutschen Dingen nicht bloße Gefolgschaft leisten und sich nicht durch den Bund majorisieren lassen könne. Er ließ weder bei Österreich noch am Bunde Zweifel darüber bestehen, daß Preußen sich einem Mehrheitsbeschlusse nicht fügen werde. Als es trotzdem im Januar 1863 zur Abstimmung über den Delegiertenantrag kam, fügte der preußische Bundestagsgesandte seinem Votum die Erklärung hinzu, daß Preußen eine aus direkten Wahlen hervorgegangene Volksvertretung am Bunde erstrebe, woraus schon früher von preußischer Seite kein Hehl gemacht worden war, und daß es nichtdeutsche Stämme im Bunde nicht dulden könne. Der Antrag fiel mit sieben gegen neun Stimmen.

Trotzdem ließ man in Österreich die Hoffnung, eine Bundesreform auch gegen Preußen durchzusetzen, nicht fallen. Wie die Dinge lagen, konnte auch das Eintreten für allgemeine deutsche Volkswahlen Preußens Popularität nicht heben. Franz Josef nahm die Sache selbst in die Hand. Er lud auf den 16. August des

Jahres zu einem Fürstentage nach Frankfurt ein. Erst 14 Tage vor dem Termin ward Preußens König in Gastein vom Kaiser persönlich verständigt. Die Einzelheiten des Reformprojekts sind erst in Frankfurt selbst bekannt gegeben worden. Es war natürlich, daß König Wilhelm mit seinem Minister einverstanden war, nicht zu erscheinen, und daß er an diesem Entschlusse auch festhielt, als ihn die versammelten Fürsten baten und König Johann von Sachsen die Einladung persönlich nach Baden-Baden überbrachte. Es blieb bei der Erklärung Bismarcks, daß es der Würde seines Monarchen nicht entspreche, Vorschläge entgegenzunehmen, über die er vorher nicht gehört worden sei.

Damit war der Ausgang entschieden. Zwar billigten 24 Fürsten das österreichische Projekt: Delegiertenparlament und ein Bundesdirektorium unter Österreichs Vorsitz, in dem Preußen und Baiern gleichgestellt waren. Aber wie es durchführen gegen Preußen? Ein gleichzeitig in Frankfurt versammelter deutscher Abgeordnetentag lehnte im Sinne des Nationalvereins ab. So hatte die preußische Politik die Genugtuung, daß ihre liberal-konstitutionellen Gegner nicht mit den Widersachern ihrer Machtbestrebungen zusammengingen. Aber Gegner blieben sie gleichwohl.

Nach beiden Richtungen ward Preußens Lage noch erschwert durch den Aufstand, den die russischen Polen im Januar 1863 unter der Diktatur Mieroslawskis begannen und unter Langiewicz fortsetzten. Sie blieben nicht ohne Unterstützung von Galizien her; von preußischer Seite ward jeder Verkehr mit den Aufständischen unmöglich gemacht. In Deutschland regten sich noch einmal die Sympathien für das „geknechtete Volk" und äußerten sich in Vorwürfen und Mißtrauen gegen Preußen, das dem Zaren Schergendienste leiste. Und wie die Haltung Österreichs in Deutschland Billigung fand, so erst recht in England und Frankreich und in der dortigen Presse. Einen neuen Krimkrieg zu führen, fehlte den Westmächten so wohl Mut wie Einigkeit, aber gar zu gern hätten beide die deutschen Großmächte vorgeschoben zur Befreiung Polens und zur Schwächung Rußlands. Als Hindernis stand Preußen im Wege

und mußte die Äußerungen der Enttäuschung und der Erbitterung über sich ergehen lassen.

Kein anderes Ergebnis hatte zunächst die schleswig-holsteinische Frage, die sich in den folgenden Monaten unabweisbar in den Vordergrund drängte.

Im Londoner Protokoll vom 8. Mai 1852 hatten die Großmächte den ungeschmälerten Bestand der dänischen Monarchie als ein europäisches Interesse bezeichnet und die Erbrechte des Hauses Glücksburg für den gesamten Besitzstand anerkannt. Das Abkommen war vom Deutschen Bunde nie gutgeheißen worden, auch nicht von den Ständen der Herzogtümer und von den Augustenburgern; dazu behielt es die überlieferten Rechte Schleswig-Holsteins ausdrücklich vor. Trotzdem erschien es der dänischen Regierung als eine genügende Grundlage, die möglichst enge Verschmelzung des Landes mit dem Königreiche aus allen Kräften zu betreiben.

In Deutschland war der traurige Ausgang der schleswig-holsteinischen Wünsche und Hoffnungen die wundeste Stelle des verletzten Nationalgefühls. Mit Ingrimm ertrug man Hohn und Übermut des kleinen Nachbarvolkes, gegen das man die überlegene Kraft nicht einsetzen durfte. Die Dänen waren unbesonnen genug, die Danisierung Schleswigs mit schroffer Gewalt zu betreiben, so daß die Gemaßregelten Zuflucht in Deutschland suchen mußten. Die Verfassung der Herzogtümer ward von Dänemark her willkürlich neu geordnet, und ohne ihre Zustimmung wurde sowohl die oktroyierte Gesamtstaatsverfassung vom 26. Juli 1854 wie die nach Beratung mit dem dänischen Reichstag am 2. Oktober 1855 an ihre Stelle getretene in Kraft gesetzt. Daß das ebensoviele Verletzungen des Londoner Protokolls waren, war zweifellos. Sowohl von den Herzogtümern wie von den deutschen Großmächten ward Einspruch erhoben, und bald hatte sich der Bund mit der Sache zu beschäftigen. Die schleswig-holsteinische Frage ward wieder wie in den 20er und 40er Jahren ein stehendes Kapitel in seinen Verhandlungen, ward jetzt aber unter dem Druck der öffentlichen Meinung mit größerer

Entschiedenheit behandelt als dereinst. Am 11. Februar 1858 erklärte der Bund die Gesamtstaatsverfassung für ungültig, soweit Bundesgebiet in Frage kam.

Die dänische Regierung gab diesem Beschlusse Folge und setzte die Gesamtverfassung für Holstein und Lauenburg außer Kraft, brachte diese Lande aber damit in eine noch ungünstigere Lage, da ihnen jetzt jede Möglichkeit genommen war, in Angelegenheiten der Gesamtmonarchie, zu deren Leistungen sie doch voll herangezogen wurden, irgendwie mitzureden. Die neue Ära nahm sich der Sache mit noch größerem Nachdruck an; am Bunde wurde der Gedanke einer Exekution erwogen. Die Großmächte rieten unter Englands Führung in Kopenhagen zur Nachgiebigkeit und zum Zugeständnis einer getrennten schleswig-holsteinischen Gesetzgebung und Verwaltung. In Dänemark beharrte man jedoch auf dem eingeschlagenen Wege. Da man zu irgend welcher Verständigung mit den Herzogtümern in dänischem Sinne nicht gelangen konnte, so kam man zu dem Entschlusse, Schleswig völlig einzuverleiben, Holsteins Rechte aber auf ein Minimum zu beschränken, es so zu einem bloßen Untertanenland zu machen und seine Verbindung mit dem stammverwandten Nachbarlande völlig zu zerreißen. Als die entsprechende neue Gesamtstaatsverfassung dem dänischen Reichstage vorgelegt wurde, antwortete der Bund mit dem Beschluß der Exekution. Trotzdem ward sie am 13. November 1863 Gesetz.

König Friedrich VII. ist zwar nie für regierungsunfähig erklärt worden, tatsächlich aber nicht imstande gewesen, einen nachhaltigen und bestimmenden Einfluß auf den Gang der Staatsleitung zu üben. Die Verantwortung für diese Entschließungen fällt so allein auf die Volksvertretung und die in ihrem Sinne handelnden Minister. Es war die Richtung der „Eiderdänen", deren scharf nationale und zugleich liberale Gesinnung damit über die Geschicke Dänemarks entschieden hatte. Zwei Tage nach Annahme der neuen Reichsverfassung starb Friedrich VII. Sein Nachfolger Christian IX. hätte sich aus dynastischem Interesse zu entgegenkommenden Schritten bereit finden lassen; aber ehe er gegenüber

dem leidenschaftlich erregten Nationalgefühl seines Volkes zur Geltung kommen konnte, war die Gelegenheit zum Einlenken verpaßt.

Dem Leiter der preußischen Politik stand klar vor Augen, was er als Ziel für die weitere Gestaltung der Dinge zu erstreben habe. Die Loslösung der Herzogtümer vom Königreiche durfte unter keinen Umständen zur Errichtung eines neuen Staates im Rahmen des bestehenden Bundes führen. Die Lage des Landes an beiden Meeren und an den äußersten Grenzen deutschen Wesens machte es einem vorausblickenden Staatsmann unmöglich, diesen Eckstein zukünftiger deutscher Macht und Seegeltung in die wankenden Mauern des Deutschen Bundes einzufügen.

Mit dieser Auffassung geriet er aber sofort in einen neuen Gegensatz zu der allgemeinen Volksströmung. Da das Haupt der augustenburgischen Familie, Herzog Christian, um seiner Güter mächtig zu werden, sich 1852 verpflichtet hatte, nichts gegen das Londoner Protokoll zu unternehmen, trat sein ältester Sohn Friedrich an die Stelle und erklärte schon am 19. November 1863 seinen Regierungsantritt als Herzog von Schleswig-Holstein. Sein Schritt fand in Deutschland jubelnde Zustimmung und Unterstützung am Bunde. Es ward dort von Sachsen beantragt, die beschlossene Exekution, die zunächst die Rechte des Hauses Glücksburg nicht antasten sollte, durch eine Okkupation zu ersetzen. Nur mit acht gegen sieben Stimmen ward am 7. Dezember beschlossen, an der Exekution festzuhalten. Sachsen und Hannoveraner führten sie im Auftrage des Bundes aus; die Dänen wichen vor ihnen über die Eider zurück. Südlich des Flusses ward Friedrich VIII. überall als Landesherr ausgerufen; ungehindert von den Exekutionstruppen kam er ins Land und nahm in Kiel seine Residenz. Es erregte in allen patriotischen Kreisen die größte Erbitterung, daß Österreich und Preußen jetzt die Ausweisung des Herzogs aus seinem eigenen Lande vom Bunde verlangten und, als dieser nicht willfahrte, die Sache selbst in die Hand nahmen.

Soweit es sich um die zunächst zu ergreifenden Maßregeln han-

delte, hatte Bismarck Österreich trotz der deutschen Differenzen vollständig gewonnen. Beide Mächte verlangten gemeinsam auf Grund des Londoner Protokolles, auf dessen Boden sie sich stellten, die Aufhebung der Verfassung vom 13. November 1863 und drohten im Weigerungsfalle mit der Besetzung Schleswigs. Als die Dänen nicht nachgaben, überschritten ihre Truppen am 1. Februar 1864 die Eider und warfen die Gegner mit raschen Schlägen in die Stellung von Düppel und auf die Insel Alsen zurück. Die Waffen hatten sprechen müssen; so konnte man sich vom Londoner Protokoll lossagen. Rücksicht auf die Großmächte hielt kurze Zeit vom Einmarsch in Jütland ab; aber da die Dänen die feste Düppelstellung und Alsen, Teile Schleswigs, nicht gutwillig räumten, so ward auch der festländische Teil des Königreichs angegriffen. Am 18. April erlag Düppel den stürmenden Preußen, die zusammen mit den Österreichern ganz Jütland besetzten und nach längerem Waffenstillstande in der Nacht vom 28. zum 29. Juni nach Alsen übergingen. Nur in Wallensteins Tagen war Dänemark in gleicher Weise von deutschen Feinden überschwemmt worden. Die Hoffnung auf die Großmächte hatte Dänemark vollständig betrogen. Am russischen Hofe trug Bismarcks Haltung gegenüber dem polnischen Aufstand ihre Früchte. England versuchte vergebens, Frankreich in den Krieg gegen die deutschen Großmächte zu treiben. Dänemark sah sich gezwungen, auf die Herzogtümer zu verzichten, sie im Wiener Frieden vom 1. August 1864 an Österreich und Preußen abzutreten.

Der Erfolg machte doch Eindruck in Deutschland und ward als eine nationale Ehrenrettung nach erlittener Unbill empfunden. In Preußen sah man mit Genugtuung, daß die neue Heeresorganisation und die neu eingeführte Bewaffnung sich bewährten; Mängel zu erkennen und abzustellen hatte der Krieg Gelegenheit und Anregung gegeben.

Doch war das alles nicht imstande, die Lösung der Streitfragen in Preußen und Deutschland zu fördern. Es führte ihnen im Gegen-

teil neuen Zündstoff zu und ergab in seinen weiteren Folgen die Notwendigkeit eines Austrags mit den Waffen.

Mit überwältigender Mehrheit hielten das deutsche Volk und seine Regierungen am Recht des Augustenburgers fest, Bismarck aber nicht weniger an der Forderung, daß Schleswig-Holsteins militärische Leistungsfähigkeit der preußischen Monarchie dienstbar werden und seine Wirtschafts- und Verkehrspolitik sich der preußischen anschließen müsse. Selbst bei der eigenen Volksvertretung fand er dafür kein Verständnis. Aus der deutschen Flotte von 1848, deren Versilberung durch den neu erstandenen Bund Preußen gegenüber Österreichs eifrigem Verlangen nicht hatte hindern können, hatte Preußen die besten Schiffe angekauft. Auf dem Landstück, das es 1853 von Oldenburg am Jadebusen erworben hatte, waren die ersten Anfänge des jetzigen Wilhelmshavens erstanden; so hatte es auch an der Nordsee Fuß gefaßt. Der eben beendete Krieg hatte wiederum gezeigt, wie demütigend und wie nachteilig es war, nicht einmal dem kleinen Dänemark zur See gewachsen zu sein. Österreichische und preußische Schiffe hatten bei Helgoland unter Tegetthoffs Führung mit einem dänischen Geschwader einen nicht unrühmlichen Kampf bestanden, doch aber weichen müssen. Wie viel Blut hätte zu Lande erspart werden können, wenn eine überlegene Flotte gestattet hätte, sofort die Inseln zu bedrohen! Die geretteten Herzogtümer zum Ausgangspunkt einer stärkeren Seerüstung zu machen, war ein ebenso berechtigter wie naheliegender Gedanke. Aber das Abgeordnetenhaus lehnte den vorgelegten Flottengründungsplan ab, wie es auch die Forderungen für den Krieg ablehnte. Es versteifte sich mehr und mehr auf eine grundsätzliche Verneinung: „Diesem Ministerium keinen Mann und keinen Groschen." Es hoffte fortgesetzt, so den budgetlosen Zustand brechen, die verhaßte Regierung stürzen zu können. Der Widerstand gestaltete sich zu einer prinzipiellen Bekämpfung der Ziele der preußischen Politik: „Man muß Preußen den Großmachtskitzel austreiben!"

Auch der Augustenburger zeigte keine Neigung, sich wesentlichen Einschränkungen seiner Hoheitsrechte zu fügen. Einführung

der preußischen Wehrpflicht und engster Anschluß der schleswig-holsteinischen Streitkräfte an die preußische Armee, Besetzung der befestigten und strategischen Punkte des Landes, Sonderburg und Düppel, Rendsburg und Friedrichsort, Überlassung des Kieler Hafens für die geplante Flottengründung und des nötigen Landes für einen Nordostseekanal, endlich Anschluß an den Zollverein und Verschmelzung des Post- und Telegraphenwesens mit dem preußischen waren die unerläßlichen Forderungen, auf denen Bismarck bestand. Indem Herzog Friedrich sie ablehnte, konnte er sich nicht nur auf die große Mehrzahl der Schleswig-Holsteiner, die von einer „Verpreußung" nichts wissen wollten, und auf die deutsche öffentliche Meinung, sondern auch auf den Bund und bald auch auf Österreich stützen. So ward Bismarck gedrängt, die volle Erwerbung des Landes für Preußen immer fester ins Auge zu fassen.

Es war ein Ziel, dessen Erreichung ihm nach eigenem Geständnis schwerer geworden ist als die irgend eines anderen, das er in seinem tatenreichen Leben erstrebt hat. Bis in die königliche Familie hinein hatte er abweichende Anschauungen zu bekämpfen, und er mußte zu Darlegungen und Wendungen greifen, die nicht geeignet waren, das allgemeine Mißtrauen gegen ihn zu zerstreuen. Vor allem in dieser Zeit ist er der „bestgehaßte Mann in Deutschland" geworden.

Ein vorläufiger Erfolg war es, daß Österreich sich im August 1865 zum Gasteiner Vertrage verstand, der Lauenburg gegen Zahlung von 2½ Millionen dänischen Talern an Preußen zu dauerndem Besitz überließ, die andern beiden Herzogtümer aber einstweilen unter den Mächten teilte, Schleswig und den Kieler Hafen an Preußen, Holstein an Österreich überwies. Aber wenn damit in den Beziehungen zu Österreich auch ein Ruhepunkt geschaffen wurde, so loderte die Agitation gegen den „Bruch des Rechtes" und die „Vergewaltigung des angestammten Fürsten" um so heftiger auf. Der preußische Landtag glaubte die Vereinigung Lauenburgs mit der Krone Preußens ohne seine Zustimmung für unstatthaft erklären zu sollen. Österreich aber hatte wieder völlig eingelenkt in

die frühere Bahn, den Liberalen zu spielen und um die Gunst aller Preußenfeinde zu werben. Das machte auch das Nebeneinanderregieren in Schleswig-Holstein bald unmöglich. Was Manteuffel in Schleswig „wie ein Pascha" unterdrückte, gestattete Gablenz in Holstein, vor allem eine lärmende Agitation für den Augustenburger und gegen den Gasteiner Vertrag. Österreich kündigte ihn gleichsam, indem es am 16. März 1866 den deutschen Regierungen die Absicht kundgab, den berechtigten Herzog von Schleswig-Holstein durch den Bund bezeichnen zu lassen, und zugleich die Mobilisierung der außerpreußischen Bundesarmee anregte. Damit war der Konflikt gegeben, der mit der Entscheidung der deutschen Frage enden sollte.

Eine Nummer des Kladderadatsch brachte kurz vor Ausbruch des 66er Krieges ein Bild, das Österreich und Preußen als Gladiatoren zeigt, die in der Arena einander vor dem Imperator Napoleon III. kampfbereit gegenüberstehen, und die Unterschrift trägt: Morituri te salutant. Man kann die Auffassung, die in den Frühlingsmonaten 1866 über den bevorstehenden Kampf der beiden deutschen Großmächte die allgemein herrschende war, nicht treffender kennzeichnen. Napoleon schien wirklich die Entscheidung über Deutschlands Geschick in der Hand zu halten. Es war die große Wendung seines Lebens. Er hat den Entschluß zum Eingreifen nicht gefunden. Hier haben Hergänge mitgewirkt, die sich jenseit des Weltmeeres abspielten.

Die nordamerikanische Union hat in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts ihr Staatsgebiet erweitern und wirtschaftlich entwickeln können in einer Weise, die beispiellos dasteht in der Geschichte. Es lag aber in der Natur der Dinge, daß ein Staatswesen von solcher Ausdehnung und mit so viel Bewegungsfreiheit seiner einzelnen Glieder nicht wachsen konnte ohne innere Schwierigkeiten.

Sie lagen zunächst in dem natürlichen Gegensatz zwischen der

Gesamtheit und den Einzelstaaten, ohne den bundesstaatliche Bildungen überhaupt nicht denkbar sind.

So weit diese Seite in Frage kommt, könnte man versucht sein, eine Parallele zu ziehen zwischen deutschen und amerikanischen Verhältnissen. Schon der erste Blick würde lehren, daß die Union, ganz abgesehen von ihrer so sehr viel sichereren geographischen Lage, unendlich viel günstiger gestellt war. Seitdem durch die Philadelphiakonvention von 1787 die ersten schlimmen Wirrnisse beseitigt waren, besaß sie, was Deutschland über tausend Hindernisse hinweg zu erstreben hatte: Politische und wirtschaftliche Einheit gegenüber dem Auslande, einheitliches, in den Grundzügen festgelegtes Finanzwesen und einheitliches Verkehrsleben, ein starkes, gemeinsames Volksgefühl, ein allgemeines Staatsbürgerrecht und überhaupt gleiches Recht, dazu mancherlei Gemeinsames in der Regelung des inneren Lebens und freieste Beweglichkeit ihrer Angehörigen über das ganze weite Staatsgebiet. Sie hatte im allgemeinen nur zu bewahren, was Deutschland erst erringen mußte. Auch das aber ist ohne Kämpfe und ohne Blutvergießen nicht möglich gewesen. Dessen soll sich erinnern, wer geneigt ist, den Weg Deutschlands zur Einheit zu mißbilligen, und den Glauben hegt, ihn mit der Kritik „Blut und Eisen" richten zu können.

Die langgestreckten Gebiete der 13 Staaten an den Gestaden des Atlantischen Ozeans bargen schon durch ihre Lage tiefgreifende Unterschiede. Sie reichten von recht gemäßigten Breiten bis fast in die heiße Zone hinein und gestatteten nicht überall die gleiche Art der Siedelung und Nutzung. So wurde im Norden der Farmer heimisch, der europäischen Feldbau trieb mit europäischer bäuerlicher Besitzverteilung, im Süden der Pflanzer, der Handelsgewächse auf extensiv bewirtschafteten großen Gütern baute. Inmitten des bäuerlichen Betriebes entwickelten sich naturgemäß, wie daheim in der alten Welt, städtische Lebensart und mit ihr Gewerbe und Handel. Der Pflanzer des Südens bedurfte der Arbeit des Negers, ohne welche tropische und subtropische Kultur auf Amerikas Boden

auch heute in den meisten Gebieten nicht bestehen kann. So schied sich der bürgerlich-bäuerliche Norden vom aristokratisch-feudalen Süden; man könnte die Unterschiede in Franklin und Washington verkörpert finden. Daß die Negerarbeit nur Sklavenarbeit sein konnte, ist selbstverständlich. Der „arme Weiße", der im Süden mit geringem Besitztum zwischen Pflanzer und Neger eingestreut war, Brotfrucht und ähnliches baute oder bürgerlichem Kleinbetriebe oblag, mochte die Pflanzer an Zahl nicht unwesentlich übertreffen, zu irgendwelcher maßgebenden Bedeutung konnte er neben ihnen nicht gelangen. Auch die Neuzeit hat diese Unterschiede wohl etwas ausgleichen, aber nicht verwischen können, auch im Neuland des Westens nicht. In städtischer, merkantiler, industrieller Entwickelung ist der Norden dem Süden weit voraus; noch heute ist für seinen Landbau das Überwiegen des bäuerlichen Betriebes charakteristisch.

Es knüpfte sich daran die weitere Folge, daß der Norden eine sehr viel raschere Vermehrung seiner Bevölkerung erfuhr. Die Einwanderung kam ganz überwiegend ihm zugute, in früherer Zeit fast noch mehr als heute. Stand und Lebensweise der aus Europa Kommenden und ihre klimatische Gewöhnung wirkten zu dem gleichen Ergebnis zusammen. Industrie und Handel konnten immer neue Hände gebrauchen, und leichter war Boden zu erwerben, lohnender zu bebauen. Da die Wahlen zum Kongreß in den einzelnen Staaten nach Maßgabe der Bevölkerungszahl vorgenommen wurden, mußte der Norden im Laufe der Zeit ein immer größeres Übergewicht bekommen. Dem konnte die größere Neigung und Befähigung der Aristokraten des Südens zu Leitung und Regierung auf die Dauer kaum genügend entgegenwirken. Nur das Recht der Staaten, ohne Rücksicht auf ihre Größe zwei Mitglieder in den Senat zu senden, bot ein gewisses Gegengewicht. Es mußte also dafür gesorgt werden, daß man mit dem Norden gleichen Schritt hielt in der Zuführung neuer Staaten zur Union.

Zu scharfem Ausdruck kamen diese Gegensätze auch in der Verschiedenheit der wirtschaftlichen Interessen. Für die Handelspolitik

des Nordens ward die Rücksicht auf die Industrie bald maßgebend. In derselben Zeit, wo die preußischen Zollvereinsbestrebungen in Deutschland einem gemäßigten Freihandel die Wege bahnten, begann in den Vereinigten Staaten die Schutz- und Abschließungspolitik. 1824 wurden die Zollsätze wesentlich erhöht, 1828 der Tarif der abominations durchgesetzt. Er hat seinen Spottnamen Greueltarif im Süden erhalten, dessen Interessen er schwer verletzte. Denn die rein agrarische Produktion dieser Gebiete hatte ausländische Konkurrenz nicht zu fürchten, aber auf billigen Bezug von Industrieerzeugnissen war sie angewiesen. Damals hat die Auffassung von der Souveränität der Einzelstaaten und dem Vetorecht der Minorität, des dritten Präsidenten Thomas Jeffersons oft diskutierte Nullifikationstheorie, durch den Südkarolinamann John Caldwell Calhoun ihren schärfsten Ausdruck gefunden. Südkarolina, das stets der Hauptsitz energischer Opposition gegen die Union gewesen ist, erklärte 1832 das Zollgesetz dieses Jahres, das eine gewisse Ermäßigung zugestanden hatte, ebenso wie das von 1828 für null und nichtig. Es hat sich damals gefügt. Man hat auch weitere Ermäßigungen zugestanden. Aber der Gegensatz blieb und ist auch heute nicht ausgeglichen. So lange nicht Baumwolle nach den Vereinigten Staaten eingeführt wird, können die Baumwollstaaten nur freihändlerisch sein.

Es lag in der Natur der Dinge, daß sich diese Spannungen in der Sklavenfrage konzentrierten. Die Sklavenarbeit war ja ihr Ausgangspunkt und zugleich ihr deutlichstes Kennzeichen. Schon als die Union begründet wurde, war diese Scheidung erkennbar. Die Grenze, die Pennsylvanien von Maryland und Virginien trennte, die sogenannte Mason- und Dixons-Linie (so nach zwei Feldmessern, die sie nach dem Siebenjährigen Kriege festgelegt hatten) bezeichnete sie. In dem Lande zwischen den Alleghanies und dem Mississippi ward 1787, im Jahre der Verfassung, als man sich auch über die Eingliederung des Nordwestens einigte, der Ohio von seinem Ausfluß aus Pensylvanien an bis zu seiner Mündung

in den Mississippi als Grenze festgesetzt; rechts vom Flusse ward die Sklaverei für immer verboten.

Die Frage wurde aufs neue gestellt durch den Erwerb von Louisiana. Unter französischer und spanischer Herrschaft war es Sklavenland gewesen. Als aber 1819 Missouri, als erster Staat aus dem großen Erwerbe von 1803 nach dem jetzigen Louisiana, in die Union einzutreten begehrte, ward es zwar als Sklavenstaat zugelassen, 1821 aber festgesetzt, daß die westliche Fortsetzung der Südgrenze von Missouri (36° 30') die Nordgrenze der Sklaverei bilden solle. Damit waren fast das ganze alte Louisiana und auch der weitaus größere Teil der späteren Erwerbungen der Sklaverei entzogen. Texas war der letzte Staat, der beim Eintritt in die Union (1845) sich den Sklavenstaaten zugesellte. Er erhöhte ihre Zahl auf 15, denen 13 „freie" Staaten gegenüberstanden. Aber diese hatten in hohem, jene nur in geringem Grade die Möglichkeit, ihre Reihen zu verstärken. 1846 trat Jowa, 1848 Minnesota hinzu. Auch Kalifornien, dessen Lage nicht unbedingt in diesem Sinne entschied, ward 1850 ein freier Staat. Man zählte jetzt 16 gegen 15 Sklavenstaaten. Es war natürlich, daß der Süden anfing, an den Fesseln zu rütteln, in die ihn die getroffene Ordnung verstrickt hatte.

Andererseits hatte die Sklaverei in den Augen des Nordens allmählich eine andere Gestalt angenommen. Der Gedanke der Sklavenemanzipation hatte sich durchgesetzt. England hatte 1807 zunächst den Negerhandel abgeschafft; die Union hat sich im folgenden Jahre diesem Vorgehen angeschlossen. 1833 ward die Sklaverei in allen britischen Kolonien völlig aufgehoben. Andere Staaten waren auf dieser Bahn gefolgt. Es waren nicht allein christlich-menschliche Beweggründe, die diese Schritte lenkten; aber wirtschaftliche Erwägungen haben doch auch nicht in dem Maße vorgeherrscht, wie abfällige Beurteilung das später gelegentlich behauptet hat. Jedenfalls gewann die Auffassung der Frage aus ethisch-religiösen Gesichtspunkten mehr und mehr die Oberhand, und auch in den Vereinigten Staaten, wo nicht nur im Süden das

rein geschäftsmäßige Urteil vorgewaltet hatte, war sie die vorschreitende. Noch 1850, als Kalifornien freier Staat wurde, war dem drängenden Süden ein strenges Gesetz über die Verfolgung flüchtiger Sklaven zugestanden worden. 1852 aber erschien „Onkel Toms Hütte" der Harriet Beecher-Stowe.

Es hat wohl kein anderes Buch jemals so vollständig durchgeschlagen. Der „Abolitionismus" kam jetzt in Fluß. Er ist es gewesen, der im Laufe der 50er Jahre den alten Gegensatz der zentralistischen National- und der föderalistischen Staatenpartei in den der Republikaner und Demokraten umgewandelt hat. Er gewann an Kraft, als die Verfechter der Sklaverei im Verein mit den Staatenrechtlern mit Erfolg versuchten, den Missourikompromiß von 1821 zu durchbrechen. 1854 kam die Kansas- und Nebraskabill zustande, die festsetzte, daß der Rest des Landes nördlich von 36° 30′, der nach Ausscheidung der Staaten Missouri und Iowa zwischen Mississippi und Felsengebirge noch übrig war, zu den beiden Territorien Kansas und Nebraska zusammengelegt werden und die später auf diesem Gebiete entstehenden Staaten das Recht der Selbstentscheidung über Abschaffung oder Beibehaltung der Sklaverei haben sollten. Einen noch größeren Erfolg des Südens bedeutete eine 1857 anläßlich der Verfolgung eines entflohenen Sklaven gefällte Entscheidung des höchsten Gerichtshofes, die den Missourikompromiß für rechtswidrig erklärte und der Union das Recht absprach, irgendwo die Sklaverei zu verbieten. Die sklavenfreien Staaten sahen sich in die Abwehr gedrängt. Es ward den Gegnern der Institution klar, daß es sich jetzt nur noch um die ganze Union handeln könne, ob überall Sklaverei oder nirgends.

Ihr angesehenster und wirkungssicherster Führer war Abraham Lincoln, Sprößling einer Quäkerfamilie. Seine Wahl zum Präsidenten am 6. November 1860 beantwortete die Staatskonvention von Südkarolina am 20. Dezember mit dem Austritt aus der Union. Sechs weitere Südstaaten: Georgia, Florida, Alabama, Mississippi, Louisiana und Texas, alle Küstenstaaten des Golfs von Mexiko, schlossen sich in den nächsten Monaten an. Es entstanden „die kon-

föderierten Staaten von Nordamerika"; Jefferson Davis von Mississippi ward ihr Präsident. Beide Präsidenten waren geborene Kentucky-Männer. Als die Konföderierten im April 1861 nach Überwältigung der Besatzung das Fort Sumter bei Charleston einnahmen, begann der Krieg. Er hat volle vier Jahre gewütet, wohl der größte und auch verlustreichste, der je ausgefochten worden ist, jedenfalls an Zahl der aufgebotenen Mannschaften alle früheren übertreffend. Die Zahl seiner Opfer soll insgesamt eine Million betragen haben.

Fast während des ganzen Krieges hat der Süden eine ausgesprochene militärische Überlegenheit bewiesen, sowohl in der Führung wie in den Leistungen der Mannschaften, ganz besonders der berittenen. Die typischen Unterschiede treten auch hier wieder zutage. Die Söhne der Pflanzerfamilien hatten die Militärschule der Vereinigten Staaten gefüllt und ihnen die Offiziere gestellt. Die Lebensgewohnheiten und Anschauungen des Südens waren an sich eine bessere Vorbereitung für den Kriegsdienst als die bürgerlich-kleinbäuerlichen des Nordens. Schon im politischen Leben war es hervorgetreten, daß das Herrenvolk des Südens und die von ihm vertretene Politik im Wettbewerb um die führenden Stellen einen wesentlichen Vorsprung hatte. Trotz der weit geringeren Bevölkerung (an Weißen nicht ein Drittel der des Nordens) stammten von den 15 Präsidenten, die bis zum Ausbruch des Bürgerkrieges an der Spitze der Union gestanden haben, neun aus Sklavenstaaten; nur zwei von den 15 waren keine Demokraten.

Die Konföderierten hatten bald eine schlagfertige Armee im Felde. Im Norden strömten die aufgerufenen Freiwilligen zahlreich genug zu den Fahnen; aber es sind nicht nur Monate, sondern Jahre vergangen, bis sie unter ihren selbstgewählten Führern zu einheitlichen Heeren verschmolzen. Erst in den letzten Kriegsjahren hat der Norden in Grant und Sherman Generale gefunden, die den Südstaatlern Lee und Johnston einigermaßen die Wage hielten. So haben denn die Konföderierten gleich zu Beginn des

Kampfes ihre Macht ausdehnen können weit über die Gebiete hinaus, die ihnen als Staaten beigetreten waren. Sie haben bis zum Ausgang des Krieges Nordkarolina und Virginien in Händen gehabt, westwärts lange Tennessee und zeitweise auch Kentucky beherrscht. Nur der jenseit der Alleghanies gelegene Teil Virginiens hat sich gleich zu Anfang als Westvirginien von dem Hauptlande getrennt und ist ein selbständiger, zum Norden haltender Staat geworden und geblieben. Die Konföderierten haben auch wiederholt die Bundeshauptstadt ernstlich gefährden können. Zwischen Washington und Virginiens Hauptstadt Richmond beträgt die Entfernung in der Luftlinie nur 160 Kilometer, also nicht so sehr viel mehr als die zwischen Dresden und Leipzig oder Metz und Straßburg. Um diesen engen, allerdings durch die Terrainverhältnisse ungewöhnlich schwierigen Raum ist durch vier Jahre unter Aufgebot von Hunderttausenden und in gewaltigen Feldschlachten gerungen worden.

Die Entscheidung kam von Westen her, wo man die Konföderierten vom Mississippi abzudrängen suchte, und vor allem durch die Flotte. Im Juli 1863 nahm Grant Vicksburg im Staate Mississippi, das den Übergang über den Strom beherrschte, und durchschnitt so die Verbindung zwischen den östlichen und westlichen Konföderierten. Schon vorher hatte Admiral Farragut, selbst ein Südstaatler, von der See her Neu-Orleans und den Unterlauf des Stromes in seine Gewalt gebracht. Die erdrückende Überlegenheit zur See vernichtete den Handel der Südstaaten fast vollständig. Man hatte für Baumwolle und Tabak keinen Markt, vermochte Kriegsmaterial kaum noch zu beziehen, war bald völlig ohne Barmittel. Im Norden aber ging das Geschäft seinen Gang; der Staat fand willige und leistungsfähige Darleiher. Ein Heer nach dem andern ward ins Feld gestellt, und wenn die auf Zeit geworbenen Mannschaften auch häufig wechselten, so entwickelten sich doch zuletzt Armeen mit innerem Halt. Nach der Einnahme von Vicksburg erhielt Grant die Oberleitung in Virginien. Auch ihm waren zunächst entscheidende Erfolge nicht beschieden. Erst als Sherman vom

Mississippi her in das obere Georgia und dann gegen Ende des Jahres 1864 bis Savannah am Atlantischen Ozean vorgedrungen war und sich, nordwärts ziehend, im März 1865 mit Grant vereinigte, gelang die Einnahme von Virginiens Hauptstadt Richmond. Sie fiel am 3. April; am 9. ergab sich Lee mit dem Rest seines Heeres.

Fünf Tage später ward Lincoln in Washington im Theater von einem exaltierten Südstaatler erschossen.

Es war beim Beginn des Krieges nicht Lincolns Meinung gewesen, aller Sklaverei ein plötzliches Ende zu machen. Erst die steigende Erbitterung des Kampfes hat ihn zum reinen Abolitionismus geführt. Die Proklamation vom 22. September 1862 erklärte die Sklaverei auf dem Boden der Vereinigten Staaten für aufgehoben; vom 1. Januar des nächsten Jahres an sollten alle Sklaven frei sein. Die Südstaaten zählten neben etwa sechs Millionen weißer Bewohner wohl vier Millionen Neger. Für den Fortgang des Krieges hat die Maßregel nicht den gehofften Erfolg gehabt. Aber als der Süden nun unterworfen war, bedeutete sie für ihn die Existenzfrage. Es hat Jahrzehnte gekostet, ehe wieder ein einigermaßen geordnetes Arbeitsverhältnis hergestellt war, beide Teile sich an die „freie Arbeit" gewöhnt hatten.

Der Gang des amerikanischen Bürgerkrieges ist in Europa mit gespanntester Aufmerksamkeit verfolgt worden. Soweit man sich von Humanitätsempfindungen leiten ließ, war man mit seinen Sympathien auf der Seite des Nordens. So stellte sich fast ganz allgemein die öffentliche Meinung in Deutschland; nur enge Kreise legten hier das entscheidende Gewicht auf die Inferiorität des Negers und verfochten die Notwendigkeit, ihn in Abhängigkeit vom weißen Manne zu erhalten. Es festigten die allgemeine Stimmung auch die zahlreichen persönlichen Fäden, die infolge der starken Auswanderung zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten geknüpft waren. Von den Deutschen drüben waren weitaus die meisten bürgerlich-bäuerliche Bewohner des Nordens; sie sind in besonders

starker Zahl in seine Heere eingerückt und haben mit besonderem Eifer und Geschick für seine Sache gekämpft.

Anders lagen die Dinge in England und Frankreich. Hier überwog durchaus die wirtschaftlich-politische Beurteilung der Lage. Welche Gelegenheit, die drohend heranwachsende Macht der Vereinigten Staaten durch Teilung in zwei Hälften zu schwächen, und welcher Vorteil, den freihändlerischen, Baumwolle produzierenden Süden als selbständigen Staat sich gegenüber zu haben! Beide Mächte haben sich denn auch beeilt, die Konföderierten als kriegführende Macht anzuerkennen. Sie hätten sich auch wohl zu dem weiteren Schritt der vollen Anerkennung entschlossen, hätte nicht von seiten der Union die bestimmte Erklärung vorgelegen, daß das den Krieg bedeuten werde. Napoleon III. war trotzdem zur Einmischung bereit. Aber England wollte auf dem Wege nicht folgen. Es hatte, im Besitz von Kanada, mehr aufs Spiel zu setzen als Frankreich, und es scheute die Bundesgenossenschaft Napoleons, deren Natur es eben jetzt wieder in Mexiko kennen lernte, und die Frankreich in überseeischen Angelegenheiten immer mehr in eine Stellung neben England hinaufgeführt hätte. Die weitere Entwickelung der Dinge hat gelehrt, daß England damit die letzte Gelegenheit, seine Stellung als Weltmacht in Amerika neben den Vereinigten Staaten dauernd zu sichern, verpaßt hat. Hätte es seine Flotte eingesetzt und dem Süden die See frei gehalten, so würde es dem Norden trotz seiner großen numerischen Überlegenheit schwer, ja unmöglich geworden sein, den Süden zu erdrücken.

Doch hat England nicht unterlassen wollen, die Lage merkantil auszubeuten und die Südstaatler, soweit es ohne offenen Krieg möglich war, auf jede Weise zu fördern. Nach dem Namen des renommiertesten der konföderierten Kaperschiffe, der Alabama, die in englischen Häfen Zuflucht und Förderung gefunden hatte, sind die Schadensersatzansprüche der Vereinigten Staaten nach dem Kriege in der „Alabamafrage" zusammengefaßt worden und haben 1872 durch Schweizer Schiedsspruch im Sinne der Union ihre Erledigung gefunden. Gleichzeitig ward der vom Oregonvertrage her

noch schwebende Grenzstreit über die Küstengewässer des Stillen Ozeans von Kaiser Wilhelm ebenfalls zu Amerikas Gunsten entschieden. Es hat lange gedauert, ehe die feindselige Stimmung zwischen den beiden Brudervölkern, die der Sezessionskrieg erzeugte, wieder einer ruhigeren Auffassung Platz machte. In einem Punkte aber hat dieser Krieg eine bedeutungsvolle Wandlung zum Vorteil Englands herbeigeführt. Die amerikanische Handelsflotte war bis zum Jahre 1860 rasch gestiegen, mit 5300000 Tonnen der englischen von 5700000 sehr nahe gekommen. Hoffnungsfreudige Amerikaner sahen schon den Zeitpunkt herannahen, wo sie die englische überflügelt haben würde. Mit dem Sezessionskriege ist sie zurückgegangen, hat auch später ihre frühere Höhe nie auch nur annähernd wieder erreichen können. Jetzt beträgt sie etwa ein Drittel der britischen, auch nur mit Einrechnung der Schiffe auf den Binnenseen. Auf dem Weltmeer ist sie von den Deutschen weit überholt, kann sich nicht einmal mit den Norwegern messen. Wäre ihr nicht die Küstenfahrt der Union durch Gesetz vorbehalten, sie würde noch weit tiefer sinken. Aus dem Verkehr mit Europa ist sie fast verschwunden.

Wenn Englands Zurückhaltung Napoleon III. bewogen hatte, seine Interventionsgedanken fallen zu lassen, so hat sie ihn doch nicht veranlassen können, abzustehen von dem Versuche, die günstige Gelegenheit zur Hebung französischer Macht und französischen Einflusses im Nachbarlande Mexiko zu benutzen.

Unter den spanischen Kolonien, denen die Losreißung vom Mutterlande das Zeichen wurde zum Beginn einer langen Reihe von Umwälzungen und inneren Kriegen, hatte Mexiko eins der schlimmsten Lose gezogen. Die geringe Bedeutung des reinen weißen Elementes in diesem Lande, seine fast unentwirrbare Vermischung mit der verhältnismäßig hochkultivierten einheimischen Bevölkerung, der schon von den Zeiten der Eroberung her besonders reiche und mächtige Klerus und andererseits die Nähe der Vereinigten Staaten und die propagandierende Kraft ihrer demokratischen und

utilitaristischen Denkweise haben zu diesem Ergebnis zusammengewirkt. Das Auftauchen eines Mannes von besonderem Ehrgeiz und ungewöhnlicher Tatkraft und von noch weit größerer Verschlagenheit und Ränkesucht, des als General, Präsident, Diktator, als Flüchtling, Verschwörer, Prätendent ziemlich durch ein halbes Jahrhundert an allen inneren Unruhen Mexikos an leitender Stelle, mitten im Kampfe oder hinter den Kulissen beteiligten Santa Anna, dann der verlustreiche, demütigende Krieg mit den Vereinigten Staaten in den Jahren 1845—48 haben erschwerend gewirkt. Fast alljährlich hat die Republik einen oder mehrere Präsidentenwechsel gesehen.

Die Zustände schienen sich befestigen zu wollen, als Anfang 1861 der energische Juarez, ein Mann bäuerlichen Ursprungs und indianischen Blutes, als Vorkämpfer der liberalen Regierung, die seit mehreren Jahren im nominellen Besitz der Macht war, die Hauptstadt einnahm und die gesetzlich getroffenen Maßnahmen gegen den überwuchernden Kirchenbesitz ernstlich durchzuführen begann. In den voraufgegangenen Kämpfen waren nicht selten Ausländer in ihrer Person oder in ihren Rechten angetastet worden; vielfach hatten sie Darlehen gegeben, deren Verzinsung oder Rückzahlung unterblieben war. Es war nicht außer Zusammenhang mit der Lossagung der Südstaaten von der Union, daß Frankreich, England und Spanien im Oktober 1861 zusammentraten, um gemeinsam die Ansprüche ihrer Angehörigen gegen die mexikanische Republik durchzusetzen.

Seit Monroes Erklärung war es nicht das erstemal, daß von Europa her versucht wurde, ein amerikanisches Staatswesen mit den Waffen in der Hand zur Erfüllung seiner Verpflichtungen anzuhalten. Aber über die Verwendung von Kriegsschiffen und Flottenmannschaften war man bisher nicht hinausgegangen. Jetzt erschienen zunächst im Dezember 1861 ein spanisches, im Januar 1862 auch ein französisches und ein englisches Expeditionskorps. Engländer und Spanier haben sich bald zurückgezogen. Sie gelangten zu einer Verständigung mit Mexiko; auf eine dauernde Verfechtung der fran-

zösischen Ansprüche, die sie übertrieben und nicht genügend begründet fanden, wollten sie sich nicht einlassen. So blieben die Franzosen allein.

Volle sechs Jahre, nachdem ihre Bundesgenossen sich von ihnen getrennt hatten, haben sie Krieg geführt im Lande. Es sind Truppen in nicht unbeträchtlicher Zahl hinübergeschickt und gegen 400 Millionen Franken aufgewendet worden. Ein Erfolg hat sich nicht sichern lassen. Man stieß auf tapferen Widerstand. Fünf Vierteljahre hat es gedauert, bis man von Vera Cruz aus die Hauptstadt erreichen (eine Entfernung etwas größer als die von Metz nach Paris) und sie (Juni 1863) einnehmen konnte. Das Land war damit keineswegs unterworfen. Durch die klerikale Partei, deren Unzufriedenheit man zu benutzen suchte, brachte man eine Versammlung zustande, die Mexiko für eine erbliche Monarchie erklärte. Über die Monroe-Doktrin hatte man sich damit hinweggesetzt. Es erinnerte an die Verstrickung des Hauses Habsburg in die Angelegenheiten des ersten Napoleon durch die Heirat Maria Luisens, daß es dem Neffen nun gelang, den nächstältesten Bruder des Kaisers von Österreich, den Erzherzog Maximilian, zur Annahme einer mexikanischen Kaiserkrone zu bewegen und dazu die Genehmigung Franz Josefs zu finden.

Ein Jahr nach der Einnahme durch die Franzosen konnte der neue Kaiser in seine Hauptstadt einziehen. Aber nur Frankreichs Macht hielt ihn in seiner Stellung. Die sich anfangs den Fremden angeschlossen hatten, verließen deren Sache, als sie in diesem Bündnis ihre Rechnung nicht fanden. Französische Heerführer, zuletzt Bazaine, waren die eigentlichen Gebieter im Lande; sie trieben den Kaiser zu drakonischen Maßnahmen, die ihn persönlich verhaßt machten. Mit der Niederlage der Konföderierten gegenüber der Union war auch der Ausgang des mexikanischen Kampfes entschieden. Die Vereinigten Staaten hätten ihrer Vergangenheit völlig untreu werden müssen, wenn sie an ihren Grenzen eine von Europa her aufgezwungene Monarchie unter französischem Protektorat geduldet hätten. Sie hatten fortgesetzt den mexikanischen Widerstand

geschürt und gefördert. Jetzt mußte Napoleon III. ihren nicht mißzuverstehenden Drohungen weichen. Im März 1867 räumten seine Truppen Mexiko. Man hat den Kaiser, dessen Schicksal nicht zweifelhaft sein konnte, vergebens zu bewegen versucht, mit ihnen das Land zu verlassen. So endete die Tragödie mit der kriegsrechtlichen Verurteilung und der Erschießung Maximilians durch die Regierung des Indianers Juarez, den er hatte ächten lassen. Die Hauptstadt ward im Juni 1867 durch den jetzigen Präsidenten der Vereinigten Staaten von Mexiko, Porfirio Diaz, der dieses Amtes mit der Unterbrechung einer einzigen vierjährigen Präsidentschaftsperiode nun schon 30 Jahre waltet, der einheimischen Regierung wiedergewonnen. Das Schicksal der Kaiserin, der belgischen Charlotte, verdüsterte noch das Bild, das dieses Abenteuer eines Habsburgers darbot.

Es war der letzte Versuch einer europäischen Regierung, auf amerikanischem Boden eine Herrschaft neu aufzurichten. Der erste Konsul hatte sich nach einem einleitenden Schritte zu dem gleichen Versuche vorsichtig zurückgezogen; seinem Neffen blieb es vorbehalten, die Kräfte der Nation an eine Aufgabe zu setzen, an der sie scheitern mußten. Das Unternehmen war unbesonnen und verfehlt in seiner Anlage, skrupellos, ja verrucht in den Einzelheiten seiner Durchführung; es lähmte zudem Frankreichs Politik in Europa.

Zweites Kapitel.

Deutschlands Einigung.

In eben den Jahren, in denen die Union unter schwersten Opfern die überlieferte Einheit bewahrte, bereitete sich die deutsche vor. Die Frage der deutschen Neugestaltung ward spruchreif, als die Unionstruppen den niedergekämpften Süden pazifizierten. Daß der Spruch hat gefällt werden können, haben wir nicht zuletzt Napoleons Versuch zu verdanken, in die transatlantischen Hergänge bestimmend eingreifen zu wollen.

Die Frage, was Napoleon veranlaßt hat, sich mit solchem Nachdruck in das mexikanische Abenteuer zu stürzen, ist mit voller Klarheit nicht zu beantworten. Das aber ist sicher, daß ihn das Bedürfnis nach kriegerischen Erfolgen in erster Linie bestimmte. In Italien war nicht erreicht worden, was seine und des französischen Volkes eigentliche Absicht gewesen war. Der Erwerb von Savoyen und Nizza, so erfreulich er war, konnte das doch nicht ausgleichen. Es mußte etwas Weiteres geschehen, sollte der inneren Zersetzung durch eine nagende Opposition gewehrt werden.

Es wäre das Nächstliegende und zweifellos Populärste gewesen, gegen Deutschland und Preußen zu marschieren, die soeben noch gegen Frankreich in die Waffen getreten waren. Aber der Erfolg war unsicher. Man würde wohl auch England auf dem Wege als Gegner gefunden haben. Als Prinz Wilhelm eben angefangen hatte, den Bruder zu vertreten, ward der Sohn der englischen Prinzessin vermählt. Die beiden Häuser sind gerade in den nächsten Jahren einander politisch näher getreten als sonst je im Jahrhun-

dert, und es war nicht zuletzt die gemeinsame Besorgnis vor Napoleons Absichten, die sie zusammenführte. Feindschaft mit England aber hätte der neu beginnenden kolonialen Tätigkeit Frankreichs ein Ende gemacht. Soweit es möglich schien, wie eben in Mexiko, hat Napoleon versucht, im Einvernehmen mit England auch dieses Feld zu bebauen. Er ward dann zu weit in das mexikanische Unternehmen hineingeführt. Er konnte nicht so leicht wie England es wagen, sich auf halbem Wege zurückzuziehen. Wie sein Onkel und wie Louis Philipp stand auch er mit seiner auswärtigen Politik fortgesetzt unter dem Druck der Rechtlosigkeit seiner Herrschaft.

Als die deutschen Dinge sich zuzuspitzen begannen, war er beschäftigt, seine ersten mexikanischen Erfolge zu befestigen. Er warb um Maximilian, als die österreichischen und preußischen Truppen in die Herzogtümer einmarschierten. Wollte er jetzt — für Dänemark — schlagen, so brauchte er England nicht zu fürchten, aber er hätte seine mexikanischen Zirkel völlig gestört. Auch schien es ihm nicht unwahrscheinlich, wie es auch geschehen ist, daß gerade über Schleswig-Holstein die beiden Großmächte aneinander geraten würden. Der Wiener Friede ward geschlossen, als Maximilian sich eben in seiner Hauptstadt festgesetzt hatte. Österreich und Preußen damals zu entzweien, ist Napoleon, dank der Wachsamkeit Bismarcks, nicht geglückt. Er hatte oft dem Gedanken Raum gegeben, zu Preußen in nähere Beziehungen zu treten. Vom ersten Augenblicke an, wo er sich als Herr der Franzosen betrachten konnte, haben ihn solche Pläne beschäftigt. Der Versuch, den Hohenzollernstaat als ein deutsches Sardinien zu benutzen, lag zu nahe, als daß er nicht hätte angestellt werden sollen. Es war ja ein Hauptmittel napoleonischer Politik, sich zum Nationalitätsgedanken freundlich zu stellen, die Zeitströmung zu benutzen in der Hoffnung, sie rechtzeitig eindämmen zu können. Aber der Grad von Selbständigkeit, der beiden Staaten, Sardinien und Preußen, innewohnte, war doch zu verschieden, und die Abneigung der beiden hohenzollernschen Brüder gegen alles, was den Namen Napoleon trug, und gegen die Art, wie der Neffe zum Thron seines Onkels ge-

langt war, zu groß, als daß nähere Beziehungen hätten Platz greifen können.

Preußens Staatsleitung ist sorgfältig bemüht gewesen, jedem Verdacht einer besonderen Verständigung mit Napoleon zu entgehen. Der Badener Zusammenkunft von 1860 wollte der Prinzregent nur unter Beteiligung der deutschen Fürsten zustimmen. Man kann dagegen nicht anführen, daß Bismarck sich wiederholt mit dem Gedanken einer Annäherung an Frankreich beschäftigt, ja eine solche gelegentlich befürwortet hat. „Der Teufel, dem er sich allenfalls verschreiben wollte," um Preußen dahin zu bringen, wohin er es haben wollte, „sollte ein teutonischer und kein gallischer sein." Von ihm hätte Napoleon niemals das Zugeständnis irgend einer „Grenzberichtigung" erlangt. Er und sein König wußten auch, daß das der völligen Abdankung in Deutschland gleichkommen werde. Nur eine Landabtretung und zwar eine solche in ansehnlicher Ausdehnung konnte aber für Napoleon Wert haben, ihm das Gefühl der Sicherheit in der eigenen Herrschaft geben. So blieb der Krieg das einzige Mittel. Die Hoffnung aber, daß deutsche Fürsten mit Frankreich gemeinsame Sache machen würden, war höchst unsicher. Wohl haben einzelne mit dem Gedanken gespielt. Auch erinnerte man sich im Südwesten gelegentlich der ausgesetzten Lage, wie es König Wilhelm von Württemberg in den 50er Jahren Bismarck gegenüber ausdrückte: „Straßburg ist mir näher als Berlin." Die späteren Ereignisse haben bewiesen, daß die Hoffnung, gleich dem Onkel Deutsche gegen Deutsche führen zu können, eine trügerische gewesen war. Sie wird immer trügen, so lange nicht Deutschland als Reich vernichtet ist.

Die einzige Möglichkeit wäre ein Bündnis mit Österreich zur Bekämpfung Preußens gewesen. Derartiges mochte Napoleon vorschweben, als er um Maximilian für Mexiko warb, wie es auch sonst nicht ganz an Andeutungen in dieser Richtung fehlt. Aber Freundschaft mit Österreich hätte Feindschaft mit Italien bedeutet, eine vollständige Abkehr von der bisherigen Politik, und hätte einen Staat gestärkt, den Napoleon doch immer noch mehr fürchten zu

sollen glaubte als Preußen. So bewegte sich seine Politik in Entwürfen und Versuchen, in Begehren und Entsagen, während in Deutschland die Dinge der Entscheidung entgegen drängten. Als Bismarck im Zwist über Schleswig-Holstein die Handhabe fand, sie herbeizuführen, mußte Napoleon einen Entschluß fassen. Es war dieselbe Zeit, wo in Mexiko die Lage sich zuspitzte auf die Frage: Verzicht oder Krieg mit Amerika. Die deutsche Krisis hat sich zu rasch entwickelt, um eine hinzögernde Politik und längere Überlegung zu gestatten. So ist es gekommen, daß Napoleon wohl, um einen Bismarckschen Vergleich zu gebrauchen, das Vorüberrauschen der Gottheit vernahm, es aber nicht fertig brachte, einen Zipfel ihres Gewandes zu erfassen.

Alsbald nach der österreichischen Kundgebung an die Bundesregierungen vom 16. März 1866 hat Bismarck die schleswig-holsteinische Frage zur deutschen erweitert. Er war überzeugt, daß die ihm vorschwebende Neuordnung der deutschen Verhältnisse im Volke selbst eine Stütze finden werde. Am 9. April ging am Bundestage Preußens Antrag auf Einberufung eines deutschen Parlaments auf Grund allgemeiner direkter Wahlen, doch ohne Beteiligung Österreichs, ein. Er konnte sich nicht verhehlen, daß dieser Antrag auf Annahme nicht zu rechnen habe, auch nicht, daß man ihn wahrscheinlich weder am Bunde noch im deutschen Volke ernst nehmen werde. Er hatte Österreich gegenüber keinen Zweifel gelassen, daß er es aus Deutschland hinauszudrängen wünschte, Frankreich wissen lassen, daß er Deutschlands Einigung unter Preußens Führung erstrebe, und daß es auf eine preußische Gebietsabtretung nicht werde rechnen dürfen. Er legte den eigenen Staat jetzt fest darauf, daß er nicht nur an der Spitze eines nationalen, sondern auch an der eines konstitutionellen Deutschlands stehen wolle. Irgendwelche Sympathien für den bevorstehenden Zusammenstoß hat er Preußen damit weder gewinnen können noch gewinnen wollen. Aber er hatte für den Fall des Sieges — und ein anderer Ausgang stand für ihn nicht in Erwägung — die Losung ausgegeben, die es

ermöglichte, auch das überwundene Deutschland willig unter einer Fahne zu sammeln. Daß er die schleswig-holsteinische Frage von der deutschen nicht mehr trennen würde, daß die Lösung beider nach preußischer Auffassung nur in Gemeinschaft erfolgen könne, darüber hat er auch nicht mehr lange im unklaren gelassen.

Die Rüstungen hatten beiderseits begonnen, noch bevor Österreich durch seine Kundgebung den Kriegsfall schuf; sie waren schon durch die Reibereien in den Herzogtümern veranlaßt worden. Daß die Abrüstungsvorschläge und Vermittelungsversuche, die von deutscher Seite, dann aber auch vom Auslande her gemacht wurden, keinen Erfolg hatten, war bei der Schärfe der Gegensätze und der Bedeutung der Streitfragen selbstverständlich. Soweit sie von Frankreich ausgingen, waren sie auch weit davon entfernt, ehrlich gemeint zu sein.

Seit seinem Eintritt in die preußische Ministerpräsidentschaft hat Bismarck versucht, ein freundliches Verhältnis zu Italien anzubahnen. Irgendwelcher Gegensatz der Interessen bestand nicht zwischen den beiden Ländern. Das neue Königreich aber war, solange ihm Venetien fehlte, der gegebene Bundesgenosse im Kampfe gegen Österreich. Gleichwohl ist der Zusammenschluß nur unter großen Schwierigkeiten zustande gekommen. Gegenseitiges Vertrauen hat die Verhandlungen nicht belebt. Es war zuguterletzt Napoleon, dessen Zureden das Bündnis zum Vollzug brachte. Seiner Auffassung erschien eine Stärkung Preußens gegen Österreich wünschenswert; er fürchtete, daß es nicht zum Kriege kommen werde, wenn Preußen dieser Hilfe nicht sicher sei. Tatsächlich sind die entscheidenden Schritte von preußischer Seite in unmittelbarem Zusammenhange mit dem Fortgang der Bündnisverhandlungen geschehen. Österreich hat versucht, das schon vollzogene Bündnis zu sprengen, indem es Anfang Mai Napoleon wissen ließ, daß es bereit sei, Venetien an Italien zu überlassen, wenn es nicht gehindert werde, sich durch preußisches Gebiet schadlos zu halten. Viktor Emanuel wollte doch nicht vertragsbrüchig werden, und für Napoleon bestand, wie er die Dinge ansah, kein Anlaß, Preußen als alleinigen Geg-

ner Österreichs und seiner deutschen Bundesgenossen im Felde zu wünschen.

Seine Versuche, mit Preußen zu einer Verständigung zu gelangen, sind in dieser Zeit besonders lebhaft gewesen. Er war, wie schon früher, bereit, eine Verstärkung Preußens in Deutschland zuzugestehen, wollte dafür aber auch Frankreichs Grenzen ansehnlich erweitern. Es handelte sich dabei nicht allein um deutsche Gebiete, sondern auch um Belgien und Luxemburg und um Teile der Schweiz. Bismarck hat es ausgezeichnet verstanden, seine Anträge dilatorisch zu behandeln. Gegen Ende Mai trat er noch mit Vorschlägen zu einem Kongreß an die Streitenden heran. Italien und Preußen erklärten sich bereit; Österreich knüpfte seine Zustimmung an die Bedingung, daß kein Staat einen Machtzuwachs davontragen dürfe. Damit wären die glänzenden Aussichten, die sich vor Napoleon auftaten, zerstört gewesen.

Welche Gestalt diese Aussichten in Napoleons Augen annahmen, beweist der offene Brief, den er noch am 11. Juni seinem Minister Drouyn de l'Huys schrieb: Das Ergebnis dieses Krieges müsse für Österreich die Erhaltung seiner großen Stellung in Deutschland sein, für Preußen mehr Abrundung und Kraft im Norden, für die deutschen Staaten zweiten Ranges ein engeres Aneinanderschließen, eine kräftigere Organisation und eine wichtigere Rolle, für Frankreich eine Gebietserweiterung, sofern eine der anderen großen Mächte eine solche erfahre, für Italien Venetien. Wer das nach Maßgabe der voraufgegangenen Verhandlungen aus der Sprache der Diplomatie in reale Wünsche übersetzte, mußte herauslesen, daß es Napoleons Meinung sei, Österreich für Venetien durch Schlesien zu entschädigen, Preußen durch Sachsen und Schleswig-Holstein, vielleicht auch noch durch Hannover und Kurhessen schadlos zu halten, den König von Sachsen in die Rheinprovinz zu versetzen, die Mittel- und Kleinstaaten in einen neuen Rheinbund zusammenzuschließen, Frankreichs Grenze aber von Lauterburg bis Dünkirchen nordostwärts möglichst vorzuschieben. Das Schriftstück verfehlte nicht, zu versichern, daß Frankreichs Inter-

essen bei diesem Kriege, den nur das Bedürfnis Deutschlands und Italiens hervorrufe, nicht im Spiele seien, es daher den Gang der Dinge in neutraler Haltung beobachten werde. Napoleon glaubte sicher zu sein, daß er im rechten Augenblicke imstande sein werde, das entscheidende Gewicht in die Wagschale zu werfen.

Inzwischen hatte Österreich am 1. Juni den angekündigten Antrag am Bunde wirklich gestellt und zugleich auf den 11. Juni die Stände Holsteins einberufen. Es war eine zweifellose Verletzung des Gasteiner Abkommens, die Preußen alsbald damit beantwortete, daß es von seinem alten Rechte der Mitbesetzung Holsteins Gebrauch machte. Österreich räumte das Land und stellte am 11. Juni am Bunde den Antrag auf Mobilisierung der Bundesarmee, soweit sie nicht preußisch war. Schon drei Tage später ward, trotz Preußens Widerspruch, abgestimmt, Österreichs Antrag mit neun gegen sechs Stimmen angenommen. Für Preußen stimmten nur Meklenburg, Oldenburg, Luxemburg, die ernestinischen Staaten und die freien Städte. Baden, dessen Großherzog zu Preußen hinüberneigte, dessen Ministerium aber, mit Ausnahme Mathys, gestützt auf die Stimmung des Landes, sich mit der größten Entschiedenheit auf die österreichische Seite stellte, enthielt sich der Abstimmung.

Hätte das deutsche Volk mitstimmen können, die Verurteilung Preußens würde noch viel schärfer ausgefallen sein. Auch in den Staaten, deren Regierungen sich nicht zu den Gegnern gesellten, wollte man von der preußischen Politik nichts wissen. Man verwünschte ihren Leiter und den „Bruderkrieg". In Preußen selbst war es kaum anders bis zu den Tagen, wo die Wehrkraft des Landes unmittelbar vor ihre Aufgabe gestellt wurde. Da beugte die Pflicht jede widerstrebende Empfindung. Auch sonst in Norddeutschland besann man sich, was Preußens Untergang bedeuten würde, und stellte seine Sympathien anders ein, als die Kanonen redeten. Die deutsche Einheit hat doch anders errungen werden müssen als die italienische. Nicht unter dem Jubel einer vom Druck aufatmenden Menge hat sie aufgerichtet werden können; in wildem Streit haben

ihre Anfänge leidenschaftlichem Hasse abgezwungen werden müssen. Nicht Begeisterung ist ihr erster Ritt gewesen, sondern Pflichtgefühl und ruhige Überlegung, die sich der Einsicht öffnete, daß doch kein anderer Weg als der nicht gewollte zum ersehnten Ziele führe.

Es kann nicht als Beleg für mangelnde Urteilsfähigkeit angeführt werden, wenn Napoleon die Kräfte der Kämpfenden verkehrt einschätzte. In Deutschland stand Preußen so gut wie allein. Von den Staaten, die sich auf seine Seite gestellt hatten, schied Luxemburg von vornherein militärisch aus. Die Truppen der thüringischen Staaten gehörten mit Ausnahme der Kontingente von Koburg-Gotha und Altenburg zur Bundes-Besatzungsdivision und wurden sofort von jeder Verbindung mit Preußen abgeschnitten. Der ganze Zuzug, den Preußen seinen Bundesgenossen zu danken hatte, belief sich knapp auf die Stärke einer Division und wurde erst im Verlaufe des Feldzuges verfügbar. Was Italien zu leisten vermochte, hat der Tag von Custozza (25. Juni) erwiesen, wo Erzherzog Albrecht auf der Walstatt, die 18 Jahre früher Radetzkys Sieg gesehen hatte, das doppelt überlegene italienische Heer vollständig überwand.

So war Preußen so gut wie allein auf seine eigenen Streitkräfte angewiesen. Jetzt mußte König Wilhelms und Roons Werk seine Probe bestehen. Preußen hatte die Abstimmung vom 14. mit dem sofortigen Austritt aus dem Bunde beantwortet. Am nächsten Tage gingen die Ultimata nach Dresden, Hannover und Kassel, abzurüsten oder des Einmarsches gewärtig zu sein. Man konnte Hannover und Kurhessen mit ihren auf den Kriegsfuß gesetzten Truppen nicht im Rücken lassen und Sachsen nicht gestatten, sein Land den Österreichern zu öffnen. Es gelang, die schlecht geleiteten hannoverschen Truppen nach dem Treffen bei Langensalza (27. Juni) mit dem Könige zur Kapitulation zu zwingen, während die Kurhessen an den Main entkamen, die Sachsen nach Böhmen marschierten und sich mit den Österreichern vereinigten. Sie haben sich dort unter Führung ihres Kronprinzen Albert als leistungsfähigster Teil der feindlichen Streitkräfte erwiesen.

Am Tage vor der Schlacht bei Langensalza fanden die ersten Zusammenstöße in Böhmen an der Iser und diesseit des Flusses statt. Auf vier Wegen hatten die drei Armeen der Preußen unter Führung des Kronprinzen, des Prinzen Friedrich Karl und Herwarths von Bittenfeld, des Eroberers von Alsen, die Grenze und ihre Gebirge überschritten, im Osten durch die breite Landshuter Senke und den engeren Reinerzer Paß, in der Mitte auf Reichenberg, im Westen von der Elbe her. Auf das Gewagte des Planes, des ersten, den Moltke, im 66. Lebensjahr, nicht nur ersinnen, sondern in einem großen Krieg auch durchführen durfte, ist oft hingewiesen worden. Er führte zum vernichtenden Erfolge. Ein ernstlicher Versuch, eine der heranmarschierenden Armeen mit überlegener Kraft zu schlagen, ist von den Österreichern nicht gemacht worden. Das Mißgeschick, das Gablenz, Preußens Waffengefährte im dänischen Kriege, dem 1. Korps unter Bonin bei Trautenau bereitete, ward rasch ausgeglichen. So konnten, genau eine Woche, nachdem bei Podol der erste Schuß gefallen war, zwei Tagemärsche weiter drinnen in Feindesland hinter der Bistritz und auf den Höhen von Chlum die drei Armeen zur Entscheidungsschlacht zusammenwirken. Sie endete mit einer vernichtenden Niederlage des Gegners.

Österreich entschloß sich, Venetien aufzugeben. Zwei Tage nach der Schlacht von Königgrätz trat es die Provinz an Napoleon ab, um alle seine Kräfte gegen Preußen wenden zu können. Es war die Wiederholung der Politik von 1859: Lieber Preußen niederhalten, als sich in Italien behaupten. Der Versuch mißglückte, ebenso wie der gleichfalls am 5. Juli unternommene, zu einem Waffenstillstande mit Preußen zu gelangen. Viktor Emanuel wollte Napoleon zuliebe doch nicht bundesbrüchig werden; seine Truppen besetzten, den abziehenden Österreichern folgend, Venetien und schickten sich an, über seine Grenzen hinweg in die angestammten Kronländer einzudringen. Garibaldis Scharen versuchten einen Einbruch in Tirol.

Es war ein erhebender Erfolg, daß Tegetthoff die weit überlegene italienische Flotte unter Persano am 20. Juli vor Lissa

gänzlich schlug und Österreich zum Herrn des Adriatischen Meeres machte. So wichtig dieser Sieg in einem Einzelkriege zwischen Österreich und Italien gewesen wäre, an dem Ausgange eines Kampfes, der nur zwischen Donau und Sudeten entschieden werden konnte, vermochte er nichts zu ändern. Die preußischen Truppen standen im Angesicht der Hauptstadt und in den Vororten von Preßburg, als ihnen am 22. Juli eine Waffenruhe Halt gebot, der am 26., noch nicht sechs Wochen nach der Kriegserklärung, in Nikolsburg die Vereinbarung des Friedens folgte. Die aus Italien heranmarschierende Armee des Erzherzogs war noch nahe an den Feind, aber nicht mehr zur Verwendung gekommen. Die Truppen der süd- und mitteldeutschen Verbündeten hatten sich trotz starker numerischer Überlegenheit nach einer Reihe von Einzelgefechten bis zum Tage von Nikolsburg hinter Neckar und Main zurückziehen müssen. Feindseligkeiten haben nach diesem Tage auch dort nicht mehr stattgefunden, obgleich die formelle Waffenruhe erst am 2. August eintrat. Der Großherzog von Baden hatte seine Truppen schon am 29. Juli abberufen und ebenfalls seinen Austritt aus dem Deutschen Bunde erklärt.

Es waren Hergänge, die durch ihre rasche Aufeinanderfolge und die Klarheit und Entschiedenheit ihrer Ergebnisse weit über die Grenzen Deutschlands hinaus überraschten, nirgends schmerzlicher als in Frankreich. Schon am 12. Juli war Benedetti, Napoleons Botschafter am preußischen Hofe, direkt vom Kaiser kommend, im preußischen Hauptquartier erschienen. Es galt, die Karte Europas nicht umgestalten zu lassen ohne einen vollwiegenden Vorteil für Frankreich.

Napoleon wäre nach wie vor zu einem Bündnis mit Preußen bereit gewesen. Belgien und Luxemburg, die süddeutschen Staaten und die Schweiz hätten die Kosten tragen müssen. In Preußen war man so entschlossen wie nur je, auf solche Kombinationen nicht einzugehen, andererseits auch klug genug, sie in diesem Augenblicke nicht schroff abzulehnen. Die Einmischung Napoleons mahnte aber, den

Besiegten Entgegenkommen zu zeigen. Der Auffassung Bismarcks von Deutschlands wünschenswerter Zukunftsgestaltung wurde das nicht schwer. So verzichtete Preußen auf jeden Gebietserwerb auf Kosten Österreichs, bestand nur auf dessen Ausscheiden aus dem Bunde. Es bewilligte die Integrität Sachsens und einen etwaigen Bund der süddeutschen Staaten, ließ sich auch bewegen, dem Frieden einen Artikel einzufügen, der die Entscheidung über die völkerrechtliche Stellung Nordschleswigs einer Abstimmung seiner Bevölkerung überwies. Napoleon erklärte sich bereit, die Regelung der norddeutschen Verhältnisse Preußen zu überlassen und preußische Gebietserwerbungen auf Kosten der süddeutschen Staaten nördlich des Main nicht zu beanstanden. So mußten Hannover, Kurhessen, Nassau und Frankfurt ihre Feindschaft gegen Preußen mit dem Verlust ihrer Selbständigkeit büßen, Baiern und das Großherzogtum Hessen sich Grenzberichtigungen zugunsten Preußens gefallen lassen.

Napoleon mochte aber nicht die Hoffnung aufgeben, doch noch einen Landgewinn davonzutragen. Er glaubte die bairische Rheinpfalz und Rheinhessen mit Mainz erlangen zu können; den Verlust hätte die Gesamtheit der süddeutschen Staaten durch Gebietsverschiebungen zu tragen gehabt. Benedetti mußte am 6. August, an dem Tage, wo der zusammenberufene Landtag eröffnet wurde, diese Forderungen in Berlin stellen. Sie wurden rundweg abgelehnt; die Drohung, daß das den Krieg bedeute, ward gleichmütig angehört. Moltke zweifelte nicht, daß man nötigenfalls einem Kriege mit Frankreich und Österreich zugleich gewachsen sein, und daß man in einem solchen Kriege, wenn Frankreich ihn mit Ansprüchen auf deutsches Land begründe, ganz Deutschland, auch den eben bekämpften Süden, für sich haben werde.

Den Friedensschlüssen mit den süddeutschen Staaten sind in der Tat Verträge zur Seite getreten, durch die sie sich verpflichteten, im Falle eines Krieges ihre Truppen unter den Oberbefehl des Königs von Preußen zu stellen. So war Deutschland gegen Frankreich geeinigt, geeinigt durch Frankreich selbst. Die Verträge sind

erst im Frühling des nächsten Jahres gelegentlich des Luxemburger Streites bekannt gegeben worden; aber den Leitern in verantwortlicher Stellung offenbarten sie doch, daß der Geist, in dem drei Jahre zuvor die Völkerschlacht bei Leipzig gefeiert worden war, auch die Kabinette beseelte. Sie hatten nach ihrer Niederlage in gleicher Weise wie Österreich Napoleons Vermittelung gesucht und dadurch seiner Einmischung selbst eine Handhabe geboten; es war das letztemal gewesen. Mag auch der Landverlust, der den süddeutschen Staaten zugemutet wurde, ihren Entschluß erleichtert haben; die Augustverträge von 1866, in denen sie über die Leichen der Gefallenen hinweg dem Sieger die Hand reichten zu gemeinsamer Verteidigung des Vaterlandes, werden stets ein Ruhmestitel unserer Geschichte bleiben. Napoleon hat auch nach der schroffen Abweisung, die ihm zuteil geworden war, den Entschluß zum Kriege nicht gefunden.

Zum erstenmal seit den Befreiungskriegen war Preußens gesamte Wehrkraft wieder unter die Waffen getreten. Als man in Reih und Glied stand, wich die Erbitterung, die sechsjährige innere Kämpfe angesammelt hatten, doch wie ein Traum der Erkenntnis, daß es Preußens Existenz gelte, und dem festen Willen, einzustehen für den Staat Friedrichs des Großen, den Staat von 1813. Es war kein leeres Gerede, wenn die Gegner im Gefühl ihrer Übermacht von dem Markgrafen von Brandenburg sprachen, der wieder an die Stelle des preußischen Königs treten müsse. Hätte Preußen eine Niederlage erlitten, wie sie Österreich erfuhr, es wäre mit seiner Großmachtsstellung wohl für alle Zeiten vorbei gewesen.

Um so freudiger jubelte man dem im Siegerkranz heimkehrenden Könige zu. Am Tage von Königgrätz hatte sich auch ein innerer Wandel vollzogen. Am Siegestage selbst war ein neuer Landtag gewählt worden. Unter dem Einflusse der ersten Siegesnachrichten aus Böhmen hatte er ein ganz anderes Gesicht erhalten als sein Vorgänger. Die Versuchung lag nahe, die günstige Lage zu benutzen zu einer Einschränkung der parlamentarischen Rechte, die bei

der Durchführung einer unabweisbaren Reform so störend in den Weg getreten waren. Wilhelm I. hat ihr glücklicher widerstanden als in ähnlicher Lage einst der Vater nach 1815, obgleich es auch jetzt an drängenden Mahnern nicht fehlte, und glücklicher, auch größer als einst Humboldt und Hardenberg war Bismarck, hatte allerdings auch keinen Metternich im Wege. Die Indemnitätsvorlage, die das Verfassungswidrige des budgetlosen Regierens in den letzten Jahren anerkannte, war sein Werk. Der Landtag verstand das Entgegenkommen. Die Geister schieden sich. Von der Fortschrittspartei, die in der Konfliktszeit die Kampfesfahne getragen hatte, lösten sich die „Nationalliberalen", die zur Unterstützung der Regierung in der auswärtigen Politik und zur Gewährung der erforderlichen Machtmittel bereit sein, sonst aber liberale Grundsätze festhalten wollten. Es begann die Zeit, in der Preußens Staatsleitung sich für nationale Politik auf die Volksvertretung stützen konnte.

Und das gleiche Ziel ward nun auch für Norddeutschland erreicht, ungefähr in dem Rahmen, den einst die Union für die Durchführung ihrer Wünsche vorgesehen hatte. An dem Tage, da Preußen die Feindseligkeiten begann, am 16. Juni, hatte es auch den norddeutschen Regierungen kundgegeben, daß es die Gründung eines engeren Bundes beabsichtige; am Tage vor dem Zusammentritt des Landtages, am 4. August, wurden sie zu Verhandlungen geladen. Ihr Ergebnis war der Norddeutsche Bund, in den auch das darmstädtische Oberhessen einbezogen wurde. Die konstituierende Nationalversammlung, die auf Grund allgemeiner direkter Wahlen im Februar 1867 zusammentrat, konnte am 17. April auf ein vollendetes Werk zurückblicken.

In der Verfassung des Norddeutschen Bundes, wie sie, allerdings nicht ohne neuen Kampf der Anschauungen, zustande kam und am 1. Juli 1867 in Kraft trat, lebten die Reichsverfassung von 1849 und die ihr nachgemodelte der Union wieder auf. An dem Grundsatze des allgemeinen, direkten und geheimen Wahlrechts hielt Bismarck fest. Sieht man ab von Frankreich, wo die

Ergebnisse dieses Stimmrechts in einem in Deutschland ganz undenkbaren Maße der Beeinflussung der Regierung unterlagen und noch unterliegen, so ist der Norddeutsche Bund der erste monarchisch organisierte Staat, der ein solches Wahlrecht einführte. Rechts und links möchte man heute gut tun, sich dessen zu erinnern. Welche Erwägungen für den Kanzler des neuen Bundes maßgebend gewesen sein mögen, zweifellos hat sein ehrlicher Übertritt auf den liberalen Boden unendlich viel dazu beigetragen, das mit dem Schwert errungene Ergebnis von 1866 zu befestigen und volkstümlich zu machen. In seiner Gesamtverfassung war nun der Norden an Freisinn dem Süden voraus. Da für das gesamte Zollgebiet nicht nur ein Zollbundesrat, sondern auch ein Zollparlament in Tätigkeit trat, so war zunächst wenigstens für die Handelsbeziehungen zum Auslande ein Zusammenwirken des ganzen deutschen, nichtösterreichischen Volkes erreicht.

Der Norddeutsche Bund blieb seinem Umfange nach weit zurück hinter dem Ideal der Klein-, geschweige denn der Großdeutschen. Von dem Areal des verschwundenen Deutschen Bundes umfaßte er weniger, von der Bevölkerung allerdings gegen zwei Millionen mehr als die Hälfte. Ost- und Westpreußen, Posen und Schleswig waren hinzugetreten, aber Luxemburg und Limburg hatten sich losgelöst. Zwischen dem Norden und dem Süden bestanden, abgesehen von der Zolleinigung, nur noch völkerrechtliche Beziehungen. Unmöglich konnte dieser Stand der Dinge als ein dauernder angesehen werden. Andererseits bedeutete die organisierte Kraft, die jetzt als deutsche geschaffen war, einen wesentlichen Fortschritt und vor allem eine ansehnliche Machtsteigerung Preußens. Von Saarbrücken bis Memel und von Emden bis Myslowitz gebot jetzt, soweit Beziehungen zum Auslande in Frage kamen, ein Wille. Noch niemals war so viel deutsches Land in der Hand eines Herrschers vereinigt gewesen, der so viel Machtbefugnisse besaß wie ein kon-

stitutioneller preußischer König und Oberhaupt des Norddeutschen Bundes. Die Ausdehnung der neuen preußischen Heereseinrichtungen auf die übrigen Staaten des Bundes brachte einen gewaltigen Machtzuwachs. Sie steigerte allein die Zahl der Infanterie-Bataillone des stehenden Heeres, das beim Ausbruch eines Krieges sofort als Feldarmee auftreten konnte, von 253 auf 368.

Dem Einheitsgedanken, wie ihn Preußen vertrat und 1866 siegreich zur Anerkennung gebracht hatte, war eine mächtig gesteigerte Kraft gegeben. Doch mußte die Durchführung dieses Gedankens jetzt auch in erhöhtem Maße als eine Verschiebung der europäischen Machtverhältnisse empfunden werden. Weit mehr als es bisher der Fall gewesen war, ward die deutsche Einheit eine europäische Frage. Sie ward das vor allem für Frankreich. Napoleon III. hatte dieses Land wieder an die Spitze des kontinentalen Europa gehoben; es war für seine Regierung eine Existenzfrage, ob sie den errungenen Platz werde behaupten können.

Wenn die Ereignisse von 1866 vorübergegangen waren, ohne daß Napoleon seinem Wünschen und Wollen den erforderlichen Nachdruck gab, so lag der Grund vor allem im Gefühl der Schwäche, im Mangel an Vertrauen auf die eigene und Frankreichs Kraft. Des Kaisers diplomatische Äußerungen strömten über von Beteuerungen, daß Frankreichs Interessen nicht im Widerstreit ständen mit der Begründung nationaler Einheitsstaaten bei den Nachbarvölkern, daß es sein oberster Grundsatz sei — was sich ja mit den Plebisziten belegen ließ —, das Selbstbestimmungsrecht der Völker zur Geltung zu bringen. In Wirklichkeit war doch das eine Ziel, was er unablässig im Auge hatte, die Bildung starker Nationalstaaten in der Mitte Europas zu hindern, die eines deutschen naturgemäß noch weit mehr als die des italienischen. Und darin war sein Volk mit ihm eins. Hätte er sich 1866 aufschwingen können zu dem Rufe: „An den Rhein", ganz Frankreich wäre ihm widerspruchslos gefolgt. Aber das Land hatte wertvolle Kräfte in den mexikanischen Feldzügen vergeudet; weder Zahl noch Bewaffnung des Heeres

gab Vertrauen auf den Sieg. Die Tage und Wochen des Schwankens haben schwer auf dem Kaiser gelastet; die Krankheit, die er aus ihnen davontrug, hat die alte Selbständigkeit und Elastizität seines Geistes nie wieder aufkommen lassen. War er schon unsicher geworden nach dem Fehlschlagen seines italienischen Planes, so ward er jetzt von den Ereignissen mehr gedrängt und getrieben, als daß er sie selbst noch leitete. Die Ereignisse aber, die ihn trieben, ergaben sich aus der Weiterentwickelung der französischen Verhältnisse selbst.

Nicht ganz so gewaltsam wie der Onkel, aber kaum weniger wirksam hatte Louis Napoleon die parlamentarischen Institutionen des Landes außer Kraft gesetzt. Die Volksvertretung, die auf Grund allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts zusammentrat, gewann kaum eine andere Bedeutung als die einer beratenden Körperschaft. Bei den Wahlen war der Einfluß der Regierung übermächtig und wurde rücksichtslos gehandhabt; eine Ministerverantwortlichkeit vor der Kammer gab es nicht; ihr Bureau gab ihr der Kaiser; jede gesetzgeberische Initiative war ihr versagt. Als letztes Mittel, ihren Willen zu umgehen, hatte der Kaiser immer das Plebiszit in der Hand. Die Unzufriedenheit über diese „Fälschung" des konstitutionellen Systems wuchs mit der steigenden Verstimmung über die auswärtige Politik. Sie dehnte sich auch auf die Kreise aus, die in bonapartistischer Gesinnung an der Dynastie selbst hingen und in dieser Gesinnung auch die Hauptträger des Strebens nach anerkanntem Übergewicht in Europa waren.

Thiers gilt als Wiederhersteller Frankreichs nach der Niederlage von 1870, als Befreier des französischen Bodens. Er hat Anspruch auf diesen Ruhmestitel, aber er ist zugleich auch einer der Hauptschuldigen an dem Unglück, um dessen Milderung er sich so hingebend wie geschickt bemüht hat. Als Geschichtschreiber wie als Politiker hat er das Mögliche getan, Frankreichs kriegerische Instinkte zu wecken und die Geringschätzung fremder Waffentüchtigkeit zum Dogma des Volksglaubens zu machen. Er ward jetzt einer der Hauptwortführer der liberalen Opposition und noch mehr, im Stile

von 1840, der nationalen Aspirationen. Er ward nicht müde, auf die Fehler der napoleonischen Politik in Italien und in Deutschland hinzuweisen. „Sadowa ist ein Unglück, das nicht wieder gutzumachen ist, ein ungeheueres Ereignis, das größte, welches seit Jahrhunderten sich vollzogen hat." Niemand glaubte der Regierung, wenn sie beteuerte, daß es für Frankreich nur erfreulich sein könne, zufriedene Völker an seinen Grenzen zu haben; sie glaubte das ja auch selber nicht.

Unmöglich konnte Napoleon seine Fehler eingestehen; unmöglich erwies es sich aber auch, sie wieder gutzumachen. Sein Versuch, Luxemburg durch Ankauf vom Könige der Niederlande zu erwerben, scheiterte im Frühling 1867 an Preußens Widerspruch, das auf Ausübung des Bundesbesatzungsrechts gegen Entfestigung der Stadt verzichtete. Im nächsten Jahre stieß die Erwerbung belgischer Eisenbahnen auf den entschiedenen Widerstand nicht nur der belgischen, sondern auch der englischen Regierung. Auch dieser Plan, Frankreichs Machtbereich militärisch und politisch zu erweitern, mußte aufgegeben werden.

Als Garibaldi im Herbst 1867 gegen Rom heranzog, dem Kirchenstaat ein Ende zu machen, stieß er am 3. November bei Mentana auf die zum Schutze des Papstes herbeigeeilten französischen Truppen. Die neu eingeführten Chassepots „verrichteten Wunder" gegen die Rothemden. In Italien und in Frankreich waren alle Liberalen einig in der Verurteilung der Art, wie Napoleon eingegriffen hatte; der Papst und der Klerus aber wurden durch sein Eintreten ihm doch nicht wiedergewonnen.

Auch das glänzende Gelingen der Pariser Weltausstellung von 1867 konnte die schwindende Popularität des Kaisers nicht dauernd wieder heben. Das Zustandekommen der Gotthardbahn, das unter starker Beteiligung auch der deutschen Staaten eine von Mont Cenis und Brenner unabhängige Verbindung zwischen Deutschland und Italien schuf, ward 1869 vergebens zu hindern versucht. König Wilhelm folgte der Einladung zur Weltausstellung nach Paris; gleichwohl ward man in Berlin nicht in Zweifel gelassen, daß

Frankreich jeden weiteren Schritt zur Einigung Deutschlands, jeden Versuch, die süddeutschen Staaten zu einem näheren Anschluß an den Norden zu bringen, als eine europäische Frage auffasse, daß es von einer Berechtigung Deutschlands, seine Angelegenheiten für sich und nach seinem Ermessen zu ordnen, nichts wissen wolle.

So ward in Deutschland jedermann, den Freunden wie den Gegnern weiterer Einigung, klar, daß Frankreich ihr im Wege stand als ein Hindernis, das, wenn man diesem Ziele zustrebe, hinweggeräumt, wenn man seine Erreichung hintertreiben wolle, benutzt werden müsse. Was in Deutschland national dachte, empfand es als unwürdig und unerträglich, daß man nicht Herr sein dürfe im eigenen Hause, daß ein fremdes Volk entscheiden wolle über die Lebensinteressen der Nation. Andererseits waren Herrscher und Volk in Frankreich einer Meinung darüber, daß man die volle Einigung Deutschlands nicht gutwillig hinnehmen könne. So setzte sich beiderseits die Überzeugung fest, daß ein Krieg unvermeidlich sei, daß entweder Frankreich oder Preußen niedergeworfen werden müsse, um zu dauerndem Frieden zu gelangen. Es war das Endergebnis einer Geschichte von mehr als zweihundert Jahren, an deren Anfang die Namen Richelieu und Ludwig XIV., an deren Ausgang der Napoleons III. steht.

Trotz der Veröffentlichung der Bündnisverträge vom August 1866 gelegentlich der Luxemburger Zwistigkeiten wiegte man sich in Frankreich fortgesetzt in Hoffnungen, bei einem Kriege mit Preußen noch einmal Deutsche gegen Deutsche führen oder wenigstens den Süden neutral erhalten zu können. Es fehlte nicht an deutschen Preßäußerungen, Kammerverhandlungen, Stimmungsberichten, auch nicht an einzelnen Regierungsandeutungen, die geeignet schienen, solche Hoffnungen zu nähren.

An die Spitze der österreichischen Regierung war noch 1866 Sachsens bisheriger leitender Minister Beust getreten. In den fünf Jahren, in denen er den Kaiserstaat an verantwortlicher Stelle lenkte, bestimmte seine Schritte erbitterte Abneigung gegen Preußen

und den Träger seiner Politik. Die Haltung Frankreichs gegenüber Österreich war 1866 nichts weniger als vertrauenerweckend gewesen; trotzdem haben Beusts Bemühungen um eine Annäherung seines Kaisers an Napoleon einen leichten Erfolg gehabt. Die Salzburger Zusammenkunft der beiden Kaiser im August 1867 gab ein getreueres Spiegelbild der wahren Beziehungen als die Pariser zwischen König Wilhelm und Napoleon zwei Monate früher. Die Möglichkeit eines preußisch-französischen Krieges ward bald in nähere Erwägung gezogen. Beust gab Gramont, dem französischen Botschafter in Wien, den Rat, den Anlaß zum Kriege, wenn irgend möglich, in einer nichtdeutschen Frage zu suchen.

Seit den letzten Monaten des Jahres 1869 ist über ein österreichisch-französisches Bündnis verhandelt worden. Die Opposition hatte sich in Frankreich immer stärker bemerkbar gemacht. Die Neuwahlen im Mai des Jahres hatten ihre Reihen außerordentlich verstärkt; es waren 3¼ Millionen Stimmen für sie abgegeben worden gegen nicht ganz 4½ Millionen für die Regierung. Napoleon hatte in eine Verfassungsänderung willigen, eine Erweiterung der Kammerrechte zugestehen müssen. Dazu war die Neubewaffnung des Heeres vollendet. Allerdings war die Heeresreform, die Marschall Niel seit Anfang 1867 in die Hand genommen hatte, und die in der Hauptsache auf die Schaffung einer starken, im Kriegsfalle heranzuziehenden Reserve abzielte, nicht vollständig zur Durchführung gekommen, teils wegen ablehnender Haltung der Kammer, die es auch in Frankreich für angemessen hielt, an der auswärtigen Politik kein gutes Haar zu lassen, in Bewilligung von Kriegsmitteln aber sich schwierig zu machen, teils weil Niel im August 1869 starb. Aber man war ja der mexikanischen Sache ledig und glaubte, auf auswärtige Hilfe zählen zu dürfen. Es kam zu einem Abkommen mit Österreich, das in allgemeinen Ausdrücken gleiche Haltung und gemeinsames Vorgehen bei europäischen Verwickelungen vereinbarte. Im Februar 1870 erschien Erzherzog Albrecht in Paris, im Juni der französische General Lebrun in Wien. Militärische Verabredungen wurden getroffen, die besonders mit einer erzwun-

genen Neutralisierung des deutschen Südens, eventuell mit einem Fortreißen desselben zum Kampfe gegen Preußen rechneten.

Auch Italien hat Napoleon heranzuziehen gesucht und den König trotz Mentana und, obwohl die Räumung Roms verweigert wurde, mehr als seine Minister zur Unterstützung bereit gefunden. Europas öffentliche Meinung suchte er gegen Preußen einzunehmen, indem er im Januar 1870 den Mächten Abrüstungsvorschläge vorlegte, von denen er wußte, daß ihre Annahme durch den Norddeutschen Bund nach der Natur seiner Wehrverfassung unmöglich war. So schien alles zum Kriege vorbereitet; seinen Beginn noch lange hinauszuschieben, widerriet die innere Lage. Als Napoleon am 8. Mai die neue Verfassung, wie er sie nach langem Handeln endlich gutgeheißen hatte, wie sie nun aber doch in wesentlichen Punkten hinter den berechtigten Wünschen des Landes zurückblieb, einem Plebiszit unterwarf, ergaben sich bei äußerster Anstrengung der Regierungsorgane zwar über 7 Millionen Stimmen für, aber auch 1½ Millionen gegen ihn. In Armee und Marine hatte mehr als $^1/_7$, in allen großen Städten, mit der einzigen Ausnahme von Straßburg, die Mehrheit gegen ihn votiert. Es war ein Menetekel. Da schien sich in der spanischen Thronfrage der erforderliche nichtdeutsche Streitfall darzubieten.

Da in Deutschland und in Frankreich, und man kann wohl sagen, überhaupt in der Welt, keinem Denkenden entgehen konnte, daß ein Krieg zwischen den beiden Völkern unvermeidlich war, so konnte es für die beiderseitigen Staatenlenker keine andere Aufgabe mehr geben, als tunlichst dafür zu sorgen, daß er zu passender Zeit ausbreche. Welche Erweiterung der Gegnerschaft durch die napoleonischen Bündnisbestrebungen drohte, war der preußischen Staatsleitung nicht unbekannt, auch nicht, daß jede weitere Verzögerung in bezug auf militärische Ebenbürtigkeit Frankreich zugute kommen müsse. Ihr konnte daher eine Beschleunigung der Entscheidung nur recht sein. Diese Sachlage erkannt und mit meisterhaftem Geschick und bewundernswerter Entschlossenheit ausgenutzt

zu haben, bleibt das überwältigende Verdienst, das sich Bismarck um die Erfolge von 1870 und die Begründung des Deutschen Reiches erworben hat.

Die Kandidatur des Prinzen Leopold von Hohenzollern für den spanischen Königsthron ist ohne Zutun Preußens aufgetaucht und der französischen Regierung nicht viel später bekannt geworden als der preußischen. Sie hat lange geringe Aussicht auf Verwirklichung gehabt, weil der Kandidat sich ablehnend verhielt; auch brachte König Wilhelm der Sache keine Sympathie entgegen. Bismarck dagegen behielt sie im Auge. Er wollte vor allen Dingen nicht gelten lassen, daß man irgend welchen Anlaß habe, Rücksicht zu nehmen auf französische Empfindlichkeiten, einem Zwist mit Frankreich unter allen Umständen aus dem Wege zu gehen. Im März 1870 hat er die Angelegenheit durch die Sendung des Majors von Versen und Lothar Buchers nach Spanien wieder in Fluß gebracht, nachdem sie schon ins Stocken geraten war. An der erfolgten Verständigung zwischen Frankreich und Österreich konnte damals kein Zweifel mehr sein. Am 16. Juni hat dann Prinz Leopold die Kandidatur angenommen.

Es hätte in der Macht der französischen Regierung gelegen, sich über den Gang der Verhandlungen in allen entscheidenden Wendungen zu unterrichten. Als am 2. Juli ihrem Vertreter in Madrid, am nächsten Tage ihr selbst in Paris durch den spanischen Botschafter die offizielle Anzeige zukam, gefiel ihr die Rolle des völlig Überraschten, Hintergangenen. Die lärmende Art, in der sie vor ganz Europa Genugtuung forderte und alsbald die Leidenschaft der Nation entflammte, das ungestüme Drängen beim preußischen Könige, einen Einfluß geltend zu machen, den er sich nicht zuschreiben lassen wollte, endlich nach dem Verzicht des Prinzen die Zumutung, daß der König diesen noch besonders gutheiße und verspreche, nie wieder einzuwilligen, wenn etwa eine Kandidatur Hohenzollern abermals auftauchte, schufen eine Lage, in der nur noch das Schwert entscheiden konnte. Es war offensichtlich, daß die französische Regierung die Gelegenheit für günstig erachtete, der preußi-

schen Krone eine tiefe Demütigung zu bereiten, eine Demütigung, die schwerer getroffen hätte als einst die von Olmütz. Obgleich der König die Kandidatur Leopolds nicht betrieben und kaum gefördert hatte, hätte doch ein Rücktritt von derselben in der Form, wie sie von Paris her verlangt wurde, sein Ansehen vor Europa und vor allem vor seinem eigenen und dem gesamten deutschen Volke schwer erschüttert.

Eine derartige Zumutung forderte eine Genugtuung; man konnte sich nicht einfach damit zufrieden geben, daß sie abgelehnt war. Darüber bestanden für Bismarck keine Zweifel. So hat er der Nachricht seines Königs über die Emser Vorgänge vom 13. als beauftragter Redaktor die Form gegeben, die dem Wesen und der Tendenz des französischen Auftretens entsprach, und die dem Gegner klarmachte, daß es nun Preußen sei, das Forderungen zu stellen habe. Die französische Regierung erklärte sich für beschimpft und beleidigt, als sie auf ihr Vorgehen die richtige Antwort erhalten hatte, und der Krieg war entschieden. Bismarcks klare Auffassung der Lage und seine kühne Entschlossenheit in der entscheidenden Stunde aber soll das deutsche Volk ewig in dankbarem Herzen bewahren, denn ihm ist es zuzuschreiben, daß wir den letzten und größten Krieg um unsere Existenz und um unser Recht als Volk zu glücklicher Stunde haben führen können.

Es ist sicher, daß die verhängnisvollen Schritte, die von seiten der französischen Regierung in den Tagen vom 5. bis zum 15. Juli 1870 getan wurden, nicht ausschließlich, wohl nicht einmal überwiegend auf Rechnung des Kaisers selbst zu setzen sind. Er hat den Krieg genau so sehr gefürchtet, wie er von seiner Notwendigkeit überzeugt war. Zwischen diesen Extremen schwankte er unsicher hin und her, an Körper und Geist schon zu sehr geschwächt, als daß er in schwierigen Fragen unbeeinflußte Entschlüsse hätte fassen können. Einen brauchbaren Kriegsfall sehnte er gewiß herbei, aber es ist mehr als fraglich, ob er, auf sich allein gestellt, diesen und gerade in diesem Augenblicke brauchbar gefunden haben würde. Zur Unzeit war ein Gramont Minister des Auswärtigen und Ollivier

Ministerpräsident. Es rächte sich, daß Napoleon bedeutende Männer nie hatte neben sich dulden können, wie das ja in der ganzen Art seines Regimentes lag. Sicher aber ist — obgleich sich im Corps législatif eine kleine opponierende Gruppe fand —, daß die ungeheuere Mehrheit des französischen Volkes die Politik seiner Regierung billigte. Frankreich hatte durchaus unrecht, seine Hände in Unschuld zu waschen, als der Feind auf seinem Boden stand; es war gleich schuldig, ja schuldiger als sein Herrscher, auch Thiers, obwohl er in der Kammer zu den Opponenten gehörte. In wilder Leidenschaftlichkeit loderte der Kriegseifer empor, der so oft die Rechte der Nachbarn mit Füßen getreten hatte. War es doch gerade diese Seite des nationalen Empfindens gewesen, die Napoleon III. auf die Bahn der Eroberungslust und der Abenteuer getrieben hatte.

Der Widerhall von jenseit des Rheines blieb nicht aus. Wer die Juli- und Augusttage 1870 mit Bewußtsein durchlebte, kann sagen, daß er die schönsten Tage deutscher Geschichte sah. Was Preußen 1813 bewegte, erfaßte jetzt Deutschland. Der Süden hatte einige Tage geschwankt. Die Volksstimmung war nicht preußenfreundlich. Beust hatte nicht so unrichtig geurteilt. Was sollte man sich schlagen für eine dynastische Frage der Hohenzollern? Da kam die Nachricht von König Wilhelm und Benedetti in Ems. Im Norden atmete man erleichtert auf. Endlich der rechte Ton! Im Süden aber zündete der sprühende Funke deutscher Kraft in der deutschen Antwort. Was noch zurückhalten wollte, ward übertönt. Zurückbleiben, während der Norden mit Frankreich rang? Unmöglich! „Alldeutschland nach Frankreich hinein!" Und es erscholl jetzt eine andere Losung als die, mit der einst Fichte seine Schüler entlassen hatte: „Siegen oder sterben!" Es war die Heinrich von Treitschkes: „Siegen um jeden Preis!" Man war sich bewußt, daß man den Franzosen gewachsen sei. Ohne Überhebung ging man in den Kampf, aber mit dem sicheren Gefühl der Kraft.

Und dann kamen nach den Tagen banger Spannung, ob nicht der Feind, der so plötzlich den Frieden gestört hatte, vollgerüstet

über die Grenzen hereinbrechen werde, die ersten Siegesnachrichten, kamen von der Armee des Kronprinzen, der auf seiner Reise durch den Süden die Herzen im Sturme gewonnen hatte, und unter dessen Führung Schlesier, Hessen und Thüringer, Baiern, Württemberger und Badenser in treuer Waffenbrüderschaft gemeinsam ihr Blut vergossen. Als am 6. August Wörth und Spicheren geschlagen waren, war die deutsche Überlegenheit offenkundig. Die Franzosen wichen nach Metz und über die Mosel zurück. Der Angriff vom 14. August auf ihre Stellung auf den Höhen diesseit der Festung verzögerte ihren weiteren Rückmarsch. Als sie ihn zwei Tage später fortsetzen wollten, stießen sie auf der südlichen der von Metz westwärts führenden Straßen bei Vionville auf das brandenburgische Korps von der Armee des Prinzen Friedrich Karl. Im blutigsten Ringen des ganzen Krieges zwangen die von Niedersachsen und Westfalen unterstützten Märker den weit überlegenen Feind, den Abmarsch auf dieser Straße einzustellen. Er wagte ihn dann auch nicht mehr auf der nördlichen, und am 18. gelang es den vereinten Anstrengungen der ersten und zweiten Armee unter persönlicher Führung des Königs, durch die schweren Kämpfe von St. Privat und Gravelotte Frankreichs Hauptheer in die Umwallungen der Moselfestung einzuschließen.

Man behielt genügend Streitkräfte frei, um den Marsch gegen Paris fortzusetzen. Mac Mahons Versuch, mit der bei Wörth geschlagenen, jetzt aber durch Zuzug mehr als verdoppelten Armee Bazaine in Metz zu entsetzen, führte zur Katastrophe von Sedan. Die deutsche Heeresleitung erriet früh genug die Absicht des Feindes, um ihre Streitkräfte rechts herumzuwerfen und trotz der Schwierigkeiten des Geländes den Gegner gegen die belgische Grenze zu zwingen und dort zu umstellen. Hätten Kaiser und Marschall die Verbindung mit Metz von Süden statt von Norden her gesucht, so wäre allerdings die Fühlung mit Paris eine losere geworden, aber unmöglich hätte der Ausgang vernichtend werden können. Jetzt geriet mit dem Kaiser der gesamte Rest der Feldarmee bis auf einige Divisionen in deutsche Gefangenschaft. Nie war eine Kapi-

tulation von solchem Umfange durch eine Feldschlacht erzwungen worden. Maxen, Ulm, Prenzlau, Bailen waren glückliche Handstreiche verglichen mit Sedan.

Die Gefangennahme des Kaisers äußerte auch sofort ihre politische Wirkung. Sein Unglück ward das seiner Dynastie. Die Republik trat an die Stelle des Kaiserreichs. Allerdings war sie so wenig wie dieses der Friede. Es gehört zu den wunderlichsten Entgleisungen der so oft fehlgehenden öffentlichen Meinung, daß man in Frankreich glauben konnte, man habe die völkerrechtlichen Sünden der Jahrhunderte gesühnt durch Änderung der Regierungsform. In Deutschland forderte man mit Recht Sicherheit gegen weitere Friedensstörungen, und die war nur zu erlangen, wenn man die französischen Bollwerke und Ausfalltore, Metz und Straßburg, in eigene Obhut nahm. Man „kämpfte gegen Ludwig XIV.".

Fast ohne reguläre Armee zeigte Frankreich doch noch eine bewundernswerte Widerstandskraft. Als Diktator stampfte Gambetta neue Heere aus dem Boden, die sich mit staunenswerter Raschheit organisierten. Das umzingelte Paris widerstand länger als vier Monate. Die Einschließung konnte gegenüber dem von Westen andrängenden neuen Heere nur aufrechterhalten werden, weil Metz zur rechten Stunde erlag, und auch Bazaines Armee, noch wesentlich stärker als die von Sedan, nach Deutschland wandern mußte. In den folgenden Monaten konnte man die Entsatzarmeen Chanzys und Faidherbes, die eine weit nach Westen, die andere in den äußersten Norden zurückwerfen. Der Versuch Bourbakis, die Belagerung von Belfort zu brechen und durch das Tor zwischen Jura und Vogesen nach Oberdeutschland vorzudringen, endete mit dem Übertritt seiner Armee in die Schweiz. Über die Hälfte der französischen Streitkräfte, und zwar die weitaus bessere Hälfte, hatte jetzt außerhalb des Landes Quartier nehmen müssen. Inzwischen war Paris dem Hunger erlegen.

Noch ehe es aber fiel, ist am 18. Januar 1871 König Wilhelm im Thronsaal von Versailles zum deutschen Kaiser ausgerufen worden. Es ist wie eine Nemesis der Geschichte, daß gerade

an dieser Stätte die deutsche Einheit erstehen mußte. Am 21. März trat in Berlin der erste deutsche Reichstag zusammen. Der Frankfurter Friede bestätigte am 10. Mai die Errungenschaften des Krieges. „Das verlorene Gut an den Vogesen," wo „es galt, deutsches Blut vom Höllenjoch zu lösen", war das Angebinde, das der erste deutsche Kaiser dem neugeborenen Reiche in die Wiege legen konnte. Man hatte sich mit seinen Landforderungen in Lothringen an die Sprachgrenze gehalten; nur wo strategische Gründe eine Abweichung unvermeidlich machten, wie besonders um Metz und im oberen Breuschtal, hatte man auf französisches Sprachgebiet hinübergegriffen, sich aber auch dort größter Zurückhaltung befleißigt. Die neue Grenze ist aus historischen Gründen begehrt worden, ist aber nur auf dem Kamm der Vogesen eine historische. Sonst ist sie überall neu gezogen worden, wie es besonnene Erwägung der Sachlage erforderte. Das gibt ihr ihre innere Berechtigung.

Der Deutsche kann nicht anders als mit Staunen und Dank der Ereignisse gedenken, die sich vom Juli 1870 bis zum März 1871 in rascher Folge aneinander schlossen. Sie bedeuten für ihn die Erfüllung innersten Sehnens, das Geschlechter beseelte, und die verdiente Frucht ernster, pflichttreuer und opferwilliger Arbeit. Er sieht in ihnen die Gewähr und die Grundlage der Zukunft seines Volkes.

Die Bedeutung des deutsch-französischen Krieges reicht aber über die unmittelbar betroffenen Länder hinaus. Er hat nicht allein ihr Machtverhältnis verschoben und ihren Beziehungen eine andere Gestalt gegeben, er hat Europa umgeformt. Der Erdteil hat eine starke Mitte bekommen. Durch die Einnahme Roms, die am 20. September 1870 der Räumung der Stadt durch die französischen Truppen gefolgt war, war auch Italiens Einheit vollendet worden. Die Länder, in denen die starken Randstaaten Europas gewohnt gewesen waren, ihre Kräfte zu messen, waren jetzt selbst stark geworden, fremder Herrschaft unzugänglich. Sie waren zugleich in das konstitutionelle Leben eingetreten, das vom Jahrhundert gefordert wurde.

Sie waren damit fertig und bereit, selbst nach außen zu wirken. Ein Feld der Betätigung aber konnten sie nur außerhalb des Erdteils suchen. Da auch der amerikanische Freistaat mit verjüngten Kräften aus seiner schweren Krisis hervorgegangen war, mußten die Fernwirkungen staatlichen Lebens einen starken Anstoß erhalten. Sie fanden die Bahn freigemacht durch die technisch-wissenschaftlichen Fortschritte der Zeit, die Schritt gehalten hatten mit den Ideen, die das politische und soziale Leben vorwärts drängten, und Hand in Hand mit ihnen eine neue Welt schufen, der Menschheit neue Aufgaben stellten.

Drittes Kapitel.

Das Deutsche Reich und die Weltlage.

Das 19. Jahrhundert hat die bewohnte Erde unter die Kulturvölker verteilt. Es hat nirgends mehr einen Raum gelassen, wo nicht eins von ihnen Recht oder Anspruch erworben hätte. Es hat damit für den weiteren Gang der Menschheitsgeschichte eine ganz neue Lage geschaffen. Die Frage, wie das möglich war, kann nicht beantwortet werden ohne einen Hinweis auf die Fortschritte in der Erkenntnis der Natur. Sie haben die Technik zu Leistungen emporgehoben, durch die Raum und Zeit andere Faktoren geworden, Mensch und Mensch näher aneinander gerückt sind.

Die Verwendung der Dampfkraft hatte noch im 18. Jahrhundert im industriellen Leben neue Bedingungen gestellt; dem 19. blieb es vorbehalten, sie in das Verkehrswesen einzuführen. 1807, genau hundert Jahre, nachdem der Marburger Physiker Papin, der vertriebene Hugenotte, mit einem durch Dampfkraft getriebenen Schiffe die Fulda von Kassel bis Münden befahren hatte und an der geplanten Weiterfahrt nach England nur durch Zertrümmerung seines Fahrzeuges seitens der Mündener Schiffer verhindert worden war, hat der Amerikaner Fulton, dessen technisches Wissen Studien in Frankreich vervollkommnet hatten, auf dem Hudson zuerst eine regelmäßige Dampfschiffahrt eingerichtet. Ein amerikanischer Dampfer durchkreuzte 1818 zuerst den Atlantischen Ozean. Nicht wenige durch Dampf bewegte Schiffe waren damals schon auf den Binnengewässern Nordamerikas und Großbritanniens in Tätigkeit. Auch die Seedampfer vermehrten sich

dann rasch. Heute durchfurchen ihrer mehr als 33000 die Meere. Alle regelmäßigen Verbindungen werden durch sie unterhalten; die Zahl der Dampferlinien beziffert sich auf Hunderte. Die Zunahme der Segelschiffe hat in den 70er Jahren ihr Ende erreicht.

Das richtige Bild ergibt sich aber erst, wenn man die gesteigerte Schnelligkeit und die vermehrte Tragfähigkeit der Schiffe ins Auge faßt. Die Fahrt von Neu-York nach Liverpool, zu der die Savannah 1818 noch 26 Tage gebrauchte, macht der moderne Schnelldampfer in 5—6 Tagen. Noch größer ist die Steigerung in der Tragfähigkeit. Bis in die 70er Jahre gehörten Schiffe von 2000 Registertonnen zu den leistungsfähigsten; heute ist die zehnfache Größe nichts Seltenes mehr. Der englische „Great Eastern", der 1852—1857 erbaut wurde und 18916 Tonnen Ladefähigkeit brutto besaß, war seiner Unhandlichkeit wegen fast nur als Kabelschiff verwendbar und ward 1891 abgewrackt. Heute sind Schiffe von gleicher Größe zugleich die schnellsten, die den Ozean befahren. Auch Segelschiffe von 10000 und mehr Tonnen werden gebaut und mit Vorteil in Betrieb gesetzt. Mit Hilfe von Segelanweisungen, die auf zahlreichen und sorgfältigen Beobachtungen beruhen, übertreffen sie in weiter Fahrt ihre Vorgänger außerordentlich, bleiben hinter Lastdampfern nicht so sehr zurück. Die gesamte Tragfähigkeit aller das Weltmeer befahrenden Schiffe hat sich von 1850 bis 1903 von etwa 9 auf gegen 30 Millionen Registertonnen gehoben, wovon 1850 noch nicht eine halbe Million, am Ende des Zeitraums ungefähr 19 Millionen auf Dampfer entfielen. Wenn man, wie üblich, die Transportleistungen eines Dampfschiffes wegen der im allgemeinen größeren Schnelligkeit und Stetigkeit seiner Bewegungen dreimal so groß annimmt als die eines Seglers, so bedeutet das in einem guten halben Jahrhundert eine Steigerung des auf dem Ozean sich vollziehenden Weltverkehrs auf das nahezu Siebenfache.

Etwas später als zur See ist die Dampfkraft auf dem Lande Hebel des Verkehrs geworden. Die Umwälzung, die sie hier hervorgerufen hat, ist eine noch viel größere, schier unmeßbare gewesen.

Wer der Tatsache gedenkt, daß in den 20er Jahren eine mehrmalige Postverbindung in der Woche zwischen Berlin und Dresden noch ein Problem war, wird sich ungefähr eine Vorstellung machen. Seitdem Stephenson 1828/29 einen Schienenstrang von Liverpool nach Manchester führte, sind gut zwei Menschenalter vergangen. 1840 betrug die Gesamtlänge aller Eisenbahnen der Erde noch nicht 8000, 1860 erreichte sie 100000, Ende 1903 betrug sie 859355 Kilometer, einundzwanzigmal den Umfang der Erde. Nordamerika durchziehen von Ozean zu Ozean 5—6 Bahnen, eine auf kanadischem, die übrigen auf Unionsgebiet. Auch in Südamerika werden die beiden Weltmeere durch eine Bahn von Buenos-Aires nach Valparaiso über die Anden hinweg verbunden. Ein ununterbrochener Schienenstrang zieht durch die größte Längenausdehnung der Alten Welt von Lissabon, Lagos und Cadiz nach Chabarowsk, Wladiwostok und Port Arthur. Australien und Südafrika, Vorderindien, Transkaspien und Kleinasien haben ausgebreitete und zum Teil schon dichte Bahnnetze und erweitern sie fortgesetzt. Am Nil führt die Eisenbahn hinauf nach Chartum, von Kapstadt nordwärts bis weit über den Zambesi. Es gibt kaum noch ein Kulturland, das nicht in den Weltverkehr einbezogen wäre durch den Dampf.

Die Verkehrsmöglichkeiten sind aber nicht allein gesteigert durch die neue Triebkraft, sondern kaum weniger durch den unendlich verbesserten Nachrichtendienst. 1833 schufen Gauß und Weber in Göttingen den ersten elektrischen Telegraphen; 25 Jahre später ward das erste transatlantische Kabel gelegt. Heute durchziehen die elektrischen Kabel alle Erdteile und Weltmeere; sie hatten 1905 insgesamt eine Länge von über 6 Millionen Kilometer erreicht. Die drahtlose Telegraphie eröffnet dieser Entwickelung ganz neue Aussichten. Eine nahe Zukunft wird vielleicht darüber entscheiden, ob die Elektrizität nicht auch als Triebkraft im Verkehrswesen die leitende Stellung einzunehmen hat

Die außerordentlich gesteigerte Bewegungsfähigkeit ist zunächst

und vor allem der **Kenntnis** der Erde zugute gekommen. Die vermehrte Forschungsmöglichkeit hat den **Forschungstrieb** des wissensdurstigen Jahrhunderts mächtig angeregt. Nie ist so viel gereist worden um des Wissens und der Erkenntnis willen. Nicht nur die Erkundung der Erde selbst, sondern auch die Lösung der verschiedenartigsten wissenschaftlichen Probleme wurden Zweck und Aufgabe des Reisens.

Sämtliche Erdteile haben dadurch Förderung und Nutzen erfahren. Sie sind alle, Europa in gewissen Teilen nicht ausgenommen, der Kenntnis wesentlich besser erschlossen worden. Die Vereinigten Staaten-Regierung schickte 1803, noch vor dem Ankauf von Louisiana, eine Expedition in das völlig unerforschte Gebiet zwischen dem Mississippi und dem Stillen Ozean. Abenteurer, Siedler und Forscher folgten in den nächsten Jahrzehnten zahlreich, zerstreuten sich nach allen Richtungen hin in dem weiten Land. Als seit den 50er Jahren die Schienenstränge sich vorschoben in die Prärie und übers Gebirge, war es der Siedlung und dem Verkehr gewonnen. Humboldts berühmte Reisen sind über die Randgebiete Süd- und Mittelamerikas kaum hinausgekommen. Erst die Verbesserung der Verkehrsmittel hat die ungeheueren Länder des Amazonen- und La Platastroms, in ihren inneren Teilen früher von Weißen kaum betreten, näherer Kenntnis eröffnet. Das gleiche gilt in noch höherem Grade von Australiens Kontinent und seinen größeren Inseln. In Asien und Afrika haben moderne Verkehrsmittel erst in allerneuester Zeit spärlich eindringen können in die Gegenden, deren Erkundung, besonders in Asien, schon durch Jahrhunderte ein Problem der europäischen Welt war. Es wurden trotzdem gewaltige Erfolge errungen. Afrika ist im 19. Jahrhundert geradezu der Erdteil der Entdeckungen geworden. Als das Jahrhundert begann, hatte man so gut wie keine gesicherte Kenntnis über schmale Küstengebiete, ja an manchen Stellen nicht über den Küstenrand hinaus. Die meisten der großen Ströme kannte man nur an ihren Mündungen. Bis zur Mitte des Jahrhunderts waren die Fortschritte nur bescheiden; aber dann sind in wenigen Jahr-

zehnten Niger, Kongo, Zambesi und Nil bis in ihre innersten Quellgebiete hinein aufgedeckt worden. Eine ganz neue Welt ging dem Europäer unmittelbar vor seinen Toren auf. Schier unbegrenzte Möglichkeiten eröffneten sich seinem Blick. Unsere Zeit steht noch in den ersten Anfängen der Erschließung eines Erdteils, den Jahrhunderte für unzugänglich gehalten haben, und dessen natürliche Verschlossenheit der Überlegenheit moderner Verkehrsmittel trotz aller Hindernisse wird weichen müssen. Bezeichnend ist, daß diese gesamte Tätigkeit, soweit sie sich nicht auf dem Boden der Vereinigten Staaten selbst vollzog, fast ausschließlich europäische Arbeit war. Die alte Heimstätte unserer Kultur bewies und beweist noch führende Jugendkraft.

Die Erkundung der Erde hat naturgemäß ihre Ausnutzung gefördert. Sie trat in bunteste Wechselwirkung zu den Fragen des Verkehrs und der Siedlung. Auch die christliche Mission konnte sich neuen und größeren Aufgaben widmen.

Wo das Klima es gestattete und der Boden einlud, haben sich die weiten Flächen mit europäischen Siedlern gefüllt. Ihr Einströmen wäre in solcher Zahl, wie es geschah, nicht denkbar gewesen ohne die verbesserten Beförderungsmittel. Die europäische Auswanderung hat sich mit dem Emporkommen der transozeanischen Dampferfahrt mächtig gesteigert. 1832 erreichte sie aus Großbritannien und Irland zuerst die 100000; unter dem Drucke des irischen Notstandes stieg sie 1847 aus diesen Ländern auf 258000, 1852 sogar auf 369000. In den elf Jahren von 1846—1856 sind nahezu drei Millionen Menschen aus Großbritannien und Irland ausgewandert. Von 1789 bis 1840, in 52 Jahren, sind rund eine Million Menschen in die Vereinigten Staaten gekommen, in den 63 Jahren von 1841 bis 1903 dagegen 21 Millionen, im ersten Jahrzehnt dieses letzteren Zeitraums jährlich im Durchschnitt 171000, in den letzten beiden Jahrzehnten dagegen 451000, in den jüngsten Jahren alljährlich sogar gegen eine Million. Es ist ziemlich sicher, daß im Laufe des 19. Jahrhunderts 30 Millionen Menschen oder

mehr aus Europa auswanderten, die erdrückende Mehrzahl über den Ozean, in die Vereinigten Staaten, nach Kanada, Australien, Südafrika, nach Südbrasilien, Argentinien und anderen Ländern, eine ziemliche Zahl aber auch ostwärts nach Sibirien. Erst das 19. Jahrhundert hat jenseit des Ozeans Staaten europäischer Kultur erwachsen sehen, die an Macht und Intensität des politischen und wirtschaftlichen Lebens es den Ländern der Heimat gleichtaten oder ihnen nachstrebten.

Die starke Einwanderung hat die außereuropäische Produktion gewaltig entwickelt. Die Erzeugung von Getreide ist in den Jahren 1850 (weiter gehen die Angaben nicht zurück) bis 1902 in den Vereinigten Staaten von 867 auf 4364 Millionen Bushel, also auf das Fünffache, gestiegen, die von Weizen allein von 100 auf 988 Millionen, also fast auf das Zehnfache. Da gleichzeitig die Bevölkerung nur von 23 auf 78 Millionen, also noch nicht auf das 3½fache, gewachsen ist und zudem eine Verschiebung der ländlichen und städtischen Bevölkerungsziffer zugunsten der letzteren stattgefunden hat, so ist klar, daß die durchschnittliche Arbeitsleistung mit Hilfe technischer Fortschritte und verbesserter landwirtschaftlicher Methoden sich ziemlich auf das Doppelte gehoben hat. An dieser Art der Weiterentwickelung gleichsam von innen heraus hat aber auch Europa vollen Anteil genommen, außerdem im Laufe des Jahrhunderts ebenfalls nicht wenig Ödland der Kultur zugeführt. So ist auch in den alten Kulturländern die agrarische Produktion mächtig gestiegen.

Noch mehr ist das aber diesseit und jenseit des Ozeans der Fall gewesen mit der Ausbeutung der Bodenschätze, zunächst vor allem mit Kohlen und Eisen. Der Wert der in den Vereinigten Staaten geförderten Kohlen hat sich in den Jahren 1850—1900 von 3⅓ auf 241 Millionen Dollars gehoben, die Produktion der Erde von 136 Millionen Tonnen 1860 auf 415 Millionen 1885 und 864 Millionen 1903. An Roheisen wurden in der Union 12 Millionen Tonnen 1870, 1884 schon 20, im Jahre 1903 dagegen 47 Millionen Tonnen gewonnen. Nicht ganz so große,

aber ebenfalls sehr erhebliche Steigerungen erfuhren England, Deutschland, Belgien, Frankreich. Ein Rückgang ist kaum irgendwo zu verzeichnen. Die Produktion von Petroleum hob sich in den Vereinigten Staaten in den 30 Jahren von 1870—1900 von 221 auf 2661 Millionen Gallonen. Dazu wurden die russischen und galizischen Erdölquellen in Betrieb gesetzt. Der industriellen Tätigkeit konnte so eine ungeahnte Ausdehnung gegeben werden.

Das hat weiter zu einem überraschend schnellen Anwachsen der städtischen Bevölkerung geführt. Als das Jahrhundert begann, gab es nur eine von Menschen europäischer Abstammung bewohnte Millionenstadt, London, und ein gutes Dutzend derartiger Städte mit einer Einwohnerzahl von 100000 bis 1 Million; als es endete, waren zehn der ersteren vorhanden, die mit ihren unmittelbaren Vororten 25 Millionen Menschen bargen, und nicht weniger als 183 der zweiten mit zusammen mehr als 46 Millionen Bewohnern. In den Vereinigten Staaten ist die städtische Bevölkerung in den Jahren 1850—1900 von 12,5 auf 31,1 Prozent der gesamten Volkszahl gestiegen, in Frankreich von 1846—86 von 24 auf 36, in Deutschland von 1871—1900 von 36,1 auf 54,3, in England von 1850—1891 von 50 auf 71,7 Prozent. Der Bevölkerungszuwachs der drei letztgenannten und anderer europäischer Länder im letzten halben Jahrhundert fällt ganz überwiegend, ja fast ausschließlich auf die Städtebewohner. Es ist die industrielle Tätigkeit, die diesen Zuwachs ermöglicht und erhält, und sie bedingt natürlich einen außerordentlich gesteigerten Bedarf an Lebensmitteln und an Rohstoffen aller Art und andererseits an Exportmöglichkeiten. So hat der Welthandel, zugleich mächtig gefördert durch die zahlreichen Beziehungen, die sich infolge der Verbreitung europäischer Siedler und Unternehmer über die ganze Erde knüpften, einen gewaltigen Aufschwung genommen und schiebt jetzt Massen und Werte über den Erdball hin und her, von denen noch die erste Hälfte des Jahrhunderts sich nichts träumen ließ. 1903 erreichte der gesamte Spezialhandel aller Erdteile die Summe von 100 Milliarden Mark, wovon über 64 Milliarden auf Europa entfielen.

Noch besonders begünstigt ward diese Entwickelung durch die ungemein gesteigerte Produktion von Edelmetallen, besonders des Goldes. Durch die kalifornischen und australischen Funde hat die Goldgewinnung um die Mitte des Jahrhunderts einen ungeahnten Zuwachs erfahren. Sie hielt sich in den 50er Jahren auf der Durchschnittshöhe von 200000 Kilogramm jährlich, sank langsam bis auf ungefähr 160000 Kilogramm in den 80er Jahren herab, so daß Bismarck nicht mit Unrecht den bekannten Vergleich mit der zu kleinen Decke gebrauchen konnte. Sie ist dann aber in den 90er Jahren durch die überraschenden neuen Funde im Transvaal, in Westaustralien und Alaska gewaltig emporgestiegen, von 245387 Kilogramm Jahresdurchschnitt in dem Zeitraum 1891—95 auf 387602 Kilogramm 1896—1900 und 442656 Kilogramm 1901—1903, im letzten dieser Jahre auf 489810 Kilogramm im Werte von fast 1367 Millionen Mark. Mangel an Gold steht der allgemeinen Einführung der Goldwährung kaum noch im Wege. Wohl aber, könnte man sagen, Überfluß an Silber, dessen völliger Entwertung gegenüber dem Golde man doch nicht überall gleichgültig zusehen mag. Die Produktion dieses Metalles hat in noch erheblich höherem Maße zugenommen als die des Goldes. Sie ist in ziemlich gleichmäßigem Fortschreiten auf das Sechsfache gestiegen, von 886115 Kilogramm in den Jahren 1851—55 auf 5302493 im Jahre 1903, ihr Wert allerdings nur auf das 2½fache, da die Relation zum Golde seit Einführung unserer Goldwährung von 1 : 15½ auf 1 : 38¾ gesunken ist. Immerhin hat auch die gesteigerte Silberproduktion nicht unerheblich zur Vermehrung des umlaufenden Münzmetalles und damit zur Erleichterung des Warenaustausches und jeder Art spekulativen Unternehmens beigetragen.

Was hier angeführt wird, geht über einige hervorstechende Züge nicht hinaus. Es genügt aber, um zu belegen, wie beispiellos sich im 19. Jahrhundert das Verkehrsleben und fast jede Seite

menschlicher Tätigkeit gehoben hat. Wenn irgend eins, so hat das 19. Jahrhundert der biblischen Lehre nachgelebt: „Mehret euch und füllet die Erde und machet sie euch untertan."

Es hat das auch unerfreuliche Erscheinungen im Gefolge gehabt. Die Jagd nach Besitz ist wilder geworden denn je, fast um so rücksichtsloser, je weiter eine Nation voran ist in dem allgemeinen Treiben. Die Höhen reiner Geisteskultur sind einsamer geworden als in Kants, Goethes und Schillers Tagen. Aber daß die Schöpfungen und Errungenschaften des 19. Jahrhunderts nicht nur neu und groß, sondern auch entwickelungsfähig und zukunftsreich sind, kann nur leugnen, wer zu glauben fähig ist, daß irdische Dinge jemals im Beharren ihren Daseinszweck zu erfüllen vermögen. Wer das nicht vermag, dem ist auch klar, daß keine Nation den Strom der Zeit teilnahmlos an sich vorüberrauschen lassen darf. Das neu erstandene Deutsche Reich ward mitten in ihn hineingestellt. In dem Augenblicke, wo man sich jubelnd der Freude hingab, die langersehnte Einheit errungen zu haben, mahnten auch schon die neuen Aufgaben, von deren Lösung die Zukunft abhängt.

Preußen und Deutschland haben die Kämpfe um ihre Neugestaltung durchführen können ohne Einmischung des Auslandes. Wie 1866, so haben auch 1870 rasche und durchschlagende Waffenerfolge vor dieser Gefahr bewahrt, 1870 auch jeden ernsten diplomatischen Versuch verhindert. Aber zu fremdartig stand das neue Gebilde in der europäischen Welt, als daß man sich so bald hätte mit ihm befreunden können.

Es war durch Kriege aufgerichtet worden. Würde es nicht versuchen, durch Kriege seine Macht weiter auszubreiten? Man hatte den Kaisertitel wieder erstehen lassen. Wenn er auch statt des alten römischen ein deutscher geworden war, so hatte sich doch der Welt zu sehr die ebenso unklare wie unrichtige Vorstellung von der Eroberungspolitik der mittelalterlichen römischen Kaiser deutschen Stammes eingeprägt, als daß sich nicht Mißtrauen in weiten Kreisen hätte regen sollen. Besonders die kleinen Nachbarstaaten an der

Westgrenze, die einst zum Reich gehört hatten, fühlten sich beunruhigt; der skandinavische Norden glaubte aus dem Festhalten Nordschleswigs auf weitere Vergrößerungsabsichten schließen zu sollen. In Österreich waren die slavischen Nationalitäten bemüht, Vertrauen zu Deutschland nicht aufkommen zu lassen. Man sprach dort und anderswo von dem Anschluß der außerhalb des Reiches wohnenden Deutschen Mitteleuropas, der nach dem natürlichen Lauf der Dinge eintreten müsse. Die deutsche Politik hat unter Kaiser Wilhelms und Bismarcks Leitung, dann unter den Nachfolgern durch ihre friedliche, versöhnliche und gerechte Haltung diesen Verdacht gründlich zu zerstreuen vermocht. Wo er noch laut wird, ist er nicht der Ausdruck wirklicher Überzeugung, die Gefahren abzuwehren sucht, sondern bewußter Böswilligkeit, die verleumden, schädigen und schwächen will. Seine Urheber und Verbreiter sind Vertreter politischer Absichten, deren Durchführung das Deutsche Reich, wie es ist, im Wege steht. Dieses Reich ist, anders als Napoleons empire, in der Tat ein Friedenshort Europas geworden. Die Geschichte des Abendlandes weiß von keiner gleich langen Periode, die so frei gewesen wäre von kriegerischen Erschütterungen, wie die 35 Jahre, die verflossen sind seit der Wiederaufrichtung des Deutschen Reiches.

Wenn die kleinen Nachbarstaaten, die anfangs geneigt waren, zaghaft in die Zukunft zu sehen, sich allmählich der Erkenntnis erschlossen haben, daß sie kaum eine festere Gewähr ihrer Selbständigkeit finden können als ein starkes Deutschland, so hat es für die deutsche Politik doch auch schwierigere Aufgaben zu lösen gegeben als die befriedigende Gestaltung der Beziehungen zu ihnen. Es gab Fragen, zu denen das Deutsche Reich als Großmacht Stellung nehmen mußte, und in denen diese Stellungnahme Gefahren in sich schloß. Das war vor allem der Fall mit der Weiterentwickelung der Dinge im Orient.

Der Krimkrieg hatte mit einer Schwächung Rußlands, doch aber nicht mit einer entsprechenden Stärkung der Türkei geendet.

Die russische Schutzgewalt über die Christen war glücklich abgewehrt; aber die Christen waren darum gegenüber der Sultansherrschaft nicht gefügiger geworden. Zunächst zeigte sich das in den Donaufürstentümern, wo an die Stelle des russischen Protektorats ein Selbstbestimmungsrecht der Bevölkerung unter Aufsicht der Großmächte getreten war, während die türkische Oberherrschaft bestehen bleiben sollte. Die neue Ordnung vermochte die Vereinigung der beiden bisher getrennt regierten Länder nicht zu hindern; unter dem von beiden gewählten gemeinsamen Fürsten Alexander Cusa trat 1862 in Bukarest zum erstenmal aus Moldau und Walachei eine einheitliche Nationalversammlung in Tätigkeit. Als Cusas Mißregierung aber vier Jahre später seine Entfernung durch die eigenen Untertanen zur Folge hatte, ward, nachdem der Bruder des Königs der Belgier abgelehnt hatte, Karl von Hohenzollern, preußischer Offizier und jüngerer Bruder des späteren spanischen Thronkandidaten, vom rumänischen Volke zum Fürsten erwählt. Es war im Mai 1866. Sein Auftreten in Bukarest, das er, verkappt reisend, durch Österreich erreichte, machte nicht geringes Aufsehen und ward von Freund und Feind der preußischen Politik auf Rechnung geschrieben. Er hat in vierzigjähriger lasten- und entsagungs-, aber auch früchtereicher Arbeit das noch so unfertige Land als gleichberechtigt in die europäische Staatengemeinschaft emporgehoben.

Älter als Rumäniens sind Serbiens Bemühungen um Sonderstellung und Selbständigkeit. Die Jahre, in denen Rußland gegen Napoleon I. kämpfte, suchte Sultan Mahmud II. zur Niederwerfung des serbischen Aufstandes zu benutzen, an dessen Spitze der „schwarze Georg" stand. Er konnte doch nicht hindern, daß die Serben den Milosch Obrenowitsch, der zuletzt glücklich gegen die Türken gekämpft hatte, 1817 zum Fürsten wählten, nachdem Georg durch Meuchelmord gefallen war. Die Nachkommen dieser beiden Führer haben bis herab in die unmittelbare Gegenwart um die Herrschaft Serbiens gestritten und das schöne Land und sein begabtes Volk in eine fast ununterbrochene Folge von Parteikämpfen, Verschwö-

rungen, Revolutionen und Morden verwickelt. 1867 war man doch so weit gekommen, daß die türkischen Besatzungen das Land, in dem sie zuletzt nur noch die Feste von Belgrad, Semendria und Schabaz innegehabt hatten, räumten.

In Rußland hatte der Panslavismus seit Nikolaus' Tode Verbreitung und allmählich auch Fühlung mit regierenden Kreisen gewonnen. Aus einer ursprünglich literarischen Richtung, die, von österreichischen Slaven, besonders von den Tschechen, ausgehend, eine überlieferte gesamtslavische Kulturgemeinschaft behauptete oder vielmehr erstrebte, war sie bald zu politischen Tendenzen übergegangen und arbeitete für die Vereinigung aller slavischen Stämme unter russischer Führung. Auf der Balkanhalbinsel trat sie in die Tätigkeit ein, von der die offizielle russische Politik nach dem Krimkriege hatte ablassen müssen. Serbien in seiner verhältnismäßig freien Stellung bot ihr ein überaus günstiges Arbeitsfeld und für Rußland eine nicht weniger wertvolle Operationsbasis. Hier konnte man zugleich Österreich und die Türkei untergraben, denn in den Gebieten beider Staaten hatte Serbien nationale Wünsche. Bosnien und die Herzegowina, dazu ein Teil des oberen Mazedoniens waren seines Stammes, und die Serben des Banats hatten 1848/49 gegen die Magyaren zu den Waffen gegriffen. Für diese Aspirationen arbeitete die „Omladina" in gleicher Weise wie die russischen Slavophilen für den Panslavismus und trat mit ihnen in enge Verbindung. Aus einer Beschützerin der griechischen Christen ward die russische Regierung so Haupt und Hoffnung der Balkanslaven. Ignatiew, russischer Botschafter in Konstantinopel seit 1867, stand mit den Slavophilen der Heimat in engster Verbindung. Außer in Serbien hatte man noch im Fürsten der „schwarzen Berge" eine Stütze und einen Schützling.

Der deutsch-französische Krieg gab Rußland wieder freie Hand im Orient. Alexander II. hatte nicht nur die Neutralität gewahrt, sondern auch in deutschem Sinne auf Österreichs Haltung gewirkt. Er erlangte unmittelbar nach dem Kriege in den Londoner Konferenzen mit deutscher Unterstützung, daß der Artikel des Pariser

Friedens, der Rußlands Rüstungen im Schwarzen Meer beschränkte, aufgehoben ward. Bei einem neuen Versuche gegen die Türkei konnte Rußland sicher sein, jedenfalls nicht mehr Frankreich auf seinem Wege zu begegnen. So begann, vom Zarenreiche her angestiftet, 1875 der Aufstand in der Herzegowina. Als er der türkischen Übermacht zu erliegen drohte, erklärte im Mai 1876 Serbien unter seinem jungen Fürsten Milan (Obrenowitsch) der Türkei den Krieg und konnte seine Armee unter der Führung des russischen Generals Tschernajew, der sich in Transkaspien einen Namen gemacht hatte und einer der eifrigsten Slavophilen war, ins Feld schicken. Als sie trotzdem völlig geschlagen ward und nun Serbien türkischen Truppen offen stand, trat Rußland selbst auf den Plan.

Im letzten russisch-türkischen Kriege wiederholten sich gewissermaßen die Erfahrungen des Krimkrieges. Die Russen leisteten weniger, als allgemein erwartet worden war; andererseits zeigten die Türken eine größere Widerstandskraft, als man ihnen zugetraut hatte. Da Rumänien den russischen Durchmarsch weder hindern konnte noch wollte, begann der Krieg Juni 1877 in Bulgarien, dessen Bevölkerung, gleich jener der Herzegowina, vorher aufgewiegelt worden war, ihre Erhebung aber mit entsetzlicher Heimsuchung durch die Türken hatte büßen müssen. Das russische Heer vermochte nicht, den Gegner über den Balkan zurückzuwerfen. Erst ein Bündnis mit Rumänien und das Eingreifen der jungen rumänischen, von dem Hohenzollern geschaffenen Armee, die ihre Feuerprobe unter der Führung ihres Fürsten glänzend bestand, ermöglichten im Dezember die Einnahme der von den Türken hartnäckig verteidigten Stellung von Plewna.

Nun ergoß sich die russische Armee hinab in die thrakische Ebene. Auch auf dem kaukasischen Kriegsschauplatz wurden Kars und ein Teil von Armenien eingenommen. Ende Januar 1878 standen die Russen vor Konstantinopel. Die Türkei mußte im Frieden von San Stefano am 3. März Rumänien, Serbien und Montenegro die Unabhängigkeit zugestehen und die Errichtung eines zwar tribut-

pflichtigen, aber doch selbständigen Fürstentums Bulgarien zuzulassen, für das alles Land bis zum Rhodope-Gebirge und bis zum Ägäischen und Marmarameer bestimmt war. Sie mußte Gebiet abtreten, um Montenegro auf mehr als das Doppelte seines bisherigen Umfangs und über den Skutarisee hinweg bis ans Adriatische Meer zu erweitern und Serbien an seiner Südgrenze beträchtlich zu vergrößern, außerdem die Dobrudscha und ein erhebliches Gebiet in Kleinasien mit Kars, Batum, Ardahan und Bajaset an Rußland überlassen. Es war noch nicht die Vernichtung der Türkei, aber es war die völlige Untergrabung ihrer europäischen Stellung. Zwischen Konstantinopel und dem Rest ihres europäischen Besitzes war die Überlandverbindung abgeschnitten, und da die Pforte zur See ohnmächtig war, konnte sie die ihr noch erhaltene von Griechenland, Montenegro, Serbien und Bulgarien umringte christliche Untertanenschaft unmöglich lange behaupten. Dazu war der trennende Tributärstaat Bulgarien in Wirklichkeit eine russische Dependenz.

Die Russen hatten vor Konstantinopel Halt gemacht. Trotz ihrer festen Lage hätte die Stadt am Goldenen Horn ihren modernen Kriegsmitteln kaum widerstehen können, wäre sie angegriffen worden. Es geschah nicht, weil England und Österreich eine drohende Haltung annahmen. Auch die Beziehungen zu Rumänien waren fraglich. Das Land hatte gegen Rußlands Willen seine Unabhängigkeit erklärt, ehe es noch in den Krieg eingriff. Im Verlauf des Feldzuges ward es als Durchgangsland so von russischen Truppen überschwemmt, daß es für seine Unabhängigkeit zu fürchten begann. Jetzt sollte es die von Rußland erworbene Dobrudscha annehmen und dafür den mit dem Lande schon verschmolzenen bessarabischen Besitz wieder abtreten. Es fand sich mit Recht schlecht belohnt für seine wertvolle Hilfe und war durch seine Lage und verbündet mit Österreich für eine etwaige militärische Entscheidung ein wichtiger Faktor. So ließ sich Rußland bereit finden, die Abmachungen von San Stefano dem Urteil Europas zu unterwerfen. Von den großen Mächten schien Deutschland direkt am

wenigsten beteiligt, das Gewicht seiner Stimme aber ausschlaggebend. So ward Bismarck der ehrliche Makler und Berlin zum erstenmal Sitz einer Konferenz der europäischen Großmächte. Es trat nun auch in dieser Beziehung an die Seite von Wien und Paris, London und Petersburg.

Die Verhandlungen (13. Juni bis 13. Juli 1878) endeten mit einer unleugbaren Demütigung Rußlands. Es mußte von den Erfolgen, die im Felde errungen waren, ganz wesentlich zurücktreten. Seine Schöpfung Bulgarien wurde auf weniger als die Hälfte ihres geplanten Umfanges beschränkt; nur der schmale Strich Landes zwischen Balkan und Donau, noch verkleinert um die nun wirklich Rumänien aufgenötigte Dobrudscha, ward in der beabsichtigten Weise als Fürstentum konstituiert. Das obere Maritzatal mit dem angrenzenden Lande ostwärts bis zum Schwarzen Meere und der Hauptstadt Philippopel sollte eine türkische Statthalterschaft Ostrumelien unter einem christlichen Gouverneur bilden. Adrianopel und das Land bis zum Ägäischen Meer blieben türkisch, die Verbindung mit Mazedonien und dem Westen also erhalten. Serbien und Montenegro behielten ihre Vergrößerungen.

Aber es sollten nun auch Mächte ernten, die gar nicht gesäet hatten. Österreich ward das Recht zugesprochen, Bosnien, die Herzegowina und das Sandschak Novibazar zu besetzen, die beiden ersteren Provinzen dauernd zu verwalten. Griechenland sollte, um das Gleichgewicht der Balkanmächte zu erhalten, eine Grenzberichtigung im Norden erfahren. Da es sich darüber mit der Pforte nicht einigen konnte, hat zwei Jahre später eine neue Berliner Konferenz ihm ganz Thessalien und die Südostecke von Epirus zugesprochen. Noch vor Beginn des Kongresses hat ein zwischen der Türkei und England abgeschlossener Bündnisvertrag Cypern englischer Verwaltung überlassen. So blieben Rußland nur die asiatischen Eroberungen, die jedoch auch um den wichtigen Bezirk von Bajaset gekürzt wurden, das Rumänien abgepreßte Bessarabien und der gewonnene Einfluß in dem auf ein gutes Drittel zurückgeschnittenen Bulgarien. An der Donau ward nicht die 1856 verlorene südliche St. Georgs-,

sondern die nördliche Kilia-Mündung als Rußlands Grenze festgelegt.

Der Berliner Kongreß bedeutet einen Höhepunkt der Erfolge deutscher Politik. Der Friede unter den Großmächten blieb durch ihre Vermittelung erhalten. Aber das Verhältnis zu Rußland, das, besonders auch durch die persönlichen Beziehungen der Herrscher, seit den Befreiungskriegen fast ununterbrochen ein freundschaftliches gewesen war, wurde getrübt. Für die russische Diplomatie lag es nahe, den Mißerfolg Deutschland zuzuschreiben. Es war jedenfalls nicht mit dem vollen Gewicht seiner Stellung für Rußland eingetreten. Es war klar erkennbar geworden, daß das neue Deutschland sich ebensowenig wie das alte Preußen als Schirm und Schild russischer Machtbestrebungen im Orient gegen das übrige Europa gebrauchen lassen wollte. Soweit die russische Neutralität 1866 und 1870 diesen Preis ins Auge gefaßt hatte, war sie zwecklos gewesen.

Diese Verschiebung der Lage schloß aber die Gefahr einer russisch-französischen Annäherung in sich. Die Polenbegeisterung der Tage Louis Philipps und Napoleons III. hat unter der Republik, die ihrer Natur nach doch eine Vorkämpferin der Freiheit hätte sein sollen, eine völlige Abkühlung erfahren. Auch hier tritt wieder zutage, wie das natürliche Streben politisch gereifter Völker mehr auf äußere Machtstellung als auf die Vertretung innerpolitischer Doktrinen gerichtet ist. Die Hoffnung, in einem wiedererstandenen Polenreiche einen Bundesgenossen zu finden, ward vollständig aufgegeben, seitdem man sich gewöhnt hatte, in Deutschland den Hauptgegner zu sehen. Jetzt erschien Rußland als der gegebene Verbündete, und französische Geschichtschreiber machten sich ans Werk, nachzuweisen, daß es immer so gewesen sei.

In den Vereinbarungen des Berliner Kongresses lag aber auch eine Handhabe, dieser Gefahr zu begegnen. Indem Österreich türkischen Boden okkupierte — nicht unwesentlich mehr, als Rußland selbst erlangt hatte —, verschärfte es den alten Gegensatz. Jetzt bewährte sich die Politik, die 1866 eine Vergrößerung

Preußens auf Kosten Österreichs vermieden und seitdem alles getan hatte, um Preußen und dem neuen Deutschen Reiche das Vertrauen des Kaiserstaates zu gewinnen. Das Schutz- und Trutzbündnis vom 7. Oktober 1879 schuf das einst geträumte Reich der Großdeutschen, allerdings nicht in staatsrechtlicher, sondern, wie es Bismarck stets gedacht und erstrebt hatte, in völkerrechtlicher Form. Es war das erste engere Band, das sich zwischen dem neuen Deutschen Reiche und einem anderen Staate knüpfte. Auch darin lag eine gewisse Befriedigung für deutsche Empfindungen.

Der Gang der Ereignisse hat bald auch Italien diesem Bunde zugeführt. Aus dem russisch-türkischen Kriege und dem Berliner Kongreß hatte Frankreich keine Erfolge davongetragen. Aber es war fortgesetzt bemüht, seine Mittelmeerstellung zu verstärken, und hatte auf die Erfüllung der alten orientalischen Wünsche noch keineswegs verzichtet. So nahm es 1881 Grenzverletzungen gegen Algier zum Anlaß, um Tunis zu okkupieren, ein Schritt, der in Italien mit Recht als Feindseligkeit aufgefaßt wurde, da er unternommen war, um an die Stelle des in Tunesien durchaus vorherrschenden italienischen Elements das französische zu setzen, und da die trefflichen Häfen des einstigen Sitzes karthagischer Macht in den Händen der Franzosen eine stete Drohung gegen Italien darstellten. Anfang 1883 trat der Halbinselstaat trotz des Tobens der „Irredenta" zu Deutschland und Österreich in nähere Beziehungen, die vier Jahre später in Gestalt des „Dreibundes" festere Form gewannen.

Bismarck hat es trotzdem verstanden, auch das Verhältnis zu Rußland wieder freundlicher zu gestalten. Mit Alexander III. ward 1884 vereinbart, daß Rußland neutral bleiben werde, wenn Deutschland von Frankreich, Deutschland aber, wenn Rußland von Österreich im Laufe der nächsten sechs Jahre angegriffen werde. Frankreichs ungeschwächt fortdauernden Revanchegelüsten wurde so ein noch festerer Riegel vorgeschoben. Doch ist dieser „Rückversicherungsvertrag" 1890 vom Nachfolger des ersten Reichskanzlers nicht erneuert und so Rußlands Gewicht in der europäischen und besonders

sein Druck auf die deutsche Politik nicht unerheblich gesteigert worden. Dem Dreibund ist der Zweibund gegenüber getreten. Bismarcks Bemühungen, die Großstaaten Mitteleuropas völkerrechtlich zu einigen, haben aber nicht nur dem Erdteil den Frieden erhalten, sondern auch wohl den gangbarsten Weg gezeigt, ihn dauernd zu bewahren.

Indem so das neue Gebilde der deutschen Einheit Wurzel schlug in der europäischen Staatenwelt, gewann es Zeit, seine unfertigen inneren Verhältnisse zu ordnen und zu festigen. Fast reibungslos ist das geschehen, soweit in Frage kam, was so lange das Haupthindernis des Einheitsstaates gewesen war, die Ansprüche der Einzelregierungen.

Nicht ohne Schwierigkeiten und Zwischenfälle waren 1870 die Verträge zustande gekommen, welche die Kaiserproklamation ermöglichten. Nun sie fast vier Jahrzehnte wirksam gewesen sind, darf mit vollem Rechte gesagt werden, daß sie die richtige Mitte getroffen haben zwischen unitarischer und föderalistischer Tendenz. Sie haben vor allem das Vertrauen unter den Regierungen unerschütterlich befestigt. Der Einheit waren die erforderlichen Opfer gebracht worden; der Mannigfaltigkeit aber ist ihr geschichtliches Recht geblieben. Mag dieses oder jenes weiterer Verschmelzung entgegendrängen; wer heute vergleichend seinen Blick auf Deutschland, England und Frankreich richtet, kann nicht im Zweifel bleiben, daß wir in unserer einzelstaatlichen und provinziellen Vielgestaltigkeit nicht nur einen antiquarischen Schmuck, sondern einen produktiven Schatz besitzen, aus dem unser gesamtes Kulturleben Vorzüge schöpft, die andern Ländern fremd sind. Die Verteilung der Macht zwischen Reich und Einzelstaaten hat sich als überaus glücklich erwiesen; ihr Bestehen ist aus einem unvermeidlichen Zugeständnis an die Vergangenheit eine Bürgschaft der Zukunft geworden.

Nicht so rückhaltlos befriedigt pflegen die Urteile über die Teil-

nahme unseres Volkes an seiner Regierung zu lauten. Viel Unerwartetes, Unerfreuliches ist in die Erscheinung getreten, und es haben sich Stimmen erhoben, die schier verzweifelten an einem glücklichen Ausgang. Der Lärm des Parteikampfes erstickte oft völlig den Grundton des Einklangs, den das Ohr zu vernehmen sich sehnte, und häßlicher Sondergeist schien den Gedanken, aus dem das Reich geboren wurde, verwischt zu haben. Richtig einschätzen wird man auch diese Seite unserer Entwickelung nur, wenn man sich ihre geschichtliche Bedingtheit vergegenwärtigt.

Das Reich, das zustande kam, war das Reich, das die liberalen und im allgemeinen auch die protestantischen Deutschen herbeigewünscht hatten, das will sagen, im zweiten Drittel des Jahrhunderts und darüber hinaus zweifellos die große Mehrzahl in denjenigen Kreisen, die man als die gebildeten zu bezeichnen pflegt. Es fiel diesem Reiche auch bald zu, was spezifisch preußisch dachte, eigentlich nur ein vergrößertes Preußen gewollt hatte, aber besonnen genug urteilte, um die Bedeutung der Macht für den staatlichen Bestand eines großen Volkes zu würdigen. In den Tagen des Kampfes gegen Frankreich erklang der Ruf nach Einheit so mächtig, daß die Meinungsverschiedenheiten über ihre Ausgestaltung überhaupt nicht zu Gehör kamen. Aber es lag in der Natur der Dinge, daß die mächtige nationale Regung sie nicht dauernd zum Schweigen brachte. Sie waren das Ergebnis einer langen Geschichte; ihre Grundlagen und Voraussetzungen bestanden fort und mußten auch unter den neuen Verhältnissen bald wieder zur Geltung gelangen. Am raschesten erzwang sich die Richtung, die auf konfessionellen Überzeugungen beruhte, im neuen Reiche Beachtung und Einfluß.

Als eine der wunderbarsten Erscheinungen des 19. Jahrhunderts wird sich stets die „Erweckung des Katholizismus" darstellen. In der Zeit der Aufklärung hätte sie niemand voraussagen mögen. Bis zum päpstlichen Stuhl hinauf hatten die Ideen des 18. Jahrhunderts sich die Geister dienstbar gemacht. Speziell in Deutschland waren die Leiter der Kirche von ihnen ergriffen. In dem glänzenden

Episkopat des alten Reiches konnten unmittelbar vor dem Ende seiner reichsfürstlichen Herrlichkeit Gedanken an eine Nationalkirche auftauchen. Die Säkularisation schien die Macht der Kirche vollends zu brechen. Aber es zeigte sich bald, daß man ihre Lebenskraft und ihren geistigen Inhalt unterschätzt hatte.

Die gewaltige Heimsuchung, die Europa in den Tagen Napoleons widerfuhr, wandte die Gemüter wieder dem Glauben zu. Aber auch ohne diese schwere Prüfung hätte die Kirche es siegreich überstanden, daß sie sich ihres weltlichen Besitzes entäußern mußte. Sie hat bald durch innere Kraft ersetzt, was sie äußerlich eingebüßt hatte, nirgends so wie in Deutschland. Die konservative Strömung der Zeit sicherte der stärksten Macht des Beharrens auch bei den evangelischen Regierungen Sympathien und Entgegenkommen. Preußen, erst 1785 von der Kurie als Königreich anerkannt, trat mit ihr in diplomatischen Verkehr. Durch Zirkumskriptionsbullen, deren Inhalt auch der Erwägung durch die Regierungen unterlegen hatte, konnte sie, zunächst für Preußen, dann auch in anderen überwiegend oder großenteils protestantischen deutschen Ländern die Verhältnisse ihrer Angehörigen und vor allem ihre Beziehungen zum Staate nach wichtigen Seiten hin ordnen. Die Gebietsverschiebungen der napoleonischen Zeit hatten die paritätischen Staaten stark vermehrt. Nirgends ist in diesen aber ernstlich der Gedanke verfolgt worden, die dadurch unvermeidlich gewordenen Beziehungen zur katholischen Kirche allein durch Staatsgesetz zu regeln. Pius VII. selbst hat die Verständigung mit Preußen (1821) als einen der größten Triumphe der Kirche bezeichnet und zur Nachahmung empfohlen.

Das gute Verhältnis ward zuerst ernstlich gestört durch den Streit um die gemischten Ehen. Wie man ihn immer beurteilen mag, es ist zweifellos, daß er hervorgerufen wurde durch die Kirche, die den bisherigen Brauch, die „deutsche Observanz“, nicht mehr gelten lassen wollte. Man wird, wenn man sich auf ihren Standpunkt stellt, anerkennen können, daß sie damit nur eine Pflicht gegen sich selbst erfüllte; aber man wird, wie man auch immer sich

stellen mag, nicht bestreiten können, daß sie es war, die durch die Änderung ihrer Haltung den Streit hervorrief, und daß sie sich mit bestehendem staatlichen Recht in Widerspruch setzte. Trotzdem fand sie den ungeteilten Beifall der gesamten katholischen Welt. Sie ward sich im Kölner Kirchenstreit ihrer Einheit bewußt wie nur je zuvor. „Ein bisher unerhörter Geist der Neuerung flutete durch die katholische Welt von den Ufern des Rheins bis zu den fernen Gestaden des Orinoko und La Plata." Ihr deutscher Wortführer ward vor allen andern Josef Görres, Schwärmer für die Revolution in deren Jugendtagen, glühender deutscher Patriot in der Zeit der Freiheitskriege, dann Fanatiker seines Glaubens, in jeder Gestalt aber Publizist von packender Begabung. Sein Geist ist im deutschen Katholizismus lebendig geblieben.

Er nahm naturgemäß seine Richtung gegen Preußen, nicht nur, weil es der Gegner war in der schwebenden Streitfrage, sondern vor allem, weil es die führende Macht war im deutschen Protestantismus. Der spätere Kulturkampf hat die Erinnerung an die Hergänge, die weiter zurückliegen, verwischt. Wer sich aber die Mühe nimmt, hinabzusteigen in die katholische Flug- und Zeitschriften- und auch die belletristische Literatur der dem Kölner Kirchenstreit folgenden Jahrzehnte, soweit sie politisch-konfessionelle Fragen berührt, wird sich bald überzeugen, daß Gegnerschaft gegen Preußen der Grundgedanke ist, der die Auffassung deutscher Dinge beherrscht. Die 48er Bewegung läßt deutlich erkennen, daß diese Richtung von einer Einigung Deutschlands unter Preußens Führung nichts wissen wollte. Sie formierte sich schon in Frankfurt zu einer Parlamentsgruppe und war und blieb das Rückgrat der Großdeutschen. Ihre Haltung 1866 ließ keinen Zweifel darüber, daß sie in dem Kampf der beiden Großmächte nicht nur ein politisches, sondern fast noch mehr ein konfessionelles Ringen sah.

Einen Tag bevor die französische Kriegserklärung in Berlin übergeben wurde, am 18. Juli 1870, ward in Rom vom vatikanischen Konzil das Dogma von der päpstlichen Unfehlbarkeit zum

Beschluß erhoben. Es war 1814 eine der ersten Handlungen des aus dem Exil heimkehrenden Pius VII. gewesen, den aufgehobenen Jesuitenorden wiederherzustellen. Die vom Orden vertretene Auffassung von der Notwendigkeit stärkster Zentralisation der Kirche gelangte mit dem Unfehlbarkeitsdogma zum vollen Siege. Es hatte an Widerspruch, besonders auch von deutschen Katholiken, nicht gefehlt. Es war auch in guter Erinnerung, daß zu Ende der 50er und zu Anfang der 60er Jahre die südwestdeutschen Landtage die von ihren Regierungen in reaktionärer Anwandlung mit Rom vereinbarten Konkordate mit großer Entschiedenheit zurückgewiesen hatten. Es war also vorauszusehen, daß die Anerkennung des Dogmas in Deutschland auf Schwierigkeiten stoßen werde.

Die Wahlen zum ersten deutschen Reichstag im März 1871 führten, nicht ohne zu überraschen, zur Bildung einer katholischen Partei, wie sie, abgesehen von vereinzelten vorübergehenden Ansätzen, bisher in einer deutschen Vertretung nicht vorhanden gewesen war. In der ansehnlichen Stärke von 63 Mitgliedern zog das „Zentrum" in den neuen deutschen Reichstag ein. In jeder Form und bei jedem Anlaß hat die Kirche die „modernen Freiheiten" bekämpft; sie hat nicht weniger oft bewiesen, daß sie sich ihrer zu bedienen weiß. Die Reichsverfassung mit dem allgemeinen Wahlrecht ist ihr auf deutschem Boden eine Machtquelle geworden, wie ihr reichlicher kaum eine geflossen ist. Keine der Parteien, die sich bildeten, ist ihres Besitzstandes so rasch und so andauernd sicher geworden und geblieben; das Zentrum ward der „feste Turm" in der Körperschaft, die den deutschen Volkswillen darstellte. Es ward auch dem Blödesten klar, daß der katholische Glaube, wie ihn die Kirche verstanden wissen wollte, tief im Volke wurzele, und daß er nicht weniger fest verankert sei als der eben noch so mächtig aufflammende Nationalgeist.

Kaiser, Kanzler und Bundesrat, weiterhin auch die Regierungen der Einzelstaaten haben sich gewöhnen müssen, damit zu rechnen. Da die Durchführung des Unfehlbarkeitsdogmas bald zu den mannigfaltigsten Konflikten mit den staatlichen Behörden führte, da die

Gesinnungsgenossen des Zentrums Preußen und das neue Reich fortgesetzt auf das heftigste bekämpften, da sie in engste Beziehungen traten nicht nur zu den deutschen Partikularisten jeder Färbung, sondern auch zu den fremden, deutschfeindlichen Elementen, die in Ost und West ins Reich hatten eingegliedert werden müssen, so drängte sich der Gedanke auf, dem Angriff den Angriff entgegenzusetzen und im Reich und in den Einzelstaaten die Regelung der fraglich gewordenen Beziehungen allein durch staatliche Gesetzgebung zu versuchen. Die starke liberale Strömung, die das öffentliche Leben lange beherrscht hatte und es fortgesetzt zu beherrschen schien, konnte hoffen lassen, daß Reich und Staat im Kampfe mit einer „kulturfeindlichen“ Macht, als welche liberale Auffassung die bestehende katholische Kirche ansah, am „Zeitgeist“ eine feste Stütze finden würden.

Diese Erwartungen haben sich als Täuschungen erwiesen. Der Liberalismus vermochte nicht, den Regierungen die nötige Kraft zu sichern, um den „Kulturkampf“ zu einem erfolgreichen Ende zu führen. Auch ohne die neuen Aufgaben, die eine veränderte Wirtschaftspolitik seit 1879 dem Reiche stellte, und für die sich die Mitwirkung des Zentrums als unentbehrlich erwies, hätten die Maßnahmen, die staatlicherseits zur Abgrenzung seiner Rechtssphäre gegen kirchliche Ansprüche getroffen wurden, nicht sämtlich Bestand haben können. Nur einige von ihnen, wie besonders die allgemeine Einführung der Zivilehe, durch die ein altes und heißumstrittenes Kampfgebiet neutralisiert wurde, sind als dauernde Errungenschaften geblieben. Andererseits hat aber auch die Zentrumspartei im Kampfe verstehen gelernt, was das Reich auch für sie bedeutet, daß sie ohne das Reich überhaupt nicht denkbar ist, daß sie auch ihren steigenden Einfluß in den Einzelstaaten vor allem dem Bestehen des Reiches verdankt. Grundsätzliche Opposition und Negation haben nicht ganz durch positive Mitarbeit verdrängt werden können, aber diese ist doch allmählich in ähnlicher Weise vorwaltend geworden, wie es jene anfangs gewesen sind. Der Vorwurf der Reichsfeindschaft, den der erste Kanzler in der Leidenschaft des

Kampfes um Daseinsfragen der neuen Ordnung, und nicht ohne Grund, besonders gegen diese Partei erhoben hatte, ist verhallt und gegenstandslos geworden.

Die katholische Kirche steht inmitten des modernen Lebens mit ihren mittelalterlichen Idealen in ungebrochener Kraft, und unser Reich muß damit rechnen, daß sie verlangt, auch auf seinem Boden sich in ihrem Sinne auszuleben. Die richtigen Beziehungen zwischen ihr und der protestantischen Mehrheit der Reichsbewohner zu finden, die ewig schwankende, nie völlig festzulegende Grenze zwischen staatlicher und kirchlicher Kompetenz in friedlichem Ausgleich beiderseits erträglich zu gestalten, wird fortgesetzt eine der wichtigsten und zugleich eine der schwierigsten Aufgaben der Reichsleitung bleiben. Es ist diese Lage der Dinge aber nicht notwendig allein ein Moment der Schwäche. Nur noch mit Waffen des Geistes und im Wetteifer christlicher Liebe und Gesittung können die Bekenntnisse, wie sie in Deutschland gerade infolge der neuesten Entwickelung durcheinander gemischt sind, einander gegenüberstehen. Im Kampfe steigern sich die Kräfte und mehren den Reichtum der Kultur und die freie Auffassung der Gegensätze, die dem Lande der Reformation eigentümlich geworden sind und ihm bleiben müssen und bleiben werden. Mag es unter den katholischen Deutschen Kreise geben, die jede Lebensäußerung ihrer Glaubensgenossen mit dem Geiste der Kirche erfüllen möchten, die in allem und jedem eine völlige Trennung der Bekenntnisse herbeiwünschen; man darf hoffen, daß der Segen des staatlichen Zusammenschlusses, den wir im Reich gefunden haben, sich jedem Einzelnen tiefer und tiefer ins Bewußtsein senkt, und dieser Zusammenschluß ihm das Höchste wird und bleibt, was irdische Ordnung für seine Wohlfahrt leisten kann.

Wenn die Wurzeln der Zentrumsanschauungen zurückreichen in unsere früheste christliche Vorzeit, so ist die Sozialdemokratie völlig modernen Ursprungs. Sie hat nirgends, weder in Deutschland noch auswärts, irgend welchen ununterbrochenen Zusammenhang mit Volksbewegungen früherer Jahrhunderte. Sie ist eine Begleit-

erscheinung modernster Produktionsart, für die Heilmittel nur gefunden werden können in der Beseitigung der Übelstände, welche die neue, an sich unvermeidliche und zweifellos berechtigte Arbeitsweise im Gefolge gehabt hat.

Erst 1848, als in Paris die rote Fahne schon in blutigstem Straßenkampfe mit der Trikolore um die Herrschaft ringen konnte, ist durch Marx' und Engels' „Kommunistisches Manifest an die Proletarier aller Länder" der kommunistische Sozialismus auch der deutschen Arbeiterwelt nahe gebracht worden. Mit der fortschreitenden Entwickelung der Industrie erwuchs die Möglichkeit für den Versuch Lassalles, sie auch in Deutschland zu organisieren. Auch ohne das frühe Ausscheiden des ebenso genialen wie skrupellos ehrgeizigen Agitators wäre das in dem von ihm zunächst ins Auge gefaßten nationalen Sinne wohl unmöglich gewesen. Ziele, wie sie Marx und Engels vorschwebten, konnten nur auf internationalem Boden erstrebt werden. Speziell in Deutschland war der nationale Gedanke viel zu wenig in den Massen lebendig, um zu gestatten, was nicht einmal in dem von instinktivem Nationalgefühl bis in die untersten Schichten hinein belebten französischen Volke völlig gelungen ist. Die nationale Richtung trat bei uns hinter der internationalen bald völlig zurück.

Die sozialistischen Vertreter, die aus vereinzelten Wahlkreisen zunächst im norddeutschen, dann im allgemeinen deutschen Reichstage erschienen, haben sich fast von vornherein in der heftigsten Tonart nicht nur gegen die bestehende Besitzverteilung und staatliche Ordnung, sondern auch gegen jede Art nationaler Begeisterung gefallen. Die Attentate auf den alten Kaiser, die im Mai und Juni 1878 rasch aufeinander folgten, führten zum Erlaß eines Sozialistengesetzes. Es ist zwölf Jahre in Kraft gewesen, hat die Verbreitung sozialdemokratischer Meinungen wohl verlangsamen, nicht aber hindern können und war schwer aufrechtzuerhalten gegenüber einem Reichstag, in dem die Abneigung gegen Ausnahmegesetze mehr und mehr Grundstimmung der Mehrheit wurde. Das Fallen dieser Schranke hat die volle agitatorische Kraft der Sozial-

demokratie entfesselt; sie konnte in den drei folgenden Wahlen zur zweitstärksten Partei des Reichstags heranwachsen, nach der Gesamtzahl der abgegebenen Wählerstimmen zur stärksten Partei überhaupt. Die Leidenschaftlichkeit ihres Gebahrens hat sich, soweit das überhaupt möglich war, noch gesteigert, und im Parteitreiben sind wenig Züge zu entdecken, die ein baldiges Aufgeben der Politik des grundsätzlichen Verneinens erwarten lassen. Die jüngsten russischen Ereignisse haben diese Leidenschaftlichkeit zu krankhafter Erregung steigern können. Es ist kein Zweifel, daß Deutschland zurzeit von allen Ländern Europas die zahlreichste, bestorganisierte, kampflustigste und schlagfertigste Sozialdemokratie besitzt. Die Lehrmeisterin Frankreich hat es überholt.

Trotzdem darf man vertrauen, daß auch diese wild gärenden Elemente das starke Gefäß nicht zersprengen werden, das Bismarck dem jungen Most deutscher Einheit gezimmert hat. Wer beängstigt fragt, ob nicht dem Ewigblinden des Lichtes Himmelfackel geliehen sei, der wird sich doch auch sagen müssen, daß hier Kräfte nach Gestaltung ringen, ohne die modernes Leben nicht denkbar, ohne die überhaupt Leben in unserer Zeit unmöglich ist. Das Umsichgreifen großer Betriebe, die Vereinigung ungeheuerer Arbeitermassen in solchen Betrieben, die rapide Zunahme industrieller Tätigkeit und die damit verbundene Anhäufung rein gewerbtätiger Bevölkerung in volkreichen Wohnplätzen drängen unabweisbar zu Neugestaltungen. Unmöglich kann man die Angehörigen der Industrie sich dauernd scheiden lassen in zwei Klassen, die einander mit dem Feldgeschrei: „Hie Kapital" — „hie Arbeit" unversöhnlich gegenüberstehen. Am wenigsten kann man das in einem Lande, das in der Pflege der allgemeinen Volksbildung und in allen möglichen Abstufungen des Unterrichtswesens von den elementarsten bis zu den höchsten Lehranstalten allen anderen großen Ländern als Muster voranleuchtet, und das sich mit Recht rühmen darf, für christliche Gesinnung gegen den Nächsten stets Verständnis gezeigt und sie betätigt zu haben.

Der Gedanke, daß hier dem Staate Pflichten erwachsen, hat

sich im Reiche siegreich Bahn gebrochen. Der „Manchestermann“ und das Prinzip des laissez faire haben so ziemlich auf der ganzen Linie einem mehr oder weniger besonnenen „Kathedersozialismus“ weichen müssen. Die kaiserlichen Botschaften vom November 1881 und vom April 1883 haben der Reichsregierung den Weg für staatliches Eingreifen gewiesen. Soweit Versicherungswesen in Frage kommt, ist Deutschland auf dem Gebiet der Arbeiterfürsorge allen anderen Ländern vorangegangen und zurzeit weit voraus. Seine Gesetzgebung zum Schutz der Arbeit in Fabriken ist der Fremde nachgefolgt, hat sie heute aber vielfach überholt, steht ihr kaum noch in irgend einem Punkte nach.

Die politische Haltung der Sozialdemokratie hat dadurch allerdings bis jetzt nicht geändert werden können. Sie beharrt auf ihrem grundsätzlichen Widerspruch und verfolgt nach wie vor nur ein Ziel, die Schwächung der Regierung. Ein derartiger Kampf ist aus alter Tradition allzu populär in Deutschland, als daß sich nicht zahlreiche Mitläufer finden sollten. Unsere Verwaltungen stecken vielfach auch noch zu tief in alten Gewöhnungen, um sich in die neuen Aufgaben und Verhältnisse leicht finden zu können. Ein Arbeiterstand ist nun einmal da; seine Organisation ist vollzogen, und nur Unkenntnis oder böser Wille können leugnen, daß starke geistige und sittliche Kräfte in ihm lebendig sind. Man wird ihn anerkennen, auf dem Fuße der Gleichheit mit ihm verkehren, ihm seinen Platz im wirtschaftlichen und öffentlichen Leben einräumen müssen.

Eine Lichtseite in der ganzen Bewegung drängt sich schon heute auf. An der allgemeinen Hebung der Lebensführung, die sich im letzten Menschenalter in Deutschland wohl mehr als irgendwo sonst vollzogen hat, erhielt „der vierte Stand“, wie der Franzose unterscheidet, nicht nur seinen vollgemessenen, sondern zweifellos einen reichlicheren Anteil als die meisten anderen Stände. Es hat das höchst belebend gewirkt auf die Produktion und, nach einer Richtung wenigstens, auch ausgleichend auf die Klassenunterschiede. Die Sozialdemokratie schreibt diesen Erfolg gern ihrer Tätigkeit zu und versteht es, ihn ins rechte Licht zu rücken, wenn es gilt, die „Genossen“ zu

weiteren Anstrengungen anzuspornen. Es macht sie nicht irre, daß er schlecht genug stimmt zu ihrer Theorie von der Verelendung der Massen. Sie leugnet beharrlich jedes Verdienst des Staates. Aber sie wird auf die Dauer die Wahrheit nicht verdecken können, daß dieser Fortschritt nur möglich war durch das Bestehen des Reiches und durch die Gesetzgebung, die auf seinem Boden Platz greifen konnte, daß weitere Erfolge nur auf diesem Boden errungen werden können. Je mehr der Arbeiterstand die Lage, die er sich in Deutschland schaffen konnte, und die ihm geschaffen wurde, als ein Besitztum empfinden lernt, das gebunden ist an das Bestehen des Reiches, desto mehr wird er sich gekettet fühlen an das Schicksal dieses Reiches und Verständnis gewinnen für die durchschlagende Bedeutung seiner internationalen Machtstellung als der wichtigsten Voraussetzung für innere Wohlfahrt.

Es würde zu früh geurteilt sein, wollte man als Beleg dafür auf die jüngsten Reichstagswahlen hinweisen; aber daß die Fragestellung auf Macht und Ehre des Reiches das Ergebnis in günstigem Sinne beeinflußt hat, wird nicht in Abrede gestellt werden können. Man ist in Lassalles Tagen und noch lange nachher, Bismarck selbst voran, vielleicht geneigt gewesen, die patriarchalischen Beziehungen zwischen der Monarchie und dem gemeinen Manne etwas hoch einzuschätzen; man hat später in entgegengesetzter Beurteilung den revolutionären Tendenzen, welche die Führer der Sozialdemokratie noch immer mit Vorliebe zur Schau tragen, ein großes Gewicht beigelegt. Man darf der Überzeugung leben, daß in Deutschland die Monarchie viel zu fest begründet, Reich und Staat zu fest gefügt sind, als daß ihr Bau nach dem Rezept von 1830 oder 1848 gestürzt werden könnte. Die Revolutionsromantik der 30er und 40er Jahre spukt heute noch in Köpfen, die ihre Jugendideale aus der Erinnerung an jene Zeiten gesogen haben, die mehr rückwärts als vorwärts blicken und sich den Fortschritt nicht ohne Barrikaden vorstellen wollen. Näher betrachtet erscheinen sie doch nur als Denkzeichen der Vergangenheit. Die Zeit wird über sie hinweggehen, wenn die,

welche zum Regiment am Reich berufen sind, der Gefahr fest ins Auge sehen und ihre Mahnungen beherzigen. Es wird dann auch der vierte Stand sich gewöhnen, wieder mit Hand anzulegen beim Ausbau des Reiches, dem er sich jetzt grollend gegenüberstellt, und das doch gerade ihm so unendlich viel Segen gebracht hat. Es wäre doch wunderbar, wenn unsere großen Städte, die sich rühmen, Sitz und Träger der Intelligenz und allen irdischen Musterlebens zu sein, die mehr als alles, was im Reiche besteht, ihre Blüte diesem Reiche verdanken und mit ihrem ganzen Sein und Gedeihen auf seine Macht und Größe angewiesen sind, wenn diese Städte — anders als die Englands — in der Mehrzahl ihrer Bewohnerschaft dauernd eine Politik vertreten wollten, die bewußt oder unbewußt nicht nur auf Gefährdung, sondern auf Zertrümmerung des Reiches hinarbeitet. Sie können sich auf die Dauer den großen nationalen Aufgaben gar nicht entziehen, wenn sie nicht den eigenen Lebensfaden zerschneiden wollen.

In den 70er und 80er Jahren hat die Sozialdemokratie die Abstimmungen des Reichstags noch nicht wesentlich zu beeinflussen vermocht. Trotzdem ist die Regierung niemals in der Lage gewesen, sich auf eine Partei stützen zu können. Zu mannigfaltig waren die Strömungen, die durch die Erfolge von 1866 und 1870 in ein Bett geleitet worden waren. Undeutsche und Partikularisten fühlten sich ins Reich gezwungen; die süddeutsche Demokratie beharrte bei ihrer Vorliebe für republikanische Staatsform und Milizsystem. Was sich ehrlich auf den Boden der neuen Ordnung stellte, war weit davon entfernt, klar in die beiden Hauptrichtungen auseinanderzufallen, deren Rivalität und wechselnder Erfolg mit Recht als die vollkommenste Form modern-konstitutionellen Staatslebens angesehen wird. Unter den Konservativen überwog die altpreußisch-junkerliche Richtung, die im Verfassungsleben nur ein der Krone abgerungenes Zugeständnis von fraglichem Werte erblickte; im Liberalismus waren kaum weniger stark die Tendenzen, die ihr Ideal im westeuropäischen und italienischen Parlamentarismus ver-

wirklicht fanden und sich jederzeit bereit zeigten, Prinzipienfragen über die Abgrenzung der Macht zwischen Regierung und Volksvertretung aufzuwerfen und auszufechten.

So haben die Kanzler, so lange das Reich besteht, die Majoritäten nehmen müssen, wo sie zu finden waren. Aus den drei ersten Wahlen gingen die Nationalliberalen als die weitaus stärkste Partei hervor. Die Reichsgesetze dieser Zeit, doch die wichtigsten für die Neubegründung der Verhältnisse, sind hauptsächlich unter ihrer Mitwirkung zustande gekommen. Was an Stimmen fehlte, ward je nachdem von rechts oder links her ergänzt. Die Ablehnung des Entwurfs eines Sozialistengesetzes nach dem ersten Attentat entzweite die Partei mit der Regierung. Nach der Auflösung von 1878 kam sie geschwächt in den Reichstag. Als sie sich dann dem Wechsel in der Wirtschaftspolitik versagte, war es um ihre ausschlaggebende Stellung geschehen. Die Partei zerbröckelte nach beiden Seiten, besonders aber nach links. Sie hat sich seit den 90er Jahren nur mühsam auf einem guten Drittel der Stärke ihrer besten Zeit behaupten können. Die neue Zollpolitik hat überwiegend auf eine Kombination des Zentrums und der Konservativen gestützt werden müssen. Dazu tauchte eine Menge neuer Richtungen auf, die einzelne Seiten des nationalen Lebens in den Vordergrund stellten und zur Parole für Parteibildungen machten. Stellung der Juden, Agrarfrage, Lage der Arbeiter wurden leitende Gesichtspunkte für christlich-sozialen Antisemitismus, für Bauernbund und national-soziale Bestrebungen. Ihr Aufkommen hat besonders auf die mittleren Gruppen zersetzend gewirkt, weit weniger schon auf Rechtskonservative und Linksliberale, gar nicht auf Zentrum und Sozialdemokratie.

So bietet unser öffentliches Leben, soweit es durch Reichstagsverhandlungen zum Ausdruck kommt, das Bild einer unerfreulichen Zerfahrenheit und erfüllt manchen guten Deutschen mit Mißmut und Sorge. Nicht ganz ohne genügenden Anlaß ist das Wort Reichsverdrossenheit geprägt worden. Eine Parteiregierung kann bis auf weiteres bei uns nicht in Frage kommen. Die Notwendigkeit einer festen und entschlossenen, aber auch umsichtigen, besonnenen

und stetigen obersten Leitung wird in den bestgesinnten Kreisen warm und tief empfunden. Eine starke Unreife des politischen Lebens ist unverkennbar. Aber ebenso klar wird ersichtlich, daß diese Unreife ihre Hauptwurzel in Gewöhnungen der Vergangenheit hat, in der eingewurzelten Neigung zur „Eigenbrödlerei" und der Entfremdung vom öffentlichen Leben gerade in den besseren Klassen. Daß eine starke Betonung der großen gemeinsamen Interessen, die unser Volk gegenüber dem Auslande hat, und die gerade im neuen Reich so mächtig angewachsen sind und sich fühlbar machen bis zum einzelnen hinab, hier das beste, vielleicht das einzige, aber auch ein sicheres Heilmittel ist, kann geschichtlicher Betrachtungsweise nicht zweifelhaft sein. Man ist nicht Sanguiniker, wenn man Gesundung sicher von der Zeit erwartet. Bismarck wird recht behalten auch mit dem Worte: „Setzen wir Deutschland in den Sattel; reiten wird es schon können."

Die notwendige innere Ausgestaltung des Reiches konnte sich unter diesen Verhältnissen nicht mühelos vollziehen. Die verschiedenen Anschauungen stießen oft und hart aufeinander, und die Spuren ihrer Kämpfe haben sich unserer Gesetzgebung an mehr als einer Stelle aufgeprägt. Trotzdem oder vielleicht, wie nun einmal menschliche Dinge sind, gerade deshalb hat die Reichsverfassung feste Wurzeln geschlagen. Sie ist doch der Schild geworden, mit dem auch die „Reichsfeinde" sich decken. Es gibt heute keinen deutschen Mann mehr, der das Reich beseitigen würde, wenn er die Macht dazu hätte. Worte werden in diesem Sinne gesprochen; Taten würden ihnen nicht folgen. Es gibt Deutsche, die das Reich anders wollen, als es ist; die, welche es nicht mehr wollen, sind ausgestorben. Das ist doch das siegreiche Ergebnis der Kämpfe eines Menschenalters, das Urteil der Geschichte über das Werk der Reichsgründer. Unser Reich ist ein anderes als das der maximilianischen Reformen und als der Deutsche Bund.

Im Mittelpunkt aller Streitfragen stand trotz 1866 und 1870

auch im Reich die der Heeresorganisation. Von den vier Reichstagsauflösungen, die erfolgt sind, hat sie zwei veranlaßt, die vierte und jüngste stand mit ihr in einem gewissen Zusammenhang. Die Geister der Konfliktszeit waren doch nicht völlig gebannt. Im neuen Reich war die Wehrpflicht gegenüber der alten preußischen nicht unwesentlich erleichtert. Landsturm und Landwehr zweiten Aufgebots kamen zunächst in Wegfall. Aber Frankreichs ungestillte Revanchegelüste und die drohende Möglichkeit von Gegnerkoalitionen zwangen zur Rückkehr zum alten System. Zu möglichster Sicherung der Organisation hielt die Regierung an der Notwendigkeit mehrjähriger Bewilligungen fest. Der grundsätzliche Liberalismus sah darin eine Beschränkung des Budgetrechts, hätte überhaupt gerne wieder die Heeresfrage zu einer Kraftprobe benutzt und als Hebel, die parlamentarischen Rechte zu erweitern. Am Zentrum und sonst an prinzipiellen Opponenten fand er eine stets bereite Stütze. Die alten Klagen von der Unerträglichkeit der Militärlasten und ihrer Unverträglichkeit mit der Pflege der Kultur ertönten wieder laut wie nur je. Daß Preußen die gleichen Lasten so lange getragen hatte, ohne in seiner Kultur hinter anderen Staaten zurückgeblieben zu sein, und daß der mächtige Aufschwung des nationalen Wohlstandes solchen Ansichten Hohn sprach, ward kaum beachtet.

So haben 1887 das Septennat und 1893 die Einführung der zweijährigen Dienstzeit, die doch so oft von der Opposition gefordert worden war, für die sie aber die unentbehrliche Erhöhung der Präsenzstärke nicht gewähren wollte, erst durch Auflösung des Reichstages durchgesetzt werden können, das zweitemal nur mit einer Majorität, die ohne polnische Stimmen nicht vorhanden gewesen wäre. Es ist das wohl der sprechendste Beleg, wie schwankend manchmal die Grundlage war, auf der sich die wichtigsten gesetzgeberischen Akte vollziehen mußten. Es ist gleichwohl gelungen, die Wehrkraft des deutschen Reiches auf ihrer vollen Höhe zu erhalten, beziehungsweise sie wieder zu ihr zu erheben. Im Landsturmgesetz von 1888, des alten Kaisers und seines Kanzlers letztem gemein-

samen großen parlamentarischen Erfolge, ist die Wehrpflicht noch über die des früheren Preußens hinaufgesetzt und damit für die Sicherung des Vaterlandes, soweit Gesetzgebung in Frage kommt, das Menschenmögliche geleistet worden.

Es ist für den, der die Dinge im großen Zusammenhange überschaut, eine erfreuliche Erscheinung und zugleich ein Zeichen der Richtung, die, trotz allem, der Volksgeist doch einzuschlagen beginnt, daß die starken Anforderungen für maritime Zwecke, die Wilhelm II. mit weitschauendem Blick an die Nation stellte, wesentlich geringerem Widerstande begegnet sind. Die Flottengesetze von 1898 und 1900 sind mit größerer Mehrheit beschlossen worden als je eine der großen Heeresvorlagen. Beide konnten mit dem Zentrum gemacht werden. Es ist seit dem Zerfall der nationalliberalen Partei wiederholt und nachdrücklich und vor allem im Hinblick auf Rüstungsvorlagen der Versuch gemacht worden, eine konservativ-nationalliberale Reichstagsmehrheit zu schaffen; gelungen ist er nur bei den Septennatswahlen. So ist es bis in die allerjüngste Vergangenheit als unumgänglich angesehen worden, mit dem Zentrum zu regieren. Das Zentrum hat sich in Wehr- und Machtfragen nach alter Weise wohl noch schwierig gemacht, es aber doch als eine Pflicht der erlangten Stellung und der Selbsterhaltung empfunden, den Bestand des Reiches sicherzustellen. Ob die im Januar 1907 neu geschaffene Lage seine Haltung ändern wird, muß die Zukunft lehren.

Eine unauflösliche Verbindung besteht im Staatsleben zwischen Heeres- und Finanzangelegenheiten. Die Traditionen der preußischen Monarchie und Deutschlands Lage inmitten der Großmächte Europas machten es der Reichsleitung unmöglich, durch das Zugeständnis jährlicher Rekrutenbewilligung dem Begehren der Opposition zu entsprechen. Der Regierung sind andererseits alle Versuche durchkreuzt worden, das Reich finanziell auf eigene Füße zu stellen. Man ist einig darüber, daß die Matrikularbeiträge den Einzelstaaten lästig, gelegentlich unerträglich werden können; man

hat gleichwohl, zum Teil durch die wunderlichsten Auskunftsmittel, wie die Frankensteinsche Klausel und die sich daran knüpfenden Überweisungen, ihre Beseitigung zu verhindern gewußt. Vor allem hat man alle Versuche der Regierung, das Reich durch indirekte Steuern selbständig zu machen, beharrlich vereitelt. Soweit dabei die Zollpolitik in Frage kam, ist man den Anregungen der Regierung gefolgt, weil es sich um Schutz der eigenen Produktion gegen das Ausland handelte, aber auf dem Gebiet der inneren Besteuerung hat man beharrlich Widerstand geleistet. Der richtige Gedanke, durch Belastung von allgemeinen Genußmitteln, deren Verbrauch geringen Schwankungen unterworfen ist, zu einer zugleich ausgiebigen und stetigen Einnahmequelle zu gelangen, hat nicht zur Durchführung gebracht werden können, obgleich auf das Beispiel sämtlicher anderen Großstaaten beweiskräftig verwiesen werden konnte. Man pflegt den gemeinen Mann ins Feld zu führen, der in seinen kleinen Freuden nicht gestört werden dürfe, und drängt, Einkommen, Vermögen und Erblassungen der Reichen zu treffen. Man zeigt damit einen Weg, auf dem ergänzende Beihilfe zum Staatsbedarf erreichbar ist, nicht aber seine konstante Sicherung, und führt soziale Erwägungen ins Feld, wo die ausschlaggebenden Bedenken politischer Natur sind. Es ist ein Gebiet, dessen gesunde Gestaltung man erst von der Zukunft erhoffen darf.

Außerordentlich rasch und erfolgreich hat unser neuer Staat sein Verkehrs- und sein Rechtsleben befriedigend geordnet. Wir sind nicht zu einem Reichs-Eisenbahn-, auch nicht zu einem Reichs-Post- und -Telegraphenwesen gelangt; doch haben sich diese Verkehrszweige so gewaltig und so gesund entwickelt, daß sie keiner fremdländischen Einrichtung nachstehen, alles in allem genommen sie wohl sämtlich übertreffen. In manchem, wie in der Festlegung von Maß- und Gewichtseinheit, hatte der Zollverein vorgearbeitet; ein gemeinsames Handels- und Wechselrecht war schon zwischen den Einzelstaaten, Österreich eingeschlossen, zu Anfang der 60er Jahre vereinbart worden. Dem Reiche verdanken wir eine einheitliche Ordnung des Münz- und Bankwesens. Vor allem aber hat es die

Rechtseinheit begründet, zunächst, im wesentlichen vom Norddeutschen Bunde übernommen, 1871 gleiches Strafrecht geschaffen, dann 1877 gleiche Prozeßordnung, weiter 1879 die einheitliche Gerichtsorganisation mit der völligen Aufhebung aller Sondergerichtsbarkeit; mit dem Schlusse des Jahrhunderts hat es endlich das Bürgerliche Gesetzbuch zu allgemeiner Geltung gebracht. Man darf in der letzterwähnten großen Errungenschaft den Abschluß der von der staatlichen Einigung zu erwartenden Reformtätigkeit erblicken. Den Anforderungen, welche weitere Entwickelung etwa noch stellen mag, kann das Reich mit Ruhe entgegensehen.

So ist im Laufe eines Menschenalters dem Reiche der Friede erhalten, ihm Ansehen errungen und bewahrt, sein Bestand innerlich gefestigt und gesichert worden. Auf dieser Grundlage hat es sich der Pflege seiner wirtschaftlichen Wohlfahrt widmen können. Es ist das geschehen in doppelter Weise, durch Hebung der Landeskultur im Reich wie in den Einzelstaaten und durch volles Eintreten Deutschlands in den steigenden Weltverkehr.

Man wird kaum einen Verwaltungszweig bezeichnen können, weder auf dem Gebiete der geistigen noch auf dem der materiellen Kultur, der im neuen Deutschen Reiche seit seiner Begründung nicht eine erfreuliche Entwickelung erfahren hätte. Die Frequenz der deutschen Universitäten ist seit dem Kriege fast auf das Vierfache gestiegen; sie werden heute von mehr als 50000 Studierenden besucht. Die aufgewandten Mittel haben eine noch weit größere Steigerung erfahren. Daneben haben sich die polytechnischen Schulen zu technischen Hochschulen ausgewachsen, die in wissenschaftlichem Streben mit den Universitäten wetteifern. Die jüngste Gegenwart hat Handelshochschulen erstehen sehen, die den gleichen Weg zu gehen suchen. Kein Staat der Welt kann sich rühmen, einen gleichen Reichtum von höheren Bildungsstätten zu besitzen. Im Volksschulwesen, dessen Ursprungsland Deutschland ist, haben die skandinavischen Staaten, die Schweiz und die Niederlande, auch manche Staaten der nordamerikanischen Union es in neuerer Zeit

Deutschland gleich getan, aber überholt worden ist unser Land von keinem anderen; noch ist es Musterland geblieben. Der jährliche Aufwand ist in den ersten 30 Jahren des Reiches von noch nicht 100 auf 420 Millionen gestiegen. Die zahlreichen Lehranstalten, die es für die verschiedenartigsten Bedürfnisse und in mannigfachen Abstufungen zwischen Volks- und Hochschule gibt, haben sich der gleichen Pflege und der reichsten Entwickelung erfreut. Nach einzelnen Seiten hin mögen fremde Staaten einen Vorsprung gewonnen haben, wie etwa Dänemark in seinen ländlichen Volkshochschulen; im ganzen ist Deutschland für Fragen des Unterrichtswesens fast in allen seinen Zweigen Führer geblieben oder geworden.

Großartig ist das Verkehrswesen emporgeblüht. Zu Ende des Jahres 1903 waren im Reich 54 426 Kilometer Eisenbahnen in Betrieb, 10,1 Kilometer auf je 100 Quadratkilometer Bodenfläche. Von den größeren Staaten, die ja allein zum Vergleich herangezogen werden können, ist in bezug auf die Dichtigkeit des Netzes nur Großbritannien mit 11,5 Kilometer auf 100 Quadratkilometer voraus. Für Frankreich ist die Ziffer 8,4. Die Gesamtlänge seiner Eisenbahnen beträgt 45 226 Kilometer, die Großbritanniens und Irlands 36 148. Auch das gewaltige russische Reich bleibt für seinen europäischen Teil mit 53 258 Kilometer hinter Deutschland zurück. Seit 1870 haben sich die Bahnen in Deutschland um 178, in Frankreich um 152, in Großbritannien und Irland um 45 Prozent vermehrt. Englands Vorsprung ist von Deutschland nahezu eingeholt. Das Staatsbahnsystem, das in Deutschland besonders durch die großen preußischen Bahnankäufe der Jahre 1879—89 zur fast ausschließlichen Herrschaft gelangt ist, hat sich glänzend bewährt. Auch in der Frequenz der Personen- und Güterbeförderung wird Deutschland nur von Großbritannien und Irland übertroffen. Die deutschen Bahnen befördern an Personen das Einundeinhalbfache, an Gütern das Doppelte der französischen. Einen noch gewaltigeren Aufschwung hat im Reiche die Post genommen; sie übertrifft an Zahl der beschäftigten Personen alle Länder der Welt, steht in der Zahl der Postanstalten nur den Vereinigten Staaten nach.

Der ungeheuere Aufschwung des inneren Verkehrs hat in erster Linie seinen Grund in der Hebung der Produktion und Konsumtion. Kohlen, Eisen und Baumwolle fallen hier für die Industrie am meisten ins Gewicht. Stein- und Braunkohlen sind im Jahre 1870 im Deutschen Reiche 34 Millionen Tonnen im Werte von 186 Millionen Mark gewonnen worden, im Jahre 1903 dagegen 169 Millionen Tonnen im Werte von 1112 Millionen Mark; der Verbrauch ist von 51 Millionen Tonnen im Durchschnitt der Jahre 1876—80 auf 160 Millionen im Jahre 1903, auf den Kopf berechnet in dieser Zeit von 1174 auf 2717 Kilogramm gestiegen. An Roheisen wurden 1870 produziert 1391000 Tonnen, die auf 106 Millionen Mark bewertet wurden, 1903 dagegen 10180000 Tonnen im Werte von 525 Millionen Mark; der Verbrauch stieg von 1464379 auf 9694312 Tonnen, von 51,6 Kilogramm auf den Kopf im Durchschnitt der Jahre 1876—80 auf 164,9 im Jahre 1903. Die Ausfuhr von Roheisen hat 1903 die Einfuhr um 309000 Tonnen überstiegen, und 1904 mußten nicht weniger als 2620281 Tonnen Eisenerze mehr ein- als ausgeführt werden, um die gesteigerte Eisenproduktion zu ermöglichen. In den Jahren 1884—1904 hat die Kohlengewinnung in Deutschland um 135, in Großbritannien und Irland nur um 44,5 Prozent zugenommen. Die Roheisenproduktion stieg in diesen 20 Jahren in Deutschland um 179,3 Prozent; sie ging in England bis 1899 um 20,6 Prozent hinauf, von da bis 1904 in Schwankungen um 9,1 Prozent wieder herunter. Deutschland erreichte 1884 noch nicht die Hälfte der britischen Roheisenproduktion, 1904 aber 1358000 Tonnen mehr als Großbritannien und Irland, erzeugte wesentlich mehr, sowohl Kohlen wie Eisen, als, Großbritannien abgerechnet, sämtliche Länder Europas zusammen.

Der Verbrauch an Baumwolle stieg stetig im Deutschen Reiche, von 68281 Tonnen im Durchschnitt der Jahre 1866—70 auf 382241 Tonnen im Jahre 1904, also fast auf das Sechsfache, nach der Bevölkerung berechnet von 1,81 auf 6,41 Kilogramm auf den Kopf. Der Verbrauch des gleichen Materials in Großbritannien

und Irland hob sich von 3191000 Ballen im Durchschnitt der Jahre 1871—75 auf 3334000 Ballen im Jahre 1900, also nur um 4,5 Prozent. Er sank nicht unwesentlich, auf den Kopf der Bevölkerung berechnet. Heute beträgt der deutsche Baumwollverbrauch über die Hälfte des englischen; vor 50 Jahren machte er noch nicht den fünfzehnten Teil aus. Es wirft ein wohltuendes Licht auf die Art der Steigerung deutscher Kultur, daß der Verbrauch von Petroleum in den Jahren 1870—1904 von 1,87 auf 17,35 Kilogramm auf den Kopf der Bevölkerung gestiegen ist, während doch gleichzeitig daneben Gas und elektrisches Licht als Beleuchtungsmittel mehr der wohlhabenden und der städtebewohnenden Klassen weite Verbreitung gefunden haben.

Dieser gewaltige Aufschwung, den nur Ziffern richtig zur Darstellung bringen können, wäre nicht denkbar ohne geistige und sittliche Eigenschaften, ohne wirtschaftliche Befähigung unseres Volkes. Fleiß, Genügsamkeit und Sparsamkeit hat ihm der Drang der Jahrhunderte anerzogen; man kann zweifeln, ob die beiden letzteren Eigenschaften den Verlockungen eines in allen Klassen steigenden Wohlstandes völlig standgehalten haben. Die angeborene Intelligenz hat sich in den trefflichen Unterrichtsanstalten schulen können. An Unternehmungslust, Anstelligkeit und Betriebsamkeit hat es dem Deutschen nie gefehlt. Es ist diesen unerläßlichen Voraussetzungen wirtschaftlichen Emporblühens aber auch eine umsichtige und zielbewußte Handels- und Zollpolitik zu Hilfe gekommen.

Der Zollverein hat sich im allgemeinen in den Bahnen gemäßigten Freihandels gehalten, in welche die preußische Handelspolitik seit ihrem ersten Beginn eingelenkt war. Kennzeichnend ist für ihn der Handelsvertrag mit Frankreich vom Jahre 1862. In dem Sinne, in dem dieser Vertrag geschlossen war, gewährten sich die beiden Reiche in Artikel 11 des Frankfurter Friedens gegenseitig die Rechte der meistbegünstigten Nation, an denen also ohne Kündigung des Friedens selbst nicht gerüttelt werden kann. Die gleichen handelspolitischen Anschauungen dominierten auch in den folgenden Jahren.

Für den 1. Januar 1877 war das Fallen jedes Eisenzolles in Aussicht genommen. Es ist zu diesem Schritte nicht gekommen. Man überzeugte sich, daß die deutsche Industrie der freien Konkurrenz des Auslandes, vor allem Englands, dann aber auch der durch hohe Schutzzölle gedeckten Vereinigten Staaten noch nicht die Spitze werde bieten, den Inlandsmarkt nicht werde behaupten können. Und dann brach sich langsam die Einsicht Bahn, daß die Landwirtschaft eines Schutzes bedürfe.

Die Verbesserung der Verkehrsmittel hatte hier eine neue Lage geschaffen. Bisher hatte die deutsche Landwirtschaft ausländische Konkurrenz nicht zu fürchten brauchen; sie hatte stark exportiert und war interessiert an niedrigen Industriezöllen. Jetzt kam ausländisches Getreide, aus dem Osten und über See aus dem fernen Westen, wo es unter so viel leichteren Bedingungen erzeugt ward, in immer steigender Menge auf den deutschen Markt. Der Reichskanzler entschloß sich, den neuen Verhältnissen Rechnung zu tragen. „Schutz der nationalen Arbeit" ward die Losung, die Landwirtschaft und Industrie unter seiner Führung verband. Daneben hatte er im Auge, durch Erhöhung der Zolleinnahmen dem Reiche eine ergiebige und stetige Finanzquelle zu öffnen. Der Reichstag, der nach den Attentaten gewählt worden war, genehmigte im Juli 1879 den neuen Zolltarif der „Wirtschafts- und Finanzreform". Spätere Beschlüsse sind, fast immer beeinflußt von dem steigenden Geldbedarf des Reiches, über die ursprünglichen Sätze zum Teil bedeutend hinausgegangen, besonders in den landwirtschaftlichen Zöllen. Die Handelsverträge mit Österreich und Rußland (1893), deren Zugeständnisse man auch die Vereinigten Staaten genießen ließ, haben sie für die Zeit ihrer Dauer (12 Jahre) gemildert. Aber 1904 wurden sie abermals erhöht, und die neuen Verträge, die zurzeit in Geltung sind, fanden sich an einen Minimalsatz gebunden.

Man kann zweifeln, ob das dauern kann, ob es möglich ist, durch derartige Maßnahmen den Preis der landwirtschaftlichen Produkte auf einer bestimmten Höhe zu erhalten, auch, ob das

richtige Maß gefunden wurde. Aber darüber kann kein Zweifel sein, daß die so oft und so laut prophezeiten schlimmen Folgen für die allgemeine Wohlfahrt bis jetzt nicht eingetreten sind. Die Industrie ist gerade seit dem Beginn der Wirtschaftsreform mächtig emporgeblüht, die städtische Bevölkerung noch rascher als zuvor gewachsen. Wohlstand und Lebenshaltung der nichtagrarischen Bewohner Deutschlands haben sich unverkennbar mehr gehoben, als es bei den Landleuten der Fall war. Die „Landflucht" dauert fortgesetzt an.

Andererseits hat aber die Landwirtschaft unter dem Schutz der Zölle nicht nur ihren früheren Stand behaupten, sondern auch, wenngleich entfernt nicht so wie die Industrie, sich weiter entwickeln können. Obgleich die als landwirtschaftlich bezeichnete Bevölkerung zwischen den beiden Berufszählungen von 1882 und 1895 von 19225455 auf 18501307 zurückging, hat sich in dieser Zeit die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe von 5276344 auf 5558317 und der Umfang der landwirtschaftlich benutzten Fläche von 40178681 auf 43284742 Hektar gehoben. Es ist also ein Gebiet etwas größer als die Provinz Pommern oder genau so groß wie das Königreich Sachsen und das Großherzogtum Mecklenburg-Schwerin zusammen in diesen 13 Jahren neu in Betrieb genommen worden! Eine innere Eroberung, die wahrlich der Beachtung wert ist! Die Zunahme ist eine ziemlich gleichmäßige in allen Größen, nur daß die kleinsten Betriebe bis zu 5 Hektar mit einer Zunahme von 9,4 Prozent einen Vorsprung haben vor den größten von 100 und mehr Hektar, die nur eine Zunahme von 7,3 Prozent aufweisen. Die Durchschnittszunahme beträgt 7,7 Prozent. Daß die Entwickelung auch nach der letzten Berufszählung (die nächste findet soeben, 1907, statt) angedauert hat, belegt wohl die Tatsache, daß die Erntefläche für die verschiedenen Getreidesorten von 22818570 Hektar im Jahre 1895 auf 23381015 Hektar im Jahre 1903, also in 8 Jahren um 2,5 Prozent, gestiegen ist.

Auch der Viehstand hat, die Schafzucht ausgenommen, eine nicht unerhebliche Steigerung erfahren. Es wurden gezählt:

	1873	1904	Zu- bzw. Abnahme
Pferde	3352231	4267403	+ 27,3 Prozent
Rinder	15776702	19331568	+ 22,5 „
Schafe	24999406	7907173	— 68,4 „
Schweine	7124088	18920666	+ 165,6 „
Ziegen	1818421	3329881	+ 47,8 „

Die Bevölkerungszunahme von 1873 bis 1904 betrug 42,5 Prozent. Die Zunahme der Rinder blieb also weit hinter ihr zurück. Aber man muß in Anschlag bringen, daß das Durchschnittsgewicht der Tiere nicht unerheblich gestiegen ist. Für die Schweine fehlen die Angaben, für die Rinder sind sie vom Jahre 1886 an vorhanden. Es ist von diesem Jahre bis 1903 das durchschnittliche Lebendgewicht der vorhandenen Rinder von 320,6 auf 354,2 Kilo also um 10,4 Prozent, gewachsen. Zieht man das in Rechnung, so erhöht sich die Zunahme der Rinder auf etwa 39 Prozent, beträgt also nicht viel weniger als die der Bevölkerung. Bei den Schweinen ist die Gewichtssteigerung jedenfalls noch stärker; daß ihre Zunahme die Abnahme der Schafe mehrfach ersetzt, ist sicher. Es ist also zweifellos, daß in bezug auf Fleischversorgung die heutige Landwirtschaft für unsere Bevölkerung nicht nur das gleiche, sondern mehr leistet als jene der beginnenden 70er Jahre. Die Schwierigkeiten, die sich gelegentlich fühlbar machen, können, soweit sie nicht auf vorübergehenden Ursachen und auf der gesteigerten Spannung beruhen, die zwischen dem Erlös des Landwirts und den vom Konsumenten zu zahlenden Detailpreisen eingetreten ist, nur in der Vermehrung der Nachfrage ihren Grund haben, sind also eine Erscheinung, die allein und ausschließlich nur wieder eine Folge des so außerordentlich gewachsenen Wohlstandes ist. Die Statistik des Fleischverbrauchs unserer Bevölkerung beweist das auch unwiderleglich. Die Schwierigkeiten sind jedenfalls nicht der Art, daß sie Maßnahmen berechtigen könnten, die den Ruin unserer Landwirtschaft nach sich ziehen müßten. In ihr besitzen wir auch heute noch eine Quelle nationalen Wohlstandes, die zwar nicht so rauschend fließt wie die

jedermann in die Augen fallende Industrie und der mit ihr eng verbundene Handel, die aber darum nicht minder wohltuend wirkt, ohne die unsere so emsig und umsichtig bestellten Fluren veröden müßten. Es gibt keine zureichenden Gründe für eine Wirtschaftspolitik, die unsere Landwirtschaft der Industrie opfern wollte. Wenn erwartet wird, daß niedrigere Brot- und Fleischpreise die Konkurrenzfähigkeit der Industrie erhöhen, so kann andererseits wohl noch sicherer vorausgesehen werden, daß der inländische Markt durch Schädigung der Landwirtschaft einen wesentlichen Teil seiner Kaufkraft verlieren würde. Auf ausländischen Absatz aber können wir um so weniger mit Sicherheit rechnen, als uns aufnahmefähige Kolonien noch nicht zur Verfügung stehen. Dazu ist der Landwirtschaft billig, was der Industrie recht ist. Auch sie würde Öffnung der Grenzen und Ausnutzung billiger ausländischer Produktion verlangen und erwarten müssen.

Dazu kommen die schwersten sozialen, politischen und militärischen Bedenken. Das starke Landheer, das wir brauchen und nach menschlichem Ermessen immer brauchen werden, kann Kern und Halt nur aus einer zahlreichen und tüchtigen Landbevölkerung gewinnen. Die englische Entwickelung kann nicht als Muster dienen; es mehren sich die Zeichen, daß ihre Mängel in England selbst empfunden werden. Für Deutschland wäre es ein Unglück, wenn ländlicher Grundbesitz, wie in England, überwiegend ein Luxus der Kapitalisten würde. Es war ein Verdienst Bismarcks, die Interessen von Landwirtschaft und Industrie miteinander verflochten zu haben, und eine verhängnisvolle Wendung unserer Geschichte, daß die nationalliberale Fraktion des Reichstags sich seiner Einsicht verschloß. Schutzzoll oder Freihandel sind keine allgemeinen Programmfragen, auf die eine Partei sich einschwören kann; sie müssen je nach den Verhältnissen ihre Beantwortung finden. Das aber sollte Gemeingut der Überzeugung sein, daß das Ziel deutscher innerer Politik noch für lange Zeiten nicht der reine Industriestaat sein kann.

Die Entfaltung des inneren Wirtschaftslebens wirkte auch um-

gestaltend auf die Beziehungen zum Auslande. Auch hier erwuchsen dem neuen Reich neue Aufgaben.

Man kann nicht sagen, daß in der Veranlagung für Seefahrt und Handel unter den germanischen Völkern eine nennenswerte Verschiedenheit bestände. Engländer und Niederländer, Skandinavier und Deutsche sind auf diesem Gebiete gleichwertig; die Gunst der Verhältnisse, vor allem die politische Lage bestimmten ihre wechselnde Geltung. Sie haben sämtlich nacheinander den Vorrang zur See innegehabt: Normannen, Hansen, Holländer, Engländer. Auch die oberdeutschen Stämme haben im Verkehrsleben stets neben Italienern und Franzosen ehrenvoll bestanden, über die angrenzenden Völker des Ostens ununterbrochen ein Übergewicht behauptet. Tüchtigkeit und Wagemut sind dem deutschen Händler und Seefahrer auch in den trübsten Zeiten nie ganz entschwunden. Dafür gibt es zahlreiche und beweiskräftige Belege.

Eine nachdrückliche und im ganzen richtige Territorialpolitik hat seit der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts das Ihre getan, um in den norddeutschen Küstenstaaten Handel und Schiffahrt wieder emporzubringen. Friedrich der Große rechnete gleich vom Beginn des Unabhängigkeitskrieges an mit der Öffnung der amerikanischen Häfen und schloß 1785 als einer der ersten einen „Freundschafts- und Handelsvertrag“ mit der neuen Republik. Amerikas Unabhängigkeit hat aber auch alsbald zu einem überaus lebhaften Verkehr der beiden althansischen Nordseehäfen mit der Union geführt. Zum erstenmal ward, fast 300 Jahre nach den großen Entdeckungen, ein Stück europäischen Kolonialbodens der freien Konkurrenz geöffnet. Nirgends ist das energischer benutzt worden als in Hamburg und Bremen; sie sind sofort in diesen Verkehr eingetreten. Die Ausfuhr von den Vereinigten Staaten dorthin stieg in den Jahren 1790/91 bis 1798/99 von 426269 auf 17 Millionen Dollars. Die französische Zeit und vor allem die Kontinentalsperre töteten dann diese verheißungsvollen Keime. Erst 1832 hat die Tonnenzahl der in den Vereinigten Staaten anlangenden Bremer und Hamburger Schiffe die Ziffer von 1799 wieder erreicht.

Inzwischen waren das spanische und das portugiesische Amerika dem Verkehr eröffnet worden. Auch hier waren die Hansestädte unter den ersten auf dem Platze, suchten durch Handelsverträge die Ihren zu sichern, so gut es gehen wollte. „Hamburg hat Kolonien erhalten," frohlockte 1822 der Präses des „Ehrbaren Kaufmanns" in der Elbmetropole. Preußen schloß 1825 einen günstigen Handels- und Schiffahrtsvertrag mit England ab, der erste, der einen Riß machte in die Navigationsakte. In den Jahren nach den Befreiungskriegen traten vereinzelt deutsche Schiffe auch in den ostasiatischen und indischen Gewässern auf. Nach der Mitte des Jahrhunderts wurden sie zahlreicher und haben dann angefangen, sich den Platz in der dortigen Frachtschiffahrt zu erringen, den sie bis heute, allerdings unter Schwankungen, behauptet haben. Die steigende Auswanderung hat den deutsch-amerikanischen Verkehr mächtig belebt. Sie gestattete billige Rückfrachten. Eine 1847 eingerichtete regelmäßige Dampfschiffahrt zwischen Neu-York und der Weser war die erste, die den europäischen Kontinent mit Amerika verband. Die Wirtschaftseinheit des Zollvereins gab diesen neuen Beziehungen stetigere Grundlagen. Unsere wichtigsten Küstengebiete blieben ja noch lange Zollausland, aber die beiden Augen, mit denen Deutschland an seiner Nordseeküste auf das Weltmeer hinausschaut, gewöhnten sich doch, auch wieder rückwärts zu blicken ins Binnenland, mit dem ihr Wohl und Wehe ja unzertrennlich verknüpft ist.

So bildeten sich erfreulichste Ansätze. Bremens Reederei wuchs von 15300 Registertonnen im Jahre 1825 auf 117500 im Jahre 1854, die Hamburgs 1837 bis 1865 von 26000 auf 179000, Oldenburgs 1835 bis 1871 von 5400 auf 45400, Meklenburgs von 39600 auf 101700 in den Jahren 1836 bis 1871, Preußens von 1825 bis 1865 von 75000 auf 270000, also durchschnittlich eine Steigerung auf das 4—5fache in 30—40 Jahren. Die Handelsflotte Großbritanniens zählte 1825: 2329000, 1865: 5760000 Tonnen (1 Tonne gleich etwa 3/4 Registertonne)! Es war eine stattliche Schiffszahl, die nach Errichtung des Nord-

deutschen Bundes sich unter der einheitlichen schwarz-weiß-roten Flagge, der Verschmelzung der preußischen und hansischen, sammelte. Die amerikanische Flagge ward aus dem Verkehr mit Deutschland verdrängt. Von 1826—1830 fuhren zwischen Bremen und der Union noch zu $^5/_7$ amerikanische, $^2/_7$ bremische Schiffe, 1831—1835 zu $^4/_7$ bremische, $^3/_7$ amerikanische, 1836—1840 machten diese nur noch $^1/_5$, 1868 $^1/_6$ aus. Sie sind später ganz verschwunden.

Das Reich hat mit dem Pfunde, das ihm übergeben wurde, gut gewuchert. Die Tragfähigkeit der deutschen Handelsflotte (die Dampfer, wie üblich, auf je drei Segeleinheiten berechnet) ist von 1871 bis Ende 1903 von 1146343 auf 5801425 Registertonnen netto (9151379 brutto) gestiegen, also in 32 Jahren auf mehr als das Fünffache. Unter den seefahrenden Völkern sind die Deutschen in dieser Zeit von der sechsten in die zweite Stelle hinaufgerückt. Die Vereinigten Staaten verzeichnen eine Handelsflotte von insgesamt 12828861 Registertonnen brutto; aber es sind davon nur 1926468 Registertonnen, ein gutes Fünftel der deutschen Tonnenzahl, in auswärtiger Fahrt beschäftigt, alle übrigen auf den Binnengewässern und in der Küstenschiffahrt, die nach der Gesetzgebung der Vereinigten Staaten der einheimischen Flagge vorbehalten ist. Auf dem Ozean verschwinden die Amerikaner neben den Deutschen. Allerdings erreicht die deutsche Handelsflotte noch nicht ein Drittel der englischen Stärke, die mit 29890211 Tonnen 47,6 Prozent der Welthandelsflotte ausmacht. Aber die Deutschen folgen doch unmittelbar mit 14,6 Prozent, während sie noch 1880 nur 6,2 Prozent stellten. Daß Deutschland in bezug auf Größe und Schnelligkeit der Schiffe sich in den letzten Jahren an die Spitze der Nationen stellte, ist bekannt.

Entsprechend haben sich auch der Schiffsverkehr in unseren Häfen und der Warenaustausch gehoben. Es gingen in deutschen Häfen ein und aus im Jahre:

1873	94687	Schiffe	mit	12341575	Reg.-Tonnen
1903	182339	„	„	41864563	„

Der Verkehr stieg also auf mehr als das Dreifache. Dabei gingen 1873 leer oder in Ballast 26,1 Prozent aller Schiffe, 1903 nur 19,8 Prozent. 1903 betrug die Frequenz von Hamburg-Altona allein 18420976 Tonnen, also um die Hälfte mehr als die Schiffsbewegung in allen deutschen Häfen im Jahre 1873. Noch 1880 stand Hamburg unter den europäischen Häfen an fünfter Stelle, heute nimmt es die zweite ein. Es folgt unmittelbar auf London, ist diesem sogar recht nahe gerückt. Nächst Großbritannien und Irland hat Deutschland trotz seines verhältnismäßig so beschränkten Küstensaumes den stärksten Schiffsverkehr der Welt.

So steht auch Deutschland im Warenaustausch nur Großbritannien nach. Sein Spezialhandel belief sich 1905 auf 12860 Millionen Mark, der Großbritanniens auf 16677 Millionen Mark. 1885 betrug Deutschlands Spezialhandel erst 5789 Millionen Mark, der Großbritanniens 10740 Millionen; jener stieg also in den 20 Jahren um gut 100, der englische nur um 48,5 Prozent. Die Überlegenheit Englands als Lieferant für das Ausland kommt in den Zahlen des Generalhandels zum Ausdruck, 1905 für Großbritannien 19851 Millionen Mark, für Deutschland 13548 Millionen. Noch ist Großbritannien hier wesentlich im Vorsprung, aber es ist erklärlich, daß der Mitbewerb des Vetters vom Festlande gefühlt wird.

Es ist das um so verständlicher, als die Zunahme des deutschen Warenaustausches überwiegend dem überseeischen Verkehr zufällt. Da Hamburg und Bremen erst 1888 in den deutschen Zollverein eintraten, läßt sich das für die früheren Jahre nicht scharf nachweisen; die folgenden anderthalb Jahrzehnte lassen es aber klar genug erkennen. 1890 machte der europäische Verkehr 76,1 Prozent der gesamten deutschen Handelsbewegung aus, 1904 nur noch 68,1 Prozent. Er erfuhr in den 14 Jahren eine Zunahme von 41,3 Prozent, während der Handel mit außereuropäischen Ländern um 97,5 Prozent stieg. Entsprechend gestaltete sich die Schiffsbewegung. Auf den außereuropäischen Verkehr kamen im Jahre 1873 17,6, im Jahre 1903 aber 24,9 Prozent; er stieg in diesen

Jahren um 378, jener nur um 209 Prozent, hatte dazu 6,1 Prozent leer oder in Ballast gehende Schiffe im Jahre 1873, dagegen 1903 nur 2,3 Prozent.

Daß der internationale Verkehr für Deutschland stark an Bedeutung gewonnen hat, zeigt sich auch in der Tätigkeit der deutschen Schiffahrt. Sie vermittelte 1873 einen Gesamtverkehr von 8310225 Tonnen, davon 3122854 zwischen außerdeutschen Häfen, 1903 aber 75158539 Tonnen und davon 55,265082 zwischen nichtdeutschen Plätzen. Letzterer Verkehr stieg also fast auf das 18fache, der zwischen deutschen und nichtdeutschen Häfen noch nicht auf das 2½fache. Auch in der Zusammensetzung unserer Handelsflotte nach den Heimatshäfen spiegelt sich die Entfaltung unserer außereuropäischen Beziehungen und der dort entwickelten Tätigkeit klar genug. Ihre Zunahme fällt in erdrückendem Übergewicht auf die Nordseeflotte, die in erster Linie dem interozeanischen Verkehr dient. Sie zählte:

1871	2366	Segelschiffe	zu	461272	Tonnen
	71	Dampfschiffe	„	71260	„
1904	2164	Segelschiffe	„	609182	„
	1145	Dampfschiffe	„	2467266	„

die Ostseeflotte dagegen:

1871	2006	Segelschiffe	zu	439089	Tonnen
	76	Dampfschiffe	„	10734	„
1904	370	Segelschiffe	„	19121	„
	477	Dampfschiffe	„	372661	„

Die Nordseeflotte vermehrte sich also, die Dampfschiffe, wie oben, zu drei Segeleinheiten berechnet, um 1087 Prozent, die Ostseeflotte nur um 141 Prozent. Man könnte massenhaft Belege häufen, zu erweisen, wie außerordentlich Deutschlands Seeinteressen im letzten Menschenalter gestiegen sind. Für das jüngste Jahrzehnt tat das kürzlich noch in erschöpfender Weise das Reichsmarineamt.

Es konnte aber allein bei dieser Form der Betätigung nicht bleiben. Das neue Reich mußte in die Bahn einlenken, die schon der Große Kurfürst betreten hatte. Es mußte gleich anderen Großstaaten draußen in der Welt Boden gewinnen, auf dem es allein Herr sein, schalten und walten, für seinen Bedarf an Rohprodukten sich sichere Bezugsquellen, für seine steigende Ausfuhr einen stets offenen Markt schaffen konnte. Es mußte Kolonien zu erwerben suchen auch mit Rücksicht auf die überschüssige Bevölkerung, die alljährlich die Heimat zu verlassen pflegte, um sich unter die Fremden zu verlieren.

Der Strom deutscher Auswanderung ist nicht immer in gleicher Stärke geflossen, hat aber seit den ältesten Zeiten wohl nie völlig ausgesetzt. Im Mittelalter füllte er den angrenzenden Osten, gewann deutschem Wesen die größere Hälfte seines jetzigen Bestandes. Auch später, bis auf die jüngste Vergangenheit herab, haben diese Gebiete noch manchen deutschen Mann angezogen. Die englischen Kolonien Nordamerikas traten dann mit ihnen in Konkurrenz. Deutsche waren dort unter den ersten Siedlern. Pennsylvanien ist als zweisprachiger Staat in die Union eingetreten.

An der allgemeinen Steigerung der Auswanderung im 19. Jahrhundert nahm Deutschland seinen vollen Anteil. Im Mißwachsjahre 1845 stieg die Zahl der Auswanderer auf 34000, im nächsten Jahre auf 57000, im Jahre 1852 erreichte sie zum erstenmal die 100000. In den Jahren 1852—55 war die Auswanderung aus dem deutschen Südwesten so stark, daß zum Beispiel Württembergs Bevölkerungszahl in diesen drei Jahren von 1733263 auf 1669720 herabsank. Die Ziffern sind dann schwankende gewesen, bald über, bald unter 100000, besonders hoch in den Jahren 1880—85, in denen fast eine Million Deutsche ihr Vaterland verließen. Das Jahr 1882 erreichte mit 221000, fast ½ Prozent der Bevölkerung, den Höhepunkt. Seit der Mitte der 80er Jahre ist die Zahl erst langsam, dann rascher gesunken; seit der Mitte der 90er hat sie sich immer um die 20- oder 30000 gehalten. Nur ein verschwindender Bruchteil der Auswandernden,

alles in allem wohl noch nicht acht Prozent, gingen nach anderen Ländern als nach den Vereinigten Staaten.

In den letzten Jahrzehnten hat eine entgegengesetzte Bewegung begonnen. Die Zahl der Reichsausländer auf deutschem Boden ist außerordentlich gewachsen, von 1885 bis 1900 auf mehr als das Doppelte; sie betrug am 1. Dezember 1900 nahezu 1,4 Prozent der ortsanwesenden Bevölkerung. Ziemlich seit einem Jahrzehnt nehmen wir weit mehr Fremde bei uns auf, als wir Auswanderer hinausschicken. Da die Einwanderung in die Vereinigten Staaten gerade in dieser Zeit so groß gewesen ist wie nie zuvor, so erhellt auch daraus wieder klar, daß die veränderte Wirtschaftspolitik einen ungünstigen Einfluß auf die Entwickelung unserer Verhältnisse nicht gehabt haben kann. Trotz dieser Politik hat Nordamerika *Deutsche* nicht mehr anlocken können. Im ganzen hat Deutschland aber durch Auswanderung im Laufe des 19. Jahrhunderts doch 5½ bis 6 Millionen Menschen verloren. An Versuchen, sie auch in der Fremde ihrem Volkstum zu erhalten, hat es nicht gefehlt, und diese Bemühungen sind ja auch, bis jetzt wenigstens, von manchem erfreulichen Erfolge begleitet gewesen. Aber sicher war das Ziel doch nur zu erreichen, wenn auch ein politischer Zusammenhang gewahrt blieb. Nur ein solcher konnte auch die für den Bezug gewisser Rohprodukte und für die Ausfuhr einheimischer Erzeugnisse unentbehrlichen Gebiete völlig sichern. So trat Deutschland in die Reihe der kolonisierenden Mächte.

Viertes Kapitel.

Die Aufteilung der Erde im letzten Menschenalter.

Es war dicht vor Torschluß. Soweit die Welt begehrenswert schien, war sie vergeben. Vor Amerika hatte die Monroe-Doktrin einen Riegel geschoben; in Asien hätte man sich nur mit den Waffen Raum schaffen können, ein Weg, der zunächst nicht in Frage kommen konnte. So blieben nur Afrika und die Südsee. Hier aber geriet man bald in scharfe Nebenbuhlerschaft zu den von alters her kolonisierenden Völkern.

An der Erforschung des dunkelen Erdteils haben Deutsche während des ganzen Jahrhunderts einen hervorragenden Anteil genommen, zunächst unter Anlehnung an Fremde, dann auf eigene Hand. Von der Sahara bis zum Kap gibt es kaum einen größeren Landstrich, an dessen Aufdeckung nicht auch unsere Landsleute beteiligt gewesen wären. Kein Forscher hat sich um die Kenntnis der oberen Nilgebiete mehr Verdienst erworben als Schweinfurth; Wißmann war der erste Weiße, der (1880—82) Mittelafrika von Ost nach West durchquerte. Deutsche Missionen arbeiteten selbständig an den alten Zentralstätten des Sklavenhandels in Ober-Guinea, noch umfassender und erfolgreicher in unserem jetzigen Südwest-, waren beteiligt im heutigen Deutsch-Ost-Afrika.

Dem Gedanken einer Erschließung des inneren Afrika für den Handel haben besonders Stanleys Reisen Bahn gebrochen. Auf seine Anregung ist 1878 unter Leitung des Königs der Belgier die Kongo-Gesellschaft ins Leben getreten, dem Vorgeben nach der Forschung, in Wirklichkeit dem Handel gewidmet. Im nächsten Jahre schlossen sich die bisher zerstreuten englischen

Händler des Sudan zur Niger-Kompanie zusammen. Daneben bestanden und entstanden französische Gesellschaften. Man schloß Verträge mit Eingeborenen und begründete darauf Landansprüche in Gebieten, die bisher nach europäischen Begriffen herrenlos gewesen waren oder als herrenlos gegolten hatten. Aus der Kongo-Gesellschaft wurde die Herrin des Kongostaats. Es wäre wunderbar gewesen, wenn eine lebenstrotzende Nation wie die deutsche nicht auch auf den Plan getreten wäre.

Es geschah etwas, was gleichsam in der Luft lag, als im Dezember 1883 der Bremer Lüderitz in der nach ihm benannten Bucht landete und von den Hottentotten das Land vom Oranjefluß bis zum 26. Grad s. Br. von der Küste aus 20 Meilen weit landeinwärts erwarb. Das Reich gewährte den nachgesuchten Schutz. Im nächsten Jahre ließ es dann durch ausgesandte Kommissare am 21. August in Kamerun, am 5. September in Seguro und Klein-Popo im jetzigen Togogebiete und Ende November an der Nordostküste von Neu-Guinea und auf mehreren benachbarten Inseln die deutsche Flagge hissen. Karl Peters erwarb in den letzten Monaten des Jahres in Ostafrika die Gebiete von Usagara, Nguru, Useguha und Ukami und erlangte auch für diese Käufe die kaiserliche Anerkennung. Deutschland hatte Kolonien. Sein Auftreten als Mitbewerber um überseeischen Besitz gab aber die Losung zu einer Jagd nach Landerwerb, wie sie gleich wild selbst das Zeitalter der Entdeckungen nicht gesehen hat.

Im Zusammenhange mit der Freihandelsbewegung hat England eine Strömung erlebt, die der weiteren Erwerbung von Kolonien, ja der Behauptung der gewonnenen abhold war. Man fand, daß sie nur Kosten verursachten; den Vorteil des Handels mit ihnen könne man auch genießen, ohne sie zu beherrschen. Es war der Utilitarismus, der sich in diesen Anschauungen voll auslebte. Nicht nur Cobden hat ihnen gehuldigt, auch Stuart Mill und besonders John Bright. Sir Robert Peel war der Meinung, daß Indien „sich überwachsen habe", und Disraeli erschienen 1852 die

Kolonien als „Mühlsteine um unsern Hals". Noch 1880 konnte die Frage: „Warum Indien behalten?" leidenschaftlich erörtert und seinem Besitz jede Bedeutung für England abgesprochen werden. Seeley selbst, der begeisterte Vertreter britischer Expansion, glaubte ihn vor allem mit Indiens eigenem Wohl rechtfertigen zu sollen.

Und das, obgleich gerade Indien immer wieder den Beweis lieferte, daß es nicht nur schwer, sondern unmöglich war, auf der betretenen Bahn Halt zu machen. Lord Dalhousie kam 1848 mit Peels Anschauungen nach Indien und ward doch der „Mehrer des Reiches" und durch die Annektion von Oudh der Urheber des indischen Aufstandes. Nach seiner Niederwerfung hat man nacheinander Sikkim und Bhutan, das Birmanenreich, das Gebiet von Kaschmir, die Lande am Indusknie, die afghanischen Landschaften Wasiristan und Siwistan unterworfen oder doch so in Abhängigkeit gebracht, daß sie zu Englands voller Verfügung stehen, und zwanzig Jahre nach der Auflösung der Kompanie hat es Englands Herrscherin für richtig gehalten, den Titel einer „Kaiserin von Indien" anzunehmen, ihrer Machtstellung einen klaren Ausdruck und weithin strahlenden Glanz zu verleihen.

Doch hat die kolonialmüde oder geradezu kolonialfeindliche Stimmung außerhalb Indiens vom Ende der 40er bis in den Anfang der 80er Jahre zu einer großen Zurückhaltung in der Erwerbung neuer Kolonien geführt. Der Wunsch der Fidschi-Insulaner, britisch zu werden, wurde 1859 abgelehnt; erst 1874, als man glaubte, deutscher Besitzergreifung zuvorkommen zu müssen, fand er Erfüllung. Die Jonischen Inseln überließ England 1863 dem neuen Könige der Hellenen aus Dänemarks Herrscherhaus, den es an die Stelle des vertriebenen Wittelsbachers gesetzt hatte und in der neuen Würde festigen wollte. In Südafrika wurde 1852 die Unabhängigkeit der Transvaal-Republik, 1854 die des Oranje-Freistaats anerkannt. In diesen Jahrzehnten hat auch die Selbstregierung der englischen Kolonien, soweit die weiße Bevölkerung in ihnen die vorherrschende war, ihren vollen Ausbau erfahren.

So hat auch diese Zeit verhältnismäßigen Stillstandes der Stärkung des britischen Kolonialreiches gedient, denn die äußerliche Lockerung durch größere Selbständigkeit ward reichlich aufgewogen durch das festere Anziehen der inneren Bande der Sprache und Bildung, des Volkstums und der gemeinsamen Geschichte, das aus der größeren Freiheit erwuchs. Daß aber die Auffassung des englischen Volkes im Grunde die alte war, daß man auf noch umfassendere Herrschaft augenblicklich nur verzichtete, weil man nicht ernstlich fürchtete, daß andere Nationen sich der leeren Plätze bemächtigen würden, das zeigte sich bald, als Frankreich einen neuen Anlauf machte zur Begründung eines großen Kolonialreichs, und vor allem, als dann auch Deutschland diese Bahn betrat.

Außerordentlich rasch hat Frankreich die schweren Schläge verwunden, die ihm der Krieg versetzt hatte. Schaffenslust, Opfermut und Nationalgeist seiner Bevölkerung haben unter der dritten Republik härteste Belastungsproben glänzend bestanden. Die Spuren des Krieges wurden in wenigen Jahren verwischt, die fünf Milliarden der Kriegsentschädigung fast spielend aufgebracht. Schon um die Mitte der 70er Jahre stand Frankreich wieder in voller Rüstung inmitten der europäischen Mächte.

Den alten Anspruch, die Geschicke Deutschlands und Italiens mit bestimmen zu wollen, mußte es allerdings fahren lassen; auch an Elsaß-Lothringen durfte es nur denken, von seiner Wiedergewinnung nicht ernstlich reden. Aber klar, wie kaum je zuvor in seiner Geschichte, arbeitete sich das Verständnis für die Bedeutung eines großen Kolonialreichs heraus, und einsichtige Männer, vor allem Jules Ferry, fanden die Nation hinter sich, als sie versuchten, die Aufrichtung eines solchen planmäßig ins Werk zu setzen. Den Weg nach Hinter-Indien hatte schon Napoleon gewiesen. Seinen Erwerbungen fügte man 1874 Anam und zehn Jahre später Tonkin hinzu; Chinas Rechte auf beide Länder wurden im nächsten Jahre in aller Form abgetreten. Die Gebiete, die Kambodja in der ersten Hälfte des Jahrhunderts rechts vom Mekong an Siam hatte über-

lassen müssen, hat man in Verträgen, die nach und nach dem schwachen Nachbar abgezwungen wurden, zurückgenommen und andererseits die Stellung in Tonkin benutzt, um weit hinein in den reich bevölkerten Süden Chinas, bis zum Yangtse, französischem Einfluß und Handel Boden zu gewinnen.

Ganz besonders aber hat man in Afrika planmäßig gearbeitet. Zu den alten Wirkungsgebieten französischer Kolonialbestrebungen: Senegambien, Madagaskar, Algier traten Dahomé und vor allem der Kongo. Die Forschungen französischer Reisenden haben sich so gut wie ausschließlich in den Dienst der nationalen Sache gestellt. Das Ziel aber war die Aufrichtung französischer Herrschaft an Afrikas Nordküste und südlich der Sahara im Nigerbecken und im Sudan. Vom Kongo und von Algier, von Dahomé und Senegambien her ward es erstrebt. Englische und deutsche Reisende haben mehr für die Erforschung des Erdteils getan; die Franzosen haben die politische Frage in Fluß gebracht. Sie allein haben in dieser Zeit in Afrikas Nordhälfte neues Gebiet erworben. Sie stießen bei ihrem Bemühen fast überall auf englische Ansprüche und Englands Eifersucht. Die alte Rivalität der beiden Mächte trat wieder klar zutage, als England infolge der nationalen Erhebung Arabi Paschas 1882 in Ägypten einschritt und Frankreich die Mitwirkung ablehnte.

In diese Zeit englisch-französischer Spannung, in der Frankreich durch sein Vorgehen in Tunis sich auch Italien entfremdet hatte, fallen die ersten deutschen Versuche. Sie haben England noch mehr aufgestachelt als die französischen, zunächst ihrer Neuheit wegen, dann weil man mehr und mehr anfing, deutschen Wettbewerb unbequemer zu empfinden als französischen. Besonders die nächstbeteiligten Kolonien im Kaplande und in Australien gerieten in die lebhafteste Erregung und suchten im Mutterlande die gleiche Stimmung anzufachen. In den Gebieten, wo die Deutschen aufgetreten waren, bestanden fast überall ältere englische Verbindungen. Englands Staatsleitung, damals, wie 1870, in Gladstones und Granvilles Händen und so schon aus Überlieferung nicht allzu freundlich gegen Deutschland gesinnt, beschwerte sich, daß sie von der

bevorstehenden Besitzergreifung nicht in Kenntnis gesetzt worden sei. Es wurde dem Reichskanzler nicht schwer, aus den Handlungen englischer Beamten den Nachweis zu führen, daß England zuvorgekommen sein würde, wenn es unterrichtet gewesen wäre. Die Lage ausnutzend konnte Bismarck auf der Kongo-Konferenz, die von Mitte November 1884 bis gegen Ende Februar 1885 in Berlin tagte und von 14 Mächten besandt war, eine Verständigung herbeiführen. Deutschland, das fast unmittelbar vor Beginn der Verhandlungen den Kongostaat anerkannt hatte, ging auch seinerseits aus ihnen mit einem anerkannten Kolonialbesitz hervor.

Die volle Aufteilung Afrikas hat sich seitdem in fast rasender Eile vollzogen. Die Verträge mit den Eingeborenen jagten einander. Von allen Seiten war man bemüht, sich „Interessensphären" zu schaffen und sie zu festem Besitz umzugestalten. Der Begriff des „Hinterlandes" gewann eine ähnliche kolonialpolitische Bedeutung wie einst jener der Strommündung und des Stromgebiets.

England ist zuletzt in diese Bewegung eingetreten; es hat trotzdem den Löwenanteil davongetragen. Hilfsmittel und Erfahrung seiner Unternehmer, die älteren und umfassenderen Verbindungen und die zahlreichen festen Stützpunkte, die zur Verfügung standen, sicherten eine nicht leicht auszugleichende Überlegenheit. Stärker und williger als irgendwo sonst stand hinter den Gesellschaften der Staat. An die Stelle der Kolonialflauheit trat rasch der „Imperialismus", getragen von der Kraft des englischen Volkswillens. Ausschließlich konservative Ministerien mit Parlamentsmajoritäten und Amtsperioden, wie sie England bis dahin kaum erlebt hatte, haben in dieser Zeit an der Spitze der Geschäfte gestanden. Man fragte nicht mehr, ob die Annektion dieses oder jenes Gebietes Nutzen bringe. „Zum Vorteil oder Nachteil, ein Stolz oder eine Last für die kommenden Geschlechter, jetzt handelt es sich nur darum, die Hand auf den Boden zu legen, damit ihn nicht der Fremde besetzt." So faßte einer der gründlichsten Kenner des gegenwärtigen englischen Kolonialbesitzes, ein Mitglied des Kolonialamtes selbst, die Über-

zeugung zusammen, von der seine Regierung sich seit der Kongo-Konferenz hat leiten lassen.

Es hat denn auch kaum anderthalb Jahrzehnte gedauert, und Afrika war verteilt. Den alten Kolonien des Südens ist nicht nur fast alles Land bis zum Zambesi hinauf, sondern auch über diesen Fluß hinaus am Nyassa entlang bis zum Tanganjika und gegen die Quellen des Kongo hin ein Gebiet größer als Madagaskar angegliedert worden. Da Portugal geblieben ist, was es seit zweihundert Jahren war, ein Tributärstaat Englands, so ist der Zambesi heute ein britischer Fluß. Über den wichtigsten Routen Livingstones weht Englands Flagge. Das Betschuanenland hat Großbritannien sofort nach der deutschen Besitzergreifung in Südwest okkupiert. Der Selbständigkeit der Burenstaaten, die durch die neuen englischen Erwerbungen fast ganz umklammert wurden, und deren neu entdeckte Goldfelder das Unternehmertum mächtig anzogen, hat Englands Übermacht in den Jahren 1899—1902 ein Ende gemacht. Der Flibustier Dr. Jameson, dessen verwirktes Leben 1896 von der Regierung des Transvaalstaates erbeten werden mußte, ist heute Ministerpräsident der Kapkolonie. Innerhalb zweier Jahrzehnte ist der Umfang der südafrikanischen Besitzungen Englands auf nahezu das Vierfache ihres früheren Bestandes gewachsen. In der Betätigung englischen Unternehmersinns ist die Ära Livingstone von einer Ära Cecil Rhodes abgelöst worden.

Und noch größere Fortschritte hat die erste Kolonialmacht der Welt in allerjüngster Zeit im übrigen Afrika gemacht. Der Okkupation Ägyptens wurde zunächst nur Wahrung englischer Unternehmerrechte und Sicherung des Suezkanals als Ziel gesteckt. Gegenüber der mohammedanischen Bewegung, die gleichzeitig der als Mahdi auftretende Dongolamann in den oberen und mittleren Nilgebieten entfachte, verhielt sich England kaum mehr als defensiv. Gordon fiel am 26. Januar 1885 bei der Verteidigung Kartums, weil die englische Hilfe lässig und unzureichend heranzog. Der Mahdi starb nicht lange nachher. Aber erst später, als die unter dem Propheten so mächtige Bewegung abflaute und immer siegreicher unter Lord Salisburys Führung die Auffassung durchdrang, daß es

richtig sei, so viel wie möglich von Afrika zu nehmen, hat man unter kluger Benutzung der Verhältnisse die alten ägyptischen Ansprüche wieder aufgenommen und zu tatsächlicher Geltung gebracht. Kitchener Pascha eroberte im September 1898 Kartum zurück, und als in demselben Jahre der Franzose Marchand Faschoda, 6—700 Kilometer oberhalb Kartums, besetzte, ließ die englische Regierung keinen Zweifel darüber, daß sie als Vertreterin und Inhaberin Ägyptens so ziemlich das gesamte Stromgebiet des Weißen Nils bis hinauf zu den Seen, aus denen er seinen Ursprung nimmt, und einschließlich Kordofans und Darfurs als britischen Besitz ansehe.

Kurz zuvor hatte sie im Hinterlande der alten Niederlassungen an der Goldküste und der Sierra Leone ihre Ansprüche binnenwärts weithin festgelegt, hatte vom Niger und Benuë aus die bevölkertsten Teile des Sudan bis zum Tsadsee und zur Sahara hin für britischen Besitz erklärt und in Ostafrika das Auftreten der Deutschen zum Anlaß genommen, sich neben ihnen nordwärts bis zum Jubflusse und landeinwärts bis zum Victoria-Njansa und jenseit desselben in Uganda festzusetzen. Der oberste Nil ließ sich jetzt nicht nur vom Mittelmeer, sondern auch vom Indischen Ozean her über britisches Gebiet erreichen, und Abessinien sowie Italiens neue Erwerbungen behaupteten nach der gleichzeitigen Erweiterung des überlieferten britischen Besitzes an der Somaliküste kaum noch eine andere Stellung als die von Enklaven im nordostafrikanischen Kolonialreiche Großbritanniens. Zwischen dem südlichsten Nil- und dem nördlichsten Zambesibesitz liegen kaum noch acht Breitengrade von den siebenzig, über die Afrika sich ausdehnt. Von einer Räumung Ägyptens kann nicht mehr die Rede sein, und Cecil Rhodes' stolze Losung: „Vom Kap bis Kairo" greift keineswegs nach Phantomen. Englische Schienenstränge durchmessen schon jetzt mehr als die Hälfte dieses Weges. Mehr als ein Drittel Afrikas ist in englischen Händen, und zu diesem Drittel gehören die reichsten und zugänglichsten Gebiete des Erdteils. Auch auf Neu-Guinea ward das Auftreten der Deutschen Anlaß, daß die südliche Hälfte des Ostteils der Insel für englisch erklärt wurde. Dem Flächeninhalt nach hat Groß-

britannien von seinem gegenwärtigen Kolonialbesitz im Laufe der beiden letzten Jahrzehnte mehr als ein Drittel zusammengebracht.

Es ist einer der stärksten Belege für die ungebrochene Lebenskraft des französischen Volkes, daß es mit diesem energischen Vorgehen des alten Rivalen doch einigermaßen Schritt zu halten vermochte. Es hat die Fähigkeit, Machtpolitik zu verstehen und gebührend zu stützen, auch unter der republikanischen Regierungsform glänzend bewährt. Aus dem Nilgebiet mußte Frankreich sich nach Marchands Vorstoß zurückziehen; aber es behauptete Wadai, einen ausgedehnten Kongobesitz und eine breite Verbindung zwischen beiden. Von Senegambien her hat es die Lande am oberen und mittleren Niger erworben und durch die Besetzung Dahomés ihnen eine weitere Verbindung mit dem Ozean verschafft. Die einheimischen afrikanischen Machthaber, die sich gerade in diesen Jahrzehnten bedrohlich erhoben, den Samory im Nigerbogen, den Rabbeh jenseit des Tsadsees, hat es mit nicht geringem Kräfteaufwand niedergeworfen. Daß bei dem entscheidenden Siege über den Letztgenannten in dem deutschen Gebietszipfel am Tsadsee am 28. April 1900 drei Expeditionen von Algier, von Senegambien und vom Kongo her zusammenwirkten, ist bezeichnend für die großzügige Auffassung der französischen Kolonialpolitik. Verspätet nahm Frankreich 1881 durch die Besetzung von Tunis seinen Anteil an der türkischen Beute; auf den Kongostaat sicherte es sich ein Vorkaufsrecht. Die Handelsstraßen der Sahara sind in seinen Händen. Es ist zurzeit die Vormacht Nordwestafrikas; die Besitzungen der übrigen Mächte sind hier vollauf umschlossen von den seinen. Da eine gewisse Kraft der Selbsterhaltung in den Kolonien selber ruht, ihre Behauptung keineswegs allein abhängt vom Mutterlande, so ist diese Tatsache nicht gering anzuschlagen. Auch Madagaskar, seit Jahrhunderten ein Versuchsfeld französischer Kolonialpolitik, ward 1895 endgültig unterworfen. Die Differenzen mit England sind durch Verträge beglichen, in denen Frankreich, nachdem einmal die Nilfrage ausgeschieden war, nicht schlecht abgeschnitten hat. Die Auseinander-

setzungen mit Deutschland sind durchweg zu seinen Gunsten ausgefallen. Als Ministerpräsident Waldeck-Rousseau im Januar 1902 in St. Etienne in einer Rede darauf hinwies, daß die Republik einen Kolonialbesitz von 800000 Quadratkilometern übernommen, jetzt aber einen solchen von zehn Millionen Quadratkilometern aufzuweisen habe, gab er einem berechtigten Stolze Ausdruck.

Wenn Deutschland nicht ein Viertel des englischen, nicht die Hälfte des französischen Kolonialerwerbs in Afrika gewinnen konnte, so hat das ganz überwiegend, ja fast ausschließlich seinen Grund in der Tatsache, daß es Anfänger ist in dieser Form nationaler Betätigung, ja in der Ausgestaltung eines starken nationalen Lebens überhaupt.

Es bedurfte Zeit, ehe die Vertreter des Volkes, die doch, wie die Dinge lagen, zunächst Fühlung mit den breiten Massen suchten, sich hineinfanden in die Ideen, von denen die Köpfe der Weiterblickenden längst erfüllt waren. Was liberal dachte, stand in den Anfangsjahren unseres neuen Reiches viel zu sehr im Banne manchesterlicher Anschauungen, für die man ja Stimmführer aus dem ersten Koloniallande der Welt als Gewährsmänner anrufen konnte, als daß man nicht hätte der Überzeugung leben sollen, daß der Handel niemals Kolonien brauchen werde. Für die konservative Richtung bestand kein Anlaß, in diese Bahn zu drängen. Die sich aber einer mehr oder weniger grundsätzlichen Opposition beflissen, Bismarcks „Reichsfeinde", scheuten instinktiv zurück vor jedem Ansatz zu einer Reichspolitik, die in weiterer Entwickelung leicht zu Machtfragen und zur Auslösung starker nationaler Empfindungen im Volke führen konnte.

So stieß der erste Kanzler des Reiches, der in Hinblick auf die möglicherweise sich ergebenden internationalen Verwickelungen und auf Deutschlands doch noch unbefestigte neue Stellung unter den Mächten sich auch nur ungern entschloß, ohne einen starken Rückhalt im Volke in die neue Bahn einzulenken, anfangs auf schwere Hindernisse. Ein erster Versuch, für die auf der Samoa-

gruppe arbeitende, in Schwierigkeiten geratene Südsee-Plantagengesellschaft eine Reichsunterstützung zu erwirken, ward im April 1880 abgelehnt. Als vier Jahre später die Erwerbung von Kolonien selbst in Frage kam, erforderte es die äußersten Anstrengungen, vom Reichstage auch nur die durchaus unentbehrlichen Mittel zu erlangen. Die gleichen Leute, die in der Konfliktszeit Preußen den Großmachtskitzel hatten austreiben wollen, ergingen sich jetzt abermals in der kläglichsten politischen Afterweisheit und waren im Handumdrehen fertig mit ihrem Urteil über Hunderttausende und Millionen von Quadratkilometern Landes, deren Besitz in Frage kam, und die nie durchforscht worden waren. Südwestafrika war für sie eine Sandbüchse, Ostafrika und Kamerun aber ungesund oder unzugänglich, wo sie Wert hätten, wertlos, wo sie gesund und erreichbar seien. Es wird für immer denkwürdig bleiben, daß die Partei, die gerade um diese Zeit die stärkste des Reichstags wurde, daß das Zentrum erst durch den französischen Kardinal Lavigerie, der auf dem Katholikentage zu Köln im Oktober 1888 nachdrücklich auf die ungeheuere Wichtigkeit deutscher kolonisatorischer Mitarbeit für die Zwecke der Mission hinwies, bewogen werden konnte, aus der bisherigen ablehnenden Haltung herauszutreten. Aber auch nach diesem Wandel blieb die Stellung der Regierung noch eine schwierige, und es war erklärlich, daß sie sich darauf beschränkte, privaten Unternehmungsgeist nach Kräften zu decken, und auch in diesem Bestreben vorsichtig alles vermied, was zu größeren Ansprüchen an Reichsmittel hätte führen oder in ernste Mißhelligkeiten mit dem Auslande hätte verwickeln können.

Nach Bismarcks Abgange, als Männer ans Ruder kamen, die mehr geneigt waren, Schwierigkeiten zu umgehen, als sie zu beseitigen, und Bismarcks erstem Nachfolger selbst das Wort entschlüpfen konnte: „Je weniger Afrika, desto besser“, suchte man dann einerseits möglichst rasch zu abschließenden Grenzverträgen mit den fremden Mächten zu gelangen, andererseits den Reichstag durch tunlichst geringe Geldansprüche günstig zu stimmen. Im Juni 1890 wurden die Grenzen von Ost- und Südwestafrika und die

von Togo mit England vereinbart. Deutschland erwarb Helgoland, überließ aber Uganda an England und verzichtete auf wohlbegründete Ansprüche in Witu und Somaliland. Das dem deutschen Besitz vorgelagerte Zanzibar trat unter englisches Protektorat. In Südwest entstand der „Caprivizipfel". Im November 1893 folgte der Vertrag über Kamerun. Deutschland erkannte ausdrücklich Englands Ansprüche auf das gesamte obere Nilgebiet an und wurde für die zwischenliegenden Lande auf eine Auseinandersetzung mit Frankreich verwiesen. England hatte es glücklich fertig gebracht, die Freunde von der Kongo-Konferenz zu afrikanischen Kolonialgegnern zu machen.

Im März 1894 kam es dann zu einem Abschlusse mit Frankreich. Mit Mühe behauptete Deutschland eben noch die Fühlung mit dem Sanga, dem westlichsten der großen rechten Kongozuflüsse. Für den Zugang zum Tsadsee war wie für den von Südwestafrika zum Zambesi ein zweiter Caprivizipfel das Ergebnis der Verhandlungen. Frankreich erlangte eine breite Verbindung zwischen Wadai und seinem Kongobesitz im Rücken der deutschen Kolonie. Es ist richtig, daß es seine Ansprüche auf eine ungleich regere Expeditionstätigkeit stützen konnte; aber ebenso richtig ist, daß dieser Vorsprung nicht ohne Mitschuld der deutschen Kolonialverwaltung erlangt war, und daß die allgemeine Lage keinen Anlaß bot zu solcher Nachgiebigkeit.

Damit war von der zweiten Reichskanzlerschaft der Rahmen gezogen, in dem Deutschland sich in Afrika versuchen sollte; spätere Abmachungen haben nur noch Spezialfragen erledigt. Anläßlich des Burenkrieges hat ein deutsch-englisch-amerikanischer Vertrag im November 1899 die Samoafrage geregelt. England zog sich ganz von der Gruppe zurück; die Hauptinseln blieben Deutschland, das dafür die beiden südöstlichen Salomoninseln und seine Ansprüche auf die Tongagruppe an Großbritannien überließ. Kurz zuvor hatte es Spanien die Karolinen und Marianen abgekauft. Damit sind Deutschlands Kolonialerwerbungen zum Abschluß gelangt. Es ward nicht alles erreicht, was trotz des späten Beginnens noch hätte

erreicht werden können. Schlagend tritt das im Vergleich mit Frankreich hervor. Aber Deutschland ist eingeführt über See. Mit einem Kolonialbesitz, der das Vierfache des Heimatlandes an Umfang übersteigt, ist es in der Lage, seine Berechtigung und Befähigung als ländererwerbende Kulturmacht beweisen zu können.

Zur Aufteilung Afrikas hatte sich auch Italien gemeldet. Im Mittelalter an der Spitze der abendländischen Mittelmeervölker in ihrem Ringen mit dem Orient, war es in gleicher Weise wie Deutschland durch seine Zersplitterung zur Ohnmacht verdammt worden. Nach erlangter Einheit drängte die Lebenskraft seiner Bevölkerung ähnlich wie dort nach außen. Als nächstes Ziel bot sich Afrikas Nordküste, um welche die Vorfahren so oft und so heftig gekämpft hatten. Aber hier kam Frankreich durch die Besetzung von Tunis zuvor, der empfindlichste Schlag, der das geeinte Königreich seit seinem Bestehen getroffen hat. Es besetzte dann 1885 Massaua. Man versuchte, ein Protektorat über Abessinien zu gewinnen. Aber nach anfänglichen, allerdings mühsamen und verlustreichen Erfolgen entschied die Niederlage von Adua am 1. März 1896 zu Italiens Ungunsten. Es hat sich mit dem heißen Küstenland zufrieden geben und versuchen müssen, im Fahrwasser und als Gehilfe der englischen Kolonialpolitik einige Vorteile zu gewinnen.

Ein glücklicheres Geschick hatten die Belgier, die der Klugheit und Entschlossenheit ihres Königs den Kongostaat verdanken, das größte geschlossene und gleichmäßig kulturfähige Gebiet, das ein europäischer Staat in Afrika besitzt, ohne daß ein wesentlicher Aufwand von Staatsmitteln erforderlich geworden wäre. Obgleich diese Erwerbung den Kern des auf der Kongo-Konferenz stipulierten Freihandelsgebiets bildet, sind die Belgier doch Herren ihres Verkehrs geblieben. Während Dänemark und Schweden auf frühere Versuche nicht zurückkamen, die Niederlande, Spanien und Portugal sich begnügten, überkommenen Besitz nach Kräften zu bewahren (die Niederländer verkauften 1871 ihre Posten an der Goldküste an England und schieden damit aus Afrika aus), ist Belgien durch

die persönliche Initiative seines Königs in Afrika zu einer führenden kolonisatorischen Macht geworden.

Wer diese Hergänge auch nur oberflächlich mit denen der großen Entdeckungszeit vergleicht, wird die unendlich viel größere Raschheit und Klarheit beachten, mit der die Entscheidungen fielen. Es war die technische Überlegenheit der Neuzeit, die damit in Wirksamkeit trat. Ende der 50er und Anfang der 60er Jahre deckten Speke, Burton und Grant die großen Binnenseen in den Quellgebieten des Nils auf und gaben dadurch den Anstoß zur Erforschung des innersten Afrika. Als das Jahrhundert zu Ende ging, gab es auf dem schwarzen Kontinent keinen Fuß breit Landes mehr, den jemand hätte in Besitz nehmen können, ohne völkerrechtlich festgelegte Rechte zu verletzen. Was sich in dem trotz seiner Zugehörigkeit zur „alten" Welt neuesten Erdteil in 40 Jahren vollzog, hat in Amerika fast vier Jahrhunderte gedauert. Es ist die Neuzeit, die mit Riesenschritten großen Entscheidungen zustrebt. Sie brachte auch in der übrigen Welt, wo die Geschichte schon stärker vorgearbeitet hatte, die großen Fragen der Besitzverteilung in rascheren Fluß. Hier traten in allerjüngster Zeit andere Weltmächte in den Vordergrund der Aktion, die Vereinigten Staaten, Rußland und, so nachdrücklich wie unerwartet, Japan.

Wenn von irgend einem Staatswesen, so kann man von der Union nach der glücklichen Beendigung des Sezessionskrieges sagen, daß sie innerhalb natürlicher, vernünftiger Grenzen allein der Entwickelung ihrer inneren Wohlfahrt hätte leben können. Freiheits- und Friedensschwärmer, gläubige Verehrer der Reinheit und Unfehlbarkeit der Volksinstinkte, alle die Verkünder der reinen Humanität, die ja so manchem auf dem Erdenrund das wirkliche oder vorgeschützte Ideal geschichtlicher Entwickelung geworden war, waren

auch überzeugt, daß die sklavenreinen Vereinigten Staaten der übrigen Menschheit auf dem einzuschlagenden Wege voranleuchten würden. Das Jahrhundert ging nicht zu Ende, ohne auch den Blödesten belehrt zu haben, daß das Idealbild aller Staatsgestaltung, das sich den männermordenden Streitigkeiten der europäischen Mächte so wacker ferngehalten hatte, von keinen anderen Trieben erfüllt war als von denen, die staatliches Leben der Völker beseelt haben, so lange die Erde es kennt. Auch die Vereinigten Staaten fühlten sich im Besitz des weiten, reichen, des, wie sie selbst so oft rühmten, unerschöpflich reichen Bodens, den sie den ihren nennen durften, nicht befriedigt. Sie begehrten die Suprematie über ganz Amerika, die volle Herrschaft über die Mitte des Erdteils und eine starke Stellung im Stillen Ozean, und sie haben diese Forderungen durchgesetzt bzw. durchzusetzen versucht mit einer so verblüffenden Selbstverständlichkeit, wie sie in den ausgefahrenen Geleisen der europäischen Staatskunst außer in den Tagen Napoleons nicht erlebt worden war. „Je mehr Längen- und Breitengrade unter unserer Verfassung stehen, um so besser."

Schon inmitten des Unabhängigkeitskrieges wurden Stimmen laut, die der Meinung waren, daß die westindischen Inseln im Laufe der Zeit Teile eines großen amerikanischen Reiches werden müßten. An der Erhebung der spanischen Kolonien gegen das Mutterland hat auch Kuba seinen Anteil genommen. Es ward aber in der Abhängigkeit erhalten, und es lag nicht im Sinne der Monroe-Doktrin, Besitz in Frage zu stellen, den Spanien sich aus eigener Kraft zu erhalten vermochte. Doch lockte die „Perle der Antillen" zu sehr, als daß nicht in der Union der Gedanke, ihre Schätze freiester amerikanischer Ausbeutung zugänglich zu machen, Vertreter hätte finden sollen. Die wiederholten Aufstände, besonders in den Jahren 1849—51, dann in den zehn Jahren von 1858—68 und wieder seit 1895, haben Kraft und Dauer besonders durch die Unterstützung gewonnen, die sie von den Vereinigten Staaten her erhielten. Die Explosion der „Maine" im Hafen von Havanna am 15. Februar 1898, deren Ursachen eine authentische Unter-

suchung nie erfahren haben, hat dann unter Mac Kinleys, des imperialistischen Schutzzöllners, Präsidentschaft die Handhabe geboten, an die Stelle der schon begonnenen diplomatischen Intervention die kriegerische zu setzen.

In dem folgenden kurzen Kampfe traten Verfall und Verkommenheit des spanischen Staatswesens klar zutage. Die Nachkommen der Konquistadores, deren Heldentaten dem weißen Manne einst den neuen Kontinent eröffnet hatten, wurden durch eine Handbewegung der dort erwachsenen Riesenrepublik beiseite geschoben. Eine grellere Beleuchtung konnte die Überlegenheit des Angelsachsentums über die im Mittelalter stecken gebliebene Kultur Südwesteuropas nicht erfahren. Die junge Republik hat dann der alten Monarchie erbarmungslos die letzten Reste früherer Herrlichkeit vom Leibe gerissen. Portorico ist ihr Untertanenland geworden; Kuba hat sie nominelle Selbständigkeit gewährt, sich aber durch Verträge mit der neuen Republik von Unionsgnaden so durchschlagende wirtschaftliche Vorteile gesichert, daß die Selbständigkeit der Insel ihr fast allein zugute kommt. Ob diese Form der Unabhängigkeit überhaupt von Dauer sein kann, darüber haben schon die wenigen Jahre, die inzwischen verflossen sind, ernste Zweifel erregt. Vor allem aber haben die Vereinigten Staaten noch im letzten Augenblick, als schon Friedenspräliminarien vereinbart waren, unter Täuschung berechtigter Erwartungen die Gelegenheit benutzt, um sich eine starke Position auf der anderen Seite des Stillen Ozeans zu schaffen. Sie haben als Herren des Hafens von Manila die Abtretung der Philippinen verlangt und durchgesetzt, unter blutigen und kostspieligen Kämpfen die reiche Inselgruppe ihrer Herrschaft auch vollständig unterworfen. Mehr als zehn Millionen Menschen hat der leichte Waffengang mit den Spaniern in Ostasien und Westindien von der amerikanischen Union abhängig gemacht.

Die Eroberung der Philippinen war nicht der erste Schritt auf den Großen Ozean. Schon 1867 hatte man mit Alaska die Aleuten erworben, die unter 52° nördlicher Breite bis nahe an das

ostasiatische Festland heranreichen, und von denen Unalaska im Osten, Kiska im Westen seit 1903 bzw. 1904 amerikanische Kohlenstationen sind. Unmittelbar vor dem spanischen Kriege, 1897, ward Hawaii als Territorium der Union angeschlossen. Von den spanischen Marianen behielt man die Insel Guam zurück. Hawaii, Midway-, Wake-Island, Guam, die Philippinen sind jetzt die sichernden Etappen auf dem Wege nach Ostasien, der zwar doppelt so lang ist als der nach Europa, aber in Zukunft vielleicht kaum minder wichtig sein dürfte.

Vor allem aber hat man am Ende des Jahrhunderts erzwungen, was man in seiner Mitte als unerreichbar fallen ließ. Man hat sich zum Herrn gemacht über jede etwaige Verbindung der beiden Ozeane. Am 5. Februar 1900, als England durch den Burenkrieg festgelegt war, ward an Stelle des Clayton-Bulwer der Hay-Pauncefote-Vertrag vereinbart. Er erkannte den Vereinigten Staaten das Recht zu, den Nikaraguakanal zu bauen, in Betrieb zu setzen und zu verwalten. Der Kanal sollte aber in Kriegs- wie Friedenszeiten stets offen sein, nie blockiert werden; nie sollten dort Feindseligkeiten stattfinden, Befestigungen angelegt, Truppen gelandet werden dürfen. Salisbury billigte den Vertrag, um die Wiederwahl Mac Kinleys zu fördern, der als Gegner einer Intervention im Burenkriege galt. Im November siegte Mac Kinley glänzend über den Silbermann und Gegner des Imperialismus Bryan. Als dann im Dezember der Vertrag dem Senat vorgelegt wurde, ward er nur genehmigt unter Änderungen, die ihn in sein Gegenteil verkehrten.

Amerika sollte den Kanal nicht nur bauen, sondern auch beherrschen, Befestigungen dort anlegen, Truppen halten, ihn mißliebigen Nationen schließen dürfen. Daß England den so geänderten Vertrag ablehnte, hat die Amerikaner nicht irre gemacht. Sie wurden bald der Meinung, daß es vorteilhafter sein möchte, den schon im Bau befindlichen Panamakanal, von dessen Vollendung Ferdinand Lesseps' Gesellschaft 1893 aus Mangel an Mitteln hatte abstehen müssen, fertigzustellen. Es ward berechnet, daß man Geld sparen werde;

vor allem aber war man sicher, daß es nicht zwei Kanäle geben, daß die Vereinigten Staaten die Verbindung zwischen den beiden Ozeanen unter allen Umständen allein beherrschen würden. England ließ sich im Februar 1902 bereit finden, auf jeden Einfluß auf einen mittelamerikanischen Kanal ausdrücklich zu verzichten.

Kolumbien hat dann Schwierigkeiten gemacht, seine Entschädigungsansprüche zu hoch gestellt. Da brach in Panama eine Revolution aus, hervorgerufen, wie Amerikas Staatssekretär selbst sagt, durch das Nichtzustandekommen des kolumbischen Vertrags. Die neue Republik, die sich von Kolumbien lossagte, fand die Anerkennung der Union; sie war zufrieden mit den Zahlungen, die Amerika zu leisten bereit war. Der Vertrag vom 18. November 1903 machte den zu vollendenden Kanal zugleich mit einem 16 Kilometer breiten Landstreifen, den Panama abtrat, zu einem Besitztum der Vereinigten Staaten. Es war eine Redewendung, daß der Kanal für neutral erklärt, allen Nationen die Benutzung zugestanden und die Unabhängigkeit der Republik Panama verbürgt wurde. Einen Monat früher (17. Oktober) hatte England mit der Union über die neuen Goldfelder von Klondike ein Abkommen getroffen, das den Vereinigten Staaten in allen wesentlichen Punkten gegenüber Kanada recht gab. Ähnliches ist jetzt in betreff der neufundländischen Fischerei geschehen. Über die Mißstimmung der betroffenen Kolonien scheint England wegsehen zu wollen; es begnügt sich auf der westlichen Hemisphäre einstweilen mit der Rolle des Geduldeten.

Der gewaltige Machtzuwachs der Vereinigten Staaten hat mit Naturnotwendigkeit auch der Monroe-Doktrin einen erweiterten Inhalt gegeben. Es lag ihren Urhebern fern, die Bewegungsfreiheit der neu sich bildenden amerikanischen Staaten beschränken oder ihre Beziehungen zu fremden Mächten überwachen zu wollen. Die sich entwickelnde Vormachtsstellung der Union und das Expansionsbedürfnis der in ihr lebendigen Kräfte haben doch unvermeidlich diesem Ziele entgegengeführt. Nach dem Worte eines

Unionssenators ist „die Vormundschaft der südamerikanischen Republiken auf uns gefallen nach dem Gesetz der Gravitation". Die panamerikanischen Kongresse, die seit 1889 in längeren Zwischenräumen wiederholt getagt haben, sind das sichtbarste und bekannteste Werkzeug dieser Bestrebungen. Sie waren und sind zunächst auf wirtschaftliche Beeinflussung gerichtet. „Amerika für die Amerikaner" ist der neue Sinn der Monroe-Doktrin. Man möchte europäischen Handel und europäische Schiffahrt, die heute in Südamerika und auch in Mexiko noch weit überwiegen, ersetzen durch amerikanische Tätigkeit. Strengste Protektion daheim, Vorzugstarife im ganzen übrigen Amerika ist die Losung der mächtig emporblühenden amerikanischen Industrie.

Aber man möchte weiter auch zu einer Art Vormundschaft über alle amerikanischen Staaten gelangen, für ihre Differenzen mit der Außenwelt unumgänglicher Mittler werden. Die zerfahrenen Zustände in mehreren dieser Staaten lassen eine solche Gestaltung als wohltuende Wandlung erscheinen, der diese selbst sich kaum widersetzen. Europäische Mächte haben sie sich schon mehrfach aufzwingen lassen müssen. 1895 (unter Cleveland) drohte Staatssekretär Olney mit Krieg, wenn England seine Grenzstreitigkeiten mit Venezuela nicht einem Schiedsgericht unterwerfe. England und Deutschland wagten im Streit mit Präsident Castro im Winter 1902 nicht, die mindestens überflüssige amerikanische Vermittelung abzulehnen. Die beiden Staaten der Insel San Domingo sind völlig unter amerikanische Vormundschaft geraten. „Wir sind tatsächlich Herren in diesem Erdteil, und unser Gebot ist Gesetz," erklärte Olney 1895.

Monroes Wort: „In die bestehenden Kolonien oder Nebenländer einer Macht haben wir uns nicht eingemischt und werden es nicht tun", kann formell heute noch als gültig angesehen werden, da es nach amerikanischer Anschauung durch die kubanischen Hergänge nicht durchbrochen worden ist. Aber das Verfügungsrecht über ihre Kolonien ist den europäischen Mächten tatsächlich beschränkt. Dänemark darf St. Thomas an die Vereinigten Staaten verkaufen, an sonst niemanden. Amerika ist wirtschaftlich und politisch

„Interessensphäre" der Union; seine auswärtigen Beziehungen regeln sich nach der Auffassung der Vereinigten Staaten, nicht rein nach dem internationalen Recht. Es ist eine neue Form der Hegemonie, welche die mächtigste und größte Republik der Welt, die vielgepriesene Vertreterin des Friedens und des Nichtinterventionsprinzips, über völkerrechtlich als unabhängig anerkannte Staaten aufzurichten bemüht ist und in der Hauptsache schon aufgerichtet hat. Geschichtlich ist aber völlig klar, daß diese neue Weltmacht nichts tut, als was sie schon von ihren Anfängen an, ja vor ihrer Entstehung so nachdrücklich wie erfolgreich getan hat, die Unternehmungen ihrer Bürger nicht nur daheim, sondern auch auswärts unter allen Umständen zu vertreten und zu schützen. Neu ist nur der unausgesetzt steigende Umfang dieser Tätigkeit. Auch in der Teilnahme der Union an europäischen Kongressen, wie in der Kongo- und neuerdings in der Marokkofrage, spiegelt sich diese Ausbreitung der amerikanischen Interessen wieder.

Nach Umfang und Bewohnerzahl kann sich neben die beiden Weltmächte englischer Zunge nur das russische Reich stellen. Seinen Expansionsbestrebungen sind im letzten Menschenalter neue Ziele zu den alten gesteckt worden. Wie einst in den baltischen Gebieten der Wiener, so hatte am Mittelmeer der Berliner Kongreß Rußlands Bemühungen um Machterweiterung vorläufig eine Schranke gesetzt. Ein unabhängiges rumänisches Königreich, dessen Armee bei Plewna die Feuertaufe erhalten hatte, war eingeschoben worden zwischen Rußland und Byzanz. Die übrigen Balkanstaaten waren zwar gewohnt, ihre Blicke auf den Zaren zu richten, dem sie vor allem ihre Freiheit verdankten, aber sie strebten sämtlich auch nach nationaler Selbständigkeit und fanden sich, mit der einzigen Ausnahme von Montenegro, nicht bewogen, ihr Begehren zurückzustellen, bis es Rußland einmal wieder passen werde, sie gegen den Sultan loszulassen. Die Entwirrung des Völker- und Sprachengemisches, das die Geschichte auf der Balkanhalbinsel ineinander ge-

wickelt hat, ist zu schwierig, als daß die Beteiligten sämtlich im Anschluß an das eine Rußland ihr Ziel erstreben und erreichen könnten.

So wuchs die Selbständigkeit in der Haltung der neuen Staaten, je mehr Rußland sich durch die europäische Lage veranlaßt sah, ein abermaliges Aufrollen der Balkanfrage hinauszuschieben. Als Vertreter der nationalen Forderungen seines Volkes vereinigte Alexander von Bulgarien 1885 unter Bruch der bestehenden Verträge Ostrumelien mit seinem Fürstentum. Den Angriff der rivalisierenden Serben wies er siegreich zurück; aber dem Unwillen Alexanders III., den er durch sein selbständiges Vorgehen auf sich gezogen hatte, wagte er nicht Stand zu halten. Sein Sturz riß eine Kluft zwischen den Bulgaren und den russischen Panslavisten. Sein Nachfolger, der Koburger Ferdinand, behauptete sich auch gegen den Willen des Zaren.

Eine neue Erhebung der Christen Kretas ward für Griechenland Anlaß, im April 1897 die Türkei anzugreifen. Es bestand kläglich genug und konnte sich nur durch Anrufung der Großmächte vor empfindlichen Verlusten bewahren. Kreta mußte sich mit einer Autonomie begnügen, obgleich Nikolaus II. sich besonders bereit zeigte, schirmend einzugreifen, und hat seinen Anschluß an das Hellenenreich auch heute noch nicht erreicht. Es wurde abermals klar, daß für Rußland der Augenblick noch nicht gekommen war, die Balkanfrage in seinem Sinne zu lösen. Erst in den ersten Jahren des neuen Jahrhunderts ließen die bewaffneten Banden, die Mazedonien mitten im Frieden zu einer Art Kriegsschauplatz machten, erkennen, daß der Panslavismus wieder am Werke war, Größeres vorzubereiten. Die Bewegung wurde durchkreuzt von dem Mißgeschick, das Rußland in Verfolgung seiner asiatischen Pläne traf.

Wenn die Russen auf ihren sibirischen Fahrten den Stillen Ozean auch schon in der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts erreichten und schon Peter der Große versuchte, dem Khanat von Chiwa zu Leibe zu gehen, so gehören die systematischen Versuche,

Fuß zu fassen am Ostmeer und Boden zu gewinnen gegen den Persischen Golf und Indien hin, doch erst dem 19. Jahrhundert an. Mit der europäischen Machtsteigerung und der wirtschaftlichen Entwickelung des Reiches traten die ferneren Ziele der gewaltigen russischen Länder- und Völkermasse, Stiller und Indischer Ozean, an die Stelle der erreichten, des Baltischen und Schwarzen Meeres.

Ein direkter Angriff auf Chiwa, mit dem man 1839 das Vorgehen der Engländer gegen Afghanistan beantwortete, mißglückte. Als aber 1846 die „große Horde" der Kirgisen unterworfen war, konnte man von Norden her gegen Turkestan vorgehen. Dem Rückschlage im Westen, den der Krimkrieg mit sich führte, folgten neue Anstrengungen im Osten. In den Jahren, als sich Deutschlands Einigung durch die Feldzüge gegen Dänemark und Österreich vorbereitete, fielen die entscheidenden Schläge. 1867 wurde aus den Ländern am Amu Darja die Provinz Turkestan gebildet, im nächsten Jahre der Emir von Buchara gezwungen, Vasall Rußlands zu werden und alles Land nördlich vom Stromgebiet des Amu Darja abzutreten. Chiwa war damit völlig umfaßt. Es teilte 1873 das Schicksal Bucharas. Sein Gebiet rechts vom Amu wurde russisch. Zu Turkestan trat 1874 Transkaspien. Im nächsten Jahre gab ein Aufstand der Untertanen gegen den Emir von Kokan Anlaß, auch dessen Land (Ferghana) einzuverleiben. Die entscheidenden Erfolge wurden hier überall mit geringen Opfern errungen; die einheimischen Machthaber haben sich wenig widerstandsfähig erwiesen.

Auf schärfere Gegenwehr stieß man erst, als man die Turkmenen an der persischen Grenze angriff, um Turkestan auch von Süden her zu umfassen. Nach einem ersten Mißerfolge ward doch im Januar 1881 die Hauptfeste Gök-Tepe genommen. Drei Jahre später unterwarf sich die Oase Merw. Damit war die Möglichkeit gegeben, vom Kaspischen Meere an der persischen Grenze entlang einen Schienenstrang nach Buchara und Samarkand zu führen, der auch schon 1888 in Betrieb gesetzt wurde, und zugleich sich Herat zu nähern, das zu gewinnen man bisher stets die Perser vorgeschoben

hatte. Man war unmittelbar an die Grenze vorgerückt, die England bisher stets seiner Einflußsphäre gesetzt und für deren Behauptung es opfervolle Kämpfe mit Afghanen und Persern bestanden hatte. Dazu bewiesen die Russen überall in Asien eine außerordentliche Fähigkeit, die unterworfenen Völker zu assimilieren, sie mit eigenen Elementen zu durchsetzen und ihre kriegerische Kraft der eigenen Macht dienstbar zu machen.

England hatte das Seine getan, einen Wall aufzurichten. Noch während des Krimkrieges (1855) hatte es seinen bisherigen Gegner, den Russenfreund Dost Mohamed von Kabul, für ein Bündnis gewonnen. Dost Mohamed ist es dann gewesen, der, unterstützt von den Engländern, das heutige Afghanenreich geschaffen hat. Er unterwarf die kleinen Chanate im Süden und Südwesten und breitete zuerst die afghanische Macht nordwärts über den Hindukusch aus. Der Emir von Buchara verlor, ehe er von den Russen angegriffen wurde, sein Besitztum südlich vom oberen Amu Darja an den Afghanenherrscher. Seitdem ist dieser Fluß in diesen Gegenden die Grenze zwischen Buchara und Afghanistan. Drei Tage vor seinem Tode, am 26. Mai 1863, brachte Dost Mohamed auch Herat in seine Gewalt. Zu seinen früheren Freunden, den Russen, hatten ihn diese Erfolge in scharfen Gegensatz gebracht, und ein einheitliches Afghanistan, sofern ein solches erhalten blieb, hatte wohl dauernd in den Russen einen gefährlicheren Feind zu sehen als in den Engländern. Allerdings wurde die Einheit unter den Nachkommen Dost Mohameds stark in Frage gestellt. Die Engländer mußten 1878 und in den folgenden Jahren abermals nachdrücklich mit den Waffen eingreifen und Kabul einnehmen, um es in ihrem Sinne beherrscht zu erhalten. Seitdem sie dort 1881 Dost Mohameds Enkel Abdurrahman eingesetzt haben, ist doch ihr Einfluß in Afghanistan der mächtigere geblieben. Sein Sohn Habib Ullah ist ihm 1901 ohne Zwischenfall gefolgt.

England hat aber auch sonst in den Grenzgebieten das Mögliche getan, seine indische Stellung zu sichern. Gerade mit Rücksicht

auf den Zaren und asiatische Vorstellungen hat Königin Viktoria 1877 den Titel einer Kaiserin von Indien angenommen. Im nächsten Jahre wurden die Afridis am Chaiber-Paß unterworfen, um des Zuganges nach Afghanistan völlig sicher zu sein. Schon 1876 war der Chan von Belutschistan ein britischer Vasall geworden. Der Nordosten seines Landes ward dann als Britisch-Belutschistan in indische Verwaltung genommen. England hat dafür gesorgt, daß auch die Übergänge über den Soliman-Dagh in seinen Händen sind. Seine Bahnen erreichen vom Indus her im Süden über Sibi, Quetta und den Chodschak-Paß, im Norden über Peschawer und den Chaiber-Paß die afghanische Grenze. Als die Russen sich nach der Einnahme von Merw südlich gegen Herat wandten, stießen sie — es war bald nach Schluß der Kongo-Konferenz und zur Zeit der englisch-deutschen Kolonialspannung — in der Oase Pendsch-Deh am Flusse Kuschk auf Streitkräfte Abdurrahmans, denen sie im März 1885 ein siegreiches Gefecht lieferten. 1887 ist dann in Petersburg zwischen England und Rußland für die Gegend dieses Kampfes eine Grenze vereinbart worden, die von Herat nur hundert Kilometer entfernt bleibt; von Peschawer bis Kabul ist mehr als das Doppelte. Auch die russische Bahn erreicht hier das Afghanengebiet.

Zwischen Russen und Afghanen ist es auch auf dem „Dache der Welt" zu Feindseligkeiten gekommen. Für die Engländer wurde das Anlaß, 1889 Kaschmir mit seiner nordwestlichen, am Abhange des Hindukusch und des Karakorum gelegenen Vasallenlandschaft Tschitral in Verwaltung zu nehmen. Auf dem Pamir blieben die Afghanen noch weit mehr im Nachteil als bei Herat. In den Abmachungen von 1895 ward fast das ganze Hochland von den Russen behauptet. Nur ein schmaler Streifen, an einer Stelle nicht mehr als 20 Kilometer breit, die Landschaft Wachan, blieb zwischen Pamir und Tschitral in den Händen der Afghanen, die dort aber weder Truppen halten noch Befestigungen errichten sollen. Die Quellflüsse des Amu-Darja sind in den Händen der Russen, und sie stehen hart vor dem 3360 Meter hohen Baroghil-Paß, dem Haupt-

übergang nach Tschitral. In Persien, wo Russen und Engländer fast während des ganzen 19. Jahrhunderts um die leitende Stellung miteinander rangen, fand das Ende des Zeitraums die Engländer keineswegs im Vorteil.

Es ist schwer zu sagen, wer bei diesen beiderseitigen Schachzügen im Vorteil blieb. Im allgemeinen vermochten die Engländer in den von kriegerischen und unzuverlässigen Stämmen bewohnten, dazu durch das Gelände schon außerordentlich schwierigen Grenzgebieten ihre Herrschaft weniger fest zu begründen als die Russen die ihre innerhalb ihrer Machtsphäre. Dazu schufen auch die Russen ihren Erwerbungen immer bessere Verbindungen mit der Heimat. Sie begannen den Bau der Bahn Orenburg-Taschkent, die, jetzt fertig geworden, eine ununterbrochene Verbindung mit Turkestan darstellt. Zusammen mit dem transkaspischen Schienenstrang gestattet sie den Russen, jeden Punkt der Grenze rasch zu erreichen. So stieg am Horizont englischer Weltmachtstellung immer drohender das russische Gespenst empor. Es erschien mehr als zweifelhaft, ob man es ohne die Unterstützung einer starken Landmacht werde beschwören können. Mehr als einmal hat die britische Politik den Versuch gemacht, auch wohl Hoffnung gehegt, diesen Helfer in Deutschland zu finden. Ein genehmerer hätte ihr nicht erstehen können. Die Versuche hatten einen begreiflichen Mißerfolg. Da führte ihr die Unbesonnenheit Rußlands, das in seiner angelernten Verachtung asiatischer Gegner das indische und das ostasiatische Problem leicht miteinander glaubte lösen zu können, in Japan den erwünschten Genossen in die Arme.

Durch Jahrhunderte sind Rußland und China auf Tausende von Kilometern Grenznachbarn gewesen, ohne daß sich nennenswerte Schwierigkeiten ergeben hätten. Die 1689 und 1727 geschlossenen Verträge von Nertschinsk bestimmten die beiderseitigen Rechte. Erst die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts hat auch hier Bewegung an die Stelle der früheren Ruhe gesetzt.

Beziehungen der Europäer zu China, über Land nie völlig

erstorben, wurden zur See zuerst durch die Portugiesen hergestellt. Sie sind seitdem nicht unterbrochen worden, aber bis ins 19. Jahrhundert dürftige geblieben. Erst nach den napoleonischen Kriegen begann die Zahl der dorthin verkehrenden europäischen Schiffe sich langsam zu heben, erreichte aber 1830 in Kanton, dem einzigen den Fremden — und das auch nur unter starken Beschränkungen — zugänglichen Hafen, doch erst die Zahl von 146. Im Frieden von Nanking, der 1842 dem Opiumkriege ein Ende machte, erzwang England die Öffnung von fünf Häfen und die Abtretung der Insel Hongkong, die Kanton beherrscht. Ihr Hafen ist jetzt einer der belebtesten der Welt und sieht alljährlich Tausende von europäischen Schiffen.

Neben den Engländern beanspruchten und erlangten bald Franzosen und Amerikaner die gleichen Rechte. Sie zu erweitern erschwerte der Fremdenhaß, in dem Regierung und Volk von China wetteiferten. Dazu trat seit dem Beginn der 50er Jahre der Taipingaufstand, der, unter Mitwirkung von Missionseinflüssen aufgekommen, das Land auf das tiefste erschütterte und erst 1864 mit europäischer Hilfe unter den entsetzlichsten Greueln völlig niedergeworfen werden konnte. Ausschreitungen gegen Engländer führten 1856 zu neuen Feindseligkeiten, an denen bald auch die Franzosen teilnahmen, da Napoleon III. jede Gelegenheit ergriff, sich England zur Seite zu stellen. Der Krieg endete im Oktober 1860 mit der vollen Demütigung Chinas, die im Einmarsch englischer und französischer Truppen in die Hauptstadt ihren sichtbaren Ausdruck fand. Mit diesem Erfolg war den weißen Nationen die Losung gegeben für den Wettlauf um die wirtschaftliche Erschließung des himmlischen Reiches und Ostasiens überhaupt.

Als dieser Krieg Chinas mit den Westmächten begann, war Murawiew (Nikolai Nikolajewitsch, nicht „der Henker von Wilna") Gouverneur von Ostsibirien. Er hatte der Erforschung des Amur, der damals an der Stelle, wo er aus Schilka und Argun zusammenfließt, auch das russische Gebiet verließ, eine rege Tätigkeit zugewandt und an der Mündung des Flusses mitten im chinesischen

Mandschurenlande Nikolajewsk begründet. Das Vorgehen der Engländer und Franzosen nötigte China, den Landansprüchen der Russen zu Willen zu sein. Am 28. Mai 1858 trat es im Vertrage von Aigun alles Land links vom Flusse, die „Amurprovinz“, ab und bequemte sich im November 1860 auch zum Verzicht auf das Land rechts vom unteren Amur und seinem Zufluß, dem Ussuri. Das Küstenland bis fast zum 42. Breitengrade kam damit in die Hand der Russen; an seinem Südende erstand an einem der sichersten und geräumigsten Häfen der Welt Wladiwostok: „Beherrsche den Osten!“. Indem Murawiew auch von der vorgelagerten Insel Sachalin Besitz ergriff, die Japan als seinem Reiche zugehörig ansah, knüpften sich die ersten und von vornherein nicht gerade freundlichen Beziehungen zu diesem Lande.

Weit länger und fester als China hat Japan in seiner Abgeschlossenheit verharrt. Im 16. Jahrhundert haben Jesuiten und Franziskaner einen gewissen Missionserfolg erzielen können, so daß 1585 sogar eine japanische Gesandtschaft in Rom erschien. Aber schon der Beginn des 17. Jahrhunderts hat diesen Beziehungen wieder ein Ende gemacht. Nur den Niederländern ist fortdauernd in Nagasaki ein peinlich überwachter, spärlicher Verkehr gestattet worden.

In der Neuzeit sind es dann die Amerikaner gewesen, welche die Pforten des Landes erschlossen. Admiral Perry warf 1853 zuerst Anker vor Uraga an der Einfahrt in die Bucht von Tokio. Andere Nationen folgten bald, und Japan sah sich gleich China zu Verträgen, zur Öffnung von Häfen und Zulassung von Residenten genötigt. Die Neuerung hat zum Sturze des Shogunats geführt, das, seit dem Anfang des 17. Jahrhunderts in der Tokugawafamilie erblich, im Namen des Kaisers, des Mikado, und doch völlig unabhängig von ihm, die Herrschaft führte. Sein letzter Inhaber mußte 1867 abdanken. Indem aber der Mikado, der noch heute regierende, damals 14jährige Mutsu Hito, selbst an die Spitze des Staates trat, ergab sich bald, daß die Zulassung der Fremden

nicht rückgängig zu machen war. Der Widerstand, der sich gegen sie erhob, wurde mit den Waffen niedergeworfen, die Verträge aber wurden gehalten.

Energischer und erfolgreicher als China hat dann Japan die Bahnen europäischer Kultur betreten. Es hat alles, was ihm von abendländischer Zivilisation begehrenswert schien, zu lernen gesucht, wo es am besten zu lernen war, und hat auf das eigene Land übertragen, was anwendbar und förderlich schien. Die Welt hat das eigentümliche, in dieser Weise vielleicht nie dagewesene Schauspiel erlebt, daß sich ein großes Volk eine fremde Kultur nicht nur in ihren äußeren Zügen, in ihrer sichtbaren Erscheinung, ihrer Technik und ihren Handgriffen, sondern bis zu einem gewissen Grade auch ihrem Gedankengehalt nach zu eigen macht, ohne doch sein inneres Wesen aufzugeben, unter voller Bewahrung des Brauchbaren, was ihm von der Vorzeit überkommen ist. Die neu begründete Kaisermacht hat die innigste Fühlung mit den von altersher leitenden Klassen des Landes bewahrt und unter Anwendung abendländischer Regierungs- und Vertretungsformen sich mit ihnen gemeinsam dem Wohle und der Größe des Vaterlandes gewidmet. Auch nicht einmal eine vorübergehende Schwächung haben die raschen und zahlreichen Neuerungen zur Folge gehabt. Fast seit Beginn der neuen Ära hat sich die japanische Regierung ebenso weitblickend wie geschickt, allerdings auch in der Anwendung der Mittel nach alter Tradition skrupellos, erwiesen.

Drei Fragen waren es, die seit Jahrhunderten Japans auswärtige Politik beschäftigten, die der Liukiu-Inseln, die das Reich südwärts bis unter die Küsten von Formosa fortsetzen, die von Sachalin, das eine ähnliche Bedeutung für den Norden hat, und die koreanische Frage, die das in Sehweite gegenüberliegende Festland angeht. Die erste war von jeher mit China, die zweite jetzt mit Rußland, die dritte mit beiden Mächten zu erledigen. Es ist der japanischen Politik gelungen, sie rasch zu einem vorläufigen Abschluß zu bringen.

Das Reich von Liukiu erkannte China 1874 als Teil Japans an. Mit Rußland ward der Friede erhalten, indem man ihm 1875 Sachalin überließ, wofür die nördlichen Kurilen gleichsam als Entschädigung angenommen wurden, so daß Japan jetzt nicht nur Iturup und Urup, sondern die ganze Inselgruppe bis zum Kap Lopatka hin sein nannte, ein für die stark entwickelten Fischereiinteressen des Landes wertvoller Erwerb. Korea ward 1876 zu einem Vertrag mehr gezwungen als bewogen, der seine Unabhängigkeit anerkannte, es aber verpflichtete, weder China, das eine Oberhoheit in Anspruch nahm, noch Rußland irgend welche Vorzugs- oder Herrschaftsrechte zu gewähren.

Japan ist es dann gewesen, das 1882 durch einen neuen Vertrag Korea dem Verkehr geöffnet hat; ihm sind in den folgenden Jahren die europäischen Mächte gefolgt. Grundsatz der japanischen Politik ist es aber geblieben und nach Lage der Dinge ihr Leitstern geworden, daß Korea nicht fremdem Einflusse unterworfen werden dürfe. Sie sah das Halbinsel-Kaiserreich als Japans „Interessensphäre" an. Sollten dort Fremde herrschen, so durften es nach ihrer Auffassung nur Japaner sein. Ein Blick auf die Karte erklärt diesen Standpunkt und beweist zugleich seine Berechtigung.

Es konnte den Japanern nicht verborgen bleiben, daß der Erreichung dieses Zieles Rußland weit mehr im Wege stehe als China. Trotzdem haben sie sich zuerst gegen den rassenverwandten Rivalen gewandt, der ja der schwächere war. Unruhen in Korea, die China zur Einmischung veranlaßten, führten im Juli 1894 zum Kriege. Er erwies die völlige Überlegenheit der Japaner, bei denen die Umformung des Kriegswesens nach europäischem Muster zwar jüngeren Datums war als bei den Chinesen, aber ungleich gründlicher und wirkungsvoller sich gestaltet hatte. Im Frieden von Shimonoseki (17. April 1895) mußte China die Unabhängigkeit Koreas anerkennen, Formosa und die Pescadores und von der Provinz Liautung die ganze Halbinsel und so viel Küstengebiet abtreten, daß ein breiter Landstreifen von Koreas nordwestlichem Grenzflusse, dem Yalu, bis an das eigentliche China Eigentum der Japaner

wurde. Das an der südlichen Seite der Straße von Petschili gelegene Weihaiwei sollte bis zur völligen Zahlung der Kriegsschulden von den Japanern besetzt bleiben. Das „unabhängige" Korea ward auf diese Weise von Japan selbst und seinen neuen Erwerbungen in die Mitte genommen, ihm die Verbindung mit China zu Lande wie zur See so gut wie vollständig abgeschnitten. Zugleich war der Mandschurei der Zugang zum Golf von Petschili und zum Gelben Meer gesperrt.

Am 24. Mai 1891 hat Rußlands gegenwärtiger Kaiser als Kronprinz in Wladiwostok den ersten Spatenstich zur sibirischen Bahn getan. Ihre östlichste, längste und schwierigste Teilstrecke vom Baikal-See bis Wladiwostok ist aber in den ersten Jahren nur sehr lässig in Angriff genommen worden. Wladiwostok ist kein eisfreier Hafen, konnte auch über russisches Gebiet nur auf einem weiten Umwege erreicht werden. Der Friede von Shimonoseki machte der Möglichkeit, der Bahn durch Beeinflussung Chinas einen Endpunkt am offenen Meere zu sichern, ein Ende. So entschloß sich Rußland zum Protest und fand nicht nur Frankreich, sondern auch Deutschland bereit zur Teilnahme an diesem Schritte. Sechs Tage nach dem Friedensschluß ward Japan von den drei Mächten „freundlich vorgestellt", daß dieser Friede eine stete Bedrohung Pekings und der Unabhängigkeit Koreas sei und somit Dauer nicht verspreche.

Japan gab nach, da es eine Stütze nicht fand, und verzichtete auf jede Erwerbung in Liautung. Es dauerte nicht lange, so übernahm Rußland die „stete Bedrohung Pekings und der Unabhängigkeit Koreas". Es erwarb von China das Recht zu Anlage, Betrieb und militärischer Überwachung eines umfassenden Bahnnetzes in der Mandschurei, das von der sibirischen Grenze in direkter Linie nach Wladiwostok, seitwärts über Mukden nach Niutschwang und von dort einerseits nach Shanhaikwan an die Grenze des eigentlichen China, andererseits nach Port Arthur an der äußersten Spitze der Halbinsel Liautung führen sollte. Port Arthur ward mit Chinas Einwilligung am 28. März 1898 von den Russen besetzt.

Rußlands Vorgehen konnte für die europäischen Mächte nicht Gegenstand müßigen Zuschauens bleiben. Von allen Seiten drängten sie sich heran, ihre politischen, ihre wirtschaftlichen Interessen zu wahren, Handelsvorteile, Bahnkonzessionen, maritime Stützpunkte zu gewinnen. Für Deutschland war die Ermordung zweier Missionare Anlaß geworden zur Besetzung der Bucht von Kiautschou am 14. November 1897. Seine Schiffahrts- und Handelswelt war stark beteiligt am ostasiatischen Verkehr; sie hatte sich im Laufe des Jahrhunderts über die anderen fremden Nationen hinweg in die zweite Stelle unmittelbar nach den Briten emporgearbeitet. Die Amerikaner behielten 1898 die Philippinen. Die Franzosen erwarben Handelsrechte und Bahnkonzessionen besonders in den drei Südprovinzen Chinas, die Engländer in der Mitte und im Norden des himmlischen Reiches. Auch die Russen traten hier als Mitbewerber auf. Sie arbeiteten, der Lage der europäischen Politik entsprechend, mit den Franzosen zusammen, schoben im Verein mit ihnen auch Belgier vor. Die Geldmittel brachten sie überwiegend durch Anleihen auf, die sie der französischen Freundschaft verdankten. Auch die Italiener begehrten eine Landkonzession. Wie im afrikanischen Freihandelsgebiet ward der Grundsatz der offenen Tür proklamiert; trotzdem begann China sich gleich dem dunkelen Erdteil in europäische Interessensphären aufzulösen.

Da brachte 1900 der Boxeraufstand die Bewegung zum Stillstand. Sein Grundmotiv war Fremdenhaß. Man mußte doch die Erfahrung machen, daß man es noch mit einem Volkstum und einem, trotz allem, einheitlichen Staatswesen zu tun hatte. Die vereinigten Streitkräfte Europas, Amerikas und Japans rächten die ermordeten Weißen und zwangen das Land, die Fremden zu dulden. China mußte sich zum Ersatz des angerichteten Schadens verpflichten und damit schwere Lasten auf sich nehmen. Aber für seine Regierung lag in der Wiederherstellung und Stärkung der Autorität im eigenen Lande, an der jetzt auch fremde Mächte nicht wenig interessiert waren, doch eine Besserung der Lage gegenüber den Jahren zwischen den beiden

Kriegen. Die europäischen Mächte — die Union ging bald ihren Sonderweg — mochten sich, wo die Stimmung dazu vorhanden war, ihrer Einigkeit gegenüber der „gelben Gefahr" freuen; greifbaren Vorteil aus den Hergängen zog nur Rußland. Es hatte die Mandschurei mit Truppen überschwemmt; Peking lag in seinem Griff. Mit Hilfe seines Kredits erhielt es China in finanzieller Abhängigkeit. Es mischte sich in die Verwaltung Koreas in einer Weise, die keinen Zweifel ließ, daß es auch dieses Land als seine Interessensphäre ansah. Der Boxeraufstand hat Rußland eine Stellung gegeben, die für Japan Gegenwehr zur Pflicht der Selbsterhaltung machte.

Es fand jetzt auch einen Halt an England. Mehr als irgend ein anderer an den ostasiatischen Angelegenheiten beteiligter Staat war Großbritannien durch die russischen Fortschritte in Mitleidenschaft gezogen. Es war in Peking aus der ersten in die zweite Stelle hinabgedrückt worden; es sah Indien auch von Osten her bedroht. Fortgesetzte Unruhen unter den wilden Bergstämmen in den indischen Nordwestprovinzen, Verbindungen, die Rußland in Tibet und Abessinien anknüpfte, Berichte über russische Truppenbewegungen in Turkestan und Transkaspien, das Erscheinen russischer Kriegsschiffe im Persischen Golf mußten zu der Überzeugung führen, daß es gelte, ein planmäßiges Vorgehen gegen den Kern englischer Kolonialmacht abzuwehren. Noch standen die Buren im Felde. Ein erneuter Versuch, mit Hilfe Deutschlands einen Wall aufzuwerfen, hatte den gleichen Mißerfolg wie die früheren. Das Übereinkommen über Chinas Integrität, das im Oktober 1900 zwischen den beiden Mächten geschlossen wurde, ließ es im unklaren, ob die Mandschurei zu China zu rechnen sei oder nicht. Nach deutscher Auffassung war sie nicht einbegriffen. Am 21. Januar 1901 trat Eduard VII. an die Stelle Viktorias. Ein Jahr später, am 30. Januar 1902, schloß Großbritannien ein zehnjähriges Bündnis mit Japan, das diesem Staate die gewünschte Rückendeckung gewährte. Es verbürgte die Unabhängigkeit und Integrität Chinas und Koreas und verpflichtete zu gegenseitiger Hilfe, wenn in einem

Kriege einer der beiden Mächte ihr Gegner etwa fremde Unterstützung finde.

In Japan hatten Regierung und Volksvertretung unmittelbar nach dem Rückzuge im Jahre 1895 die für die Verhältnisse des Landes ungeheure Summe von 200 Millionen Jen (832 Millionen Mark, weit mehr als das Doppelte des damaligen Jahresbudgets) bereit gestellt zur „Reorganisation von Heer und Flotte". Weiterer Aufwand war gefolgt, und im Boxerkriege hatte man die Streitkräfte erproben und mit den europäischen vergleichen können. Das Bündnis vom 30. Januar 1902 beweist, daß man sich in Japan der russischen Macht, wenigstens soweit sie in Ostasien in Tätigkeit treten konnte, allein gewachsen fühlte. Gegen eine Wiederholung der Koalition von 1895 war man durch das Bündnis mit England gedeckt. Rußland hat sich nicht veranlaßt gesehen, in Ostasien die Saiten auch nur zeitweise weniger straff zu spannen oder das Nötige zu tun, um zu einer richtigen Einschätzung des Gegners zu gelangen, beides zum Vorteil Japans, für das jede Verzögerung eine Erschwerung der Aufgabe gewesen wäre.

Die Inselmacht hatte Verhältnisse und Kräfte richtig eingeschätzt. In einem gewaltigen Kriege, dem größten, den Asien je gesehen hat, und nach Aufgebot von Menschenmassen und Verlustziffern den größten überhaupt vergleichbar, welche die Geschichte kennt, hat sich Japan zu Lande wie zur See als überlegen erwiesen, seine Flotte und sein Heer völlig ebenbürtig neben die besten der Welt gestellt. Nicht oft ist eine neue Militärmacht so rasch, so glänzend emporgewachsen. Das Ergebnis des anderthalbjährigen Krieges war zwar nicht die rechtliche, doch aber in der Hauptsache die tatsächliche Wiederherstellung des Friedens von Shimonoseki. Beide Mächte verpflichteten sich zur Räumung der Mandschurei, Japan trat aber auf der Halbinsel Liautung in die von Rußland erworbenen Rechte ein. Für Korea erkannte Rußland die überwiegenden Interessen Japans und dessen Anspruch auf Schutzrecht und Aufsicht an; die Südhälfte Sachalins, bis zum 50. Breitengrad, gab

es zurück. Rußland war damit auf den Stand von 1860 zurückgeworfen; vom eisfreien Meere war es ausgeschlossen. Japan hatte zwar seine chinesischen Erwerbungen von 1895 nicht wieder erlangt, aber es beherrschte sie militärisch und wirtschaftlich und konnte in Korea freier schalten als je zuvor.

Der Krieg, der am 8. Februar 1904 vor Port Arthur seinen Anfang genommen hatte, fand am 5. September 1905 in Portsmouth (New-Hampshire) seinen Abschluß. Zwischen dem asiatischen und dem europäischen Kaiser vermittelte der amerikanische Präsident. Die veränderte Weltlage konnte kaum deutlicher zum Ausdruck kommen als durch die Tatsache, daß die Unterhändler von beiden Seiten den halben Erdball umreisen mußten, um zu einem Meinungsaustausch zu gelangen. Was zu dieser Mittlerrolle führte, ließ sich unschwer erkennen.

Neben und selbst vor England war Amerika am Ausgang des Krieges interessiert. Es war gekämpft worden um die Vormacht auf der anderen Seite des Stillen Ozeans, wo die Vereinigten Staaten sich erst vor einem Lustrum der Philippinen bemächtigt hatten. Wenn irgendwo, so sind Japans Erfolge in der Union mit gemischten Empfindungen aufgenommen worden. Als diese 1897 die Annexion von Hawaii vorbereitete, wo die Zahl der Japaner auf 60000, $^2/_5$ der Bevölkerung, angegeben wird, erklärte Japan, es werde fortfahren, diplomatisch Krieg zu führen und möglicherweise weiter gehen, die Amerikaner zu hindern; es sei Japan unmöglich, an die wahrscheinlichen Folgen des Erlöschens der Selbständigkeit Hawaiis teilnahmlos zu denken und dieselben ruhig hinzunehmen. Die russisch-japanischen Verhandlungen in Portsmouth waren eben eröffnet, als an die Stelle des bisherigen englisch-japanischen Bündnisses ein anderes, abermals auf zehn Jahre geschlossenes trat, das bei jedem Angriff, den ein Teil erleidet, den anderen zur Hilfe verpflichtet. Ausdrücklich erkennt England das Recht Japans an, in Korea alle Maßnahmen zu treffen, die es zum Schutze seiner dortigen Stellung für notwendig erachtet, und ebenso Japan das gleiche Recht Englands an Indiens

Grenzen. Für den Fall eines russisch-japanischen Krieges wird aber bestimmt, daß England neutral bleibe, erst einzugreifen habe, wenn eine andere Macht sich einmische. Es wird dadurch deutlich genug, gegen welche Macht Japan Hilfe nötig zu haben glaubt. Um die volle Freiheit der Entfaltung auf dem Stillen und auch dem Indischen Ozean konkurrieren drei Mächte: Japan, Großbritannien, die Vereinigten Staaten. Die Energie, mit der die Union sich zum alleinigen Herrn des Isthmus von Panama machte, hatte ihren guten Grund.

Japan ist zur achten, völlig ebenbürtigen Großmacht emporgewachsen. Männer aus seinen besten Kreisen haben sich angelegen sein lassen, der Welt Rechenschaft abzulegen über Werden und Wesen ihres Landes und Volkes. Was aus diesen Mitteilungen am meisten hervorsticht, ist das Bekenntnis, daß „Kultur des Geistes und sittliche Stärke als die einzigen Mittel angesehen werden, die einen ehrenvollen Frieden nach außen und Fortschritte daheim sichern können“. Im „Bushido“, im Glauben an Pflichten der Ritterlichkeit, der Ehre, des Gewissens, besitzt das japanische Volk eine Grundlage seiner Ethik, wie sie vollkommener andere Kulturen kaum hervorgebracht haben. „Unsere Größe ist die Frucht der Bushido-Lehre.“ Die Lehre ist lebendig im Volke, sie ist es vor allem in seiner leitenden oberen Klasse, den Samurai, die recht eigentlich die Trägerin des japanischen nationalen und vor allem seines politischen und militärischen Geistes ist.

Es ist nicht anzunehmen, daß die Kraft, die so rasch zu so glänzenden Erfolgen führte, bald wieder dahinschwindet. Sie ist ihrem Wesen nach eine nachhaltige. So muß der weiße Mann damit rechnen, daß durch Japan die mongolisch-asiatische Welt für lange Zeit, vielleicht für immer, wieder eingeführt ist in den Mitbewerb um Besitz und Nutzung der Erde. Die Technik, die Europa und Amerika im Laufe des 19. Jahrhunderts einen so gewaltigen Vorsprung gab, wird auch ihr dienstbar, eine neue, unserer Zeit mehr als notwendige Bestätigung der alten geschichtlichen Lehre, daß technische

Überlegenheit niemals die Geschicke der Völker dauernd entscheiden kann. Die Verkehrsmittel der Neuzeit haben die gelbe Rasse an alle Gestade des Stillen und Indischen Ozeans und darüber hinaus verbreitet. Ihre wirtschaftliche Überlegenheit über die Arbeiterklassen der weißen Völker ist eine erdrückende. Sie hat bisher eine politische Vertretung nicht gehabt; sie wird sie in Zukunft haben. Europäische Siedelung in China und Japan ist ausgeschlossen; am merkantilen und industriellen Leben Ostasiens aber denken die Japaner einen vollen Anteil zu gewinnen. Daß sie schon jetzt Vormacht in China sind, kann niemandem entgehen; kein Staat würde jetzt noch versuchen, sich dort mit Gewalt durchzusetzen gegen Japans Willen. Unausgesprochen hat Japan in Ostasien eine ähnliche Stellung inne, wie sie die Union für Amerika anstrebt.

Die europäische Völkerwelle, die vor vier Jahrhunderten einsetzte und weiter und weiter flutete, scheint ihren höchsten Stand erreicht zu haben. Sie hat Amerika und Australien dem weißen Manne gewinnen können; es ist aber nicht unmöglich, daß er um diesen seinen Gewinn noch wird kämpfen müssen. Es würden zuerst die Mächte auf den Plan gerufen werden, von deren Hand geleitet Japan die Weltbühne betreten hat. Der Stille Ozean könnte wirklich „Hauptschauplatz der Weltereignisse“ werden.

Daß diese Sachlage in den Vereinigten Staaten von allen Denkenden richtig gewürdigt wird, ist nicht zu bezweifeln. Jedenfalls hat sie ihr gegenwärtiger Präsident klar erkannt. Seine zahlreichen Kundgebungen älteren und jüngeren Datums sind fast ausnahmslos durchdrungen von dem Gedanken, sein Volk innerlich und äußerlich zu stärken für den Kampf, den es zu bestehen haben könnte um Erhaltung und Erweiterung seiner Weltstellung. Das innere politische Leben der Vereinigten Staaten ist bislang stark beherrscht gewesen von dem Grundsatz: „Dem Sieger die Beute“ und hat jeder Art Korruption die Türen wesentlich weiter geöffnet, als das in geordneten modernen Staaten der Fall zu sein pflegt. Aber so stark wie nur irgendwelche neuen Verhältnisse zeigen doch die amerikanischen

die Tendenz, aus dem Chaos, aus dem sie emporwachsen müssen, verhältnismäßig rasch zu fester Ordnung zu gelangen. Es geht in den weiten Gebieten der Union kaum irgendwo so wild zu, daß nicht das notwendige Gute, die unveräußerlichen Erfordernisse des Gemeinwohls sich siegreich durchsetzten. Man darf erwarten, daß das auch im Leben des Gesamtstaates der Fall sein wird. In der Persönlichkeit des gegenwärtigen Präsidenten ist eine Richtung am Ruder, die in der Politik nicht ein Geschäft sieht, sondern die sich ihr widmet um des Landes willen, die ihm dienen will aus Hingabe an Volk und Staat, die bemüht ist, sich für Erfüllung dieser Pflicht vorzubereiten durch vertiefte und erweiterte Geistesbildung. Es würde einen Bruch darstellen mit dem ganzen Entwickelungsgange der Union, sollte diese tiefere, reinere und edlere Auffassung staatlichen Gesamtlebens in ihr nicht die Oberhand gewinnen. Zweifellos wird die Erreichung des Zieles erschwert durch die Masseneinwanderung ungermanischer, dem ursprünglichen Geist des Koloniallandes wesensfremder Elemente, die in den letzten Jahrzehnten mehr die Spekulation des Kapitalismus als der Siedelungsbedarf hereingerufen hat. Aber die harte Schule der Arbeit, in die drüben jeder eintreten muß, und die eiserne Konsequenz des Gesamtwillens, wie sie die Überlieferung festlegte, wird auch dieses Zuwachses Herr werden und ihn hineinzwingen in das Amerikanertum, das sich immer mehr zu einer selbständigen, keiner anderen vergleichbaren Abart kaukasischer Kultur herausbildet. Es wird seiner ganzen Natur nach der Außenwelt nicht nur klar und entschieden, sondern unter Umständen auch rücksichtslos gegenübertreten. So gebieten zu beiden Seiten des größten Weltmeeres Völker, die wissen, was sie wollen, und die auch die Kraft besitzen, ihrem Willen Nachdruck zu geben.

Glänzender Erfolge in der auswärtigen Politik konnte sich Englands Leitung in den letzten Jahren erfreuen. Der vollen Niederwerfung der Buren reihte sie den Sieg über Rußland an, den Japan für sie erfocht. Man würde die Bedeutung der inneren

Wirrnisse, die Rußland jetzt durchzumachen hat, überschätzen, wollte man glauben, daß diese Macht für weltpolitische Fragen auf lange ausgeschaltet wäre. Aber vor einer Gefährdung seiner asiatischen Stellung durch Rußland ist England menschlichem Ermessen nach für die nächste Zeit sicher. Es hat die letzten Jahre benutzt, rund um Indien herum im weitesten Bogen von Tibet bis Koweit seine Stellung zu befestigen. Den Vereinigten Staaten, denen Großbritannien in Amerika überall aus dem Wege gehen mußte, hat es als fühlbares Gegengewicht Japan angehängt, und dazu hat es die Zeit für gekommen erachtet, in den europäischen Differenzen entschiedener Stellung zu nehmen, als es je seit dem Krimkriege tat.

Als eben der japanisch-russische Krieg ausgebrochen war, am 8. April 1904, einigte sich England mit Frankreich über eine ganze Reihe kolonialer Fragen, die seit Jahren schwebten und zu mancherlei Reibereien Anlaß gegeben hatten. Frankreich verzichtete auf seine Rechte in der Neufundländer Fischerei und verpflichtete sich, keinen Termin für die Räumung Ägyptens zu stellen. Es erreichte dafür eine Verständigung über Siam und die Neuen Hebriden, erhielt kleine Zugeständnisse am Gambia, in Sierra Leone und Madagaskar nebst der Zusicherung einer neuen Grenzbestimmung östlich vom Niger, die am 29. Mai 1906 so erfolgt ist, daß Frankreichs Grenze südwärts vorgeschoben und ihm jenseit der Sahara eine Verbindung zwischen dem Niger und dem Tsadsee gesichert ist. Vor allem aber erkannte England Frankreichs Recht an, als Nachbar von Marokko in diesem Lande die Ruhe zu erhalten und dem Sultan zu diesem Zwecke jede Art Unterstützung zu bieten. Es war die Aufrichtung eines neuen französischen Protektorats, das die volle Unterwerfung Nordafrikas unter Frankreichs Herrschaft in seinem Schoße trägt. Eine Verständigung mit Spanien über Marokko wird in dem Vertrage vorgesehen, anderer Mächte nicht gedacht.

Deutschland hat diesen Vertrag als eine Nichtachtung seiner Stellung und seiner Interessen empfunden, und es ist kein Zweifel, daß diese Empfindung begründet war. Die Schritte, die dann ge-

schahen und im Frühling 1906 zur Konferenz von Algesiras führten, konnten an der Tendenz und den Zielen der französisch-englischen Verständigung nichts ändern. England ist Bundesgenosse Frankreichs, und es kann kaum bezweifelt werden, daß ein gemeinsamer Krieg gegen Deutschland Gegenstand der Erörterung zwischen beiden Mächten gewesen ist und ineinandergreifende strategische Maßnahmen verabredet worden sind. Die Tatsache, daß Italien unter den Kanonen von Malta liegt, hat auch ihre Wirkung geäußert; das englisch-französische Bündnis hat Italien Frankreich genähert.

Und obgleich das Bündnis mit Japan geschlossen ist, Deckung gegen Rußland zu gewähren, erstrebt die englische Politik auch, und, wie es scheint, mit Erfolg, Annäherung an diese Macht. Man knüpft die bekannten zwei Sehnen an den Bogen. Während die britische und kaum weniger laut die französische öffentliche Meinung mit den russischen Revolutionären offen sympathisieren, suchen oder unterhalten die Regierungen und Finanzleute beider Nationen beste Beziehungen zum Zarentum. Wenn Rußland sich nur bescheiden will, auf seine Aspirationen am Persischen Golf und am Stillen Ozean zu verzichten, so ist ja auch nicht abzusehen, warum es in seinen jetzigen Grenzen zum britischen Weltreich nicht in friedlichen Beziehungen stehen soll. Daß Asien Raum hat für beide Mächte, ist ja oft genug verkündet worden, und Rußland könnte in seiner gegenwärtigen Lage vielleicht Anlaß finden, diese Wahrheit auch mit britischem Gepräge als gute Münze anzunehmen.

Daß all diesen Schritten als treibendes Motiv eine Richtung der englischen Politik gegen Deutschland zugrunde liegt, wird nicht allein in diesem Lande angenommen, und wer daran zweifeln möchte, den belehren vor allem die Maßnahmen der englischen Flottenverwaltung und die systematische Geflissentlichkeit, mit der Regierung und Presse gemäß der in England überlieferten verständnisvollen Gemeinsamkeit der Ziele zusammen wirkten, um auf dem gegenwärtigen Haager Friedenskongreß Deutschland in der Abrüstungs-

frage in die Rolle des Widersetzlichen zu drängen und vor der friedensseligen Welt an den Pranger zu stellen.

Nur unsicher lassen sich zurzeit die Gründe erkennen, die der englischen Politik mit so großer Entschiedenheit eine solche Wendung gaben. Daß Deutschland gegen Rußland nicht die Rolle Japans übernehmen wollte und konnte, während England eines derartigen Bundesgenossen bedurfte, wird stets als gegebene Sachlage in Erinnerung zu behalten sein. Das Wachsen der deutschen Flotte wird in England für bedrohlich erklärt; der steigende deutsche Handel ist schon seit Jahrzehnten mit Aufmerksamkeit, nicht selten auch mit Eifersucht überwacht worden. Es sind Stimmen laut geworden, die zum Niederschlagen des Konkurrenten aufforderten. Wer der Haltung der deutschen Presse während des Burenkrieges eine Bedeutung beimißt, vergißt, daß die öffentliche Meinung so ziemlich aller Nationen, jedenfalls aller größeren, sich in ähnlicher, zum Teil noch lebhafterer Weise äußerte. Auch sind in Frankreich in der Faschodazeit und später unverantwortliche Kundgebungen, die England als den zu bekämpfenden Feind hinstellten, häufiger und heftiger laut geworden als je in Deutschland. Es kann keine Frage sein, daß es sich bei den Schritten der englischen Politik seit dem Regierungsantritte Eduards VII. um ein wohlüberlegtes, wirklich großzügiges Vorgehen britischer Regierungskunst handelt, die Englands Rivalen in Weltmachtsstellung und Welthandel einzuengen sucht durch natürliche Gegner, die England zunächst oder gar überhaupt nicht ernstlich gefährlich werden können, Rußland und Amerika durch Japan, Deutschland durch Frankreich. Die engen Beziehungen, die zwischen Frankreich und Rußland bestehen, erleichtern es, in diesem Spiel Rußland doppelt in Rechnung zu stellen.

Daß damit eine für Deutschland nicht unbedenkliche Lage geschaffen ist, kann niemandem entgehen. Die Schwierigkeiten seiner mitteleuropäischen Stellung, denen zu begegnen der Dreibund geschlossen wurde, machen sich wieder deutlicher fühlbar. Deutschland

kann der Landesteile, die ihm aus dem alten polnischen Staatswesen zugefallen sind, nicht entraten. Österreich und Rußland bleiben, was sie sind, auch ohne ihren polnischen Anteil. Für Deutschland wären Ostpreußen und Schlesien verloren, wenn Posen und Westpreußen wieder polnisch würden; die Reichshauptstadt selbst wäre gefährdet. Auf dem Boden unseres Reiches sind, anders als jenseit der Grenze, Deutsche und Polen so untereinander gemischt, daß Sonderung unmöglich ist. Daß die sich vollziehenden Wandlungen im russischen Reiche der polnischen Frage wieder eine erhöhte internationale Bedeutung geben können, wird niemand in Abrede stellen wollen.

Dazu kommen die Schwierigkeiten, denen das österreichisch-ungarische Staatswesen sich gegenübergestellt sieht. Das zweigeteilte Verfassungsleben des Donaustaates, wie es der Ausgleich von 1867 geschaffen hat, ist deutschem Wesen und deutscher Kultur auf dem alten Herrschaftsgebiet der Habsburger nicht förderlich gewesen. Mühsam und nicht überall glücklich erwehren sich die kaiserlichen Untertanen deutscher Zunge im cisleithanischen Reichsteil des Ansturmes der Nationalitäten. Von dem allgemeinen Wahlrecht, das so rasch zur Tatsache geworden ist, urteilt man wohl nicht so unrichtig, wenn man sagt, daß es geeignet ist, dem Deutschtum die Axt an die Wurzel zu legen, zumal die nationale Festlegung der Wahlkreise auf Grund schwach verklausulierten Mehrheitsbeschlusses geändert werden kann. Im Magyarenlande sucht ebenso skrupelloser wie kurzsichtiger nationaler Fanatismus den treuesten und fügsamsten Untertanen der Stefanskrone ihre deutsche Sprache und ihr deutsches Volkstum zu rauben. Eine Stärkung der österreichisch-ungarischen Monarchie, deren Bestand und enger Anschluß für Deutschland Lebensfragen sind, bedeuten diese Hergänge und Bestrebungen nicht. Sie erinnern fortgesetzt daran, daß unser Reich in Mitteleuropa verankert ist, und daß es die Ketten, die seinen Halt auf diesem Boden sichern, nicht ungestraft lösen und lockern lassen darf. Daß diese Ketten ausschließlich durch die eigene Kraft dargestellt werden, ist selbstverständlich. Die benachbarten kleinen

Staaten und Völker werden für seine Erhaltung ein Gewicht in die Wagschale weder werfen können noch wollen, obgleich ihre Selbständigkeit von Bestand und Stärke des deutschen Reiches abhängig ist.

Mit der Unvermeidlichkeit des Naturnotwendigen sind, wie dargelegt wurde, unserem aufwärts strebenden Volke große Aufgaben über See erwachsen. Es ist unserem Kaiser nicht vergönnt gewesen, den Erfolgen, die im ersten raschen Anlauf errungen wurden, erhebliche neue hinzuzufügen. Aber er ist den gestellten Aufgaben mit vollstem Verständnis entgegengekommen und hat als erster unter allen deutschen Kaisern und preußischen Königen den Drang zur See, der unseren Nord- und Ostseeanwohnern von den Altvorderen her innewohnt, selbst tief empfunden. Unser Kolonialbesitz hat eine feste Abgrenzung erfahren; sein Umfang genügt, unser Können zu erweisen. Unsere Heimatmüden waren und sind bei Fremden als Kolonisatoren gesucht; der einzelne stand und steht keinem Ausländer nach auf diesem zukunftsreichen Arbeitsgebiet. Als geeinigtes Volk, staatlich handelnd, haben wir aber noch nicht allzuviel Verständnis erwiesen für die Aufgaben, die zu lösen sind. Besonders die afrikanischen Hergänge der letzten zwanzig Jahre haben gezeigt, wie überlegen Engländer und Franzosen uns auf diesem Felde gegenüberstehen. Soweit Staatsgefühl in Frage kommt, sind wir eben noch ein junges, ein recht junges Volk. Wir besitzen weder die „politische Erbweisheit“ der Engländer, noch das starke, in sich gefestigte Nationalgefühl der Franzosen. Beide Vorzüge sind Ergebnisse einer langen Geschichte, einer Geschichte, wie sie für uns erst vor einem Menschenalter begann. Wir gedenken gern und stolz der Erfolge von 1870 und freuen uns mit Recht des Abschlusses, den unsere nationale Entwickelung damals dank einer gütigen Vorsehung und dank der Tüchtigkeit unserer Leiter und der Opferwilligkeit unseres Volkes fand. Aber wir können uns nicht darüber täuschen, daß dieser Erfolg uns nur der Boden sein darf, auf dem wir weiter zu bauen haben, wie andere große Nationen

weiter bauen. Nur wer vorwärts geht, bleibt nicht zurück. Wir arbeiten nach unserer inneren wie äußeren Lage unter ungünstigeren Bedingungen als andere Völker. Keine Nation hat es so schwer, sich in Europa zu behaupten, wie die deutsche, keine auch so schwer, draußen Boden zu gewinnen, wie die jüngste, die in den Kreis der Mitbewerber eingetreten ist. Was wir draußen erworben haben, steht zurück hinter dem Besitztum unserer westlichen Nachbarvölker, mit denen wir uns zunächst vergleichen. Es genügt aber, eine Ebenbürtigkeit zu behaupten und uns eine Zukunft zu sichern, wenn wir Willen und Mut beweisen, es festzuhalten und zur Blüte zu bringen.

Schlußbetrachtung.

Wer dem 19. Jahrhundert einen Wahlspruch geben möchte, wird kaum einen passenderen finden als Huttens bekanntes Wort: „Die Geister erwachen; es ist eine Lust zu leben.“ Es war nicht minder bewegt als einst das sechzehnte.

Will man den Versuch machen, sein Wesen zu kennzeichnen, so wird man die folgenden Züge zunächst hervorzuheben haben. Es hat den Gedanken bürgerlicher und religiöser Freiheit siegreich durchgefochten und damit menschlichem Denken einen Spielraum gegeben, wie keine frühere Zeit ihn ertragen hat. Es war bestrebt, den Grundsatz zur Geltung zu bringen, daß Geist nur durch Geist zu bekämpfen sei. Ausnahmslos auf allen Wissensgebieten hat es eine derartige Fülle des Neuen zutage gefördert, daß keinem früheren ein gleiches Verdienst um die Bereicherung menschlicher Kenntnisse zuerkannt werden kann. Der bezeichnende Sonderzug seines intellektuellen Lebens ist aber wohl der, daß es die geistigen Schätze der Menschheit weiteren Kreisen zugänglich gemacht hat, als das je zuvor geschehen ist, einerseits durch umfassendere und raschere Verbreitung über den Erdball, andererseits und mehr noch durch das Eindringen in die Massen bei den einzelnen Völkern. Die demokratische Strömung, die das politische und soziale Leben des Jahrhunderts beherrschte, hat auch seiner ganzen Geistesbildung die Richtung gegeben.

Es hängt damit eng zusammen, daß dem Jahrhundert nicht gegeben war, künstlerische Gestaltungskraft zu einheitlichem Ausdruck zu bringen. Beethoven kann ihm noch nicht zugerechnet werden, auch sein Altersgenosse Thorwaldsen kaum. Sie sind Höhepunkte einer früheren Kultur. Das 19. Jahrhundert war für die

Kunst mehr eine Zeit des Ringens als des Gelingens. Zu vielgestaltig ist das geistige Leben der Neuzeit, allzusehr geht es ins Breite und Ungemessene, als daß es ihm leicht werden könnte, seinem Wesensinhalt in gesicherten, anerkannten Formen Ausdruck zu geben. Es gibt kein Drama, keinen Dichter des Jahrhunderts. In der Entwickelung neuer Lebens- und Weltanschauungen überwiegt die kritisierende, negierende Tätigkeit. Grundlage künstlerischen Schaffens aber kann nur das festgeprägte Ideal sein, Glauben, nicht Wissen. Daß das Jahrhundert einen Glauben vertrete, wird niemand behaupten wollen. Schrankenloses Ausleben des Tätigkeitsdranges und ertötende Gebundenheit des Daseins birgt es in geistigem wie körperlichem Sein nebeneinander.

Sicher aber ist, daß das Jahrhundert ungleich größere Bewegungsfreiheit des Einzelnen ermöglichte als irgend ein früheres. Das hat Ausschreitungen und Zügellosigkeiten im Gefolge gehabt, wie die Vorzeit sie auch nicht kannte. Hoch entwickelter Wohlstand und verfeinerte Lebensformen sind ja nur zu oft begleitet von häufigeren und schwereren Verstößen gegen Zucht und Sitte. Trotzdem wird auch der strengste Richter, sofern er ruhig abwägt, der Ethik und Moral des 19. Jahrhunderts nicht nachsagen können, daß sie tiefer stehe als die früherer Zeiten. Nie war in gleichem Maße die Wohlfahrt des Ganzen der Pol alles öffentlichen Handelns wie in unserer Zeit. Selbst bei dem modernsten aller Völker, bei den Amerikanern der Union, ist der Magnet der Entwickelung auch nach den größten Schwankungen immer wieder in diese Richtung hinübergeschlagen; unter den alten Nationen Europas, in denen Einzelbelieben nie so unbeschränkten Spielraum gewann, ist sie noch stetiger festgelegt worden. Staatliches Leben und Streben hat so in neuerer Zeit mehr als zuvor hinweggehoben über Sonderbegehren einzelner Stände und Personen. Solche Begehren haben nicht und werden nie beseitigt werden können; aber nur wer ihren gerechten Ausgleich anstrebt und den Grundsatz der allgemeinen Wohlfahrt auf seine Fahne schreibt, kann heute auf Gehör und Billigung in weiteren Kreisen dauernd rechnen. Obgleich rohe Ge-

winnsucht unsere Zeit manchmal häßlicher entstellt als manche frühere, war doch die öffentliche Moral gerade in Erwerbsfragen nie so feinfühlig. Ihr idealer Inhalt hebt hoch hinaus über den groben Materialismus, der dem oberflächlichen Blick oft allein und abstoßend entgegentritt.

Könnte aber, was innerhalb der einzelnen Staaten und Völker sich durchringt, nicht auch Raum gewinnen in ihren Beziehungen zu einander? Könnte nicht eine umfassendere Betrachtungsweise sich durchsetzen, als sie bisher herrschend war, und ein Gesamtinteresse die Betonung der Einzelbegehren sänftigen? Gerade mit Rücksicht auf die von der jüngsten Vergangenheit geschaffene Lage drängen diese Fragen sich der Erwägung auf.

Die europäischen Nationen sind es gewesen, welche die Erde bis in ihre letzten Winkel hinein nach und nach in den Kreis eines gemeinsamen Lebens hineingezogen haben. Daß sie zur Herrschaft über die Welt berufen seien, ist oft genug verkündet worden und schien lange selbstverständlich. Allerneueste Ereignisse sind wohl geeignet, den Glauben an diese Botschaft einigermaßen ins Wanken zu bringen. Es hat den Anschein, als könnte Asien doch vielleicht in seinem alten Hauptbestande jenseit der Vorlande, die seit Jahrtausenden mit Europa in Berührung standen, den Asiaten verbleiben. Es ist sogar nicht ausgeschlossen, daß sie versuchen, die Rollen zu tauschen und nach Gebieten zu trachten, die der weiße Mann im Laufe des 19. Jahrhunderts sich gewöhnt hat, als sein unveräußerliches Eigentum zu betrachten. Sollte China jemals in irgend einer Form einer Sammlung und Erweckung seiner ungeheueren Volkskräfte teilhaftig werden, wie sie Japan erlebt hat, so möchte es nicht lange währen, bis die Stellung der Nationen in den Gebieten des Stillen und Indischen Ozeans eine wesentliche Verschiebung erführe.

Und auch für Afrika haben jüngste Hergänge Zweifel geweckt, ob die Lage des Erdteils und seiner Bewohner für alle Zeiten oder auch nur für eine lange Zukunft entschieden ist. Der unabhängige

Afrikaner ist im Laufe eines Menschenalters so gut wie verschwunden. Daß das Ringen zwischen Schwarz und Weiß damit beendet sein sollte, ist schwer zu glauben. Die Frage ist weder für die Heimat des Negers noch für Amerika endgültig gelöst. Das glänzende äußere Kleid, das die Kultur des weißen Mannes angelegt hat und ununterbrochen weiter zu zieren und zu schmücken bemüht ist, ward aus Fäden gewebt, die in der ganzen Welt gesponnen wurden. Wie, wenn sich einmal die Wolle zu diesen Fäden nicht mehr fände? Es würde das der Fall sein, wenn der Weiße seine Herrenstellung gegenüber den Farbigen verlöre. Zunächst würden das die Bewohnermassen unserer modernen Großstädte, hoch und nieder, zu fühlen bekommen, d. h. diejenigen Kreise, denen die neuere auswärtige Politik mit ihren sich vordrängenden wirtschaftlichen Gesichtspunkten immer mehr dienstbar geworden ist, und es würden die peinlichen Folgen sich auch gewiß nicht auf eine oder die andere Nation beschränken oder beschränken lassen. Es würden Verluste entstehen, denen gegenüber die Machtverschiebungen, die von diesem oder jenem Volke auf dem Boden Europas begehrt oder erstrebt werden, als winzig erscheinen müßten. Einer späteren Zeit möchten diese Streitigkeiten so unverständlich erscheinen wie uns beispielsweise die Tatsache, daß vor dreihundert Jahren Dänemark und Schweden sich wegen des Dreikronenstreites zerfleischten und so den kraftvollen, tatenreichen skandinavischen Norden lahm legten.

So wäre es wohl keine kurzsichtige Berechnung, wenn man erwöge, was den europäischen Völkern gemeinsam ist, und als Ergebnis solcher Erwägung nachdrücklicher und vorurteilsfreier als bisher sich bemühte, Differenzen und Rivalitäten auszugleichen. Daß Europa, während es seine Hand auf alle Welt legte, unmittelbar vor seinen Toren in seiner nächsten Nachbarschaft nur verhältnismäßig geringe Fortschritte gemacht hat, sollte auch zu denken geben. Es ist die große, weltgeschichtliche Errungenschaft gerade der allerjüngsten Neuzeit, europäischer Auslandsherrschaft feste Grenzen gezogen und die Machtsphären der einzelnen Staaten und Völker so säuberlich voneinander geschieden zu haben, wie das

keiner früheren Zeit möglich gewesen ist. Es hat das nicht geschehen können ohne Reibungen, hat gerade im letzten Jahrzehnt zu schweren Waffengängen geführt. Noch schwerere scheinen zu drohen. Es möchte doch sorgfältigster Prüfung wert sein, ob nicht die Behauptung des Errungenen in seiner Gesamtheit ein gemeinsames und auch ein gleich wichtiges, ja wichtigeres Interesse darstellt als die von Einzelnen angestrebte Störung des gegenwärtigen Besitzstandes, um zu einer anderen Aufteilung unter den Mächten zu gelangen.

Von Deutschland kann man sagen, daß es sich diese Auffassung aufrichtig, ohne Hintergedanken, zu eigen machen kann, und nicht nur das, sondern auch, daß es sie sich zu eigen gemacht hat, in Europa, seitdem es als Reich in die Welt trat, außerhalb, seitdem es einen Kolonialbesitz erwarb und festlegte. Es verlangt nichts, was andere Nationen geben müßten. Seine Friedensliebe kann ehrlicherweise nicht bezweifelt werden. Die Geschichte eines Menschenalters hat es erwiesen, daß das deutsche Reich ein Moment der Ruhe, nicht der Unruhe ist. Es wird das immer sein; es kann das aber nur sein, so lange es stark ist. Auf Deutschlands Wehrhaftigkeit ruht zur Zeit der Friede Europas; sie leistet, so weit das überhaupt möglich ist, Gewähr, daß ausbrechende Kriege auf ihren Herd beschränkt bleiben. Der Deutsche kann demnach nicht hoffen, in absehbarer Zeit der Pflichten ledig zu werden, die ihm die Sorge um seine Selbsterhaltung auferlegt, Pflichten, die man so oft als Lasten bezeichnen hört, die es aber in Wirklichkeit nicht sind, sondern eher eine wertvolle, stählende Übung in allen Tugenden der Selbstzucht und Opferwilligkeit. Der Deutsche ist nun einmal in die Mitte Europas und damit in die Mitte der Erde überhaupt gestellt. Er hat dieser Lage Vorzüge und Vorteile zu danken; er muß auch ihre Gefahren auf sich nehmen und ihnen Stand halten, will er überhaupt bestehen. Ob diese Erkenntnis Gemeingut unseres Volkes, jedes zu politischem Handeln berufenen Mannes wird, das ist die Frage, von deren Entscheidung

Deutschlands Zukunft abhängt. Sollte sie eine verneinende Beantwortung finden, so würde es der Deutsche zwar zunächst, aber nicht nur er, sondern auch Europa und die Welt zu empfinden haben. So kann der Deutsche seine Pflichten gegen die Menschheit nicht besser erfüllen, als wenn er gut deutsch denkt und handelt. Die Nächstenliebe, die den Inhalt christlicher Gesittung ausmacht, die reinste und edelste Humanität, die es geben kann, kann nur geübt werden in dem Kreise, in den Gott den Menschen gestellt hat. Mit Gottes Hilfe wird der Gang der Geschichte diese Erkenntnis und diese Überzeugung, die dem Engländer und Franzosen, dem Amerikaner und Russen zur anderen Natur geworden sind, auch unserem Volke immer fester einprägen. Besser als damit kann Deutschland, dem Weltfrieden und der Menschheit nicht gedient werden.

Namen- und Sachverzeichnis.[1]

(Die Fürsten sind in zeitlicher Folge unter den Ländernamen verzeichnet. — G. = Gemahlin, S. = Sohn, T. = Tochter.)

A

[1] Für die Zusammenstellung dieses Verzeichnisses bin ich Herrn Dr. Fritz Vigener in Gießen zu warmem Danke verpflichtet.

B

J (i)

J (j)

M

T

E. S. Mittler & Sohn, Berlin SW., Kochstraße 68—71.